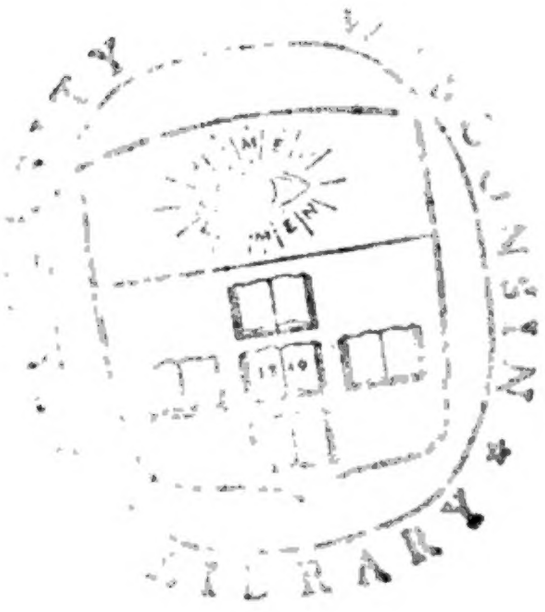
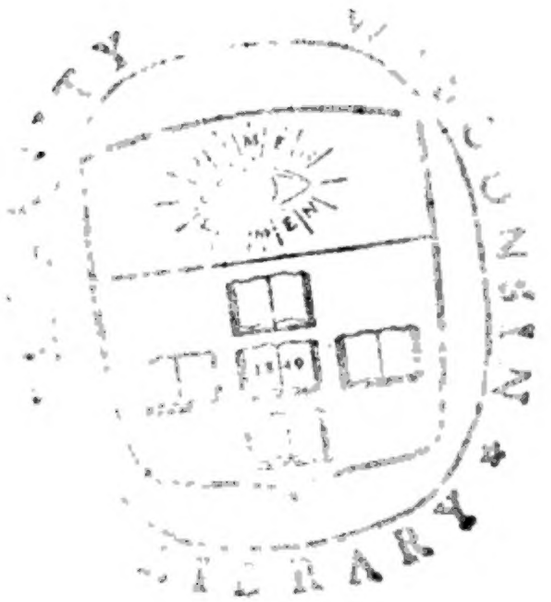


Digitized by Google



Digitized by Google

Digitized by Google

Die

Preußische Revolution.

Von

Adolf Stahr.

Erster Band.

Oldenburg.
Gerhard Stalling.
1850.

Digitized by Google

„Das muß zum ersten Alles geschehen, aber es ist noch nicht das Ende da.“

Jesus Christus. Ev. Matth. 24, 6.

Digitized by Google

DD
AQ 5981
20f
57
1850
1

Vorwort.

(Zur ersten Auflage.)

Die Preußische Revolution ist bei einem großen Wendepunkte angelangt.

Seit dem Tage, wo der Minister des alten Systems im Saale der Preußischen Volksvertreter die Märzrevolution von Berlin einen „Straßenkampf“ nennen durfte, „der die Hauptstadt und das Land entehrt hat“, — seit dem 5. April des Jahres 1849 ist die Spiralbewegung des geschichtlichen Verlaufs auf der Stelle angekommen, welche dem Ausgangspunkte der Preußischen Revolution entspricht.

Wir stehen am Ende — des Anfangs. Es ist Zeit, im historischen Ueberblicke uns diesen Anfang wieder vorzuführen, wäre es auch nur, um uns daran zu erinnern, durch welche Menschen und durch welches System das langmüthigste Volk der Erde in die Revolution hineingetrieben worden ist.

Digitized by Google

Es ist dies um so mehr an der Zeit, jetzt, wo diejenigen, welche die Gewalt haben, nicht zufrieden damit, „zu tödten, was sterblich ist", auch die unsterbliche Wahrheit der Geschichte selbst zu tödten bestrebt sind.

Am Ostermorgen 1849. **Ad. St.**

Zur zweiten Auflage.

Die unerwartet schnell nöthig gewordene zweite Auflage dieses ersten Buchs der Preußischen Revolutionsgeschichte hat dem Verfasser nur erlaubt, einzelne Zusätze und Berichtigungen zu machen. Für andere verweiset derselbe auf die in diesen Tagen erscheinende Fortsetzung des Werks, welche im zweiten Buche die drei ersten Monate der Preußischen Revolution schildern wird.

16. Juli 1849. **Ad. St.**

Digitized by Google

Erſtes Buch.

Die drei letzten Monate des Preußiſchen Abſolutismus.

Digitized by Google

Kapitel I.

Der Vereinigte Landtag und die Reaktion.

Das Jahr 1847 war unter trüben Aussichten zu Ende gegangen. Kein aufmerksamer Beobachter des Ganges der menschlichen Dinge konnte sich verhehlen, daß Preußens Zukunft von schweren Stürmen bedroht sei. Ein dunkles Gefühl, daß man am Vorabende einer gewaltsamen Wendung der Dinge stehe, hatte sich der Gemüther bemächtigt. Aber Niemand ahnte, daß die Nacht so kurz sein werde, welche den Abend trenne von dem Morgen einer neuen Zeit.

Das Patentgesetz vom 3. Februar 1847 hatte selbst die bescheidensten Erwartungen und die mäßigsten Wünsche des Preußischen Volks unerfüllt gelassen. Die Thronrede des Königs, welche den reinen Absolutismus des unbeschränkten Königthums mit der leidenschaftlichen Schärfe des religiösen Fanatismus aufrecht erhielt, hatte in ganz Europa nur

ein Gefühl der Ueberraſchung und des Erſtaunens erregt. Ihre inneren Widerſprüche und Maßloſigkeiten lagen ſo offen zu Tage, daß ſich ſelbſt den Beſchränkteſten die Augen öffneten über dieſen gewagten Verſuch, die vom Geiſte der Zeit bedrohte Souverainität des preußiſchen Abſolutismus nach dem Beiſpiele Friedrich Wilhelm I. auf einen „Felſen“ zu ſtabiliren, der, wie die Dinge im Jahre 1847 lagen, nicht mehr ein rocher de bronce, ſondern höchſtens ein Felſen von moderner Steinpappe ſein konnte.

Die Mäßigung und Zurückhaltung der Stände des erſten Vereinigten Landtags — von vielen Patrioten als Schwäche bezeichnet — hatte die Bewunderung des geſammten politiſch gebildeten Europas erregt. In der That war dieſe Mäßigung eine Nothwendigkeit geweſen. Durch ſie allein konnte es gelingen und gelang es dem Landtage, ſich bei der noch geringen politiſchen Durchſchnittsbildung der preußiſchen Nation die nothwendige breite Grundlage des langſam erwachenden Volksbewußtſeins und ſeiner Theilnahme an der politiſchen Entwickelung des Vaterlandes zu ſichern. Deshalb bauten die Stände der Regierung „goldne Brücken“. Die Regierung verſchmähte es, dieſelben zu betreten. Sie verſchmähte es, das Wort redlicher Verſtändigung zu ſprechen. Sie überließ es der Geſchichte, zu rich-

ten zwiſchen ihr und den Ständen. Das Gericht ſollte ein ſchreckliches ſein.

Der Abſolutismus in Preußen war gewarnt. Er hatte auf dem Vereinigten Landtage ſeine Gefahr erkannt. Er war zu der Einſicht gekommen, daß das „Gift“ der liberalen Ideen, trotz aller Polizei und Cenſur, ſelbſt zu den edelſten Theilen des Organismus Zugang gefunden und Schichten und Klaſſen der Geſellſchaft ergriffen hatte, auf deren unbedingte Hingebung an das altpreußiſche Syſtem man bis dahin mit Zuverſicht rechnen zu können glaubte. So mäßig und beſcheiden die Oppoſition auftrat, — dennoch übertraf ſie die Erwartungen der Regierung, welche auf ein weit leichteres Spiel mit dieſen von ihr berufenen „Vereinigten Landſtänden“ gerechnet hatte.

Das Schickſal liebt es oft, den Staaten wie den Einzelnen hart am Rande großer Kataſtrophen einen letzten Ausweg der Rettung zu bieten. Ein ſolcher war für Preußen der Gedanke des Vereinigten Landtags. Die dunkle Ahnung eines Unvermeidlichen hatte dazu mitgewirkt, ihn ins Leben zu rufen. Als es geſchehen war, da ſchien es, als erſchrecke der Schöpfer einen Augenblick über ſein eignes Werk. Die Thronrede Friedrich Wilhelms IV. beeilte ſich, dieſem Keime einer Nationalverſammlung zuzurufen, daß er nichts ſei

als ein willkürliches Produkt seiner Gnade, daß er nur Stände und ständische Interessen, nicht das Volk vertrete. Das Ende des Vereinigten Landtags entsprach diesem Anfange. Nur etwas mehr Mäßigung und Nachgiebigkeit gegen seine Bitten von Seiten der Macht hätte das Land mit Jubel und Vertrauen erfüllt. Die Hand zur Verständigung und Ausgleichung war geboten. Mit ihr die Möglichkeit einer weiteren Entwicklung auf dem Wege der Reform im Jahre 1848. Die Krone stieß die Hand zurück, und beschwor die Revolution über Preußen herauf. —

Man kann nicht sagen, daß die letzten Erfahrungen der Regierung verloren gingen. Sie benutzte dieselben vielmehr auf ihre Art dazu, das Arsenal ihrer Gewaltmittel auf alle Weise zu verstärken. Weit entfernt von jeder Nachgiebigkeit, vielmehr voll Zornes gegen die Männer, welche mit jener Scheinerfüllung gerechter Erwartungen und gesetzlich begründeter Ansprüche zu täuschen ihr mißlungen war, suchte sie ihre Kraft und Gewalt durch eine Reihe von Maßregeln zu befestigen, deren Ziel und Zweck keinem aufmerksamen Beobachter verborgen bleiben konnten. Der König und seine Minister sahen in der Opposition gegen das Gnadengeschenk des Scheinbildes einer neuen Verfassung, welche man selbst mit dem Namen einer Constitution zu bezeichnen Anstand nahm, nur gröbliche „Undankbarkeit“ und unbesonnene „Neulings-

haft.“ Es galt jetzt die Zügel des absoluten Polizeistaats noch straffer anzuziehn.

Ein neues Strafgesetzbuch ward entworfen, und, damit der Schein gewahrt werde, zu seiner Berathung die Vereinigten Ausschüsse der Provinzialstände berufen. Ihre Berufung sollte zugleich dem Patente vom 3. Februar die „gesetzliche Erfüllung“ geben. Es gehörte zu dem System der absolutistischen Perfidie, daß man fortwährend von Gesetz und Gesetzlichkeit redete in einem Staatszustande, in welchem grundsätzlich nur der König Gesetzgeber, sein Wille Gesetz, seine Auslegung, sogar der vor ihm gegebenen und bereits von dem Gesetzgeber selbst interpretirten Gesetze, die allein gültige war. Und es gehörte nicht minder zu dem System der Unwahrheit und Heuchelei der liberalen und oppositionellen Partei, daß sie, während sie faktisch jenes System des absoluten königlichen Willens anerkannte — dennoch von Gesetzlichkeit, von einem Rechtszustande zu reden, und sich auf „das Gesetz“ zu berufen wagte, gegenüber einem Gesetzgeber, dessen unbeschränkte Macht an der Wurzel anzugreifen es ihr an Offenheit und Muth gebrach. Selbst die liberale Opposition floß in ihren officiellen Kundgebungen über von Vertrauen. Hörte man dagegen dieselben Männer einzeln im vertrauten Kreise, so war keiner, der jene Ausdrücke des

Vertrauens nicht auf das entschiedenste Lügen strafte. Die Heuchelei war allgemeine Krankheit, die Lüge öffentlich, die Wahrheit geheim und Privateigenthum.

Dennoch entsprach die Versammlung der Vereinigten Ausschüsse, welche dem Patente vom 3. Febr. die Erfüllung geben sollte, diesem Zwecke nicht. Das Land, die Provinzen, die Hauptstadt blieben theilnahmlos bei dem Zusammentritte eines Körpers, dem sich fast alle hervorragenden Persönlichkeiten der früheren liberalen Opposition des Vereinigten Landtags, die Hansemann, Vincke, von der Heidt, Beckerath u. a. entzogen hatten. Mehr als ein Drittheil der Mitglieder ließ sich auf die Ausübung der ihnen übertragenen Rechte nicht ein, und das ganze Land stimmte diesem Drittheile zu. Der Verfassungsstreit blieb in seiner alten Lage. Der Zwiespalt zwischen Volk und Regierung blieb klaffend offen. Nur die Gewalt der Ereignisse konnte jetzt eine Lösung herbeiführen. Das sprach der Abgeordnete Camphausen aus, als er in seiner Rede vom 18. Januar 1848 der Regierung zurief: Das Volk wird wissen, daß wir, die wir hier erschienen sind, gleich denen, welche die Wahlen zu dem Ausschusse zu vollziehen oder anzunehmen sich geweigert haben, an dem Grundsatze festhalten, daß alle das Personen- und Eigenthumsrecht und die Steuern betreffenden

Geſetze ohne den Beirath des Vereinigten ſtändiſchen Landtags nicht erlaſſen werden können. Die Mitglieder des Vereinigten Landtags, die nicht unter uns ſind, werden wiſſen, daß wir nicht geſonnen waren noch geſonnen ſein werden, uns Rechte beizumeſſen, die nach der Anſicht des Vereinigten Landtags ihm allein zuſtehen. Die Regierung endlich wird wiſſen, daß nicht, wie ihr Organ dem Lande einzureden bemüht geweſen, der Zwieſpalt geſchlichtet iſt, der zwiſchen den thatſächlichen Zuſtänden und der früheren Regierung beſteht. Um ſo mehr halte ich es für meine Pflicht, die Regierung hierüber nicht in Zweifel zu laſſen, als der Gang, den ſie am Schluſſe des Vereinigten Landtags und nach ihm eingeſchlagen hat, mich mit tiefer Betrübniß und mit Sorge für die Zukunft erfüllt." Camphauſen fühlte, als er dieſe Worte ſprach, ſein Herz durchzittert von der Ahnung drohender Gefahr, und bei ihm, wie bei allen Patrioten ſteigerte ſich in jenen Tagen der Schmerz über die Verblendung des Hofes und ſeiner Rathgeber um ſo höher, je klarer ſie einſahen, mit wie wenigen, von Vernunft, Geſchichte und Gerechtigkeit ſelbſt geforderten Zugeſtändniſſen, auch jetzt noch der drohende Sturm beſchworen, oder doch das Staatsſchiff in den Stand geſetzt werden könne, ihm erfolgreich die Stirn zu bieten. Dies Gefühl durchdrang die Worte,

mit denen er jene Rede schloß: „Eine große That war geschehen! nach dreißigjährigem Harren waren die Vertreter des ganzen Landes in einem Saale versammelt, und Alle, welche wissen, wie selten, wie schwer großen Versammlungen die Selbstbeherrschung gelingt, sahen mit Spannung und nicht ohne Besorgniß ihren Schritten entgegen. Wie ist der Erfolg gewesen? Das Ausland war erstaunt und überrascht über die Mäßigung der Versammlung, über ihre treue Ergebenheit gegen den Fürsten. Es war in Zweifel, ob es ihre Zurückhaltung loben, oder sie der Schwäche beschuldigen sollte. Es fand den König zu beneiden, der unter solchen Umständen eine solche Versammlung berufen und eine so glänzende Manifestation der Treue und Ergebenheit seines Volks der Welt vor Augen legen konnte.

„In Preußen aber, wo die Stände bis auf die äußerste Grenze vorrückten, und weit hinübergebogen, die Hand zur Ausgleichung boten, ist diese Hand im Zorne zurückgestoßen worden! In Preußen haben die Stände von Seiten der Regierung Tadel und Nichtbeachtung gefunden, und Aeußerungen des Mißfallens und Unwillens, welche in geringem Einklange mit einem monarchischen Staate stehen, der von den Ständen nur Rath verlangen, sie nur Rath zu ertheilen berechtigen will. Ein Wort hätte hinge-

reicht den Verfassungsstreit in Preußen auf immer zu beendigen. Es ist nicht gesprochen worden. Die Folgen müssen getragen werden. Die Geschichte aber wird richten zwischen uns und der Regierung."

So sprach unter dem Murren der preußischen Junker und Bureaukraten, aber unter der Zustimmung von ganz Deutschland, ja von ganz Europa derselbe Mann, an den sich wenige Monate später das Preußische Königthum wie an einen Rettungsanker in der höchsten Noth anklammern sollte!

Wenn so die Versammlung der Vereinigten Ausschüsse jenem ersten Zwecke nicht entsprach, so erfüllte sie dafür desto vollständiger den andern: der Regierung durch Gutheißung ihres neuen Strafgesetzbuchs ein verstärktes Zucht- und Zwangsmittel in die Hand zu geben. Zwar die Scheußlichkeiten der geschärften Todesstrafe, das Handabhauen, Kopfaufstecken und ähnliche alttürkische Barbareien, die ein Savigny zu seiner ewigen Schande zu vertheidigen wagte — sie wurden, nebst der Prügelstrafe und Vermögenskonfiskation selbst von diesem willigen Werkzeuge des Despotismus verworfen. Auch der Paragraph, wonach sogar auf einfache Berathung über Veränderungen der Preußi-

ſchen, oder der deutſchen Bundesverfaſſung Straf=arbeitshaus von einem halben bis zu ſechs Jahren geſetzt war — gewiß bezeichnend für die politiſchen Anſichten der Preußiſchen Regierung! — konnte ſelbſt bei den loyalen Rittern keine Majorität er=langen. Dagegen blieben ſtehen die mit Blut ge=ſchriebenen Strafbeſtimmungen über Hochverrath, Majeſtäts= und politiſche Verbrechen, die Beſtim=mungen über Religionsverſpottung und Gotteslä=ſterung, über Schmähungen ſelbſt „gegen verſtor=bene Mitglieder des königlichen Hauſes“, wodurch jede wahrhafte Geſchichtsſchreibung unmög=lich und ein Hiſtoriker wie der alte Schloſſer, in Preußen unfehlbar zuchthausreif gemacht wurde. Selbſt die mäßigſten Aenderungsvorſchläge der Ab=theilungen wurden von der Verſammlung verworfen. So kam ein Strafgeſetzbuch zu Stande, mit welchem in der Hand, wie damals ein Berichterſtatter einer cenſirten Zeitung ſich ausdrückte, die Regierung jeden Schriftſteller, überhaupt jeden Menſchen, der frei=müthig ſeine Meinung in politiſchen und religiöſen Dingen äußerte, wegen Schmähung oder Verſpottung der Obrigkeit, der Landesgeſetze, der Staatseinrich=tungen, der Verwaltungsmaßregeln, oder wegen Entſtellung der Wahrheit, oder wegen Beleidigung Gottes, oder einer der chriſtlichen Kirchen, oder einer geduldeten Religionsgeſellſchaft, ihrer Lehren, Ein=

richtungen, Gebräuche, oder der Gegenstände ihrer Verehrung (heilige Röcke u. s. f.), kurz auf irgend eine Weise für ein Paar Jahre ins Arbeitshaus sperren lassen konnte. Aber das Uebermaß der Schmach war die Annahme der beiden Paragraphen über den deutschen Bund. Das Spiel, welches man hier mit den Vertretern des Landes trieb, war um so unwürdiger, als der König selbst, wie später durch die Enthüllungen des Herrn von Radowitz bekannt wurde*), von der „todtgebornen Organisation" des Bundestages und von den „schmachvollen Versäumnissen aller Interessen Deutschlands", welche sich seit dreißig Jahren der Bund zu schulden kommen lassen, in seinem Innern vollkommen überzeugt war. Und dennoch sollte dieser selbe Bund und seine Verfassung für sakrosankt erklärt und jeder Versuch zur Aenderung derselben als Hochverrath bestraft werden! Mit 66 gegen 28 Stimmen namentlichen Aufrufs bestätigte die Versammlung**) zu ihrer unvergeßlichen Schmach die Forderung der Regierung: daß alle Unternehmungen zur Auflösung oder Umänderung des deutschen Bundes dem Hochverrathe gegen den Preußischen Staat gleichgeachtet und bestraft, überhaupt

---

*) Deutschland und Friedrich Wilhelm IV. (Hamburg im Mai 1848.)

**) Sitzung der Ver. Ausschüsse vom 4. bis 5. Februar.

alle auf landesverrätherische Handlungen gegen den Preußischen Staat gestellten Strafbestimmungen auch für ähnliche Handlungen gegen den deutschen Bund gültig sein sollten! Vergebens ließ auch hier der wackre Camphausen die Stimme der Wahrheit erschallen. Vergebens sprach er es laut vor ganz Deutschland aus: „so lange der deutsche Bund besteht, hat das Gefühl der deutschen Einheit nicht in ihm, sondern neben ihm gelebt. Er hat nie positiv gewirkt, er hat alle Verheißungen, welche die deutsche Bundesakte dem deutschen Volke gab, unerfüllt gelassen. Er hat keine unsrer Hoffnungen erfüllt, und kann keine erfüllen, so lange er auf dem bisherigen Wege fortwandelt.“ Vergebens sprach er es aus, daß eine Aenderung des Bundes kein Verbrechen, daß sie ein Werk des Heils sei für das Vaterland. Er ward überstimmt, das schmachvolle Gesetz ward angenommen. Wenige Wochen später hatten fast sämmtliche Fürsten und Regierungen Deutschlands sich des Verbrechens dieses Hochverraths schuldig gemacht!

Aber auch durch andere Maßregeln suchte das herrschende System seine Allgewalt zu befestigen. Die Landwehr, ein ihrem Wesen nach demokratisches Institut, war als solches längst dem Absolutismus ein Dorn im Auge gewesen. Die Wehrverfassung aus der Zeit des nationalen Aufschwungs der Jahre

1813—15 hatte bereits eine ganze Reihe von Umbildungen, Abweichungen und Verunstaltungen ihres einfach großen demokratischen Grundprinzips erfahren. Durch sie waren Ungleichheit, Zufall und Willkür in das System gekommen, und die sittliche Grundlage der gleichen Verpflichtung und Berechtigung aller Waffenfähigen zum Waffendienste war keine Wahrheit geworden. Jetzt wagte man sich auch an den Rest volksthümlicher Einrichtung. Man gab der Landwehr statt ihrer eignen, Offiziere des stehenden Heeres, um sie der Linie enger anzuschließen, und den soldatesken Geist mehr und mehr in alle Schichten des Volks zu verpflanzen. Aus ähnlichem Grunde hatte man schon früher die Stellen der Volksschullehrer mit altgedienten Unteroffizieren der Armee zu besetzen unternommen.

Auch das letzte Hemmniß ministerieller Willkür wurde beseitigt. Eine königliche Verordnung, welche es in das Belieben der Krone stellte, ob sie den Staatsrath bei dem Erlassen neuer Gesetze, als Plenum oder in einzelnen Abtheilungen hören wolle oder nicht, hob den Staatsrath, diese freisinnige Schöpfung Hardenbergs, in seiner bisherigen verfassungsmäßigen Bedeutung auf.

Die Unabhängigkeit des Richterstandes, bisher fast das einzige Bollwerk gegen die Uebergriffe des Absolutismus und der bureaukratischen

Allmacht ward vernichtet, und die Befugniſſe der, von miniſterieller Willkür abhängig gemachten, Richter erweitert.

Die Preſſe ward mit verdoppelter Strenge überwacht. Die Maſſe des Volks in den alten Provinzen, welche ihre politiſchen Nachrichten nur aus den drei Berliner und einigen, wo möglich noch dürftigeren Provinzialzeitungen ſchöpfte, blieb unendlich zurück an politiſcher Bildung und ſelbſt an hiſtoriſcher Kenntniß der in dem übrigen Deutſchland herrſchenden Gedanken und vorkommenden Ereigniſſe. Sogar über ſeine eignen Geſetze und rechtlichen Zuſtände ſollte das Volk nicht belehrt werden. Als der Vorſteher der Potsdamer Stadtverordneten, im Februar 1848, den Bürgern Vorträge über die Städteordnung zu halten unternahm, ward ihm die Fortſetzung derſelben vom Oberpräſidenten unterſagt, was ſelbſt in der Gnadenſtadt Potsdam Aufſehen erregte. In andern Städten wurden Bürgervereine, obſchon ſie ausdrücklich „Politik und Religion“ von ihren Diskuſſionen ausgeſchloſſen hatten, ohne Angabe der Gründe aufgehoben und verboten. Ebenſo wurden die Karnevalsvereine in einigen Rheinſtädten aufgehoben, weil ſie es gewagt, mißliebige Männer als Ehrenmitglieder aufzunehmen, oder der herrſchenden Stimmung in ſatiriſchen Anſpielungen Luft zu machen. Die Preßprozeſſe häuften ſich. Männer,

welche Urtheile der Gerichte über ſie durch den Druck veröffentlichten, wurden des Verbrechens der Aufreizung zur Unzufriedenheit angeklagt. Ein freiſprechendes Urtheil in ſolchem Falle ward als ein ſeltenes Ereigniß freudig begrüßt. Als der Badiſche Deputirte Baſſermann ſeine Motion auf „Vertretung des deutſchen Volks“ in die Kammer gebracht hatte, ſtrich die Berliner Cenſur in einer Notiz der Spenerſchen Zeitung ſelbſt die Bezeichnung des „deutſchen Volks“, und ſetzte den Ausdruck Ständeverſammlungen an ihre Stelle. Die Erneuerung der verrufenen Bundeszentralkommiſſion gegen demagogiſche Umtriebe ward von Preußen eifrig gefördert. Als ein von der Bureaukratie des Miniſteriums Bodelſchwingh vielfach gemißhandelter ukermärkiſcher Edelmann, der Herr von Holzendorf-Vietmannsdorf, eine Adreſſe von vierzig Bauern an den König im Sinne der Oppoſition des Vereinigten Landtags zu Stande brachte, wurden alle Mittel in Bewegung geſetzt, die Unterzeichner zum Widerrufe zu veranlaſſen. Bei dem größten Theile derſelben gelang es durch Drohungen aller Art, und der König ſelbſt ließ ſich herab, den Sündern in einem Briefe den Text zu leſen und denſelben zu ſagen, daß ihnen das Verbrechen, in ſtaatlichen Dingen eine Meinung zu haben, diesmal noch aus Gnaden unbeſtraft hingehen ſolle.

Dies Alles und vieles Aehnliche geschah in den beiden ersten Monaten des Jahres 1848. Dabei dauerten die religiösen Wirren, die Glaubensverfolgungen fort. Das Ministerium Eichhorn verhängte Glaubensinquisitionen über die ältesten und würdigsten Vorsteher höherer und niederer Bildungsanstalten, wenn ihre Ueberzeugungen dem herrschenden christlichen Systeme nicht entsprachen. Aber der Geist des Widerstandes wuchs mit dem steigenden Drucke der Willkür. Im Heere selbst zeigte sich bei einzelnen Offizierkorps ein bedenklicher Geist der Neuerung, welchen die eingeleiteten Untersuchungen und Prozesse nur klarer zu Tage legten. Die gestattete Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen und Stadtverordnetensitzungen erweckten in Berlin den Sinn für öffentliche Dinge aus seinem tiefen Todesschlafe. Dazwischen regten sich wieder unbestimmte Gerüchte, Hoffnungen auf Konzessionen der Regierungen an den Geist der Zeit. Sie blieben unerfüllt. Und doch — wie gering war damals der Gegenstand der höchsten Hoffnung! Gerüchte von Verwilligung zweijähriger Periodizität des Vereinigten Landtags waren das Höchste, zu dem man sich in seinen Wünschen und Erwartungen verstieg! Als man aber sah, daß selbst die mäßigsten Hoffnungen und Wünsche regelmäßiger Wiederkehr einer berathenden Versammlung keine Erhörung fanden,

während zu derſelben Zeit ſelbſt in Neapel und Kopenhagen zwei neue Konſtitutionen mit jährlichen beſchließenden Kammern erſchienen, da ergriff ein düſtres Gefühl der Beſchämung die ganze Nation.

Zu gleicher Zeit erlitt die Bureaukratie durch die furchtbaren Nothſtände in Schleſien einen um ſo tödtlicheren Stoß, als dadurch alle Uebelſtände der endloſen Schreiberwirthſchaft und die völlige Ohnmacht des bureaukratiſchen Verwaltungsſyſtems zur Bekämpfung ſolcher Leidenskriſen im Leben des Volks mit ſchrecklicher Klarheit zu Tage traten. Die Nothwendigkeit der Theilnahme des Volks an ſeinen Angelegenheiten, die Unentbehrlichkeit der freien Preſſe zur Aufdeckung der Mängel und Gebrechen in der Verwaltung konnte man jetzt ſelbſt von ſolchen Leuten als Forderung ſtellen hören, welche bisher zu den ergebenſten Anhängern des herrſchenden Syſtems gezählt hatten. Hier war ein Abgrund des Elends zu Tage getreten, den ſelbſt die Stimme der abſolutiſtiſchen Preſſe nicht als Schöpfung der Volksaufwiegler und der „ſchlechten Preſſe“ zu bezeichnen wagte. Man mußte in Berlin geſtehen, daß man dieſen Zuſtand nicht gekannt habe. Daß man ſchlecht hörte, wenn man ſich ſelber die Ohren verſtopfte und den Andern den Mund verſchloß, war freilich kein Wunder.

Eine immer ſtärkere Abneigung, ein grollender Haß bildete ſich in Preußen gegen das im Staate herrſchende Syſtem und ſeine Träger. Ganz Deutſchland ſah noch immer mit hoffender Erwartung auf das preußiſche Volk. Zugleich aber ſah es in dieſem Syſtem und ſeinen Trägern die Vereitler ſeiner Hoffnungen für die freie Entwicklung Deutſchlands, deſſen Wiedergeburt zur Einheit und Freiheit, ohne Preußen an Deutſchlands Spitze, den Patrioten unmöglich ſchien.

Kapitel II.

Der Prinz von Preußen.

Der Prinz von Preußen war oder galt in der allgemeinen Meinung für denjenigen, welcher dem weichen Wachs seines königlichen Bruders, mit Benutzung von dessen wechselvollen Launen unter dem Einflusse einer schlauen aristokratischen Camarilla, die bestimmende Form aufprägte. Je verhängnißvoller die Persönlichkeit dieses Prinzen für die Geschicke Preußens zu werden bestimmt war, um so mehr haben wir in unserer Darstellung von vorn herein bei ihm einen Augenblick zu verweilen. Denn Er, weit mehr als König Friedrich Wilhelm IV., galt als der Träger jenes spezifisch soldatesken und bureaukratisch polizeilichen Preußenthums, gegen welches der erste Stoß der Preußischen Revolution gerichtet werden sollte. Von dem Tage an, mit welchem der Prinz Wilhelm von Preußen zum „Prinzen von Preußen", der prinzliche General eines Armeecorps zum Thronerben einer Europäischen Großmacht erhoben wurde, mußten sich die

Blicke Preußens und Deutschlands einem Manne zuwenden, dessen Einfluß in der Gegenwart auf die Geschicke Preußens und Deutschlands kaum weniger bedeutend war, als seine Stellung zu beiden in der Zukunft.

Der Prinz von Preußen galt von jeher als der Lieblingssohn seines Vaters, dessen Abbild er, körperlich wie geistig, in vielen Bezügen darstellte. Gleich war bei beiden die Liebe zum Soldatenwesen, die Neigung für das Kamaschenritterthum der modernen Zeit, gleich die Vorliebe für das Mittelmäßige in Dingen und Personen, die Abneigung gegen Alles, was an Geist und Charakter über die aurea mediocritas sich erhob, wie gegen alle Romantik, Schwärmerei und Enthusiasmus. Dieselbe Art von protestantischer, nüchterner Christfrömmigkeit, die gleiche Unzugänglichkeit für Kunst, Poesie und Wissenschaft hatte sich vom Vater auf den Sohn vererbt, und selbst in Wuchs und Gestalt, in Manier und Behaben, in Ausdruck und Sprachweise erschien der eine als der getreue Abdruck des andern. Hätte ihn statt seines älteren Bruders der 7. Juni des Jahrs 1840 als Preußens König begrüßt, — so würden aller menschlichen Berechnung nach die Dinge in Preußen und Deutschland einen wesentlich verschiedenen Gang genommen haben. Statt, wie sein Bruder, das altpreußische System auf allen Punkten

zu lockern und das unaufhörlich mit Spornstößen vielfacher Einfälle aufgestachelte und zu ein und derselben Zeit wieder mit dem erneuten Ruck des Kettenzügels zurückgehaltene Roß allmälig wild und tückisch zu machen — würde er Alles daran gesetzt haben, dasselbe im unveränderten Gange zu erhalten. Der Ausbruch würde dadurch vielleicht heftiger und blutiger, aber die Entscheidung ungleich bestimmter und klarer ausgefallen sein. Der Prinz von Preußen auf dem Throne seines Vaters würde in jener Berliner Märznacht nicht besiegt worden sein, aber sein Sieg würde vielleicht das Schicksal der Monarchie in Preußen und in Deutschland entschieden haben.

Freilich nicht ohne harten Kampf. Das stehende Heer, die „Armee" hätte zu ihm gehalten, und der Frühling des Jahres 1848 hätte vielleicht, statt der konstituirenden Nationalversammlung, Rußlands Gewalthaufen in den Mauern Berlins gesehen. Die „Armee" sah in ihm den Vertreter des ächten Soldatenthums, das dem Bürgerthume direkt entgegengesetzt auf dem Bewußtsein dieses Gegensatzes seinen Stolz gründet. Rußland aber, sein Kaiser und sein System hatten zu aller Zeit keinen treueren Freund und Anhänger als den Prinzen von Preußen.

Die große Idee eines wahrhaften Volksheeres: einer Linienarmee mit stehenden Rahmen von Offi-

zieren und Unteroffizieren als Waffenschule für die gesammte, durch körperliche Volkserziehung in Turnanstalten vorgebildete junge wehrhafte Mannschaft; — eine Landwehr, bestehend aus den ältern durch jene Waffenschule des Heers durchgegangenen Jahresklassen mit selbstgewählten Führern; — ein Landsturm endlich, gebildet in Kriegszeiten aus sämmtlichen noch ältern waffenfähigen Männern zur Führung des Volkskriegs: — diese einfache große Idee, geboren in der Begeisterung des drangvollsten Augenblicks, bewährt durch unermeßliche Erfolge trotz mangelhafter Ausführung, Grund- und Eckstein der mit soviel theurem Blute erkauften Hoffnung auf den Neubau volksthümlicher Freiheit, ward, eben weil sie dies letztere war, verworfen und verlassen in dem Augenblicke der abgewendeten, allein mit ihrer Hülfe glücklich abgewendeten Gefahr. Ueber ein Menschenalter lang ward aller Witz und alle Kraft dazu verwendet, das Volksheer wieder zur „Armee", den bewaffneten Bürger wieder zum spezifischen Soldaten, das Kriegskleid des freien Bürgers und Vaterlandsvertheidigers zum „Rock des Königs", seine Träger zu einem dem Bürgerthume starr entgegengesetzten, ihm übergeordneten Stande zu machen, zu einem Stande mit besonderer, feinerer und besserer Ehre als die Ehre des Bürgers, mit besondern Pflichten nicht gegen den Staat, sondern gegen die Person

des Königs, gegen den Thron, als dessen Schutz und Stütze, als dessen „letztes Bollwerk“ dieser Stand gelten und sich empfinden sollte. Dieselbe Ansicht, welche den Staat, diesen lebensvollsten Organismus, nur als Staatsmaschine aufzufassen wußte, machte sich in noch viel höherem Grade bei dem Heerwesen geltend. Das Prinzip des blinden Gehorsams ward hinaufgeschroben bis zu dem Jesuitischen Grundsatze völliger geistiger Unterwerfung unter die persönlichen Ansichten des königlichen Herrn. Ein Offizier kann und darf keine andern staatlichen Ansichten haben als die seines Königs — dieser Grundsatz ward unverhüllt als Forderung ausgesprochen. Nur wer sich diesem Grundsatze unbedingt fügte, oder zu fügen heuchelte, war der Ehre werth, den „Rock des Königs“ zu tragen. Wer die freie Ueberzeugung für sich in Anspruch nahm, galt als gefährlich, als Feind der Monarchie, um so gefährlicher — der Urtheilsspruch über den Lieutenant Anneke sprach dies mit naiver Unbefangenheit aus — wenn strenge Sittlichkeit, wissenschaftliche Bildung und Energie des Charakters selbst den Gegnern Achtung geboten.

Der Prinz von Preußen hatte vornehmlich in diesem Geiste auf das Heer eingewirkt. Als Generalkommandeur des Gardekorps vollendete er diese Schöpfung des Herzogs Karl von Mecklenburg zum

Musterbilde soldatischer Abgeschlossenheit und junkerhaften Hochmuths. Ihm schrieb man jene Bestrebungen zu, durch welche kurz vor der Revolution der letzte Rest von Volksthümlichkeit, welcher dem ursprünglich demokratischen Institute der Landwehr noch geblieben war, durch Besetzung der Führerstellen mit Offizieren der Linie vernichtet werden sollte. Man nannte das: engeren Anschluß der Landwehr an die Linie. Das eigentliche Ziel aber war: den exclusiv soldatischen Geist an die Stelle des Volksgeistes zu setzen, das russische Prinzip des militairischen Absolutismus auch in Preußen zum herrschenden zu machen, dies Prinzip, das in dem Soldaten jede Spur des Bürgers, jede freie Regung, jeden Gedanken über Kaserne und Kamaschendienst hinaus unterdrückte. Mit einer solchen Waffe gerüstet glaubte der Prinz von Preußen den Absolutismus stark genug, jedes Freiheitsgelüsten der Nation nachdrücklich niederzuhalten, dessen Dasein ihm in den Berathungen des Vereinigten Landtags gefahrdrohend nahe getreten war.

Der Prinz von Preußen huldigte von ganzem Herzen diesem Absolutismus der Monarchie, wenn auch ohne die romantische Überschwänglichkeit, wie sie in der Thronrede seines königlichen Bruders vom April des Jahres 1847 so farbenbunt erstrahlte. Sein politisches Glaubensbekenntniß war von mehr

rationaliſtiſcher Nüchternheit. Gewöhnlich ſtumm und wortkarg, verfehlte er doch nicht, daſſelbe in den Sitzungen des Vereinigten Landtags mit hinlänglicher Deutlichkeit auszuſprechen. „Freiheiten und Rechte der Stände dürfen niemals auf Unkoſten der Freiheiten und Rechte der Krone gewährt werden", das war auch ſein leitender Grundgedanke. Mit andern Worten: der reine Abſolutismus des unumſchränkten Königthums iſt und bleibt, trotz aller Patente, die Regierungsform der Preußiſchen Monarchie. Er ſprach es unumwunden aus, daß in der Herrenkurie, d. h. in der privilegirten Ariſtokratie, die Intereſſen des Throns ihre Hauptſtütze finden würden*). Dafür erklärte er ſich — denn eine Hand wäſcht die andere — „auf das allerbeſtimmteſte" gegen die Aufhebung der adligen Patrimonialgerichte, und gegen die Antaſtung alles deſſen, was unter dem hochtönenden Namen „wohlerworbener, alter, angeſtammter Rechte" begriffen wurde. Als die Verſammlung der drei Stände das Recht der „Zuſtimmung" bei der Abänderung der ſtändiſchen Verfaſſung beanſpruchte, ſah er in ſolchem Anſpruche „eine neue Schmälerung der Rechte der Krone", und ſprach der Verſammlung ſelbſt zur Stellung ſolchen Verlangens „auf das entſchiedenſte" alle und jede Be-

*) Sitzung der Herrenkurie vom 20. April.

fugniß ab. Nur beirathend könnten die Stände in Preußen sein, nicht beschließend. Auch von einer regelmäßigen Wiederkehr der allgemeinen Ständeversammlungen wollte er nichts wissen. Nur den Ausschüssen sollte dieselbe gestattet werden können. Er liebte es, in seinen Reden immer die stärkste Betonung auf die königliche Machtvollkommenheit zu legen, deren „Befehle“ Gesetz, deren Verwilligungen „Gnaden“ seien. „Sollte Se. Majestät geruhen, auf unsere Bitte, auf unsern Wunsch eine Veränderung der Gesetze eintreten zu lassen, so wird Allerhöchstderselbe befehlen, ob „der Rath der Versammlung zu hören ist oder nicht“. Diese Vertretung der reinen Willkür des monarchischen Absolutismus war bedeutsam im Munde des Thronfolgers. Nicht minder war es die Rede, welche dem jedesmal regierenden Könige das Recht zuschrieb: das Gesetz seines Vorgängers nach seinem besten Wissen und Gewissen auch dann auszulegen, wenn eine Auslegung durch den Gesetzgeber selbst bereits vorhanden sei. Damit erklärte der Prinz von Preußen einfach: daß der Nachfolger auf dem Preußischen Throne an kein Gesetz seines Vorgängers gebunden sei. Er adoptirte die berufenen Worte jener königlichen Thronrede seines Bruders: „als Erbe einer ungeschwächten Krone, welche ich meinen Nachfolgern ungeschwächt bewahren will und muß,

weiß ich mich vollkommen frei von jeder Verpflichtung gegen Nichtausgeführtes.“ Das hieß in jenem Falle: von jeder Verpflichtung, ein Gesetz des Vorgängers auszuführen. Selbst die deutsch einheitlichen und bundes-reformatorischen Absichten Friedrich Wilhelms IV., von denen Herr v. Radowitz uns ausführlich berichtet, fanden, wie es scheint, in dem Prinzen von Preußen, wie der genannte vertraute Freund des Königs an mehreren Stellen seiner Schrift andeutet*), einen hartnäckigen Gegner, welchem alle solche Vorschläge als „unausführbare Fantastereien“ erschienen.

Sagen wir es mit einem Worte: der Prinz von Preußen zeigte sich auf dem Vereinigten Landtage des Jahres 1847 als starrer Vertreter des reinen Absolutismus. Das Patentgesetz vom 3. Februar war mit sein Werk, und dies Werk hatte keinen andern Zweck und konnte keinen andern haben, als den: die bisherige unumschränkte Macht der Krone durch eine Art von ständischer Vertretung, die in den Händen der Krone ein reines Werkzeug sein sollte, fester zu stützen und zu sichern.

Aber selbst dieses Werkzeug, zusammengesetzt nach dem Willen, berechnet bis in seinen innersten Orga-

*) Deutschland und Friedrich Wilhelm IV. S. 31. 21.

nismus auf die Zwecke und Absichten des Absolutismus -- wandte sich in seinen letzten Resultaten gegen den, der es geschaffen. Der lebendige Geist der Gegenwart war stärker, als der heraufbeschworne Schatten einer von der Zeit gerichteten Vergangenheit. Denn: nur der Lebende hat Recht.

Der Prinz von Preußen war aber nicht nur der Vertreter des reinen Absolutismus, des ächten, alten „Königthums von Gottes Gnaden", nicht nur der Aufrechthalter und Schützer des starren Soldatenkastengeistes und des Kamaschenritterthums der Zeit Friedrich Wilhelms III. Er war auch der Freund des ächtaristokratischen Junkerthums, dessen Blicke sich zu ihm, wie zu ihrem Schirm und Hort emporrichteten. Mit seiner Hülfe hatte Fürst Felix Lichnowsky, die Blume dieses ultra-royalistischen und legitimistischen Kavalierthums, seinen Kreuzzug zu Gunsten des spanischen Prätendenten Don Carlos und seiner Pfaffen unternommen. Ihm widmete derselbe die Ilias seiner „Erinnerungen" aus den Jahren 1837 -- 1839, als dem „Muster und Vorbilde", dem „Erlauchten Gönner, dessen hehre ritterliche Gestalt einer Oriflamme gleich, ihm in allen Kämpfen und Gefahren vorgeschwebt habe."

Als einen solchen fand die Revolution des Jahres 1848 den Prinzen von Preußen.

Sie fand ihn an der Seite eines in ſeinem Innerſten ſchwankenden Herrſchers, umgeben von einem ſervilen, vom Geiſte des reinſten Abſolutismus beſeelten Miniſteriums, an der Spitze eines ſtarken, ein Menſchenalter lang zum blinden Gehorſam dreſſirten Heeres, feſt überzeugt von der Gerechtigkeit ſeiner Sache, und nur zu ſehr geneigt, ſie mit allem Trotze eines mittelmäßigen Kopfes und hartnäckigen Charakters gegen jeden Angriff „rebelliſcher" Neuerung zu verfechten. Von einem ſolchen Manne zu verlangen, daß er anders hätte handeln ſollen, als er gehandelt hat, zu fordern, daß er Strebungen nachgebe, die er als verderblich, als Verrath am Heiligſten ſeiner Ueberzeugung von Herzen verabſcheuen mußte, heißt das Unmögliche verlangen. Niemand kann über ſeinen Schatten ſpringen. Die Idee der unbeſchränkten, von Gott ſelbſt verliehenen, heiligen Königsgewalt, war der Schatten des Prinzen von Preußen. Sie war ihm ein Dogma, ein Glaubensartikel, ihre Gegner Ketzer, im Sinne des katholiſchen Prinzips. Nur wenn es unmöglich iſt, die Ketzer zu vernichten, mag man mit ihnen unterhandeln — aber mit dem ſtillen Vorbehalte ihrer Nichtanerkennung. Denn das römiſche

haereticis non est servanda fides!

iſt auch der Wahlſpruch des politiſchen Abſolutismus. Das lehrt die Geſchichte auf allen Blättern.

Kein vernünftiger Mensch kann daran zweifeln, welche Partie ein Mann wie der Prinz von Preußen ergreifen mußte, als die Meereswellen der revolutionairen Bewegung um die Mitte des März endlich auch gegen die Hauptstadt des Preußischen Reichs, das letzte Bollwerk des Absolutismus in Deutschland, heranspülten. Die Adressen, die Petitionen, die Volksversammlungen, die lebendigere Bewegung des Volks der Hauptstadt — was konnte in dem Allen ein Mann von seinen Ansichten und Ueberzeugungen anders erblicken, als strafbare Rebellionsversuche, welche niederzuhalten Recht, Pflicht und Ehre der Krone geboten? Es heißt den Prinzen nicht nach seiner Ehre behandeln, wenn man ihm eine andere Gesinnung unterlegt.

Er ist seiner Ueberzeugung treu geblieben bis zum letzten Augenblicke. Als die Schwäche seines Bruders den Sieg seines Prinzips zur Niederlage verkehrte — hat er den Staub der rebellischen Hauptstadt von seinen Füßen geschüttelt, und ist freiwillig in die Verbannung gegangen. Als ihn der Befehl des Königs zurückberief, hat er diesem Befehle gehorsamt. Aber er hat sich nicht dazu erniedrigt, mit einem einzigen Worte die politischen Ansichten und Ueberzeugungen seines Lebens zu widerrufen. Er hat mit keinem einzigen Worte — obschon das Ministerium Camphausen

dieſe Erwartung deutlich genug ausſprach, — erklärt, daß er die neue Bahn „des konſtitutionellen Königthums auf breiteſter demokratiſcher Grundlage“ aus eigener freier Ueberzeugung einſchlage, und ſeine frühere, ihr entgegengeſetzte Anſicht als einen Irrthum erkannt habe. Das Einzige, wozu er ſich verſtand, war die Erklärung, welche er in ſeiner bekannten Rede im Saale der Nationalverſammlung abgab: daß er dem Willen ſeines Königs, der für Preußen jetzt die Bahn der konſtitutionellen Monarchie vorgezeichnet habe, gehorſamen werde. So rettete er ſelbſt hier noch ſein Prinzip. Der „erſte Unterthan“ erkannte nur den „Willen des Königs“ als ſein Geſetz an, der „erſte Soldat der Armee“ hatte für jede Ordre, auch für die ſeiner eignen Ueberzeugung widerſtreitende, nur eine Antwort, das ſoldatiſche: „zu Befehl!“

Kapitel III.

Die ersten Eindrücke der französischen Februarrevolution.

Die verderbenschwangere Wetterwolke der französischen Februarrevolution schwebte schon dräuend über dem Haupte der Europäischen Kabinetspolitik, als dieselbe noch weit entfernt, auch nur ihr Heranziehen zu ahnen, ganz andern Sorgen hingegeben war.

Die Festigkeit des Gebäudes, welches der allbewunderte Friedensnapoleon seit 17 Jahren in Frankreich errichtet, galt ihr, inmitten der bastillenumgürteten Hauptstadt Frankreichs, für ausreichend gesichert. Nur an Louis Philipp's Tod knüpften sich dunkle Befürchtungen einer Störung des allgemeinen Weltfriedens. In der Schweiz freilich hatte die Kabinetspolitik eine unheilbare Niederlage erlitten. Italiens Zustände gestalteten sich immer drohender. Hier galt es einzubringen, was man dort versäumt hatte. Das bedrohte und bedrängte Oestreich forderte Hülfe von dem Absolutismus Preußens und

Rußlands. Sie ward ihm zugesagt für den Fall eines Angriffs. Sobald Oestreich gezwungen werden sollte, in Italien das Schwert zu ziehen, würde ein russisches Heer Polen überwachen, ein preußisches die Erhaltung der Ruhe in Deutschland sicher stellen. Schon längere Zeit hindurch sprachen Gerüchte in den deutschen Zeitungen von preußischen Kriegsrüstungen. Noch am 28. Februar widersprach die Allg. Preuß. Zeitung denselben, aber auf eine Weise, der man es ansah, daß gewisse Thatsachen, die auf eine solche hindeuteten, nicht wegzuläugnen waren. Schon zu Ende des Januar hatten Zeitungsnachrichten von Vereinbarungen der großen Mächte und von militairischen Vorbereitungen gemeldet, welche getroffen worden, um gewissen Eventualitäten zu begegnen, die aus einem als nahe bevorstehend angesehenen großen Ereignisse in Frankreich folgen könnten. Dann aber blieb längere Zeit wieder alles still.

Schon hatten die Zeitungen Guizots Sturz gemeldet, und die unvollständigen Nachrichten von dem Beginne der Pariser Revolution vermehrten die Besorgnisse vor einer drohenden Zukunft. Wie immer bisher so drängte auch jetzt die Theilnahme an den Vorgängen des Auslandes in Berlin das Interesse an den einheimischen Angelegenheiten in den Hintergrund. Aber Eins stand auch hier bei allen

Einsichtigen fest: mit Guizots Falle werde das ganze bisherige System Louis Philipps zusammenstürzen und den bisherigen Zustand Europas unter seinen Trümmern begraben.

Die Erfüllung dieser Befürchtungen folgte Schlag auf Schlag mit Blitzesschnelle. Der Sturz Guizots, die Abdikation Louis Philipps zu Gunsten seines Enkels und die Regentschaft der Herzogin von Orleans — soweit ging die öffentliche Meinung noch mit der Bewegung. Die Verwerfung aber des letzteren Auskunftmittels, die Bildung einer provisorischen Regierung, mit dem „Ouvrier" Albert in ihrer Mitte, die Republik endlich, welche in voller Waffenrüstung aus dem Haupte Frankreichs emporsprang, verwandelte im ersten Augenblicke bei der großen Masse der preußischen und deutschen Liberalen die jubelnde Zustimmung in bange Befürchtung. Eine soziale Umwälzung mit allen ihren Schrecken, ein Revolutionskrieg im Innern, der endlich nach Außen seine Ableitung suchen werde, schienen unvermeidlich. Ganz Berlin theilte diese Anschauung. Die Rheingränze, ganz Deutschland erschienen bedroht, schnelle Waffenrüstung von der Nothwendigkeit geboten, der Krieg unabwendbar.

Der Hof, welcher auf die erste Kunde von Louis Philipps Thronentsagung sich mit dem Worte: „durch Barrikaden erhoben, durch Barrikaden gestürzt!"

über dieſe Thatſache hinweggeſetzt hatte, — der bewunderte Friedensnapoleon war ja doch immer kein legitimer Herrſcher von Gottes Gnaden, — gerieth in die größte Beſtürzung. Anfänglich glaubte man die weitern Ereigniſſe nicht. Man hielt die ſich überſtürzenden Nachrichten für übertrieben; — wer hätte es nicht gethan! Ein General bemerkte, man habe in Paris 300 Kanonen, damit laſſe ſich wohl die Ruhe erhalten. „Seit der Revolution in Palermo traue ich nicht mehr auf die Macht der Kanonen", verſetzte der König. Er hatte nur allzu wahr geſprochen!

Am Abend deſſelben Tages erfolgte die Beſtätigung der für unglaublich gehaltenen Nachrichten. Die Wahrheit ließ hier einmal ſelbſt das Gerücht hinter ſich. Die Flucht des Königs, der Sturz der Dynaſtie, die Vernichtung des Monarchismus, die Verkündigung der Republik — das war innerhalb weniger Stunden die Wahrheit der Charte geworden, die der gekrönte Jeſuit ſiebzehn Jahre lang zur Lüge gemacht hatte. Der Prinz von Preußen war im Theater, als die Nachricht anlangte. Man bemerkte eine Bewegung und Verwirrung in der königlichen Loge, die nach einigen Minuten verlaſſen war.

Das erſte Lebenszeichen, welches die preußiſche Regierung über die franzöſiſche Februarrevolution von

ſich gab, war der leitende Artikel der Preuß. Staatszeitung vom 1. März über oder vielmehr gegen jene Revolution.

Sie erkannte in derſelben als die einzigen „Fäden“ deſſen, was ſie „ſchnelle Verwandlung der Scene“ nannte, nur „Untreue und rohe Gewalt.“ Sie deutete die Hoffnung an, daß „ein treubleibender Theil der franzöſiſchen Nation einen Führer finden werde“, um die Revolution zu bekämpfen. Sie lebte der „Zuverſicht“, das erregte Deutſchland werde ſich ſpiegeln an dem franzöſiſchen Unheil und zur Beſonnenheit kommend umkehren auf der leichtſinnig betretenen Bahn. Sie ſprach es aus, daß Preußen und ſeine Bundesgenoſſen „keine Verletzung der Verträge dulden würden, welche den Europäiſchen Frieden ſeit länger als dreißig Jahren getragen“, — und bedachte nicht, daß dieſe Verträge bereits an allen Ecken und Enden angebrochen und durchlöchert waren, ehe der Galliſche Hahn zum drittenmal gekräht hatte. Sie ſtützte ſich dabei, mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die Worte der preußiſchen Thronrede vom April 1847, auf „die unerreichte Wehrverfaſſung“ Preußens.

An demſelben Tage erließ der Bundestag ſein Vertrauensvotum an die deutſche Nation, und Berliner Blätter wagten es auszuſprechen, daß Gewäh-

rung der Preßfreiheit das erste und nothwendigste thatsächliche Zeichen dieses Vertrauens sein müsse.

Die Antwort darauf war eine Erklärung des Königs an das Staatsministerium (12. März), in welcher es hieß: zufolge der Bundesbeschlüsse vom 3. März sei Er zwar nicht mehr gehindert, „Censurfreiheit unter den nöthigen Garantien" sofort in Preußen einzuführen; Er werde aber davon zurückgehalten durch den dringenden Wunsch, ein gemeinsames deutsches Bundesrecht in dieser Angelegenheit zu erstreben".

Diese hinterhaltige und augenscheinlich abweisende Erklärung ward in einem Augenblicke gegeben, wo bereits in allen deutschen Ländern rings um Preußen die Censur aufgehoben und Preßfreiheit gewährt worden war. Diese Erklärung umging selbst den Namen der Preßfreiheit, und schwärzte dafür die „Censurfreiheit unter den nöthigen Garantien" ein.

Mit der französischen Revolution und dem Sturze Louis Philipps war allen Patrioten in Preußen gleichsam ein Stein vom Herzen gefallen. Ein jeder ahnte, daß man sich am Anfange einer neuen Weltepoche befinde, daß für Preußen ein Stehenbleiben inmitten der allgemeinen Freiheitsbewegung, die mit der Schnelligkeit des elektrischen Funkens durch alle Glieder des vielgetheilten Deutschlands

zuckte, unmöglich sei. Die einzige politische Institution — oder vielmehr der schwache Keim einer solchen, welche in Preußen als Handhabe dienen konnte, um sich der Bewegung zu bemächtigen, und die Reformentwicklung an die Stelle der zu befürchtenden Revolution zu setzen, war der Vereinigte Landtag.

Mit dem sichern Instinkte des Nothwendigen, der in ihm ruht, ergriff das Volk in Preußen diesen Gedanken. Ohne freie Presse, ohne Associationsrecht, ohne jedes gesetzliche Mittel seiner Willensbethätigung ergriff es diesen einzigen Anhaltspunkt, und der Ruf nach sofortiger Versammlung der Reichsstände war der erste, der sich in ganz Preußen erhob.

Die Völker sind am wenigsten begierig nach Revolutionen. Sie wissen, daß jede gewaltsame Umwälzung auf ihre Kosten geschieht. „Die Völker", schrieb im Jahre 1847 der Pater Ventura, Italiens genialster Politiker, an den Bischof von Digne, Monseigneur Sibour, — „die Völker wissen sehr wohl, was das sagen will: eine Revolution. Sie nehmen gewiß die Freiheit lieber von ihren Fürsten, als aus den blutigen Händen der Empörung und Anarchie". Kein Volk aber wollte die Revolution weniger als das preußische, keine Hauptstadt hatte weniger Neigung für eine gewaltsame Umgestaltung der Staatsverhältnisse als Berlin. Es war dem

Hochmuthe der absolutistischen Verblendung vorbehalten, beide zu dem zu zwingen, was sie von Herzen verabscheuten.

Sofortige Einberufung des alten Vereinigten Landtags! Wie rührend bescheiden war diese Forderung! Wie war sie selbst von dem eignen Interesse der herrschenden Partei geboten! Aber selbst diese bescheidne Forderung ward nicht gewährt, diese von dem eignen Interesse gebotene Maßregel ward nicht ergriffen. Erst am Schlusse der zweiten Märzwoche, in einer Zeit, wo die einzelnen Tage zu Jahren wurden, wo jede versäumte Stunde unersetzliche Verluste in sich schloß, erst da (14. März) erschien das Patent, welches den Vereinigten Landtag auf den — 27. April einberief. Die Verkündigung der regelmäßigen Wiederkehr des Vereinigten Landtags war allgemein in den ersten Tagen des März erwartet. Jetzt hielt man den bereits gefaßten Beschluß zurück, aus Furcht, furchtsam zu erscheinen. „Nur jetzt keine Conzessionen!“ war das Feldgeschrei der Partei, welcher allein das Ohr des Königs offen stand, und die in der Regierungspresse das Volk unaufhörlich ermahnte, mit seinen Wünschen geduldig zu warten, bis es sich herausgestellt haben werde, ob Krieg oder Friede mit dem Auslande die Losung sei, und erst dann seine Bitten an den Stufen des Throns niederzulegen.“

Noch waren die Ausschüsse des Vereinigten Landtags in Berlin versammelt. Man erwartete, daß sie sich wenigstens dazu ermannen würden, die Wünsche des Landes an den Thron zu bringen. Vergebliche Hoffnung! Doch schien eine dunkle Ahnung von dem, was bevorstand, diese Versammlung zu erfassen, als sie sich in ihren letzten Sitzungen dazu erhob, das unwürdige Richtergesetz vom Jahre 1844 aufzuheben, und zugleich die Gültigkeit des berathenen Strafgesetzentwurfs von der Annahme durch den Vereinigten Landtag abhängig zu machen.

In den ersten acht Tagen des März bot indessen die Preußische Hauptstadt, trotz aller Aufregung über die Pariser Vorgänge, doch noch ein Bild verhältnißmäßig großer Ruhe dar, wenn man damit die Bewegung verglich, welche sich in den äußersten, westlichen und östlichen Provinzen, und vollends in den übrigen, namentlich in den südlichen Theilen Deutschlands immer weiter und tiefer verbreitete. Die Versammlung der Verein. Ausschüsse tagte ruhig weiter über ihre drakonischen Strafgesetze. Die „Carnevals=“ und „Hutvereine“ hielten ihre harmlosen Sitzungen. Die Stadtverordneten beriethen über Straßenreinigung und über Cultur desselben „Friedrichshains“, der nach wenigen Wochen die Leichen der Berliner Barrikadenkämpfer aufnehmen sollte! Die Fremden= und Paßpolizei wurde durch

Herrn von Minutoli verschärft, Broschüren mit der Erzählung der Pariser Februarrevolution von Unterbeamten der Polizei konfiszirt, und der Berliner Pfahlbürger kannegiesserte in gewohnter Weise hinter dem Weißbiertische über die Umwälzungen in der Welt da draußen. Niemand ahnte auch nur von fern die Möglichkeit, daß Aehnliches auch daheim geschehen könne.

In der Rheinprovinz begann die Bewegung zuerst. Am 3. März eröffneten einige Mitglieder der Opposition des entlassenen Verein. Landtags dem Oberpräsidenten der Provinz, Herrn Eichmann, ihre Ansichten über die Lage des Landes und die Wünsche des Volks in sehr gemäßigter Weise. Petitionen aus fast allen größeren Städten des Reichs, selbst aus Stettin, dieser „Hauptstadt der Preußischen Vendee", forderten ein deutsches Parlament, wahrhafte Vertretung des Preußischen Volks mit beschließender Stimme bei der gesammten Gesetzgebung, Bürgerbewaffnung, Gleichstellung aller Kulte in politischen Rechten, Geschwornengerichte, Preßfreiheit und freies Assoziationsrecht. Nur Berlin schwieg noch immer. Der König aber ließ keine der an ihn abgesendeten Deputationen vor sich. „Ich weiß, was ich zu thun habe, und lasse mir keine Vorschriften machen!" lautete die Antwort auf diese und ähnliche Vorstellungen und Demonstrationen.

Wäre der erste Theil jener Antwort eben so wahr gewesen als der zweite — schwerlich hätte Berlin den 18. März gesehen.

Die national-freiheitliche Bewegung hatte sich durch alle Provinzen verbreitet, und Berlin, das noch immer schwieg, erschien gleichsam wie eine friedliche Insel inmitten eines reißenden Stromes. Berlin und die Marken frei zu bewahren von der ansteckenden Seuche der Revolution, das erschien jetzt als die erste Aufgabe des Absolutismus. Dazu glaubte man sich in Berlin selbst stark genug in Mitten einer Streitmacht von drei Infanterie- und drei Cavallerieregimentern, einer Artilleriebrigade, einer Jägerabtheilung, einer Pionnierabtheilung und zwei einzelnen Eskadronen, lauter erlesene Truppen, der Kern der Preußischen Jugend, durch Kasernirung streng vom Volke abgeschlossen, geführt von unbedingt ergebenen, meist adligen, allen neueren Freiheitsideen feindlichen Officieren. Eine gleiche Militairmacht barg die nahe Kasernenstadt Potsdam in ihren Mauern, und in Stettin, das durch die Eisenbahn nur vier Stunden weit von Berlin entfernt ist, stand der treue Wrangel bereit, mit dem Pommerschen Armeekorps auf den ersten Wink herbeizueilen. So gesichert glaubte man in großartiger Ruhe den Lauf der Dinge abwarten zu können, vorbereitet und entschlossen, jeden Versuch einer etwaigen Be-

wegung in der Hauptstadt selbst mit der Gewalt der Waffen im Entstehen niederzuschmettern. Seit dem 29. Februar waren in den Kasernen scharfe Patronen in ungewöhnlicher Anzahl angehäuft, und der Befehl ertheilt, sich täglich Abends von 6 Uhr ab zum Ausrücken bereit zu halten. Seit der ersten Volksversammlung unter den Zelten (9. März) bis zum Ende des Kampfes standen die Soldaten allstündlich marschfertig Tag und Nacht in den Kasernen unter den Waffen. Schon am 5. März berichteten Zeitungen von Maueranschlägen, welche die Soldaten aufforderten, nicht auf ihre wehrlosen Mitbürger zu schießen.

Das nächste Ziel des Absolutismus war Zeit zu gewinnen. „Zeit gewonnen, Alles gewonnen", hieß es im Berliner Königsschlosse. Man bedachte nicht den zweischneidigen Sinn des Spruchs, der zugleich heißt: Zeit verloren, Alles verloren". Man wollte Zeit gewinnen, und verlor die rechte Zeit.

Zu dem Ende suchte man die öffentliche Aufmerksamkeit von den innern Angelegenheiten ab- und auf die äußern hinzulenken. Krieg oder Friede mit Frankreich, das war die Parole des Tags. Die Rüstungen, das Zusammenziehen von Truppen, das Einberufen der Reserven, das Wort des Prinzen von Preußen vom „baldigen Wiedersehn auf dem

Felde der Ehre", mit dem er sich zur Abreise nach dem Rhein von den Offizieren der Garde verabschiedete — dies Alles, begleitet von dem Sinken der Staatspapiere und Aktien, dem um sich greifenden Mißtrauen gegen die Geldinstitute des Staats und der Stadt, gegen fremdes, d. h. nicht preußisches Papiergeld, erregte überall in der Hauptstadt Sorge und Bestürzung, welche von der Spekulation ausgebeutet und vermehrt wurden. Daneben empfahl die Regierungspresse als Universalmittel: sich treu um den König zu schaaren, und mit allen Wünschen und Bitten, wie es in einem Berliner Zeitungsartikel lautete, so lange geduldig zurückzuhalten, bis „die Ruhe wieder hergestellt sein werde". „Ein sofortiges Eingehen auf solche Wünsche", hieß es in der Sprache der Camarilla, „sei schon darum unmöglich, weil dies dem Auslande gegenüber den Schein gewähren könne, als bestehe in Preußen nicht mehr die weltbekannte und von Europa bewunderte Eintracht zwischen Fürst und Volk". Also dachte, sprach und schrieb die Berliner Regierungspresse noch in der zweiten Märzwoche des Jahres 1848!

Das dritte und letzte Hauptziel des Preußischen Hofabsolutismus war: sich im Bunde mit Metternich und Oestreich an der Stelle des im Todeskampfe liegenden deutschen Bundes der deutschen Bewegung und ihrer Leitung zu bemächtigen, ehe ein revolu-

tionärer Congreß, ein Parlament von Männern des Volks dieſelbe in ſeine Hand nähme. Am fünften März reiſte Herr v. Radowitz von Berlin nach Wien. Sein Auftrag iſt ſpäter durch ihn ſelbſt*) bekannt geworden. Wir kommen weiterhin darauf zurück.

Allmälig bemächtigte ſich auch in Berlin der Menſchen ein dunkles Gefühl: daß etwas geſchehen müſſe, um den König über die Stimmung des Volkes auch in ſeiner Hauptſtadt aufzuklären. Mit jener beiſpielloſen Zähigkeit der angeſtammten Treue hielt nämlich das Volk immer noch feſt an dem Glauben vom übelberathenen Könige. Acht Jahre fortwährender Enttäuſchungen hatten nicht hingereicht, ihm dieſen Glauben zu nehmen. Die Thronrede des Königs hatte vergebens der Idee des freien Staates den Fehdehandſchuh ins Geſicht geſchleudert, und das ſchwarzweiße Banner des reinen Abſolutismus als das Panier aufgepflanzt, unter welchem das Geſchlecht der Hohenzollern leben und ſterben wolle. Man hielt die mit der Muttermilch eingeſogenen Ueberzeugungen eines ganzen Menſchenlebens für die wandelbaren Einflüſterungen einzelner Rathgeber. Man vergaß oder überſah den innigen Zuſammenhang jener politiſchen Über-

*) S. d. Schrift: „Deutſchland und Friedrich Wilhelm IV.“

zeugungen mit dem religiösen Glauben des Monarchen. Man hoffte auf das gute Herz, auf das sanguinisch wankelmüthige Temperament des Königs. Was hofft ein Volk nicht am Vorabende einer Revolution!

Kapitel II.

Die Vorspiele der Revolution.

„Der König ist falsch unterrichtet, er muß besser unterrichtet werden. Sprechen wir zu ihm, wir, seine Berliner, die Bürger seiner Vaterstadt, die Treusten seiner Treuen!“ Das war die Losung am Ende der ersten Märzwoche unter dem politisch-mündigen Theile der Bevölkerung von Berlin.

Der Magistrat von Berlin hatte zu solchem Aussprechen die nächste Pflicht, aber er erfüllte sie nicht. Der Antrag dreier Mitglieder, der Stadträthe Duncker, Schulz und Gärtner: in einer Petition den König anzugehen, daß er die Vereinigten Landstände zusammen berufe, Freiheit der Presse und gleiche Berechtigung der Konfessionen gewähre, ward nach lebhafter Debatte (7. März) mit 9 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Der Oberbürgermeister Krausnick beschwor die Versammlung, der Weisheit des Königs und seiner Minister zu vertrauen, und die schwierige Lage beider nicht noch durch dergleichen Petitionen zu vermehren, „in welchen der Beginn des Umstur-

zes aller gesellschaftlichen Ordnung liege.“ Und auf die neuesten Vorgänge in Frankreich anspielend, rief er mit Abscheu aus: „er seiner Seits habe keine Lust, in einer provisorischen Regierung Platz zu nehmen.“ Am Tage zuvor hatte ihn der König um die Stimmung der Hauptstadt befragt: „Befürchten Sie Unruhen?“ fragte der König. „Nicht im mindesten!“ versetzte der servile Oberbürgermeister; „übrigens erinnere ich Ew. Majestät an die Berliner Revolution von 1830, welche wegen Krankheit des Polizeipräsidenten abbestellt wurde.“ Der König lachte über den Berliner Witz, und die Sache war abgethan.

Was im Magistrate mißlungen war, nahmen jetzt die Stadtverordneten in die Hand. Eine Anzahl Bürger, nur fünfzig an der Zahl — denn alle größeren Verbindungen waren durch die strengen Verbote unmöglich — übergab dem Vorsteher der Stadtverordneten eine Petition ähnlichen Inhalts an den König. Berufung der Reichsstände, Aenderung des Wahlgesetzes, Preßfreiheit, Geschwornengerichte und Hinwirkung auf eine Vertretung des deutschen Volks am Bundestage, wurden darin von der Gnade des Königs in der ehrerbietigsten Weise erfleht. Der Zudrang zu den Verhandlungen (9. März) war außerordentlich, Versammlungssaal und Vorflur mit zuhörenden Bürgern gefüllt, ja selbst auf den

Treppen und auf der Straße vor dem Kölnischen Rathhause standen Schaaren, welche die Entscheidung gespannten Geistes abwarteten. Die Petition ward angenommen und ihre Ueberreichung, da der Magistrat beharrlich jede Theilnahme verweigerte, durch eine Deputation der Stadtverordneten allein beschlossen. Ein Antrag auf Errichtung einer bewaffneten Bürgerwehr ward indessen durch die servile Partei, unter Anführung des Stadverordnetenvorstehers Fournier abgelehnt. Selbst die Petition fand leidenschaftlichen Widerspruch. Der Hohenstaufen-Historiker, Herr von Raumer, widersetzte sich diesem revolutionären Akte aus allen Kräften. Solcher Art waren die gelehrten und berühmten Preußischen Liberalen der letzten zwanzig Jahre! Während diese Petition von den Stadverordneten der Berliner Bürgerschaft beschlossen war, wurden auch von Privaten Adressen gleichen Inhalts an öffentlichen Orten ausgelegt und unterschrieben, ohne daß die Polizei hindernd eingetreten wäre. Wohl aber eröffnete der Polizeipräsident einer solchen Gesellschaft persönlich, daß sie nur durch die Post ihre Adresse an den König gelangen lassen dürfe. Doch versprach er, selbst für richtige Beförderung zu sorgen, wobei er zugleich andeutete, daß die Gewährung der Preßfreiheit in naher Aussicht stehe. Während dessen strich die Censur einen stenographischen Bericht.

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten in einem Berliner Blatte.

Die Bewegung dehnte sich in immer weiteren Ringen aus. Der neunte März sah in Berlin die erste politische Volksversammlung.

„Unter den Zelten“ heißt ein großer freier Platz des Thiergartens in der Nähe einiger Tanz- und Kaffeehäuser. Hier versammelten sich unmittelbar nach dem Schlusse der Stadtverordnetensitzung diejenigen Männer, welche eine Adresse einzelner Bürger an den König eingeleitet hatten. Die Versammlung war nicht viel über tausend Köpfe stark. Es ward beschlossen, die berathene Adresse der Deputation der Stadtverordneten zu übergeben, da die Polizei jeden andern Weg directer Ueberreichung untersagt hatte. Die Verhandlungen waren ernst und würdig, die Reden, meist von jungen Männern der gebildeten Klasse gehalten, athmeten den Geist der Ordnung und Gesetzlichkeit. Die Adresse, welche zur Unterschrift cirkulirte, sprach keine andren Bitten aus, als die zum Theil bereits in den meisten deutschen Ländern gewährten: Freiheit des Worts und der Presse, freies Versammlungsrecht, Amnestie für Preßvergehen, politische Gleichstellung der Confessionen, Verminderung des stehenden Heeres, deutsche Volksvertretung und Einberufung des Vereinigten Landtags. Man vermißte sogar in derselben die

Forderung der Miniſterverantwortlichkeit. Die Polizei, welche in Civilkleidung die Verſammlung überwachte, fand keinen Grund gegen dieſelbe einzuſchreiten. Die Sammlung von Unterſchriften dauerte noch am folgenden Tage fort, und zugleich wurde bekannt, daß eine zweite „Volksverſammlung“ am 11. März ſtattfinden ſollte.

Auch die akademiſche Jugend in Berlin regte ſich. Etwa 700 Studenten richteten an den Senat der Univerſität die Bitte, ſich Namens der letzteren an die Adreſſe der Stadtverordneten anzuſchließen, indem ſie zugleich die Forderung wahrhafter Lehrfreiheit für die Wiſſenſchaft hinzufügten.

Wider Erwarten empfing diesmal der König ſelbſt (14. März) die mit Ueberreichung der Adreſſe beauftragte Deputation der Vertreter der Stadt. Aber die Antwort, welche er derſelben ertheilte, war wenig geeignet, ſelbſt den Erwartungen der Mäßigſten zu genügen. Er entſchuldigte in romantiſch-patriarchaliſchem Tone die „Erregung“, welche zu dem Schritte einer ſolchen Adreſſe geführt: „wenn es rings umher koche und ſiede, dürfe man freilich nicht erwarten, daß in Berlin allein die Stimmung unter dem Gefrierpunkte ſtehe.“ Er verſpottete das ganze Adreſſenweſen — über das er auch in der vorjährigen Thronrede ſo abfällig ſich ausgelaſſen hatte — durch die Wendung: Er könne nicht, wie

das in andern (constitutionellen!) Ländern Sitte sei, auf die Adresse in wohl stylisirter Rede antworten; nur im Conversationstone wolle Er einige Worte erwidern. Diese Erwiderung enthielt nun im Wesentlichen Folgendes: „Das Berufungspatent des Landtags sei bereits vollzogen. Die anderen Bitten könnten nur durch den (alten, berathenden) Landtag ihre Lösung erhalten. Die allmälige Entwickelung dürfe nicht beschleunigt werden, das hieße die Dinge auf den Kopf stellen. Die gute alte deutsche Ordnung dürfe nicht unbeachtet bleiben. Die Gliederung der Stände sei deutsch, wer dagegen anstrebe, setze sich Gefahren aus. Ebenso der Besitz als althergebrachte Grundlage der Standschaft. Was Deutschland betreffe, so liege dessen Schicksal nicht in seiner Hand."

Diese Antwort, in welcher nur ein knechtischer Magistrat von Berlin ein neues Pfand der königlichen Huld und Gnade mit Thränen der Rührung verehren mochte*) — schlug alle Hoffnungen der ächten

*) Es verdient dem Andenken aufbewahrt zu werden, wie sich über die obige Antwort des Königs der Oberbürgermeister und Magistrat von Berlin in offener Ansprache an die Beliner Bürgerschaft äußerten. „Sie zweifelten nicht", so hieß es in der Bekanntmachung, „daß dieselbe Begeisterung ihre Mitbürger ergreifen werde, von welcher sie (der Magistrat) selbst

Patrioten darnieder. Sie erweckte fern und nah ein Gefühl des Unmuths und der Trauer. Des Unmuths, daß zu Männern, welche wußten, was sie wollten, gesprochen ward, wie zu unmündigen Schulknaben; der Trauer, über die immer mehr sich verdüsternde Aussicht auf friedliche Lösung durch ehrliche und vollständige Anerkennung der dem Volke so lange vorenthaltenen Rechte.

Berufung der alten Vereinigten Landstände auf den 27. April, welche einen Aufschub von beinahe sieben Wochen in Aussicht stellte, in einer Zeit, wo die Tage zu Jahren wurden — und die Aussicht auf ein mit dem Bundestage zu vereinbarendes Preßgesetz: das waren, nebst einer vierjährigen Periodicität des alten Landtags, die einzigen Concessionen, zu welchem sich endlich der Preußische Absolutismus in dem Drange der Umstände verstanden hatte. Denn noch hoffte man im Schlosse zu Berlin mit Hülfe Oesterreichs und gestützt auf den Nachhalt der rússischen Bajonette, der deutschen Bewegung Meister zu werden. Die Allg. Preuß. Zeitung veröffentlichte diese Hoff-

---

ergriffen worden, als sie ihnen Kunde brachten von dem großen, erhabenen, ja **heiligen** Augenblicke, in welchem das Herz unsers theuren Königs die Herzen der Bürger Seiner treuen Vaterstadt so mächtig bewegt hatte!!" — Man glaubt ein Kapitel aus Tacitus Annalen zu lesen.

nung an demſelben Tage, an welchem Friedrich Wilhelm IV. der Berliner Deputation jene Antwort ertheilte, mit folgenden Worten:

„Oeſterreich und Preußen haben ihre deutſchen Bundesgenoſſen erſucht, ſich mit ihnen ungeſäumt zu einer umfaſſenden Berathung alles deſſen zu vereinigen, was unter den gegebenen Umſtänden das Wohl Deutſchlands erheiſcht. Dieſe Verſammlung wird am 25. März in Dresden eröffnet werden. Beide Regierungen (d. h. Metternich und Bodelſchwingh-Eichhorn) hegen die Erwartung, daß es auf dieſem geordneten Wege gelingen werde, den wohlbegründeten nationalen Bedürfniſſen zu entſprechen, und diejenigen Inſtitutionen zu ſichern (nicht: zu gründen!) durch welche Deutſchland gekräftigt und erhoben, dem Auslande gegenüber in der ihm gebührenden Stellung unter den Europäiſchen Nationen befeſtigt werde.“ Eine nachdrückliche Drohung gegen anderweitige Verſuche, die „beſtehende rechtliche Ordnung in Deutſchland zu verändern“, ſchloß das merkwürdige Manifeſt.

Das beſtürzte Deutſchland ſtaunte. Die Zumuthung von den „Regierungen Öſterreichs und Preußens“ d. h. von dem Syſteme Metternich-Bodelſchwingh-Eichhorn das Heil ſeiner Zukunft zu erwarten, war ſelbſt den Gläubigſten und Loyalſten allzu ſtark. Wunderbares Spiel des Schickſals!

An demſelben Tage, welcher dieſe Verkündigung brachte, ward in Wien das Metternich'ſche Syſtem durch eine Revolution geſtürzt, von deren Möglichkeit Niemand eine Ahnung gehabt hatte!

Bis zum 14. März lag Deutſchlands Schickſal in Friedrich Wilhelms IV. Hand. Ganz Deutſchland bot ihm die Kaiſerkrone des deutſchen Reichs für ein einziges Wort. Er ſprach es nicht aus, und als er es ausſprach, war es — zu ſpät.

Eine erbitterte Stimmung richtete ſich von allen Seiten gegen die Rathgeber des Königs, denen man die gegenwärtige Haltung Preußens zuſchrieb. Die perfide Hinausſchiebung der Preßgeſetzgebung, die Abweiſung aller Petitionen und Adreſſen, die weithinausgezauderte Einberufung der Stände mit der kläglichen Bewilligung einer vierjährigen Periodizität, das Frontmachen gegen die deutſche Bewegung im Bunde mit Metternich, das drohende Rüſten gegen Frankreich, die militairiſchen Anſtalten im Innern der Hauptſtadt, welche keinen Zweifel daran ließen, „daß man feſt gewillt ſei, bei der geringſten Bewegung mit Kartätſchen und Bajonetten ein blutiges Feſt zu begehen“ *), — dies Alles ſteigerte den Unmuth über ein Syſtem, das Preußen ins Schlepp-

*) Worte eines Briefes aus Berlin vom 11. März.

tau der Begebenheiten nehmen ließ, statt es an das Steuer Deutschlands zu stellen. Das Schmachvolle der Lage trat immer drückender an die Herzen der Patrioten, und die öffentliche Meinung war seit dem 14. März in Preußen und in ganz Deutschland darüber entschieden einig: daß ohne den Sturz des bisherigen Systems und seiner Träger, der Minister, kein Heil für Preußen und Deutschland zu hoffen sei.

An einen solchen Schritt wurde aber im Schlosse zu Berlin noch nicht von fern gedacht. Selbst die Berufung der Landstände war der ultraabsolutistischen Camarilla nur durch die am 12. eingetretene Erklärung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz Eichmann abgedrungen worden, welcher gemeldet hatte, daß er ohne eine solche Zusicherung für die Ruhe seiner Provinz nicht länger stehen könne. Noch am Tage vorher hatte der König jene Zusicherung der Breslauer Deputation abgeschlagen. Während aber das Fürstentagsmanifest Deutschland zur Freiheit und Größe zu führen verhieß, verzögerte man die Wohlthat der freien Presse und verschärfte die Censur, schloß man den Königsberger Bürgerverein, weil er eine Adresse an den König berathen, verbot man die Volksversammlungen bei Zuchthausstrafe, und säbelte und ritt zu Breslau und Berlin das Volk nieder, weil es sich des Verbrechens schuldig

gemacht, etwas unruhiger als gewöhnlich durch die Straßen zu wogen.

Am 13. März war eine Volksversammlung unter den Zelten mit bewaffneter Macht auseinandergesprengt worden. Eine ganze Woche lang hatte man dieselben ungestört gewähren lassen, ohne daß dabei auch nur die geringsten Excesse vorgekommen wären. Jetzt schien man entschlossen, dergleichen „Zusammenrottungen" um keinen Preis weiter zu dulden, die allerdings in dem bisherigen Preußen etwas ganz unerhörtes waren. Die zahlreichen Arbeiter Berlins hatten eine Petition entworfen, in der sie den König baten, die Arbeit gegen den Druck des Wuchers und des Kapitals zu schützen und zu diesem Behufe ein Arbeitsministerium einzusetzen, das, aus Arbeitern und Arbeitgebern bestehend, die Zustände beider prüfe und Abhülfe schaffe.

Jetzt schien es der Camarilla an der Zeit, Ernst zu machen, und der Welt zu zeigen, wie man in Preußen mit dergleichen Dingen umzuspringen wisse. Truppenmassen zu Fuß und zu Roß, welche die Versammlung umstellt gehalten hatten, brachen auf sie ein, sprengten sie auseinanden, und drängten die schreienden und pfeifenden Massen dem Brandenburger Thore und der Stadt zu. Hier waren die Hauptstraßen gesperrt, Schloß und Schloßplatz stark besetzt. Auf der Stechbahn hieben die Gardekuirassiere

ohne vorgängige Aufforderung zum Auseinandergehen scharf auf das von allen Seiten umringte Volk ein. Frauen erhielten Säbelhiebe, andere wurden von den Pferden zertreten, ein Mann erstochen. Nicht weniger brutal ging es an andern Orten her, wo die Infanterie mit Kolben und Bajonetten ruhige Spaziergänger niederstieß, und Offiziere einzelne Flüchtlinge mit Säbelhieben verfolgten. An einem einzigen Orte, in der Grünstraße, setzte sich der ohnmächtige, wehr- und waffenlose Haufe zu einer Art Gegenwehr. Eine Barrikade ward errichtet, man riß das Pflaster auf und zog die Brücke über den Flußarm in die Höhe. So ward das erste Bürgerblut in Berlin vergossen.

Aehnliche Scenen wiederholten sich im Laufe der folgenden drei Tage (14., 15. und 16. März). Man hatte Unruhen verhüten wollen und rief sie buchstäblich selbst hervor. Die ganze Garnison war in Waffen. Das Schloß war mit 6000 Mann besetzt, Artillerie aufgestellt, die Kanonen mit Kartätschen geladen. Diese Entwicklung imposanter Streitkräfte verfehlte natürlich nicht, die zum Theil durch jene Brutalitäten des Militärs schon in hohem Grade erbitterte Menge noch mehr aufzureizen und zu Zusammenläufen, Geschrei und Drohungen, Schimpfreden und mitunter auch wohl Steinwürfen gegen das Mititär zu veranlassen.

Seit zwei Jahren waren die Kommunalbehörden Berlins in Unterhandlung wegen Errichtung bürgerlicher Schutzkommissionen zur Beschwichtigung von Straßentumulten ohne Anwendung des Militärs. Immer waren die Anträge gescheitert an der Furcht der Büreaukratie und des Absolutismus, dem bevormundeten Volke irgend einen Antheil an der Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung zu gewähren. Jetzt endlich verstand man sich dazu, die Errichtung unbewaffneter Bürgerschutzkommissionen zu erlauben. Aber auch diese halbe Maßregel mußte ihren Zweck verfehlen. Die Erbitterung des Volks gegen die Gewaltthaten des Militärs war allzuhoch gestiegen. Die Schutzbürger, denen man Waffen anzuvertrauen sich nicht hatte entschließen können, wurden mit ihren schwarzweißen Armbinden und achtzehnzölligen weißen Stöcken („Ballkellen" nannte sie spottend das Volk) verlacht, und ein Institut, das vor Jahr und Tag eingeführt, sich bewährt haben würde, diente jetzt nur dazu, das Gefühl selbst derer zu verletzen, die sich zu solchem Possenspiele hergeben mußten.

Am 15. verfügte sich eine Anzahl angesehener Bürger zum Stadtkommandanten General Pfuel, und ersuchten dringend um Zurückziehung des Militairs, indem sie hinzufügten, daß in diesem Falle die Bürgerschaft hinreichend stark sein werde, die

Ruhe aufrecht zu erhalten. Der bei dem Kommandanten anwesende Minister von Bodelschwingh versprach, daß die Soldaten keinen Angriff machen sollten, außer wenn Leben und Eigenthum der Bürger bedroht würden, oder die städtischen Behörden selbst um militairische Hülfe nachsuchten. Im Vertrauen auf dies Versprechen suchten nun Bürger, mit weißen Binden angethan, das Volk zu beruhigen. Allein die Pikets, welche von den im Schlosse aufgestellten Bataillonen vor die Schloßportale vorgeschoben, und trotz aller Bitten der Bürger nicht zurückgezogen wurden, machten die Beruhigung des Volks, das noch immer erbittert die Straßen und Plätze in der Nähe des Schlosses füllte, unmöglich. Bei einbrechender Nacht wurden Steine gegen diese Pikets geschleudert. Da plötzlich erschienen Kavalleriemassen, und nun begann eine schreckliche Scene der Flucht und Verwirrung. Nach einigen Trompetensignalen brachen Infanterie und Kavallerie auf das Volk ein, das sich in die angränzenden Straßen, Breite-, Brüder- und Königsstraße warf, und hinter einigen leichten Barrikaden zu schützen suchte. Das Geschrei nach Waffen wurde bereits gehört, aber Niemand von der Masse erschien bewaffnet. Der Versuch, eine Waffenhandlung in der Breitenstraße zu erbrechen, ward von den Soldaten verhindert, welche jetzt auch von dem Feuergewehre Gebrauch

machten. Ein Paar Kompagnien drangen in die schmalen Gassen ein, welche zum Flußarme führen, und setzten die Verfolgung bis zur Jungfernbrücke und Grünstraßenbrücke fort, die das Volk in der Eile aufzog. Die Soldaten schossen über den Fluß fort, tödteten mehrere Menschen und verwundeten viele. Das Jammern der Verwundeten mischte sich mit dem Rache- und Wuthgeschrei der nach allen Seiten hin auseinanderstäubenden Menge. Die Soldaten, erbittert durch den langen mühseligen Dienst der vergangenen Tage und Nächte, gereizt durch Schimpfreden und Neckereien, aufgehetzt von ihren Officieren, begingen die rohsten Excesse an Wehrlosen und Unschuldigen. Dieselben Scenen, nur noch in ärgerem Maßstabe, wiederholten sich am Abende des 16. März.

Die verschiedensten Berichte stimmten darin überein, daß das Volk überall waffenlos war, daß die Zusammenläufe durch die militairischen Demonstrationen herausgefordert wurden, und daß die Erfüllung des vom Kommandanten und dem Minister von Bodelschwingh gegebenen Versprechens: die Truppen zurückzuziehen, alles fernere Unglück verhütet haben würde.

Die Brutalitäten der Garden, das Morden wehrloser Menschen, die Verhöhnung jeder Rücksicht gegen die Stadt hatten selbst die friedlichen Bürger

Berlins zur Erbitterung aufgestachelt. Das Volk selbst, die Arbeiter, Gesellen u. s. f. theilten diese Erbitterung in noch höherem Maße. Trotz dem war die Aufregung noch immer keine eigentlich politische zu nennen. Was sich in der Masse empörte, war das Gefühl, von einer bevorrechteten Soldatenkaste schonungslos gemißhandelt und niedergeschossen zu werden, ohne zu wissen warum. Die Erbitterung gegen den Hochmuth der Soldaten und besonders der Garden hatte sich längst im Volke festgesetzt. Es besann sich allmälig, daß es gleichfalls Arme und Fäuste habe, und daß es eine Schande sei, sie gegen Uebermuth nicht zu brauchen. In keiner Stadt hatten Soldatenthum und Gensdarmenregiment so alle und jede, selbst die harmloseste Lebensregung des Volks eingezwängt und niedergehalten wie in Berlin. Jetzt war das Äußerste geschehen, und das Gefühl, daß dies nicht länger ertragen werden dürfe, war dasjenige, welches sich im Laufe dieser Tage aller bemächtigte.

Während die Preußische Staatszeitung über die erzählten Blutscenen ein gänzliches Stillschweigen beobachtete, und eine andere Berliner Zeitung anzeigte, daß ihr die Censur eine Erzählung derselben unmöglich mache, veröffentlichte die Kölnische Zeitung folgende telegraphische Depesche des Ministers Freiherrn von Bodelschwingh, die als Probe preu-

ßiſcher Hiſtoriographie einen Platz in der Geſchichte jener Tage verdient:

> Berlin, 17. März 1848, 5 Uhr Nachmittags. Der Miniſter des Innern an den Regierungspräſidenten Hrn. v. Raumer. „An drei Abenden zog der Pöbel in Trupps durch die Straßen. Die Bürgerſchaft wirkte beruhigend. Seit geſtern iſt Alles ruhig, und kein Zeichen der Erneuerung vorhanden".

An demſelben Tage verſicherte Hr. v. Bodelſchwingh dem ruſſiſchen Geſandten in Berlin, „er könne getroſt nach Petersburg ſchreiben: in Berlin ſei die Sache abgemacht".

Kapitel V.

Die Kataſtrophe.

Mitten in dieſe angehäufte Pulvermaſſe der Aufregung Berlins ſchlug plötzlich der Wetterſtrahl der Nachricht von der Revolution in Wien und dem Sturze Metternichs.

Der letzte Nothanker der Reaktion gegen die neue Freiheitsbewegung war gebrochen. Das Schiff des Abſolutismus trieb rathlos auf den immer höher ſchwellenden Wogen.

Die Preußiſche Staats-Zeitung, welche vor wenigen Tagen noch dem Volk verkündet hatte, daß die Regierungen Oeſterreichs und Preußens in der ordnungsmäßigen Geſtaltung der deutſchen Dinge Hand in Hand zu gehen gedächten, meldete die Revolution und die Abdankung und Vertreibung Metternichs mit den Worten: „demnach iſt nun auch Oeſterreich in die Bahn der Reformbewegung eingetreten, der es ſich lange verſchloſſen hatte. Hoffen wir, daß dadurch ſein Verhältniß zu Deutſchland und vorzugsweiſe zu Preußen, welches dieſen

Weg längst betreten hat, und auf ihm konsequent fortzuschreiten gedenkt, ein innigeres werde".

Dieses perfide und feige Aufgeben eines Bundesgenossen, mit dem man noch wenige Tage vorher gemeinsam das Werk der Beruhigung und Befriedigung Deutschlands vollenden zu wollen verkündet hatte, empörte das allgemeine Gefühl aller Parteien, von denen sich keine verhehlen konnte, daß jetzt vielmehr Preußen in ganz Deutschland allein stehe. Von diesem Augenblicke an war das bisherige System und sein Ministerium für Preußen unmöglich geworden.

Eine Deputation der Bürgerschaft Berlins war vorbereitet worden, welche den König um Bewaffnung der Schutzbürger und Zurückziehung des Militairs bitten sollte. Tausende von Schutzbürgern sollten dieselbe zum Schlosse begleiten. Die Deputation war am 18. Vormittags auf dem Kölnischen Rathhause versammelt. Vergebens beschwor der Syndikus Möwes die Versammlung, von dem Zuge nach dem Schlosse abzustehen, vergebens versicherte ein anderes Magistratsmitglied, daß der König bereit sei, bedeutende Zugeständnisse, namentlich auch Censurfreiheit zu gewähren. Man wollte sich nicht mehr gedulden. Die Preßfreiheit und die Zusammenberufung der alten Landstände, hieß es, genügten nicht mehr. Es handle sich um die Entfer-

nung des gegenwärtigen Ministeriums, um freiere ständische Verfassung, Geschwornengerichte, Gleichstellung der Konfessionen. Auch diese Forderungen solle die Deputation an den König stellen. Eine Deputation der Stadtverordneten ward gegen Mittag zum Schlosse abgesendet. Sie kehrte nach einer Stunde zurück (1 Uhr), und der Stadtverordnetenvorsteher erklärte, daß alle von der Versammlung ausgesprochnen Wünsche theils schon gewährt seien, theils baldigste Gewährung erhalten würden. Nur die Gleichstellung der religiösen Bekenntnisse ward unter diesen Gewährungen vermißt, aber auch diese, hieß es, sei in Aussicht gestellt, und die Versammlung der Stadtverordneten beschloß sofort, diesen Tag durch festliche Erleuchtung der Stadt feierlich zu begehen. Keine Seele ahnte, daß an die Stelle dieser friedlichen Freudenillumination der Pulverblitz der Kanonen und die Flammen brennender Gebäude treten sollten.

Stehen wir an der Schwelle der Katastrophe einen Moment still, um einen Blick auf den Mann zu werfen, der vom Schicksale ausersehen ward, den Wendepunkt zu bilden in Preußens und Deutschlands Geschichte.

So lange Deutschland eine Geschichte hat, ward keinem deutschen Fürsten vom Geschick eine glücklichere Stellung geboten, als dem Sohne und Nach-

folger Friedrich Wilhelms III. von Preußen. Das alte mechaniſche Syſtem hatte ſich in Preußen überlebt. Nur die Pietät gegen das greiſe Haupt des alten Herrſchers hatte es bis zum Jahre 1840 ertragen laſſen. Man wußte wenig im Volke von der Perſon des neuen Königs, aber alles, was man von ihm wußte, lief darauf hinaus, daß er ſelbſt jenem mechaniſch-büreaukratiſchen Syſteme nicht hold war, daß er einen ſtarken Gegenſatz bilde zu ſeinem Vater und zu ſeinen Brüdern, daß er geiſtreich, gebildet, witzig, die freie, geiſterfüllte Perſönlichkeit vertrete gegen die reglementsmäßige Zugeſchnittenheit, daß er das beredte Wort liebe gegen die wortkarge Schweigſamkeit, den Glanz der Oeffentlichkeit gegen die zurückgezogene unſcheinbare Heimlichkeit. Das Alles war richtig. Friedrich Wilhelm IV. liebte die Freiheit — aber er liebte ſie für ſich allein, als ein „beneidenswerthes Vorrecht der Könige". Das war der Unterſchied. Der Abſolutismus, welcher bisher ein Syſtem geweſen war, ward in ihm perſönlich.

Noch lebt in uns Allen der Zauber ſeines erſten Auftretens, welcher damals gerade Diejenigen am meiſten beſing, die ſpäter in Friedrich Wilhelm IV. den entſchiedenſten Gegner ihrer Gedanken, Wünſche und Hoffnungen erkennen ſollten. „So hat noch kein König geſprochen!" das war der begeiſterte

Widerhall, welcher ſeiner Krönungsrede entgegenſchlug. Die Täuſchung währte nicht lange. Die Erwartung des Volks ſah in Friedrich Wilhelm IV. den König, welcher ihm auf dem geraden Wege die Freiheit, d. h. zunächſt die Befreiung vom Abſolutismus, bringen ſollte. Kein Volk war ſo vorbereitet, ſo darauf geſtellt, ſeine Freiheit als Gnadengeſchenk ſeines Fürſten hinzunehmen, wie das preußiſche. Es ſollte anders kommen. Das Schickſal hatte Friedrich Wilhelm IV. allerdings zum Befreier ſeines Volkes auserſehen, aber er ſollte es werden, indem er unfreiwillig Schritt vor Schritt alle Grundſäulen und Bollwerke des abſoluten Herrſcherthums mit dem Grabſcheite ſeiner romantiſchen Einfälle, Reden und Handlungen untergrub und durchlöcherte.

Das Programm der Volkswünſche war gering. Nicht die Freiheit, ſondern nur ein wenig mehr Freiheit vom Druck der Gedankenpolizei und der politiſchen Verfolgung, Beſchränkung des Militairs, Verminderung der Abgabenlaſt und endliche Erfüllung des Verſprechens der Reichsſtände, das ſeit 1815 im Staube der Geſetzſammlung begraben lag — das war Alles, was die preußiſchen Patrioten von Friedrich Wilhelm IV. hofften und erbaten. Aber ihre Hoffnungen und Bitten blieben unerhört und unerfüllt. Friedrich Wilhelm IV. hatte keine Nei-

gung für das altpreußiſche büreaukratiſche Syſtem der Vergangenheit, das er durch ſein ganzes Gebahren vielfach vor den Kopf ſtieß, aber er hatte eben ſo wenig ein Herz für den neuen demokratiſchen Geiſt der Zeit, der das Volk zu einem Mitfaktor am Staatsleben erheben wollte. So verdarb er es mit beiden Parteien. Die Büreaukratie ſah ſich durch das ſtete perſönliche Hervortreten des Königs in ihrer alten Autorität bedroht, und ahnte ſchlimme Folgen bei dieſen vielen Reden und Erörterungen eines Königs, der nicht bloß befehlen, ſondern auch überzeugen wollte, und der es zu vergeſſen ſchien, daß die Erörterung den Widerſpruch hervorruft und berechtigt, und daß in ſo gebildeter Zeit der geiſtreichſte Einzelne, ſechzehn Millionen gegenüber in ungeheurem Nachtheile ſteht. Das Militair vermißte bald die ungetheilte Vorliebe des alten ſoldatiſchen Herrn. Selbſt durch die höchſten privilegirten Stände ging ein Gefühl, daß der neue König bedenklich an vielem Alten rüttle, und die ſämmtlichen deutſchen Mitfürſten theilten dies Gefühl um ſo mehr, je drückender die überwiegende Perſönlichkeit und die anfängliche Popularität des geiſtreichen Herrſchers, der überall mit ſeiner Perſon einſtand, auf ihrer Unbedeutendheit laſtete. Aber auch die demokratiſche Partei war ſchnell enttäuſcht. Sie ſah nur zu bald, daß dieſer König, der über

allen Parteien stehend alle beherrschen, alle nach seiner Persönlichkeit und seinen Einfällen leiten und formen wollte, mit seinem Streben nach Aussöhnung der Gegensätze das Unmögliche anstrebte. Sein Wahlspruch „freie Völker, freie Fürsten" betonte zu ein und derselben Zeit die alte absolute Herrscherwillkür des von Gott verordneten und erleuchteten Königthums und die Selbstständigkeit und das Selbstbestimmungsrecht eines mündigen Volks. Er suchte die Quadratur des Zirkels: zu geben, ohne aufzugeben. Er wollte dem Volke, oder doch den Ständen des Volks — denn das Volk war ihm nur die außerhalb der gegliederten Stände befindliche Masse, die Proletarier, — große wichtige Rechte verleihen, ohne dadurch ein einziges der alten Prärogative des Absolutismus aufzugeben oder auch nur zu beschränken. Er wollte Allen genug thun und verdarb es mit Allen, weil er Keinem genug that.

Dazu kam noch ein andres: Friedrich Wilhelm IV. stand mit seinen phantasievollen Plänen allein. Es fehlten die Männer, welche dieselben ergriffen, und mit der Energie der verständigeren Einsicht in die Bedürfnisse der Zeit praktisch zu formen und umzuformen verstanden hätten. Das alte System hatte nur Beamte, keine Staatsmänner, dienstwillige Maschinen, keine Charaktere hervorgebracht. Des Kö-

nigs Einfälle und Launen fanden gehorsame Werkzeuge, die guten Gedanken, die ihnen oft zum Grunde lagen, kein Verständniß in seiner Umgebung. Keine Persönlichkeit in derselben imponirte dem Könige, der seine Einsicht, die Macht seiner Person „über alle Macht der Erde“ setzte. Das Freiheitsstreben der Zeit, das Streben nach freierer Entfaltung der Persönlichkeit, die keinen Zwang und keine Beschränkung von außen anerkennen mag, saß auf dem Throne. Der Irrthum war nur der, daß der christlichste König den Spruch Christi nicht beherzigte, welcher sagt: „was du nicht willst, daß dir die Leute thun sollen, das thue ihnen auch nicht.“ Er hielt sich an den andern Spruch, welcher Unterthänigkeit von Jedermann verlangt gegen die Obrigkeit, „die Gewalt über ihn hat“, und bedachte nicht, daß hier eben von der Gewalt, von der unentfliehbaren Tyrannei die Rede ist, der man eben auch nur so lange gehorcht, als sie die Macht in Händen hat.

Der Glaube der Völker an das absolute Königthum ist identisch mit dem Wunderglauben. Der Mensch glaubt was er wünscht. Seine Beschränktheit und Schwäche, die so wenig vermag, macht ihm den Glauben lieb an eine Macht die Alles kann. Seine sinnliche Phantasie sucht dieselbe auf Erden zunächst und am liebsten in der greifbaren

Gestalt einer sichtbaren einzelnen Persönlichkeit. „Wenn es der König wüßte!“ ist der Seufzer des politisch noch unmündigen Volks, mit dem es sich tröstet bei seinem Leiden, in dem Glauben an die Allmacht eines Herrschers, den es nicht grade zu hassen Ursache hat. Erst wenn dem Volke der Gedanke aufdämmert, daß auch die Macht des höchsten Einzelwesens eine beschränkte, daß sie keine Allmacht ist, — erst dann wankt in ihm der Glaube an das absolute Königthum. Als das Wort: „den schlesischen Webern soll und muß geholfen werden“ ein Wort blieb, und bleiben mußte, da begann der Grund des absoluten Herrscherthums in Preußen zu wanken.

Sieben Jahre lang hatte der Zustand, dessen Faktoren wir hier geschildert, in Preußen gewährt. Es war der Kampf eines Einzelnen gegen fast alle Elemente der Zeit. Das dunkle Gefühl, daß etwas geschehen müsse, um eine Versöhnung herbeizuführen, trieb zu unaufhörlichen neuen Versuchen. Keiner derselben füllte, jeder vergrößerte die Kluft zwischen dem Könige und dem Volke. Er wagte sich an die Lösung aller politischen Probleme und mehrte überall die Verwirrung. Ueberall wollte er die Freiheit, aber nur die Freiheit, wie sie dieser Einzelne, der König verstand, die Freiheit, welche an die Bildung und den Willen des Einzelnen gebunden, an beiden ihre Schranke findet. Die Preßgesetze, die

die Religions- und Lehrfreiheitsedikte, die Patente, der Vereinigte Landtag, die Ausschüsse — das Alles waren solche Versuche, und die Thronrede von 1847, das politische Glaubensbekenntniß Friedrich Wilhelms IV., sprach es unumwunden aus, warum sie scheitern mußten.

Friedrich Wilhelm IV. wurde irre an seiner Zeit, an seinem Volke, an seinen Freunden und Gegnern, nur an sich selber nicht. Wenigstens nicht auf die Dauer. Man hat gesagt: ihm habe schon darum der staatsmännische Blick gefehlt, weil er nie an sich zweifelte. Man hätte hinzusetzen sollen: ohne darum das ächte unerschütterliche Selbstvertrauen zu besitzen. Diese stets erneuerten Versicherungen der Unwandelbarkeit seiner Ueberzeugungen, der Größe seiner gottverliehenen Machtgewalt, dies immer und immer wiederholte: keiner Macht der Erde solle es gelingen, ihn zu diesem oder jenem zu bewegen — das Alles verrieth dem Kenner des menschlichen Herzens das heimliche Schwanken seines Innern. Er war Hamlet auf dem Throne. Wie Hamlet bald scharfsinniger Grübler, bald dunklem Gefühlsdrange hingegeben, alle seine Umgebungen an Bildung und Geist übersehend, wortreicher, glänzender Redner, witziger Humorist, immer heimlich getrieben durch vielfache Motive zu der einen That, welche die Welt von ihm erwartete, und immer Gegengründe findend zum zaudernden

Verſchieben, bis zuletzt ihn, wie den Dänenprinzen im fünften Akte, ein Zufall fortreißt zu der That, die nun keine That mehr iſt.

Keine ſeiner Hoffnungen hatte ſich erfüllt. Die Popularität, ſeinem Herzen Bedürfniß, war dahin, ſeit die Freiheit nichts mehr von ihm hoffen konnte. Keine ſeiner Schöpfungen, ſeiner Geſetze und Inſtitutionen, mit denen er dem Geiſte der wahren Freiheit und Humanität zu dienen glaubte, befriedigte die Zeitgenoſſen. Den einen waren ſie ein Waſſertropfen für den lechzenden Durſt, den andern auch ſo ſchon eine unnütze Verſchwendung. Das furchtbare Bewußtſein ſeiner Einſamkeit kam über ihn, und machte ſich Luft in dem Aufſchrei ſeines Herzens in jener Thronrede von 1847: daß er ſelbſt auf den Dank und die Anerkennung ſeines Volks zu verzichten wiſſe. Und derſelbe Mann, der ſeine perſönliche Einſicht hoch über die eines Volkes von ſechszehn Millionen ſtellte — er war „aus Pietät“ der gehorſame Diener eines Metternich. Er dachte lebhaft an eine Umgeſtaltung Deutſchlands. Aber ſtatt des offenen Weges der freien That, die ihm alle Herzen gewonnen hätte, wählte er den krummen alten Pfad durch das Schlingkraut und Geſtrüpp diplomatiſcher Unterhandlungen mit einem Syſteme, das nie und nimmer auf ſeine Pläne eingehen konnte. Wäre der Inhalt ſeiner deutſchen Abſichten, wie ihn zu

ſpät Herr v. Radowitz aufdeckte, noch im Jahre 1847 dem deutſchen Volk bekannt geweſen, ein Jubelſturm hätte ihn aufs Neue emporgetragen auf die Höhe der öffentlichen Meinung von Deutſchland. Denn dies monarchiſche Volk ſehnte ſich nach einem gekrönten Meſſias. Aber Friedrich Wilhelm IV. wollte den Triumph der Überraſchung genießen, und auch hier allein vollbringen, was nicht ein Menſch, was nur ein Volk vollbringen kann. Denn: „nichts durch das Volk!“ ward mehr und mehr ſein Wahlſpruch, je drohender der Wogengang der europäiſchen Völkerbewegung beim Beginn des Jahres 1848 an ſeinen Thron heranſtürmte. Die Sphinx der Revolution legte auch ihm ihr Räthſel vor. Er hoffte die Antwort geben zu können mit der Macht einer ungeſchwächten Krone. Aber die nachhaltige Kraft des Entſchluſſes zur Gewalt gebrach. Friedrich Wilhelm IV. fiel von ſich ſelber ab im Momente der Entſcheidung. Das Wort Conſtitution entfloh ſeinen Lippen. Ein beſchriebenes Blatt Papier ſollte ſich nun dennoch drängen zwiſchen ſeinen Herrn Gott im Himmel und ſein Volk, und fortan ihn ſelbſt und ſein Volk mit ſeinen Paragraphen regieren! Alles, was er früher im Fanatismus der abſoluten Lehre ſo oft vor aller Welt verkündet, den Sinn aller ſeiner leidenſchaftlichen Reden und romantiſchen Thaten — er mußte ihn verläugnen. Denn der Gott, dem er

seine Kraft verdankte, hatte ihn, so schien es, verlassen. In der drangvollen Enge dieser beiden letzten Tage vor dem 18. März hatte er außer der verklagenden Stimme in der eignen Brust auch noch die bittern Vorwürfe seiner Brüder, besonders desjenigen zu ertragen, dem er die absolute Herrscherkrone ungeschwächt zu überliefern feierlich vor Gott gelobt. Es war ein tragischer Moment, sinnverwirrend und herzbetäubend für den Charakter, welcher seine Folterqualen durchlebte.

Nur ein Wunder konnte diesen Moment zu einem glücklichen Abschlusse bringen und der lauernden Nemesis ihr Opfer entziehen. Aber es geschehen keine Wunder mehr.

Es war am 18. März Nachmittags gegen halb zwei Uhr. Der heiterste Frühlingssonnenschein lachte über der Stadt, und bestrahlte die Plätze und Straßen am Königsschlosse, vor dem theils das Gerücht von jener Deputation und dem sie begleitenden feierlichen Zuge der Schutzbürger, theils die Nachricht von den erfolgten Bewilligungen eine unabsehbare Masse von Menschen, fast sämmtlich den wohlhabenden und gebildetern Ständen angehörig, versammelt hatte. Man sah wenig Arbeiter und Blousen, dafür desto mehr Bürger und Mitglieder der Bürgerschutzkommissionen mit ihren weißen Armbinden. Die Versammlung hatte ein gewisses festliches An-

ſehn. Nur der Ruf: „Militair weg!“ ließ ſich zuweilen von verſchiedenen Seiten hören. Er drückte eben das Verlangen aus, von welchem in dieſen Tagen Alles in Berlin erfüllt war. Plötzlich ertönte vom Balkone des Schloſſes herab eine Stimme:

„Der König bewilligt Alles!“

Es war die Wahrheit. Die Rheiniſchen Deputirten aus Köln, zwölf Mitglieder des dortigen Gemeinderaths, an ihrer Spitze der Bürgermeiſter von Wittgenſtein, hatten während der letzten 24 Stunden ihre Adreſſe überreicht und erklärt, daß ohne die Entlaſſung der Miniſter und die Bewilligung der vielfach erwähnten Forderungen die Rheinprovinz für Preußen verloren ſei. Aus Breslau und Königsberg lauteten die Nachrichten nicht minder bedenklich. Man begann endlich einzuſehen, daß es die höchſte Zeit, daß der letzte Augenblick zu Conzeſſionen gekommen ſei, und entſchloß ſich ſchweren Herzens, ſie zu gewähren. Die Schamloſigkeit der beſiegten Partei hat es ſpäter gegen alle die ſprechenden Thatſachen der Geſchichte gewagt: freien Willen und längſtgehegten Entſchluß zu nennen, was nur der unwiderſtehliche Drang der äußerſten Noth der widerſtrebenden Hand entringen konnte. —

Ein ungeheurer Jubel erſcholl bei der Verkündigung jener Nachricht. Die gewährten Conzeſſionen, in der etwas ſonderbaren Form von „Vorſchlägen“,

„Forderungen“ und „Wünſchen“ geſtellt, welche der König von Preußen an „ſeine deutſchen Bundesgenoſſen“ richtete, ſo wie das Geſetz über „Cenſurfreiheit“ wurden in Gruppen vorgeleſen und kommentirt. Die Erſcheinung des letzteren war bereits am Vormittage vom Magiſtrate durch ein Plakat angezeigt worden, in welchem derſelbe ſich für die „Bewahrheitung dieſer Regierungsmaßregel mit ſeiner ganzen Wirkſamkeit“ verbürgte! Ein unglaublicher Mißgriff, welcher nothwendig ungünſtig auf die Stimmung des Volks gegen die Krone wirken mußte. Dennoch blieb der Jubel über die endlichen Zugeſtändniſſe vorherrſchend. Nur wenige ſahen mit dieſer indirekten Zuſage einer konſtitutionellen Verfaſſung ihre Erwartungen nicht befriedigt. Die Maſſe des Volks, ſtets geneigt zum gutmüthigen Vertrauen, las die Verkündigungen mit dem eignen Herzen. Das Dankgefühl gegen den König war aufrichtig, denn es entſprang aus der Freude der glücklich vermiedenen Nothwendigkeit einer gewaltſamen Revolution. Ihr dunkel geahndetes Nahen hatte Alle mit jenem Schauer erfüllt, der die Herzen der Völker am Rande einer großen Entſcheidung ahnungsvoll durchbebt. Jetzt ſchien die Brücke der Verſöhnung geſchlagen über dem drohenden Abgrunde, und alle Herzen athmeten leichter. Das Gerücht von dem am Vormittage erfolgten Abtreten ſämmtlicher Miniſter,

und namentlich des Hrn. v. Bodelſchwingh, an deſſen Stelle der Graf Arnim mit der Bildung eines neuen Miniſteriums beauftragt ſei, vermehrte den allgemeinen Jubel. Die Telegraphen berichteten die neue Wendung der Dinge in die Provinzen, wo ſie beſonders am Rhein mit Enthuſiasmus begrüßt wurde.

Der König war auf den Balkon des Schloſſes getreten, während der Miniſter Bodelſchwingh laut die königliche Proklamation verlas. Graf Arnim, der neue Premierminiſter ſtand neben ihm. Friedrich Wilhelm IV. wollte die letzte Genugthuung haben, mit ſeinem eignen Munde ſeinem Volke den größten Wendepunkt in Preußens Geſchichte zu verkündigen, und mit ſeinem Königsworte den Sturm der aufgeregten Menge zu beſchwichtigen. Aber ſeine ſonſt ſo helltönende Stimme ward verſchlungen von dem wilden Brauſen des Jubelrufs um ihn her. Die Erregung der Gemüther war zu gewaltig. Sein Erſcheinen vermochte nicht, wie ſonſt, die athemloſe Stille der Tauſende hervorzuzaubern, welche einſt an dieſer Stätte vor acht Jahren den Schwur des neuen Königs empfing. Im Ganzen war das Geſchrei nur ein Jauchzen des Beifalls, wenn auch hier und da noch einzelne fordernde, oder ſchmähende Stimmen hineinklingen mochten. Dieſe letztern bezogen ſich ganz beſonders auf das Militair, das in drohender Haltung noch immer alle Höfe

und Portale des Schloſſes füllte. Der Ruf: „Militair fort!“ erſcholl immer wieder von Neuem durch das Brauſen des Jubels und das Jauchzen der Lebehochrufe. Der Inſtinkt des Volkes verlangte mit dieſem Rufe ein letztes Siegel auf die gemachten Conzeſſionen, ein ſymboliſches Pfand des Vertrauens, daß es dem Könige Ernſt ſei zu brechen mit dem Geiſte des altpreußiſchen ſoldatesken Regiments, mit jener übermüthigen Herrſchaft des rothen Kragens über den Bürgerrock; er verlangte eine Genugthuung für die rohe Vergewaltigung, welche das alte ſoldatiſche Syſtem an Blut und Leben der Bürger in den letzten Tagen begangen hatte. In dieſem Rufe lag das Geheimniß der möglichen Revolution. Die politiſchen Motive zu einer ſolchen waren nur in den Köpfen und Herzen einer unendlich geringen Minderzahl vorhanden. Der überwiegenden Maſſe, deren Arme allein den Ausſchlag geben konnten, lagen ſie fern. Aber allen gemeinſam war ein Gefühl, das immer noch, — nächſt dem religiöſen, den größten Einfluß geübt hat auf das deutſche Volk: das gekränkte Grundgefühl der Menſchheit, welches endlich einmal mit ſeiner Geduld und Langmuth im Ertragen der brutalen Soldaten- und Polizeigewalt am Ende war. „Wir wollen uns und unſre Weiber und Kinder nicht länger um nichts und wieder nichts niederſchießen laſ-

ſen wie Hunde!“ das war der Grundgedanke, der die Maſſe erfüllte. Es waren keine Emiſſairs, keine Vagabunden, welche jenen verhängnißvollen Ruf immer wieder aufs Neue erſchallen ließen, ſondern ordentliche Bürger, Mitglieder der Schutzkommiſſionen, welche für den Bürger das Recht verlangten, ſelbſt die Ruhe ſeiner Stadt zu wahren. Graf Arnim berichtete dem Könige dies Verlangen. Die Antwort lautete: „ein unehrenhafter Rückzug der Truppen könne doch nicht im Ernſte gefordert werden.“

Die militairiſch-büreaukratiſche Partei, welche die letzte Säule des Reichs wanken ſah, widerſetzte ſich aus allen Kräften jedem weiteren Nachgeben ſolcher Forderung. Ihre Spitze, ihr Haupt war der Prinz von Preußen. Noch iſt die Zeit nicht gekommen, in welcher der Schleier vollſtändig gelüftet ſein wird, der über dem Einwirken jenes Mannes in dieſem entſcheidenden, für Preußens Schickſal ſo verhängnißvollen Momente gebreitet liegt. Die Details der intimen Vorgänge, welche die Mine der Revolution entzündeten, ſind in ihrem thatſächlichen Zuſammenhange noch bis auf dieſen Augenblick in Dunkel gehüllt. Aber das Vorhandene und Bekannte genügt, um eine Darſtellung zu geben, welche der Wahrheit ſelbſt ſehr nahe kommen dürfte.

Der weichherzige König hatte den entſcheidenden

Schritt gethan. Er hatte ihn gethan im letzten äußersten Momente, gedrängt von unabweislicher Nothwendigkeit. Er hatte das vor eilf Monaten in jener Thronrede des April feierlich ausgesprochne Gelübde: „seine Krone ungeschwächt, wie er sie ererbt, seinem Nachfolger zu überliefern", gebrochen. Die aristokratisch-absolutistische Kamarilla stand zähneknirschend im düstern Schweigen um ihn her, als er vom Balkone zurück in seine Gemächer trat. Er hatte aufs Neue vergebens sich Gehör zu verschaffen gesucht. In tiefster Bewegung hatte er versucht, zum Volke zu reden. Seine Bitte, sich zu beruhigen, da alles gewährt sei, ihm eine Stunde der Ruhe zu gönnen, war verhallt in dem unermeßlichen, unbändigen Geschrei der jauchzenden Menge. Vergebens betheuerte er die Aufrichtigkeit seiner Zusicherungen, legte er die Hand auf die Brust und beugte sich bittend über das Steingesims des Balkons zum Volke nieder.

Die Masse hatte jetzt nur einen Sinn und Gedanken, nur einen Ruf: „Militair fort!"

Er trat zurück vom Balkone. Der entscheidende Augenblick eilte näher und näher heran mit jedem Pendelschlage der Rokkoccouhr auf dem Marmortische des königlichen Kabinettes. Die in diesen Tagen besiegte Partei im Königsschlosse ergriff ihn — zu ihrem und seinem Verderben.

Er hatte Alles gewährt, mehr vielleicht, als er vor ſich ſelber verantworten zu können meinte, nachdem es geſchehen war. Er hatte es geſchenkt als eine reiche Spende der Gnade — und dennoch wollte ſich das Volk da draußen nicht beruhigen. Er aber wollte für ſeine reichen Gnadengeſchenke jetzt wenigſtens Ruhe haben in ſeinem eignen Hauſe. Er war erſchöpft, ermattet, abgeſpannt an Leib und Seele. Das unaufhörliche Geſchrei, der Anblick der Maſſen, auf die ſein Erſcheinen nicht mehr den alten Zauber übte, erfüllte ihn mit Widerwillen und Abneigung. Sein kurzſichtiges Auge konnte diejenigen Stimmen ſeiner Umgebung nicht Lügen ſtrafen, welche in dem verſammelten Volke nur wüſte Pöbelhaufen ſahen. Die Beſorgniß vor fremden Emiſſairen und ihrem aufwiegleriſchen Treiben — im Schloſſe nur zu oft ausgeſprochen, blieb nicht ohne Einwirkung auf ſein Gemüth. In ſeinem Innerſten gebrochen, von widerſtreitenden Empfindungen zerriſſen, von fremden und eignen, ſtillen und lauten Vorwürfen beſtürmt, von leidenvoller Leidenſchaft aufgeſtachelt zur Erbitterung gegen die Macht, vor welcher er ſich beugen mußte, wollte er wenigſtens im letzten Augenblicke noch einmal ſeine Freiheit bewähren, ſich vor ſich ſelber retten, — zeigen, daß er Herr im eignen Hauſe ſei.

„Ich will Ruhe haben!“ wir können nicht ſa-

gen, ob dieſe verhängnißvollen Worte wirklich geſprochen worden ſind. Aber daß ſie in dem Zuſammenhange der Dinge vor und nachher als nothwendig erſcheinen, wird Niemand läugnen können.

Ein Befehl, ihm dieſe Ruhe mit Gewalt zu ſchaffen, ward von ihm nicht gegeben. Selbſt die königliche Proklamation der folgenden Blutnacht, welche der Nothwendigkeit gedachte, den Platz des Schloſſes durch Kavallerie „im Schritt und mit eingeſteckter Waffe ſäubern zu laſſen", ſagt nicht, wer den Befehl dazu ertheilt habe. Dieſer Umſtand war von hoher Wichtigkeit. Er beſtärkte das Volk in ſeinem Glauben, welcher die folgenſchweren Gewaltthaten auf Rechnung des einzigen Mannes ſetzte, der allein den klagenden Ruf des Königs in einen Befehl zu verwandeln die Macht beſaß. Dieſer Mann war der Prinz von Preußen.

Schon vor dem 18. März ſchrieb die öffentliche Meinung im Volke die von der Soldateska begangenen Gewaltthätigkeiten und Brutalitäten auf Rechnung dieſes Prinzen und ſeiner bekannten abſolutiſtiſchen Geſinnung und Denkart. Folgender vollkommen beglaubigter Zug mag beweiſen, ob ſich die Volksſtimme irrte in ihrem Urtheil. Der greiſe General Pfuel, ein Mann von hoher Bildung und freiem Geiſte, war während jener Märzwoche Stadt-

kommandant und Gouverneur von Berlin. Er hatte vor der Kataſtrophe, an deren äußerſtem Rande unſere Darſtellung ſteht, den beſtimmten Entſchluß ausgeſprochen: nicht auf das Volk ſchießen und keinen Straßenkampf beginnen zu laſſen, außer wenn daſſelbe mit andern Waffen als mit einzelnen Steinwürfen ſelbſt etwa den Angriff beginnen, oder gar mit einem ſolchen das Schloß und öffentliche Gebäude bedrohen ſollte. Der Gebrauch der ſcharfen Hiebwaffe, des Bajonetts und der Feuerwaffe gegen völlig waffenloſe Volksgruppen, wie er in der vergangenen Woche wiederholt zur Anwendung gekommen war, hatte gegen ſeinen Willen und Befehl Statt gefunden, und ſchon damals bemerkte man, daß ein doppelter Geiſt und Einfluß die Truppen in verſchiedener Richtung leite. Vollkommen klar aber ſollte es an einem der letzten Tage vor dem 18. werden. Eine zahlreiche Menge, aufgereizt durch die Gewalt- und Blutſcenen der vergangenen Tage, wogte in der Nähe des Schloſſes auf und nieder, Geſchrei und Verwünſchungen gegen die Soldaten ausſtoßend, mit welchen die Höfe und Portale deſſelben gefüllt, und deren Pikets vor den letztern vorgeſchoben waren. Auch Steinwürfe fielen. Der General Pfuel, welcher ſich im Schloſſe befand, trat zu der Menge heraus, ihr gütlich zuzureden. Da plötzlich erhebt ſich neues Geſchrei, und der Gene-

ral, ſich umdrehend, erblickte hinter ſich eine aus dem Schloſſe hervorgerückte Infanterielinie, Gewehr im Anſchlag gegen die Volksmaſſe gerichtet. Augenblicklich zurückeilend, kommandirt er: „Gewehr beim Fuß!“ und die Soldaten gehorchen. In dieſem Augenblicke hörte er ſich von einer wohlbekannten Stimme mit den zornigen Worten angeredet: „Herr General, was thun Sie! Sie verderben mir die Stimmung der Leute, die ich mit Mühe erweckt habe! Es iſt indigne!“ Es war der Prinz von Preußen, der dieſe Worte ſprach. Der geſcholtene greiſe Krieger erwiederte ohne Bedenken: daß er von Seiner Königlichen Hoheit keine Befehle noch Vorwürfe annehmen könne, daß er vielmehr augenblicklich beim Könige über dieſe Behandlung Beſchwerde führen, und wenn ihm nicht volle Genugthuung werde, ſeinen Degen auf der Stelle dem Könige zu Füßen legen werde. Das erſtere geſchah ſofort. Der Prinz von Preußen gab dem General in Gegenwart des Königs eine Entſchuldigung ſeiner Uebereilung, und lud ihn zugleich zur Tafel. Aber die Intrigue ruhte darum nicht. Die Partei, welche vor Zorn über die gemachten Conzeſſionen und zugleich vor Begierde brannte, die aufrühreriſche „Pöbelkanaille“ Reſpekt vor den Bajonetten und Kartätſchen zu lehren, benutzte den Augenblick, als der durch mehrere Nachtwachen erſchöpfte Ge-

neral ſich am 18ten Vormittags nach Hauſe begab, um einige Augenblicke auszuruhen und die Kleider zu wechſeln. Als nach einigen Stunden der Wuth- und Racheruf des Volks ſein Ohr traf und er ſofort zum Schloſſe eilte — kam man ihm hier mit der Meldung entgegen, daß er nicht mehr Kommandant von Berlin und daß ſeine Stellung dem General von Prittwitz übertragen ſei.

Wir kehren nach dieſer Abſchweifung zu unſerer Darſtellung zurück.

Der König wollte Ruhe haben, Ruhe vor der Menſchenmenge, deren Geſchrei um Entfernung des Militairs noch immer das Schloß umwogte. Sein Wunſch war Befehl für ſeine Umgebung. Wie derſelbe als Befehl aus den innern Gemächern des Schloſſes hinabkam, iſt bis auf dieſe Stunde noch unbekannt. In welcher Faſſung er aber bei den Truppen der Garden anlangte, die zornentflammt über das Verlangen ihres „Rückzugs", aufgehetzt von ihren Offizieren, gereizt durch die Neckereien und Schimpfreden der Maſſe, erbittert durch die Mühſeligkeiten des langen ſchweren Polizeidienſtes dieſer Woche, dem „frechen Bürgerpöbel" gegenüber ſtanden, davon ſollte die Ausführung alsbald Zeugniß geben.

Zwei Schwadrone des Gardedragonerregiments, welche ſich an der Stechbahn aufgeſtellt hatten,

machten eine Schwenkung. Bürger mit weißen Tüchern eilten ihnen unter dem Rufe: „Es lebe der König! Militair zurück!“ entgegen. Die Antwort auf dieſe Friedensrufe gab der kommandirende Offizier indem er den Degen zog durch einen, von ihm geführten Angriff der im ſcharfen Trabe anſprengenden Reitergeſchwader, welche mit blanker Waffe auf das wehrloſe Volk einhieben.

Zu gleicher Zeit drang Gardeinfanterie aus den Portalen des Schloſſes mit gefälltem Bajonett auf die fliehenden Maſſen ein, und es fielen zugleich jene Schüſſe des „Mißverſtändniſſes“, wie eine ſpätere Proklamation ſich bezeichnete.

Dieſen von tauſend Zeugen beſtätigten Hergang der Dinge wagte man noch in derſelben Nacht, welche dem blutigen Tage folgte, mit dreiſter Stirne durch das Wort des betrogenen Königs in Abrede zu ſtellen, und „fremden Emiſſairen, dem verbrecheriſchen Treiben einer Rotte Böſewichter“ den Ausbruch eines Kampfes zuzuſchreiben, welchen der Wahnwitz einer im letzten Augenblicke alles an einen kühnen Wurf ſetzenden Partei in verwegenem Grimme über den drohenden Sturz des alten Syſtems vorbereitet und herausgefordert hatte!

In wilder Flucht unter Angſtruf und Rachegeſchrei ſtoben die wehrloſen Volksmaſſen nach allen

Richtungen hin aus einander. Nur wenige Minuten, und der Schloßplatz war leer. Die Stille des Todes herrschte rings um die alte preußische Königsburg. Der König hatte Ruhe!

Er hörte ihn nicht, den einen grimmigen, gellenden Schrei der Rache, den tausend und abertausendfach wiederholten Schrei: „wir sind verrathen! zu den Waffen!“ den Ruf, der in den letzten zwei Jahrzehnden zwei Königsgeschlechter herabgestürzt von ihren Thronen, den Ruf: „Barrikaden! Barrikaden!“ der jetzt, begleitet von dem Geheul der Sturmglocken durch alle Straßen der ungeheuren Stadt wie Sturmesbrausen dröhnte.

Barrikaden in Preußens Hauptstadt! Wer noch vor wenigen Wochen an solche Möglichkeit gedacht hätte, man würde ihn als einen Wahnsinnigen verlacht haben. Berlin und Barrikaden! Berlin, diese wegen ihrer politischen Gleichgültigkeit und Frivolität in ganz Deutschland verrufene Residenz, diese Stadt der unterthänigsten Loyalität, der ersterbenden Treue gegen ihr „angestammtes Herrscherhaus“ in Waffen gegen ihren König und Herrn! Diese Stadt der breiten Straßen, deren schnurgrade Häuserlinien wie Soldatenregimenter in Paradefronten aufmarschirt stehen — wie oft hatte bei einem Blicke auf dieselben der erfahrne Militair wohlgefällig ausgerufen: „in Berlin ist Alles möglich, nur kein Volks-

kampf und keine Straßenrevolution mit Barrikaden!“ Und doch wagte das Volk dieſen Kampf. Es wagte ihn ohne Wehr und Waffen, ohne Organiſation, ohne Plan und ohne Führer, gegen ein ganzes wohlgerüſtetes, wohldisciplinirtes, wohlgeführtes tapferes Heer, den Kern des Preußiſchen Soldatenthums nicht für Konſtitution und Preßfreiheit oder für irgend eine Freiheit der Welt, ſondern lediglich und allein für Leib und Leben, Weib und Kinder, die es nicht mehr der rohen Brutalität des abſoluten Polizeiſtaats und den Kugeln und Bajonetten ſeiner Leibwächter ſchutz- und rechtlos blosgeſtellt wiſſen wollte. Das gekränkte Grundgefühl der menſchlichen Natur war erwacht, und forderte Rache für unſchuldig vergoſſenes Blut, Rache für den begangenen „Verrath“. Es war ein Verrath begangen worden in jenem Augenblicke, als die Dragoner auf das Volk einhieben, ein Verrath zunächſt an dem Könige, der dies Blutvergießen nicht gewollt. Aber der zweite Verrath, der Verrath an der eben zugeſicherten Volksfreiheit ſelbſt — lag noch im Hintergrunde des Gedankens, der jenen blutigen Angriff befohlen hatte. Dieſen Verrath ahnte der Inſtinkt des Volks, deſſen Herzen auf einen Moment erfaßt waren von den ſeheriſchen Schauern der Geſchichte, deren Flügelſchlag in jenem Augenblicke die Königsburg der Hohenzollern umrauſchte.

So war es. So haben uns Hunderte berichtet, die wir unmittelbar nach dem Kampfe gesprochen und befragt, Augenzeugen jener Tage und Scenen, Theilnehmer am Kampfe und unbetheiligte Beobachter, Männer und Frauen aller Klassen und Stände, Menschen der verschiedensten politischen Ansichten und Überzeugungen. So verkündete es in jenen Tagen die Presse von ganz Deutschland.

Die Nemesis hatte ihr Opfer berührt. Der Simson der Revolution hielt die Säulen des Throns der Hohenzollern gefaßt. Aber als bei seinem ersten Rütteln das Herz dessen erbebte, der da oben saß, und er für einen Augenblick freiwillig hinabstieg, da ließ der Simson die Säulen los und — doch wir wollen der fernern Darstellung nicht vorgreifen.

Kapitel VI.

Der Kampf und seine Folgen.

Die Geschichte des Kampfs geben wir zum Theil mit den Worten eines Augenzeugen in gedrängter Kürze.

„Der Dämon des geflügelten Worts, jener Ruf des Verraths, der auf dem Schloßplatze erschollen war, hatte sich vertausendfacht, und zog die Sturmglocke in jeder männlichen Brust.

Man reißt das Straßenpflaster auf, wirft Wagen, Karren, Brunnen, Brücken, Gassenstege um und übereinander, höhlt Gräben aus und holt Haus- und Hofgeräth aus den zertrümmerten Thoren und Thüren zu Barrikaden herbei. Es erstehen deren in allen Stadttheilen in einer einzigen Stunde. Weiber, Kinder, Greise helfen bauen, oder schleppen Steine in Körben, ja große Granitplatten auf die Dächer, um die Angreifer zu zerschmettern. Waffenhandlungen und Eisenläden werden erbrochen, oder freiwillig geöffnet, im Nu geleert. Hinter den Bar-

rikaden entstehen Feuer, an denen Knaben eifrig Kugeln gießen. Man bereitet siedendes Wasser vor, die Soldaten damit aus den Fenstern zu begrüßen. Geübte, entschlossene Büchsenschützen, tollkühne Knaben besetzen die Barrikaden. Bürger, Studenten, Arbeiter, die zu Tausenden von allen Seiten herbeiströmen, vertheilen sich in die Häuser, zu denen sie sich mit Güte oder Gewalt Zutritt verschaffen, um von den Fenstern aus mit allen Waffen, die ihnen zu Gebote stehn, zu kämpfen. Die Wenigsten haben Schießwaffen. Die Übrigen müssen sich mit schleudern von Steinen und Hausgeräth behelfen. Was außerdem hinter den Barrikaden kämpft, ist mit Äxten, Beilen, Heugabeln, Eisenstangen, die man aus den Stadtthoren und Geländern bricht, mit Lanzen, Säbeln und Hirschfängern bewaffnet. Zu Adjutanten, Boten, Spionen, Zuträgern der Kämpfer dienen Hunderte von Proletarierbuben, die mit Todesverachtung, werth der edelsten und reinsten Sache, allen Gefahren entgegengehen."

Nichts war vorbereitet, kein Plan gemacht, keine Verabredung getroffen, keine Anführer erwählt. Der allgemeine, einige Geist des Volks ersetzte alles. Er war entschlossen, die Gewaltthaten des Säbel- und Bajonettregiments nicht länger zu ertragen. Zum ersten Male, seit sie gedichtet, wurden die Worte des deutschesten Dichters, welche seit einem Menschen-

alter in Berlin nicht mehr öffentlich von der Bühne zum Volk erſchallen durften:

„Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Laſt — greift er
Hinauf getroſten Muthes in den Himmel,
Und holt herunter ſeine ew'gen Rechte!“

auf deutſchem Boden, in derſelben Stadt, eine blutige Wahrheit.

„Von allen Barrikaden weht der bedeutungsſchwere Schirm des deutſchen ſchwarz-roth-goldnen Banners, deſſen Symbol der Inſtinkt des Volkes überall annimmt.

„Noch wagen würdige Männer mit Lebensgefahr einen letzten Vermittlungsverſuch. Man läßt ſie aber nicht vor den König. Sie dringen im Schloſſe nur bis zum Prinzen von Preußen vor, und ſeine Antwort auf ihre Bitten iſt: „Er werde das Militair keinen Zollbreit zurückziehen!“ Ein allerletzter Friedensbote, der Biſchof Neander, gelangte ſogar mit einigen Begleitern bis zum Könige. Aber der einmal geſchehene erſte Schritt zu gewaltſamer Entſcheidung hatte auch das Herz des Königs härter und unzugänglicher gemacht. Denn das Eiſen hat magnetiſche Kraft. Die Antwort lautete kurz und abweiſend. Auf einem Hauſe am Ende der Breitenſtraße flatterte bereits die ſchwarz-roth-goldne Freiheitsfahne. „Schafft mir dieſe Fahne aus den

Augen!“ rief der König, als er die Deputation entließ.*)

Die Soldaten hatten den Kampf mit dem Angriffe auf die ersten Barrikaden gegen 3 Uhr Nachmittags begonnen, und er dauerte mit wenigen Unterbrechungeu sechzehn Stunden. Eine Spezialschilderung desselben gehört nicht in diese geschichtliche Darstellung. Eben so wenig die Anklagen, welche mit Recht und Unrecht die Leidenschaft der nächsten Tage gegen die Grausamkeit erhob, welche in diesem brudermörderischen Kampfe das Militair an gefangnen Kämpfern oder Nichtkämpfern verübte oder verübt haben sollte. Das Volk aber benahm sich in dieser Katastrophe wahrhaft edel, groß, tapfer und menschlich. Besonnen, ausdauernd und todesfreudig hielt es gegen eine mit allem Kriegsbedürfniß wohlgerüstete, tapfere und wohlgeführte, von Stunde zu Stunde durch neu anrückende Regimenter verstärkte Armee von 20—25000 Mann so unerschütterlich Stand, daß ihm dieselbe mit aller Anstrengung nur einen kleinen Theil der Stadt entreißen konnte. Der Muth und die Tapferkeit der preußischen Soldaten können nicht geschmälert werden durch die Behauptung, daß das Unerwartete, im Vaterlande nie

---

*) „Die Gegenwart,“ herausgegeben von Brockhaus. Heft 21, S. 553.

Erhörte eines Kampfes gegen das eigne Volk und der Anblick ſeines verzweifelten Heldenmuths ſich zuletzt lähmend ſelbſt auf die Herzen der tapferſten Krieger ſenkte.

Gegen 5 Uhr Nachmittags, als der Kampf bereits entbrannt war, hatte die Regierung noch einmal für gut befunden, zur Stillung des Aufruhrs ihr letztes Wort auszuſprechen und durch Herrn v. Bodelſchwingh einen Straßenanſchlag zu erlaſſen, dahin lautend: man wolle das Militair zurückziehen, wenn das Volk zuvor die Barrikaden hinweggeräumt haben würde. Abermals denn Gnade und nicht Recht. Man wollte, ſchien es, durch dieſen letzten Verſuch zur Sühne ſein Gewiſſen beſchwichtigen. Aber die Zeit des Vertrauens war im Volke vorüber.

Am Abend deſſelben Tages langte Herr v. Vincke aus Weſtfalen in beſtäubter Reiſekleidung im Königsſchloſſe an, um dem Könige ein wahrheitgetreues, wenn auch wenig erfreuliches Bild von dem Zuſtande ſeiner Provinz zu entwerfen. Indem er ſeine Schilderung mit den Worten ſchloß, wie tief es ihn betrübt und entſetzt habe, bei ſeiner Ankunft in Berlin die Stimme des Landesvaters durch Kanonen zu den Herzen ſeiner Bürger reden zu hören, fanden ſich einige in der Nähe ſtehende hohe Generalſtabsoffiziere gemüſſigt, darüber ein Gelächter zu erheben.

Herr v. Vincke verwies ihnen ihr unangemeſſenes Betragen eben ſo nachdrücklich, wie einem andern General ein Schimpfwort auf den Vereinigten Landtag, deſſen oppoſitioneller Vorkämpfer er geweſen war. „Das iſt die Frucht von ihrem ſchändlichen Landtag!“ ſo lauteten die rohen Worte. Sie fanden heftige Erwiderung. Der König ſuchte dem Wortwechſel mit einer an Vincke gerichteten Einladung zum Souper zu beſchwichtigen. Aber ſelbſt die Etikette und ihre Verehrung vor einem königlichen Einladungsbefehl war in dieſen verhängnißſchweren Stunden gebrochen. Der weſtfäliſche Freiherr ſchlug die Einladung kurz angebunden aus, und verließ das Schloß.

Der König aber „ſoupirte an dieſem Abende mit Gäſten“, während der Donner der Kanonen und das Wuth- und Sturmgeſchrei der Revolution ſeine Hauptſtadt durchraſ'te!

Nach 6 Uhr Abends verſtärkten ſich die militairiſchen Streitkräfte der Regierung mit mehreren Bataillonen Infanterie, die von Halle kamen, und bald darauf trat eine Pauſe der Abſpannung des Kampfes ein.

Wichtiger bei weitem, als der äußere, in ſeinen Einzelheiten wie in ſeinem Ausgange weltbekannte Hergang des Kampfes in den Straßen, iſt die geheime Geſchichte der Kämpfe, welche während dieſer achtzehn Stunden im Innern des Schloſſes ſtattfanden. Wir geben dieſelben gleichfalls in den

Hauptsachen nach den Angaben des oben benutzten Memoiristen. Der Versuch Vincke's, die Mauer zu durchbrechen, welche die Kamarilla um den verrathenen König aufgeführt hatte, war gescheitert. Vielleicht durch die persönliche Antipathie, welche der König gegen diesen Oppositionsmann des Vereinigten Landtags noch immer empfand, der es einst allein gewagt hatte, Ausdrücke der königlichen Thronrede mit ironischer Wendung gegen die Krone selbst zu brauchen, — eine Kühnheit, die in jenen schüchternen Zeiten angestaunt, bei Hofe sicher nicht vergessen war. Die Kamarilla und die Soldatenpartei gewannen neuen Muth. Der Kampf hatte eine Weile nachgelassen, und still zu stehn geschienen. „Das Souper hatte den König ruhiger, behaglicher gestimmt. Man stellte ihm vor, und namentlich war es der General von Thile, der fromme Minister des christlichen Staates, welcher als Wortführer in diesem Sinne, wenige Tage nachher allgemein genannt wurde: jetzt oder nie sei männlich ernst zu handeln. Habe die in Wien besiegte Monarchie in Preußen diese Probe bestanden, so sei sie, wer weiß ob nicht für Deutschland gerettet und geborgen, und das unvergleichliche Preußische Heer wohl drauf und dran, Deutschland mit einem Schlage in Preußen zu verkehren. Eben darum aber müsse rasch, entschlossen, ganz gehandelt

und der Staat nicht mehr als Einſpänner mit halben Maßregeln gefahren werden. Die ſogenannte „halbe Maßregel“, General Pfuel, fiel (wie man denſelben Mann ſieben Monate ſpäter fallen ließ), der ehrenfeſte märkiſche Junkergeneral Prittwitz kommandirte: Feuer! und ſchoß, ſtatt der Revolution, das mit verbundenen Augen auf ſeinem Sandhügel knieende Altpreußen todt*)

Der Kampf hatte mit einigen Unterbrechungen die ganze Nacht hindurch gewährt, als am Morgen des 19. jene vom Könige ſelbſt eigenhändig in der Nacht geſchriebene Proklamation erſchien. Das merkwürdigſte aller Aktenſtücke in Preußens Geſchichte lautet alſo:

An meine lieben Berliner!

Durch mein Einberufungs-Patent vom heutigen Tage habt Ihr das Pfand der treuen Geſinnung Eures Königs zu Euch und zum geſammten teutſchen Vaterlande empfangen. Noch war der Jubel, mit dem unzählige treue Herzen Mich begrüßt hatten, nicht verhallt, ſo miſchte ein Haufen Ruheſtörer aufrühriſche und freche Forderungen ein, und vergrößerte ſich in dem Maße als die Wohlgeſinnten

*) Vergl.: ‚Eine Preußiſch-Deutſche Phantaſie (Hamburg bei Hoffmann und Campe. 1848.) S. 38. „Die Gegenwart“ a. a. O. S. 553.

sich entfernten. Da ihr ungestümes Vordringen bis in's Portal des Schlosses mit Recht arge Absichten befürchten ließ, und Beleidigungen wider Meine tapfern und treuen Soldaten ausgestoßen wurden, mußte der Platz durch Cavallerie im Schritt und mit eingesteckter Waffe gesäubert werden, und zwei Gewehre der Infanterie entluden sich von selbst, Gottlob! ohne irgend Jemand zu treffen. Eine Rotte von Bösewichtern, meist aus Fremden bestehend, die sich seit einer Woche, obgleich aufgesucht, doch zu verbergen gewußt hatten, haben diesen Umstand im Sinne ihrer argen Pläne durch augenscheinliche Lüge verdreht, und die erhitzten Gemüther von vielen Meiner treuen und lieben Berliner mit Rache-Gedanken um vermeintlich vergossenes Blut! erfüllt, und sind so die Urheber von gräulichem Blutvergießen geworden. Meine Truppen, Eure Brüder und Landsleute, haben erst dann von der Waffe Gebrauch gemacht, als sie durch viele Schüsse aus der Königsstraße dazu gezwungen wurden. Das siegreiche Vordringen der Truppen war die nothwendige Folge davon.

An Euch, Einwohner Meiner geliebten Vaterstadt, ist es jetzt, größerem Unheil vorzubeugen. Erkennt, Euer König und treuester Freund beschwört Euch darum, bei Allem, was Euch heilig ist, den unseligen Irrthum! kehrt zum Frieden zurück, räumt die Barrikaden, die noch stehen, hinweg, und entfer-

det an Mich Männer, voll des echten alten Berliner Geiſtes, mit Worten wie ſie ſich Eurem Könige gegenüber geziemen, und Ich gebe Euch mein Königliches Wort, daß alle Straßen und Plätze ſogleich von den Truppen geräumt werden ſollen, und die militairiſche Beſetzung nur auf die nothwendigen Gebäude des Schloſſes, des Zeughauſes und weniger anderer, und da auch nur auf kurze Zeit, beſchränkt werden wird. Hört die väterliche Stimme Eures Königs, Bewohner Meines treuen und ſchönen Berlins, und vergeſſet das Geſchehene, wie Ich es vergeſſen will und werde in Meinem Herzen, um der großen Zukunft willen, die unter dem Friedensſegen Gottes für Preußen, und durch Preußen für Deutſchland, anbrechen wird.

Eure liebreiche Königin und wahrhaft treue Mutter und Freundin, die ſehr leidend darnieder liegt, vereint ihre innigen, thränenreichen Bitten mit den Meinigen.

Geſchrieben in der Nacht vom 18. zum 19. März 1848. Friedrich Wilhelm.

In dieſem Dokumente, in dieſen Gedanken, die ſich untereinander verklagen und entſchuldigen, liegt das Geheimniß der Seelenſtimmung Friedrich Wilhelms IV. während jener Schreckensnacht offen vor uns.

Die Proklamation blieb wirkungslos. Ihre thrä-

nenvolle Sprache, welche in der einmüthigen Erhebung einer ganzen Bevölkerung nur das Verführungswerk einer rebelliſchen Rotte Böſewichter ſah, und dennoch von der Rebellion Vergeben und Vergeſſen erbat, prallte ab an der wahren und ſtolzen Leidenſchaft des plötzlich von dem Gefühle ſeiner Hoheit ergriffenen Volkes, dem es als Schmach erſchien, ſich und ſeine freie Erhebung als ein kindiſches Spiel einiger „Böſewichter" betrachtet zu ſehn. Sein zorniger Hohn klebte das Blatt an eine Brunnenſäule neben das Bruchſtück einer der Granaten, mit denen die königlichen Feuerſchlünde vom Schloſſe her die lieben Berliner während der vergangenen Nacht begrüßt hatten, und überall bereitete man ſich zur Erneuerung des entſcheidenden Kampfes.

Da geſchah es, daß der General Möllendorff, vom Volke gefangen genommen, im Schützenhauſe des Alexanderplatzes den Befehl unterzeichnete, der ſeinen Truppen die Einſtellung des Kampfes und den Abzug von jenem Platze befahl. Dieſe Nachricht wirkte entſcheidend. Um das Leben eines befreundeten Dieners zu retten, gab der König, ganz allein aus perſönlichem Entſchluſſe, der Hauptſtadt den Frieden. Sonntag, den 19. März um eilf Uhr Vormittags ward dieſer Frieden geſchloſſen. Seine Bedingungen waren:

1. Abzug des Militairs aus der Stadt,

2. Preßfreiheit, und
3. Das Verſprechen einer Konſtitution auf der breiteſten demokratiſchen Grundlage.

Ein Befehl zum Rückzuge der Truppen ward auch hier, wie ſpätere offizielle Kundgebungen behauptet haben*), vom Könige nicht ertheilt. Dennoch aber hatte Friedrich Wilhelm IV. durch dieſen Friedensſchluß mit der Rebellion auf ewig gebrochen mit dem Geiſte des altpreußiſchen Soldatenthums, wie er gebrochen hatte mit der ganzen Vergangenheit ſeines Lebens. Es war dem Abſolutismus, ſo tief er ſich auch erniedrigt hatte, nicht gelungen, ſelbſt nur den Schein ſeiner Willensfreiheit zu retten. Der Abzug der Truppen — gleichviel, ob Sieger oder Beſiegte — nach dem Willen des bewaffneten Volkes drückte das Siegel auf die Umgeſtaltung der Preußiſchen Dinge, er erhob den Straßenkampf, den Sohn eines „Mißverſtändniſſes“, zur Revolution.

---

*) **Signatura temporis** (vom Prof. Heinrich Leo im Auftrage verfaßt) S. 32.

Kapitel VII.

Nicht wegen der Unerträglichkeit eines tyranniſchen Jochs, nicht für eine neue Idee hatte man ſich in Berlin geſchlagen. Ein bis zu dieſer Stunde politiſch wenig bewußtes, monarchiſch-gehorſames Volk, deſſen Verlangen nicht über die ſchon verheißenen Freiheiten hinausging, empörte ſich, weil man ein Urgefühl der Menſchheit in ihm gekränkt hatte.

Der beſte Beweis dafür und gegen eine planvoll beabſichtigte Schilderhebung war die Haltung der Maſſe nach dem für das Volk ſiegreichen Ausgange des Kampfes.

Das Volk fühlte ſich frei, frei von den Feſſeln der Polizei, frei von der Willkür königlicher Machtgebote. Es genügte ſich an dieſem Gefühle. Es legte keine Hand an den wankenden Thron, der in dieſem Augenblicke in allen Fugen krachend und wankend dem Willen einer kleinen Anzahl vorberei-

teter und entschlossener Männer Preis gegeben war. Aber die Haltlosigkeit des Hofes war nicht größer als die Planlosigkeit des Volks. Es wußte und empfand nur, daß der alte Zustand schlecht gewesen, daß man es übel, und zuletzt grausam behandelt hatte. Diese Empfindung auszudrücken trieb der Instinkt die leidenschaftbewegte Masse. Ein Weiteres zu wollen und zu wagen, im Augenblicke seines Sieges ein ausführliches Programm der Volkswünsche zur Annahme zu diktiren, lag außer dem Bereiche seines Willens wie seiner Einsicht. Die Leichenschau, zu der es am Tage des beendeten Kampfes seinen Beherrscher zwang, ist ein treuer Ausdruck des vorwaltenden patriarchalischen Gefühls, das dem überwundenen Könige nur zurufen wollte: „Siehe, das hast Du an uns gethan!“ Erst unter diesem Gesichtspunkte erhält die folgende Scene ihre wahre Bedeutung.

Von der Schloßfreiheit her bewegte sich ein feierlicher Zug von Männern aus dem Volke, bleich, verstört, in zerrissener Kleidung, die Waffen noch in der Hand, dem Königsschlosse zu, und trug auf seinen Schultern die Bahren mit den Leichen seiner gefallenen Brüder. Die klaffenden Todeswunden waren offen gelegt, die halbnackten Leichen mit Blumen bestreut, die Häupter mit Lorbeer und Immortellen bekränzt. So zogen sie durch das Schloßportal in den innern

Schloßhof. Von allen Seiten, aus den entlegensten Stadttheilen, wurden Bahren mit Leichen gefallener Kämpfer auf den Schloßhof getragen. So wunderbar leitete ein und derselbe gemeinsame Instinkt, ohne alle Verabredung die Herzen der Menschen zu derselben That.

Der eine der beiden gewaltigen Schloßhöfe, von welchem aus Wendeltreppen unmittelbar zu den Gemächern des Königs führen, sah bald eine Anzahl solcher Bahren regelmäßig in Reih und Glied nebeneinander aufgestellt — eine furchtbare Leichenparade unter den Augen eines Königs! Die Angehörigen der Todten standen trauernd, klagend, trotzig, drohend zwischen innen. Immer lauter und vielstimmiger ertönte der Ruf nach dem Könige. Die Demüthigung des unumschränkten Königthums sollte vollendet werden.

Da erschien der Schwergebeugte, bleich, ernst, niedergeschlagen, am Arme die weinende Königin, auf der offnen Gallerie des Schloßhofs über den Todten. Sprachlos vor tiefster Erschütterung entblößte er, gemahnt durch den Zuruf der Menge, das Haupt bei dem furchtbaren Anblicke der Leichen, welche von ihren Trägern jetzt unter dem Klagen und Jammern der Umstehenden gegen seinen Balkon emporgehoben wurden. Da plötzlich erklang aus

der gedrängten Volksmenge zwischen den Leichen hervor eine tiefe Stimme, und begann den Choral: „Jesus meine Zuversicht“. Alle Anwesenden stimmten ein in den Gesang, ergriffen von der Macht des Augenblicks, und das Todestroſtlied klang brausend hinauf zum Himmel, „gleichwie die aus der Seele des Königs genommene Antwort auf die grausige Anklage.“

Gedemüthigt, wie kein Herrscher der neueren Geschichte, entfernte sich der König wieder mit der Königin, nachdem der Choral beendet war.

Von diesem Augenblicke an war der König von Preußen ein König von Volkes Gnaden.

Wie aber gelang es dem Königthume und seinem Träger Friedrich Wilhelm IV. sich emporzuraffen von so tiefem Falle, und den schwankenden Boden unter seinen Füßen aufs Neue zu befestigen? Diese Frage werden wir zu Anfange des zweiten Buches unserer Geschichte der Preußischen Revolution beantworten. Der Gedanke der deutschen Einheit und sein Symbol, das schwarz-roth-goldne Panier, über ein Menschenalter lang geschmäht, verfolgt, geächtet, mit Kerkerhaft und Banden bestraft an tausend treuen Herzen, dieser selbe Gedanke, diese selben Farben wurden das rettende Seil, welches in dem hohen Wogengange der Zeit

das ſinkende preußiſche Königthum ergriff, um im Augenblicke der eignen höchſten Noth ſich vor dem Ertrinken zu retten!

So klammert ſich der Schiffer endlich noch
Am Felſen feſt, an dem er ſcheitern ſollte.

Zweites Buch.

Die drei ersten Monate der Preußischen Revolution.

Digitized by Google

Kapitel I.

Stellung der Monarchie in Preußen nach dem 18. und 19. März.

Schneller und schrecklicher, als er selbst es gedacht, waren Camphausens warnende Worte vom 18. Januar in Erfüllung gegangen. Ihm selbst aber ward es beschieden, das Gericht zu übernehmen, auf welches er damals in dräuender Ferne hingewiesen hatte. Wir werden sehen, wie wenig der wackre Mann dieser großen Aufgabe genügte.

Mit dem Rückzuge der Truppen am 19. März aus Berlin war der Aufstand des Volks zur Höhe einer siegreichen Revolution erhoben worden. „Das Volk war Sieger und hatte die Rechte des Siegers, die es nicht mißbrauchte.“ *) Friedrich Wilhelm IV. selbst bezeugte dies ausdrücklich in dem ersten Freudenrausche der Dankbarkeit über seine Rettung aus der von ihm heraufbeschworenen Revolution.

*) v. Unruh, Skizzen aus Preußens neuester Geschichte S. 22.

„Das Volk von Berlin hat sich so edel und hochherzig gegen mich benommen, wie es sich vielleicht in keiner andern großen Stadt der Welt benehmen würde", — so lauteten die Worte, mit denen der König am 31. März eine Deputation von Einwohnern Berlins entließ.*)

Also war es in der That. Ursache, Anfang und Ende des Kampfes selbst zeigten, daß der Begriff des Königthums noch fest in dem Herzen und in der Anschauungsweise des Volkes wurzelte. Sogar die Empörung über das vor dem 18. März vergossene Blut entsprang aus diesem patriarchalisch-gemüthlichen Verhältnisse des Volks zum Herrscher. Als dreizehn Monate später am 27. und 28. April 1849 mit gleicher, ja selbst größerer Brutalität das Militär seine Kugeln auf wehrlose Volksgruppen sandte, erhob sich kein einziges Zeichen des früheren Zornes. Man fühlte sich nicht mehr einem Vater, sondern einem Gegner und Feinde gegenüber.

Anders war es in den Märztagen des Jahres 1848. Der Abzug des Militärs, die Abdankung der verhaßten Minister änderten die Stimmung des Volks wie mit einem Zauberschlage. Es schien

*) S. Berl. Zeitungen vom 31. März.

als habe das Volk durch seine Erhebung weniger sich selbst, als seinen König befreit. Die am 19. und 20. März in den Straßen wogenden Volksmassen achteten überall den Namen des Königs. Es herrschte vollkommne Sicherheit für Personen und Eigenthum. Die Läden, selbst der Juweliere und Goldarbeiter waren geöffnet. An vielen anderen bemerkte man die Inschrift: „Achtet das Eigenthum"! Nur an zwei Orten hielt das Volk ein Strafgericht, indem es die Mobilien zweier Einwohner, welche des Verraths von Barrikadenkämpfern an die Soldaten beschuldigt wurden, aus den Häusern schleppte, und durch das Feuer vernichtete. Aber kein Stück wurde entwendet. Selbst große Papiergeldsummen wurden von Proletariern in die Flammen geworfen. Kein Einziger der verhaßten bisherigen Rathgeber des Königs ward auch nur persönlich bedroht. Selbst der servile Oberbürgermeister Krausnick, dessen charakterloser Haltung man einen großen Theil der Schuld des geschehenen Unglücks zuschrieb, kam mit einigen Insulten und Schimpfreden davon. Man verlangte, daß er abdanken sollte, und er dankte ab. Das Volk zeigte sich edel, groß, reif und würdig der Freiheit. Das Land jubelte, ganz Deutschland rief Beifall. Nur die Büreaukratie und ein Theil der Aristokratie klagten und entstell-

ten die Thatsachen, indem sie sich an vereinzelte Excesse hielten.*)

Preußen war bisher ein mechanischer Staat gewesen. Die „Staatsmaschine" war der officielle Sprachgebrauch zur Bezeichnung jenes lebensvollen Organismus, welcher allein den Namen Staat verdient. Daher wirkte dieser erste ungeahnte Stoß einer thatsächlichen Erhebung so verderblich. Die Maschine stockte und stand still. Nur einzelnes Räderwerk drehte sich noch wirkungslos und ohne Zusammenhang mit dem übrigen Ganzen im gewohnten Kreise fort. Es war ein chaotischer Zustand.

Die Wirklichkeit hatte ihr Dasein verloren und der Vergangenheit schämte man sich. Eine Obrigkeit bestand kaum dem Namen nach. Polizei, die große ordnende Macht des bisherigen mechanischen Staats, ließ sich nicht sehen; die Gensdarmen waren wie durch Zauberspuk verschwunden. Das Militair war fort aus Berlin. Man sah in der Soldatenstadt Friedrichs des Großen keine einzige Uniform. Der Preußische Staat erschien gelähmt an Haupt und Gliedern. Man hatte nicht nur kein Vertrauen zum Beamtenthum, sondern dies allmächtige und allweise Beamtenthum hatte auch den Glauben an sich selbst verloren. Es war in dem

*) v. Unruh, Skizzen, S. 22—26.

Mechanismus des altpreußischen Polizeistaats ein Zustand eingetreten wie derjenige, welcher im Jahre 1812 durch die Malletsche Verschwörung zu Paris den Napoleonischen Staatsmechanismus auf vierundzwanzig Stunden über den Haufen stürzte. „Napoleon", sagt Schoffer in seiner Geschichte jener Zeit, *) „urtheilte damals im Staatsrathe über seine Beamten, wie wir Alle seit dem März 1848 in Deutschland über unsere, in der alten juristischen Weisheit, in der Routine der Kanzleien, und in den Alfanzereien der Höfe gebildeten Staatsleute geurtheilt haben. Er habe, sagte er, seine Beamten durchaus erbärmlich gefunden, und sehe jetzt ein, daß er seine Herrschaft auf morsche Stützen gegründet."

Es war bei jener abenteuerlichen Verschwörung daß ein erster Zweifel an dem System des monarchischen Absolutismus die Seele des größten und letzten aller absoluten Herrscher Europas beschlich. Der Schöpfer erschrak vor seinem eigenen Werke. War es zu verwundern, daß Friedrich Wilhelm's IV. unendlich schwächerer Geist einer ähnlichen Erfahrung erlag, und seine bisher festgehaltene politische Ueberzeugung durch die Erlebnisse jener Tage völlig auf den Kopf gestellt wurde!

---

*) Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts VII, S. 851.

So schien es wenigstens, oder vielmehr so war es. An der momentanen Aufrichtigkeit der Bekehrung zu zweifeln, erscheint uns psychologische Ungerechtigkeit.

Zwei Wege konnten eingeschlagen werden, um die siegreiche Revolution noch in ihrer Geburtsstunde zu vermeiden. Der erste war Veröffentlichung des Patents vom 18. schon am Tage zuvor, mit Verkündigung des Rücktritts der alten Minister, welche bereits am 17. ihre Entlassung verlangt hatten, und Berufung der Oppositionsmänner des Landtags in den Rath des Königs. Der zweite Weg hieß: Gewalt gegen Gewalt bis zu militairisch ehrenvoller Entscheidung, und dann aufrichtige und vollständige Erfüllung der gegebenen Zusagen.

Friedrich Wilhelm IV. verschmähte den ersten Weg, und versuchte, den zweiten ohne auf ihm zu beharren. Der Erfolg sprach das Urtheil über seine Wahl. Die Niederlage des absoluten Königthums, wenn auch eine freiwillige, war vollständig. Die Revolution war Siegerin, der König der Besiegte.

Und dennoch war die Sache des Königthums unverloren. Es hatte nur sein Jena erlebt, um glorreicher und stärker als jemals sich wieder zu erheben auf dem Boden wahrhafter demokratisch-

konſtitutioneller Freiheit. Das Volk der Hauptſtadt ſogar, das den Kampf gefochten, obſchon ohne Leitung, ohne Feſſeln irgend einer äußeren gewohnten Macht, hielt feſt an dem monarchiſchen Prinzipe, wie an der Perſon des Monarchen ſelbſt. Es achtete ſeinen Namen, es vergab und vergaß das Geſchehene, es gab ihm die rührendſten Beweiſe dieſer Geſinnung und der Freude über den wieder ſeinem Volke vereinten Herrſcher. Selbſt jene Scene der Leichenſchau im Hofe des Schloſſes, zu der es ihn in der erſten Fiebergluth der Aufregung nach dem Kampfe herbeirief, drückte im tiefſten Grunde nichts anderes aus, als dieſe patriarchaliſche Stimmung, dies perſönliche Verhältniß des Volks zu ſeinem Herrſcher. Dagegen erregte die Zuſage allgemeiner Volksbewaffnung zum Schutze der von den Truppen verlaſſenen Stadt (19. März) den lauteſten Jubel. Die Worte der Gewährung lauteten: „Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß die Ruhe der Stadt durch Niemand beſſer als durch die Bürger ſelbſt bewahrt werden kann.“ *) Dieſer Jubel ſteigerte ſich noch durch den „Aufruf an mein Volk und an die deutſche Nation“ (21. März), in welchem der König, wie er ſagte, „die alten deutſchen Farben annahm“, „ſich und ſein Volk unter das ehr-

*) S. die Voſſiſche Zeitung.

würdige Banner des deutschen Reiches stellte" und „das Aufgehen Preußens in Deutschland" verhieß. Zugleich erklärte er, sich „an die Spitze der deutschen Bewegung zu stellen" und „die Leitung Deutschlands für die Tage der Gefahr zu übernehmen gesonnen sei."

Also stand es in der Hauptstadt um die Sache der Monarchie unmittelbar nach dem Siege der Revolution. Noch günstiger stand es in den Provinzen. Von den obersten Schichten der Gesellschaft bis herab zum geringsten Tagelöhner wollte Niemand von dem Sturze der Dynastie etwas wissen. Jedermann hielt fest am konstitutionellen Throne. Die ganz vereinzelten republikanisch Gesinnten mußten diese ihre Gesinnung sorgfältig verbergen. Der Handstreich eines kleinen verwegenen Häufleins zur Entthronung des Königs in der chaotischen Aufregung des ersten Moments wäre möglich gewesen. Aber er hätte nicht auf vierundzwanzig Stunden glücken können. „Eine Entthronung des Königs hätte einen Sturm in den Provinzen hervorgerufen. Linie und Landwehr, Bürger und Bauern wären sofort gegen Berlin marschirt. Jede Stadt, jeder Kreis hätte sich für die Monarchie erklärt." *)

*) v. Unruh, a. a. O. S. 26.

Dies war die Lage der Monarchie nach der Revolution vom 18—19. März. Nur der Absolutismus und seine Trabanten, Bureaukratie und Militärherrschaft, waren besiegt worden, oder hatten vielmehr eine augenblickliche große Niederlage erlitten, welche die eigne Fassungslosigkeit der Geschlagenen schwerer erscheinen ließ, als sie der That nach war. Der Konstitutionalismus hatte gesiegt, das monarchische Prinzip war unverletzt geblieben. Wer den Dingen schärfer ins Auge sah, und über die Verwirrung des Moments den Blick auf die nächste Zukunft richtete, — dem mußte einleuchten, daß nicht die Monarchie und die Dynastie, wohl aber die neugeborene Freiheit eines Schildes und Schutzes bedürfe. Wir werden sehen, daß die Männer, welchen die Aufgabe gestellt wurde, die Früchte der Märzrevolution zu wahren, von der entgegengesetzten Ansicht ausgingen — zu Preußens und Deutschlands Verderben. Mit dem Augenblicke, wo Camphausen, den die Revolution des März mit einem Schlage aus seinem Comptoir zur Höhe eines Ministerpräsidenten von Preußen emporgetragen hatte seine Hauptaufgabe darin erblickte, „sich als einen Schild vor die Dynastie zu stellen," die Niemand ernstlich bedrohte — mit diesem Augenblicke war die Sache der Freiheit des Volks in Preußen verloren.

Das Volk und die Freiheit hatten gesiegt am

18. und 19. März. Aber der Sieg iſt nur Mittel, nicht Selbſtzweck. Der eigentliche Zweck iſt dasjenige, was über dem Siege hinausliegt. Ein unbenutzter Sieg kann gefährlicher werden als eine Niederlage. Das hat nicht bloß Hannibal, das hat auch das deutſche Volk im Jahre 1848 zu ſeinem Schaden erfahren. Jenes alte: Vincere scis victoria uti nescis! wird in mehr als einem Sinne das Urtheil der Geſchichte ſein über das Preußiſche und Deutſche Volk vom Jahre achtzehnhundertachtundvierzig.

Kapitel II.

Der deutſche Umritt.

Wider alles menſchliche Erwarten war das bisher politiſch verachtete Berlin der Brennpunkt geworden, in welchem ſich die zündenden Strahlen der Freiheit ſammelten. Berlin war jetzt die Wiege der Preußiſchen Freiheit. Von ſeiner ferneren Haltung war das Schickſal derſelben abhängig. Die Contrerevolution begriff die Wichtigkeit dieſer Wahrheit. Die Freude über den errungenen Sieg kämpfte in dem Herzen des Volks mit dem Zorne über die für denſelben gefallenen Opfer. Beide Empfindungen ſuchten einen perſönlichen Gegenſtand ihrer Aeußerung. Für die erſtere bot ſich der „von ſeinen ſchlechten Rathgebern befreite“, ſeinem Volke wiedergewonnene König dar. Für die zweite der Prinz von Preußen, welchem die Volksſtimme allgemein die Schuld des langen Widerſtrebens und des vergoſſenen Blutes zuſchrieb.

Der Prinz von Preußen hatte am 19. Berlin verlaſſen. Sein Palais ward durch die Inſchrift: „Nationaleigenthum“ gegen verſuchte Angriffe des

erbitterten Volks geschützt. Spät Abends am 20. März verbreitete sich plötzlich durch die ganze Stadt das Gerücht: der Prinz von Preußen rücke mit den aus der Stadt gezogenen Truppen gegen Berlin an. Der Ruf: Bürger heraus! zu den Waffen! erscholl, und in kürzester Frist thürmten sich neue Barrikaden an allen Thoren dem vermeinten Angriffe entgegen. Erst der heranbrechende Morgen überzeugte die Stadt von der Grundlosigkeit der Befürchtung. Der König selbst und Prinz Adalbert waren Nachts in die von Bürgern besetzte Schloßwache hinabgegangen, und hatten dort ihr Wort verpfändet, daß gegen die Stadt nichts Feindliches im Werke sei. Dennoch erneuerte sich am 21. Abends das Gerücht und mit ihm die Aufregung der Stadt. Erst am 22. brachten die Zeitungen die amtliche Erklärung, daß jenes Gerücht ungegründet sei. Die Entstehung desselben hing folgendermaßen zusammen. *)

Das Militair war am 19. aus der Stadt gezogen. Jedoch nicht vollständig. Am 19. Abends befand sich im Portale nach dem Lustgarten noch eine Officierwache im Schlosse an derjenigen Ecke

*) Vergl. Personen und Zustände Berlins seit dem 18. März 1848. Heft I. (Leipzig, Ernst Keil u. Co. 1849.) Als Verf. dieser Schrift nennt man den Architekten P. zu Berlin.

desſelben, welche die Verbindung mit der Spree ſichert, auf welcher in jener Nacht ein lebhafter Schiffsverkehr ſtattgefunden haben ſoll. Man brachte denſelben ſpäter mit dem leeren Zuſtande des Schatzes in Verbindung. Der Kommandeur dieſes Poſtens hatte den Befehl, denſelben „unter allen Umſtänden bis zum 20. März früh 5 Uhr zu behaupten.“ Als um dieſe Stunde der Abzug desſelben durch Vorſtellungen der Bürger und Schützen bewirkt worden war, und nun, nach der Erklärung der Miniſter „auch der letzte Mann das Schloß verlaſſen“ und der König ſich gänzlich „unter den Schutz ſeiner bewaffneten Bürger begeben hatte“, befand ſich dennoch bis zur Nacht des 21. das zweite Bataillon des zweiten Garderegiments, 800 Mann ſtark, in den oberen Räumen des Schloſſes verborgen. Der Miniſterpräſident Graf Arnim erklärte dem Regimentskommandeur: „wenn auch das größte Unglück daraus entſtehe, ſelbſt wenn es den Soldaten im Kampfe auch nicht möglich ſein ſollte, das Schloß länger als zehn Minuten zu halten, ſo müſſe er für jetzt doch noch darauf beſtehen, daß die Truppen in ihrem Verſtecke bleiben.*)

Erſt in der Nacht vom 21. zum 22. März wurde dies Bataillon von Bürgerwehr zur Stadt hinaus

*) Perſonen und Zuſt. S. 12.

geführt, nachdem der Plan: die Bestattung der gefallenen Kämpfer durch Militär und Bürger gemeinsam vollziehen zu lassen und aus derselben ein großes Versöhnunsfest zu machen, gescheitert war.

Sanguinische Vermittelungshoffnung hatte diesen Plan erdacht. Andere Hände ergriffen den Gedanken sofort, um ihn für ihre Zwecke auszubeuten. Der nächste dieser Zwecke war: schleunigste Rückführung der Truppen nach Berlin. Nicht nur galt es, durch dieselbe einen Haltpunkt gegen die Bewegung der Revolution zu gewinnen. Auch die von ihrem Kriegsherrn durch den Befehl des Abzugs beleidigte Soldatenehre forderte Genugthuung. Das Militair, besonders die Garden, waren empört über die ihnen vom Könige angethane Schmach. Ihre Stimmung konnte die bedenklichsten Folgen haben. So ergriff man mit beiden Händen jenen Plan, als Mittel zur Rückberufung der ausgewiesenen Truppen. Ein Barrikadenkämpfer und Volksmann, der Thierarzt Urban, derselbe, welcher am Morgen des 19. März den General Möllendorf gefangen genommen und sich durch diese That zu einer momentanen Bedeutung aufgeschwungen hatte, ward in diesen Stunden und Tagen der Zerstörung aller Etikette, wo zahllose Deputationen und Persönlichkeiten aller Art zum Könige Zutritt erhielten, in das allerhöchste Vertrauen gezogen. Dieser Urban

erschien in Begleitung eines andern Volksmannes, des Schneiders Eckert, Nachmittags am 21. März auf dem Polizeipräsidium, und präsentirte dort dem Polizeipräsidenten von Minutoli eine eigenhändig geschriebene Kabinetsordre des Königs, welche erst ein Jahr später bekannt wurde. Dieselbe lautete:

„Auf den Wunsch des Thierarztes Urban genehmige Ich sehr gerne, daß derselbe die in Potsdam und Umgegend liegenden Truppen, namentlich das Kaiser Alexander-Grenadierregiment, sofort nach Berlin zurückführe.

Selbstgeschrieben am 21. März 1848.

Friedrich Wilhelm.

Der Polizeipräsident wußte indessen den Urban durch seine Vorstellungen zu bewegen, eine Abschrift der Kabinetsordre so wie des dazu gehörigen Aufrufs in seinen Händen zu lassen, und von der ersteren nicht vor dem 23., d. h. vor dem Tage der Bestattung der Gefallenen, Gebrauch zu machen. Herr von Minutoli kannte die Stimmung des Volks, und sah ein, daß die Zurückberufung des Militairs in diesem Augenblicke zur blutigsten Erneuerung des Kampfes führen müsse. Anders dachten der König und ein Theil seiner Umgebung. Erst den nachdrücklichsten Vorstellungen mehrerer Deputationen gelang es, den Befehl nach Potsdam zu erwirken

die Truppen nicht marſchiren zu laſſen.*) So blieb der militairiſche Stolz der Preußiſchen Garden für jetzt noch von der Schmach verſchont, ſich von einem Thierarzte in die verlaſſene Hauptſtadt zurückgeführt zu ſehen. Die völlige Zerſtörung aber des altpreußiſchen Weſens und die gänzliche Rathloſigkeit des Königs kann wohl ſchlagender, als durch dieſen einzigen, hier angeführten Zug ſchwerlich charakteriſirt werden.

Das Miniſterium Bodelſchwingh hatte, wie die am 19. veröffentlichte königliche Kabinetsordre beſagte, bereits am 18. früh die erbetene Entlaſſung erhalten. Graf Arnim-Boytzenburg, bekannt als vermittelnder Oppoſitionsmann vom erſten vereinigten Landtage her, und mehr noch durch die Ausweiſung der Badiſchen Volksvertreter Itzſtein und Hecker, war mit Bildung eines neuen Miniſteriums beauftragt und zum Präſidenten deſſelben ernannt worden. Zugleich wurden ihm die Verfaſſungsſachen und die Verwaltung des Miniſteriums des Innern vorläufig überwieſen. Der Miniſter

---

*) Die detaillirte Darſtellung dieſer Vorgänge findet man in der Schrift: Perſonen und Zuſtände Heft I. S. 7 — 11. Als der Kriegsminiſter, General v. Rohr, von einem Bürger befragt wurde, ob es wahr ſei, daß der König jene Vollmacht an Urban ausgeſtellt habe, erwiederte derſelbe: „Ja, und ich alter Mann muß meinen Kopf dafür hergeben.“ (S. 10.)

des Königlichen Hauses, Graf Stollberg, der Kriegsminister, General v. Rohr, und die beiden Justizminister Savigny und Uhden wurden diesem neuen Ministerium Arnim aus dem alten einverleibt. Die einzigen Minister, welche als frühere Oppositionsmitglieder des Ver. Landtags die neue Epoche repräsentirten, waren der Graf Schwerin, welcher Kultus und Unterricht, und Hr. v. Auerswald, welcher das Innere übernahm. Das Finanzministerium ward interimistisch dem Geh. Ob. Finanzrath Kühne anvertraut. Hr. v. Arnim, bisher Preußischer Gesandter in Paris, trat am 21. als Minister des Auswärtigen in dies neue Ministerium ein.

Vertrauen konnte dasselbe in keiner Weise erwecken. Außer den beiden Oppositionsmännern, von denen augenblicklich überdies nur der unbedeutendere, Graf Schwerin, sich in Berlin befand, enthielt es lauter Persönlichkeiten, welche die Sympathien der Nation in keiner Weise für sich hatten. Bornemanns Eintritt an die Stelle der alten Justizminister war zwar eine Verbesserung. Dafür aber schlug Camphausens Weigerung in dies Ministerium einzutreten, dem lecken Fasse vollends den Boden aus. Ueberdies hatten die alten Minister jene Konzessionen vom 18. unterzeichnet. Das war ein doppelter politischer Fehler. Einmal gewährten die

Namen der bisherigen ſtarren Vertreter des alten abſolutiſtiſchen Syſtems, die Männer, welche bisher ſich ſelbſt zu ehren glaubten, wenn ſie ſich als reine „Werkzeuge“ des Königs und der Königlichen Anſichten betrachteten, — alles eher, als Garantien der Freiheit.*) Zweitens aber entzogen die alten Miniſter dadurch, daß ſie im Augenblicke ihres Rücktritts jene Konzeſſionen machten, ihren Nachfolgern das einzige Mittel, „in wahrhaft parteigewinnender Weiſe“ ihr Amt anzutreten. Ebenſo iſt von der Reaktion ſelbſt ſpäter in ihrem Sinne ganz richtig bemerkt worden, daß durch den Fehler jener Vorwegnahme das neue Miniſterium zu weiteren Konzeſſionen gedrängt wurde. Die ſpätere Phraſe des neuen Miniſterpräſidenten, daß in Zeiten der Revolution die Regierung immer der Bewegung um einige Schritte voraus ſein müſſe um derſelben Meiſter zu bleiben, enthielt eine Wahrheit, welche gerade er und ſeines Gleichen weder vorher noch nachher berückſichtigt haben.

Das Syſtem, welches am 18. und 19. März geſtürzt worden, aber in dem neu gebildeten Miniſterium noch ſtark genug vertreten war, hat uns

*) Selbſt die Reaktion ſprach es ſieben Monate ſpäter aus: daß die alten Miniſter „würdigerweiſe“ und „mit Ehren“ die Konzeſſionen vom 18. März nicht machen konnten noch durften. Siehe: Signatura temporis (von H. Leo. Berlin, November 1848. S. 24 ff.).

ſpäter die ſchwierige Lage ſelbſt verrathen, in welcher ſich das letztere befand. Der Verfaſſer der Schrift Signatura temporis, welche im November 1848 im höheren Auftrage verfaßt und nach der glücklich gelungenen Contrerevolution in vielen Tauſenden von Exemplaren — unter andern auch als Zugabe zur Neuen Preußiſchen (Kreuz-) Zeitung im Lande verbreitet ward, ſagt es mit dürren Worten, wie die geſtürzte Partei ſelbſt über die Konzeſſionen des 18. März dachte. Sie ſah in denſelben „die Baſis der revolutionairen Partei", „den Ausgangspunkt der zerſtörenden Bewegung." *)

Damit war für die Reaktion der Operationsplan gegen die Revolution gegeben. „Jedes Anfaſſen innerer Angelegenheiten, d. h. alſo: jeder Organiſationsverſuch mußte ſorgfältig vermieden werden, denn "er würde nur die revolutionaire Triebkraft verſtärkt haben, die man ohne Rekurs an Waffengewalt nicht aufzuwiegen vermochte. Ein ſolcher Rekurs aber war gefährlich, denn er ſtellte vollends Alles was man noch zu vertheidigen hatte in Frage." Dies Eingeſtändniß eines Todtfeindes der Märzrevolution iſt hochwichtig. Es beweiſt am beſten, welche Vorſtellungen von der unüberwindlichen Kraft der

*) Signatura temporis S. 36.

noch jungen Revolution damals im feindlichen Heerlager herrschten.

Unter diesen Umständen hieß also die Aufgabe der Reaktion — denn die Reaktion war es die mit dem neuen Ministerium in der Stunde des Sieges der Revolution das Ruder ergriff — die Aufgabe der Reaktion hieß: Zeit gewinnen. Zeit aber gewann man, wenn es gelang, dem Volke romantischen Sand in die Augen zu streuen, und seinen Blick von dem Nächsten auf das Fernste, seinen Fuß von dem Boden der gegenwärtigen Wirklichkeit auf das Feld der träumerischen Möglichkeit abzulenken. Hierzu bot sich von selbst die Idee der deutschen Einheit dar. Diese Idee war seit Jahren die allgemein im Volke beliebte. Die deutschen Farben hatten den Märzkämpfern als Panier gedient. Dies Panier ergriff man, und drückte es dem eitlen und schwachen Könige in die Hand, dem man, um ihn für die Zukunft brauchen zu können, die verlorene Haltung mindestens äußerlich wiedergeben mußte, wenn man das, in der Sympathie des gesammten deutschen Volks verlorne Terrain wenigstens in Berlin und Preußen wiedergewinnen wollte. „Unter diesen Bedingungen" — sagt der Verfasser der mehrgenannten Schrift,*) „war das Aufgreifen

*) Signatura temporis. S. 37.

des allgemein deutschen Interesses das einzige Terrain einer demonstrativen Thätigkeit, durch welche die Intentionen der Revolutionairs zerstreut, und auf ein, in jedem einzelnen Punkte unübersehbares, Terrain geleitet werden konnten. Man trat gewissermaßen von dem festen, bekannten Erdreich in eine Wolkenregion, in der man sich eine Zeitlang wenigstens leidlich unschädlich bewegen konnte, bis die Pulse überhaupt wieder einen weniger fieberhaften Schlag angenommen haben würden." Zudem mußte „etwas gethan werden, um den übrigen deutschen Regierungen gegenüber den Eindruck der Vorgänge des 18. und 19. März zu repariren." So entstand der Gedanke des bekannten deutschen Umritts, den man König Friedrich Wilhelm IV. am Tage nach der Revolution durch die Straßen seiner Hauptstadt machen ließ.

Die möglichen Gefahren desselben für die Person des Königs bei der noch immer leidenschaftlich erregten Volksstimmung waren der hinter den Koulissen dieses kläglichen und perfiden Schauspiels dirigirenden Partei ebensowenig ein Bedenken, als der Gedanke, an den „widerwärtigen Eindruck", den es nothwendig in ganz Deutschland hervorbringen mußte, wenn man eine Regierung, die eben im eignen Hause Alles hatte drunter und drüber gehen sehen, an die Spitze Deutschlands tretend denken

ſollte.“ Allein alle dieſe Gründe, fährt das Organ der Preußiſchen Reaktion fort, wogen doch die entgegenſtehenden und die wirklichen Vortheile, welche dieſe in der Hauptſache bedeutungsloſe Feierlichkeit gebracht hat, nicht auf.“ *) Und ſo war es in der That. Dieſe vielverſpottete Komödie bildete den Grundſtein des Gebäudes der Reaktion, ſie war der Hebel mit welchem dieſelbe das Preußenthum für ſich in Bewegung ſetzte.

Am Vormittage des 20. März war eine bunte Menſchenmenge auf dem Schloßplatze verſammelt, welche den König zu ſehen begehrte. **) Um 10 Uhr erſchien derſelbe auf dem Balkone des Schloſſes, und rief den Bürgern zu: er werde ſogleich zu Pferde unter ihnen erſcheinen; es möge ihm jemand eine dreifarbige Fahne bringen, damit er ſie als ſein Panier trage. Einer der Anweſenden, der Advocat Stieber, kletterte ſofort auf einer Leiter zu einem Fenſter der nächſten Straße hinauf, und bemächtigte ſich einer ſtattlichen ſchwarz-roth-goldnen Fahne, dergleichen in jenen Tagen noch bis in den Mai hinein zu Tauſenden aus allen Fenſtern und

---

*) Signatura temporis S. 38.

**) Die Darſtellung der folgenden Scenen ſchließt ſich an den Bericht der Berliner Voſſiſchen Zeitung vom 21. März.

von allen Häusern Berlins wehten, und überreichte sie dem Könige, welcher unterdessen zu Pferde in Begleitung der Minister Graf Arnim, Schwerin, von Rohr, des Assessor Friedberg — welcher den Minister Bornemann vertrat — sowie des General von Neumann, Grafen Oriolla und einiger Prinzen seinen Zug angetreten hatte. Der König ergriff die Fahne, und bat, es möchten ihn einige Männer des Volks durch die Stadt geleiten. Voran ritt der Assessor Friedberg, zu beiden Seiten des Königs zwei Bürger, der Kaufmann Gleich und der Dr. Stieber. Ein Bezirksvorsteher Wolff machte dem Pferde des Königs Bahn. Der König, in Garde-Uniform, hatte die deutschen Farben um den Arm geschlungen. In dem Augenblicke, wo der Zug begann, ward eine große schwarz-roth-goldne Fahne auf dem Thurme des Schlosses aufgezogen. Der Zug bewegte sich unter dem Jubelrufe des Volks — des so leicht zu täuschenden, weil so gläubigen Volkes, durch mehrere Hauptstraßen der Stadt. Man drängte sich um den König, man küßte ihm die dargebotnen Hände, man jauchzte seinen Reden und Verheißungen zu.

An fünf verschiedenen Orten hielt er Anreden an das Volk. „Er wolle nichts usurpiren, indem er sich an die Spitze der deutschen Bewegung stelle, keinem Fürsten seine Krone rauben.“ Nach

diesen Worten verschwand der Thierarzt Urban, welcher bis dahin eine gemalte Kaiserkrone schwingend vor dem Pferde des Königs hergelaufen war, und erschien bald darauf zu Pferde an der Seite des Königs. An einer andern Stelle sprach er: Es habe sich plötzlich in einigen Theilen von Deutschland Untreue (!) gezeigt — nicht gegen ihn, denn er rede hier nicht von sich, sondern gegen Deutschland. Die deutsche Einheit und Freiheit sei bedroht, sie musse geschirmt werden durch deutsche Treue. Darum stelle er, um Deutschland zu retten, sich an die Spitze der ganzen deutschen Bewegung. „Es mögen sich also alle Deutschen um mich schaaren! Ich schwöre es, ich will nichts, als das konstitutionelle, vereinigte Deutschland!“ An der Universität hielt der König abermals an, und machte darauf aufmerksam: „schon mehrfach habe sich in der deutschen Geschichte der Fall ereignet, daß irgend ein mächtiger Fürst das Reichsbanner ergriffen habe, um das Reich zu retten. So thue er in diesem Augenblicke.“ Und zu den Studirenden gewendet: „Ich danke Ihnen für den herrlichen Geist, der sich bei Ihnen in diesen Tagen bewährt hat. Ich bin stolz darauf, daß Deutschland solche Söhne besitzt.“

Am Kölnischen Rathhause aber, wo sechsunddreißig Stunden zuvor der Kampf am heißesten gewüthet hatte, schloß er seine Rede mit den Worten:

„Bürger! ich weiß es wohl, daß ich nicht ſtark bin durch die Waffen **meines** gewiß ſtarken und tapfern Heeres, daß ich nicht ſtark bin durch **meinen** gefüllten (!?) Schatz, ſondern nur durch die Herzen und die Treue meines Volkes. Und, nicht wahr, dieſe Herzen, dieſe Treue werdet ihr mir ſchenken! Ich ſchwöre es Euch, ich will nur das Gute für Euch und Deutſchland.“

Allgemeiner Jubel begrüßte dieſe und ähnliche Worte. Aber auch die Warnungsſtimme fehlte nicht. Als der König bei der Hauptwache eine ähnliche Rede voll Verſprechungen und Betheuerungen geendet hatte, rief plötzlich eine Stimme aus dem Haufen, laut genug um das Ohr der Umgebung des Königs zu erreichen: „Glaubt ihm nicht, Brüder, er lügt! Er hat noch immer gelogen!“ Man ſtürzte ſich auf den Sprecher. Es war ein Mann aus den niedern Ständen, von blaſſem kränklichen Ausſehn. Man ſchleppte ihn unter Mißhandlungen in die Wache. „Und wenn Ihr mich in Stücke zerreißt, ſchrie er, ſo wiederhole ich was ich geſagt: er lügt!“ — Bürgerwehr ſchützte ihn gegen weitere Mißhandlungen. Auf der Wache ließ man ihn bald laufen. Der Zug

hatte sich indeß eilends entfernt. Dem Könige hatte man den Menschen als einen Wahnsinnigen bezeichnet.

In ganz Deutschland erhob sich ein einziger Schrei der Entrüstung über diesen Versuch eines hier gehaßten, dort verachteten Herrschers, sich in diesem Augenblicke an die Spitze derselben Freiheitsbewegung zu stellen, deren größtes Hinderniß seine Regierung bis dahin gewesen war. Diese Empörung ging in das Maaßlose bei den süddeutschen Stämmen. Sehr natürlich. Waren doch selbst gemäßigte Beurtheiler einig über das Abenteuerliche, Unwürdige und Unzweckmäßige jener Komödie, und galt dieselbe, wie wir gesehen haben, doch selbst in den Augen ihrer Anstifter nur als ein „bedeutungsloses, ihren Zwecken und Vortheilen" dienendes Schauspiel! Aber das Volk in Berlin und Preußen hatte sich durch dasselbe einmal fangen lassen. Es hatte diesem deutschen Kaiserritte Beifall gejubelt. Die Schmähungen Deutschlands trafen daher mit dem Preußischen Könige auch das Preußische Volk. Das spezifische Preußenthum erwachte im Volke. Adel, Militair und Büreaukratie benutzten dies Erwachen, und schürten den Zorn über die dem Volke angethane Beleidigung. Der beabsichtigte Zweck war erreicht. Lassen wir auch hier die Reaktion selber sprechen. „Ein sehr wohlthätiger Rückschlag", sagt der Historiker

derselben „war gewonnen auf die öffentliche Meinung in Preußen selbst, dessen Bevölkerung sich in den Haß des übrigen Deutschlands verwickelt sah, und nun einen sehr heilsamen Anstoß erhielt, daran zu denken, daß es mit seinem Könige eine untrennbare sittliche Person bilde. Gerade in Folge dieser Vorgänge schlug die patriotische Empfindung Preußens (das Stockpreußenthum) wieder ihre ersten jungen Wurzeln, nachdem die alten in der wilden Gluth der letzten revolutionären Aktionen vor zwei Tagen verdorrt schienen.“ *) Man kann nicht deutlicher und offenherziger sprechen.

Aber diese „erfrischende und belebende Wirkung“ des deutschen Umritts „auf die jungen schüchternen Triebe des Preußischen Patriotismus“ lagen zunächst noch in einer gewissen Ferne. In unmittelbarer Nähe dagegen lag die Wirkung dieser, „in der Hauptsache bedeutungslosen Feierlichkeit“ auf die Volksstimmung für den nächsten Tag, an welchem das feierliche Schauspiel der Bestattung der gefallenen Freiheitshelden aufgeführt werden sollte. Zu diesem bildete der Umritt das besänftigende Vorspiel. Man kann getrost behaupten — sagt auch hier der oft

*) Signatura temporis S. 39.

erwähnte glaubwürdigſte Kenner der in jenen Tagen vorwaltenden höheren und höchſten An- und Abſichten — „ohne dieſen Zwiſchenakt würde das nachfolgende Leichenkondukt der gefallenen Rebellen einen weit fanatiſcheren, wilderen Charakter getragen haben, und vielleicht der Ausgangspunkt für die traurigſten Vorgänge geworden ſein.“ —

Kapitel III.

Die Volksbewaffnung und die Bürgerwehr.

Das Preußische Heer hatte nach der großen Idee, der es in den Jahren 1807—1813 seine Wiedergeburt verdankte, ein Volksheer, ein Schirm der Freiheit werden sollen. Der Absolutismus hatte es von 1815—1848 zu einem Werkzeuge seiner Gewaltwillkühr gemacht.

Vergebens suchte man dem Jahre lang durch die Behauptung zu widersprechen: Das Preußische Heer sei in der That ein Volksheer. Die Märzrevolution brachte die Wahrheit blutig an das Licht der Sonne, daß zwischen Heer und Volk in Preußen eine tiefe Kluft gerissen sei. Der Instinkt des Volkes traf daher auch sofort nach dem Siege der Revolution das Richtige mit seinem Verlangen nach Volksbewaffnung, als der ersten Gewähr der so eben errungenen Freiheit.

Der erste Ruf nach „allgemeiner Volksbewaffnung“ erscholl zu Berlin am 19. März Vormittags eilf Uhr auf dem Alexanderplatze. Hier

ſammelten ſich nach dem Abzuge des Militairs große Volksmaſſen um die auf dem Platze zurückgebliebenen Bürgerſchützen, welche die Nacht hindurch den Kampf gegen die Truppen ſo tapfer geführt hatten. Unter jenem Rufe zog man die Königsſtraße hinauf zum Schloßplatze, wo bereits zahlreiche Maſſen durcheinander wogten. Unter denen, welche dort mit dem Miniſterpräſidenten über „Volksbewaffnung", als die einzige rettende Idee, verhandelten, welche Ordnung in das Chaos zu bringen und die erregten Gemüther auf einen beſtimmten Punkt zu richten geeignet ſei, befand ſich auch der bekannte Schriftſteller Gutzkow.*) Fürſt Lichnowsky welcher ſich in jenen Stunden nach ſeiner abenteuerlichen Weiſe in der Rolle eines Volksmannes gefiel, und überall unter den Maſſen ſein „fürſtliches Ehrenwort" verpfändete, daß er die Sache des Volks auf dem nächſten Vereinigten Landtage kräftig vertreten werde, ermunterte den erwähnten wiederholt, „von Volksbewaffnung zu der Menge zu ſprechen."

Der Graf Arnim hingegen zeigte ſich einer ſolchen Maßregel abgeneigt. Als ein junger Mann ihm zurief: „Das Volk verlangt vor allen Dingen Waffen, damit es ſich vertheidigen könne, und nicht

*) „Deutſchland am Vorabende ſeines Falles oder ſeiner Größe" von Karl Gutzkow. 1848. S. 160.

länger wehrlos gemordet werde", erwiederte er: „das Militair habe ſich auf den Befehl des Königs überall zurückgezogen. Das Volk habe daher keinen Angriff irgend einer Art zu fürchten, und könne ruhig an ſeine gewohnten Geſchäfte gehen."

Der Dr. Stieber, welcher als Mitglied der an den König am Vormittage des 19. März geſendeten Deputation*) mit demſelben perſönlich verhandelt und die Botſchaft des Friedens der Stadt verkündet hatte, brachte einige Stunden darauf die Nachricht: daß der König die ſchleunige Einführung allgemeiner Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer zugeſagt habe. Dieſe Zuſage war geſchehen im Beiſein der neuen verantwortlichen Miniſter, Grafen Arnim und Schwerin. Der letztere hatte ſodann vom Balkon des Schloſſes herab die Bildung eines neuen Miniſteriums und die unverzügliche Bewaffnung der Bürger unter dem Jauchzen der Menge verkündigt. Hr. von Minutoli, der beliebte Polizeipräſident, werde ſich, ſo ſchloß er, an die Spitze der Bürgerbewaffnung ſtellen.

Nachmitttags ein Uhr erſchien der König, von

---

*) Dieſelbe beſtand aus 12 Bürgern, an ihrer Spitze der Bürgermeiſter Naunyn, der Stadtrath Duncker, Bezirksvorſteher Vollmer, und Dr. Stieber. (S. Voſſiſche Zeitung.)

zwei Bürgern geführt, auf der Schloßterrasse am Lustgarten, vor welcher sich die Bürgerschaft Berlins, soweit sie in der Eile hatte benachrichtigt werden können, eingefunden hatte. Hier war es, wo der König zum Volke die Worte sprach: „Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß die Ruhe der Stadt durch Niemand besser, als durch die Bürger selbst bewahrt werden kann.“ *)

Sofort wurden Gewehre und andere Waffen aus dem Zeughause unter eine Anzahl Bürger und Schutzverwandte vertheilt. Abends zwischen fünf und sechs Uhr bezog eine in der Eile organisirte, vorzüglich aus Beamten des Hofstaats, bestehende Abtheilung bewaffneter Bürger, vereint mit der Berliner Schützengilde, unter Freudenschüssen und mit fliegenden Fahnen die Schloßwache. Das gesammte Staatseigenthum, namentlich alle Militairvorräthe, welche zur Vertheidigung des Vaterlandes nach Außen nothwendig sind, wurden dem Schutze der Bürgerwehr anvertraut.**) Die Oberleitung der so im Entstehen begriffenen

---

*) Vossische Zeitung vom 19. und 20. März.

**) Siehe Bekanntmachung des Berl. Magistrats vom 20. März. „Personen und Zustände“ ꝛc. I. S. 4.

Bürgerwehr übernahm, da sich die Generale von Neumann und von Aschoff trotz aller Vorstellungen von Seiten zweier Flügeladjutanten des Königs dazu nicht verstehen wollten, der Polizeipräsident von Minutoli. Derselbe erließ noch am 19. März eine von ihm und sechs Bürgern Berlins unterzeichnete Bekanntmachung, welche die „auf den Wunsch der Einwohner Berlins vom Könige genehmigte Bewaffnung der Bürger und Schutzverwandten auf Kosten des Staates verkündete, und hinzufügte, daß „die gesetzlichen Bestimmungen dieser Organisation so schnell als möglich in den nächsten Tagen erfolgen sollten."

Durch diese Bekanntmachung wurde die an demselben Tage vom Könige verhießene Volksbewaffnung in eine Bürgerbewaffnung umgewandelt. Dagegen wurde das letztere Versprechen überhaupt niemals erfüllt. Die Bürgerwehr Berlins blieb ohne wirkliche gesetzliche Organisation bis zum Tage ihrer gewaltsamen Auflösung.*)

Die öffentliche Meinung war in den ersten Tagen nach dem Kampfe des 18. und 19. März über nichts so klar als über den wesentlichen Zweck der Bürgerwehr. „Schutz der jungen Freiheit gegen die

*) v. Unruh, Skizzen zur Geschichte des Preuß. Staats. S. 27.

Uebergriffe des Militairs“ nannte ſelbſt die Voſſiſche Zeitung dieſen Zweck der Bürgerbewaffnung. Eben dieſelbe nahm daher auch Artillerie und Cavallerie als nothwendige Beſtandtheile derſelben in Anſpruch. Anders verſtand aber dieſen Zweck die beſiegte Partei. Sie erkannte die Wichtigkeit und Bedeutung des neuen Inſtituts allzugut, um nicht augenblicklich einzuſehen, daß es jetzt ihre Aufgabe ſei, die Bürgerwehr vor der Erkenntniß ihres eigentlichen hohen Berufs zu bewahren, und die neue Schöpfung ſo ſchnell und unbemerkt als möglich in ein Polizeiinſtitut zu verwandeln.

Man wählte zur Erreichung dieſes Zwecks die beſten Mittel und fand willige Helfershelfer in Menge. War doch die ungeheure Maſſe der Beamten aller Art nur eben erſt über Nacht konſtitutionell geworden. Selbſt der alte Demagogeninquiſitor Kamptz lief mit einer handgroßen deutſchen Kokarde umher, er, der ſeiner Zeit hunderte von Jünglingen wegen des Kultus dieſer Farben auf die Feſtungen geſchickt hatte. War doch noch wenige Tage zuvor ſelbſt das Wort Konſtitution für jeden wohlgeſinnten Preußiſchen Beamten ein Staatsverbrechen geweſen. Denn hatte nicht der König geſchworen, daß nie und nimmermehr ein Stück Papier ſich zwiſchen ihn, den Statthalter Gottes, und ſein Volk drängen und

beide mit ſeinen Paragraphen regieren ſolle? Dem Bürger aber war die Freiheit faſt im Schlafe beſcheert worden. Er glaubte, daß mit dem 19. März die Revolution beendet und Alles in Ordnung ſei. Als ein Stadtverordneter von Berlin, Herr Mertens, bei der Berathung über die proviſoriſche Einrichtung der Bürgerwehr in der Verſammlung der Stadtverordneten am 25. März die Worte ſprach: „Wir befinden uns mitten in der Revolution", erregten dieſe Worte einen wahren Sturm von Anklagen und Proteſten unter ſeinen Kollegen, denen der Begriff der Revolution mit Anarchie, Bürgerkrieg und Schreckensherrſchaft gleichbedeutend erſchien. Der Mann mußte dieſen guten Leuten, welche im Ernſte glaubten, daß nun „alles vorbei und Schlafenszeit" ſei, in der Zeitung erklären: „Revolution ſei eine plötzliche Umwälzung der Staatsverfaſſung; die Zeit, in welcher dieſelbe vor ſich gehe, ſei die Zeit der Revolution, welche erſt dann beendet ſei, wenn an die Stelle der geſtürzten eine neue wirklich organiſirte Verfaſſung aufgerichtet ſei!" So ſtand es in Berlin mit der Einſicht der Bourgeoiſie in das Weſen und die Bedeutung des augenblicklichen Zuſtandes! Bereits am 20. März forderte der neue Miniſterpräſident durch einen Erlaß die Beamten aller Klaſſen, — alſo die Träger und Beſchützer des Syſtems,

welches man für immer gestürzt wähnte, zum Eintritt in die Bürgerwehr auf. Alsbald sah man alte Geheimräthe aller Rangklassen keuchend mit dem Gewehr auf der Schulter einherschleichen. Man hörte sie aber auch auf den Wachen und bei andern Zusammenkünften eifrig sprechen und belehren; und wer irgend aufmerksam war, dem schallte aus jeder Rede das alte: „mit Gott für König und Vaterland" entgegen. Durch diese Masse hoher und niederer Beamten war der Lakaiengeist und der „beschränkte Unterthanenverstand" trefflich vertreten. Herr von Minutoli zog aber außerdem noch die ganze Polizei zur Bürgerwehr heran, und impfte so, worüber schon damals von allen Seiten laute Klage geführt wurde, dem jungen Institute den ganzen Polizei- und Angebergeist gründlich ein. Nur die Direktion des Kriminalgerichts reklamirte ihre Beamten offen von der Bürgerwehr, um zu verhüten, daß dieselben nicht vorkommenden Falls Ankläger und Richter in einer Person werden möchten.*) Die Bürgerwachtposten im Schlosse wurden überdies aus Königlicher Küche und Kellerei auf das splendideste bewirthet. Das Künstler- und Studentenkorps feierten solenne Trinkgelage in den zu Wachtlokalen angewiesenen Räumen des Schlosses. Man ließ es eben an kei-

*) Personen und Zustände Berlins 1. S. 12—13. S. 7.

nem Mittel der Gewinnung fehlen. Schon am 25. März konnte es daher Herr von Minutoli wagen, in einem Paragraphen der proviſoriſchen Anordnungen zur Bildung der Berliner Bürgerwehr dieſelbe unter den unbedingten Befehl der Polizei zu ſtellen!*) Dieſer kühne Streich war der erſte Sieg der Contrerevolution. Wir ſehen, daß dieſelbe mit dem Siegestage der Revolution ſelbſt begann.

Polizei und Militair ſind die beiden Arme des abſoluten, oder ſcheinkonſtitutionellen Königthums. Die Contrerevolution benutzte den einen Arm, welchen ſie im Augenblicke frei hatte, um mit ihm die Bande zu löſen, welche den zweiten feſſelte. Der Polizeipräſident beſchloß jetzt, den Anfang zu einer Rückberufung des Militairs zu machen. Während die Miniſter einen Anſatz nahmen, einige allzu verhaßte Organe des alten Syſtems von ihren Stellen zu entfernen, während die Oberpräſidenten von Schleſien und Preußen ihrer Poſten enthoben, Männer wie der Geheimerath Mathis, der Polizeidirektor Duncker, die Präſidenten von Gerlach und Goeſchel abgeſetzt wurden, unterhandelte Hr. v. Mi-

*) Ebendaſ. S. 13. u. 14. Der §. lautete: „Da die Bürgerwehrwachen zunächſt die einzige bewaffnete Unterſtützung für die öffentlichen Sicherheitsbeamten ſind, ſo müſſen ſie auch den Anordnungen der letzteren unbedingt Folge leiſten."

nutoli mit einigen Volksmännern der Märztage, den Thierarzt Urban an der Spitze, über den Plan zur Rückberufung des Militairs in die Hauptstadt.*) Die Garden hatten sich allzu verhaßt gemacht, um jetzt schon ihre Rückberufung wagen zu dürfen. Noch bis in den Sommer hinein forderte die öffentliche Stimme, selbst einige Minister, die Auflösung dieses bevorzugten Korps; wiewohl vergebens, obgleich das Gerücht von einer solchen nahe bevorstehenden Auflösung noch lange Zeit hindurch sorgfältig unterhalten wurde.

Man versuchte es also mit andern Truppen. Es gelang, einige Linienregimenter, angeblich zur Erleichterung des beschwerlichen Wachtdienstes der Bürgerwehr, in die Stadt zurückzuführen. Dagegen mißlang der Versuch, die Verwendung derselben „den städtischen und Civilbehörden" unterzuordnen. Eine dahin lautende Bekanntmachung, unterzeichnet von dem Polizeipräsidenten und dem Gouverneur von Berlin, welche am 29. März durch Plakate und Zeitungen erfolgte, mußte, weil die Stimme der Bürgerwehr und des Volks sich dagegen erhob, schon an demselben Tage durch eine andere Verfügung zurückgenommen werden, welche im Auftrage des

*) Die näheren Nachweise dieser Verhandlungen findet man a. a. O. S. 7—26.

verantwortlichen Staatsministeriums erlassen, und von den beiden genannten Beamten unterzeichnet, ausdrücklich besagte: „daß die mögliche Verwendung des Militairs nur im äußersten Nothfall, und auch dann nur allein auf ausdrückliche Aufforderung des Kommandeurs der Bürgerwehr oder der städtischen Behörden erfolgen solle.“ Solche „Garantien“ gab damals mit diesem: cedant arma togae! das verantworliche Ministerium des Königs dem Volke dafür, daß es die Rückkehr von Militair in die Hauptstadt zuließ, ehe dasselbe von dem Eide, den es dem Könige persönlich geleistet hatte, entbunden und auf die Verfassung des Landes vereidigt war.*)

Nachdem Herr von Minutoli die Zurückführung des Militairs durchgesetzt und so die Contrerevolution eingeleitet hatte, legte er plötzlich das Kommando der Bürgerwehr (am 4. April) als unvereinbar mit der Stellung eines Polizeipräsidenten nieder.

Der Berliner Magistrat nahm jetzt die Sache der Bürgerwehr in seine Hand. Die städtischen Be-

---

*) S. Personen und Zust. Berlins I. S. 22—27. Im November 1848, sieben Monate später, stellte Hr. Eichmann, der Minister des Innern, nicht nur die Verwendung der Truppen unter die Polizei, sondern leugnete auch sogar die Existenz jener erwähnten Bekanntmachung.

hörden der Hauptstadt bestanden auch nach dem 19. März noch durchgängig aus den servilsten Männern. Unter den hundert Stadtverordneten waren nur drei Liberale. So war es gekommen, daß die ersten Vertreter der Stadt die vorläufige Organisation der Bürgerwehr aus der Hand gegeben, daß sie dieselbe dem Polizeichef überlassen hatte, der denn auch das Centralbüreau der Bürgerwehr, statt auf dem Rathhause, im Lokale des Polizeipräsidiums eingerichtet hatte.

Jetzt berief dieser selbe Magistrat eine Versammlung der Majore und Hauptleute der Bürgerwehr zur Wahl eines neuen Anführers derselben (5. April), indem er zugleich sechs Kandidaten vorschlug, von denen fünf absolut unfähig zu jener Stelle waren. Es blieb also nur noch der sechste in der Person des Generals Aschoff, Kommandeur der Landwehrbrigade, übrig, welcher, wie wir sahen, schon am 19. März von der Kamarilla zu diesem Posten ausersehen war. Er wurde gewählt, nicht durch allgemeine freie Wahl der gesammten Bürgerwehr, wie ausdrücklich verheißen war, sondern von einer kleinen Versammlung. Sein erster Parolebefehl schloß mit den Worten: „Mit Gott für König und Vaterland!“ Von diesem Tage (5. April) an begannen die unaufhörlichen Alarmirungen der Bürgerwehr bei den geringfügigsten, oft gar nicht vorhan-

denen Anläſſen, die ſtarke Beſetzung des Schloſſes, die Verlegung von Militär in das Innere des Zeughauſes, die Verſuche, den Bürgern das „Soldatenſpielen“ zu verleiden. Eben ſo wurde die in ein Polizeiinſtitut verwandelte Bürgerwehr ſelbſt mehr und mehr in eine feindliche Stellung zu dem von derſelben ausgeſchloſſenen Theile der waffenfähigen Bevölkerung gedrängt.

An dieſer Verfälſchung der Volksbewaffnung hauptſächlich iſt die erſte Preußiſche Revolution erlegen.

Das ſtehende Heer, die Armee, mit ihrem, allein dem Könige geſchwornen Eide, der dieſen großen, durchgebildeten Organismus unbedingt dem perſönlichen Willen des Königs unterwarf, war eine Thatſache. Eine durchgreifende Reform dieſer Organiſation im Sinne und Geiſte der neuen Zeit, wie ſie innerhalb des deutſchen Militärſtandes ſelbſt von den ausgezeichnetſten Mitgliedern deſſelben längſt als Bedürfniß empfunden worden, *) war bei der politiſchen Lage der Dinge in Europa für die nächſte Zeit noch unmöglich, ſelbſt wenn irgend eine Regierung in Deutſchland hätte darauf eingehen

*) Man vergl. unter andern die Schrift: Grundzüge einer Wehrverfaſſung nach den Bedürfniſſen der Zeit, von einem alten deutſchen Offizier (dem Großherz. Oldenb. Oberſten und Bundestagsgeſandten Mosle) Frankfurt 1848.

wollen. Das Schwert war der Preußiſchen Regierung nur einen Augenblick entſunken, weil dem Arme, welcher es führte, die Kraft gebrach. Aber es lag unberührt zur Wiederaufnahme bereit.

Nur eine Volksbewaffnung, welche ihrem Namen entſprach, konnte dies Schwert in der Scheide halten, wenn ein kühner Entſchluß des beſiegten Königthums daſſelbe aufs neue gegen die Freiheit zu ziehen verſuchen ſollte.

Die Organiſation des Heeres ſelbſt konnte dafür als Lehre dienen. An ihrer Spitze ſtand der Satz: Jeder Preußiſche Unterthan, vom königlichen Prinzen bis zum letzten Proletarier, iſt Soldat. Darnach mußte an der Spitze der Volksbewaffnung der Satz ſtehen: Jeder Preußiſche Staatsbürger, der nicht im aktiven Heerdienſte ſteht, iſt Bürgerwehrmann. In einem freien Staate kann es nur gleichberechtigte Staatsbürger geben, keine bevorrechteten Bürger, keinen „Bürgerſtand", mithin auch keine bevorrechtete Bürgerwehr. Jeder, nicht der Ehren des Staatsbürgerthums durch richterlichen Spruch beraubte Staatsbürger iſt berechtigt und verpflichtet zum Eintritt in die Bürger- d. h. in die allgemeine Volkswehr. Das Miniſterium, welches dieſen einfachen Gedanken anerkannte, und durch eine kräftige und ſchleunige Organiſation ins Werk rief, hätte die gewaltſame Revolution

geſchloſſen, und die Reform geſichert. Es hätte einen diamantnen Schild aufgerichtet zum Schutz für die junge Freiheit und das wahrhaft konſtitutionelle Königthum, gegen die Reaktion wie gegen die Anarchie.

Man ſprach von der Gefahr allgemeiner Volksbewaffnung, oder vielmehr des Anrechts und der Pflicht jedes Staatsbürgers auf die Theilnahme an der Bürgerwehr. Aber — hat es Gefahren für das Allgemeine gehabt, daß der Abſolutismus dieſelbe Idee bei dem Inſtitute des „Heeres" anwandte? daß die Preußiſche Armee zum überwiegenden Theile aus Proletariern beſtand und beſteht? Gewiß nicht, und zwar darum nicht, weil die Armee ein bis ins kleinſte Detail geſtalteter und zu ſeinem Zwecke ausgebildeter Organismus war, der eben darum alle in denſelben Eintretenden ſich aſſimilirte. Die Proletarier in Reih und Glied und im Soldatenrocke galten und gelten für die Schützer der Ruhe, der Ordnung und des Geſetzes — dieſelben Proletarier, welche man im Arbeiterkittel bei Krawallen als Feinde derſelben anſah und niederſchoß. Was folgt daraus? dies, daß die Organiſation alles iſt.

Die Reaktion war und blieb organiſirt, die Revolution war und blieb ohne Organiſation: der Ausgang konnte nicht zweifelhaft ſein.

Kapitel IV.

Der König und das Miniſterium Camphauſen.

Die revolutionaire Bewegung in Preußen blieb unorganiſirt, weil das Volk für dieſelbe nicht vorbereitet war, weil es vielmehr von ihr überraſcht wurde.

Nicht das Volk, ſondern der König hatte eigentlich die Revolution gemacht. Durch einen einzigen kühnen Schritt war ein bis dahin an unbedingten ſchweigenden Gehorſam gewöhntes Volk in das Gebiet der freien Selbſtbeſtimmung getreten, ungeſchult durch jene langen politiſchen Kämpfe, von welchen in andern Ländern der Sieg über die königliche Willkür erſt das Reſultat iſt. Der Mangel dieſer Vorbereitung ward nicht erſetzt weder durch die bisherige litterariſche Oppoſition der Gebildeten, noch durch die ungenügende Vorſchule des Vereinigten Landtags von 1847. Es war in Preußen nicht wie in Süddeutſchland, beſonders in Baden und Würtemberg, wo das Volk dieſe Schule der politiſchen Kämpfe ein Menſchenalter lang durchgemacht, und

aus bittern Erfahrungen gelernt hatte, daß das System alles, die Person des Regenten wenig oder nichts sei. In Preußen war es umgekehrt. Der König, die zufällige Persönlichkeit, war und blieb im Volksbewußtsein, auch nach dem 19. März, noch immer überwiegend dasjenige Moment, worauf Alles ankomme.

Das Volk im Ganzen verhielt sich dabei wenigstens naiv. Es sagte: der König ist schlecht berathen gewesen, er hat jetzt seinen Irrthum eingesehen. Die Revolution war nothwendig, sie hat ihn belehrt. Er wird nun aufrichtig zum Volke und zur Freiheit halten.

Die geschlagene Partei, die Büreaukratie, das Junkerthum, — Alles was in Berlin und Preußen im buchstäblichen Sinne auf Befehl über Nacht konstitutionell geworden war, sagten dagegen: der König hat von jeher die Freiheit gewollt, seine jetzigen Entschließungen stehen nicht im Widerspruche mit den früheren Ansichten. Sie sind freie, sind aus eigenem Willen hervorgegangen. Die Märzrevolution war ein unseliges Mißverständniß. Es hätte ihrer gar nicht bedurft, denn die königlichen „Verheißungen" datiren vor dem 18. März *). Ein Blick auf den-

*) Ein Artikel des alten Hofjournals, der Allg. Pr. Zeitung, welcher in diesem Sinne die Wendung der Dinge allein auf den Be-

jenigen, dem dieſe Urtheile gelten, mag zeigen, wie ſie beide Recht und Unrecht hatten, und welche Aufgabe ſich aus dieſem Stande der Dinge für das erſte Miniſterium der Revolution herausſtellte.

Wir verließen im erſten Buche den König im Augenblicke ſeiner Umwandlung. Es iſt nothwendig, auf dieſen Moment der Kriſis zurückzugehen, um an dem dort begonnenen Bilde einige Striche hinzuzuſetzen.

Die Lage der Dinge in Preußen unmittelbar nach dem Revolutionskampfe war die ſonderbarſte, welche ſich denken läßt. Ein bis dahin abſoluter König erſcheint plötzlich als ein konſtitutioneller, ohne daß noch eine Konſtitution vorhanden iſt. Ein konſtitutionelles Miniſterium tritt auf, und fordert und erhält für ſich durch den abſoluten Willen des Königs die konſtitutionelle Verantwortlichkeit für alle Regierungsakte, während alle und jede beſtimmende Normen für eine ſolche Verantwortlichkeit fehlen. Das

---

fehl des Königs zurückführte, veranlaßte eine Volksdemonſtration gegen das Büreau der Zeitung, deren Redakteur, der Hiſtoriker Dr. Zinkeiſen, darauf die Erklärung veröffentlichte, daß dieſer und ähnliche frühere Artikel, namentlich der früher (Erſtes Buch S. 36) erwähnte, nicht von der Redaktion ausgegangen ſeien, ſondern unmittelbar vom Miniſterium. Eine Erklärung, welche ihm ſeine Stelle koſtete. S. Grenzboten 1849 S. 436. Brockh. Gegenwart Heft 21, S. 575. —

Miniſterium will nicht revolutioniren, es will alle ſeine Schritte auf dem Rechtsboden des Geſetzes thun, und vollzieht doch zugleich den allerrevolutionärſten Akt, indem es dem alten Landtage eine Machtvollkommenheit beilegt, die derſelbe geſetzlich nie beſeſſen hatte. Geſetzlich, das heißt nach dem Willen des Königs. Denn in der Zeit, welcher dieſes Inſtitut ſeinen Urſprung verdankte, war der Wille des Königs das Geſetz des Landes, die Krone an kein früheres Geſetz gebunden. Selbſt das Patent vom 18. März, in welchem der König die bisherige abſolute Regierungsform mit einer konſtitutionellen verändern zu wollen — verhieß, war nur ein Beweis dafür, daß ſich auch jetzt noch die thatſächliche abſolute Machtvollkommenheit bei der Krone befand. Dies Patent war eben ein Verſprechen wie jedes andere, ein Verſprechen wie das Geſetz vom 22. Mai 1815. Es konnte modifizirt, verändert, zurückgenommen werden. Für den Nachfolger war es ohnehin, ſelbſt wenn ein ſolcher Fall ſchon in den nächſten Tagen eintrat, (und wie leicht konnte er eintreten!) — nach Friedrich Wilhelms IV. eigner früherer Erklärung völlig unverbindlich. Selbſt ein großer Theil der liberalen Partei in Preußen betrachtete den König auch nach dem 18. März noch fortwährend als „den einzig erhaltenen Centralpunkt des Staatsgebäudes, als den thatſächlichen alleinigen Träger aller geſetz-

lichen, d. h. absoluten Machtvollkommenheit". Sogar die Radikalen erkannten dies an, indem sie ihre Petitionen an ihn richteten, von ihm die Erfüllung aller Wünsche erbaten. Die Partei des alten Systems sprach ohnehin nicht von Errungenschaften der Revolution, sondern nur von Verheißungen, Gewährungen, Geschenken der königlichen Gnade. Und die Minister? Sie theilten diese Ansichten vollkommen. Das Ministerium Camphausen sprach gleichfalls nur von königlichen Anweisungen, Vorschriften, Gewährungen. Noch in seinem Berichte vom 10. Mai nannte es den Prinzen von Preußen den Mitbürgen der Rechte, die der König der Volksvertretung, „einzuräumen" entschlossen sei. Der König hatte Alles gewährt, vorgeschrieben geschenkt, der König hatte also die „Revolution" gemacht, nicht das Volk.

Das war vollkommen richtig. Aber Camphausen zog daraus nicht die augenfällige Konsequenz, daß es eben deßhalb eine Nothwendigkeit sei, den urplötzlich populär gewordenen, „von seinen schlechten Rathgebern befreiten, seinem Volke wieder gewonnenen" König nun auch dies angefangene Werk weiter führen zu lassen. Er sah nicht ein, daß es jetzt darauf ankomme, statt mit einer Fiktion vom Rechtsboden und dem darauf gepfropften alten Landtage der Nation über die wirklich stattgehabte Umwälzung dieses absolutistischen Rechtsbodens gesetzlichen

Sand in die Augen zu ſtreuen, vielmehr den König in den Vorgrund zu ſtellen, ihn handeln zu laſſen, oder was daſſelbe war, durch ihn für die Ausführung der Revolution, für die Befeſtigung der Freiheit zu handeln. Dieſer allein war der geſetzliche Weg in einem abſoluten Staate; denn jedes Ding will mit dem eignen Maaßſtabe ſeines Weſens gemeſſen werden. Der alte Satz: nemo contra Deum nisi Deus ipse bewahrheitete ſich auch hier. Wo das Volk die Revolution nicht zum Abſchluß geführt hatte, da konnte dies Verſäumte nur dadurch nachgeholt werden, daß man das abſolute Königthum durch den abſoluten König ſelbſt vernichtete.

Dieſer Weg war den Miniſtern vorgezeichnet. Daß ſie ihn nicht einſchlugen, richtete nicht blos ſie ſelbſt zu Grunde; es war zum Verderben für die Sache der Freiheit in Preußen und Deutſchland. Die Aufgabe war eben ſo leicht als nothwendig für Männer von kühner Entſchloſſenheit, für Männer, denen weder die Ehrfurcht vor byzantiniſch gothiſchem Hofthum den Nacken beugte, noch das ſentimentale beſchränkte Mitleid bei dem Anblicke „ſo tief gefallener Größe“ den klaren Blick umflorte.

Der König hatte ſich in der Ueberwältigung des erſten Moments der Revolution völlig in die Arme geworfen. Der Ausgang des Kampfes hatte eine Kluft zwiſchen ſeiner Gegenwart und ſeiner Vergangenheit

geriſſen, welche eine Rückkehr zu der letzten unmöglich zu machen ſchien. Das Wort, welches er einſt ſelbſt dem phantaſtiſchen Poeten zugerufen hatte, an ihm ſelber war es erfüllt worden. Friedrich Wilhelm IV. hatte ſeinen „Tag von Damaskus“ gefunden. Je ſchroffer der Abfall von ſeinem früheren Selbſt, deſto weniger war an der augenblicklichen Wahrheit deſſelben zu zweifeln. „Friedrich Wilhelm IV.“, ſo äußerte ſich lange vor der Revolution ein Kenner der intimen Verhältniſſe und Charaktere des Hofes, „glaubt immer wirklich an das was er gerade ergriffen hat, und zwar mit einem Glauben, der Berge verſetzen könnte, wenn ihm nicht — die Dauer fehlte.“ Friedrich Wilhelm IV. glaubte an ſich und ſein Recht gegen das Volk vielleicht mehr denn jemals, als am Nachmittage des 18. März ſchon die Kanonen donnerten. Er glaubte an beides, ſo lange er auf den leichten Erfolg der Kanonen gegen die Rotte frevleriſcher Empörer vertraute. Er ſtand noch feſt in dieſem Glauben, als er vom Prinzen Albrecht gefolgt in der erſten Pauſe des Kampfes, bei der anbrechenden Dämmerung aus dem Portale ſeines Schloſſes ſchritt, um ſeine treuen und tapfern Truppen zu muſtern, und der donnernde Hurrahruf derſelben ihn bei dieſem Gange durch die Höfe und Hallen der Königsburg begleitete. Er fühlte ſich mehr als jemals ein „mächtiger Herr“, als er zu

derſelben Zeit dem Biſchofe Neander, dem allerletzten Friedensboten, welcher mit einer Deputation ſich den Weg zum Könige bahnte, die unten ſtehende Antwort gab. Selbſt ſein beliebter Witz hatte ihn noch nicht verlaſſen. *) Sein Glaube und ſein Witz verließen ihn erſt in der Todesangſt jener furchtbaren Mitternacht, in welcher er die Proklamation „an meine lieben Berliner“ ſchrieb, „deren Veröffentlichung er dem gewiſſenhaften Urtheil ſeines treuen Bodelſchwingh

*) Dieſe Antwort lautete, nach einer unmittelbar darauf gemachten Aufzeichnung wörtlich: „Was wollen Sie? — Es iſt eine ſehr einfache Geſchichte. Ich ſaß bei ernſten und wichtigen Arbeiten, da kamen die Leute vor die Thüre und ſtörten mich. Das kann ich nicht dulden. Uebrigens daß ein Paar Gewehre losgegangen ſind, dafür kann ich nicht, und ohne Plempe wird Keiner verwundet. Und die Plempe iſt nicht gezogen, ich gebe Ihnen mein Wort darauf.“ (Dieſe Verſicherung bezog ſich auf den erſten Angriff der Dragoner von der Stechbahn her, deren „Einhauen“ eine von unzähligen Zeugen bekundete Thatſache war!) „Uebrigens geht mich die Sache nichts an. Ich habe dem Kommandanten meine Befehle gegeben, und der Kommandant thut ſeine Schuldigkeit. Ich habe nur eine Bombe in die Königsſtraße werfen laſſen, **und die Straße gehört mir.**“ Dann fragte S. Majeſtät einen von den Begleitern des Biſchofs: „Wie heißen Sie?“ „„Gumbinner.““ — „Aha, Sie ſind wohl aus Gumbinnen!“ — So ſprach der König, während man von allen Theilen der Stadt die Kanonen donnern hörte! (S. „Deutſcher Zuſchauer“ vom J. 1848 Nr. 17. vom 21. April „die Volkserhebung in Berlin, von einem Augenzeugen.“)

anheim ſtellte, und welche dieſer zum ſpätern großen Leidweſen eines Theils der geſtürzten Partei*) „ſofort und ohne alle Modification der Druckerei übergab.“ Die Stunde der Gefahr iſt die Feuerprobe des Charakters. Die ganze Größe und Kraft, aber auch die ganze Schwäche und Kleinheit des Geiſtes tritt in großen Entſcheidungsmomenten zu Tage. Und hier bereitete ſich ein Wechſel vor, der aus ſchwindelnder Höhe gottähnlicher Herrlichkeit in einen Abgrund der Erniedrigung, aus ſcheinbar felſenfeſter, unantaſtbarer Sicherheit in die Charybdis der äußerſten Gefahr zu ſchleudern drohte. Krone und Leben ſtanden nach Friedrich Wilhelms eigenem ſpäteren Worte in dieſen Stunden „auf der Schneide eines Scheermeſſers.“ Sein Selbſtvertrauen brach zuſammen. Der Gedanke an Flucht aus ſeinem Schloſſe, aus ſeiner Hauptſtadt tauchte auf. Der treue Bodelſchwingh beſtärkte ihn, der ſtählerne Wille Graf Arnims hinderte die Ausführung. Das hieße die Krone aufs Spiel ſetzen. Die

---

*) Man leſe in dieſer Beziehung die oben durch Anführungszeichen hervorgehobenen Worte im Zuſammenhange nach in der Signatura temporis S. 31., wo dem königlichen Verfaſſer dieſer Proklamation „an meine lieben Berliner“ nachgerühmt wird, daß derſelbe während dieſer ganzen Zeit „keinen Augenblick ſeine **ruhige, Königliche Haltung** verloren habe.“

Gefahr des Bleibens verkenne er nicht, aber sie sei die kleinere. Die Bewegung werde sich beschwichtigen lassen, wenn der König bliebe. Im entgegengesetzten Falle sei der Ausgang nicht abzusehen. Das entschied. Der König blieb.

Und nun kamen Schlag auf Schlag die gefüllten Kelche der Demüthigung, welche das Königthum bis auf die Hefen leeren sollte: die grause Leichenschau im Schloßhofe; die Scene auf der Schloßterrasse, wo der König von zwei Bürgern am Arme geführt, dem versammelten Volke die Bewaffnung mit Worten gewährte, welche er dem einen seiner Führer gewissermassen nachsprach;*) die Befreiung der Polen, deren Triumphzug er durch dreimaliges Schwenken seiner Feldmütze begrüßte; zum Schlusse der riesige Leichenzug der gefallenen Freiheitshelden, der sittliche Höhepunkt der Berliner Revolution, wo der König auf dem Balkone seines Schlosses mit entblößtem Haupte und thränenden Augen den im Kampfe gegen sein absolutes Herrscherthum Gefallenen die letzte Ehre erwies. Vielleicht war dies vor allen der Moment, in welchem Friedrich Wilhelm IV. empfand, daß nicht eine verbrecherische Rotte Bösewichter, daß ein Volk ihm in der Stunde des Kampfes gegenüber ge-

*) S. Eine Preußisch-deutsche Phantasie (Hamburg 1848) S. 44—45. „die Gegenwart," (herausgegeben von Brockhaus (1849) Heft 21, S. 564—565.

ſtanden, daß ſein Volk eine Revolution gemacht habe. Des Königs ganzes Verhalten in dieſen erſten Tagen ſchien dafür zu ſprechen. Nicht genug, daß er in ſeinem Schloſſe die verwundeten Barrikadenkämpfer pflegen ließ, welche die Königin ſelbſt täglich beſuchte, daß er ſich vielfach ſpazierengehend unter dem Volke zeigte, und mit aller Welt ſprach, daß er ſeine früheren falſchen Freunde erkannt zu haben ſchien, und manche derſelben mit harten Worten von ſich wies. Er that noch mehr und Entſchiedeneres. Er verhieß „eine konſtitutionelle Verfaſſung auf den breiteſten Grundlagen"; er entſagte ſogar ſeinem Idole, dem chriſtlichen Staate, in dem er „eine auf Urwahlen gegründete, alle Intereſſen des Volkes ohne Unterſchied der religiöſen Glaubensbekenntniſſe umfaſſende Vertretung" verhieß. Er verbot dem Prinzen von Preußen nach Rußland zu gehen, und dirigirte den ſchon unfreiwillig Exilirten nach dem freien England, dem Lande der Erbweisheit. Er verkündete Preußens Aufgehen in Deutſchland, und „zwang" der Preußiſchen Armee, wie der Sprecher derſelben, der Oberſt von Griesheim, ſpäterhin ſich auszudrücken wagen durfte, „wider ihren Willen die deutſche Kokarde auf." *) Er erklärte

*) Worte der Schrift (des Oberſten von Griesheim): „die deutſche Centralgewalt und die Preußiſche Armee" (geſchrieben den 10. Juli 1848) S. 14.

den grollenden Garden auf der Parade zu Potsdam (25. März), daß er sich glücklich, frei und wohlbewahrt unter seinen Bürgern in Berlin fühle, daß er alles was er gegeben und gethan aus voller freier Ueberzeugung gegeben und gethan, und darum keiner sich erdreisten möge, an beidem zu zweifeln. Und erst als ihn ein General ehrerbietig daran erinnerte, ob er kein Wort des Trostes habe für seine treuen und tapfern Truppen, fügte er der verwarnenden Weisung einige Worte der Anerkennung für die gethane Pflicht hinzu, welche ein schwacher Balsam waren für die offene Wunde des Schimpfes und der Schmach, die sie um seinetwillen durch ihren Abzug von Berlin erlitten. Er sprach es aus als „seinen bestimmten Entschluß", „seine feste Ueberzeugung", „sich nur mit solchen Räthen zu umgeben, welche, der Volksvertretung verantwortlich, das volle Vertrauen derselben genießen." Er nannte diesen Entschluß eine „unerläßliche Nothwendigkeit", und bezeichnete zunächst „den Vereinigten Landtag, und sodann die neu zu bildende Volksvertretung" als dasjenige Organ, durch welches die Stimme des Volksvertrauens „unverkennbar zu vernehmen sein werde." *) Er entsagte

*) Worte des „Allerhöchsten Bescheides an die Deputation der Rheinischen Städte", vom 28. März 1848. Zu vergleichen

dem ſeinem Herzen ſo theuren Vorrechte der Könige, unmittelbar aus der Fülle des Herzens zu ſeinem Volke zu reden, die vielgeübte Virtuoſität der mündlichen und ſchriftlichen Rede in Beſcheiden, Anſprachen und Thronreden leuchten und wirken zu laſſen. Er unterwarf ſich dem Schutze miniſterieller Verantwortlichkeit (30. März), und ſtellte damit die in ihm während des proviſoriſchen Zuſtandes faktiſch und, wenn man will, geſetzlich allein vorhandene Macht dem neuen Miniſterium zu Gebote.

Welche Aufgabe ging daraus für das letztere hervor? Das ganze Volk verlangte: der König ſolle handeln. Es ſah in ihm den Träger und Inhaber aller Machtvollkommenheit. Wie dieſe zu benutzen, wohin ſie zu lenken ſei, das hing allein vom Miniſterium ab. Wenn ſeine „konſtitutionelle Verantwortlichkeit ohne Konſtitution“ einen Sinn haben ſollte, ſo war es der einer geſetzlichen Diktatur bis zum Zuſammentreten der konſtituirenden Verſammlung. Camphauſen ſelbſt war ſich deſſen bewußt, als er ſpäter in ſeiner Rede vom 14. Juni dieſen

---

als Ausführung dieſes „feſten Entſchluſſes“ und dieſer „unerſchütterlichen Ueberzeugung“: Die ſpätere Ernennung und Beibehaltung des Miniſteriums Brandenburg-Manteuffel, gegen den einſtimmigen Rath der Volksvertretung und des ganzen Landes.

Weg als den einen Fall der allein möglichen Alternative hinſtellte. Aber ihm fehlte die Energie der kühnen That. Er wollte ſich nichts „anmaßen“, — gerade wie Baſſermann um dieſelbe Zeit im Vorparlamente (31. März) ausrief: „Wir wollen uns nichts anmaßen!“ als über die Nothwendigkeit eines diktatoriſchen Beſchließens Kraft der Souveränität des deutſchen Volks verhandelt wurde. — Was gethan ward, nicht wie es gethan ward, enthielt in einer Kriſis wie die Preußens und Deutſchlands die einzige Rechtfertigung des Thuns. Friedrich Wilhelm IV. war oder erklärte ſich zu allem Nothwendigen bereit. Es galt, ſich dieſes Willens zu verſichern. Der nächſte Schritt dazu war für das Miniſterium Camphauſen die Forderung eines ſofortigen Wechſels der ganzen bisherigen nächſten Umgebung des Königs, ein Wechſel wie er im Lande der Erbweisheit ohne Gleichen jedesmal vor ſich geht, wenn die verantwortliche Leitung des Staats von den Führern der Liberalen an die Führer der konſervativen Partei oder umgekehrt von dieſen an jene übergeht. Was in England für eine politiſche Nothwendigkeit gilt, wo der Baum des konſtitutionellen Staatslebens die Wurzeln ſeiner geheiligten Geſetzlichkeit Jahrhunderte lang gefeſtigt hat, war für das neue Preußen und ſein Miniſterium Lebensbedingung in einem Momente, wo eben erſt der Entſchluß des königlichen Willens im Drange

höchster Noth das schwache Reis des Versprechens einer Konstitution in die lockere Sanderde des märkischen Bodens gesenkt hatte, und wo der kühne Griff einer dreisten Hand genügte, den wurzellosen Schoß herauszureißen und über den Zaun der Bajonette zu werfen. Der König hatte es als Nothwendigkeit erkannt, sich nur mit solchen Räthen zu umgeben, welche die Stimme der Volksvertreter als die würdigen bezeichnete. War es für Camphausen so schwer, zu erkennen, daß in einem Momente, wo auf den persönlichen Einfluß alles ankam, die Stimme selbst der populärsten Räthe machtlos werden mußte gegen den Einfluß einer Umgebung, die den Monarchen nach wie vor von seinem Volke absonderte, die es ihm unmöglich machte, das wirklich Geschehene klar zu erkennen, die Lage der Dinge im wahren Lichte zu sehen, Gemüth und Geist den neuen, ihm bisher völlig fremden und feindlichen Ideen zu öffnen? Einer Umgebung, die ihrer ganzen Vergangenheit nach kein anderes Bestreben haben konnte, als von Allem diesem das Gegentheil zu bewirken, den König zu überzeugen, daß der neu betretene Weg, verderblich für das Königthum, nachtheilig für das Land, nur von einem kleinen (und welchem!) Theile des Volkes begehrt werde, daß ein weises Einlenken ebenso nothwendig als der Beifall aller Gutgesinnten sicher sei. Der redlichste Wille, die unermüdlichste

Thätigkeit der Minister — und im vertrauten Kreise hörte man später oft ihre Seufzer — mußte ohne allen Erfolg bleiben, weil sie während der kurzen Vorträge und Audienzen, welche ihnen noch gewährt wurden, als der König sich nach Potsdam zurückgezogen hatte, nicht im Stande waren, den unheilvollen Einfluß gut zu machen, welchem der Monarch während der ganzen übrigen Zeit preisgegeben war. Die Thätigkeit der Minister ward gelähmt. Ihre Vorschläge wenn nicht zurückgewiesen, doch verzögert, oder verstümmelt zur Ausführung gebracht, fanden Widerspruch, wo sie Dank erwarten sollten.*) Camphausen, der sich nichts anmaßen wollte, überließ diese Anmaßung andern, geübteren und befähigteren. Er gab den König aus den Händen, indem er ihn nach Potsdam übersiedeln ließ. Die Steine, welche von den Bauleuten des neuen Preußens verworfen worden waren, sie bildeten dort die Eckſteine des Gebäudes der Camarilla. Der Punkt des Archimedes für die Reaktion war gefunden. Wenige Monate nur wühlte sie im Verborgenen ihren Hebel tiefer und tiefer unter das schwache Fundament des begonnenen Neubaus; ein kräftiger Druck, und das begonnene Gebäude stürzte aus seinen Fugen gehoben krachend zusammen.

---

*) Personen und Zustände Berlins ꝛc. I., S. 29.

Zu spät erkannte Camphausen seinen unheilvollen Irrthum. Aber alle seine Bemühungen, das verlorne, aus sentimentaler Rücksicht oder aus vertrauender Kurzsichtigkeit aufgegebene Terrain wieder zu gewinnen, waren vergeblich. Er hätte der Hammer sein können und müssen, der das warme Eisen schmiedete, und war der Amboß geworden auf welchem die Camarilla ihre Waffen gegen die „Errungenschaften" der Märzrevolution zurecht hämmerte. Nur einmal, am Ende seiner dornenvollen Laufbahn, entrang sich im Hinblick auf jenen Irrthum und seine vereitelten Bestrebungen, denselben wieder gut zu machen, ein Seufzer der Brust des trefflichen Mannes, dessen größter Fehler es war, Idealist des Vertrauens zu sein, und die Aufrichtigkeit anderer aus der eignen Redlichkeit zu folgern. Es war am 26. Juni in der Nationalversammlung, wo er zum letztenmale einen Rückblick auf sein Ministerium warf. Die hohe Gestalt des Mannes erschien niedergebeugt, der gewöhnliche, melancholische Ausdruck des edlen Gesichts noch schwermüthiger und leidender als früher. Aber ein Strahl inneren Trostes leuchtete aus seinem Auge, als er mit seiner tönenden Stimme die Worte sprach: „Freudig will ich darauf verzichten, daß dem Urtheile über mich zu Gute komme, was ich verborgen an Kräften aufgewendet, um auszugleichen, zu vermitteln, zu

beschwichtigen, zu versöhnen!“ Diese denkwürdigen Worte bilden die Probe zu dem Exempel unserer historischen Beweisführung.

Was aber Camphausen noch mehr bestimmen mußte, jenen von ihm verworfenen Weg einzuschlagen, das war die intime Einsicht in das wirkliche Verhältniß des Königs zu dem Faktum der am 18. und 19. März erfolgten Katastrophe. Dies Verhältniß konnte für den Märzminister unmöglich ein Geheimniß, es mußte ihm vielmehr bekannt sein, daß Friedrich Wilhelm IV. schon in den ersten Tagen sich das Erlebte auf eine Art zurechtgelegt hatte, welche von der thatsächlichen Wirklichkeit himmelweit verschieden war. Hier die Bestätigung.

Fünf Tage nach der Berliner Katastrophe war eine Deputation der städtischen Behörden von Stettin in der Hauptstadt eingetroffen. Sie sollte dort die Lage der Dinge erkunden, sich mit den Berliner Magistraten und den Kommunalbehörden anderer großen Städte der Monarchie in Verbindung setzen, um in dem drohenden Umsturze einen festen Haltpunkt gründen zu helfen. Die Deputation wandte sich zunächst an ihren Landsmann unter den Ministern, den Pommerschen Grafen Schwerin. Sie schilderte ihm die Stimmung Stettins und der Provinz seit dem 18. März, die allgemeine Sym-

pathie für die Berliner Erhebung. Sie bestätigte, daß Tausende bereit gewesen, den Berlinern zu Hülfe zu ziehen, daß sogar die Stettiner Kaufmannschaft sich der weitern Absendung von Truppen nach Berlin widersetzt, und dem General Wrangel gedroht habe, in solchem Falle die Schienen der Eisenbahn aufzubrechen. Sie versicherte, daß man sich irre, wenn man Pommern am Hofe als eine Stütze des alten Systems, als die preußische Vendée, betrachte. Der neue Märzminister ersuchte die Deputation, dies Alles dem Könige selbst zu sagen, der von solchem Stande der Dinge keine Ahnung habe, und fügte hinzu, daß er ihr sofort dazu eine Audienz bei der Majestät erwirken wolle. Es geschah, jedoch nicht ohne daß gewisse, dem Hofe nahe stehende Personen den Versuch machten, die Deputation in eine Kundgebung der alt-Pommerschen Loyalität umzuwandeln. Der König erschien. In seinem Wesen und Behaben war keine Spur der früheren Zuversicht und Erhabenheit königlicher Würde zu erkennen. Er erschien gedemüthigt, zerknickt, gebrochen. Nachdem er seine Freude ausgesprochen, Abgesandte seiner lieben Hauptstadt der „treuen Pommern“ bei sich zu sehn, begann er der Deputation die Vorgänge des 18. und 19. März auf seine Weise ausführlich zu erzählen. Schon acht Tage zuvor habe sich eine frevlerische Rotte

von Böſewichtern, zumeiſt fremdes Geſindel, zu verbrecheriſchen Zwecken in der Stadt aufgehalten, man habe ihrer aber nicht habhaft zu werden vermocht. Er führte die Deputation an das Fenſter und zeigte ihnen die Häuſer, in denen man ſchon im Voraus Schießſcharten gemacht, um auf ſein Schloß zu ſchießen. Eben ſo machte er aufmerkſam auf die Stellen des Geſimſes, gegen das die Kugeln der zwei Gewehre geflogen, welche ſich beim Ausrücken ſeiner treuen und tapfern Truppen von ſelbſt entladen hätten, Gottlob ohne jemanden zu treffen. Als nun, fuhr der König fort, meine ſiegreichen Truppen, (er ſprach das Beiwort ohne allen Accent wie eine feſte, ſtereotype Bezeichnung, wie ein Prädikat aus, das ſich von ſelbſt verſtehe, was einen erſchütternden Eindruck machte), als nun meine ſiegreichen Truppen im Abzuge begriffen waren, da, meine Herren, da kam ein Moment, wo mein Thron und mein Leben auf der Schneide eines Meſſers ſchwebten. Denn nun ſei die Verbrecherrotte, das Pöbelgeſindel gekommen, und habe ſich in das Schloß geſtürzt, aber da habe er auch die Treue ſeiner braven Berliner kennen lernen. Die Tapferkeit der braven Bürger habe die Rotten verjagt und ſein Leben gerettet.

Nachdem er ſodann noch einmal der Freude

Worte gegeben, „seine treuen Pommern“ um sich zu sehen, beschwor er dieselben mit den eindringlichsten Worten, sich seines verkannten armen Bruders Wilhelm (des Prinzen von Preußen) anzunehmen. Derselbe sei, wie er auf sein königliches Ehrenwort versichern könne, ganz unschuldig. Der Prinz habe den Befehl zum Schießen auf die Leute nicht gegeben; *er selbst auch nicht*, der General nur habe nach seiner Pflicht gehandelt, und nun werde sein armer unschuldiger Bruder dafür angeschuldigt und verfolgt. Die guten, treuen Pommern könnten daher dem Herzen ihres Königs eine rechte Freude bereiten, wenn sie von Seiten ihrer Stadt und ihrer Provinz eine loyale Ergebenheitsadresse an den Bruder Sr. Majestät richten wollten.

Bei diesen Worten, welche ein völliges Mißverständniß des Momentes zeigten, erstarrte die Deputation, und der Sprecher derselben trat mit einem vielsagenden Achselzucken einen Schritt zurück. Diese Pantomime, welche die Kamarilla und Reaktion auch dem späteren Minister Giercke nie vergessen haben, änderte urplötzlich Stimmung und Haltung des Königs. Er nahm einen völlig andern, höheren Ton an, sprach nur noch einige Worte zu den Einzelnen, und verabschiedete dann die Deputation mit der Bemerkung, daß er noch mehrere Deputationen zu empfangen habe.

Dieſe denkwürdige Audienz bewies augenſcheinlich, daß König Friedrich Wilhelm IV. noch immer oder ſchon wieder über die ihn umgebende Wirklichkeit der Dinge völlig im Unklaren war, und wie hochnothwendig es ſei, daß ein Camphauſen ihn darüber aufklärte. Ein Miniſterium, welches dieſe königliche Anſicht beſtehen ließ, konnte freilich die Revolution nicht „anerkennen“, und eben ſo wenig vermochte es die Konſequenzen der „großen Kataſtrophe“, mit welchem Ausdrucke es ſpäter die Revolution umſchrieb, ins Leben zu rufen.

Als der zum Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken ernannte Preußiſche Reitergeneral ſieben Monate nach der Märzrevolution zur Ausführung der langvorbereiteten Kamarillapläne den Degen umſchnallte, ſprach — ſo erzählt man — der alte Soldat und neue Majordomus des Hauſes Hohenzollern zu der beſorgten Gemalin Friedrich Wilhelms IV. die bedeutungsvollen Worte: „Halten mir Majeſtät den König nur ſtramm, fürs Andere laſſen Sie mich ſorgen!“ In dieſen Worten lag mehr politiſche Weisheit als in der ganzen tiefſinnigen Rechtsbodendoctrin des Miniſteriums Camphauſen. Es war dieſelbe Weisheit, welche das Miniſterium der Revolution verſchmähte: Diktatur in des Königs Namen. Die Folgen ſprachen das Gericht. Die Revolution, welche

den König, der sich in ihre Arme geworfen hatte, aus den Händen ließ, ging schmählich zu Grunde. Die Reaktion, welche den ihr überlassenen König „stramm hielt", ging als Siegerin hervor.

Kapitel V.

Das Miniſterium Camphauſen und der Vereinigte Landtag.

Am 24. März war der Präſident der Handelskammer zu Cöln, Ludolf Camphauſen, in Berlin eingetroffen. Seine entſchiedene Weigerung, in das unpopuläre Miniſterium Arnim einzutreten, führte den Fall des letzteren herbei, noch vor dem Zuſammentreten des Vereinigten Landtages, bis zu welchem Graf Arnim vorläufig das Miniſterium übernommen hatte. Am 29. März trat Camphauſen als Miniſterpräſident an ſeine Stelle. Man wollte dem Vereinigten Landtage mit einem Miniſterium entgegentreten, das weſentlich aus den Führern der Oppoſition des Jahres 1847 beſtehend im Landtage wie im Volke auf die allgemeinſten Sympathien rechnen könnte. David Hanſemann, der unerbittliche Kritiker der Preußiſchen Finanzverwaltung, übernahm das Miniſterium der Finanzen; Graf Schwerin, ein Pommerſcher Landedelmann, deſſen oppoſitioneller Liberalismus, um als ſol-

cher zu gelten, der Folie eines Eichhornschen Ministeriums bedurfte, ward Kultus- und Unterrichtsminister. Das Ministerium des Innern übernahm der Generallandschaftsrath Alfred von Auerswald, ein ostpreußischer Edelmann, dessen liberaler Ruf gleichfalls vom ersten Vereinigten Landtage her datirte, obschon er auf demselben keineswegs eine entschieden oppositionelle Stellung eingenommen hatte. An die Stelle des Kriegsministers v. Rohr trat der General v. Reyher. Für das Departement des Auswärtigen ward der bisherige Gesandte in Paris, Herr v. Arnim berufen.

An und für sich war gegen die Zusammensetzung des neuen Ministeriums, soweit sie die Namen Camphausen, Hansemann und Auerswald betraf, wenig einzuwenden. Nur gegen Schwerin erklärte sich schon damals die öffentliche Stimme, und die Adresse der Gemeinderäthe der achtzehn großen rheinischen Städte vom 24. März drang auf die Entlassung nicht nur des Grafen Arnim, sondern auch des Grafen Schwerin aus dem höchsten Rathe der Krone. Auch in Berlin erinnerte man sich, daß er es gewesen, welcher noch vor wenigen Wochen, bei der Strafgesetzberathung in den Vereinigten Ausschüssen, den berüchtigten Paragraphen der Zuchthausstrafe auf Beleidigung verstorbener Mitglieder der königlichen Familie vertheidigt und durchgesetzt hatte. Unter der geringen Zahl von Männern,

welche sich in den spärlichen parlamentarischen Kämpfen der Vergangenheit als Vorkämpfer für ein freieres Staatsleben bekannt gemacht hatten, standen die genannten Namen obenan. Camphausen selbst charakterisirte später*) ihren Zusammentritt in folgender Weise. Die vier Mitglieder der früheren Opposition, sagte er, „traten in das Ministerium, weniger als Träger ein und desselben Gedankens, wie durch die Umstände zusammengeführt. Sie standen in ihrem früheren politischen Leben nicht vollständig auf derselben Stufe, sie hatten einigermaßen abweichende Standpunkte eingenommen. Dennoch aber war der Vortheil ihres Zusammentretens, daß die Verwaltung, deren Mitglieder sie wurden, durch ihre einzelnen Elemente mit allen Schichten der Gesellschaft in Berührung stand, daß jede Provinz für die in ihr vorwaltende Stimmung einen Vertreter in der Verwaltung zu haben wußte oder glaubte. Den einen Theil der Gesellschaft bewahrte sie vor Hoffnungslosigkeit, dem andern flößte sie Vertrauen, dem dritten kein Mißtrauen ein. Es war ein Ministerium, nach seiner persönlichen Zusammensetzung geeignet, den Staat ohne lebensgefährliche Zuckun-

*) In seiner Abschiedsrede in der Sitzung der Preußischen Nationalversammlung vom 26. Juni.

gen über die Kluft, welche das alte System von dem neuen trennt, hinüber zu führen."

Diese Aufgabe hatte sich Camphausen gestellt. Er selbst sprach es aus, und nannte seine Verwaltung „ein Ministerium des Uebergangs, der Vermittlung." Er hätte es mit noch besserem Fuge ein Ministerium der Beschwichtigung nennen können, und zwar der Beschwichtigung nach allen Seiten; ein Ministerium, welches die „Kluft zwischen dem Alten und Neuen", über die es mit einem kühnen Schwunge zu setzen sich nicht getraute, dadurch auszufüllen versuchte, daß es die Revolution selbst und die durch sie erweckte Volkskraft in diese Kluft hinabstürzte. Daß man so dem alten Systeme den Uebergang zum Angriffe auf „das Neue" bahnte — dies Bedenken kam dem Ministerium des Ueberganges oder doch seinem Präsidenten vielleicht zu spät.

Selten wohl hat ein Ministerium in einer großen Krisis die Gunst der Umstände so für sich gehabt als dies Ministerium Camphausen in dem Augenblicke, wo es das Steuer des auf den hochgehenden Wellen der Bewegung einherschwankenden Staatsschiffs in die Hand nahm. Die Männer, welche es hauptsächlich bildeten, hatten keine Vergangenheit gegen sich. Sie konnten sich entschieden an die Spitze der Partei der Freiheit stellen, und die Prinzipien der Revolution zur Gel-

tung bringen. Die allgemein herrschende Stimmung war hoffendes Vertrauen. Der Umschwung, welcher plötzlich die äußerste Linke des alten Landtags an die Spitze der Regierung brachte, schien unermeßlich. Selbst die entschiedensten Liberalen waren durch denselben zufriedengestellt, und das stolze Wort, mit welchem der Minister Hansemann einer Deputation der Kölner Radikalen in den ersten Tagen erklärte: „die Bildung des Ministeriums sei an und für sich die beste Garantie dafür, daß alles vernünftigerweise zu Verlangende gewährt werden würde", fand lauten Wiederhall in der öffentlichen Meinung. Die Conservativen sahen in diesem Ministerium eine Nothwendigkeit. Das Bürgerthum frohlockte über die „bürgerlichen Minister", von denen das Dioskurenpaar, Camphausen und Hansemann, obenein nicht einmal zu den Studierten gehörte, geschweige denn daß diese Männer die bisher übliche unendlich lange Stufenleiter der Bureaukratie durchgemacht hätten. Wie einst Danton sagte, daß ihn eine Kanonenkugel ins Ministerium geschleudert, so konnten Camphausen und Hansemann mit Fug und Recht von sich sagen, daß nichts Geringeres als eine Revolution erforderlich gewesen war, sie aus ihren Comptoiren über alle Köpfe der erstaunten Preußischen Bureaukratie hinweg in das Ministerium Friedrich Wilhelms IV. zu tragen. Schon diese in

den Annalen Preußens völlig unerhörte Thatsache schien eine Garantie der thatsächlich anerkannten Revolution. Daß es denselben Männern in den Sinn kommen könnte, die Revolution zu leugnen, fiel Niemandem auch nur entfernt ein. Dazu kam der Schwung der ersten, noch frischen und freudigen Aufregung, in welcher sich damals die Nation befand. Die spröde Masse war in Fluß, ihr Richtung und Form zu geben leicht für den Staatsmann, der zu verstehen und rasch zu ergreifen wußte. Durfte doch um dieselbe Zeit eine völlig revolutionaire Versammlung, das Frankfurter Vorparlament, welches nichts hinter sich hatte als die in der öffentlichen Meinung lebende Idee der deutschen Einheit, es wagen, die allgemeine deutsche Bewegung in die Hand zu nehmen und den Bundestag zum Handlanger und Vollstrecker seiner Beschlüsse zu machen. Wenn irgend Etwas, so war dies ein Fingerzeig für das Ministerium Camphausen, welche Bahn es zu beschreiten habe. Irgend ein bedeutender Widerstand gegen die energische Durchführung der Revolution war kaum zu befürchten. Das Militair, aus Berlin entfernt, hätte nie einen empörerischen Schritt gegen Maßregeln und Gesetze gewagt, welche als der Wille des Königs, seines Kriegsherrn, erschienen wären. Das alte System, die Büreaukratie, hatte Kopf und

Muth völlig verloren. Dieſer Zuſtand allgemeiner Beſtürzung mußte raſch benutzt werden. Er konnte es um ſo mehr, als die augenblickliche Stimmung des Königs ſelbſt den neuen Miniſtern zu Hülfe kam. Der König hatte Berlin nicht verlaſſen. Er war gewiſſermaßen in den Händen des Miniſteriums. Er hatte ſich jeder direkten Einmiſchung in die Geſchäfte begeben, den Miniſtern in Allem die Initiative überlaſſen, ſeine ganze Verantwortlichkeit auf ſie übertragen. Dabei war er aber thatſächlich noch abſoluter Herrſcher und alle Machtvollkommenheit in ihm geſetzlich vereint. Sein Patent vom 18. März war offiziell ein Akt freier Entſchließung. Es war nicht abzuſehen, warum er auf demſelben Wege nicht weiter gehen, nicht auf den Vorſchlag ſeiner Miniſter neue organiſche Geſetze, wenn auch mit dem Vorbehalte ihrer Reviſion durch die künftige konſtituirende Verſammlung der Volksvertreter, erlaſſen ſollte. Im Gegentheil ſchien ein ſolches Weitergehen durch das erſte weſentlich revolutionaire Patent vielmehr geboten.

Camphauſens Theorie verdarb Alles. Sein doktrinaires Programm, das allen Seiten genug thun wollte, verdarb es mit allen Parteien. Der „Uebergang“ welchen er „vermitteln“ wollte, war in der Hauptſache bereits geſchehen. Der Kampf vom 18. und 19. März hatte die alte Regierung und ihr

System thatsächlich gestürzt. Wenn der Volkswille das Königthum aus den Wellen der Revolution emporgetragen, die alte Regierungsmaschine nicht in Stücke zerschlagen hatte, so war dies geschehen, weil das Volk den König bekehrt, und das alte System beseitigt glaubte, und weil es den Männern der neuen Regierung vertraute, daß sie das Werk vollenden, das neue System durch entschiedene Thaten rasch zur Geltung bringen würden. Dazu war der Weg von selbst vorgezeichnet. Ein provisorisches Bürgerwehrgesetz mußte die Volksbewaffnung, die einzige Schutzwehr der jungen Freiheit, gegen Reaktion wie gegen Anarchie, in der Hauptstadt und den Provinzen organisiren; eine provisorische Gemeinde-, Kreis- und Bezirksordnung den Grundstein zum neuen Staatsgebäude legen, und zugleich die durchgehends reaktionairen Landräthe unschädlich machen, die Regierungen unter Verwendung eines großen Theils ihrer Beamten auflösen, und so die Büreaukratie in ihrer Wurzel zerstören, die Polizei den Gemeinden übertragen. Ein Gesetz über Geschwornengerichte, mindestens für politische und Preßvergehen, mußte vor übertriebenen politischen Verfolgungen sichern, und ohne das Verbrechen selbst straflos zu machen doch verhindern, daß Vergehen, welche unter ganz neuen Verhältnissen und Zuständen begangen wurden, ihre Beurtheilung nach

den Gesetzen und Normen des alten Systems fanden. Diese ganz unentbehrlichen Gesetze, welche zugleich dem Ministerium selbst festen Boden unter den Füßen schufen, konnten entweder sofort unter Vorbehalt der Revision durch die Nationalversammlung erlassen, oder sie mußten derselben gleich bei ihrem Zusammentritt mit dem Antrage vorgelegt werden, dieselben in Bausch und Bogen anzunehmen und sodann zu revidiren.*) That doch ein Jahr später die Contrerevolution dasselbe sogar mit der ganzen von ihr octroyirten Verfassung!

Statt dessen geschah von allen diesen Dingen — nichts. Das Ministerium begnügte sich damit, von den Deputationen der großen Städte Vertrauen zu verlangen, statt durch ein offenes Programm Garantien solchen Vertrauens zu geben. Es zögerte zugleich mit der Legalisirung des faktisch bestehenden Rechts der freien Presse und der Assoziation. Die Bürgerwehr blieb unorganisirt bis zu ihrer Auflösung. Der ganze alte büreaukratische Organismus blieb vollständig ungestört. Er erhielt nicht einmal eine Anweisung: in welchem Sinne die Regierung von nun an zu führen sei. Nur drei Oberpräsidenten verließen ihre Stellen. Auch im

---

*) v. Unruh, Skizzen aus Preußens neuester Geschichte S. 29–30.

Gerichtswesen verblieb Alles beim Alten. Die alte Maschinerie des absoluten, büreaukratischen Polizeistaats, der ganze Apparat der Reaktion blieb in ungestörter Ordnung, jederzeit zum Gebrauche bereit, sobald das gestürzte System sich von dem ersten Schrecken erholt haben würde. Vergebens warnte die Presse und mahnte zu entschiedenem Handeln. Camphausen blieb bei seiner Doctrin. Die alten Zustände sollten ohne erhebliche Störung in die neuen Bahnen übergeführt, der Staat allmälig reformirt werden, die neuen Gesetze auf ruhigem Wege entstehen, der alte gesetzliche Boden festgehalten, kein Sprung, kein tiefer Schnitt durch provisorische Gesetze gemacht werden. Denn es hatte keine Revolution, nur „eine große Katastrophe" stattgefunden. Die alte Regierung hatte nachgegeben, sie war nicht gestürzt. Camphausen, der Minister der Revolution, leugnete die Revolution, der er doch thatsächlich dienen wollte. Aber es steht geschrieben, wer nicht für mich ist, der ist wider mich, und Niemand kann zweien Herren dienen. Camphausen verlor das Kostbarste, was der Staatsmann in revolutionairen Krisen verlieren kann, — die Zeit. Was er verlor, gewann und benutzte die Reaktion.

Der erste Schritt zu derselben war die Einberufung des Vereinigten Landtags.

Das Festhalten an dieser Einberufung war der

erſte große politiſche Fehler Camphauſens. Der Triumph, welchen die einſtigen Koryphäen der Oppoſition dieſer Verſammlung darin finden konnten, daß ſie jetzt der einſtigen Majorität der Abſolutiſten als Sieger entgegentraten, war unbedeutend im Vergleich zu der Niederlage, welche die Revolution in ihrem Prinzipe durch dieſe Berufung erlitt. Aber die Anſchauungen und Principien Camphauſens und ſeiner drei Collegen gingen ſämmtlich über den Standpunkt der Oppoſition dieſes alten Landtags nicht hinaus. Sie waren die Miniſter, deren es im Jahre 1847 als Reſultat des Vereinigten Landtags bedurft hätte, um die Revolution zu verhindern, nicht die Männer, welche eine, ohne ſie und trotz ihrer Niederlage bewirkte Revolution zu Ende zu führen fähig waren. Es iſt nicht ihre Schuld, daß der Drang der Umſtände ihnen eine Stellung anwies, welche über die Geſammtſumme ihrer politiſchen Anſchauung, und damit über ihre Kräfte hinausging. Aber wenn irgend etwas, ſo hätte ſchon der merkwürdige Umſchwung der öffentlichen Meinung in Bezug auf die Berufung des Vereinigten Landtags ihnen die Augen darüber öffnen müſſen, daß die „Kataſtrophe“ des 18—19. März eine Revolution geweſen war, und eine Revolution in den Gemüthern der Menſchen bewirkt hatte. Bis zum Morgen des 18. März rief alle Welt in und

außer Preußen nach schleuniger Versammlung des Vereinigten Landtags, als des einzigen, wenn auch noch so unvollkommnen, bestehenden Organs der Nationalvertretung. Noch an dem Mittage desselben Tages wurde die Verkündung der beschleunigten Einberufung desselben, zu welcher endlich die siegreiche Wiener Revolution unwiderstehlich gedrängt hatte, mit Jubel begrüßt. Und noch waren kaum die äußerlichen Spuren des unmittelbar darauf folgenden Revolutionskampfes beseitigt, da erhoben sich schon von allen Seiten dringend und laut die Stimmen des Protestes gegen die eben noch ersehnte Maßregel. Der Magistrat und die Stadtverordneten von Breslau hatten unmittelbar auf die Kunde von dem siegreichen Ausgange der Berliner Revolution beim Könige den Antrag gestellt: die zugesagte konstitutionelle Verfassung mit den aus Urwahlen hervorgegangenen Vertretern des gesammten Volks zu vereinbaren, und das Wahlgesetz sofort und ohne vorgängigen Beirath des Vereinigten Landtags zu erlassen. Der König hatte darauf erwiedert: daß er durch Gewährung dieses Gesuchs dem bis dahin allgemein ausgesprochenen Wunsche des Landes entschieden zuwiderhandeln würde, und daß er, „so lange nicht der allgemeine Wunsch des Landes sich jenem Antrage anschließe", auf denselben nicht ein=

gehen könne. Dieſer Weiſung gemäß forderten dann auch die Antragſteller (23. März) das geſammte Land dringend auf, ſich durch ſchleunige Erklärungen über den Beitritt zu ihrem Antrage auszuſprechen.

Die Zeit drängte, die Augenblicke waren koſtbar. Die Berufung des Landtags datirte vor dem Eintritte des Miniſteriums. Zwiſchen dem letzteren und dem Termine des Zuſammenkommens der alten Feudalſtände lagen kaum drei Tage. Aber der politiſche Volksinſtinkt, welcher von Camphauſen verlangte, daß er die Berufung des Landtags zurücknehmen, daß er durch den König ein Wahlgeſetz octroyiren laſſen ſolle, traf dennoch mit dieſem Verlangen das Richtige, und die wenigen klar in in die Zukunft ſehenden, nicht von den Erfolgen des Augenblicks berauſchten Politiker traten auf ſeine Seite. Der alte Landtag, ſagten ſie, vertritt nach Wahlart und Zuſammenſetzung nur die alten Feudalſtände und deren Intereſſen. Des Königs eigne Erklärung vom Jahre 1847 verbietet ihm ausdrücklich und feierlich, ſich als Vertreter des Volks zu betrachten. Von ihm, dem alleinigen Vertreter des Beſitzes, iſt ein ächt demokratiſches Wahlgeſetz auf breiteſter Grundlage ohnehin nicht zu erwarten. Aber ebenſowenig iſt er überhaupt ein nothwendiges, nicht zu übergehendes Organ der

Gesetzgebung. Seine Stellung ist eine lediglich beirathende, der König weder an die Einholung dieses Beiraths, noch weniger an die Befolgung desselben gebunden. Die Krone, welche so eben noch erst aus eigner Macht ein Preßgesetz gegeben, kann eben so gut auch ein Wahlgesetz erlassen, ohne den unmaßgeblichen Rathgeber zu befragen, dessen ganze frühere Opposition ohnehin bereits durch die neuesten königlichen Verheißungen weit überflügelt ist. Im Hintergrunde lag dabei der Gedanke, daß den Landtag berufen nicht viel weniger hieß, als die Revolution leugnen. Die Krone war in dem gegenwärtigen Augenblicke als „der einzige aufrecht erhaltene Centralpunkt des Staatsgebäudes", wie sich die Sprecher der zahlreichen Deputationen an den König ausdrückten, zugleich der Ausdruck des siegreichen demokratischen Elements. Unter den bestimmenden Einflüssen dieser Stellung sollte sie selber die Revolution sanktioniren, indem sie unabhängig von einem Landtage, welcher ja eben dem gestürzten Systeme angehörte, ein demokratisches Wahlgesetz als Fundament der neuen Staatszustände hinstellte.

Das Ministerium war andrer Ansicht. Die Berufung des Landtags aufgeben, hieß für Camphausen und seine Doktrin: den „Rechtsboden" aufgeben. Eben diesen Rechtsboden aber war er entschlossen

festzuhalten. Sein Bestreben nach friedlicher Versöhnung der im Auflösungsprozeß begriffenen Elemente klammerte sich an den Gedanken der Berufung des Landtags wie an einen letzten Rettungsanker. Die Feudalstände nicht befragen, da wo es die Vernichtung ihrer Rechte galt, hieß ihm revolutionaire Gewalt üben und eine Reaktion eben dieser Stände gegen die neue Ordnung der Dinge berechtigen. Gewalt freilich wollte auch er geübt wissen, aber die Gewalt moralischen Zwanges. „Der Landtag wird", so ließen sich die Organe des Ministeriums vernehmen, „unter den ganz veränderten Verhältnissen jetzt eine ganz andere Haltung, er wird, beaufsichtigt durch die freie Presse, durch das faktisch bestehende Assoziationsrecht, auch andere Resultate haben", eine Annahme, welche sich allerdings sogar noch über Camphausens Erwartung bestätigte. „Wir bedürfen seiner, um die Reform unsres Staatsgebäudes auf jenem gesetzlichen Wege zu bewirken, den wir nicht verlassen dürfen, ohne der Anarchie Vorschub zu leisten, welche der Reaktion die größte Aussicht auf Erfolg bieten würde."

Der Landtag sollte die alte gestürzte Partei beschwichtigen. Aber für diese war er ja bereits 1847 zu liberal gewesen! Auch erwies sich diese Absicht der Beschwichtigung späterhin als verfehlt. Die Feudalstände bildeten bald genug Junkerparla-

mente, in denen sie gegen die neue Ordnung der Dinge reagirten, obschon sie selbst durch ihr Organ, den Vereinigten Landtag, diese neue Ordnung der Dinge bestätigt hatten. Die konstituirende Versammlung aber, welche am 22. Mai zusammentrat, hat niemals daran gedacht, ihre Berechtigung von den Beschlüssen des Vereinigten Landtags herzuleiten. Sie blieb auf dem Rechtsboden der Revolution, und das zweite Ministerium mußte sich herbeilassen, diesen Rechtsboden anzuerkennen.

Das Festhalten an dieser Berufung des alten Landtags erzeugte eine heillose Verwirrung der Begriffe. Ein Institut, dessen Grundvesten mit dem gestürzten Systeme selbst vernichtet waren, sollte die Regierung stützen, in demselben Augenblicke stützen, wo dieser Landtag sich selbst das Todesurtheil sprechen sollte! Der Widerspruch ließ sich schreiender kaum denken. Dennoch stand das Ministerium mit dem Festhalten an jener Maßreegel keineswegs allein. Ein großer Theil der Bourgeoisie, welche durchaus nach Beruhigung verlangte, und die den größten Theil der improvisirten Bürgerwehr bildete, theilte seine Ansicht. In Berlin war der neuerstandene politische Klubb dagegen, der „konstitutionelle“ dafür. Die Universität verlangte mit 98 gegen 7 Stimmen die Berufung. Die Büreaukratie theilte ohnehin dasselbe Verlan-

gen. Die beginnende Reaktion endlich ergriff den Gedanken mit beiden Händen. Sie vor Allen erkannte, daß die Berufung des Landtags ein durchaus konservativer Gedanke sei, und daß ein ferneres Octroyiren von Seiten des Königs, eben weil es jetzt nur als ein provisorisches gelten konnte, die Revolution fortsetzen heiße. Indem man dem Landtage die Aufgabe übertrug, dem erwachten Volkswillen Form und Ausdruck zu geben, schien der thatsächliche Beweis geführt, daß das alte System nur einige Conzessionen gemacht, oder vielmehr zu machen verheißen hatte, nicht aber gestürzt und vernichtet war.

Der zweite April kam heran. Zahlreiche Bataillone der Bürgerwehr hielten das Schloß umstellt, wo im weißen Saale die provisorischen Volksvertreter tagen sollten. Man hatte einen Tumult des Volks befürchtet, aber das Volk regte sich nicht. Der Platz vor dem Schlosse war bis auf wenige Gruppen von Neugierigen völlig leer. Das Volk nahm keinen Theil an dieser Komödie des Uebergangs. Camphausens Eröffnungsrede, welche mit den Worten schloß: „Wenngleich der Vereinigte Landtag nach seiner Zusammensetzung wie nach seinen Rechten ungemein abweiche von der künftigen Volksvertretung, so lege die Regierung doch auf seinen Beirath großes Gewicht“, erklärte

vollkommen die Theilnahmlosigkeit des Volks an einer solchen Versammlung.

Dennoch täuschte der Vereinigte Landtag sowohl die Hoffnungen als die Befürchtungen derer, welche hier insgeheim darauf rechneten, dort laut die Besorgniß aussprachen, daß er durch seine Beschlüsse dem revolutionairen Freiheitsdrange einen Damm entgegensetzen werde. Er überflügelte die kühnsten Erwartungen der Liberalen und setzte die zahlreichen Anhänger des alten Systems, welche sich jetzt alle unter die Maske des Scheinkonstitutionalismus geflüchtet hatten, in maßlose Bestürzung. Der Landtag nahm nicht nur die Grundzüge der Constitution an, er sanktionirte nicht nur, trotz Herrn von Vincke's Widerspruch, das freie Vereinigungsrecht. Das Ministerium Camphausen mußte sogar die Demüthigung erleben, daß selbst dieser alte Landtag seine Gesetzvorschläge, wie z. B. das Wahlgesetz, in einzelnen wichtigen Punkten noch im liberalen Sinne erweiterte. Der Landtag nahm außerdem den ganzen Umfang der damals hervortretenden liberalen Wünsche in seine Adresse auf. Er forderte Preßfreiheit, Habeas-Corpusakte, freies Versammlungs- und Assoziationsrecht, Unabhängigkeit der Richter, Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes, öffentliche und mündliche Rechtspflege mit Schwurgerichten in Strafsachen, gleiche politische und

bürgerliche Berechtigung für alle Religionen, allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer, ein auf Urwahlen gegründetes Wahlgesetz, beschließende Stimme der Volksvertreter bei der Gesetzgebung und bei dem Staatshaushalte, Verantwortlichkeit der Minister, Vereidigung des Heeres auf die Verfassung, endlich Umwandlung Deutschlands aus einem Staatenbunde in einen Bundesstaat mit Vertretung des Volks bei dem neuen Bunde. „Wie sehr sich auch“ — um mit den Worten des Historiographen der Reaktion zu reden,*) — „das Ministerium bemüht hatte, in seinen Conzessionen den Wünschen des Landtags zuvorzukommen, ein freudiges Erstaunen zeigte derselbe über diese Conzessionen nicht. Er behandelte vielmehr die Vorlagen nur als Abschlagszahlungen, und erinnerte sofort in der Adresse an die rückständige Schuld.“

Wenn das am dürren Holze geschah, was sollte am grünen werden!

---

*) H. Leo, Signatura temporis S. 46. Historisch wichtig ist das Verdammungsurtheil, welches hier die Reaktion sieben Monate später, nach ihrem Siege, über dies Verhalten des alten Landtags ausspricht, dessen Handlungsweise, „welche Recht und Ehre in die Schanze schlug,“ nur „aus einem Mitergriffensein vom revolutionairen Taumelrausche und aus gewissenloser Feigheit erklärt wird. Als die einzigen Verfechter der Ehre und des Rechts im Sinne der Reaktion oder des konstitutionellen Absolutismus, werden in dieser Staatsschrift ein von Bismark-Schönhausen und von Thadden-Trieglaff hingestellt! (S. 47.)

Wenn das Miniſterium der Revolution mit ſeinen Vorlagen ſelbſt hinter dem Landtage des alten Syſtems zurückblieb, welche Stellung wollte es der neuen Verſammlung gegenüber annehmen? In den Augen des Volks aber, ſo wenig es auf den alten Landtag gab, war das Verhalten deſſelben die erſte Niederlage des jungen Miniſteriums. Eine zweite noch augenfälligere Niederlage bereitete ſich dasſelbe, indem es die Wahlen zur deutſchen Nationalverſammlung gleichfalls auf die ſchwachen Schultern ſeines Landtags wälzte, der ſich zu ſeinem eignen Erſtaunen plötzlich mit Machtvollkommenheit aller Art überſchüttet ſah. In allen deutſchen Staaten waren für das deutſche Parlament Urwahlen vorgenommen worden, obſchon daſelbſt verfaſſungsmäßige Kammern der Volksvertreter beſtanden. Nur das Miniſterium Camphauſen wollte von der Doktrin ſeines imaginairen Rechtsbodens auch nicht einen Zollbreit aufgeben. Es ſchien vielmehr demſelben zu Liebe ſogar einen Bruch mit der Mehrheit des künftigen deutſchen Parlaments, die Gefährdung des allgemeinen Rechtszuſtandes nicht ſcheuen und der revolutionairen Frankfurter Verſammlung offen den Fehdehandſchuh hinwerfen zu wollen. Aber es war ſo ernſt nicht gemeint. Ein allgemeiner Sturm des Unwillens brach aus, als der Landtag, zum Ueberfluſſe ſogar noch in die

alten Provinzialstände gesondert, am 6. April wirklich die Wahlen vollzog, und in denselben die offenkundigsten Vertreter des alten spezifischen Preußenthums, Männer wie Stahl und Keller, die Doktrinaire eines Systems, das man so eben unter dem Jubelrufe der Nation gestürzt zu haben meinte, als Vertreter des neuen Preußens bei dem Parlamente des deutschen Volks zu Tage förderte! Nur die offenbare Lächerlichkeit dieses Resultats milderte den Ausbruch des allgemeinen Unwillens über diesen kolossalen Mißgriff des Ministeriums. Die traurige Komödie ward vollständig. Der Bundestag, welcher durch eine hinter dem Rücken des Fünfzigerausschusses den Regierungen zugesendete Aufforderung zur Vornahme der Wahlen die Preußische Regierung zu jenem Schritte verleitet hatte, nahm, von den Fünfzigern bedroht, seine Aufforderung zurück, und adoptirte dafür den Wahlmodus des Fünfzigerausschusses. Dadurch ward Camphausen gezwungen, sich und dem Landtage zur Beschämung und dem ganzen Lande zum Aergerniß, drei Tage nach den bereits vollzogenen Wahlen dieselben (d. 10. April) als ungesetzlich zu kassiren und neue anzuordnen! Aber das Maaß der Mißgriffe schien noch nicht gefüllt. In demselben Augenblicke, wo sie ihrem Lieblinge so den letzten Gnadenstoß moralischer Vernichtung in den Augen der öffentlichen Meinung ge-

geben hatte, ließ ſich das Miniſterium herbei, von dieſem ſo heillos kompromittirten und dann von ihm ſchmählich im Stiche gelaſſenen Landtage noch ein finanzielles Vertrauensvotum in Anſpruch zu nehmen! Der Landtag verſtand ſich am Rande ſeines Grabes zu Allem. Faſt einſtimmig gab er das Vertrauensvotum für vierzig Millionen, nahm ſeine Wahlen zurück, legte ſich in ſein Grab und ſtarb (10. April). Aber die Popularität Camphauſens, der Ruf ſeiner ſtaatsmänniſchen Einſicht wurden mit ihm begraben.

Kapitel VI.

Das Ministerium Camphausen und das Volk von Berlin.

„Nur dem folgt die Menge, der ohne zu zagen und ohne zu zaudern handelt.“ Das Ministerium der Revolution aber machte es wie die alte Regierung. Es überließ überall die Initiative der radikalen Partei. Diese aber war weder befähigt noch vorbereitet, Ordnung und Zusammenhang in ihr Wirken zu bringen. Hier wie dort Mangel an Charakteren wie an organisatorischem Genie. Der Sturm, der das Meer der Volksleidenschaft aufwühlt, treibt ohnehin, wie in der elementaren Natur, den Schmutz des Grundes als Schaum auf die Oberfläche. So auch in der Hauptstadt Preußens und der Preußischen Revolution.

Mit der grandiosen Leichenfeier des 22. März, deren Erhabenheit sich unauslöschlich in die Gemüther der Bevölkerung einprägte, hatte die Volkserhebung der Märzrevolution ihren sittlichen Höhepunkt erreicht. Alle Augenzeugen berichten einstimmig,

daß Berlin seit seiner Gründung Größeres nicht gesehen. Menschen, welche die Begeisterung nie gekannt, erschienen als Enthusiasten, wenn sie der Haltung des Volks an diesem und an den vergangenen Tagen gedachten, das völlig fesselos und jeder eignen Willkür überlassen, allein gebändigt durch die Macht einer großen Idee, die ganze Herrlichkeit seiner innersten Natur offenbarte. Sogar der Magistrat von Berlin floß über von Bewunderung des so heldenhaften und in seinem Siege so mäßigen Volks. Der Berliner Bürger, der Bourgeois im modernen Sinne, zeigte sich von demselben Taumel ergriffen. Es ist wahr, er hatte sich im Ganzen weniger an dem Kampfe selbst betheiligt, er hatte die Barrikadenkämpfer — die Jugend und das eigentliche Volk, die Arbeiter, — anfangs nur durch Oeffnung der Häuser und Auslieferung von Waffen begünstigt — hatte man dergleichen doch in einem fürstlichen Palaste gefordert und erhalten. Aber gegen das Ende des Kampfes hatte die Erbitterung auch den Bürger ergriffen, und er würde denselben am 19. mitgefochten haben und die Vernichtung des zum Tode erschöpften Militairs würde der zweifellose Ausgang desselben gewesen sein. Jetzt aber, nach dem minder blutigen Siege, ward er berauscht von dem Beifallsjubel, mit dem ganz Deutschland in Presse, Adressen und Deputationen den Heldenmuth Berlins zum

Himmel erhob. Er ſah die „glorreiche“ Revolution legaliſirt durch ſeine eigne, bisher ſo friedlebige und ſervile Preſſe, die in „Extrablättern der Freude“ den Sieg der heldenhaften Erhebung gegen den Abſolutismus feierte; legaliſirt durch ſeinen Bürgermeiſter und Rath, der die gefallenen Helden als die Märtyrer der Freiheit pries; legaliſirt endlich durch ſeinen König, der vor den Särgen jener Märtyrer verehrend ſein Haupt entblößte. Er ſah Geheimräthe und Excellenzen mit dem Bürgergewehr neben ſich in Reih und Glied marſchiren, und den Miniſter Kamptz, den einſtigen grimmen Verfolger der ſchwarzrothgoldnen Jugend, jetzt mit der handgroßen ſchwarzrothgoldnen Freiheitskokarde am Hut vor dem Palais des Prinzen von Preußen ſtehen und die Inſchrift „Eigenthum der Nation“ ſtudiren. Was blieb ihm übrig als an ſeine Heldenhaftigkeit, an ſeinen freiheitsdurſtigen Todesmuth zu glauben, da alle Welt denſelben als Thatſache annahm?

Aber dieſer Glaube war nicht ohne Beimiſchung zweifelnder Furcht. Schon im Beginne ſeiner Extaſe erſchreckte den Bürger die Beſorgniß vor der Anarchie. Eine ungeheure Verantwortlichkeit laſtete auf ſeinen Schultern mit dem eiſernen Zauberſtabe der Ruhe und Ordnung, den man ihm durch die Bürgerbewaffnung in die Hand gegeben hatte. Der alte Staat war vorzugsweiſe ein Staat der Ruhe

und Ordnung geweſen. Bisher war der Bürger ſelbſt vom „Staate“ in Ordnung gehalten worden. Jetzt ſollte er den Staat in Ordnung halten. Sein Auge, überall an Gensdarmen und Polizei gewöhnt, ſah ſich vergeblich um nach einem einzigen dieſer hülfreichen Genien der Ordnung. Trug doch das einzig noch ſichtbare Mitglied, der Polizeipräſident Berlins, jetzt ſelbſt die Freiheitskokarde, die zuerſt auf den Barrikaden erſchienen war! Was blieb dem Bürger übrig als ſelbſt Polizei zu werden, und den Verſuch zu machen, Ruhe und Ordnung in der Weiſe und mit Anwendung derjenigen Mittel aufrecht zu erhalten, wie er es in einer langen Reihe von Jahren paſſiv gelernt hatte!

Dazu herrſchte in den erſten Tagen und Wochen ein wirres Durcheinander in der Preußiſchen Hauptſtadt. Die Regierung, die Behörden, ſchwankend, ohnmächtig, willenlos. Von außen drohende Kriegsungewitter aus Dänemark, Rußland, Frankreich; Polen am Vorabende eines Aufſtandes, Deutſchland in gährender Bewegung. Das Preußiſche Militair gleichmäßig erbittert gegen den König wie gegen das Volk Das Volk ſelbſt, nach den erſten Tagen des Rauſches allgemeiner Brüderlichkeit, ſchon durch den Ausſchluß eines großen Theils von der verſprochenen allgemeinen Volksbewaffnung am Beginne einer bedrohlichen Spaltung. Die arbeitenden

Klaſſen von der polizeigewordenen Bürgerwehr vielfach gemißhandelt, von Volksrednern zweideutigen Charakters, von Anarchiſten und heimlichen Reaktionärs gleichermaßen aufgehetzt; die Bürgerſchaft, durch das Geſpenſt des Communismus erſchreckt, alten ſozialen Reformen, die ſich unter ſie ſelbſt hinab erſtreckten und von den Beſitzenden Opfer zu verlangen ſchienen, abgeneigt, in voller Raſerei der Furcht, fanatiſirt für die alte Ruhe und Ordnung, und zu ihrer Herſtellung halb entſchloſſen, ſich erforderlichen Falls mit den Soldaten auf das Volk zu ſtürzen und alle Aufwiegler, Klubbiſten und Volksredner aufzuknüpfen. Die Provinzen geſpalten, ein Theil Schleſiens, Pommerns, der Marken zur Contrerevolution geneigt, ein Theil der Rheinprovinzen zum Abfall. Der Bürger mußte den Kopf verlieren.

Der Umſchwung der Dinge war allzu plötzlich gekommen. Er hatte ſelbſt die Gebildeten und Vorbereiteten überraſcht. Die große Maſſe mußte er völlig verwirren. Der Uebergang aus der ſtrengen Zucht einer Kloſterſchule zu der völligen Ungebundenheit des Univerſitätenlebens konnte nicht ſchneidender ſein. Die Folgen waren dieſelben. Das freigewordene Volk vergeudete Zeit und Kraft in dem tollen Treiben eines ſinnloſen Uebermuths. Wie das Leben in den neuen Staatsformen ſein würde, welche Form die volle Freiheit zu faſſen, der unge-

hemmten Lebensentwicklung den freien Spielraum zu geben vermöge, davon hatten kaum Einzelne eine Vorstellung. Das Bedürfniß nach Belehrung regte sich. Es fand die nächste Befriedigung in dem faktisch freien Assoziationsrecht und in der ebenso thatsächlich freien Presse. Was noch vor wenigen Tagen Verbrechen gewesen war: sich um staatliche Dinge zu bekümmern, eine eigne politische Meinung zu haben und zu bethätigen, das war jetzt Nothwendigkeit und Ehrensache für Alle geworden. Große Volksversammlungen drängten sich rasch auf einander, die Bildung der Klubbs begann.

In den letzteren schieden sich gleich Anfangs die vorhandenen politischen Elemente der Bevölkerung in zwei gesonderte Heerlager. Der „politische" später „demokratische" Klubb suchte unter Leitung von Volksrednern wie Eichler und Jung (nachmals Mitglied der äußersten Linken der Nationalversammlung) die spezifisch demokratische Partei zu vereinigen. Ihm schlossen sich an die Mehrzahl der Liberalen von Metier, junge Aerzte, Handlungsgehülfen, Gewerbtreibende, die jüngeren Kleinbürger, die Arbeiter — die ganze von der Revolution und für ihre Durchführung begeisterte Jugend. Von ihm gingen die meisten Volksversammlungen, die meisten Demonstrationen aus. Was zu ihm gehörte oder sich um die Tribünen seiner Volksversammlungen schaarte, das galt für das

eigentliche Volk, dem seine Führer „mit wenig Witz und viel Behagen“ die Elemente der neuen Staatslehre theoretisch beizubringen, und das sie zu gleicher Zeit für eine praktische Thätigkeit bei den vorkommenden Einzelfragen in Reden und Plakaten zu bearbeiten suchten. Es lag in der Natur der Sache wie in den Verhältnissen, daß bald der letztere Zweck der vorherrschende wurde. Die Lehre von der „verderbten besitzenden Klasse“, der Bourgeoisie, und von dem „unverdorbenen Volke“, den Proletariern, dem Ankergrunde der Zukunft und der Freiheit, bildete den Kern dieser demokratischen Doktrin. Die Arbeiterfrage war in aller Munde. Die Zuversicht, sie zu lösen, bei den jungen Demagogen eben so grenzenlos wie die Unwissenheit der meisten unter diesen Dilettanten der Staatsweisheit.

Ein Zug statt unzähliger. Als später der „demokratische Congreß“ in Berlin tagte, dessen für die „soziale Frage“ niedergesetzte Commission unter andern zu Resultaten gelangte wie: „der Pächter bezahlt hinfort keinen Pacht“, fragte der berühmte Arzt und Patholog V....w einem dieser Sozialisten: „Aber denkt denn wirklich Eure Commission, daß sie die soziale Frage lösen wird?“ „Freilich werden wir sie lösen“, erwiederte der Gefragte, und wenn wir auch die ganze Nacht darum sitzen sollten!“ — Die historische Darstellung

darf auch die Anekdote nicht verschmähen, wo sie so verbürgt und charakteristisch ist wie hier.

Dennoch drängte sich das Volk, die Arbeiter, die Proletarier um die Rednerbühnen. Hier wurden zum Erstenmale ihre Interessen, und zwar von Gebildeteren, als sie selber, mit Theilnahme verhandelt, hier durften sie selber reden, wenn der Mund von dem überging, dessen das Herz voll war. Bisher waren sie Nichts gewesen, als „Nullen des Schwarms", Frohndiener der Gesellschaft, gemaßregelte Handwerksbursche, höchstens brauchbar als „Futter für Pulver", und nur so lange vom Staate versorgt und gepflegt, als sie den Rock trugen, der sie als letzteres bezeichnete und auf längere Zeit von der übrigen Masse völlig absonderte. Bei den Rednern und Führern ersetzten meist Stärke der Lunge und Pathos der Sprache, das sich zu immer kühnern und wildern Redensarten und Bildern steigerte, was der Rede selbst an Gehalt abging. Es bildeten sich Virtuosen des Auf- und Abwiegelns — wie der Berliner Witz die Thätigkeit dieser Volksmänner nannte, — welche, nach Virtuosenart, die Massen auch wohl mitunter nur zur Uebung oder zur Bethätigung ihres Virtuosenthums in Bewegung setzten. Das Volk gewann wenig für seine politische Bildung durch diese Apostel der Demokratie. Es erhielt höchstens einige Stichworte, es wurde bearbeitet, es wurde benutzt,

nicht belehrt. Die Regierung kam obenein dem Treiben jener Volkstribunen zu Hülfe. Um die Massen zufrieden zu stellen, eröffnete man große Bauplätze dicht bei Berlin und zahlte jedem Mann, nicht nur den Berliner unbeschäftigten Arbeitern, sondern auch Fremden, die man dadurch wider Willen heranzog, einen halben Thaler Taglohn. Hoher Taglohn ohne Arbeitsmaaß, ohne strenge Aufsicht, noch dazu in einer großen Stadt, wo bestrafte Diebe und Vagabunden sich mit den tüchtigen Arbeitern vermischten, demoralisirt in den ruhigsten Zeiten. Hier schuf solches Verfahren förmlich einen Heerd der Straßenrevolution, der Emeute. Die Bewegungsmänner brauchten keine Sammelplätze zu bestimmen; sie fanden ihr Auditorium stets auf den Baustellen versammelt, und nicht schlaffe Zuhörer, sondern rüstige, kräftige Leute, denen die Regierung ein Schlaraffenleben auf Staatskosten gewährte. Nichts zeugt besser für den milden Sinn des Volks, als daß solchem Benehmen gegenüber die Revolution nicht wuchs, daß es bei Straßenkrawallen blieb.“ *)

Der constitutionelle Klubb, welcher wenige Tage nach dem demokratischen, um ein Gegengewicht gegen denselben zu bilden, zusammentrat (27. März), war der Ausdruck der intelligenten Bourgeoisie, sein Streben ohngefähr der Richtung

*) v. Unruh S. 27—28.

des Ministeriums Camphausen entsprechend, seine Mitglieder vorzugsweise aus Beamten, Gelehrten, Geldmännern, Kaufleuten, Fabrikanten und dem ältern Theile der Bürgerschaft bestehend, von einzelnen jüngeren wissenschaftlich bedeutenden Literaten, wie Robert Prutz u. a. unterstützt, von einer Celebrität des Preußischen Advokatenstandes dem Oberlandesgerichtsrath Ludwig Crelinger, einem früher vielfach verfolgten Königsberger Liberalen, vortrefflich geleitet. Belehrung, gründliche Besprechung der Tagesfragen war die Hauptsache, die Doktrin, das theoretische Streben vorherrschend, die Praxis ging nicht über zahlreiche Adressen hinaus. Ein eignes Organ, die von Prutz redigirte konstitutionelle Zeitung, berichtete über die Verhandlungen dieses Klubbs und seiner Thätigkeit, während der Student Schlöffel seinen „Volksfreund" zum Organe des politischen Klubbs machte. In der Landtagsfrage trat zuerst die Scheidung zwischen beiden Vereinen schroff und scharf zu Tage. Hier stand der konstitutionelle Klubb auf Seiten der Regierung und ihrer Doktrin vom gesetzlichen Uebergange, während der „politische" sofortige Urwahlen, und damit die principielle und thatsächliche Anerkennung der Revolution verlangte.

Aehnlich wie in der Hauptstadt, gestalteten sich die Dinge auch in den Provinzen und namentlich in den größern Städten und Centralpunkten dersel-

ben. Nur daß hier der Konſtitutionalismus und die Vereine, welche ſeinen Namen auf ihre Fahne ſchrieben, bei weitem weniger die freiſinnigen Elemente als vielmehr die große Anzahl derjenigen — beſonders des zahlreichen Beamtenheeres — vereinigten, welche ſich plötzlich zu ihrer eignen Beſtürzung über Nacht ohne ihr Zuthun aus ſchweigend gehorſamen königlichen Unterthanen in mündige konſtitutionelle Staatsbürger umgewandelt ſahen. Alle geſinnungsloſen oder furchtſamen Reaktionäre flüchteten ſich unter den Schild der „vom Könige gegebenen“ konſtitutionellen Parole. Wenn ſich dieſe konſtitutionellen Vereine ſpäter in Preußen und in ganz Norddeutſchland ſehr entſchieden auf die Seite der Frankfurter Nationalverſammlung ſtellten, ſo geſchah dies, weil man von derſelben die gebrochene Fürſtenmacht Schritt vor Schritt wieder aufrichten und kräftigen ſah. In Preußen wurden dieſe „konſtitutionellen Vereine“, denen ſelbſt das Wort „Klubb“ noch zu revolutionär war, bald zu thätigen Helfershelfern der Reaktion, die auch in den Provinzen ſchon in den erſten Wochen ſich zu rühren begann. Sie benutzte die Preßfreiheit, um die Berliner Revolution als eine verbrecheriſche Fremden- und Pöbel-Emeute zu ſchmähen und den Gedanken der deutſchen Einheit zu verhöhnen. Die Träger der deutſchen Farben, welche am Helme Friedrich Wilhelms IV. prangten,

waren in Stettin und anderswo ihres Lebens kaum sicher. Ja es fehlte selbst nicht an Aufforderungen, mit gewaffneter Hand nach Berlin zu ziehen, um die rebellische Hauptstadt zu züchtigen und die alte Ordnung der Dinge wieder herzustellen, Aufforderungen, deren Anstifter, obschon bekannt, durch die Schlaffheit des Ministeriums straflos blieben.

Während so der Assoziationstrieb in Berlin alle möglichen Vereine und Versammlungen, unter andern sogar eine Versammlung von Almosenempfängern zur Wahrung ihrer politischen Rechte hervorbrachte, zeigte sich ein fast noch regeres Leben in der freigewordenen Presse. Indeß die beiden alten Berliner Zeitungen, die Vossische und Spenersche, seit dem 19. März die Siegestrunkenheit und das Freiheitsheldenbewußtsein des Berliner Bürgerthums, aber auch zugleich bald die Ruh- und Ordnungssehnsucht, die Furcht vor Anarchie und Pöbelregiment und die ganze Verwirrung der in den Köpfen dieses Theils der Bevölkerung herrschenden Begriffe treulich wiederspiegelten; während die Preußische Allgemeine Zeitung sich in unheimliches Schweigen hüllte und die Zeitungshalle sich plötzlich auf die Höhe des demokratischen Radikalismus schwang, ehe die Rugesche „Reform“ ihr diesen Platz streitig machte, sammelte die ehrlich und bewußt konstitutionelle Partei sich um die Fahne der am 1. April gegründeten

Nationalzeitung, welche eben deshalb auch im Laufe weniger Monate einen in der Geschichte der deutschen Tagespresse bisher unerhörten Aufschwung nahm. Das Ministerium Camphausen bewies auch hier seinen Mangel an schöpferischer Kraft, indem es die Benutzung des stärksten Hebels der öffentlichen Meinung durch Gründung eines tüchtigen Regierungsorgans verabsäumte. Vereinzelte Versuche der Minister Hansemann und Auerswald blieben erfolglos, hauptsächlich darum, weil sie tüchtigen und bewährten Publizisten keine Garantie durch ein offenes und entschiedenes liberales Programm zu bieten vermochten. Auch bei dieser Gelegenheit zeigte sich für den Kundigen, daß die zur Regierung gelangte alte Opposition, welche sich unter dem Schutze ihrer damaligen Popularität unantastbar wähnte, hinter den Anforderungen der Gegenwart zurückgeblieben sei. Die Regierung, d. h. jeder einzelne Minister, sah sich gezwungen, mit ihrer Doktrin in den alten Berliner politischen Sudelküchen durch eingesandte Artikel zu hospitiren, oder Provinzialzeitungen zu gleichem Zwecke zu benutzen. Von Einheit der leitenden Gedanken konnte bei dieser Zersplitterung eben so wenig die Rede sein, als von nachhaltiger planmäßiger Wirkung. Für die Hauptstadt sah man sich ohnehin bald genöthigt, zu dem Hülfsmittel der Straßenlitteratur, der Plakate, zu greifen.

Dieſe Straßenlitteratur, welche mit der neuen Freiheit wie mit einem Zauberſchlage aus dem dürren Boden Berlins wuchernd emporſchoß, bildete einen weſentlichen Zug in der völlig veränderten Phyſiognomie der Hauptſtadt des beſchränkten Unterthanenverſtandes. Es ſchien, als wolle ſich der letztere für die lange Entbehrung der politiſchen Koſt jetzt doppelt und dreifach ſchadlos halten. Die raſtloſe Induſtrie, welche die alten und neuen Zeitungsblätter, die Plakate und Maueranſchläge, die Tages- und Flugblätter, die Broſchüren, Extrablätter und Carikaturen zu tauſenden produzirte, und theils unentgeldlich an Straßenecken und Bäumen der Volkslektüre Preis gab, theils durch ein raſch organiſirtes Korps von vielen hundert „fliegenden Buchhändlern“, beſtehend aus der Elite des Berliner Gaminthums, für geringes Geld in das Publikum ſchleuderte, dieſe wahrhaft ſtaunenswerthe Induſtrie, von welcher bisher der ruhige Berliner nur aus dem fernen Paris und London gehört und geleſen hatte, — ſie fand ihres Gleichen nur in der beiſpielloſen Leſewuth, mit welcher Alt und Jung, Vornehm und Gering, gehend und ſtehend, fahrend und reitend das ſo Gebotene begierig verſchlang. Vergebens ſuchte Hr. v. Minutoli die Induſtrie dieſer Volkslitteratur zu hemmen. Seine Verſuche ſcheiterten an der öffentlichen Meinung, ſeine Verbote gegen die Thätigkeit der

fliegenden Buchhändler wurden von Rechtskundigen als ungesetzlich zurückgewiesen. Das Volk ward anfangs durch diese Straßenlitteratur nicht selten verwirrt und unnöthig aufgeregt. Allein es gewöhnte sich bald, auch das Leidenschaftlichste und Ausschweifendste ohne sonderliche Aufregung hinzunehmen. Das Gift trug sein Gegengift in sich, das Alltägliche der Wiederholung stumpfte ab, und ließ bald gleichgültig gegen offenbare Uebertreibung, während ein ehrlich offnes Wort meist immer eine gute Stelle fand. Zugleich aber lernte das Volk die Gegenstände kennen, um die es sich handelte, weil sie ihm hier zuerst in einer ihm verständlichen Sprache vorgetragen waren, deren gradherausgehende Klarheit gegen die geschraubte vornehme Dunkelheit der bisherigen öffentlichen Erlasse und Kundgebungen sehr zu ihrem Vortheil abstach. Die alten Preußen schrieen Zeter, daß man das „unmündige, urtheillose" Volk in die politische Debatte ziehe. Sie sahen nicht ein, daß jeder solche Schrei eine schwere Anklage gegen das alte System war, welches das Volk geflissentlich verwahrlost und zur Unmündigkeit erzogen hatte. Das Volk aber schulte sich schneller als man erwartete. Es wurden eine Fülle neuer Begriffe in Umlauf gesetzt, und das Urtheil bei Vielen geweckt, bei andern gestärkt.

Wir haben gesehen, daß die allgemeine Stim-

mung des Volks bei dem Antritt des neuen Ministeriums eine demselben durchaus günstige war. Aber Camphausens schwermüthiger und einsamer Charakter fühlte sich durch diese Stimmung des erwartenden Vertrauens nicht gehoben. Man sagte schon damals von ihm, daß er sein Amt mit Seufzen statt mit freudiger Zuversicht übernommen. Aus solcher Stimmung konnte nichts Großes, Bewältigendes hervorgehen. Zudem war und blieb ihm das Berliner Terrain nach allen Richtungen hin ein fremdes. Dem Hofe gegenüber lastete auf ihm die Scheu des Emporkömmlings, die nur revolutionäre Kühnheit eines Charakters überwindet, der sich selbst gegen das eigne Herz und gegen jede sentimentale Ehrfurcht vor der imponirenden Tradition zu stählen weiß. Mit seinen Kollegen stand er wenig im Zusammenhange; ihre politischen Glaubensbekenntnisse waren zum Theil sehr widersprechender Natur. Zwischen ihm und dem bedeutendsten derselben, dem klugen, ehrgeizigen, zähen Hansemann waltete sogar ein Verhältniß von Rivalität, denn das starke Selbstvertrauen des letzteren war nicht geeignet, sich mit der zweiten Rolle zu begnügen, wie das später bei Kabinetsfragen offen zu Tage kam. Die übrigen Minister, welche ihm zum Theil noch ferner standen, bewegten sich jeder in seinem Terrain mit fast souveräner Machtvollkommenheit. Nach allen Seiten

hin gebrach es an der Einheit kräftiger Oberleitung. Zur Gesellschaft, zum Volke, zur öffentlichen Meinung hatte der Premier eine noch viel einsamere Stellung eingenommen. „Die öffentliche Meinung sei so schwer zu erkennen!“ klagte er später einmal in der Nationalversammlung. Und doch giebt es Zeiten, wo mitunter die Weisheit auch auf der Gasse zu vernehmen ist. Camphausen aber theilte die Verstimmung, welcher sich die alte Landtagsopposition von 1847 gegen den frischen Wind des freilich, wie alle Anfänge, etwas chaotischen Volks- und Tagestreibens der Hauptstadt hingab. Wenn er die Popularität nicht verachtete, so that er doch nichts, sie zu gewinnen. Eine Neigung zum Diplomatisiren, mit hoher Stellung so leicht verbunden, bemächtigte sich des vorzüglichen Mannes. Die Furcht vor der „Phrase“, dem begeisterten und begeisternden Worte prägte sich aus in jeder offiziellen Kundgebung, in jedem Erlasse. Selbst bei Gelegenheit der patriotischen Anleihe fehlte der Aufforderung Kraft und Schwung. Und doch waren beide nie nothwendiger als hier, wo das Vertrauen auf den bisherigen blühenden Zustand des Preußischen Staatsschatzes einer erschreckenden Bestürzung über dessen erschöpften und geleerten Zustand gewichen war. Und doch konnte, wenn man auf die Wirkung der Phrase zur Rettung des Landes in Frankreichs

Februarrevolution auch hochmüthig herabsehen zu dürfen meinte, — es konnte die Erinnerung an die Sprache der Preußischen Regierung von 1813 lehren, was mit dem schwungvollen Worte auszurichten sei. Wir werden sehen, wie dieses Diplomatisiren in der Sprache zum Volke bei Gelegenheit der Rückberufung des Prinzen von Preußen seine schlimmen Früchte trug.

Die ersten Störungen der Ruhe, welche von Alarmirungen durch falsche Gerüchte ausgingen, blieben ohne Untersuchung. Sie würde darauf geführt haben, daß schon damals das Ausstreuen falscher, beunruhigender Gerüchte als ein Hauptmittel der Reaktion angewendet zu werden begann, welche auch später eifrig fortgesetzt wurde. Die offenbar contrerevolutionären Drohungen pommerischer und märkischer Junker blieben unbestraft. Die Petitionen um direkte Wahlen wurden abgewiesen (13. April). Wenn hier Camphausen in seinem Rechte war, so war die gewaltsame Verhinderung der großen Demonstration vom 20. April dagegen nicht nur ungesetzlich, sondern auch was schlimmer war, ein politischer Fehler. Die Entwicklung einer imposanten Streitmacht von 10,000 bewaffneten, mit Munition wohl versehenen Bürgern gegen einige tausend unbewaffnete Arbeiter, ward so gut wie die Demonstration selbst von denen unterstützt, welche

einen blutigen Zuſammenſtoß zwiſchen Bürgern und Arbeitern herbeizuführen wünſchten, um dann das Militär von Potsdam zurückrufen zu können. *) Schon damals gingen Gerüchte von Geldvertheilungen verkappter Reaktionäre unter die Maſſen. Gewiß aber iſt, daß von dieſem Tage an die unheilvolle Spaltung datirte, welche mehr und mehr den bewaffneten Bürger dem unbewaffneten größern Reſte des Volks feindlich gegenüber ſtellte. Von da ab blieb die Unpopularität Camphauſens beſtändig im Zunehmen. Die Wahlen zur konſtituirenden Nationalverſammlung (1. und 8. Mai) gaben unerwartet radikale Reſultate, obſchon damals Männer wie Waldeck noch zu den gemäßigten Konſtitutionellen gezählt wurden. Es war dies ein nothwendiger Rückſchlag, welchen die Berufung des Vereinigten Landtags und die ganze ſchwankende Haltung des Miniſteriums hervorgerufen hatte. Er war um ſo bedeutungsvoller, da im Ganzen weder von Seiten der Regierung noch auch von Seiten der Radikalen

---

*) Schon am 13. April hatte nur der Widerſpruch der Berliner Bürgerwehr, das von dem neuen Kommandeur derſelben, General Aſchoff, vorgeſchlagene Hereinziehen größerer Truppenmaſſen nach Berlin verhindert. (Vergl. Perſonen und Zuſtände S. 34.)

irgend ein bedeutender Einfluß auf die Wahlen geübt worden war. Was Camphausen aus sittlicher Redlichkeit unterließ, versäumten oder verfehlten die andern aus unruhigem Leichtsinn. Dieser Ausfall der Wahlen überraschte und bestürzte den Premierminister. Man sagt, daß von hier an seine Besorgniß vor hereinbrechender Anarchie, sein Unglaube an die Zukunft datire.

Dennoch bestand das Ministerium nur um so mehr auf der Einberufung der konstituirenden Versammlung. In ihr suchte es, was es in sich selbst nicht fand, Anhalt und Kraft. Dieser neue Preußische Landtag sollte der Rettungsanker werden für das auf den hochgehenden Fluthen treibende Staatsschiff. Vergebens hatte der Fünfzigerausschuß, unterstützt von der Presse und zahlreichen Volksversammlungen die Ueberzeugung geltend gemacht: daß die Landtage der deutschen Einzelstaaten während der Dauer des konstituirenden deutschen Parlaments ausgesetzt, und konstituirende Versammlungen in den einzelnen Staaten nicht berufen werden dürften, bevor das Verfassungswerk für Deutschland zu Stande gebracht sei. Selbst der Bundestag und die Vertrauensmänner hatten dieser Ansicht beigestimmt. Alle Regierungen hatten sich dem gefügt; nur die Preußische that es nicht. Und doch war gerade Preußen derjenige Staat, auf den man es bei jenem Beschlusse

hauptsächlich abgesehen hatte. Die Gründe für den letztern lagen zur Hand. Eine konstituirende Versammlung in Berlin, zu gleicher Zeit mit dem deutschen Verfassungsparlamente in Frankfurt tagend, zerspaltete die Aufmerksamkeit des deutschen Volks, und lenkte dieselbe ab von dem wichtigsten Gegenstande des Gesammtvaterlandes auf die Sonderinteressen eines, und zwar des mächtigsten Einzelstaates. Sie entzog der deutschen kunstituirenden Nationalversammlung bedeutende geistige Kräfte; die Frankfurter Wahlen traten gegen die Preußischen in der öffentlichen Meinung des Landes auf eine bedauernswerthe Weise in den Hintergrund. Man wählte in die erstere vorzugsweise Theoretiker, Gelehrte und Professoren, weil man die praktischen Männer für das eigene Vaterland brauche. Ein Verkennen der Dinge, ein Mißtrauen gegen die Wirksamkeit der Frankfurter Nationalversammlung ward damit von vorn herein kund gethan, wie von Seiten der Regierung, so auch, nach deren Vorgange, von Seiten des Volks. Der Preußische Partikularismus trat in den Vordergrund, während er nach dem königlichen Worte vom Aufgehen Preußens in Deutschland vielmehr verschwinden sollte. Die Geschichte des Jahres 1848 hat später gerichtet; sie hat jene Gründe und Befürchtungen zu Thatsachen erhoben. Das Ministerium Camp-

hauſen aber hatte kein Ohr für dieſe Gründe und Befürchtungen. Es dachte nur an ſich ſelbſt und — glaubte nicht an eine deutſche Zukunft. Man hatte kein Vertrauen zu dem Werke der deutſchen Einheit, man wollte in dem allgemeinen Schiffbruche Deutſchlands, den man vorauszuſehen meinte, wenigſtens Preußen retten, und ſtürzte beide ins Verderben. Das Miniſterium wies auch hier den Gedanken einer proviſoriſchen Diktatur zur Befeſtigung der neuen Ordnung der Dinge im eignen Lande von ſich, und trat ſtatt deſſen durch ſeinen Beſchluß, die Preußiſche Nationalverſammlung einzuberufen, dem deutſchen Verfaſſungsparlamente mit einem Mißtrauensvotum entgegen. Und doch war das deutſche Parlament das einzige Mittel, die Einheit Deutſchlands auf dem Wege friedlicher Umgeſtaltung zu erzielen. Wer ihr hemmend und ſchwächend entgegentrat, arbeitete bewußt oder unbewußt der reaktionären Anarchie in die Hände. Die Motivirung der Maßregel im Preußiſchen Staatsanzeiger vom 13. Mai war überaus dürftig. Preußen dürfe ſeinen „ungewiſſen Zuſtand“, den Zeitraum wo ihm alle legislative Gewalt fehle, nicht verlängern. Dieſer einzige Grund, welchen das Miniſterium vorzubringen wußte, war zugleich das offene Eingeſtändniß der eignen Rath- und Thatloſigkeit, ein politiſches Armuthszeugniß der Schwäche.

Wenn das Ministerium Camphausen mit diesem seinem Beschlusse der Einberufung einer Preußischen konstituirenden Versammlung, in Berlin und Preußen weniger Widerspruch erfuhr als in Frankfurt und dem übrigen Deutschland, so rief dagegen ein zweiter Beschluß desselben eine Aufregung in der Preußischen Hauptstadt und in ganz Deutschland hervor, welche dasselbe nahe an den Rand des Abgrunds brachte. Dies war der Beschluß zur Rückberufung des Prinzen von Preußen.

Der Name des Prinzen von Preußen war gleichbedeutend mit der Reaktion. Als Venedey im Fünfzigerausschusse zu Frankfurt (28. April) seinen Antrag auf Errichtung eines Parlamentsheers stellte, schloß er unter stürmischem Beifall mit den Worten: in Schleswig-Holstein haben die Preußischen Garden gerufen: „es lebe der Prinz von Preußen! das heißt soviel als: es lebe die Reaktion!“ Dies Wort hallte wieder durch ganz Deutschland. Hatte doch schon früher die gemäßigte Deutsche Zeitung von der Nothwendigkeit einer Thronentsagung des Prinzen von Preußen gesprochen. Auch in Preußen ging die Rede, die zusammentretende Nationalversammlung werde es ihr erstes Geschäft sein lassen, die Thronfolge festzustellen. Dagegen sprach der in Schleswig-Holstein kommandirende General Wrangel in einem Briefe an den Prinzen öffent-

lich aus, „daß die Preußische Armee sein Andenken treu und warm im Herzen bewahre, und es als ihr größtes Glück betrachten würde, sich mit vollstem Vertrauen und hingegebener Liebe unter seine Führung zu stellen.“ Der Widerstreit der Ansichten und Sympathien lag hier klaffend offen. Um so mehr drang man von Seiten des Hofes in die Minister, die Rückkehr des Prinzen zu bewerkstelligen, und fand besonders an Hansemann einen eifrigen Vertreter der Ansicht, daß der Prinz von Preußen zurückgekehrt sein müsse, ehe die Nationalversammlung zusammentrete. Man setzte von Seiten der Hofpartei Alles in Bewegung. Der Adel auf dem Lande petitionirte; die Krämer in Berlin, welchen man vorspiegelte, daß mit dem Wiedererscheinen des Prinzen und des Hofes auch das alte Verkehrsleben wieder eintreten werde, wurden leicht beredet. Eifrige Agenten betrieben Adressen und Petitionen an die Minister. Die Garden in Schleswig ließen ihren Prinzen hochleben, sangen Spottlieder auf Berlin, und vermaßen sich, dahin zurückzukehren, und die Rebellenstadt dem Erdboden gleich zu machen. Das Ministerium, vom Hofe auf alle Weise gedrängt, und in völliger Unkenntniß über die Stimmung der Hauptstadt und des Landes, entschloß sich, das Wagstück zu versuchen.

Wie ein Donnerschlag bei heiterem Himmel, so

unerwartet erschien plötzlich am 11. Mai im Preußischen Staatsanzeiger das Dokument, welches von Seiten des Staatsministeriums dem Könige den Antrag stellte: „dem Prinzen von Preußen die Abkürzung des Aufenthaltes in England zu empfehlen.“ Die Motivirung dieses Antrags konnte nicht ungeschickter und unpolitischer sein. Das Patent begann mit der aller Welt neuen und unerhörten Behauptung: der Prinz sei vom Könige mit einer diplomatischen Mission nach England entsendet. Das Wahre an der Sache war, daß man dem Prinzen, nachdem er dem Befehle, sich für eine Zeit lang zu entfernen Folge geleistet — (er selbst hatte den Rath zu solcher scheinbaren Flucht abgewiesen) — und sich unter Umständen, welche einer Flucht sehr ähnlich sahen, über Hamburg nach England begeben hatte, allerdings irgend einen (welchen, ist nie bekannt worden) Auftrag nachträglich hatte zugehen lassen, um den wahren Grund seiner Entfernung diplomatisch zu maskiren. Das Ministerium ließ leise einfließen, daß dies Alles „vor seiner Bildung“ geschehen sei. Dennoch aber war die Bevölkerung, welche von dieser diplomatischen Taschenspielerei weder etwas gewußt hatte, noch jetzt auch nur an sie glaubte, auf das Aeußerste empört, über diesen Versuch, eine offenbare Thatsache, wofür die Flucht des Prinzen überall galt und gelten mußte, zu verfälschen.

Daſſelbe Miniſterium, welches acht Wochen lang die Inſchrift Nationaleigenthum auf dem Palais des Prinzen hatte ſtehen laſſen, das der tauſendfältig wiederholten Behauptung, der Prinz von Preußen ſei zu Louis Philipp und Metternich entflohen, nie widerſprochen hatte, ſprach dieſer ſeiner Schwäche jetzt ſelber das Gericht. Nicht minder wie der Eingang empörte die Motivirung der Maßregel die Gemüther. Es ſei unumgänglich nothwendig, daß der Thronfolger nicht nur die vereinbarte Verfaſſung beſchwörend anerkenne, ſondern auch, daß während der Berathung derſelben die Nationalverſammlung die Gewißheit habe, „in dem erſten Unterthan des Königs einen Mitbürgen der Rechte zu finden", welche des Königs Gnade „den Volksvertretern einzuräumen beſchloſſen habe." Dabei ſprachen die Miniſter es aus „die Ritterlichkeit des Prinzen von Preußen ſei die ſicherſte Gewähr für das aufrichtige Beharren auf einer Bahn, welche der Prinz als ein Bedürfniß für das Wohl des Volks erkannt habe." Die Miniſter beriefen ſich damit auf eine Geheimkunde von einer vollkommnen Ueberzeugungsänderung des Prinzen, welche derſelbe bis dahin noch nirgends dokumentirt hatte. Sie ſahen ſich bald gezwungen, zu erklären, daß derſelbe dies vor ſeiner Rückkehr öffentlich thun werde. Sie waren oder wurden getäuſcht. Der Prinz hat ſich

nie zu einer solchen Erklärung herbeigelassen, er hat sich immer nur auf den Befehl seines Königs und Herrn, nie auf seine geänderte Ueberzeugung berufen. Er hat die Freiheit nie bekannt, und darum auch nie verleugnet.

Gleichzeitig mit dem Antrage erschien der einwilligende Bescheid des Königs. Hier ward gesagt: daß der Prinz „wiederholentlich seine volle Zustimmung zu der neubetretenen Bahn gegen den König ausgesprochen habe.“ Welche Phasen diese Bahn durchlaufen, welches Ziel sie haben würde, lag freilich in dämmernder Unbestimmtheit. Zugleich bekundete der königliche Bescheid, daß die beiden, zur nächsten Umgebung des Prinzen gehörigen Stabsoffiziere Graf Königsmark und Major Oelrichs, von demselben entfernt und der Major Laue zum ersten Adjutanten des Prinzen ernannt, und mit Ueberbringung der Aufforderung zur Rückkehr beauftragt sei.

Die Aufregung war allgemein. Plakate an den Straßenecken erklärten (12. Mai) kurz und bündig: „der König hat den Prinzen von Preußen zurückgerufen, das Staatsministerium ist dafür verantwortlich. Bürger, gebt Eure Meinung dadurch kund, daß ihr nicht bei der Känigsparade erscheint. Nur das Volk, nur die Nationalversammlung kann den Prinzen von Preußen zurückberufen!“ Die auf den

13. Mai angesetzte erste Parade der Bürgerwehr vor dem Könige ward eiligst abbestellt. Deputationen der studirenden Jugend wie der Bürger erbaten bei den Ministern die Zurücknahme des unheilvollen Beschlusses. Man beschied sie auf den nächsten Tag. In der Nacht vom 12.—13. Mai kam es zu tumultuarischen Auftritten vor dem Palais des Prinzen, welche der Volksredner Held beschwichtigte. Am 13. erschien der versprochene Bescheid in einer Proklamation, welche die bereits angeführten Gründe für die Nothwendigkeit der Maßregel wiederholte, und die Schwäche derselben durch Hinzufügung einiger Wendungen, welche beruhigend wirken sollten, erst recht grell hervorhob. Den bisher geheimen „Zweck der Mission des Prinzen in das wahre Licht zu stellen", hieß es in dieser Proklamation, „würde die Nationalversammlung Gelegenheit bieten". Es ward der Ton darauf gelegt, daß der Prinz „in dem freien England weile", und daß er „seinen verzögernden Rückweg über das durch seine Institutionen sich bewährende Belgien nehmen werde. Man solle die Rückkehr des Prinzen nur abwarten, „das ganze Land werde alsdann die Ueberzeugung gewinnen, daß der Prinz mit freudiger Zuversicht die von der Regierung betretene neue Bahn zu verfolgen fest entschlossen sei, und daß die Regierung von ihm eine kräftige Unterstützung bei Aus-

führung der Vorschläge zu erwarten habe, welche sie im Interesse der Befestigung der Freiheit an die zu berufende Versammlung zu bringen beabsichtigen." Man sprach es aus, die Rückkehr des Prinzen von Preußen werde „alle Besorgnisse vor reaktionairen Tendenzen verschwinden machen."

Allgemeiner Unwille und Hohn empfing das merkwürdige Aktenstück dieser Proklamation, welche die öffentliche Indignation in Wahrheit herausforderte und dabei den Prinzen von Preußen förmlich blosstellte. „Das Ministerium sagt uns", rief ein Redner der Volksversammlung unter den Zelten, „der Prinz von Preußen studiere die Freiheit im Lande der Erbweisheit und im freien Belgien. Lassen wir ihn studieren, er hat viel zu lernen. Gönnen wir ihm Zeit, seine Studien gründlich zu vollenden!" Diese Volksversammlung, von vielen Tausenden besucht, bewahrte eine musterhafte Haltung. Aus der Kritik seiner Proklamation, welche hier vorgenommen wurde, hätte das Ministerium lernen mögen, wie man zum Volke sprechen muß. Die Empörung, der Unwille über die unwahre Sprache, über das offenbare Entstellen der Thatsachen waren eben so stark bei den Menschen, als der Ausdruck dieser Empfindungen von einer Art schmerzlichen Bedauerns begleitet über die Hinwen-

dung der Märzminiſter zu den Kunſtgriffen der alten Diplomatie. Zum erſtenmale wieder ſeit dem 18. und 19. März zeigte ſich Einigkeit zwiſchen den Bürgern und dem Volke. Alle Klubbs, die geſammte Preſſe, die Bürgerwehr erklärten ſich gegen die Maßregel. Sogar der Magiſtrat wagte es nicht, ſich dafür auszuſprechen, obſchon der Bürgermeiſter Naunyn ihm die amtliche Mittheilung machte, daß die „Miſſion“ des Prinzen eine Wahrheit ſei. Die Stadtverordneten lehnten es ab, vermittelnd zwiſchen der Einwohnerſchaft und dem Miniſterium aufzutreten. Selbſt in den Reihen des Miniſteriums zeigte ſich Zwieſpalt. Allgemein hieß es, einzelne Miniſter hätten ſich gegen die Maßregel der Rückberufung ausgeſprochen. Die Bürgerwehr erklärte offen, daß ſie keiner Volksdemonſtration in den Weg treten werde. Sogar der ſehr loyale Kommandant der Bürgerwehr, Generalmajor von Aſchoff, ſprach es mit 19 Führern derſelben öffentlich aus, daß ſie die Rückberufung des Prinzen, als gegenwärtig unzeitig, nicht zu billigen vermöchten. Ueberall hörte man Stimmen, welche den Rath, durch dieſe Rückberufung Bürgerwehr und Volk gegeneinander zu hetzen, um ſodann eine militairiſche Reaktion unternehmen zu können, als einen „ruſſiſchen Anſchlag“ bezeichneten, zu dem man ſich nicht hergeben wolle. Auch aus den Provinzen, beſon-

ders vom Rhein her, liefen zahlreiche Proteſte gegen die Rückberufung des Prinzen ein. Das Miniſterium ſah ſich von allen Seiten verlaſſen. Sein Sturz, oder die Zurücknahme der Beſchlüſſe, vielleicht beides, ſchien faſt unvermeidlich.

Dennoch geſchah keins von beiden. Das Miniſterium wurde im Augenblicke der höchſten Gefahr gerettet durch die Unklugheit der radikalen Partei und die zweideutige Haltung eines ihrer Führer. Es ward von der erſtern eine Aufforderung zu einer „bewaffneten Volksverſammlung“ (14. Mai) erlaſſen. Dieſe Aufforderung änderte die öffentliche Stimmung wie mit einem Zauberſchlage. Proteſte der Bürgerwehr und des bewaffneten Studentenkorps, welche unter das Volk vertheilt wurden, ſprachen ſich laut gegen eine ſolche ungeſetzliche Handlung aus, welche offenbar die Einleitung zu einem gewaltſamen Losbrechen ſein ſollte. Man wollte keine Gewaltthat, keine neue Revolution. Diejenigen, welche bewaffnet in der Zeltenverſammlung erſchienen waren, mußten ihre Waffen ablegen, andere wurden unterwegs entwaffnet. Der Kleon der Berliner Straßendemagogie, Herr Held ſah ſich gezwungen, in ſeiner Rede die Aufforderung als ein „Mißverſtändniß“ zu bezeichnen. Zugleich theilte er einen Briefwechſel zwiſchen dem Kommandeur der Bürgerwehr, General Aſchoff und dem Miniſterpräſidenten mit,

in welchem der letztere auf die Anfrage des ersteren: ob es gegründet sei, daß der Prinz von Preußen sich bereits in der Nähe von Berlin befinde, die Antwort ertheilt hatte, der Prinz weile noch immer in England, und werde bei dem Umwege über Belgien, den er auf seiner Rückreise zu nehmen gedenke, vor Ablauf von vierzehn Tagen nicht in Berlin sein." Es ward nun beschlossen, durch eine Demonstration vom Ministerpräsidenten die hier angeführte feste Zusicherung zu verlangen, daß der Prinz nicht vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung und nicht ohne deren Zustimmung zurückkehre. Man zog in guter Ordnung vor das Hotel des Ministerpräsidenten, wo nach einstündiger Verhandlung mit der Deputation der anwesende Minister Schwerin vom Balkon herab eine ausweichende Antwort gab, welche einen Bescheid auf Morgen verhieß. Derselbe lautete am folgenden Tage (15. Mai): „Der Prinz werde frühestens in vierzehn Tagen, also jedenfalls nach der am 22. Mai unwiderruflich festgesetzten Versammlung der Volksvertreter in das Vaterland zurückkehren. Vorher werde derselbe jedoch — wie es nie anders die Absicht gewesen, seine volle Zustimmung zu der neubetretenen konstitutionellen Bahn öffentlich kund geben." Zugleich erklärten die Minister mit Recht, daß sie zur Niederlegung

ihres Amtes vor der Eröffnung der Versammlung sich nicht bewogen fänden.

Die radikale Partei, welche es insgeheim auf eine gewaltsame Volkserhebung abgesehen hatte, war geschlagen. Das Volk irre geworden an der theils schwankenden, theilsoffenbar zweideutigen Haltung mehrerer seiner Führer, verhielt sich ruhig. Die gemäßigte Partei, durch jene Aufforderung zur bewaffneten Volksversammlung stutzig gemacht und erschreckt, befriedigte sich mit der letzten Erklärung des Ministeriums. Die Regierung hatte gesiegt. Aber dieser Sieg war eine Niederlage in der öffentlichen Meinung. Wenn auch der verunglückte Versuch einer neuen Revolution dem Ministerium gerade in dem Augenblicke eine neue Stütze unterschob, wo seine Existenz am meisten bedroht erschien, so war doch der Rest von Vertrauen in die politische Einsicht, Charakterstärke und volksthümliche Haltung des Ministeriums selbst bei dem gemäßigten Theil der Liberalen dahin. Die Unzeitigkeit der ganzen Maßregel, die Ungeschicktheit ihrer Einleitung, das Versteckenspielen mit den frischen Thatsachen der Geschichte, die Berufung auf die „Ritterlichkeit" des Prinzen, in welchem es eine Stütze für sich zu sehen erklärte, die lächerliche Motivirung des Aufenthalts und der Rückreise des Prinzen, dies Alles und zum Schluß die Verleugnung der Re-

volution, welche in den Worten der Vorstellung an den König zu Tage lag, waren Thatsachen, über welche alle Parteien — natürlich mit Ausschluß der Reaktion, einig waren. An Camphausens Redlichkeit und gutem Willen zweifelte auch jetzt Niemand, an seiner Befähigung für die ihm gestellte Aufgabe Alle.

Die Musterung der Bürgerwehr durch den König war abbestellt worden. Die Partei, welche eine Annäherung des Königs an das Volk nicht wünschte, hatte dieselbe dadurch, daß man die Parade just auf den Tag nach der Veröffentlichung des Ministerialantrags auf Zurückberufung des Prinzen von Preußen ansetzte, unmöglich gemacht. Daß hier ein geheimes Spiel gegen das Ministerium getrieben worden war, ergab sich durch die mündliche und private Erklärung des Ministerpräsidenten selbst (12. Mai): „daß er weder von der Anberaumung noch von der Abbestellung der Parade Kenntniß gehabt habe.“ So hatte also die Kamarilla und ihr Werkzeug der General Aschoff es gewagt, über den ersten großen politischen Akt des konstitu-

tionellen Königs seit jenem Umritte vom 21. März ohne Wissen des verantwortlichen Ministeriums zu beschließen.*) Da dieß aber im Volke nicht bekannt war, so traf der Unwille und die Verdächtigung das Ministerium, welches allgemein beschuldigt ward, jenen bedeutungsvollen politischen Akt durch die vorhergehende Veröffentlichung der, allgemeine Entrüstung hervorrufenden Maßregel vereitelt zu haben. Auch bei der Vorstellung der sämmtlichen Ober-Offiziere der Berliner Bürgerwehr (16. Mai) erschien keiner der verantwortlichen Minister an der Seite des konstitutionellen Königs, welcher bei dieser Gelegenheit der Bürgerwehr in den beredtesten Worten seinen Dank aussprach für die bewiesene „aufopfernde Hingebung zur Erhaltung der Ordnung, und seine Dankrede mit den Worten schloß: „Ich gebe Ihnen hiermit mein königliches Ehrenwort, daß ich mit Freuden jede Gelegenheit ergreifen werde, diese Worte durch die That zu bekräftigen.“ Die Parade selbst fand eine Woche später statt (23. Mai), und abermals an einem Tage, welcher ungünstiger nicht gewählt werden konnte. Am Abende vorher brachte nämlich der Staatsanzeiger den neuen Verfassungsentwurf mit der 8000 Thaler Kammer der

*) Personen und Zustände Berlins I. S. 37—38.

erblichen Pairs, welchen zu unterzeichnen nach langen Kämpfen der Ministerpräsident sich endlich hatte bewegen lassen. Selbst die gemäßigte Partei war unbefriedigt durch diesen Entwurf, und nur dem Umstande, daß die Kenntniß desselben noch nicht allgemein verbreitet war, hatte man es zu danken, daß die Bürgerwehr zu der angesetzten Parade sich ziemlich zahlreich einfand. Maueranschläge, welche mit Hinweisung auf den Verfassungsentwurf die Bürgerwehr zum Nichterscheinen aufforderten, waren in der Frühe des Morgens entfernt worden. Aber schon im Laufe des Tages, nachdem der Entwurf bekannt geworden war, zeigte es sich, daß einen Tag später die Parade würde haben unterbleiben müssen. So allgemein war die Mißstimmung darüber, daß man eine Verfassung wie diese dem Volke zu bieten gewagt habe. Doch fehlten auch jetzt bei der Parade einzelne Abtheilungen ganz, und viele Bürgerwehrmänner, welche sich eingefunden hatten, verließen auf die Kunde von einzelnen Bestimmungen des Verfassungsentwurfs in ganzen Zügen die Paradeaufstellung unter den Linden, und begaben sich grollend nach Hause. Der König erschien in glänzender Generalsuniform, den goldnen Helm auf dem Haupte, umgeben von einem Gefolge von zweihundert Generalen und anderen Offizieren. Nichts in seinem Erscheinen deutete auf Bürgerlichkeit. Nur zwei un-

tergeordnete Persönlichkeiten, ein Dr. Wöniger und ein Regierungsrath Bauer ritten in Civilkleidung neben dem Könige. Erst als derselbe eine ziemliche Strecke an der Fronte herunter galoppirt war — welche Gangart er beibehielt bis das Schloß wieder erreicht war, sah man den Minister der geistlichen Angelegenheiten eiligst aus dem Schlosse hervor und dem Zuge hinterdrein sprengen, damit nicht auch dieser Akt ohne Beisein eines verantwortlichen Ministers vollzogen würde. Die außergewöhnlich zahlreiche, ganz militairisch prunkende Begleitung, die Schnelligkeit der Bewegung, das Schweigsame in dem Behaben des sonst so redelustigen und redefertigen Monarchen, der schneidende Gegensatz des alten soldatischen Königthums zu dem neuen Institute des bewaffneten Bürgerthums, welcher hier auch im Aeußern grell zu Tage trat — das Alles machte einen peinlichen Eindruck.

Das Hurrahrufen der einzelnen Bataillone, welches auf den Degenwink des dem Könige zur Seite galoppirenden Generals der Bürgerwehr den Monarchen begrüßte, klang nicht wie das Freudejauchzen eines begeisterten Volks. Gegenüber dem verlassenen Palais des Thronfolgers wehte eine schwarze Trauerfahne von dem Akademiegebäude, als Zeichen der Trauer über den Verfassungsentwurf. Und die Trompeter eines Ulanenregiments, welche an der

Schloßbrücke bei der berittenen Bürgerwehr aufgestellt waren, empfingen den konſtitutionellen König wunderlich genug mit der — ruſſiſchen Nationalhymne! Ein bedenkliches Vorzeichen.

Kapitel VII.

Das Miniſterium Camphauſen und die auswärtige Politik.

Bevor wir uns zur Eröffnung der Preußiſchen Nationalverſammlung wenden, welche dem noch in der Luft der allgemeinen Verſprechungen ſchwebenden neuen Preußen den feſten Grund und Boden einer Verfaſſung ſchaffen ſollte, müſſen wir einen Blick auf das Benehmen des Märzminiſteriums in der däniſchen und polniſchen Frage werfen.

Die Rückkehr der Garden nach Berlin war das Ziel, welches ſeit dem Momente der in räthſelhaftes Dunkel gehüllten Ausweiſung derſelben die Kamarilla nicht aus den Augen verloren hatte. „Laſſen Sie die Garden nach Schleswig-Holſtein marſchiren, damit wir die Sieger nachher im Triumphe einholen können", antwortete auf das Anſinnen: die Bevölkerung Berlins für die Rückberufung der Garden zu ſtimmen, ein Mann, den man in das Vertrauen des Schloſſes gezogen hatte.

An demſelben Tage (24. März) erließ der König einen Brief an den Herzog von Auguſtenburg, in welchem er den Herzogthümern die ſtaatliche Selbſtſtändigkeit, die untrennbare Verbindung und die Sicherung ihrer deutſchen Nationalität verbürgte. *) Die nationale Politik erſchien in dieſem Augenblicke als Mittel der Selbſterhaltung. Die Revolution in Schleswig-Holſtein war durch die Gründung einer proviſoriſchen Regierung vollzogen. Sie ſollte benutzt werden, um dem niedergedrückten Preußiſchen Soldatenthume

---

*) „Ich habe mich der Wahrung der deutſchen Sache für die Tage der Gefahr unterzogen, nicht um die Rechte anderer zu uſurpiren, ſondern um das Beſtehende nach Außen und Innen nach Kräften zu erhalten. Zu dieſen beſtehenden Rechten zähle ich dasjenige der Herzogthümer Schleswig Holſtein, welches in den, die Rechte des Königreichs Dänemark in keiner Weiſe verletzenden Sätzen ausgeſprochen iſt: 1) daß die Herzogthümer ſelbſtſtändige Staaten ſind, 2) daß ſie feſt miteinander verbündete Staaten ſind, 3) daß der Mannsſtamm in den Herzogthümern herrſcht. In dieſem Sinne habe Ich mich bereits beim Bundestage erklärt, und bei dieſen beſtehenden Rechtsverhältniſſen bin ich bereit, die Herzogthümer Schleswig-Holſtein gegen etwaige Uebergriffe und Angriffe mit den geeignetſten Mitteln zu ſchützen. Ich hoffe übrigens, daß der Nationalität der Herzogthümer keine Gefahr droht, und bin entgegengeſetzten Falls der feſten Zuverſicht, daß meine deutſchen Bundesgenoſſen, gleich mir, zum Schutze derſelben herbeieilen werden.“ (Hamburger Börſenhalle vom 25. März 1848.)

einen neuen Aufschwung zu geben. Zugleich sah man es nicht ungern, daß durch die nationale Begeisterung der Freischaarenzüge nach Holstein „ein Abzugskanal unruhigerer Elemente im ganzen nördlichen Deutschland“ gebildet wurde, *) der um so mehr seinem Zwecke entsprach, je mehr dafür gesorgt wurde, daß diese unruhigeren Elemente sich dort anfangs gegen die Uebermacht des Feindes ohne Unterstützung verbluteten. Die Erstürmung des Dannewirke und der Sieg bei Schleswig (23. und 25. April) entsprachen diesen Erwartungen. Sie wirkten auf die Kräftigung des alten soldatischen Preußenthums wie ein erfrischendes Bad. Während die Kamarilla in Berlin die Schleswig-Holsteinische Erhebung insgeheim als Rebellion zu betrachten fortfuhr, gewährte ihr dieselbe die Gelegenheit, dort die Macht wieder zu gewinnen, welche das alte System am 18. und 19. März in Preußen verloren hatte, und das Werkzeug zu rüsten, welches ihren spätern Entwürfen die Ausführung sichern sollte. Es war bezeichnend, daß der kriegsmuthige Prinz von Preußen sich an dem nationalen Kampfe eines deutschen Stammes gegen seinen fremden Oberherrn nicht betheiligte, obschon man ihn nach dem Einrücken der Preußen in Schleswig-Holstein allgemein im Hauptquartiere

*) Signatura temporis S. 39—42.

und bei den Truppen erwartete. Er blieb in London, wo die Times unter seinen Augen die nach Schleswig-Holstein ziehenden deutschen Freiwilligen „Räuber" nannte, den König von Preußen, welcher seine Truppen nach Holstein gesandt hatte, als unter dem Einflusse seines hauptstädtischen Pöbels handelnd bezeichnete, und die Beschlüsse des deutschen Bundes, weil „beherrscht von anarchischen Versammlungen", für ungültig erklärte!

Das deutsche Volk hatte bei seiner nationalen Begeisterung für die Sache Schleswig-Holsteins hauptsächlich die Unnatürlichkeit einer staatlichen Verbindung ins Auge gefaßt, welche im Fall eines deutschen Bundeskrieges gegen Dänemark den Holsteiner, als zum deutschen Bunde gehörig, zwang gegen seinen „König-Herzog" zu fechten, während sie den deutschen Schleswiger, weil nicht zum deutschen Bunde gehörig, nöthigte, gegen seine deutschen Landsleute die Waffen zu führen. Die allgemeine Stimme Deutschlands verlangte deshalb Schleswigs Aufnahme in den deutschen Bund. Das Vorparlament sprach dies aus, und ein Bundesbeschluß bestätigte diesen Ausspruch (12. April) mit dem Hinzufügen, „daß dieser Eintritt allein die Union Schleswigs mit Holstein sichern und zur Wahrheit machen könne." Preußen erhielt den Auftrag, diesen Eintritt zu erwirken. Das Ministerium Camp-

hausen verstand aber diesen Auftrag so, daß derselbe jede Anwendung von Waffengewalt zur Erreichung jenes Zwecks ausschloß. In einer ausführlichen Rechtfertigung der Preußischen Politik bei der Schleswig-Holsteinischen Frage in der Allg. Pr. Zeitung vom 24. April hieß es wörtlich: „Diese Aufnahme des Herzogthums Schleswig unter seinen rechtmäßigen Landesherrn in den deutschen Bund soll nicht durch Waffengewalt erzwungen werden. Die deutschen Regierungen wollen kein fremdes Gebiet für sich erobern, kein neues Land mit Gewalt in ihren Bund ziehen. Aber sie müssen es als die Aufgabe einer gesunden und loyalen Politik ansehen, dem Nationalgefühl Deutschlands und den Wünschen der deutschen Bevölkerung Schleswigs auf friedlichem Wege durch würdige und besonnene Unterhandlung angemessene Anerkennung zu verschaffen. Deutschland wird von diesem Wege nicht abweichen." Die augenscheinliche Schwäche dieser ministeriellen Erklärung, welche die letzte Entscheidung der Sache, für die Preußen eingetreten war, gradezu an Dänemark überließ, machte ganz Deutschland staunen. Und doch war sie natürlich bei einem Ministerium, dem es an Energie gebrach, offen und ehrlich der dynastischen Kamarillapolitik entgegen zu treten, welcher die Erhebung der Herzogthümer so wie die allgemeine Sympathie

Deutschlands für dieselbe ein Dorn im Auge war und blieb.

Der König von Preußen, das Vorparlament, der Bundestag hatten gesprochen. Alle drei hatten erklärt, daß der bevorstehende Kampf die Sicherung des nationalen deutschen Interesses bezwecke. *) Preußische Truppen begannen sich langsam in Bewegung zu setzen. Und dennoch verkündeten alle dänischen Zeitungen laut: die Truppenaufstellungen der deutschen Regierungen geschähen nur, um die Rebellion der Herzogthümer im Zaume zu halten, Preußens innigster Wunsch sei, mit Dänemark in Frieden und Freundschaft zu bleiben. Der dänische Minister des Auswärtigen, welcher dies zu Anfang in Kopenhagen amtlich bekannt machte, wußte besser als das deutsche Volk, wie man in Potsdam über Schleswig-Holsteins Erhebung dachte. Herr v. Wildenbruch, welcher als außerordentlicher Gesandter des Königs von Preußen an den König von Dänemark die Unterhandlungen der Kabinette führte, sprach es schon am 8. April in einer erst zwei Monate später bekannt gewordenen Note aus:

---

*) Acht Monate später erklärte freilich die **Signatura temporis** (S. 41): „nicht für eine Vereinigung Schleswigs mit Deutschland sei Preußen eingetreten, sondern nur für den Schutz des Erbrechts des Mannesstammes."

„Preußen wünſche vor allen Dingen die Herzogthümer Schleswig-Holſtein dem König Herzog zu erhalten.“ „Es liegt, (hieß es weiter in jener berüchtigten Note,) im Intereſſe Dänemarks ſo wie in dem aller Nachbarſtaaten, daß die deutſchen Fürſten ſich der Angelegenheit kräftig annehmen, und einzig der Wunſch: die radikalen und republikaniſchen Elemente Deutſchlands zu verhindern, ſich unheilbringend einzumiſchen, bewog Preußen zu den gethanen Schritten. Das Einrücken Preußiſcher Truppen in Holſtein hatte den Zweck — zu verhindern, daß die republikaniſchen Elemente Deutſchlands, an welche die Herzogthümer, als letztes Mittel der Selbſterhaltung hätten appelliren können, ſich der Sache bemächtigen.“

Dieſe Note giebt den Schlüſſel zu der Preußiſchen Politik in der Sache Schleswig-Holſteins.

Die Dänen waren am 30. März in Hadersleben eingerückt. Die proviſoriſche Regierung erbat an demſelben Tage von Preußen die verſprochene Hülfe. Aber während die Dänen in Schleswig plündernd und verwüſtend umherzogen, ihre Streitmaſſen bis Flensburg vorſchoben, und mit dem Geſchützfeuer ihrer Kriegsſchiffe die Landung däniſcher Truppen bei Holnis deckten, während däniſche Diplomaten an allen Kabinetten intriguirten, däniſche Kreuzer die deutſchen Schiffe kaperten, und die däniſche Regie-

rung deutſches Privateigenthum in däniſchen Häfen mit Beſchlag belegte, verlor man in Berlin ſeine Zeit mit nutzloſen Unterhandlungen, und gab den endlich in Holſtein eingetretenen Preußiſchen Truppen den beſtimmten Befehl: nicht in Schleswig einzurücken. Noch langſamer ging es mit den nichtpreußiſchen Contingenten des 10. Bundesarmeecorps. Erſt am 9. April ſetzte ſich das erſte Hannoverſche Bataillon nach Hamburg in Bewegung. So geſchah das Unvermeidliche. Während 5000 Mann Preußen bei Rendsburg ſtanden, wurden die Schleswig-Holſteiner am 10. April mit überlegener Macht bei Flensburg angegriffen, geſchlagen, und die Blüthe der edelſten Jugend des Landes, das Kieler Studentenkorps, im verzweifelten Kampfe faſt völlig vernichtet. Erſt jetzt erzwang der allgemeine Schrei der Empörung, welcher ſich auch im Preußiſchen Volke erhob, den Befehl zum Vorrücken der Preußiſchen Truppen. General Bonin rückte (12. April) in Schleswig ein, aber ohne hinreichende Truppen und ohne Geſchütz. Preußiſche Offiziere ſprachen es laut aus: nicht zehn, ſondern dreißig Bataillone hätte man ſchicken müſſen, um der Sache mit einem Schlage ein Ende zu machen. Noch aber verzögerte ein kläglicher Perſonenſtreit über den Oberbefehl zwiſchen Preußen, wo General Wrangel, und Hannover, wo General Halkett zum Oberbefehlshaber

ernannt war, den Beginn der Operationen. Endlich am 21. war der Etikettenſtreit durch Beſchluß des Bundestages zu Preußens Gunſten entſchieden! „Vorwärts für Deutſchland!“ ſchloß die Proklamation, mit welcher Wrangel den Oberbefehl (22 April) übernahm. Die Erſtürmung des Dannewirke und die ſiegreiche Schlacht bei Schleswig brachten den Preußiſchen Garden den heißerſehnten kriegeriſchen Lorbeer, aber die Verfrühung des Kampfs um einen Tag, welche die Hannoveraner von der Mitwirkung ausſchloß, verhinderte die ſichere Vernichtung des feindlichen Heeres.

Dennoch handelte der Preußiſche Obergeneral anfangs in dem guten Glauben, daß es mit der Durchführung des Kampfes im Sinne des nationalen deutſchen Intereſſes von Preußen ernſt gemeint ſei. Er rückte in Jütland ein, und beſetzte Friedericia. Dort erließ er (3. Mai) eine Proklamation an das Heer, welche mit den Worten ſchloß: „Nicht eher darf der Krieg enden, als bis die Rechte unſres gemeinſamen Vaterlandes vollkommen geſichert ſind, und jeder durch denſelben entſtandene Schaden erſetzt iſt. Bis dahin bleiben wir beiſammen!“ Dieſe Rechte des gemeinſamen Vaterlandes aber waren, nach der einſtimmigen Erklärung des Preußiſchen Königs und des deutſchen Bundes: die ſtaatliche

Selbstständigkeit und die untrennbare Vereinigung der Herzogthümer, so wie die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund. Als Dänemark mit einem Bombardement deutscher Küstenstädte drohte, verpfändete der Preußische Obergeneral in einem offnen Briefe an den Kapitain Bille die Ehre seines Namens dafür: daß für jedes, von dänischen Kugeln eingeäscherte Haus ein Dorf in Jütland brennen solle." Der alte Degen, welcher in die Irrgänge der diplomatischen An- und Absichten damals noch nicht eingeweiht war, ging noch weiter. Als die Dänen Embargo auf deutsche Schiffe legten, erklärte er (18. Mai) Schadenersatz für allen Nachtheil, welcher dem deutschen Handel daraus erwachse, an Jütland nehmen zu wollen, und schrieb sofort eine Contribution von zwei Millionen Speziesthalern in Jütland aus. Weigere man die Zahlung, so würden seine Truppen alles Nöthige nehmen, wo es gefunden werde."

Aber nicht dieser Ernst des Krieges war es, was man in Potsdam wollte, wo die Unterhandlungen mit Dänemark fortwährend im Gange blieben. Es kostete viele Mühe den Kriegsmuth des alten Wrangel zu dämpfen. Endlich gelang es. Jütland ward geräumt, denn Rußland wollte es also, und ihm ward freudig gehorsamt. Die so pomphaft angekündigte Contribution ward zurückge-

nommen, wie man in Berlin ausſprengte — ſelbſt Miniſter thaten dies — „aus eignem Entſchluſſe des Obergenerals, der ſie auf ſeine eigene Fauſt ausgeſchrieben habe.“ Am 25. Mai begann der Rückzug der ſiegreichen Truppen aus Jütland unter dem Spott und Hohn der Dänen, welche ihrerſeits die Feindſeligkeiten tapfer fortſetzten. „Wir ziehen ab wie die Narren!“ hatte Wrangel in ſeinem Unmuthe ausgerufen, als er den Befehl zum Rückzug empfing. Rußland machinirte, England intriguirte, die Däniſchen Zeitungen frohlockten über die deutſche Uneinigkeit, und über die ihnen günſtige Stimmung der Kabinette. Wrangel ging immer weiter zurück. Auch Nordſchleswig ward Preis gegeben. Es ſchien in Potsdam, wo man fortwährend über den Frieden unterhandelte, die Anſicht vorzuherrſchen, daß nicht die vortheilhafteſte, ſondern eine möglichſt unvortheilhafte Stellung am ſicherſten einen günſtigen Frieden diktire. Das waren die Früchte des „glorreichen Sieges“ der Preußiſchen Truppen für die national deutſche Sache! Das empörte Gefühl der betrogenen Schleswig-Holſteiner machte ſich Luft in dem amtlichen Blatte der proviſoriſchen Regierung von Schleswig-Holſtein: „Das einige Deutſchland“, ſchrieb die Schleswig-Holſteiniſche Zeitung vom 29. Mai, „iſt ein ſolches, wo jeder deutſche Regent im militairiſchen und politi-

schen Verhalten zum Auslande seinen eigenen Willen hat. Das einige Deutschland schließt nicht aus, daß ein deutscher Fürst einen Separatfrieden macht. Das einige Deutschland ist eine Koalition mehrerer Fürsten mit einer Phrase dazu, ein periodisch wiederkehrender Traum des deutschen Michels, der in Versen vortrefflich, in Prosa schlecht, in der Praxis nirgends an seinem Platze ist, es ist ein Hohn der Dänen, die Schadenfreude Englands. Aus Versehen ist Deutschland einig gewesen, vier Wochen lang; aber umsonst erschracken die Nachbarn, daß es nun Ernst werden möchte. Schon lenken wir ein in das alte Geleise des ewigen Zwiespalts, und das erste Opfer *) ist Schleswig-Holstein. So erläutert die Praxis den Begriff des einigen Deutschlands."

In der That: schwächlicher und schmählicher ist nie eine nationale Sache, für welche die Sympathie einer ganzen großen Nation seit Jahren sich kund gegeben hatte, angegriffen und ausgeführt worden, als die deutsche Sache in Schleswig-Holstein von dem Ministerium Camphausen. Die Geschichte wird einen Camphausen nie beschuldigen können, daß er die deutsche Sache verrathen, aber sie wird ihm

---

*) Im Augenblicke, wo diese Zeilen gedruckt werden, auch das letzte (15. Juli 1849).

den Vorwurf nicht ersparen dürfen, daß der erste leitende Staatsmann des Preußens, „das fortan in Deutschland aufgehen sollte", aus Schwäche oder aus Mangel an Einsicht die deutscheste Sache verrathen ließ. Die unerbittlichste Kritik seiner Energielosigkeit, und Passivität wird die Thatsache sein, daß ein Jahr später das Ministerinm des konstitutionellen Absolutismus die Erhebungen in Sachsen und in Baden in kaum soviel Wochen niederwarf, als das Ministerium Camphausen Monate gebrauchte, um gegen Dänemark weniger als nichts auszurichten.

Ueber das Trauerspiel in Polen können wir uns kürzer fassen. Der 19. März hatte in Berlin die gefangnen Polen befreit. Dem Triumphzuge Mierolawski's folgte das königliche Versprechen einer Reorganisation des Großherzogthums. Es schien einen Augenblick, als wolle man Rußland mit diesem Schritte den Fehdehandschuh hinwerfen. Die Sendung eines Kommissars in der Person des bekannten Polenfreundes General Willisen, die Duldung eines polnischen Nationalkommittees, sprachen dies ziemlich deutlich aus. Polnische Schriftsteller haben sogar behauptet, „daß Staatsmänner des Märzpreußens die Polen zu schleunigen Rüstungen ermahnten, aus Preußischen Staatsmitteln Gelder zum Waffenankauf anboten, polnische Offiziere zur

Vorbereitung eines gemeinsam kombinirten Einfalls in Polen nach Galizien abschicken wollten, und einen preußischen General mit einem der Feldherren des polnischen Aufstandes von 1831 einen Feldzugsplan gegen Rußland berathen ließen.*) Soviel war indessen dem unbefangenen Betrachter einleuchtend: die Forderung, welche selbst den dänisirten Theil von Schleswig für Deutschland beanspruchte, weil er dieselben historischen Schicksale mit Holstein und Deutschland getheilt, durfte nicht gegen den preußischen Antheil Polens das umgekehrte geltend machen, und den angeblich germanisirten Theil für Deutschland fordern, obgleich er von jeher dieselben historischen Schicksale mit dem übrigen Polen getheilt hatte. Was man dem dänischen Theile der Bevölkerung Schleswigs zumuthete, mußte sich der deutsche Theil der Bevölkerung Posens gefallen lassen. Denn was dem einen Recht sein sollte, durfte dem andern nicht unbillig dünken. Auch gab das Polnische Nationalkommitee (17. April) die feierliche Erklärung, „daß nach der Wiederherstellung Polens den zweifelhaften Grenzdistrikten die freie Wahl der Regierung und Nationalität, denen sie angehören wollen, überlassen werden solle."

---

*) Die deutschen Hegemonen. Offenes Sendschreiben an Herrn Gervinus von J. K(laczko). Berlin 1849. S. 9.

Der erste Zug der öffentlichen Meinung in Preußen ging auch allerdings auf eine Herstellung Polens hinaus. Man verhehlte sich nicht die Nothwendigkeit, dadurch einen Zusammenstoß mit Rußland herbeizuführen. Aber ein solcher schien allen Patrioten über kurz oder lang doch unvermeidlich. Es handelte sich also nur um den günstigen Zeitpunkt; und eine kühne und energische Politik mußte einsehen, daß günstiger der Zeitpunkt nicht gedacht werden konnte. Nie war das Königreich Polen entblößter von russischen Streitkräften gewesen als im Frühjahr 1848. Ein Krieg mit Rußland zum Zwecke der Wiederherstellung Polens war der Sympathie von ganz Deutschland, von ganz Europa gewiß. Alle unruhig gährenden Elemente würden in ihm einen heilsamen Abfluß erhalten haben, die polnische Frage selbst dem Gezänk der Nationalversammlungen entrissen worden sein. Statt dessen wandte man den Blick nach Westen, und waffnete und rüstete Festungen gegen Frankreich, während Polen gegenüber das Wort Reorganisation, unverständlich und Niemandem klar, selbst nicht seinen Erfindern, als Deckmantel der zuwartenden Unentschlossenheit und ihrer Rath- und Thatlosigkeit dienen mußte. Dabei verlangte man von dem heißblutigen leidenschaftlichen Volke alle die Tugenden welche man daheim in dem besonnenen und ruhigen

Deutſchland ſelbſt nicht beſaß. Während hier ſich alles den ausſchweifendſten Hoffnungen hingab, und alle Elemente wild durcheinander gährten, ſollte Polen allein ſich beſonnen und ruhig halten, bedachtvoll abwarten, ſich maßvoll an dem Klange eines unbeſtimmten Worts begnügen. Als dies Wunder nicht geſchah, als die Polen ſich rückhaltslos ihren Hoffnungen auf die Wiederherſtellung eines ſelbſtſtändigen Polens hingaben, und ſich in dieſen Hoffnungen durch die Sendung Williſens beſtärken ließen, frohlockte heimlich die Partei der Reaktion, und nannte dies „ein Glück.“ *) Es iſt hier nicht der Ort, das wirre Gewebe von Halbheit, Unentſchiedenheit und Furcht in den Maßregeln des Miniſteriums, von Uebereilung und Unbeſonnenheit auf Seiten der

---

*) Vgl. Signatura temporis S. 51. „Es war ein Glück, daß die zurückkehrenden Polen ſofort ſich im kühnſten Fluge der Phantaſie ihren Anmaßungen hingaben. Hätten ſie ſich von Anfange an mehr in den Gränzen billiger Wünſche gehalten, hätten ſie ſich durch die Begeiſterung, die ihnen die deutſche Thorheit gewidmet, zu einiger Dankbarkeit, und dadurch zu einiger Rückſichtsnahme auf die Intereſſen der deutſchen Bevölkerung im Großherzogthum Poſen bewegen laſſen“ — ſo würde dies ein Unglück geweſen ſein, oder, wie der Verf. der S. t. es ausdrückt: „ſo würden ſie leicht ihre Pläne bis auf einen Punkt haben durchführen können, wo ſie nicht bloß Preußen (!), ſondern bei der damaligen, ihnen freilich unbekannten Schwäche der ruſſiſchen Kriegsmittel im Königreich

Polen, von der Energie der Angſt in der plötzlich flammend deutſch gewordenen preußiſchen Beamtenwelt in Polen, von dem Widerſtande der höheren Büreaukratie und der Militairchefs gegen die Maßregeln der Berliner Regierung und des königlichen Kommiſſaren ausführlich zu ſchildern, und wie das Alles zuletzt ſein vorläufiges Ende erreichte in einem unmenſchlichen Bürgerkriege, der die frühere Abneigung der unnatürlich verbundenen Stämme zur Höhe des Racenhaſſes ſteigerte. Wer aus dieſem unſeligen Kriege allein Vortheil zog, das war nächſt Rußland jenes altpreußiſche vormärzliche Syſtem des büreaukratiſchen und Militairſtaats, das in dieſem ſiegreichen Kampfe neue Kraft empfing.

„An ihren Früchten ſollt Ihr ſie erkennen!“ Ueberblicken wir kurz die Früchte, welche die Politik des Miniſteriums Camphauſen bis zu dem Augenblicke getrieben hatte, wo es im Begriff ſtand, der Preußiſchen Nationalverſammlung entgegenzutreten.

Poſen, auch dieſem Nachbarreiche wirklich gefährlich werden konnten.“ — Daß man in Potsdam Alles that, um dies letztere „Unglück“ zu verhüten, und jenes „Glück“ zu befördern, wird Ebendaſ. verſtändlich angedeutet.

In Berlin ſtatt einer kräftigen geachteten allgemeinen Volkswehr eine unorganiſirte, von der Bürgerſchaft geſchiedene, den Arbeitern entgegengeſetzte Bürgerwehr, ein Werkzeug der alten Polizei, unter dem Befehle des Polizeipräſidenten und des Stadtkommandanten, in ſich ſelbſt bezirksweiſe in freiſinnige und reaktionaire Parteiung zerſpalten, durch unaufhörliche grundloſe Alarmirungen gegen das Volk ermüdet und erbittert, den Arbeitern und Proletariern verächtlich und verhaßt. Der König aus Berlin nach Potsdam entfernt, dem Einfluſſe des Miniſteriums entzogen, der Einwirkung einer vorwiegend reaktionairen Umgebung überliefert, der Gang der Staatsgeſchäfte durch beides verzögert und verſchleppt. Keine einzige der nothwendigen Reformen in der innern Verwaltung durchgeſetzt. Die ſämmtlichen Diener und Anhänger des ſcheinbar geſtürzten Syſtems auf ihren Plätzen, das ganze Rüſtzeug des alten Polizeiſtaats zur Benutzung für gelegne Zeit in beſter Ordnung. Die Finanzen angeblich in untadligem Zuſtande, und dennoch, gleichſam als wäre der Staatsbankerott vor der Thüre, oder als ſtände halb Europa gegen das neue Preußen gerüſtet, Aufrufe zu patriotiſchen Gaben für den Staat, und Annahme goldner Ringe und ſilberner Löffel auf dem Altare des Vaterlan-

des, um einige Tropfen des Geldes zu gewinnen, das sechs Monate später die Reaktion zu ihren Zwecken in Strömen sich zu verschaffen verstand. In den alten Provinzen offne ungestrafte Auflehnung gegen die Hauptstadt und ihre Revolution. Im ganzen Lande durch die Zurückberufung des Prinzen von Preußen — (mehr noch durch die Art ihrer Einleitung) — und durch den Verfassungsentwurf das Vertrauen auf die Freiheitsgesinnung des Ministeriums erschüttert. Deutschland und dem Auslande gegenüber der zaudernd begonnene, energielos geführte, einem Ehre und Vortheil baaren Ende nahe Krieg gegen das kleine Dänemark. In Polen das Feuer der selbstgeschürten nationalen Erhebung, mit Strömen von Blut nur halb gedämpft, und ein sicherer Bundesgenosse bei dem unentfliehbar bevorstehenden Kampfe des freien Preußens gegen den russischen Despotismus in einen unversöhnlichen Todtfeind verwandelt; endlich die Zukunft Preußens und seines Verfassungswerks auf die Nadelspitze der Vereinbarungsdoctrin gestellt und so der Entscheidung der Gewalt des Stärkeren, die man vermeiden wollte, erst recht nothwendig anheimgegeben — das waren die Früchte einer Staatsleitung, deren Träger, wackre Männer, das Unglück hatten, von der

Geſchichte zur Löſung einer Aufgabe berufen zu werden, deren Größe ebenſowohl das Maaß ihres Geiſtes, als die Kraft ihres Charakters, bei weitem überſtieg.

Kapitel VIII.

Das Ministerium Camphausen und die Nationalversammlung.

1. Die Eröffnung der Nationalversammlung.

Der Tag der Verheißung, der vielgenannte 22. Mai des Jahres 1815, war endlich zum Tage der Erfüllung geworden. Nach dreiunddreißig Jahren ward an diesem Tage die Nationalversammlung zur Vereinbarung der Verfassung des Preußischen Volks eröffnet.

Aber nirgends in der Hauptstadt bemerkte man ein Zeichen, daß dieser 22. Mai des Jahres 1848 ein Festag sei für die Preußische Nation und das deutsche Vaterland, daß mit ihm für beide von diesem Augenblicke eine neue Zeitrechnung beginnen sollte. Es war, als laste ein dumpfes Vorgefühl traurigen Ausgangs mit bleierner Schwere auf den Gemüthern der Menschen. Wer an diesem regengrauen Morgen die Hauptstadt sah, ohne jede Spur festtäglichen Schmucks, ohne Fahnen und Banner,

ohne den Glanz festlicher Aufzüge, ohne den Jubel großer versammelter Massen, im Werkeltagsgewande schwungloser Alltäglichkeit — er hätte nimmer ahnen mögen, daß heute ein großes Volk die erste Versammlnng seiner Vertreter in dieser Hauptstadt des Reichs erlebe. Kaum tausend Zuschauer waren auf den großen Plätzen vor dem Schlosse versammelt, die innern Höfe desselben stark mit Bürgerwehr besetzt, aber alles ohne Sang und Klang, scheinlos, alltäglich. Auch der Hof that das seinige dazu, um diesem Tage jedes äußere Zeichen höherer Bedeutung in den Augen der Menge zu nehmen. Während vor einem Jahre zur Eröffnung des ersten Vereinigten Landtags sämmtliche Prinzen und Prinzessinnen des Königshauses und alle Hofstaaten in den glänzendsten sechsspännigen Gallakarossen nach dem Schlosse flogen, während in allen konstitutionellen Ländern die Regenten und ihre Familien die Fahrt zur Kammereröffnung im glänzendsten Aufzuge unternahmen, begaben sich heute die Königlichen Prinzen in zweispännigen Droschken, die Hofstaaten in dichtverschlossenen Miethwagen zur Eröffnung der ersten Preußischen Nationalversammlung im weißen Saale des Königsschlosses. Schon der Anfang der Vereinbarung begann mit einer Entzweiung. Der Saal der Singakademie war zu den Sitzungen der Nationalversammlung bestimmt wor-

den. Aber die Eröffnung sollte im Schlosse geschehen. Gegen diese Bestimmung hatte eine Anzahl Abgeordneter in einer Versammlung im Hotel de Russie einen Protest berathen — in demselben Saale wo vor einem Jahre die 138 Oppositionsmitglieder des ersten Vereinigten Landtags den Protest gegen die Rechtsbeständigkeit des Verfassungspatents vom 3. Februar 1847 beschlossen, und wo dann wenige Monate später die erste Preußische Nationalversammlung, aus ihrem Sitzungshause durch die Gewalt der Bajonette vertrieben am Morgen des 11. November ihre erste Zuflucht suchte! Eine Deputation, zu welcher auch Mitglieder der spätern rechten Seite gehörten, hatte dem Ministerpräsidenten vorgestellt, daß es weder dem Geiste und Gebrauche konstitutioneller Staatsform noch der Würde der Vertreter des Volks entspreche, wenn die Versammlung der letzteren sich in die Wohnung dessen begebe, mit dem sie im Namen des Volks einen Vertrag zu vereinbaren berufen sei. Herr Camphausen gab anfangs ausweichende Antworten: „der Ort der Eröffnung sei gleichgültig — die Einrichtungen — die Einrichtungen der Singakademie noch unvollendet", und erklärte endlich, gedrängt durch gewichtige Einwürfe gegen diese Ausflüchte: die Anordnung sei ausdrücklicher Wunsch und Wille des Königs, und könne daher nicht mehr geändert

werden. Die Mehrzahl der Proteſtirenden fügte ſich aus Liebe zum Frieden dieſen perſönlichen Wünſchen und Rückſichten. Nur ein kleiner Theil der Abgeordneten enthielt ſich der Theilnahme an der Eröffnung der Verſammlung im weißen Saale. Allen aber erſchien dieſer Anfang der neuen Dinge von übler Vorbedeutung.

Die Verſammlung ſelbſt gewährte für den, welcher in demſelben Raume vor wenigen Wochen den letzten Vereinigten Landtag beiſammen geſehen, einen eigenthümlichen Anblick. Statt der Großen und Reichen, ſtatt der ariſtokratiſchen Geſichter der Fürſten und Herzogen, Grafen, Barone und Freiherren, welche damals mit dem zahlreichen niedern Adel die größere Hälfte der Verſammlung bildeten, erblickte man jetzt meiſt nur die ſchwarzen, ſchmalen und ſtillen Geſtalten der Stadt- und Kreisrichter, Pfarrer und Schulmeiſter, Handwerker, Bürger und Bauern. Nirgends jener ſtrahlende Glanz der Uniformen, Orden und Ehrenzeichen, wohl aber einige blaue Kurzjacken und ſchmutzige Zwillighoſen von Schleſiſchen und Pommerſchen Tagelöhnern und Schäferknechten, welche die Mütze, auch wohl den Wanderſtab in der Hand, bunte Leinentücher um den braunen Hals geſchlungen, ihre dicken Nagelſohlen verlegen auf den prachtvollen Fußteppich ſetzten, und verſtört zu den ſchimmernden Kronleuchtern des

marmornen Königssaales emporstarrten. Wer es nicht glauben wollte, daß zwischen dem Vereinigten Landtage von 1847 und dieser Versammlung eine Revolution lag, der konnte hier den Glauben in die Hand bekommen. Der russische Gesandte, welcher aufmerksam eine Gruppe von Volksvertretern in Zwillichjacke und Bauernkittel musterte, schien darüber nachzudenken, mit welchen Empfindungen wohl sein kaiserlicher Herr an der Newa den Bericht über diese Versammlung lesen möchte.

Auch in der äußern Anordnung des Saales zeigte sich keine Spur jenes Pompes und jener Pracht, welche der König bei frühern Gelegenheiten sonst so überreich zur Schau zu stellen geliebt hatte. Gewöhnliche Rohrstühle für die Deputirten umgaben in weiten Halbkreisen durch die ganze Länge des Saales den scharlach beschlagenen Thron. Zur Rechten desselben standen einige rothe Polsterstühle für die Prinzen, zur Linken acht einfache Rohrstühle für die Minister, welche in ihren neuen Uniformen sich zum Theil sehr ungeschickt bewegten.

Endlich erschien der König. Gefolgt von den Prinzen seines Hauses, in Generalsuniform der Landwehr, geschmückt mit dem großen Bande des schwarzen Adlerordens, trat er durch die Thür der Bildergallerie in den Saal. Lautlose Stille, die Deputirten erheben sich von ihren Sitzen, die Prinzen

blieben an ihren Plätzen in langer Reihe ſtehen. Schon iſt der König langſamen, halbzögernden Ganges bis in die Nähe des Thrones vorgeſchritten, da erſt erſchallt der übliche Ruf: Es lebe der König! An den Stufen des Thrones angelangt, blickte er verwirrt und gleichſam überwältigt von widerſtreitenden Gefühlen auf die Verſammlung, indem er ſich vor derſelben dankend verbeugte. Einen Augenblick ſchien es, als zaudere ſein Fuß, die Stufen des Thrones zu beſteigen. Der Moment war gekommen, wo er den feierlichen Proteſt, den er von dieſer Stätte gegen jede Konſtitution und Volksvertretung im Angeſichte des Himmels und der Erde ausgeſprochen, auf dieſer ſelben Stätte durch die Eröffnung einer Verſammlung von Volksvertretern widerrufen ſollte, beſtimmt die Konſtitution des demokratiſchen Preußens an die Stelle des alten rocher de bronce der abſoluten Monarchie von Gottes Gnaden zu ſetzen. Kein Erlebniß der letzten Monate reichte an die Furchtbarkeit dieſer tiefſten Demüthigung eines Königs, der in dieſem Augenblicke mit eigner Hand die Hinrichtung ſeiner Vergangenheit vollziehen ſollte. Noch ein Augenblick des verſtörten Umherſtarrens, dann ſtieg er die Stufen hinan und ließ ſich auf dem Throne nieder, indem er ſein Haupt mit dem neu erfundenen Helme bedeckte. Der Miniſterpräſident Camphauſen überreichte ihm

die Thronrede. Der König drehte ſie hin und her in der Hand, als wiſſe er nicht, was damit zu beginnen. Endlich begann er ſie abzuleſen, ſtockernd, dumpfen, klangloſen Tons, mit gepreßter Stimme, das Geſicht in das Blatt verborgen. Noch einige Minuten, und der bittere Kelch war geleert. Raſcher als er gekommen, verließ er den Saal.

Aber auch über der Verſammlung ſelbſt ſchien ein trüber Ernſt zu lagern. Vor manches Mannes Seele mochte das Geſpenſt der Zukunft getreten ſein, und er konnte das dunkle Bild nicht erkennen.

Die Thronrede ſtellte den Vertretern des Volks „die Doppelaufgabe“: „dem Volke eine ausgedehnte Theilnahme an den Angelegenheiten des Staats zu ſichern und zugleich“ — es hätte heißen müſſen: eben dadurch — „die Bande enger zu ſchließen, welche ſeit mehr als vier Jahrhunderten das Haus der Hohenzollern mit den Geſchicken dieſes Landes unzertrennlich verwoben haben.“ Befremdlicher aber als die nichtsſagende Thronrede klangen die Worte, mit welchen nach der Entfernung des Königs der Miniſterpräſident den Verfaſſungsentwurf „in Folge der Verheißungen des Patents vom 18. März“ der Verſammlung „zur Erklärung“ vorlegte. Dieſe Worte waren eine vollſtändige Nichtanerkennung der Revolution.

Sie ignorirten den Einfluß des sechzehnstündigen Revolutionskampfes, welchen der König selbst durch die nach demselben gewährte Preßfreiheit und Bürgerbewaffnung in der Proklamation vom 21 März thatsächlich anerkannt hatte. Die Nationalversammlung ging indessen darüber mit Stillschweigen hinweg. Desto mehr Anstoß erregte der vorgelegte Verfassungsentwurf selbst. Fast bei keinem Theile der Mitglieder fand derselbe Anklang. Sogar die Mehrzahl der späteren konservativen Rechten erklärte denselben in vielen Hauptpunkten für unannehmbar. Die Zusammensetzung der ersten Kammer aus den Prinzen des K. Hauses, mit sechzig erblichen, vom Könige zu ernennenden Pairs von 8000 Thaler Einkommen und den 180 andern Mitgliedern, deren Wählbarkeit gleichfalls ein hohes Einkommen bedingte, ward allgemein unhaltbar gefunden. Das ganze Werk erschien, was es war, als ein in den wichtigsten Punkten abgeschwächter oder lückenhafter Abdruck der belgischen Verfassung. Die Fundamentalsätze für die Gemeindeordnung, Gerichts- und Wehrverfassung fehlten gänzlich. Das freie Vereinsrecht — selbst vom alten Landtage gewährt, war wesentlich beschränkt, und auch in dieser Beschränkung nur provisorisch bis zum Erlasse künftiger Gesetze ertheilt. Ebenso wurden Preßfreiheit und Wahlrecht von späteren Gesetzen abhängig ge-

macht. Die getäuschte Hoffnung, die Mißstimmung, der Unwille waren allgemein.

War es die krämerhafte Ansicht, welche im Interesse der Krone „viel vorschlagen“ wollte, um einiges an der Forderung ablassen zu können, war es, wie andere mit größerer Wahrscheinlichkeit meinten, Nachgiebigkeit gegen den Widerstand der Krone, welche das Ministerium Camphausen bewog, einen solchen Verfassungsentwurf einer aus Urwahlen ohne Census hervorgegangenen Versammlung zu bieten — in beiden Fällen war dieser Entwurf ein politischer Fehler. Das Ministerium schwächte dadurch von vorn herein die konservative Majorität. Es brachte sich bei Hauptfragen sogar in die Minderheit, und verlangte Hülfe von einer Versammlung, die es zu leiten berufen war. In einem politisch gebildeten Lande war der Fall eines solchen Ministeriums, in der ersten Sitzung unausbleiblich. Anders in der Preußischen Nationalversammlung, die in ihrer überwiegenden Majorität nicht daran dachte, das Ministerium zu stürzen. „Nicht vierzig Stimmen“, sagt v. Unruh in seiner Darstellung der Nationalversammlung, „hätten sich für einen solchen Antrag gefunden, schon darum nicht, weil es an bekannten Männern zum Ersatze gebrach. Man vertraute besonders Camphausen, Auerswald und Bornemann.*) Der

*) v. Unruh, Skizzen z. Preußens neuester Geschichte. S. 33—39.

mögliche Rücktritt dieſer Männer wurde in den erſten Wochen von neun Zehntheilen der Verſammlung trotz aller früher geſchilderten Vorgänge fortwährend als eine Calamität betrachtet, und jeder Anſtoß dazu mit Sorgfalt vermieden oder bereitwillig aus dem Wege geräumt.

Ueber der Nationalverſammlung ſelber ſchien vom erſten Tage an ein eigner Unſtern zu walten. Die Wahl eines Alterspräſidenten in der Perſon eines ehrenreichen aber altersſchwachen Greiſes, des einſtigen Staatsminiſters von Schön, legte gleich Anfangs die Zügel einer aus ſo verſchiedenartigen Elementen zuſammengeſetzten, an parlamentariſchen Takt noch gar nicht gewöhnten, durch kein Reglement beherrſchten und geſchulten Verſammlung in zitternd ſchwache Hände, welche dieſelben beim erſten Rucke ſich entfahren und am Boden ſchleifen ließen. Unter dem Vorſitze dieſes einſt ſo energiſchen, jetzt halb kindiſch gewordenen Greiſes, deſſen ſchwache Stimme kaum den zunächſtſitzenden verſtändlich war, und der mitten in der ihn umgebenden Verwirrung dennoch ſeine Sache vollkommen gut gemacht zu haben glaubte, bemächtigte ſich gleich in den erſten drei Sitzungen ein Geiſt der Unruhe, des Lärmens und der Anarchie dieſer Verſammlung, deren Präſident ſeine Worte, damit ſie verſtändlich wurden, meiſt immer durch

einen der Sekretaire widerholen lassen mußte. Indeß fühlte die Versammlung selbst schon in den ersten Tagen die Nothwendigkeit einer schleunigen Aenderung. Aber so leicht es ist, große Versammlungen auch ohne Reglement zu geordneter Debatte zu leiten, wenn der rechte Mann mit Kraft, Uebung und Umsicht ausgerüstet, an der Spitze steht, so schwer ist es, eine durch das Gegentheil einer solchen Leitung gleich Anfangs verwilderte Versammlung zur Würde und Ordnung zurückzuführen. Leider war dazu der am Schlusse der dritten Sitzung mit 204 Stimmen gegen Waldeck, der nur 170 Stimmen erhielt, zum Präsidenten gewählte Breslauer Kaufmann Milde durchaus nicht der Mann. Von unruhiger Beweglichkeit, würdelos in der äußern Erscheinung, mit einer quiekenden Fallsettstimme, an deren lächerlichen Eindruck selbst der Ernst sich schwer gewöhnte, dabei ohne Energie und Klarheit in der Leitung der Debatte, aber mit desto mehr Selbstgefälligkeit ausgestattet, brachte der neue Präsident zwar etwas mehr, aber lange nicht hinreichende Ordnung und Haltung in den Gang und das Behaben der Versammlung. Ein energischer und umsichtiger Präsident, wie Waldeck, oder Grabow, welcher letztere wegen zufälliger Erkrankung, die auf ihn gerichtete Wahl im Voraus abgelehnt hatte, würde für die Haltung der Ver-

ſammlung ungleich mehr geleiſtet, und ſie vor vielen Ausſchweifungen bewahrt haben.

So aber war dieſer Anfang ein wirkliches Unglück, ebenſowohl für die Verſammlung ſelbſt, die an ihrem moraliſchen Gewichte durch dieſes erſte Auftreten eine ſchwer zu erſetzende Einbuße erlitt, als für die Beurtheilung derſelben in der Hauptſtadt und in den Provinzen. Der erſte Eindruck iſt bei der Maſſe faſt immer entſcheidend. Das niederſchlagende Schauſpiel, welches die erſten öffentlichen Sitzungen dieſer Verſammlung den geſpannten Blicken des ganzen Landes darboten, ward um ſo ſchärfer beurtheilt, da der Deutſche, insbeſondere der Norddeutſche, nach ſeiner angebornen kritiſchen Natur nur allzuſehr geneigt iſt, dasjenige als Zuſchauer zu verdammen, was er als Mithandelnder um nichts beſſer machen würde. Man verglich, beſonders in den Preußen- und Patriotiſchen Vereinen und andern Organen der reaktionairen Partei, dies erſte unruhige und würdeloſe Auftreten der Nationalverſammlung mit der würdevollen, ruhigen und gemäßigten Haltung des vorjährigen Vereinigten Landtags. Aber man vergaß, daß dieſe lediglich berathende Verſammlung, abhängig von dem Winke des abſoluten Königthums und ſeiner Vertreter, umgeben von den eiſernen Gitterſchranken eines, in allen Stücken auf ſolche Abhängigkeit berech-

neten Reglements, unter der Zuchtruthe eines allmächtigen Ministers, geleitet von einem, mit diktatorischer Vollmacht ausgestattetem Landtagsmarschall, in einer Zeit vollkommner politischer Ruhe, im Bewußtsein dieser ihrer politischen Abhängigkeit und Unterordnung, ebensowenig mit der jetzigen Nationalversammlung verglichen werden konnte, als die Ruhe und Ordnung einer wohlgezognen und strengbewachten Klosterschule den Urtheilsmaßstab abgeben darf für das übermüthige Gebahren einer, eben zur Freiheit der Universität entlassenen Studentenjugend, welcher die Haltung der jungen Nationalversammlung in manchen Fällen oft sehr nahe kam. Aus den verschiedenartigsten Elementen zusammengesetzt, völlig neu in der Thätigkeit, zu der sie berufen war, ohne alle parlamentarische Erfahrung — nicht zwanzig ihrer Mitglieder hatten auch nur die Schule des Vereinigten Landtags durchgemacht — gegenseitig einander unbekannt, vor der späteren Sonderung in wohl organisirte und disziplinirte Parteien, nach deutscher Weise fast in soviel Sinne als Köpfe zerspalten, und zu alle dem noch durch den Mangel an energischer Führung jeden Zügels baar und ledig, mußten ihre Sitzungen Anfangs ein sehr unerfreuliches Schauspiel gewähren.

Wir sahen, daß der Versammlung von vorn

herein die ſtarke Hand einer kräftigen Leitung fehlte. Eben ſo wenig durchgreifendes geſchah, um die gleichmäßigen Vorarbeiten in den Abtheilungen in gehörigen Gang zu bringen, und dadurch der Verſammlung nützlichen, vorbereiteten Stoff zur Thätigkeit zu verſchaffen.*) Das Miniſterium hatte zwar mehrere Geſetze, namentlich über die Gemeindeordnung, die Feudallaſten, die Volksbewaffnung, Civil- und Kriminalgerichtsweſen, Beſteuerung und dergleichen als ſehr dringend anerkannt und die Einbringung verheißen, aber nicht bewirkt. Eine ſolche Vorlage unterblieb auch während der ganzen ferneren Dauer des Miniſteriums. Dadurch ſah ſich die Verſammlung wider ihren Willen lediglich auf den — von allen Seiten angefochtenen Verfaſſungsentwurf und auf zeitraubende und großentheils nutzloſe Interpellationen und dringliche Anträge beſchränkt, wenn ſie nicht — was für eine erſte große aus Urwahlen hervorgegangene Verſammlung in einem bis dahin abſoluten Staate das Unzweckmäßigſte geweſen wäre, ſelbſt die Initiative ergreifen und große organiſche Geſetze ausarbeiten wollte. Die Klage, daß die Verſammlung nichts nützliches thue, erhob ſich von vielen Seiten. Daß die Regierung ihr keinen Stoff zur Arbeit gab, ward von den

*) v. Unruh Skizzen S. 34.

Klagenden überſehen, oder doch nicht genügend gewürdigt.

Zwei Gegenſtände waren es hauptſächlich, auf welche die erſte Thätigkeit der Verſammlung lange Zeit hindurch allein angewieſen war: der Verfaſſungsentwurf, und die Antwortsadreſſe auf die Thronrede.

Der Verfaſſungsentwurf hatte weder in der Verſammlung noch im Lande Beifall gefunden. Die beſte Kritik deſſelben iſt, daß ſelbſt das Miniſterium Brandenburg-Manteuffel es ſpäter nicht wagte, denſelben ſeiner octroyirten Verfaſſung zum Grunde zu legen, ſondern ſich begnügte, einige wenige Paragraphen aus demſelben zu entnehmen. Anträge zu ſeiner Verwerfung wurden geſtellt, hunderte von Petitionen, faſt die geſammte Preſſe unterſtützten dieſelben. Aber die Majorität der Verſammlung wollte ſelbſt auf Koſten ihrer Popularität einen Schritt vermeiden, der dem Miniſterium wehe thun, und ſeinen Sturz herbeiführen mußte. Man ergriff daher den vermittelnden Ausweg, den Entwurf einer eignen Commiſſion zur Berathung und Umarbeitung zu überweiſen. Dies geſchah (15. Juni), und die Miniſter und deren Commiſſarien nahmen Theil an der Berathung. Doch hatten die Machinationen gegen einen ſolchen Schritt abermals koſtbare Zeit verlieren machen, da man die Berathung

über die Beseitigung des Entwurfs beständig durch alle möglichen Mittel zu umgehen suchte.

Einen sehr verwunderlichen Gang nahm dagegen die Adreßfrage durch die Inkonsequenz des Ministeriums. Ein großer Theil der Versammlung war gegen eine Adresse, als eine unnütze Zeitversplitterung über Prinzipienfragen. Auch das Ministerium war darüber nicht einig, und noch am Vorabende des entscheidenden Tages, an welchem der Minister Hansemann, und nach seinem Vorgange der Ministerpräsident im Namen des Ministeriums, die Adreßfrage als eine Kabinetsfrage erklärten, waren selbst Mitglieder der rechten Seite des Hauses darüber in Unwissenheit, ob das Ministerium die Adreßdebatte wünsche oder nicht wünsche! *) Was weder in Frankreich noch in England ein Minister gewagt haben würde, wichtige Maßregeln im Hause zur Sprache zu bringen, ohne vorher seine Partei davon in Kenntniß und sich mit derselben in Einvernehmen zu setzen, ohne seinen Freunden Zeit zu lassen, für ihn und seine Maßregel zu wirken, das wagte einer noch ungeordneten Versammlung gegenüber der Minister Hansemann selbst mit Kabinetsfragen in einer Weise, welche bei Vielen, selbst Anhängern des Ministeriums, erst Mißstimmung, dann Erbitte-

*) v. Unruh a. a. O. S. 39.

rung hervorrief. Man bezeichnete, wie Unruh sich ausdrückt, dies Verfahren des Ministeriums als einen moralischen Zwang, dem sich ferner zu unterwerfen man wenig Neigung zeigte. *) Herr Hansemann nannte am 31. Mai die Adresse eine „That", und erkannte in ihr eine Lebensfrage des Ministeriums. Die Versammlung ward erschreckt, und bewilligte die Adreßdebatte mit großer Majorität. Aber derselbe Minister, welcher diese Frage zur Kabinetsfrage gemacht hatte, verzichtete vier Wochen später auf die Adresse, welche er eine That, und ohne welche er die Fortsetzung seines Ministeriums eine Unmöglichkeit genannt hatte. Und so groß war trotz alldem die schonende Rücksicht der Majorität der Nationalversammlung gegen das Ministerium, daß dieselbe am Tage nach jener unerwarteten Kabinetsfrage das Verlangen der Opposition, welche die Thatsache zu Protokoll vermerkt wissen wollte, daß das Ministerium die Adresse zu einer Kabinetsfrage gemacht, hartnäckig verweigerte, und durch die in diesem Sinne erfolgte Abstimmung gradezu, dem Ministerium zu Gefallen, eine Tyrannei gegen die Minorität ausübte.

Dennoch blieb das Ministerium Camphausen, eben so wie die ihm folgenden Ministerien, ohne

*) a. a. O. S. 39.

allen engern Zuſammenhang mit der Nationalverſammlung, in welcher es doch allein ſeinen Schwerpunkt zu finden angewieſen war. Es gab ſich nicht die Mühe, eine kompakte zuverläſſige Majorität zu bilden, — ja als ihm eine ſolche von ſelbſt zufiel, bekümmerte es ſich kaum um dieſelbe. Die Neigung der Verſammlung, ſich in ihrer Mehrzahl zu einer freiſinnigen Regierungspartei zu befeſtigen, blieb vom Beginne der Verſammlung bis zum September vorherrſchend. Während dieſer ganzen Zeit fiel den Miniſterien die Majorität zu, ohne daß ihrerſeits die nöthigen konſtitutionellen Mittel folgerichtig angewendet wurden, und ohne daß die durchaus nothwendige Verbindung zwiſchen dem Miniſterium und den Parteien, welche die Majorität bildeten, jemals ſtattgefunden hätte. *)

---

2. Das Prinzip der Vereinbarung und die Nichtanerkennung der Revolution.

Einige Tage vor der Eröffnung der Nationalverſammlung fragte ein Deputirter, welcher ſpäter

---

*) v. Unruh a. a. O. S. 38—47., S. 50. S. 85.

der rechten Seite angehörte, einen der Miniſter geſprächsweiſe: ob es wirklich wahr ſei, daß die Regierung die Kammer nicht als eine konſtituirende Verſammlung anerkennen werde? Allerdings! lautete die Antwort. „Das wird böſes Blut machen", fuhr der erſtere fort; „und was wird geſchehen, wenn ſich die Vertreter der Nation nicht mit der Krone einigen können über Rechte, welche ſie dem Volke ſichern ſollen?" — „„Sie werden ſich ſchon vereinigen"", tröſtete der Gefragte. „Aber wenn es nun doch nicht geſchieht?" — „„Dann wird ſich zeigen, wer der ſtärkere iſt.""

Dieſer Zug karakteriſirt am Schlagendſten die Theorie der Vereinbarung, mit welcher das Miniſterium Camphauſen der Nationalverſammlung und der Revolution entgegentreten zu müſſen glaubte.

Dieſer Begriff oder vielmehr dieſes Wort einer Vereinbarung, deren Grundlage allen unbekannt, deren Möglichkeit nur auf ſanguiniſch vertrauender Hoffnung beruhte, auf einer Hoffnung, welcher die geſammte geſchichtliche Erfahrung widerſprach, war nur ein Auskunftsmittel, um das Problem, in die Unbeſtimmtheit einer Phraſe gekleidet, als ſolches ſtehen zu laſſen, ein Wort, das ſich rechtzeitig einſtellte, weil die Begriffe fehlten. Es war ein neuer Gordiſcher Knoten, den, wie den alten, nur das Schwert zerhauen konnte. Denn daß er nicht zu

lösen sei, dafür bürgte die Erfahrung aller Geschichte, welche lehrt, daß noch nie die absolute Macht anders als gezwungen sich ihrer Vorrechte begeben hat. Wie wenig sich die Erfinder jenes Worts den Begriff desselben klar gemacht hatten, dafür bürgte wohl am besten der Umstand, daß man in der Berathung des Wahlgesetzes mit dem Landtage die wichtige Frage: was geschehen solle, wenn die Vereinbarung zwischen der Krone und der ersten Nationalversammlung nicht zu Stande käme, völlig mit Stillschweigen übergangen hatte. Eine Vertagung oder gar Auflösung der Nationalversammlung war im Wahlgesetze nicht vorbehalten. Freilich hatte sie nicht vorbehalten werden können, ohne die dringendste Gefahr, eine neue allgemeine Bewegung hervorzurufen. Und doch mußte das Ministerium — wenn es die Versammlung nicht als eine konstituirende anerkennen wollte, den Muth haben, für den Fall, daß die Vereinigung nicht zu Stande käme, die Auflösung und Berufung an das Land durch Neuwahlen nach dem Wahlgesetze vom 8. April ausdrücklich vorzubehalten und es auszusprechen, daß die neue Versammlung dann über die streitigen Punkte, die immer nur einzelne sein konnten, zu entscheiden habe. So allein war ein bestimmtes Ende abzusehen, während zugleich einer Gegenrevolution ebenso wie einer zweiten Revolu-

tion vorgebeugt wurde. *) Die Regierung, indem sie einen solchen Vorbehalt nicht machte, erklärte dadurch offenbar die Nationalversammlung für unauflösbar und somit für eine konstituirende Versammlung. Das Sonnenlicht ist nicht klarer als diese Folgerung. Damit aber ward die Theorie der Vereinbarung, wenn sie anders einen Sinn haben sollte, zurückgeführt auf ihre eigentliche Bedeutung. Wie bisher die Nation in dem einzigen Organe, welches sie besaß, in den Ständen, nur berathend und einflußreich durch moralische Gewalt gewesen war, während der Krone nicht nur in allen wichtigen Staatsdingen die letzte, sondern überhaupt all und jede Entscheidung verblieb, so war jetzt durch die Revolution das Verhältniß umgekehrt worden. Die Krone, die Regierung war bei der Gründung eines neuen Zustandes beirathend, die Nation in ihrer Vertretung entscheidend. Ohne eine solche Umkehr des Verhältnisses mußte die Revolution eine Phrase bleiben. Die Frage war in Berlin dieselbe wie in Frankfurt, wo Heinrich von Gagern ausdrücklich die Souveränität der Nation proklamirte. In der That, es ist nicht anders: was sich die Völker Jahrhunderte lang in Deutschland gefallen lassen mußten, werden sich wohl

*) v. Unruh a. a. O. S. 37. Bauer Geschichte der bürgerlichen Revolution in Deutschland S. 152—252.

in dem Kreislaufe menschlicher Dinge zuletzt auch die Fürsten ihrerseits gefallen lassen müssen.

Daß die Nationalversammlung, ohne ihren Willen gesetzlich unauflösbar sei, ward von ihr selbst nicht bezweifelt. Sogar Mitglieder der rechten Seite sprachen dies offen aus (z. B. in der wichtigen Debatte am 7. September) ohne vom Ministerium Widerspruch zu erfahren.*) Unauflösbarkeit der Nationalversammlung aber hieß Souveränität der durch sie vertretenen Nation. Die konservative Rechte, welche die letztere bestritt, während sie die erstere behauptete, befand sich mit sich selber in offenbarem Widerspruche.

Der Ministerpräsident Camphausen leugnete am 31. Mai in einer lebhaften Rede die Revolution zu Gunsten seiner Doktrin des gesetzlichen Uebergangs. Eine Verfassung solle vereinbart werden, d. h. hervorgehen aus einem Vertrage zwischen Krone und Volk als gleichberechtigten Parteien. Da aber nach dieser Doktrin, so wie nach der thatsächlichen Lage der Dinge, die Krone noch so lange in dem Vollbesitze aller Macht verblieb, bis die neue Vereinbarung über die „dem Volke einzuräumenden Rechte“ in der Verfassung zu Stande gekommen war, so

*) v. Unruh a. a. O. S. 38.

folgte daraus mit unwiderſprechlicher Nothwendigkeit: daß die Krone allein vermögend und berechtigt war, die von der Nationalverſammlung vorgeſchlagene Verfaſſung zu verwerfen, und die Verſammlung ſelbſt zu entlaſſen, ſobald beide ihrem Willen nicht entſprachen. Die Thatſachen haben dies ſpäter beſtätigt. Die Vereinbarungstheorie des Miniſteriums Camphauſen war daher die Theorie der Entzweiung. Sie gab dem ſpäteren Miniſterium Brandenburg-Manteuffel nicht nur die Macht, ſondern auch das Recht zu ſeinem Handeln. Der Ausgang war nicht ein zufälliger, er war eine geſchichtliche und logiſche Nothwendigkeit.

Das Miniſterium der Revolution glaubte den Sieg ſchon erfochten und geſichert in einem Augenblicke, wo der Kampf erſt im Beginne war. Mäßigung und Vereinbarung, das war ſeine Parole. Aber „Mäßigung kann erſt nach vollendetem Siege eintreten", und Vereinbarung iſt Verſöhnung, Verſöhnung aber mit dem, nur im erſten Anlaufe zurückgedrängten doch keineswegs zu Boden geworfenen und vernichteten alten Syſteme mußte als Thorheit erſcheinen. „Eine ſolche Verſöhnung", ſagt der Geſchichtſchreiber des deutſchen Bauernkriegs, „darf erſt nach Vollendung des Kampfes eintreten, wenn die neue Ordnung auf der breiten Grundlage der materiellen Intereſſen im

Volke schon fest gewurzelt ist. Wer aber so thöricht ist, zu wähnen, daß eingerosteter Aristokratensinn je durch Schonung geschmeidig gemacht, und langgewohnter Herrscherstolz durch milde Benutzung des Sieges entwaffnet werden könne, der lege sich lieber gleich selber den Strick um den Hals. Dadurch erspart er den Gegnern, die diese Manipulation gewiß nicht unterlassen werden, sobald er durch das Schwanken des Kampfes in ihre Hand gefallen ist, wenigstens einige Mühe".

Die Theorie dieser Vereinbarung war dieser „Strick um den Hals", mit welchem die Reaktion die Märzrevolution in Preußen erwürgte. —

---

3. Berlin und die Provinzen.

Das Ministerium hatte durch seinen Präsidenten erklärt, daß es die Revolution nicht anerkenne. Die Nationalversammlung, welche noch immer das Ministerium um keinen Preis stürzen wollte, beseitigte später den Antrag des Berliner Abgeordneten Berends: „in Anerkennung der Revolution zu erklären, daß sich die Kämpfer des 18. und 19. März

um das Vaterland verdient gemacht hätten" durch die Tagesordnung. Dieser Antrag selbst war schon ein Widerspruch. Eine Revolution, die es nöthig hat, sich zu Protokoll anerkennen zu lassen, ist keine Revolution. Aber eine Versammlung, welche einem Ministerium zu Gefallen sich weigerte, die Anerkennung ihres eigenen revolutionairen Ursprunges auszusprechen, eine Versammlung, welche Bedenken trug, zu erklären, daß sich die Kämpfer um das Vaterland verdient gemacht, welche ein dem Volke widerstreitendes Regierungssystem selbst mit Aufopferung ihres Lebens zu einer Zeit überwältigten, wo es noch kein verfassungsmäßiges Organ für den Volkswillen gab — eine solche Versammlung konnte damals unmöglich auf die Sympathien des Volkes zählen. Auch täuschte sich Camphausen nicht darüber, daß selbst die Majorität der Nationalversammlung mit dieser Abstimmung eigentlich gegen sich selbst und ihre bessere Ueberzeugung gestimmt habe. In seiner Abschiedsrede vom 26. Juni gab er es deutlich zu verstehen, daß die Ueberzeugung der Kammermajorität die Revolution dennoch anerkenne. *)

Die Reaktion hingegen hob nach dieser Wen-

*) v. Unruh, Skizzen ꝛc. ꝛc. S. 41—42.

dung der Dinge immer kühner ihr Haupt empor. Zahlreiche Adreſſen der Patriotiſchen und Preußenvereine aus den Provinzen Pommern, Sachſen und der Mark ſchilderten die Märzrevolution als einen Straßenkrawall, angeſtiftet von franzöſiſchen und polniſchen Emiſſairen, von Juden und Literaten, als eine frevelhafte Emeute, welcher die Bevölkerung Berlins ſelbſt durchaus fremd geblieben ſei. *) Sie

---

*) Als Hauptgrund ward angeführt, daß die in dem Kampfe Gefallenen faſt alle geringes Volk, Arbeiter und Handwerker geweſen. Geheimräthe freilich waren keine darunter. Aber auch die überwiegende Mehrzahl der in einer Schlacht gefallenen beſteht aus gemeinen Soldaten, welche wiederum weſentlich den Klaſſen der Handwerker und Arbeiter angehören. „Betrachtet man, wie es thatſächlich leider der Fall iſt, die jungen Edelleute als die privilegirten Inhaber der Offizierſtellen, ſo findet man, daß auch der Maſſe der hinter den Barrikaden Berlins gefallenen Märzkämpfer die angemeſſene Zahl von Mitgliedern altadeliger Familien nicht fehlt. Unter den in jener Nacht getödteten zweihundert Perſonen befanden ſich vier dergleichen (die Studenten von Holzendorff und von Bojanowsky, der Referendarius von Lensky und ein Herr von Skocynsky). Es waren alſo eben ſo viele Offiziere getödtet, als da hätten fallen können, wenn eine ganze Kompagnie Soldaten, welche in ihrer größten Stärke nur 250 Mann und vier Offiziere zählt, bis auf den letzten Mann aufgerieben wäre.“ S. Perſonen und Zuſtände Berlins ſeit dem 18. März 1848 Thl. II, S. 10—11. Und wenn es wahr iſt, daß ſich unter den Gefallenen eine Anzahl wegen Diebſtahls beſtrafter Männer befanden, ſo iſt mit Prof. Gneiſt (Berl. Zuſtände 1849) darauf zu antworten, daß ein ſolcher Tod ſie ehrlich gemacht hat, wenn man auch

proteſtirten gegen die Tyrannei der revolutionairen Hauptſtadt zum Theil in Ausdrücken von wahrhaft ſanscülottiſcher Wildheit. Die Gnadenſtadt Berlin war in den Provinzen nie beliebt geweſen. Der Neid — leider ein Hauptzug des deutſchen Charakters — verſtärkte eine Abneigung, welche früher allerdings der Hochmuth des ſpezifiſch büreaukratiſchen Berlinerthums herausgefordert hatte. Man beneidete die von Jahr zu Jahr anwachſende Hauptſtadt um ihre Eigenſchaft als Sitz allen Einfluſſes und aller Macht, als Quell aller Gnaden, als der Ort, dem alle Thaten des alten Syſtems vorzugsweiſe zu Gute gekommen waren. Und dies Berlin, wohin alle die Millionen zuſammengefloſſen, wo ſo viel gebaut und verſchönert, ſoviel Geld verzehrt worden war, das die Provinzen zahlen mußten, dies bevorzugte, verzogene Berlin erſchien, namentlich in den alten Provinzen, deren politiſche Bildung auf der unterſten Stufe ſtand, und in den Augen der zahlloſen Beamten, welche ihre Exiſtenz bedroht ſahen, als ein Ungeheuer von Undankbarkeit gegen

---

nicht auf den chriſtlichen Standpunkt ſich ſtellen will, daß die Strafe das Vergehen ſühnt. Die Reaktion aber hätte am wenigſten wagen ſollen, das Andenken von Männern zu beſchimpfen, vor deren Leichen ihr Herr und Gebieter in anerkennender Huldigung ſein Haupt entblößt hatte.

das Herrscherhaus, gegen das alte monarchische System, gegen die Provinzen und die Büreaukratie selber. Von diesem hier gehaßten, dort verachteten Berlin sich „Gesetze vorschreiben", den Gang der Staatsentwicklung vorzugsweise beeinflussen zu lassen, erschien unerträglich. Vor allem ward versucht, das Landvolk gegen die „rebellische Hauptstadt" zu fanatisiren. Die Bildung des Landvolks war ein Werk der Geistlichkeit, welche besonders durch das Ministerium Eichhorn dazu auserlesen war, den Ultraroyalismus auf dem Lande zu pflegen, und ihn besonders in den Schulen systematisch zum religiösen Fanatismus auszubilden. Diese Bemühungen waren nicht ohne Frucht geblieben, und mit Recht konnte später der König es aussprechen: daß sich das Landvolk vor den Städten in der Treue für den angestammten Herrscher ausgezeichnet habe. Schwere Beschuldigungen und arge Drohungen gegen die Bewohner der Hauptstadt gelangten von diesem Theile der Bevölkerung nach Berlin. Vergebens protestirten selbst die gesetzlichen Vertreter der Hauptstadt gegen solche Anklagen und Beschuldigungen. Vergebens erklärten Magistrat und Stadtverordneten: daß der gesetzliche Sinn der Bewohnerschaft Berlins weit entfernt sei, die Rolle eines Diktators spielen zu wollen, und daß die öffentliche Ordnung in der

Hauptstadt noch nirgends gefährdet worden sei. *) Es half ihnen zu nichts. Berlin hatte thatsächlich durch die eine Nacht vom 18.—19. März eine ver-

---

*) Die Bekanntmachung des Magistrats vom 6. Juni lautete: „Es sind vielseitig in den Provinzen, theils völlig unwahre, theils übertriebene Gerüchte über den Zustand der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Berlin verbreitet worden. Wir finden uns dadurch veranlaßt, unsern Mitbürgern in den Provinzen die beruhigende Versicherung zu geben, daß die Sicherheit der Person und des Eigenthums in der hiesigen Stadt durchaus nicht gefährdet ist. Zwar macht sich die lebendige Theilnahme unserer Bevölkerung an dem großen Entwicklungsprozesse, in welchen sich gegenwärtig das staatliche und gesellschaftliche Leben des Preußischen und Deutschen Volks befindet, auch in dem öffentlichen Treiben der Stadt in Gestaltungen sichtbar, an die wir bisher nicht gewöhnt waren. Ja wir haben sogar manche Kundgebungen politischer Ansichten und Forderungen zu beklagen gehabt, die mindestens in ihrer Form keineswegs zu billigen sind. Indessen hat der gesunde Sinn unserer Bevölkerung dergleichen Ungehörigkeiten sehr bald als solche erkannt und beseitigt. Niemals aber hat das erwachte Gefühl der gleichen Berechtigung aller Menschen und aller Staatsgenossen auf Freiheit Schutz und Ehre, und die mit diesem Gefühle verbundene geistige Erhebung aller Klassen unserer Einwohnerschaft es geduldet, daß die Sicherheit und das Eigenthum und die zu deren Schutz erforderliche öffentliche Ordnung irgendwie gefährdet werde. Indem wir uns gedrungen fühlen, dies der Wahrheit gemäß zur Kenntniß unserer Mitbürger in den Provinzen zu bringen, bemerken wir noch insbesondere, daß wir alle Veranstaltungen getroffen haben, um die ordnungsmäßige Abhaltung des in diesem Monate hier stattfindenden Wochenmarkts u. s. f. auf das vollkommenste sicher zu stellen."

änderte Stellung zum Lande eingenommen. Es hatte wirklich die Revolution gemacht, und in seiner Barrikadenerhebung die Geburt des ersehnten Kindes, der Freiheit herbeigeführt. Daß der Säugling in der Wiege sich noch etwas ungeberdig benahm, lag freilich in der Natur der Sache. Aber eben so sehr lag es in der Natur der Sache, daß Berlin, welches die Initiative des wirklichen Freiheitskampfes ergriffen hatte, eine überragende Stellung nicht aufgeben konnte, und daß eine Stadt von 400,000 Einwohnern, seit Jahrhunderten die Hauptstadt des Reichs, der Sitz seiner historischen Traditionen, der Mittelpunkt und Sammelplatz großer Intelligenz, jetzt der Centralpunkt aller vorwärts strebenden Kräfte, einen überwiegenden Einfluß üben mußte auf die Neugestaltung der Preußischen Dinge, zumal in einem Augenblicke, wo es in seinen Mauern die Vertreter der Nation versammelt sah, welche diese Neugestaltung berathen sollten. Schon damals war es keinem aufmerksamen Beobachter ein Geheimniß, daß das Schicksal der Preußischen und der deutschen Märzerhebung in Berlin entschieden werden würde.

Während nun die Haltung des Ministeriums Camphausen in seiner Weigerung die Märzrevolution anzuerkennen, dieser feindseligen Stimmung der reaktionairen Elemente in den Provinzen neue Nah-

rung gab, unternahm es die Berliner Bevölkerung, die Ehre der für den Sieg des Rechts und der Freiheit gefallenen Kämpfer durch eine großartige öffentliche Huldigung zu wahren.

Am 4. Juni Mittags zwei Uhr bewegte sich ein feierlicher Zug, bestehend aus verschiedenen Abtheilungen der Bürgerwehr, aus den Mitgliedern der Klubbs und anderer Vereine, den Studenten-, Künstler- und Handwerkerkorps, fast sämmtlichen Gewerken der Handwerker, Maschienenbauer, Fabrikarbeiter, mit vielen hunderten umflorten, schwarz-roth-goldnen Fahnen, begleitet von weit über hundert Mitgliedern der Nationalversammlung, vom Gensdarmenmarkte durch die Stadt, dem Schlosse vorbei nach dem Friedrichshaine, um auf der Ruhestätte der gefallenen Kämpfer das Andenken derselben feierlich zu begehen. Seit dem großen Leichenzuge des Märzmonats hatte Berlin ein ähnlich feierliches Schauspiel nicht erlebt, als hier der Anblick eines Aufzuges bot, der gegen 40—50,000 Theilnehmer aller Stände und Klassen zählend, sich zwei Stunden lang durch eine Bevölkerung von hunderttausenden, ohne Polizei und sonstige Schutz- und Vorsichtsmaßregeln zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in würdevollem Ernste und lautloser Stille einherbewegte. Der Anblick dieses Trauerfestzugs war groß und überwältigend.

Selbſt viele Zweifler unter den eben erſt aus den Provinzen angekommenen Abgeordneten ſahen ſich zu dem Geſtändniſſe gezwungen, daß ſolche Haltung und Selbſtbeherrſchung eines bis dahin nur von Polizei regierten Volkes bewunderungswürdig ſei, und daß eine Bevölkerung, die ſo das Andenken der Männer der Revolution zu ehren wiſſe, nicht als das betrogne Werkzeug einer verbrecheriſchen Rotte fremder Meuterer und Aufwiegler angeſehen werden könne. Der Magiſtrat, vor wenig Monden noch der beredte Lobherold der „glorreichen Freiheitshelden", noch ſonſtige ſtädtiſche Behörden hatten freilich an dem Zuge nicht Theil genommen. Ein Tagesbefehl des neuen — ſpäter als völlig unfähig erwieſenen — Kommandeurs der Bürgerwehr, Major Bleſſon, hatte ſogar gewagt, der Bürgerwehr als ſolcher die Theilnahme an dieſem Feſtzuge zu verbieten. Um ſo größer war der moraliſche Eindruck, welchen das vollſtändige Gelingen und die würdige Haltung der Demonſtration hervorbrachte. Gegen die Bürgerwehr regte ſich aber von jetzt an mehr und mehr der Groll der Reaktion, als gegen ein Inſtitut, das für die Sicherheit der Hauptſtadt und der Nationalverſammlung keine Garantie leiſte, und ſogar republikaniſchen Tendenzen huldige. Der Gedanke einer Verlegung der Nationalverſammlung aus Berlin begann jetzt zuerſt aufzutau-

chen. Die Beſchuldigungen der reaktionairen Partei wuchſen zu einer ſolchen Höhe, daß ſich ſelbſt der Magiſtrat genöthigt ſah, in der zuvor erwähnten Proklamation öffentlich Zeugniß gegen dieſelben abzulegen.

---

4. Der Prinz von Preußen in der Nationalverſammlung.

Unterdeſſen nahte der Tag heran, an welchem der Prinz von Preußen in der Nationalverſammlung erſcheinen ſollte. Alles war geſpannt auf dieſes Erſcheinen. Alle Parteien vereinigten ſich in der Erwartung, daß daſſelbe zum Akte einer offenen Verſöhnung und ſomit zu einer neuen Bürgſchaft für die friedliche Entwicklung der politiſchen Zuſtände des Vaterlandes werden möchte. In einer ergreifenden, von allen Seiten mit einem Beifallsſturme aufgenommenen Rede, hatte Camphauſen (am 6. Juni) bei der Beantragung einer Interpellation „über die Gründe, welche den Prinzen von

Preußen vom Vaterlande fern gehalten hätten", dieſer Erwartung Ausdruck geliehen, und nicht vergeblich hatte er „den Geiſt der Milde und Verſöhnung" auf die Verſammlung herabbeſchworen. Es war dieſelbe Rede, in welcher er es mit edelherziger Offenheit ausſprach: daß er und ſein Miniſterium „ſich als ein Schild vor die Dynaſtie geſtellt, und alle Gefahren und Angriffe von derſelben ab und auf ſich geleitet." Die Nationalverſammlung war in der beſten Stimmung. Die Haltung der Hauptſtadt erwartungsvoll und hoffend, ruhiger als jemals ſeit dem 19. März. Mit ein wenig Klugheit und gutem Willen konnte das Auftreten des Prinzen eine neue Phaſe der Verſöhnung der Parteien bilden. Es ſollte anders kommen.

Schon in der letzten Maiwoche hatte der Vorſitzende der Wahlprüfungskommiſſion, der Abgeordnete v. Unruh, dem Miniſter des Innern vorgeſchlagen, bei der Anerkennung der Wahl des Prinzen von Preußen zum Mitgliede der Nationalverſammlung den Gewählten einzuladen, ſeinen Sitz in der Verſammlung einzunehmen. Eine einſtimmige Annahme dieſes Vorſchlags der Commiſſion von Seiten der Nationalverſammlung war geſichert. Auffallenderweiſe erklärte ſich Camphauſen gegen den Vorſchlag, und fand es bedenklich, den Prinzen als Abgeordneten in die Verſammlung eintreten zu laſſen.

Dennoch erſchien zehn bis zwölf Tage ſpäter (8. Juni) der Prinz ohne beſondere Aufforderung, welche geeignet geweſen wäre, innerhalb und außerhalb der Verſammlung jeden Mißton zu beſeitigen. Aber nicht, wie gleichfalls vorgeſchlagen war, und allgemein erwartet wurde, in bürgerlicher Kleidung und ohne Unterbrechung der Sitzung. Sondern faſt eine Stunde nach Eröffnung derſelben, mitten in einer Rede des Abgeordneten Temme, trat er in Generalsuniform, den Degen an der Seite, den Federhut in der Hand durch den Eingang für die Mitglieder der Rechten in den Saal. Zwei Miniſter, Schwerin und Patow, begleiteten ihn, der auf der vorderſten Reihe der Rechten Platz nahm. Alle Tribünen waren dicht gefüllt, man bemerkte auf ihnen viele Flügeladjutanten, den Hofmarſchall und die Adjutanten des Prinzen. Bei ſeinem Eintritte erhoben ſich einige Mitglieder der rechten Seite von ihren Plätzen, was, wie jede Unterbrechung ein Ziſchen der übrigen Abgeordneten zur Folge hatte. Wäre der Prinz kurz vor der Eröffnung der Sitzung oder während einer Pauſe angemeldet erſchienen, ſo würde die Hochachtungsbezeugung durch allgemeines Erheben von den Sitzen ſicher vom ganzen Hauſe freudig erfolgt ſein, während jetzt die Taktloſigkeit jener Mitglieder der rechten Seite einen beklagenswerthen Eingang zu dem Folgenden bildete.

Bei dem Anblicke des Prinzen in Uniform zeigte ſich auf den Geſichtern mehrer Miniſter, namentlich Camphauſens und Bornemanns, der Ausdruck unverkennbarer Beſtürzung und ſchlimmer Ahnung. Der Präſident der Kammer ertheilte jetzt „dem Abgeordneten des Wirſitzer Kreiſes“, in welcher Eigenſchaft der Prinz allein ein Recht hatte, in der Nationalverſammlung zu erſcheinen — das Wort zu einer perſönlichen Bemerkung.

Der Prinz beſtieg, den Degen an der Seite, den Federhut in der Hand — ein wunderbar befremdlicher Anblick — die Rednerbühne. Alles lauſchte in athemloſer Erwartung. So ungünſtig der erſte Eindruck ſeines Auftretens auch geweſen war, doch war noch nicht Alles verloren. Man wußte, daß der Miniſterpräſident mit dem Prinzen Tags zuvor in Potsdam eine lange Unterredung gehabt, daß er ſelber ihm eine Rede entworfen, deren Form und Inhalt den ſicherſten Erfolg auf die Gemüther verbürgte. Aber namenloſes Erſtaunen erhob ſich, als der Prinz ſtatt derſelben die nachfolgende Worte ſprach:

„Als Abgeordneter für den Wirſitzer Kreis, vermöge der auf mich gefallenen Wahl bin ich berechtigt, in Ihrer Mitte zu erſcheinen. Ich würde bereits geſtern hierher geeilt ſein, wenn es nicht der Jahrestag unauslöſchlicher Trauer geweſen wäre,

der mich im Schooße meiner Familie zurückgehalten hätte. Heute aber ergreife ich die Gelegenheit, um zuvorderſt meinen Dank für das Vertrauen auszuſprechen, welches mich in Ihre Mitte berief, und wodurch mir es möglich wird, Sie, meine Herren, welche aus allen Provinzen des Landes und allen Ständen hier verſammelt ſind, herzlich willkommen zu heißen. Nicht nur die Blicke Preußens, die Blicke der Welt ſind auf unſre Verſammlung gerichtet, da durch ſie eine Vereinbarung mit unſerm Könige herbeigeführt werden ſoll, welche für lange Zeit die Schickſale Preußens und ſeiner Könige feſtſtellen ſoll. Welch ein hoher Beruf! — Je heiliger dieſer Beruf, je heiliger muß der Geiſt und die Geſinnung ſein, welche unſre Berathungen leiten. Die konſtitutionelle Monarchie iſt die Regierungsform, welche unſer König zu gehen uns vorgezeichnet hat. Ich werde ihr mit der Treue und Gewiſſenhaftigkeit meine Kräfte weihen, wie das Vaterland ſie von meinem ihm offen vorliegenden Charakter zu erwarten berechtigt iſt. Dies iſt die Pflicht eines Vaterlandsfreundes, vor allen alſo die meinige, als des erſten Unterthans des Königs. So ſtehe ich jetzt wieder in Ihrer Mitte, um mitzuwirken, daß die Aufgabe, welche uns geſtellt, zu einem gedeihlichen Ziele führe. Möge die Geſinnung, welche ich ausgeſprochen habe, von uns allen

getheilt und festgehalten werden. Dann wird unser Werk gelingen und zum Wohl und Heile unsers geliebten Vaterlandes gereichen. Möge mein Erscheinen unter Ihnen in dieser Beziehung ein günstiges sein, mögen wir vereint die Thätigkeit entwickeln, welche von uns erwartet und gehofft wird. Meine übrigen Geschäfte werden mir nicht erlauben, regelmäßig an Ihren Sitzungen Theil zu nehmen. Ich ersuche daher den Herrn Präsidenten, meinen Stellvertreter einberufen zu lassen. Uns alle aber, meine Herren, leite der Ruf und Wahlspruch der Preußen, der sich so oft bewährt hat:

Mit Gott! — für König und Vaterland.“

Der Ministerpräsident erbleichte bei dieser, mit lautloser Stille angehörten Rede, in welcher er so gut wie keinen Zug der von ihm selbst zu diesem Zwecke entworfenen wieder erkannte. Die ganze mit so viel Aufopferung vorbereitete Maßregel einer Zurückberufung, an welche das Ministerium den letzten Rest seiner Popularität gesetzt hatte, war verfehlt. Die Sache, für die es sich geopfert, hatte ihre dritte große Niederlage erlitten. Vergebens hatte Camphausens neuliche Rede dem Prinzen von Preußen den Weg gebahnt. Diese Erklärung des Prinzen von Preußen war eine Halbheit, welche keine Partei befriedigte. Es fehlte ihr das Einge-

ſtändniß des Irrthums über das alte, und der Ueberzeugung, die nicht bloß auf Befehl handelt, für das neue Syſtem, dem er alle ſeine Kräfte widmen zu wollen verſprach. Einer ſolchen Erklärung würde die ganze Verſammlung mit Begeiſterung zugejauchzt haben. Jetzt aber, wo er, ſtatt im Bürgerkleide in Soldatentracht erſchien, wo er, der ausdrücklich nur als Abgeordneter in der Nationalverſammlung zu erſcheinen berechtigte, dieſe Verſammlung als Prinz willkommen hieß, und ſeine Perſon von derſelben durch den Ausdruck „Ihre Sitzungen“ völlig trennte, jetzt, wo er das Miniſterium durch die Erklärung, daß ſeine Geſchäfte ihm die Theilnahme an den Sitzungen nicht erlauben würden, heillos kompromittirte, und den einzigen Hauptgrund, welchen daſſelbe für die Nothwendigkeit ſeiner Rückberufung geltend gemacht hatte, gradezu umſtieß, — jetzt endlich, wo er mit den Schlußworten ſeiner Rede die Parole der reaktionairen Preußen- und Patriotiſchen-Vereine offen zu der ſeinigen machte, — jetzt war jede Ausſicht auf wahrhafte Verſöhnung des mannhaften Trägers der Dynaſtie mit der thatſächlich ſtattgefundenen Umwälzung verloren. Als der Prinz ſofort nach dem Schluſſe ſeiner Rede die Tribüne und den Saal verließ, verſuchten einige Mitglieder der rechten Seite einen ſchwachen Beifallsruf, und erhoben ſich

von ihren Plätzen. Der allgemeine Unwille zwang sie, beides aufzugeben. Ihr Versuch hatte nur dazu gedient, die Niederlage noch deutlicher zu machen. Auch der Prinz schien die Taktlosigkeit seiner Freunde zu würdigen. Ohne Gruß und Beachtung der versuchten Huldigung schritt er in fürstlicher Würde durch die Reihen hinaus.

Aber selbst die große Masse der Halben war nicht befriedigt, und die Ansicht allgemein, daß der Prinz einen großen Triumph von sich gestoßen und einen nie wiederkehrenden Moment versäumt habe. Man verwünschte die Rathgeber, welche ihn dazu bewogen, und bedauerte die Minister, zumal den redlichen Camphausen, dessen Hoffnungen diese Wendung mit einem Schlage zertrümmert hatte. Als der Prinz bei seinem Austritte aus der Singakademie den Wagen bestieg, um nach Potsdam zurückzueilen, ließen einige zu diesem Zwecke versammelte Personen ein schwaches Hurrah erschallen, während andere Ruhe zischten. Ein Gardeoffizier, welcher sich thätlich an einem der letztern vergriff, mußte durch Bürgerwehr gegen die Verfolgung des Volks geschützt werden. Auf den Straßen, welche der Prinz durchfuhr, war es still und ruhig. Man schien keine Notiz von ihm zu nehmen. Nicht seine Feinde, wohl aber seine Freunde hatten ihm statt eines Triumphes eine Niederlage bereitet, allen Vaterlandsfreunden zur wahrhaften Trauer, und nur

der Kamarilla und der Reaktion in Heer und und Büreaukratie zur unverhehlten Freude. Sie ſchmäheten auf die Nationalverſammlung, als habe ſie die ſchuldige Hochachtung gegen den Prinzen aus den Augen geſetzt; aber niemals ſeit ihrem Zuſammentreten hatte ſich dieſelbe würdiger benommen, als an dieſem Tage, an welchem die redlichen Männer aller Parteien darin übereinſtimmten: dieſes Auftreten des Prinzen und die damit verbundene Niederlage des Miniſteriums durch die Schuld des Hofes, für den es ſich geopfert, ſei ein Unglück für das Vaterland.

Es war unter dem Eindrucke dieſer Stimmung, daß der vorher erwähnte Berendsſche Antrag debattirt, und erſt ſeine Vertagung dann (9. Juni) ſeine Beſeitigung durch 196 gegen 177 Stimmen beſchloſſen ward. Faſt ſchien es, als wolle man das Miniſterium tröſten für die erlittene Niederlage. Man ſah darüber hinweg, daß derſelbe Miniſter, Herr Hanſemann, welcher wenige Tage zuvor die Adreſſe zur Kabinetsfrage gemacht hatte, weil es eine Nothwendigkeit ſei, daß das Land erfahre, welche Prinzipien die Majorität der Verſammlung für ſich hätten, jetzt noch leidenſchaftlicher ſich gegen die Debattirung des Berendsſchen Antrages erklärte, „weil eine direkte Entſcheidung über ein ſo wichtiges Prinzip ein Unheil ſei für das

Land! *) Nach dieſer wichtigen und folgeſchweren Abſtimmung geſchah es, daß ein Miniſter, Herr v. Arnim, von den in der Nähe des Sitzungshauſes verſammelten Volkshaufen inſultirt wurde, allerdings nicht ohne daß von ſeiner Seite durch eine rauhe und heftige Aeußerung Veranlaſſung zu dieſem beklagenswerthen Exceſſe gegeben worden wäre. Das Dazwiſchentreten des bewaffneten Studentenkorps befreite ihn und einen Deputirten der rechten Seite aus den Händen der Menge, welche durch die von der Majorität der Nationalverſammlung ausgeſprochene Nichtanerkennung der Revolution heftig aufgeregt, nur mit Mühe von einzelnen Rednern und bekannten Deputirten beruhigt wurde. Die in unmittelbarer Nähe ſtehende Bürgerwehr hatte ſich jeden Einſchreitens enthalten. Der Unwillen über dieſen Exceß war allgemein. Die Reaktion verſtand es, denſelben auszubeuten.

---

5. Der Zeughauseinbruch.

Berlin befand ſich nach jener Abſtimmung der Nationalverſammlung in einem überreitzten Zuſtande.

---

*) Vergl. Stenograph. Bericht über die Sitzung vom 9. Juni S. 167.

Dieſe fieberhafte Aufregung entlud ſich durch die gänzliche Kopf- und Muthloſigkeit der zunächſt für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung verantwortlichen Behörde, des Bürgerwehrkommandanten und des Polizeipräſidenten, in einem eben ſo ſchmähligen, als für das Schickſal der Märzrevolution folgenſchweren Attentate einer, von zweideutigen Demagogen aller Art aufgehetzten Volksmaſſe gegen das Zeughaus.

Die Beſchränkung der verheißenen allgemeinen Volksbewaffnung auf eine bevorzugte Bürgerwehr, hatte von vorne herein unter dem ausgeſchloſſenen Theile des Volks böſes Blut erzeugt, und daſſelbe mehr und mehr den Einflüſterungen und Aufhetzereien der Demagogen zugänglich gemacht, welche ihm täglich ſein Anrecht auf Bewaffnung vorhielten. Seit den letzten Tagen des Mai hatten Gerüchte, daß die Reaktion das Zeughaus ſeiner Waffenvorräthe zu entleeren beabſichtige, die Aufregung geſteigert. Schiffe mit ſolchen Waffenladungen waren angehalten und zur Umkehr genöthigt worden. *)

---

*) „Am 24. Mai ward ein ſolcher Transport angehalten. Eine Deputation von Bürgern begab ſich zum General von Aſchoff, um von ihm Aufklärung darüber zu erbitten: der General verſichert: es ſeien alte, ſchadhafte Gewehre, welche zur Reparatur in die Fabriken geſchickt, und ſpäter an die Bürgerwehr vertheilt werden ſollten. Dieſes zu beweiſen, be-

Die Bürgerwehr hatte sich bei diesen Anlässen auf die Seite des Volks gestellt. Sie hielt das Zeughaus besetzt, bewachte eifrig den Waffenvorrath, und zeigte sich entschlossen, jede weitere Fortsendung von Waffen und Geschütz aus Berlin zu verhindern. Gleichzeitig rief ein Versuch, die Schloßportale gegen den Durchgang des Volks durch eiserne Gitter abzusperren, allgemeine Entrüstung hervor. Eine tumultuarische Menge hob die eisernen Thore aus ihren Angeln, und trug sie im Triumphe zur Universität. Das Wort Reaktion ward jetzt häufiger als jemals gehört. Die Menge, so oft sie sich im Einzelnen vergreift, irrt sich doch selten über das Ganze einer drohenden Gefahr, deren Annäherung sie mit sicherem Instinkte zu ahnen pflegt. Die Wiederkehr des Prinzen von Preußen, die Feier derselben durch die Garden zu Potsdam, das Auftreten des Prinzen in der Kammer, die Gerüchte von Militairansammlungen um Berlin, die zweideutige Haltung des bisherigen Bürgerwehrkommandanten, die entdeckten heimlichen Waffentransporte, dies Alles steigerte die fiebernde Erregung des Volks, das weder in den

---

gab er sich an Ort und Stelle. Es ward eine Kiste geöffnet, und es befanden sich darin ganz neue Zündnadelgewehre. Der General entfernte sich unter dem Hohn des Volks, das den einen der beiden Kähne erhielt, der zweite entkam nach Spandau." Pers. und Zust. I. Siehe S. 49—50.

Miniſtern, noch in der Nationalverſammlung, noch in der unvollkommnen, ſchlecht organiſirten, und noch ſchlechter geführten Bürgerwehr einen hinreichenden Schutz der von ihm errungenen Freiheit zu ſehen glaubte. Die Verleugnung der Revolution in der Abſtimmung der Kammer am 14. Juni, ſchlug vollends dem Faſſe den Boden ein. Dieſe unwürdige und feige Beſeitigung einer in das Haus gebrachten großen und entſcheidenden Prinzipienfrage, ſelbſt von gemäßigten Politikern als ein politiſcher Fehler erkannt, *) mußte verwirrend auf das Volk einwirken, und ſeine Leidenſchaften aufregen. Bekannte und unbekannte Aufwiegler ſchürten in ſehr verſchiedenen Abſichten die Gluth zur Flamme. Während den einen derſelben wirklich tolle Gedanken von neuem Aufruhr und Ausrufung der Republik vorſchweben mochten, konnten andere einen Zuſammenſtoß nicht ungern ſehen, welcher der Reaktion und ihrem Lieblingsplane: ſtarker militairiſcher Beſetzung der unruhigen Hauptſtadt, nothwendig in die Hände arbeiten mußte. Vom Ende der Sitzung des Tages an bis in den Nachmittag hinein war das Zeughaus von zahlreichen Volksmaſſen umgeben, welche das Geſchrei nach Waffen hören ließen, und Deputationen mit dem Geſuche um Volksbewaff-

*) v. Unruh a. a. O. S. 41.

nung in das Hotel des Kriegsminiſters in der Leipzigerſtraße entſendeten. Einzelne Volkshaufen durchzogen die bei dem ſchönen Wetter von Neugierigen und Spaziergängern gefüllten Straßen. Die Bürgerwehr war in den meiſten Stadttheilen alarmirt. Ein Bataillon derſelben, unter einem muthigen und entſchloſſenen Führer, hielt das, im Innern von einer Kompagnie Linienmilitair beſetzte Zeughaus, von auſſen umſchloſſen, und ſicherte daſſelbe gegen den Andrang der unbewaffneten Volkshaufen. Aber dies Bataillon ward plötzlich nach dem Kriegsminiſterium abberufen, obſchon in der Nähe deſſelben auf dem Gensdarmenmarkt, dem Dönhofs- und Wilhelmsplatze ganze Bataillone Bürgerwehr müßig unter Waffen ſtanden. Die zurückgebliebene, ſchwache, unvortheilhaft aufgeſtellte Abtheilung, erhielt keine Verſtärkung, und ſah ſich bald von den immer dreiſter andrängenden Volksmaſſen hart bedrängt. Gegend Abend fielen plötzlich aus den Haufen zwei blinde Schüſſe. Die Bürgerwehr gab Feuer, wodurch zwei Perſonen getödtet, einige andere verwundet wurden. Die Maſſen prallten zurück, und ſtoben ſchreiend aus einander. Die ſchwache Abtheilung der Bürgerwehr verließ, nachdem die Schüſſe gefallen, zum großen Theil das Zeughaus, vor welchem ſich bald neue Zuſammenrottungen bildeten, ohne daß von dem Kommandanten der Bürgerwehr

auch nur ein einziges der alarmirten, bereitſtehenden Bataillone zum Schutze des bedrohten Gebäudes beordert wurde. Weder Herr Bleſſon noch der Polizeipräſident waren am Orte der Gefahr ſichtbar. Nichts geſchah, um ein ſchmähliges, leicht zu verhinderndes Unheil abzuwenden. So konnte es geſchehen, daß eine an Zahl geringe, völlig waffenloſe Volksmaſſe ohne Widerſtand die Thüren und Fenſter des Zeughauſes erbrach, und plündernd ſich in die untern Räume deſſelben ergoß. Tolle Gerüchte von einem in Potsdam ausgebrochenen Aufſtande, der mit der Entwaffnung des Militairs, und der Flucht des Königs und der königlichen Familie geendet habe, wurden in Umlauf geſetzt, und ſelbſt von dem kommandirenden Offizier, Hauptmann Natzmer, welcher die oberen Räume des Zeughauſes mit einer Kompagnie Militair beſetzt hielt, geglaubt. Die Führer der plündernden Haufen ſpiegelten dem braven Soldaten vor, daß in Berlin die Republik ausgerufen, das Militair aus der Stadt vertrieben, und Widerſtand von ſeiner Seite nutzlos ſei. Der Hauptmann, welcher viele Stunden lang bis tief in die Nacht hinein auf das Erſcheinen von Verſtärkung vergebens gewartet hatte — obſchon die Truppen ſchlagfertig in ihren Kaſernen ſtanden, ließ ſich bewegen, ſeinen Poſten

aufzugeben, und nun begann eine wüſte Scene nächtlicher Räuberei und Plünderung in dem unbeſchützten Waffenhauſe des Staates, zur Schmach der Hauptſtadt, aber auch zur Schande derjenigen, welche bei dieſer Gelegenheit ihre Pflicht zu thun verabſäumt hatten. Erſt gegen Mitternacht entſendete der General von Aſchoff ein Linienbataillon des 24. Regiments unter dem Oberſt Lenz, um das Zeughaus den Plünderern zu entreißen. Aber dies war bereits geſchehen. Der entſchloſſene Führer des 10. Bürgerwehrbataillons, Hauptmann Vogel führte daſſelbe, nachdem die Bürgerwehr ſtundenlang auf ihren Alarmplätzen vergebens die Befehle ihres Oberkommandanten erwartet, auf ſeine eigene Verantwortung gegen das Zeughaus, ſäuberte die Umgebung deſſelben von den Volkshaufen, welche auf den erſten Trommelſchlag auseinander ſtoben, und verjagte die eingedrungenen Plünderer, welche zum Theil aus den Fenſtern ſprangen. Bald rückten andere Bataillone, gleichfalls ohne höhere Befehle, auf den Platz der Gefahr, und nahmen einem großen Theile der Plünderer die geraubten Waffen ab. Als das Militair anlangte, waren die Maſſen bereits verjagt und viele gefangen. Unter den am folgenden Tage verhafteten Aufwieglern befand ſich auch der bereits früher erwähnte Thierarzt Urban, welcher ſchon längere Zeit in dem Verdachte ge-

ſtanden hatte, ein beſoldeter Agent der Polizei zu ſein. *)

Der unfähige Kommandeur der Bürgerwehr legte ſeine Stelle nieder. Das von ihm geführte 8. Bataillon entſetzte ihn zu gleicher Zeit ſeines Kommando's. Ein Verſuch ſeinerſeits, in einem Briefe an den Präſidenten der Nationalverſammlung am andern Tage, die Bürgerwehr als unzuverläſſig und pflichtvergeſſen darzuſtellen, mißlang vollſtändig. Schon eine Stunde darauf mußte er jene Erklärung ſchriftlich widerrufen.

Unſinnige oder verrätheriſche Aufhetzung des niedern Volks auf der einen, Unfähigkeit und Pflichtvergeſſenheit der exekutiven Gewalten auf der andern Seite hatten ſo ein Ereigniß herbeigeführt, das von allen Freunden der Freiheit verabſcheut, in ſeinen Anfängen erklärlich, verbrecheriſch in ſeiner Ausführung, ſchimpflich und ſchmachvoll in ſeinem Ausgange, ganz geeignet war die öffentliche Meinung gegen die Hauptſtadt irre zu leiten, und der Reaktion und ihren Abſichten in die Hände zu arbeiten. Aus dieſem ſo leicht zu verhindernden **)

---

*) Perſonen und Zuſtände Berlins II, S. 49.

**) „Die Behörden, welche in gänzlicher Unthätigkeit und Zurückhaltung verharrt, hatten offenbar den Anſchein auf ſich geladen, als wollten ſie es mit Abſicht zu einem neuen Zuſammenſtoß kommen laſſen.“ Brockhaus Gegenwart 22, S. 588.

Attentate unbewaffneter Rotten ſchmiedete die Reaktion, deren Organ, die Neue Preußiſche Zeitung, am zweiten Tage nach demſelben erſchien, den erſten ſtarken Nagel zum Sarge der Preußiſchen Märzrevolution.

Kapitel IX.

Das Ende des Miniſteriums Camphauſen.

Das Miniſterium Camphauſen ward nicht geſtürzt, es zerbröckelte. Am 17. Juni machte der Miniſterpräſident der Nationalverſammlung die Anzeige, daß die drei Miniſter, des Kriegs, des Auswärtigen und der geiſtlichen Angelegenheiten ihre Entlaſſung genommen hätten, für den erſteren aber der General Roth von Schreckenſtein bereits ernannt ſei. Drei Tage ſpäter zeigte der Miniſterpräſident ſelber ſchriftlich an, daß auch er ſeine Entlaſſung eingereicht habe. Daß Camphauſen abtreten werde, war ſchon am Tage nach dem Erſcheinen des Prinzen von Preußen in der Nationalverſammlung öffentliches Geheimniß. Die Verzögerung des Schrittes um zwölf Tage ſchrieb man, wahrſcheinlich mit Recht, allgemein auf Rechnung von Gründen, welche der perſönlichen Hingebung des Mannes an die Sache der Dynaſtie, deren „Schild“ er geweſen, zur Ehre gereichten.

Zuvor jedoch hatte der Miniſterpräſident noch zwei wichtige Maßregeln eingeleitet. Am Tage nach dem Zeughauseinbruche hatte er erklärt, daß

das Miniſterium ſich bewogen gefunden: drei Landwehrbataillone mobil zu machen, welche gemeinſchaftlich mit der Bürgerwehr für die Aufrechthaltung der Ordnung ſorgen ſollten, und zweitens, die Polizei durch Errichtung einer kräftigen Schutzmannſchaft, der ſpätern Konſtabler, zu verſtärken. Durch die erſtere dieſer beiden Maßregeln ward die ohnehin noch immer jeder feſten Organiſation entbehrende Bürgerwehr aufs Neue geſchwächt und geſpalten. Sie verlor durch dieſe Trennung ſehr weſentliche Anhaltspunkte ihrer militairiſchen Ausbildung, während zugleich der junge kräftige und für Freiheit empfänglichere Theil der Berliner Bevölkerung der Führung ſelbſt gewählter Vorgeſetzten entzogen, unter den Befehl von Militairoffizieren geſtellt, und den alten militairiſchen Strafgeſetzen unterworfen wurde. Die Nationalverſammlung erhob hiegegen keinen Einſpruch, ſtellte aber durch einen an demſelben Tage gefaßten Beſchluß ganz im Gegenſinne zu dieſen Maßregeln ihre eigene Sicherheit unter den Schutz der Berliner Bevölkerung. Seit dieſem Tage blieb das Haus der Verſammlung ohne Beſetzung durch Bürgerwehr, deren maſſenhafte Aufſtellung früher ſich eben ſo aufreizend als nutzlos erwieſen hatte. Die Folge davon war, daß Monate lang nicht die geringſten Störungen vorfielen, und ſelbſt der Andrandg der Neu-

gierigen sich beträchtlich minderte. Zu gleicher Zeit beschloß die Nationalversammlung, auf den Antrag Waldeck's und Wachsmuths, die Revision des Verfassungsentwurfs durch eine eigene Kommission, wobei Waldeck das Ministerium auf die dringende Nothwendigkeit hinwies, zur Beschleunigung des Verfassungswerks und zur Beruhigung des Landes, die noch immer zurückgehaltenen organischen Gesetze endlich einzubringen. Die Verzögerung der Verfassungsberathung gehört zu den Hauptvorwürfen, welche später der Nationalversammlung gemacht worden sind. Die unparteiische Prüfung ergiebt die Thatsache, daß diese Verzögerung vorzugsweise durch Schuld der Regierung herbeigeführt wurde.

Das Ministerium Camphausen, bei seinem Antritte von dem ganzen Lande mit Jubel begrüßt, war Schritt vor Schritt durch seinen Mangel an Energie, und durch die Thätigkeit einer von ihm selbst möglich gemachten, oder durch seine Schuld möglich gebliebenen Kamarilla in eine Stellung hinabgedrängt worden, in welcher es sich, statt auf die Partei der Freiheit, vielmehr auf die loyalen Adressen des altroyalistischen oder scheinkonstitutionellen Preußenthums stützen mußte. Mit der Nationalversammlung und ihren sich bildenden Parteien ohne Verbindung, die Befestigung einer starken Regierungspartei in derselben, zu welcher alle Ele-

mente reichlich vorhanden waren, vernachläſſigend, ſah es die Anarchie, ſein Schreckbild, nur in den einzelnen unruhigen Auftritten, welche unter ſeinen Augen auf den Straßen der Hauptſtadt vorgingen, aber nicht in dem, gegen die ganze neue Richtung Preußens aufgeregten Beamtenthum, Adel und Militair. Von der Hofpartei unaufhörlich in ſeiner Wirkſamkeit durchkreuzt und gehindert, an ſich ſelbſt und an der Löſung ſeiner Aufgabe verzweifelnd, verlaſſen von denen, für die er ſo viel geopfert, gedrängt zu energiſchem Einſchreiten gegen die Revolution in einem Sinne, den er trotz aller dynaſtiſchen Anhänglichkeit nicht zu dem ſeinigen zu machen vermochte, mißgeſtimmt und gekränkt durch getäuſchte Hoffnungen entſchloß ſich Camphauſen zur Abdankung. Die Erklärung dieſes Schrittes, welche er in ſeiner Rede vom 26. Juni zu geben unternahm, war in ein gewiſſes Dunkel gehüllt, welches von der gewöhnlichen Klarheit ſeiner Darſtellung befremdend abſtach. „Die Zwecke ſeines Miniſteriums“, hieß es, „ſeien erreicht, die Nationalverſammlung vereint, der Thronfolger zurückgerufen, organiſche Geſetze vorbereitet oder angeregt, die Nothwendigkeit allgemeiner durchgreifender Reformen immer allgemeiner anerkannt, ſo wie die Nothwendigkeit energiſchen Handelns zur Aufrechthaltung der Ordnung. Das Miniſterium

der Vermittlung mußte sich in ein Ministerium der Ausführung verwandeln.“ Was hielt ihn ab, sich dieser Aufgabe zu unterziehen? Der wahre Sinn, welchen diese Phrasen nur halb zu verhüllen vermochten, war unschwer zu erkennen. Camphausen trat ab, weil er sich zur konsequenten Durchführung der Märzrevolution zu schwach, und zugleich zur Durchführung einer energischen Regierung, wie man sie von ihm in Potsdam verlangte, in seinem politischen Gewissen außer Stande fühlte. Sein letztes Wort an die Nationalversammlung war ein warnendes, von zukunftschwangerer Bedeutsamkeit, ein tröstend rathendes, an dessen Trost und Rath er doch kaum selbst zu glauben schien. „Möge — schloß er, das Selbstvertrauen in dieser Versammlung nicht fehlen. Sie kann das erwünschte Ziel erreichen, in ihrer Hand allein liegt es, wie bald die Verfassung des Landes zur unwiderruflichen Feststellung gelangt.“ Scheint es nicht, als hätte der scheidende Ministerpräsident mehr als geahndet, daß die Erreichung des Zieles nur eine Möglichkeit keine Nothwendigkeit sei?

Ein Gefühl banger Ahnung ergriff die Versammlung bei der Nachricht von Camphausens Abtreten. Zwar wenn man seine Wirksamkeit übersah, erschien das Bedauern über seinen Austritt

wenig gerechtfertigt. Aber was man auch gegen ihn und sein Handeln einwenden mochte: in Einem waren die Stimmen aller Parteien überein: daß mit diesem edelherzigen, redlichen und ehrenhaften Charakter ein guter Geist von der Leitung des Staats gewichen, und die Hoffnung auf friedliche Einsammlung der Früchte der Märzrevolution beträchtlich verringert sei. Camphausen selbst aber war der personifizirte Ausdruck dieser Märzrevolution in ihrer unklaren Halbheit, ihrer Sentimentalität und in ihrem Vertrauen. Wie Heinrich von Gagern, gehört auch er zu den Männern, welche dadurch, daß sie auf die Großherzigkeit einzelner hochgebornen Menschen, ein gläubiges Vertrauen setzten, das sie dem guten ehrlichen und mäßigen Sinne ihres Volks versagten, sich selbst und das Vaterland getäuscht, und Deutschlands erste Freiheitserhebung zu schmählichem Ausgange geführt haben. Mit schwerem Herzen, aber unbedenklich, wird der Historiker das Urtheil eines Zeitgenossen unterschreiben müssen: „daß die Schwäche des Ministeriums Camphausen das in seinem Siege über den überrumpelten Gegner hochherzige und großmüthige Preußische Volk um die blutig errungenen Früchte der Märzrevolution gebracht hat.“

Drittes Buch.

Das Miniſterium der That.

Digitized by Google

Kapitel I.

Revolution und Reform.

Das erste Ministerium der Revolution war abgetreten. Niemand wußte so recht eigentlich aus welchem Grunde. Die Nationalversammlung hatte es entschieden nicht gestürzt. Die Krone hatte öffentlich noch weniger Grund, mit ihm unzufrieden zu sein. Es war gestürzt wie ein schlechter Reiter, der sich angstvoll von seinem muthigen Pferde hinuntergleiten läßt, weil er bei der etwas lebhafteren Bewegung desselben das Durchgehen fürchtet.

„Der Mensch kann in keine gefährlichere Lage versetzt werden, als wenn durch äußere Umstände eine große Veränderung seines Zustandes bewirkt wird, ohne daß seine Art zu empfinden und zu denken gehörig darauf vorbereitet ist. Es giebt alsdann eine Epoche ohne Epoche, und es entsteht ein nur um desto größerer Widerspruch, je weniger der Mensch bemerkt, daß er zu dem neuen Zustande noch nicht ausgebildet sei.“ Die Geschichte der Preußischen Revolution von 1848 liefert den Beweis, daß dieses Wort

unſers größten Dichters von den Völkern ſo gut wie von Einzelmenſchen Geltung hat.

In Preußen, wie faſt in ganz Deutſchland, hatte die Märzrevolution das Volk und die neuen Staatsmänner eben ſo überraſcht, wie die Fürſten und die alten Regierungen. Auf eine Reform war Alles vorbereitet geweſen, auf eine Revolution Niemand. Denn nicht Tyrannei, die auf allen laſtet, hatte bis dahin in Preußen und Deutſchland geherrſcht, ſondern nur Unfreiheit, welche mit ihrem ſchwerſten Gewichte allein diejenigen drückte, die ſich bereits innerlich frei gemacht hatten, die Gebildeten. Nur vollſtändige Tyrannei aber iſt überall und immer die Mutter politiſcher Revolutionen und politiſcher Freiheit geweſen. So in den Niederlanden unter Philipp und Alba, ſo in England unter Karl I. und Jakob II., ſo in Frankreich nach der Vollendung der Despotie unter dem vierzehnten Ludwig und ſeinen Nachfahrern. Eine Revolution war auch die Bewegung des Jahres 1848 in Italien und Sizilien, wo jeder die Unerträglichkeit des einheimiſchen und fremden Regierungsdespotismus ſeit einem halben Jahrhundert empfand, wo die bodenloſe Schlechtigkeit der Staatsverwaltung in ihren Reſultaten der allgemeinen Armuth, des Elends und der Entſittlichung vor aller Augen ausgebreitet lag.

In Preußen, in Deutſchland war es anders.

Die hier herrſchende Unfreiheit ward nicht empfunden von der ungeheuren Mehrzahl ſelbſt der mittlern Klaſſen; die Beſitzenden fühlten ſich durchſchnittlich wohl in dem Zuſtande von Ruhe und Ordnung, der Jedem Freiheit genug ließ, ſeinen Kohl zu bauen, und für ſein Wohl zu ſorgen, wenn er es nur nicht unternahm, gegen die büreaukratiſche Unfehlbarkeit eines aufgeklärten Despotismus Zweifel zu erheben, oder ſich überhaupt um Staat und Staatsdinge mit ſeinem beſchränkten Unterthanenverſtande zu bekümmern. Beſchwerniſſe gab es allerdings in Menge, und Oppoſition gegen die Regierungen war eben deßhalb vielfach vorhanden. Sie war ſogar unter der geſammten Bildung verbreitet, ſie hatte ſelbſt in die weitſchichtige Beamtenwelt und unter der Ariſtokratie Eingang gefunden. Aber man trieb ſie dort mit wenigen Ausnahmen mehr als eine Art Genuß, als pikantes Reizmittel des eigenen Behagens. Die Nothwendigkeit der Reformen ward allgemein gefühlt, aber man hoffte ihre Erledigung auf friedlichem Wege der Verſtändigung oder als Weihnachtsgabe väterlicher Großmuth. Daß es mit der deutſchen Vielſtaaterei ein Ende nehmen müſſe, wenn endlich einmal aus Deutſchland etwas werden ſolle, war die Ueberzeugung auch der loyalſten Patrioten. Daß man ſich's dazu auch etwas koſten laſſen, vielleicht das Läuterungsfeuer eines tüchtigen National-

kriegs zum Behufe dieſer Um- und Einſchmelzung Deutſchlands beſtehen müſſe, mochten einige Beherzte zugeben. Aber an die Nothwendigkeit einer Revolution für das gottbegnadigte Ausnahmevolk der Germanen glaubte kein ächter Deutſcher, und die wenigen Einſichtigen, welche etwa an ihre ferne Möglichkeit glaubten, fürchteten ſie weit mehr als ſie dieſelbe hofften. Wenn es nun dennoch für Preußen im März des Jahres 1848 anſcheinend zu einer Bewegung kam, welcher ſelbſt offiziell der Name einer Revolution nicht geweigert werden mochte, zu einer Revolution, welche, wie wir bald ſehen werden, ein preußiſches Miniſterium als ſolche ausdrücklich anerkannte, ſo lag der Grund davon in folgenden Dingen.

Zunächſt und obenan in der Reihe derſelben ſteht der jähe Sturz des Friedensnapoleons durch die Pariſer Februarrevolution, welcher diesmal in der That, Dank dem Wahnwitz Louis Philipps und ſeines Guizot, den Talisman zerſchlug, der den Dämon der Revolution gefeſſelt hielt. Dieſer Talisman hieß Reform. Auf eine franzöſiſche Umwälzung hatte der deutſche Liberalismus, der überall bei der geringſten Bewegung an das über ganz Deutſchland geſpannte Eiſendach des Bundesdespotismus mit dem Kopfe anſtieß, ſeit achtzehn Jahren ſeine langathmigen Hoffnungen geſetzt. Jetzt war ſie

da, blitzschnell, radikal, überwältigend. Die über Nacht aus ihrem Haupte gesprungene Republik streckte ihren versteinernden Meduſenschild den deutschen Gewalthabern entgegen, während der fernher schallende Siegesjubel der Pariſer Freiheitskämpfer selbst die Herzen der Zaghaftesten entfesselte. Da erscholl auch in Deutschland, wo im vergeblichen Ringen so viele Einzelne sich ein Menschenalter lang abgemüht, der Ruf jener Begeisterung, die mit Einemmale „Alle Mann hoch“ zum Heben und Drängen aufrief. Und vor der vereinigten Kraft hob sich die Last, und es wich das Dach des Despotismus aus seinen Fugen, schneller und leichter als es die Hoffnungsreichsten geahnt.

Denn der Unglaube der Gewalthaber an die Möglichkeit solcher allgemeinen Erhebung wich plötzlich der erstarrenden Furcht, als das Unmöglichgehaltene geschah. Noch waren die alten Waffen des Despotismus in ungeschwächter Kraft vorhanden; aber der Arm, der sie führen sollte, war plötzlich erlahmt in dem sinneverwirrenden Schrecken. In Preußen ward ein Volksaufstand der Hauptstadt gegen polizeiliche und soldatische Brutalität zur Revolution durch die persönliche Haltung des Königs, der im entscheidenden Augenblicke das Schwert von sich warf, und der bewaffneten Empörung ihre Forderungen gewährte.

Leichter Sieg iſt der Vater des Uebermuths. Hier nun war, oder ſchien, in wenig Stunden ein Sieg erfochten, ſo unglaublich, ſo leicht, mit verhältnißmäßig ſo geringen Opfern, daß es ein Wunder geweſen wäre, wenn er die Partei, welche ſich der lockenden Früchte dieſes Siegs zu bemächtigen ſtrebte, nicht hier und da zum beſinnungsloſen Uebermuthe verleitet hätte. Uebermuth aber ſchlägt ſeinen eignen Herrn.

Die Conzeſſionen des Königs überſchritten gleich anfangs weit die kühnſten Hoffnungen der bisherigen liberalen Oppoſition. Die Häupter derſelben, jetzt zur Geſtaltung des neuen Preußens berufen, oder durch die zwingende Macht der augenblicklichen Noth der Krone aufgedrungen, ſahen ſich von vornherein auf Mäßigung angewieſen. „Mäßigung aber beſteht ſchwer gegen treibende Kraft.“ Von Begeiſterung und ſelbſt vertrauender, entſchiedener Zuverſicht verlaſſen, führt ſie nothwendig zu jener ſchwankenden Halbheit, wie wir ſie in dem Miniſterium Camphauſen geſehen. Was Heinrich von Gagern anderthalb Jahre ſpäter von der allgemeinen deutſchen Revolution und ihrer legitimen Vertretung, dem deutſchen Parlamente, öffentlich bekannte: „Von Haus aus war die Majorität des Parlaments konſervativ, aber unglücklicher Weiſe hatte ſie keine kräftige Regierung zur Seite“, das paßte, wie wir

in dem vorigen Buche geſehen haben, genau auf die preußiſche Revolution und ihre Vertreterin, die preußiſche Nationalverſammlung. Auch ihr fehlte dieſer Anhalt einer ſtarken Regierung, ſtark im Durchführen der leicht gewonnenen, aber ſchwer zu behauptenden Freiheit; nicht minder ſtark und entſchieden im Niederhalten eines frechen und bethörten Pöbels der Hauptſtadt, der von erbärmlichen Demagogen angeleitet wurde, ſich mit dem Volke Preußens zu verwechſeln.

Das ſchwache Miniſterium Camphauſen hatte die nicht beſiegte, ſondern nur durch den ungeahnten Schlag betäubte Partei des alten Syſtems zur Beſinnung kommen laſſen. Zur Beſinnung gekommen, ſchämte ſie ſich ihrer bewieſenen Schwäche, und erkannte den Leichtſinn und die Schwäche der Sieger. Ein Gegner, der begreift, daß er durch eigne Schuld beſiegt worden, iſt doppelt furchtbar für ſeinen Beſieger. Rückfälle ſind gefährlicher wie die Krankheit. Einem ſolchen Rückfalle führte die Politik der erſten Staatsmänner der preußiſchen Revolution ihr Vaterland unbewußt entgegen.

Die geſchlagene Partei kam zur Beſinnung. Die große Maſſe der Privilegirten, welche in Preußen, wie überall in ganz Deutſchland, ohne Statuten, nur durch den Inſtinkt des Gemeingefühls verbündet und verſchworen ſind zur Aufrechthaltung

eines Zuſtandes, der ihnen die Vortheile und Vorrechte ihrer Exiſtenz gewährleiſtet, ſchloß ſich, von der gemeinſamen Gefahr gedrängt, auf das Engſte aneinander. Die Soldatokratie, der Adel und die Büreaukratie, die Pfaffen, die Royaliſten und die excluſiven Chriſten rückten eng zuſammen. Die Altkonſtitutionellen und die Landtagsreformer des Jahres 1847, von der Strömung der Ereigniſſe überflügelt, hatten nicht weit zu einem Anſchluſſe an jenes erſte Treffen der Reaktion. Die Grundbeſitzer, die Börſenſpekulanten, die Männer der Induſtrie und des Geldes — die Bourgeoiſie im politiſchen Sinne des Worts, wurden von der Furcht vor einer ſozialen Umwälzung ſehr bald in daſſelbe Heerlager getrieben. Die Reaktion ſah ſich im Beſitze einer Fülle von Mitteln zur Verwirklichung ihrer Pläne. Sie beſchloß Hand an das Werk zu legen, aber mit Vorſicht. Denn zunächſt galt es, die konſtitutionellen Führer alten Stils abzunutzen, die Beſorgniſſe der Bourgeoiſie vor dem Proletariate durch berechnete Nachſicht und Schwäche gegen Pöbelemeuten in der Hauptſtadt, oder auch wohl durch Beförderung von dergleichen zu ſteigern, das Landvolk zu bearbeiten, das Heer neu zu kräftigen, die royaliſtiſche Partei überall zu organiſiren, und die Nationalverſammlung, der man das Geſchäft der Verfaſſungsberathung erſchwerte und verzögerte, möglichſt zu

diskreditiren; vor allem aber die Fehler und Schwächen der revolutionären Partei nach Kräften auszubeuten. Erst nach solchen Vorbereitungen durfte es rathsam scheinen, das Werk der Reaktion kräftig und entschieden anzugreifen, das Schwert der Contrerevolution zu ziehen und die Scheide wegzuwerfen. Dies Schwert war die Armee, das Heer, welches man in den dreiunddreißig letzten Jahren der Freiheitsunterdrückung zum blinden gehorsamen Werkzeuge der Gewalt erzogen und gebildet, das Heer, welches ein soldatischer Staatsmann Preußens schon im Juli des Jahres 1848 laut vor aller Welt, „die einzige, noch fest und aufrecht stehende Säule" nannte, „welche den letzten Rest der (alten) Ordnung trägt", und „die wohl bald auch in Deutschland, wie in Frankreich schon jetzt, der Mittelpunkt werden wird, um welchen sich das neue Gebäude aufbaut!"*) Das neue Gebäude des konstituirten Absolutismus und der auf die Gewalt der Bajonette gegründeten Willkürherrschaft, gesichert durch das Schattenbild einer Konstitution, welche ihr die nöthigen gesetzlichen Formen für ihr Handeln gewährte. Die Berufung auf Frankreich war verhängnißvoll, wie die ganze Prophezeihung, welche

*) Die deutsche Centralgewalt und die Preußische Armee (von Oberst v. Griesheim geschrieben am 23 Juli 1848).

ſich im vollen Umfange ihres Inhalts erfüllen ſollte. Das Heer, die einzige wohlgepflegte meiſterhaft organiſirte Schöpfung des Abſolutismus, hat ſich bewährt; dieſe Inſtitution, aufgenährt mit dem Marke des Landes, begünſtigt durch Vorrechte aller Art, hat ihren Schöpfern den Dank dafür abgetragen. Die Ordnung der Dinge in Preußen und Deutſchland ruht in dem Augenblicke, wo wir dieſe Worte niederſchreiben, ſtatt auf den Grundſäulen des Rechts, des Geſetzes der Freiheit und eines für ſeine Verfaſſung begeiſterten Volks, einzig und allein auf den Spitzen der Bayonette des Preußiſchen Heeres.

Kapitel II.

Das erste Auftreten des neuen Ministeriums.

Unter dem Donner der furchtbaren Pariser Straßenschlacht, in welcher der Diktator Cavaignac an der Spitze der Bourgeoisie die erste gewaltige Erhebung der sozialen Demokratie niederschmetterte, trat (25. Juni) das zweite Ministerium der Preußischen Revolution zusammen, verhieß der Begründer desselben, der Minister Hansemann (26. Juni), der Preußischen Nationalversammlung ein „Ministerium der That".

Das neue Ministerium Auerswald-Hansemann, in welchem der erstgenannte dieser beiden Männer nur nominell den Vorsitz führte, während der letztere thatsächlich die Präsidentur übernahm, war freilich kein Kammerministerum im konstitutionellen Sinne. Aber es zeigte wenigstens formell eine Annäherung an die Grundsätze des Konstitutionalismus. Man hatte bei seiner Zusammensetzung mit dem Handelsminister, Fabrikanten Milde, bisherigen Präsidenten der Nationalversammlung, die Rechte, mit dem Unterrichtsminister Rodbertus, welcher indessen schon nach wenigen Tagen wieder austrat,

das linke Centrum, mit dem Miniſter des Ackerbaues, Stadtſyndikus Gierke von Stettin, das Centrum berückſichtigt. Die übrigen Mitglieder waren der Kriminalgerichtsdirektor Märker für die Juſtiz; Regierungspräſident Kühlwetter Miniſter des Innern. General Schreckenſtein als Kriegsminiſter, Hanſemann als Miniſter der Finanzen waren aus dem abgetretenen Miniſterium in das neue übergegangen. Das Porteſeuille der auswärtigen Angelegenheiten übernahm der Miniſterpräſident Rudolf von Auerswald, der Träger des ſpezifiſchen Preußenthums. Wir werden die Entſtehungsgeſchichte dieſes Miniſteriums und die in ihm enthaltenen disparaten Elemente weiter hin zu ſchildern verſuchen.

Die ſchlimmſte Kritik des ſo eben abgetretenen Miniſteriums lag in dem Titel, welchen das neue durch den Mund des Miniſters Hanſemann bei ſeinem Auftreten für ſich in Anſpruch nahm. Das „Miniſterium der That“, welches der Begründer deſſelben der Nationalverſammlung und dem Lande verhieß, ſtempelte von ſelbſt ſeinen Vorgänger zu einem Miniſterium der Thatloſigkeit. Dennoch wird ſich aus dem Verlaufe der Geſchichte des neuen Miniſteriums ergeben, daß es nur eine Fortſetzung des alten war, und daß die Aufgabe des letzteren: einen vermittelnden Uebergang aus

dem vormärzlichen in einen neuen Zuſtand zu bewirken, auch für das neue Miniſterium dieſelbe blieb

Das Programm, mit welchem das Miniſterium Hanſemann-Auerswald am 26. Juni vor die Nationalverſammlungtrat, enthielt folgende Hauptgrundſätze, durch welche es ſich von dem bisherigen Miniſterium zu unterſcheiden vermeinte. Das Miniſterium Hanſemann-Auerswald, indem es „die dauerhafte Begründung der konſtitutionellen Monarchie auf der Grundlage des Zweikammerſyſtems und der gemeinſchaftlichen Ausübung der geſetzgebenden Gewalt durch beide Kammern und die Krone" als ſeine Baſis betrachtete, erklärte erſtens: daß es ſich die Bildung einer erſten Kammer auf eine volksthümlichere Weiſe als in dem früher vorgelegten Verfaſſungsentwurfe gefallen laſſen wolle. Zweitens: „daß es die denkwürdigen Ereigniſſe des Monats März als eine Revolution anerkenne, deren ruhmvoller Charakter darin beſtehe, daß ſie ohne Umſturz aller ſtaatlichen Verhältniſſe die konſtitutionelle Freiheit begründet und das Recht zur Geltung gebracht habe." Drittens: daß es die eifrigſte Bemühung des Miniſteriums ſein werde, „die Vereinbarung der Verfaſſung auf genügender Grundlage zum baldigen Ziele zu führen." Daneben verlangte das neue Miniſterium die Stärkung der Staatsgewalt als nothwendig zum Schutze der erworbenen Freiheit

gegen Reaktion und Anarchie und zur Wiederherstellung des gestörten Vertrauens. Es stellte Gesetzvorschläge in Aussicht „zur Abänderung der nothwendigsten, mit der neuen Staatsverfassung nicht mehr zu vereinbarenden Verhältnisse, über Bürgerwehr, über Befreiung des Eigenthums von den Fesseln, welche dessen vortheilhafte Benutzung in einem großen Theile der Monarchie lähmten, — über eine freisinnige Gemeinde- und Bezirksverwaltung, — über Reorganisation der Rechtspflege und über Reformation der Steuergesetzgebung, namentlich Aufhebung der Steuerbefreiungen. Ueber das Verhältniß von Kirche und Schule, über die Finanzlage, über irgend eine Umgestaltung des Heerwesens, so wie über die auswärtige Politik enthielt das Programm keinerlei Andeutung.

Aber auch jene Hauptgrundsätze waren weit entfernt, den Erwartungen der Liberalen zu genügen. Die „volksthümlichere Bildung“ der ersten Kammer entbehrte jeder näheren Bestimmung. Die Anerkennung einer „Revolution“, welche die staatlichen Verhältnisse nicht umgestürzt und ein „Recht“ zur Geltung gebracht haben sollte, das vor der Vollendung der neuen Verfassung noch gar nicht bestand, wollte gar vielen weit eher als eine Verläugnung der Revolution und des einzigen Rechts bedünken, von dem in Verbindung mit der Revolu-

tion geſprochen werden konnte: des Rechts, auf Grund des geſtürzten alten Syſtems die neue Freiheit in einer konſtitutionellen Verfaſſung durch die Repräſentanten der Nation zu begründen. Die „genügende Grundlage“ der Verfaſſung endlich, welche ſtatt der „breiteſten“ beliebt wurde, erſchien ſogar als ein offenbarer Rückſchritt. Bei dem bisherigen Ausdrucke der breiteſten Grundlage war der demokratiſche Inhalt nicht zu verkennen geweſen; die „genügende“ Grundlage ſchien jedes Inhalts zu entbehren, mit Ausnahme desjenigen, welcher etwa dem neuen Miniſterium als genügend erſcheinen mochte. Schon bei dem Auftreten des Miniſterium Hanſemann = Auerswald hieß es allgemein, daſſelbe ſei die äußerſte Konzeſſion, welche die Krone an die öffentliche Meinung zu machen gedenke. Weiter werde man in Potsdam nicht gehen. Gelinge es demſelben nicht, das Werk der erſtaurirenden Eindämmung der Revolution zu vollbringen, ſo werde man verſuchen, den Gordiſchen Knoten mit dem Schwerte zu zerhauen.

Die Seele dieſes neuen Miniſteriums war, wie erwähnt, der Finanzminiſter David Hanſemann, wie er die Hauptſtütze des alten geweſen war. In dieſes Mannes Hand ſchien es gelegt, die durch Camphauſens energieloſes Zaudern faſt verlorene Sache einer Revolution zu retten, die ihn, den Wollhändler

von Aachen, an die Spitze des Preußiſchen Staats geſtellt hatte. Die Aufgabe war ſchwer, aber nicht unmöglich, ſie wurde es erſt, als der Nachfolger Camphauſens ſich entſchloß, jene Politik ſeines Vorgängers, welche ſich als Schild der Dynaſtie betrachtete, zu der ſeinigen zu machen.

Hanſemann war, als er das neue Miniſterium gründete, noch immer der populärſte Name aus der Zeit der vormärzlichen Oppoſition, wie er der gefürchtetſte Gegner des alten Syſtems geweſen war. „Wo es ſich um Geldſachen handelt, da hört die Gemüthlichkeit auf!“ Dieſe Worte, mit denen er damals auf dem Vereinigten Landtage der Regierung den Fehdehandſchuh einer unerbittlichen Finanzpolemik hingeworfen hatte, fanden tauſendfachen Wiederhall in der Bourgeoiſie, ſelbſt bei ſolchen Leuten, die ſich weder um den Rechtsboden des Herrn von Vincke, noch um die idealen Humanitätsprinzipien, von denen aus Beckerath das alte Syſtem angriff, ſonderlich kümmerten. Der Bourgeois, der ſich ſonſt Alles gefallen laſſen mochte, wollte wiſſen, wo ſein Geld bleibe. Der rheinländiſche Handelsherr, welcher ohne das ſonſt beliebte gemüthliche Vertrauen auf Beantwortung dieſer Frage drang, war ſein Mann geworden. Und ſchwerlich konnte er einen tüchtigern im Königreiche finden, als den Mann, der Alles durch eigene Kraft geworden, Autodidakt im vollen

Sinne des Worts, abgesagter Feind der Büreaukratie und der Aristokratie, bewährt durch eine jahrelange liberale Opposition, ungebrochen durch die entmannende Zucht einer Beamtenkarriere alten Stils, praktische Erfahrung mit tiefer finanzieller Einsicht, Verstandesschärfe mit Energie, leichte Rührigkeit mit zäher Ausdauer verband. Hansemann war auf die erste Kunde der Berliner Revolution nach der Hauptstadt geeilt. In einer Zeit, wo fast Alles den Kopf verloren hatte, wo die karakterlose Unselbstständigkeit der alten Büreaukratie in ihrer vollen Schwäche zu Tage trat, imponirte er durch seine gefaßte, besonnene Haltung. Diese ruhige Besonnenheit verließ ihn auch später nicht. Sie entsprang einem Selbstvertrauen, dessen Uebermaaß in einem Momente, wo den neuberufenen Staatslenkern fast jedes Selbstvertrauen fehlte, eher für eine Tugend als für einen Fehler gelten konnte. Populär durch sein äußeres Wesen und Behaben, durch den Gegensatz seiner bürgerlich familiären Einfachheit zu der früheren preußischen Ministerialgrandezza, war er eine Zeitlang sogar der Mann des Volks. Die Angriffe der Straßenpresse, welche kein Mitglied des Ministeriums Camphausen verschonte, machten mit ihm, „dem einzigen rechten ganzen Mann", wie ein Pamphlet ihn nannte, allein eine Ausnahme. Auch sehnte sich Niemand darnach, das Hotel des Finanzmi-

niſters einzunehmen, an deſſen Façade die unter ihrer Laſt keuchenden Steinrieſen ſehr treffend die ungeheure Bürde verſinnlichten, welche auf den Schultern des neuen preußiſchen Schatzminiſters laſtete. Selbſt die demokratiſche Miniſterliſte der verunglückten Revolution vom 15. bis 16. Mai beließ ihn allein von allen Miniſtern auf ſeinem Poſten. Ebenſo überſah man es auch Anfangs, daß er bei der Auflöſung des Miniſterium Camphauſen allein in ſeiner Stelle verharrte. Während ſeine Gegner darin einen ebenſo ungemeſſenen als unkonſtitutionellen Ehrgeiz fanden, ſah die Mehrzahl darin eben nur eine Ausnahme, welche ſich für ein von den prinzipiellen politiſchen Fragen vielfach geſondertes Departement, wie das der Finanzen, von ſelbſt verſtehe. Dazu kam, daß man glaubte, nur Camphauſen habe die Entfaltung größerer Energie zur Sicherſtellung der Erwerbniſſe der Märzrevolution gehindert. Jetzt, hoffte man, ſollte es anders werden. Ein kräftiges, entſchloſſenes Miniſterium, geſtützt auf eine ſtarke Kammermajorität, das ſeine Aufgabe darin ſetzte, die Verſprechungen des März ſo ſchnell als möglich zu Erfüllungen zu machen, ſchien vielen durch Hanſemanns jetzt überwiegenden Einfluß verbürgt. Was wollte man mehr?

Die alſo Hoffenden hatten nur einen Umſtand außer Acht gelaſſen. Hanſemann war ein liberaler Whig, und als ſolcher ein vortrefflicher Miniſter in

einem bereits konſolidirten konſtitutionellen Staate mit ausgeprägten Parteien. Aber er war kein Staatsmann, der befähigt oder geneigt geweſen wäre, eine Konſtitution auf der breiteſten Grundlage, wie ſie eine Revolution gelegt hatte, aufbauen zu helfen. Er verſuchte mit Camphauſen zunächſt die Revolution, die ihm ungelegen gekommen war, zu leugnen. Als er ſich dennoch ſpäter genöthigt fand, die Anerkennung dieſer Thatſache auszuſprechen, that er es mit ſchwerem Herzen und in einer Weiſe, welche die Anerkennung faſt wieder aufhob. Seiner Anſicht nach hatte eigentlich der alte Landtag alles gemacht, und auch ohne die Märzrevolution hätte man die Früchte derſelben ernten mögen, wenn man nur zu warten verſtanden. Wie lange? danach zu fragen fiel ihm nicht ein, und doch hätte er lange warten mögen, ehe der alte Landtag mit vierjähriger Wiederkehr ein Miniſterium Hanſemann geſehen hätte, an das im Jahre 1847 zu denken faſt Wahnſinn ſchien. Dazu kam noch ein zweiter Umſtand. Auch Hanſemann überſchätzte die treibende Kraft der revolutionären Bewegung in Preußen, während er die Kraft, die Hülfsquellen und Mittel des beſiegten Syſtems unterſchätzte. Gegner behaupten, daß das Umgekehrte der Fall war, und daß er ſich für beide Fälle zu ſichern ſtrebte. Die Einen wie die Andern können recht haben — für verſchiedene Perioden

ſeiner Laufbahn. Zu Anfang derſelben aber ſchien er offenbar der erſteren Anſicht. Sein Selbſtvertrauen glaubte mit der Reaktion leicht fertig werden zu können, wenn er nur die Bewegung erſt gemeiſtert und zur Ruhe gebracht haben würde, die Bewegung, in der er nur die Anarchie ſah, den Feind des „Kredits und des öffentlichen Vertrauens“ Darum war ſein drittes Wort: „eine ſtarke Regierung“, ſtark nicht durch die moraliſche Kraft, ſondern durch die Macht der Gewaltmittel. Er wollte erſt wieder die alte Ruhe und Ordnung des alten Polizeiſtaats völlig hergeſtellt ſehen, die Hauptſtadt wieder voll Soldaten, das Bürgerwehrweſen zur unſchädlichen Formalität beſeitigt: dann werde ſich Alles machen, dann die Freiheit in Ruhe befeſtigen laſſen. Die Freiheit nämlich, wie ſie der Bourgeois verſtand, der Miniſter gewordene, lange bevormundete, preußiſche reiche Bourgeois, der die Büreaukratie demüthigen und die Unterſchiede zwiſchen Ariſtokratie und Bourgeoiſie nivelliren, oder vielmehr der Bourgeoiſie zu den Vortheilen der Ariſtokratie verhelfen wollte. Darum war der Cenſus die Seele ſeines politiſchen Syſtems. Abgeſchloſſen und fertig in ſich, Feind jedes idealiſtiſchen Gedankens, belächelte er mitleidig auch die ſozialen Ideen, welche zwar nicht im tollhäusleriſchen Utopismus das Glück, aber doch die Abwehr menſchenunwürdigen Elendes für

alle Staatsgenoſſen zur Aufgabe der ſtaatlichen Geſellſchaft machen. Der Staat im alten Sinne war ihm das Höchſte. Für den Staat ſei die Aufgabe: Freiheit der Konkurrenz, bei welcher ewig nie zu verhindern ſein werde, daß eine große Anzahl Menſchen im Elende, auch im unverſchuldeten, zu Grunde gehe.

Es war nicht anders. Der Miniſter der Revolution, die den Zauberbann der alten Soldaten- und Beamtenherrſchaft in einer glücklichen Stunde zerbrochen hatte, desavouirte in ſeinem Innern die Revolution vollſtändig, und hielt ſie für einen Fehler, der möglichſt bald wieder gut gemacht werden müſſe. In der Märzrevolution ſchien ihm ein ſchädliches Uebermaß von Freiheit gewährt, das zum Heile des Ganzen nothwendig verringert und auf das rechte Maaß gebracht werden müſſe.

Dennoch war ſein Miniſterium kein Miniſterium der Reaktion, wohl aber der Reſtauration. „Die Hauptgefahr für die aus einer Revolution hervorgegangene Freiheit iſt, daß der zuſammenſtürzende Bau der alten Ordnung ſie erſchlägt.“ Darum drang Hanſemann von Anfang an auf ſchleunige Organiſation; und er faſt allein legte wirklich vor allen ſeinen Kollegen thätige Hand an das Werk durchgreifender Veränderungen. Reaktion und Reſtauration verhalten ſich zueinander wie Revolution

und Reform. Die Reaktion verweigert dem neuen politiſchen Lebensgeſetze die praktiſche Anerkennung; theoretiſch ſo lange ſie ſich noch ſchwach, praktiſch ſo bald ſie ſich ſtark genug fühlt. Die Reaktion iſt theoretiſche Wühlerei für die Contrerevolution und praktiſche Durchführung derſelben. Die Reſtauration erkennt das neue politiſche Lebensgeſetz an, aber ſie verſucht auf geſetzlichem Wege das Neue in einem der Vergangenheit ähnlichen Geiſte zu geſtalten. Auf ſolche Vermittelung war Hanſemanns Streben gerichtet. Der Fehler dieſes Strebens lag nur darin, daß es zu frühe kam. Die Lage der Dinge war von der Art, daß, um ein Wort des alten Schloſſer zu brauchen, nur Extreme allein geltend gemacht werden und nur Entſchiedenheit noch durchdringen konnte. Wer die Revolution meiſtern will, hatte ſelbſt der toryſtiſche Graf Arnim Boitzenburg im zweiten Vereinigten Landtage ausgerufen, der muß der Bewegung immer einen Schritt voraus ſein. Hanſemann aber ſcheute die Extreme und die Entſchiedenheit derſelben. Weder mit der alten Zeit wagte er offen zu brechen, noch der neuen ſich entſchieden und rückhaltlos anzuſchließen. Die Folge war, daß er es mit beiden Parteien verdarb, und daß er den Haß der Reaktion auf ſich lud, ohne das Vertrauen der Partei des Fortſchritts zu gewinnen, und ſeinen gegen die Reaktion gerichteten Plänen den unüber-

windlichen Hebel einer ſtarken Majorität der Nationalverſammlung zu ſichern und zu behaupten.

Dieſe Majorität glaubte freilich Hanſemann für ſein Miniſterium von vorn herein ſicher zu haben, auch ohne daß von ſeiner Seite etwas Wirkſames für eine Gewinnung derſelben geſchah. Wir haben, dieſen Fehler des Mannes, der in ſeinem übergroßen Selbſtvertrauen ſich allen Parteien unentbehrlich achtete, bereits früher hervortreten ſehn *). Gleich am erſten Tage, an welchem das neue Miniſterium in der Nationalverſammlung erſchien (26. Juni), hätte daſſelbe beinah auch ſeinen letzten erlebt, weil der Bildner deſſelben es für gut fand, wieder einmal ohne alle Vorbereitung, ja wie es ſchien ſelbſt ohne vorherige Verabredung mit den übrigen Mitgliedern des Miniſteriums eine Kabinetsfrage zu ſtellen. Der Entwurf einer Antwortadreſſe auf die Thronrede gab dazu die nichtige Veranlaſſung. Man glaubte, das neue Miniſterium werde die Adreſſe fallen laſſen, wie es das ſpäter (18. Juli) auch wirklich that — und war daher allgemein erſtaunt, als der Miniſter die nochmalige Prüfung des Adreßentwurfs durch die Kommiſſion als ein Vertrauensvotum für das neue Miniſterium verlangte. Der Antrag kam

*) Zweites Buch S. 272. — 274. v. Unruh, S. 80. S. 85.

sofort zur Berathung. Die Centren bemeisterten ihren Unwillen, und stimmten und warben Stimmen für den Antrag, nur um dem Lande eine neue Kabinetskrisis zu ersparen. So war denn auch der Ausfall der Abstimmung günstig für das Ministerium, und der Abgeordnete von Unruh, welcher Hansemann im eignen Interesse des Ministeriums persönlich vor Erneuerung solcher unstaatsmännischen Versuche warnen zu müssen glaubte, erhielt eine fast spöttische Abfertigung *). Aber auch von einigen seiner Kollegen hatte Hansemann darüber, wie man erfuhr, harte Angriffe hören müssen. Man hatte ihm erklärt, das Ministerium Camphausen sei todt, und das neue habe nicht Lust die Erbschaft seiner Mißgriffe anzutreten. Zwar blieb das Ministerium, obschon es mit den Parteien, auf die es sich stützen mußte, so gut wie gar keine Verbindung unterhielt, und gegen alle parlamentarische Erfahrung ganz nach eigenem Ermessen regierte, auch im Verlaufe der folgenden Zeit fortwährend in der Majorität. Allein dennoch zeigte sich mehr und mehr Neigung zur Opposition im linken Centrum. Die Linke verstärkte sich zusehends sowohl in der Kammer, als bei den Neu-

*) v. Unruh, Skizzen zu Preußens neuester Geschichte S. 47.

wahlen, und beim Eintritt von Stellvertretern, und eine genaue Betrachtung des Verlaufs der Kammerverhandlungen wird das Resultat ergeben, daß das Ministerium Hansemann-Auerswald selbst Schritt vor Schritt die gemäßigten Parteien der Nationalversammlung sich entfremdete, und dieselben zuletzt in die Nothwendigkeit versetzte, mit der Linken zu stimmen, und dieser dadurch zu ihrem ersten Siege zu verhelfen.

Die Nationalversammlung hatte sich in Grabow (27. Juni) einen neuen Präsidenten gegeben. Die Wahl war eine glückliche zu nennen, zumal wenn man die Klarheit, Energie und Besonnenheit des neuerwählten Leiters der Versammlung mit der Befähigung und Persönlichkeit seiner Vorgänger verglich. Zu gleicher Zeit waren Fachkommissionen zur Vorberathung wichtiger Gegenstände eingerichtet, und eine Kommission zur Untersuchung der traurigen Verhältnisse der Weber und Spinner, so wie der gesammten preußischen Leinenmanufaktur, einstimmig beschlossen worden. Auch die Verfassungskommission, welche bereits die Aufhebung des Adels und die unentschädigte Abschaffung der Fideikommisse und Majorate beschlossen hatte, betrieb ihre Arbeiten mit großem Eifer. Man arbeitete im eigentlichen Sinne Tag und Nacht an dem Zustandebringen des wichtigen Werkes. Centrum, Rechte und Linke, die

Mehrheit der Nationalverſammlung nahm an dieſer Arbeit Theil. Gegen zehntauſend Petitionen aus allen Theilen des Reichs liefen bis Mitte Sommers allmälig an die Nationalverſammlung ein. Sie bezeugten wenigſtens laut genug die vielfachen Gebrechen und Bedürfniſſe des Landes und die Hoffnungen deſſelben auf die Hülfe der Nationalverſammlung. In dieſen Fachkomiſſionen ſo wie in den Abtheilungen bewegte ſich die hauptſächliche Thätigkeit der Abgeordneten, während die Plenarſitzungen anfangs faſt nur mit Interpellationen der Miniſter über den Bürgerwehrgeſetzentwurf, und über Fragen der innern und äußern Politik hingebracht wurden.

Kapitel III.

Entstehungsgeschichte und innere Zwiespältigkeit des neuen Ministeriums.

Ehe wir das Verhältniß des neuen Ministeriums zur Nationalversammlung, so wie das Auftreten des ersteren in der deutschen Frage darzustellen unternehmen, scheint es nöthig, einen Rückblick zu thun auf die innere Geschichte seiner Entstehung.

Das Ministerium Camphausen war nicht durch die Abstimmungen der Nationalversammlung gestürzt worden. Es war vielmehr in sich zerbröckelt. Zwar hatte zwischen ihm und der Nationalversammlung ein unleugbarer Zwiespalt bestanden. Zwei Punkte bildeten die Hauptgründe dieses Zwiespaltes. Zunächst der vorgelegte Verfassungsentwurf, welcher mit dem Geiste des, von diesem Ministerium selbst so eben erst anerkannten allgemeinen Wahlrechts, und mit den, durch das Gesetz vom 6. April dem Volke verbürgten, Rechten vollständig in Widerspruch stand. Der zweite Punkt war Camphausens Auffassung von dem Berufe der Nationalversammlung, nach welcher die Umfor-

mung der wichtigsten Theile der Gesetzgebung den spätern legislativen Kammern vorbehalten bleiben sollte. Diese Punkte wurden und blieben die Quelle des Mißtrauens und der Opposition der Nationalversammlung gegen das Ministerium.

Aber ein noch größerer Zwiespalt hatte sich, schon bei dem Zusammentritt der Nationalversammlung, innerhalb des Ministeriums selbst herausgestellt. Die rheinischen Mitglieder desselben waren unter sich ebenso uneinig, als sie ihrerseits, namentlich Hansemann, mit Schwerin unzufrieden waren, der ihnen zu aristokratische Ansichten und Ziele hegte, und mit den Ministern des Innern und der Justiz (Auerswald und Bornemann), weil sie ihnen nicht genug Energie gegen die hauptstädtischen Excesse bewiesen. Vor allem verlangte der Finanzminister diese Energie in strenger Verfolgung jeder unruhigen Bewegung und aller politischen Vergehen. Er machte selbst den Altpreußischen Beamten Mangel an Muth und Entschlossenheit den Volksbewegungen gegenüber zum Vorwurf, und würde sich für seine Person schon damals nicht gescheut haben, Gewalt gegen die letzteren anzuwenden. Er wollte so rasch wie möglich wieder „Ruhe und Ordnung" haben. Klubbwesen und Volksversammlungen waren ihm in tiefster Seele verhaßt. Die gewerblichen Verhältnisse, das gesammte bür-

gerliche Leben ſollten ſofort wieder in ihre gewöhnlichen Geleiſe zurücktreten und Miniſterium und Nationalverſammlung, unangefochten und ungedrängt von äußerem Einfluſſe, ihre Verfaſſungsarbeiten nach dem Zuſchnitt des belgiſchen Muſters beendigen. Der Miniſter ſchien nicht zu begreifen, daß man ſelbſt durch das Geſetz vom 6. April eine ſolche Entwicklung unmöglich gemacht hatte.

Allmälig war indeſſen das Miniſterium, und namentlich auch der energiſche Hanſemann, durch die Bemühungen einzelner Mitglieder der Nationalverſammlung für die Anſicht gewonnen worden, daß die Nationalverſammlung ihre Arbeiten auch auf die Geſetzgebung ausdehnen müſſe, weil es zu Tage lag, daß dieſes das einzige Mittel ſei, dem Miniſterium die Majorität in der Verſammlung zu gewinnen, und ihm den Beifall des Preußiſchen Volkes zu ſichern. Erſt jetzt wurden die Vorarbeiten in den einzelnen Miniſterien eingeleitet und die nöthigen Hülfsarbeiter aus den Provinzen verſchrieben. So wurde auch jetzt erſt der Entwurf einer neuen, auf freiſinnige Grundſätze beruhenden Gemeindeordnung im Miniſterium des Innern energiſch in Angriff genommen. Das Miniſterium zeigte ſich entſchloſſen, mit Hülfe der Nationalverſammlung die wichtigſten Theile der Geſetzgebung umzugeſtalten, und die Grundſätze der Gemeindeordnung, der Ge-

schwornengerichte und des Bürgerwehrgesetzes bildeten die vorherrschenden Gegenstände der Besprechung auch in den Salons der Minister. Vor allem handelte es sich um die Frage der Qualifikation in diesen drei Gesetzesbereichen. Mitglieder des linken Centrums behaupteten hier den Grundsatz, daß die Grenze des politischen Wahlrechts auch die jener dreifachen Berechtigung sein müsse. Auch war in dem Entwurfe der Gemeindeordnung, welcher im Ministerium des Innern unter Alfred von Auerswald bereits der Vollendung nahe war, das allgemeine Wahlrecht festgehalten. Nur die Beschränkung war hinzugefügt, daß in die Gemeinde=, Kreis= und Bezirksräthe eine bestimmte Anzahl von Grundbesitzern gewählt werden mußte. Ebenso fiel in dem später von dem Justizminister Märker, unter dem Ministerium Hansemann=Auerswald, vorbereiteten Entwurfe der Gerichtsorganisation das Recht, Geschworner zu sein, zusammen mit dem politischen Wahlrechte. Entgegen stand diesem Grundsatze in dem ersten wie in dem zweiten Ministerium der Finanzminister, welcher einen Census für alle drei Gesetze verlangte, obgleich er damit zugleich dem allgemeinen politischen Wahlrecht entgegen trat, das so eben erst unter seinem Namen das Licht der Welt erblickt hatte.

Obschon das Ministerium Camphausen sich dazu

verſtanden hatte, auch die wichtigſten Geſetze von der Nationalverſammlung beſchließen zu laſſen, ſo ward doch der Zwieſpalt ſowohl zwiſchen beiden als auch innerhalb des Miniſteriums dadurch nicht beſeitigt. Er ſteigerte ſich vielmehr durch die Oppoſition gegen den Verfaſſungsentwurf und durch die Behandlung der Däniſchen Frage in der Adreßdebatte. In der Adreßcommiſſion war ein Vortrag des Grafen Bülow mit Unwillen aufgenommen worden. Die ſchärfſten Angriffe gegen die auswärtige Politik des Miniſteriums ſtanden in Ausſicht. Dazu mehrten ſich die Unruhen und Exceſſe in der Hauptſtadt. Die rheiniſchen Mitglieder des Miniſteriums ſchoben die Schuld derſelben auf die Schwäche des Polizeipräſidenten Minutoli und der beiden Staatsanwälte, ſomit alſo auf ihre Kollegen, die Miniſter des Innern und der Juſtiz. So nahm die Uneinigkeit im Kabinet gleichfalls überhand. Der Kultusminiſter Graf Schwerin beſtand auf ſeinem Austritte. Die von Hanſemann verlangte Ergänzung und Verſtärkung des Kabinets aus dem Schooße der Nationalverſammlung, erſchien mehr und mehr als unabweisliche Nothwendigkeit. Verhandlungen wurden unter mannichfachen Intriguen angeknüpft. Sie führten zu keinem Reſultat. Ein Mitglied des linken Centrums, dem Camphauſen das Portefeuille des Innern angetragen, der Gene=

rallandschaftsrath Rodbertus, hatte, wie es hieß, als Bedingung seines sofortigen Eintritts das Verlangen gestellt: der Ministerpräsident solle den König bewegen, der Nationalversammlung — hinsichtlich der Verfassung, auf der Basis der konstitutionellen Monarchie — die volle konstituirende Gewalt zu übertragen. In der That war dies ein kühner, aber wenn er gelang, offenbar heilvoller Akt. Er reinigte vor der öffentlichen Meinung mit einem Schlage das Ministerium vollständig von allen seinen frühern Fehlern, und sicherte ihm eine große Majorität in der Nationalversammlung, die, wie die Dinge damals lagen, in Folge eines solchen Entschlusses des Königs, konservativer geworden wäre, als sie es jetzt, bei dem, durch das unglückliche Vereinbarungsprincip gerechtfertigten Mißtrauen werden durfte. Die Geschichte hat seitdem schlagend gelehrt, daß zwischen einer konstituirenden Versammlung und einer octroyirenden Krone ein Drittes als Mittelding nicht möglich ist, und daß alle Vereinbarung naturnothwendig auf das Recht des Stärkeren hinausläuft.

Camphausen schrak zurück vor solcher Zumuthung. „Die ungeheure Verantwortung eines solchen Vorschlages vermöge er nicht zu übernehmen", war die Antwort des Premierministers der Revolution. Und

in der That lag ein ſo entſchiedener Schritt außer ſeiner Natur.

Das Miniſterium Camphauſen war abgetreten, weil es ihm nicht gelungen war, ſich im entſcheidenden Augenblicke aus der Nationalverſammlung zu ergänzen.

Hanſemann war mit der Bildung eines neuen Miniſteriums beauftragt worden. Er forderte Milde und Rodbertus zum Eintritt in daſſelbe auf. Die Perſonenfrage war damals eine überaus ſchwierige. Die Fraktionen der Nationalverſammlung, damals nur vier an der Zahl: die Rechte, das Hotel de Ruſſie — das ſich eigentlich als linkes Centrum conſtituirt hatte, aber das Centrum hieß — das linke Centrum und die Linke, hatten noch nicht die ſpätere innere Feſtigkeit erlangt. Die Majorität war daher eine mehr oder weniger ſchwankende. Die für ein Miniſterium geeigneten Mitglieder hatten auch meiſtens noch keine Gelegenheit gehabt, ſich in dieſem Lichte zu zeigen. Auch Abgeordnete, welche für das Zachariä'ſche Amendement zu dem Berends'ſchen Antrage geſtimmt hatten, durch welches die Anerkennung der Revolution mittelſt der motivirten Tagesordnung beſeitigt worden war*), ſchienen nicht wohl zuläſſig. Ebenſowenig der Eintritt von Mit-

*) S. Preuß. Revolution. Zweites Buch S. 297.

gliedern der äußerſten Linken. Für das Kriegsminiſterium und für das Miniſterium des Auswärtigen boten ſich ohnehin ſchwerlich innerhalb der Verſammlung geeignete Männer. Man mußte daher nothwendig mehrere Mitglieder des neuen Kabinets außerhalb derſelben ſuchen. Hanſemann, obſchon mit der Bildung deſſelben beauftragt, erklärte doch den Vorſitz nicht beanſpruchen zu wollen, da er ſich zur Mittelsperſon zwiſchen Potsdam und dem Miniſterium nicht geeignet achtete. Er ſchlug für die Präſidentſchaft Rudolf von Auerswald vor, bekannt aus der früheren Oſtpreußiſchen Oppoſition und als Jugendfreund des Königs. Das Eine ſchien für ſeine Principien zu ſprechen, das Andre für ſeine Fähigkeit, als vermittelndes Element widerſtrebende Richtungen und Einflüſſe in Potsdam zu beſiegen. Zu perſönlichem Einwirken mehr als zu eigentlicher Geſchäftsarbeit geneigt und befähigt, dem altem bureaukratiſchen Schreiberweſen abhold, von angenehmen und gewinnenden Formen, ſchmiegſamer Gefügigkeit und dabei von vorherrſchend altpreußiſcher Geſinnung, ſchien er jener wichtigen Aufgabe perſönlicher Vermittlung vollkommen zu entſprechen. General Schreckenſtein hatte ſich in dem Trierſchen Conflicte gemäßigt und wohlwollend benommen. Rodbertus war in einer frühern Kombination das Miniſterium des Innern zugedacht

worden. Hanſemann, der mit den Grundſätzen deſſelben in Bezug auf Gemeindeverfaſſung, Geſchwornengerichte und Bürgerwehrordnung nicht übereinſtimmte, drang darauf, daß Rodbertus das Kultusminiſterium, Milde das Miniſterium des Innern übernehme. Milde war als ſchwankend und gegen den energiſchen Hanſemann faſt willenlos gefügig bekannt. Rodbertus machte daher zur Bedingung ſeines Eintritts in das Miniſterium, daß das Portefeuille des Innern einem andern anvertraut werde. Zugleich forderte er von dem Bildner des neuen Kabinets die Durchführung folgender Hauptgrundſätze: Freiheit der Kirche vom Staate, Freiheit der Schule von der Kirche, Unentgeldlichkeit des Volksunterichts und Uebernahme der Schuldotation von den Gemeinden auf das Budget des Staats oder doch der weiteſten Communalverbände. Außerdem wollte er das Miniſterium der Juſtiz nicht einem rheiniſchen (man hatte den Vicepräſidenten der Nationalverſammlung Eſſer II. dazu auserſehen), ſondern einem altländiſchen Juriſten zugetheilt wiſſen. Hanſemann ging auf beides ein. Er ſchlug zum Juſtizminiſter den Kriminaldirektor Märker vor, welcher als tüchtiger und freiſinniger Juſtizbeamter, als ein menſchlich edler, ächt bürgerlicher Charakter und als entſchiedener Gegner der Todesſtrafe, in Berlin einer

verdienten Popularität genoß. Für das Miniſterium des Innern deutete Hanſemann auf Kühlwetter. Dieſer hatte in der Abtheilung des zweiten Vereinigten Landtags zur Begutachtung des Wahlgeſetzes vom 8. April die freiſinnigſten Grundſätze verfochten, während Rodbertus damals ſich vorwiegend konſervativ gezeigt und davor gewarnt hatte, die Regierung auf den Weg der Revolution zu drängen. Kühlwetter hatte ſich damals ſogar für die Erweiterung des Wahlrechts auch auf die Almoſenempfänger ausgeſprochen, und war außerdem bekannt als ein energiſcher und geſchäftskundiger Beamter. Milde ward demnach das Arbeitsminiſterium zugewieſen. Die Bildung eines eigenen Miniſteriums für den Ackerbau war ein Gedanke Hanſemanns, der daſſelbe einem Mitgliede des Hotel de Ruſſie, dem Stadtſyndikus Gierke von Stettin, zu übertragen und ſich dadurch die Stimmen dieſer Partei zu ſichern beabſichtigte. Gierke's Wahl war nicht ohne Schwierigkeit, da er gegen das Zachariä'ſche Amendement geſtimmt hatte. Er galt nicht nur für einen tüchtigen Beamten und fähigen Kopf, ſondern auch als ein kerniger, geſinnungstüchtiger und bei großer Beſcheidenheit doch feſter und entſchiedener Charakter.

Das Kabinet war endlich auf dem Wege einzelner Unterhandlung gebildet. Aber eine gemein-

ſame Beſprechung der Grundſätze des deſignirten Miniſteriums ſchon darum nicht möglich, weil ſowohl der zukünftige Miniſterpräſident, als der Miniſter des Innern gar nicht in Berlin anweſend waren, ſondern erſt vom Rheine und aus Oſtpreußen herbeigerufen werden mußten. Beide trafen erſt am Abende vor der Wiederaufnahme der Sitzungen der Nationalverſammlung in Berlin ein. So kam es, daß mehrere Mitglieder des neuen Miniſteriums erſt am Morgen deſſelben Tages (15. Juni), wo ſie in der Nationalverſammlung zu erſcheinen hatten, ſich im Hotel des Finanzminiſters zum erſten Male in ihrem Leben ſahen. Der Letztere hatte es übernommen, ein Programm zu entwerfen, das nicht ohne lebhafte Debatten mit einigen Abänderungen im freiern Sinne, wie ſie der Drang des Augenblicks geſtattete, angenommen wurde. Die Hauptſchwierigkeit bildete die Anerkennung der Revolution und eine Faſſung, die auch das ſuspenſive Veto möglich machte. Obſchon nun aber das Programm keineswegs ungetheilten Beifall des Miniſteriums fand, und von den Vertretern der linken Seite in demſelben letztlich vielleicht nur wegen ſeines nichtsſagenden Inhalts angenommen wurde, ſo war doch die Situation eben ſo eigenthümlicher als drängender Art. Die Abgeordneten der Nationalverſammlung waren bereits verſammelt. Die Minuten

drängten. Neue Schwierigkeiten konnten noch im letzten Augenblicke die mit großer Mühe geschaffene Ministerkombination zum Scheitern bringen. Die Verantwortung eines solchen Zerfalls mochten selbst entschiedene Gegner des Programms nicht übernehmen. Man einigte sich nach vielfachen gegenseitigen Erörterungen, bei welchen namentlich Rodbertus sein Verbleiben im Ministerium von der Annahme seiner früher erwähnten Grundsätze und von der ungehinderten Ausführung derselben in seinem Ministerium so wie von seiner prinzipiellen Uebereinstimmung mit den übrigen Ansichten in den großen schwebenden Fragen abhängig machte — den Versuch dieser Zusammensetzung zu wagen.

Schwerlich hatte sich jemals zu einer kritischern Zeit ein Ministerium planloser zusammengefunden. Die meisten Mitglieder sich gegenseitig unbekannt, ohne den Versuch einer vorgängigen Einigung in den Hauptgrundsätzen der innern Verwaltung, ohne gegenseitige Verständigung, ja ohne alle und jede Besprechung der deutschen und dänischen oder sonst einer Frage der auswärtigen Politik: so trat das neue Ministerium vor die Nationalversammlung in einem Zeitpunkte, wo man entschlossen war, die letztere auch über die wichtigsten organischen Gesetze entscheiden zu lassen, wo die Wahl des Reichsverwesers vor der Thüre stand, und die Unterhand-

lungen des Malmöer Waffenstillstandes bereits gepflogen wurden!

Bei der ersten Vorstellung des neuen Ministeriums zu Potsdam sprach der König seine entschiedene Hoffnung aus, daß, wenn sein Muth und seine Zuversicht dem Ministerium nicht fehlten, Preußen siegreich aus den bedrohlichen Stürmen und Kämpfen der Gegenwart hervorgehn werde. Immer seit der Zeit des großen Kurfürsten bis auf die glorreichen Jahre 1813—1815 sei den schwersten Niederlagen die größte Erhebung Preußens gefolgt. Dabei aber ward nachdrücklich hervorgehoben, daß ein weiter Linksgehen in der Wahl der Rathgeber der Krone nicht erfolgen werde. Der König, hieß es, habe geäußert: eher würde er die Krone niederlegen, die er nur noch trage, weil er die Zuversicht habe des Rechts uud des Siegs. Zugleich erzählte man sich, der Prinz von Preußen, welchem die Minister gleichfalls vorgestellt wurden, habe seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, das neue Ministerium in jeder Weise zu unterstützen, wenn es bereit sei, größere Energie und Thatkraft zu entfalten als in der bisherigen Rath- und Thatlosigkeit, namentlich bei dem schmählichen Zeughaussturme gezeigt worden sei.

Zu solcher Energie war denn auch der größere Theil des Ministeriums, Hansemann an der Spitze,

genugsam entschlossen, und die von ihm verlangte kräftige und rücksichtslose Anwendung von Repressivmaßregeln gegen die Straßenexcesse und die politischen Vergehen bildete sofort einen nicht unwesentlichen Grund des Zwiespaltes im Innern des neuen Ministeriums. Die Absetzung des Polizeipräsidenten von Berlin, Minutoli, und der beiden Staatsanwälte, Temme und von Kirchmann, ward besonders dringend von Hanseman gefordert, weil er ihrer Schwäche hauptsächlich die unruhigen Zustände Berlins zur Last legte. Der freisinnigere Theil des Kabinets wollte zwar gleichfalls, daß gegen Excesse nach den Gesetzen eingeschritten werde. Aber die Mitglieder dieser Richtung hielten es für eben so nothwendig, jeden Schritt auf dem Wege der Repressivmaßregel durch die Vorlage eines freisinnigen Gesetzes zu begleiten. Sie beabsichtigten damit nicht bloß, das sonst gerechtfertigte Mißtrauen des Volkes zu entwaffnen, daß das Ministerium die Revolution unterdrücken wolle, ohne deren Früchte einzufordern: sondern auch zugleich, der im Ministerium stark vertretenen Restaurations- und Reaktionspartei die Vorlage freisinniger Gesetze abzudringen. In einer Zeit, wo, genau genommen, noch fast nichts erlangt war, mochte eine energische Verfolgung und Unterdrückung des Geistes der Märzrevolution, wenn auch nur in einzel-

nen Uebertreibungen, ſelbſt einem oder dem andern Mitgliede des neuen Miniſteriums eher ein politiſcher Fehler als ein Gebot erſcheinen. Wenigſtens wurden dem Miniſter des Kultus und des Unterrichts dergleichen Anſichten zugeſchrieben. Ueberhaupt ſchied man in dem neuen Miniſterium der That eine Rechte und eine Linke, zu welcher letztern Rodbertus, Gierke, Märker und hier und da auch Milde gerechnet wurden.

Ein zweiter Grund des Zwieſpalts im Miniſterium war die Vorlage der Communalordnung, auf welche die letztgenannten vor Allem hindrängten. Unter dem abgetretenen Miniſter des Innern war ein freiſinniger Entwurf der Gemeinde-, Kreis- und Bezirksordnung der Vollendung nahe gebracht worden. Obſchon nun die Exiſtenz eines ſolchen von dem Miniſter Kühlwetter ſelbſt vor der Nationalverſammlung in Abrede geſtellt wurde, ſo erfuhr man doch bald, daß jener Entwurf vielmehr eben wegen ſeiner Freiſinnigkeit zurückgelegt worden war, weil er durch einen neuen auf engere Grundlagen erſetzt werden ſollte, zu welchem die Hülfsarbeiter erſt vom Rhein berufen wurden. Dieſe Maßregel war eine entſchieden reaktionäre. So lange noch die alten Kreisverfaſſungen mit dem Inſtitute der Landräthe und der Kreisſtände an der Spitze in Wirkſamkeit und Geltung blieben, behielt

das im März gestürzte alte System den Grund und Boden seiner Kraft und alle Haupthebel seiner Macht. Eine veränderte Communalordnung war die Lebensfrage der Reaktion. Das alte System hatte nichts verloren, so lange die bestehenden Kreis- und Provinzialverfassungen sich erhielten. Es mußte daher den Vertretern der Märzrevolution Alles daran gelegen sein, gegen diese Lebenswurzeln des alten Systems den entscheidenden Streich zu führen und dieselben durch neue Einrichtungen und Personen zu ersetzen, da Camphausen unglücklicher Weise diese wichtigste Maßregel zum Schaden seines Ministeriums versäumt hatte*). Um diesen Punkt entspann sich daher ein fortdauernder, offen oder verdeckt geführter Kampf zwischen der Märzrevolution und dem regierenden alten Systeme, der Nationalversammlung und dem Ministerium, den freisinnigen und den reaktionären Mitgliedern des Kabinets, ein Kampf, der schon in den ersten Tagen des neuen Ministeriums mit großer Lebhaftigkeit geführt wurde. Der Kriegsminister erklärte sich gegen jede Aenderung des Instituts der Kreisverfassung in so kritischer Zeit. Er stützte seine Opposition auf den engen Zusammenhang jener Einrichtung mit der militärischen Orga-

*) S. Preuß. Revolution. Zweites Buch, S. 183—184.

nisation Preußens, an welcher unter den gegenwärtigen Verhältnissen am wenigsten gerüttelt werden dürfe. Die andern Minister jener Richtung verzögerten die Vorlage schon deshalb, weil eine Gemeindeordnung ohne das allgemeine Wahlrecht sich damals der Nationalversammlung noch nicht vorlegen ließ. Hansemann und Kühlwetter aber waren beide aus Begründern und Fürsprechern des allgemeinen Wahlrechts bereits dessen Gegner geworden. Daß die Ansichten in Potsdam nicht für jene Umgestaltungen waren, verstand sich ohnehin von selbst. Die Erfahrung lehrte denn auch, daß das Ministerium Hansemann-Auerswald überhaupt nicht zur Vorlage dieses Gesetzes zu bewegen war. Und nach dem Verlaufe, welchen die Dinge in Preußen später genommen haben, läßt sich ohne Prophetengabe voraussagen, daß eine Umgestaltung oder auch nur wesentliche Umänderung der Communalordnung im Geiste der Freiheit nur das Produkt einer zweiten Revolution sein wird. Das Ministerium des November kann es mit allen darauf bezüglichen Vorlagen nur etwa dahin bringen, das Volk bis zu jener unausbleiblichen Europäischen Krisis hinzuhalten, in welcher es dann überhaupt nicht mehr Zeit ist, an innere Reformen Hand anzulegen, und nach welcher, jenachdem ihr Ausgang, entweder die Reaktion gar nicht mehr an dergleichen

Vorlagen denkt, oder das Volk ſich dieſe Reformen ſelber macht.

Die deutſche Frage war der dritte und wichtigſte Grund der Uneinigkeit des neuen Miniſteriums. Von den Mitgliedern deſſelben galten überhaupt nur Rodbertus und Gierke als entſchieden deutſch geſinnt in dem Sinne, dem es mit dem verheißenen Aufgehen Preußens in Deutſchland ein Ernſt war. Märker neigte bei aller ſonſtiger Freiſinnigkeit zu dem ſpezifiſchen Preußenthum, das in Auerswald und Schreckenſtein ſeine entſchiedenſten Vertreter fand, dem Hanſemann in ſeinen, von ihm ſelbſt ſpäter dargelegten Anſichten, die Stange hielt, und dem die übrigen Mitglieder mehr oder weniger zufielen. Dieſes Zerwürfniß des Miniſteriums und die daraus hervorgehende Entſcheidung in der deutſchen Angelegenheit ſollte verhängnißvoll werden für das Schicklal des deutſchen Vaterlandes.

Kapitel IV.

Das Miniſterium und die deutſche Frage.

Mit vierhundert und funfzig gegen hundert Stimmen hatte das deutſche Parlament zu Frankfurt am 27. Juni die Errichtung einer proviſoriſchen Centralgewalt beſchloſſen.

Der kühne Griff der deutſchen Revolution war geſchehen. „Die Stunde iſt gekommen, wo ſeit Jahrhunderten zum erſten Male wieder das deutſche Volk berufen iſt, ſich eine Regierung zu ſetzen für ſeine Geſammtangelegenheiten, und an die Spitze dieſer Regierung ein Haupt des einigen Deutſchlands.“ Alſo hatte der Präſident der deutſchen Nationalverſammlung am 29. Juni des Jahres Eintauſend achthundert und acht und vierzig geſprochen. Mit dieſen Worten proklamirte Heinrich von Gagern den Erzherzog Johann von Oeſterreich zum erwählten Reichsverweſer Deutſchlands kraft der Souverainität der Nation und ihres konſtituirenden Parlaments *).

*) „Beruf und Vollmacht der Verſammlung, eine Verfaſſung für Deutſchland zu ſchaffen, liegen in der

Den Erwählten der Nation beglückwünſchte der Bundestag. Sein Glückwunſch lautete: „Es gereiche den Bevollmächtigten der deutſchen Regierungen zur höchſten Genugthuung, verſichern zu dürfen, daß ſie ſchon vor dem Schluſſe der Berathungen über die Bildung einer proviſoriſchen Centralgewalt von ihren Regierungen ermächtigt geweſen, ſich für ſeine Wahl zu erklären". In dieſer Erklärung, die damals faſt ſpurlos vorüber ging, lag, ſo ſehr es auch ſpäter Herr von Schmerling beſtritt, ein erſter entſchiedener Proteſt gegen die ſo eben proklamirte und bethätigte Souverainität der Nation und die konſtituirende Macht ihres Parlaments. Aus dieſer Erklärung allein ward ein Jahr ſpäter, beim Interim, das angebliche Recht der Uebertragung der Bundesgewalt abgeleitet. Sie war der Stich in die Ferſe, welcher die Macht tödten ſollte, die ſo eben noch vermeinte, der Schlange den Kopf zertreten zu haben.

Der erſte Eindruck jenes Ereigniſſes in Berlin und Potsdam war eigenthümlicher Art. Anfangs hatte man die Hoffnung gehegt, daß der Erzherzog

---

Souveränität der Nation. Die Schwierigkeiten, eine Verſtändigung unter den Regierungen zu Stande zu bringen, hat das Vorparlament richtig vorgefühlt, darum vindizirte es dem Parlament den Charakter einer konſtituirenden Verſammlung!" (Worte H. v. Gagerns am 19. Mai.)

Johann, behindert und festgehalten durch die Oesterreichischen Wirrnisse, die Wahl ablehnen und es der deutschen Nationalversammlung möglich machen werde, ihre Neuwahl auf ein Mitglied des Preußischen Königshauses zu lenken. Es geschahen Schritte, um in Wien auf die Ablehnung zu wirken, und Preußen vor der Unterordnung unter einen Oesterreichischen Prinzen zu bewahren. Als diese Hoffnung schwand, verdüsterte sich mehr und mehr die Stimmung der Hofpartei. Der „kühne Griff" und die feierlich proklamirte Souverainität der deutschen Nation erweckten bei dem spezifischen Preußenthume gegründete Besorgniß und schwer verhaltenen Zorn. Im ersten Momente war sogar der Gedanke aufgeblitzt, den Moment dieser Frankfurter Wahl zu ergreifen und die Preußische Fahne wieder über dem schwarzrothgoldnen Banner aufzupflanzen. Wenn man in Frankfurt meine, Preußens nicht mehr zu bedürfen für die Wahl eines deutschen Reichsoberhauptes, so bedürfe man auch nicht mehr seiner Regimenter für die deutsche Sache in Schleswig. Mit diesen Stimmungen und Absichten des Altpreußenthums kreuzten sich die Gerüchte von Aussprüchen des Königs und seiner Pietät für Oestreich, von seiner persönlichen Freundschaft für den zum Reichsverweser erwählten Prinzen des Kaiserhauses. Die

deutſchen Sympathien in Preußen erfreuten und beruhigten ſich an den ſchönen, allgemein geglaubten Worten: „von der Nothwendigkeit für Preußen in Deutſchland aufzugehen, von der Pflicht, Opfer zu bringen für das Wohl und die Einheit des großen Vaterlandes.“ Solche Worte, obſchon von dem Altpreußenthum und dem Militär mit offenem Unglauben oder mit finſterem Schweigen vernommen, wurden überall als authentiſche Aeußerungen des Königs erzählt und geglaubt.

Sie fanden ſcheinbar ihre Beſtätigung in der Erklärung, welche der Miniſterpräſident am 4. Juli abgab über die Stellung der Preußiſchen Regierung zur deutſchen Nationalverſammlang und ihren letzten Thaten. Aber ſie erhielten zugleich das nöthige Gegengewicht durch die beigefügte entſchiedene Verwahrung gegen anderweitige kühne Griffe des Parlaments der ſouverainen deutſchen Nation.

Dieſe Erklärung hatte im Miniſterium die heftigſten Debatten hervorgerufen. Die freiſinnigen Mitglieder hatten den Beſchluß durchgeſetzt, ſich in das Proviſorium zu fügen, weil es ihnen unzweifelhaft war, daß Preußen am Ende doch das Definitivum zufallen müſſe. Auch kam es ihnen darauf an, der deutſchen Nationalverſammlung keine Schwierigkeiten zu bereiten. Allein die Frage, in welcher Weiſe die Frankfurter Entſcheidung vor der Preußi-

ſchen Nationalverſammlung zu vertreten ſei, rief neuen Zwieſpalt hervor.

Der Miniſterpräſident hatte dem Geſammtminiſterium eine Erklärung vorgelegt, welche die Grundlage der ſpäter in der Nationalverſammlung verleſenen wurde. In dieſer Erklärung war in ſcharfen Worten das Recht zur Genehmigung — und alſo auch zur Verwerfung — der Wahl von Seiten Preußens, und damit alſo auch das gleiche Recht aller deutſchen Einzelſtaaten, feſtgehalten. Ein ſolches Recht der Einzelſtaaten, einen Beſchluß der deutſchen Nationalverſammlung zu genehmigen oder abzulehnen, drängte die letztere herab auf den Standpunkt der Vereinbarung. Der vorgelegte Entwurf der Erklärung gab daher die Vorausentſcheidung des für Deutſchland wichtigſten Grundſatzes, und er gab ſie in der für Deutſchlands Einheit verderblichſten Weiſe. Die Miniſter Gierke und Rodbertus erklärten ſich entſchieden gegen dieſen Entwurf, theils aus Gründen des Rechts, theils aus Gründen der Politik. Denn von dem erſteren Standpunkte aus ſchien es klar, daß die deutſche Nationalverſammlung entweder die Souverainität der Conſtituirung oder nur das Vereinbarungsrecht beſitze. Beſaß ſie die erſtere, ſo war eine verwahrende Erklärung unzuläſſig. Im zweiten Falle bedurfte es einer gemeinſamen Entſcheidung der

Preußiſchen Krone und der Preußiſchen Nationalverſammlung. Denn zwiſchen beiden war jetzt in Preußen die frühere Souverainität der abſoluten Monarchie getheilt. Nicht mehr die Krone allein, ſondern die Krone im Verein mit der Preußiſchen Nationalverſammlung repräſentirte in einem Falle, wo es ſich um Zuſtimmung oder Ablehnung eines Beſchluſſes des deutſchen Parlaments handelte, die Souverainität Preußens als deutſchen Einzelſtaats. Die Preußiſche Nationalverſammlung war alſo vor Erlaß einer ſolchen Erklärung zu befragen. Daß im deutſchen Parlamente bereits Preußiſche Abgeordnete ſaßen, ſtand dieſer Anſicht nicht entgegen, denn dieſe ſaßen dort nicht als Repräſentanten des Preußiſchen, ſondern des deutſchen Volks.

Die letztere Anſicht ward von drei Mitgliedern des Miniſteriums vertheidigt. Die principielle Entſcheidung dieſer Rechtsvorfrage ſchien indeſſen gefährlich. Man ließ ſie daher fallen und verlangte nur eine Mittheilung an die Preußiſche Nationalverſammlung, aus welcher weder für dieſe noch für das deutſche Parlament ein Präjudiz abgeleitet werden könne, und welche doch zu gleicher Zeit die Unterwerfung unter den Beſchluß des letztern enthielte. Eine ſolche Erklärung war ſelbſt von der Politik geboten. Preußen konnte ſich nicht beſſer in der öffentlichen Meinung Deutſchlands herſtellen, als wenn

es voranging auf dem Wege aufopfernder Unterwerfung unter die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung. Gefahr war dabei keine vorhanden. Wenn das Provisorium abgenutzt oder zu Ende war, mußte bei den Verhältnissen Oestreichs gleichsam nach einem politischen Gesetz der Schwere das Definitivum doch an Preußen fallen. Die Erfahrung hat dies später bestätigt, obgleich Preußen Alles gethan hatte, die Abneigung gegen sich zu steigern. Mit wie viel weniger Widerstreben, mit wie viel größerer Einstimmigkeit würde es geschehen sein, wenn Preußen sich vom 27. Juni an stets deutsch bewiesen hätte!

Eilf Stunden lang bis tief in die Nacht hinein währte der Ministerrath, in welchem die Erklärung in der deutschen Frage debattirt wurde. Es gelang der liberalen Fraction im Ministerium, den Entwurf in jenem Sinne wenigstens so zu mildern, daß eine doppelte Erklärung möglich schien. Während der so veränderte Entwurf von dem Ministerpräsidenten noch in derselben Nacht nach Potsdam überbracht und dem Könige zur Genehmigung vorgelegt wurde, lasen einige Minister bereits im Staatsanzeiger die Erklärung der Bundesversammlung zu der Wahl des Reichsverwesers; eine Erklärung, an welcher auch der Preußische Gesandte Theil genommen hatte.

Diese Nachricht erregte große Bestürzung bei dem einen, noch größeren Unwillen bei dem andern

Theile des Miniſteriums. Ohne Vorwiſſen der Miniſter war hier nicht nur in einer Frage, über welche das Kabinet noch debattirte, dem Preußiſchen Geſandten eine Inſtruktion ertheilt worden, welche dieſe Frage bereits entſchied; ſondern es war auch bereits die Depeſche des Preußiſchen Geſandten über jene Erklärung in Berlin eingegangen, ohne daß ſie dem Kabinet vorgelegt worden wäre. Ein Zerfallen des Miniſteriums ſchien unvermeidlich. Der von Potsdam zurückgekehrte Miniſterpräſident erklärte in derſelben Nacht, daß er bis auf dieſen Augenblick weder von der Inſtruktion, noch von der eingegangenen Depeſche Kenntniß gehabt. Es blieb alſo für das Miniſterium nur die Annahme übrig, daß der Preußiſche Geſandte bei ſeiner Theilnahme an der Erklärung der Bundesverſammlung ohne Inſtruktion gehandelt, und in der ſpäten Abfertigung der Depeſche, welche der Miniſterpräſident erſt nach ſeiner Rückkehr von Potsdam und nachdem die Erklärung bereits im Staatsanzeiger abgedruckt war, unter den neu vorzulegenden Sachen vorfand, eine Nachläſſigkeit begangen habe. Die Entlaſſung des Geſandten ſchien das einzige Mittel der Sühne für jenen Frankfurter Act und der Verſöhnung im Miniſterium. Allein dies Mittel wurde zurückgewieſen. Die Folge war, daß noch in derſelben Nachtſitzung der Kultusminiſter ſeinen Austritt aus

dem Kabinet erklärte, und trotz des wiederholten dringenden Zuredens von Seiten des Ministerpräsidenten und des Finanzministers bei seinem Entschlusse verharrte. Märker und Gierke entschlossen sich zu bleiben. Rodbertus ward später des persönlichen Ehrgeizes beschuldigt. Es hieß, er habe, unter Mitwirkung einer Partei in Frankfurt, das Ministerium sprengen wollen, wenn es sich preußisch gegen Frankfurt zeige, in der Aussicht, alsdann selbst mit der Bildung des neuen Kabinets beauftragt zu werden. Die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit einer solchen Absicht fand in der Lage der Dinge eine starke Bestätigung. Ueber den Verdacht jener Absicht zerfiel selbst das damalige linke Centrum der Preußischen Nationalversammlung. Erst im Verlauf der folgenden Monate verstärkte sich dasselbe wieder dahin, daß es unter dem Ministerium Pfuel gegen neunzig Mitglieder zählte und vereint mit der äußersten Linken die Majorität in der Nationalversammlung gewann, als es — zu spät war.

Die vom Ministerium beschlossene Erklärung war unterdessen von Potsdam wieder verschärft zurückgekommen. Am 4. Juli verkündete sie der Ministerpräsident der Nationalversammlung. „Eine provisorische Executivgewalt — so lautete dieselbe — und ein Reichsverweser als Träger derselben erscheine auch der Regierung als nothwendig. Die edle

volksthümliche Persönlichkeit des mit so großer Majorität erwählten Fürsten sei der Preußischen Regierung gleichfalls genehm.“ Jetzt aber folgten die Vorbehalte. „Die Regierung (hieß es weiter) setze aber auch voraus, daß die Nationalversammlung von dem ihr zugesprochenen Rechte, Verträge mit fremden Nationen zu schließen, so wenig wie möglich Gebrauch machen werde, weil dies verderblich für Deutschland ausfallen könnte. Daß die deutsche Nationalversammlung diesmal ohne Mitwirkung der deutschen Fürsten gehandelt habe, sei, wie die Preußische Regierung glaube, geschehen im Betracht der bedrohten Lage Deutschlands und im Bewußtsein der Zustimmung aller Regierungen zu ihrem Beschlusse. Indessen möge das diesmalige Verhalten der deutschen Nationalversammlung in so außerordentlichem Falle nicht zu weiteren Konsequenzen verleiten.“ *) Eine Phrase des Minister-

---

*) Diese wichtige Erklärung lautete wörtlich: „In gleichem Maaße wie die deutsche Nationalversammlung ist Sr. Majestät Regierung von der Nothwendigkeit durchdrungen, unverzüglich eine provisorische Centralexecutivgewalt für Deutschland zu schaffen. Sie theilt die Ansicht, daß ein Reichsverweser der geeignetste Träger einer solchen Centralgewalt sei, und giebt für dieses zum Heile Deutschlands so bedeutungsvolle Amt Seiner Kaiserl. Hoheit dem Erzherzoge Johann von Oestreich, in dessen edler und volksthümlicher Persönlichkeit die sichere Gewähr für

präſidenten: „Kommende Geſchlechter werden uns richten! Mögen ſie auf unſerm Grabſteine leſen: er lebte im Jahre 1848 und war ein ächter Sohn des deutſchen Vaterlandes“ — bildete den Schluß dieſer bis an die Zähne mit Vorbehalten geharniſchten zweiſchneidigen Erklärung: die ſammtne Scheide, in

---

das allgemeine Vertrauen der deutſchen Regierungen und des deutſchen Volkes liegt, um ſo lieber ihre Stimme, als dies Vertrauen des Volkes ſich durch die von der Nationalverſammlung in Frankfurt mit großer Stimmenmehrheit auf den Erzherzog gerichtete Wahl auf das unzweideutigſte kund gegeben hat. Die Regierung giebt ſich der Hoffnung hin, daß der Erzherzog dieſen Wünſchen durch die Annahme des Reichsverweſeramtes entſprechen werde. In dieſer Vorausſetzung, wird nichts dagegen erinnert, daß ihm als Reichsverweſer diejenigen Attributionen beigelegt werden, welche in dem Beſchluſſe der deutſchen Nationalverſammlung vom 28. Juni d. J. näher bezeichnet ſind. Die Regierung ſetzt dabei voraus, daß die gedachte Verſammlung, indem ſie für die Beſchlüſſe des Reichsverweſers über Krieg und Frieden ihr Einverſtändniß verlangt, denſelben nicht für alle Fälle an ihre vorgängige Genehmigung habe binden wollen, indem dadurch ſolche Beſchlüſſe auf eine Weiſe erſchwert und gehemmt werden würden, welche für die Sicherheit, die Selbſtändigkeit und das Wohl des deutſchen Vaterlandes unter den ſchwierigen Verhältniſſen der Gegenwart von den verderblichſten Folgen ſein könnte. Wenn übrigens die deutſche Nationalverſammlung ihre Beſchlüſſe über die Conſtituirung einer proviſoriſchen Centralgewalt ohne Mitwirkung der deutſchen Regierungen gefaßt hat, ſo verkennt Sr. Majeſtät Regierung nicht, wie die Veranlaſſung dieſes Verfahrens in der außerordentlichen von mannigfachen Gefahren bedrohten Lage Deutſchlands und in

welche man das drohend gezeigte preußiſche Machtſchwert zurückſtieß.

Die Preußiſche Nationalverſammlung erhob ſich, durch ihren Präſidenten aufgefordert, von ihren Sitzen, und begrüßte mit einem dreimaligen Hoch dieſen Todesſtoß der deutſchen Einheit, als „den er=

---

der nunmehr bestätigten Ueberzeugung zu ſuchen iſt, daß alle deutſchen Regierungen Sr. Kaiſerl. Hoheit dem Erzherzog Johann ihre Stimme für das Reichsverweſeramt geben würden. Die Regierung zweifelt deshalb nicht, daß aus dem Verhalten der deutſchen Nationalverſammlung in dieſem außerordentlichen Fall für die Zukunft Konſequenzen nicht werden gezogen werden.“ Noch viel drohender lautete die Erklärung, mit welcher die Hannoverſche Regierung drei Tage ſpäter ihren Kammern gegenüber trat. „Se. Majeſtät haben im Vertrauen auf die Perſönlichkeit des Erwählten ſich entſchloſſen, Bedenken, welche die Form und der Inhalt des Entſchluſſes wohl zu erregen geeignet geweſen wären, jetzt nicht geltend zu machen.“ In dieſer Erklärung wurde die Behauptung der vollen Souveränität aller Einzelſtaaten als Ehrenſache aller Fürſten hingeſtellt, und der Entſchluß ausgeſprochen, „lieber das Aeußerſte zu ertragen“ und die Regierung über das „Ihnen von Gott anvertraute Land“ niederzulegen, als ſich „einem andern Fürſten“ als „Untergebner“ unterzuordnen. Hannovers König wurde dafür in Frankfurt faſt ſo behandelt, „wie der rebelliſche Gouverneur“ einer Provinz, und ſeine Regierung gab „entſchuldigende Erklärungen“. Hr. Hanſemann, welcher dies in ſeinen Memoiren bemerkt (das Preuß. und Deutſche Verfaſſungswerk S. 123), ſetzt hinzu: „er habe ſich damals gewundert, warum Hannover nicht einfach erwiedert habe, daß ſeine Erklärungen keinen andern Sinn hätten, als die der Preußiſchen Regierung.“

ſten Act des ſtarken, freien und einigen Deutſchlands.“

Allein dieſer Jubel wurde ſehr gedämpft durch das Nachdenken über den weſentlichen Inhalt der vernommenen Erklärung. Man wußte bereits, daß dieſelbe ſogar im Miniſterium nicht ohne Widerſpruch geblieben war. Jetzt ſah man, daß der Kultusminiſter ſeinen Platz am Miniſtertiſche verlaſſen und ſeinen frühern Sitz im linken Centrum wieder eingenommen hatte. Der Miniſterpräſident zeigte der Verſammlung an, daß derſelbe ſeine Entlaſſung eingereicht und erhalten habe, „weil eine Uebereinſtimmung in der deutſchen Frage nicht zu erzielen geweſen ſei“. Man wußte aber bereits, daß nebenher auch Zwiſtigkeiten in der däniſchen Waffenſtillſtandsangelegenheit hier mitgewirkt hatten. Davon wird ſpäter die Rede ſein.

Die ſo eben von der Preußiſchen Nationalverſammlung vernommene Erklärung war ein Dokument von unberechenbarer Wichtigkeit. Die Krone beanſpruchte in derſelben, wenn auch nur mittelbar, die volle Souverainität nicht nur gegenüber der deutſchen, ſondern auch der Preußiſchen Nationalverſammlung.

Der proteſtirende Vorbehalt, welcher die Konſequenz des in Frankfurt feierlich proklamirten Princips in dem einzelnen gegebenen Falle anerkannte,

aber das Princip, aus dem derſelbe hervorgegangen war, beſtritt, konnte als der Ausdruck des Schmerzes gelten, welchen man in Potsdam darüber empfand, daß Preußen durch ſeine letzte Vergangenheit der nächſten Möglichkeit beraubt worden war, jetzt an die Spitze Deutſchlands geſtellt zu werden, wohin es durch ſeine geographiſche Lage, als Wächter an drei Grenzen, und durch die Kraft ſeiner Volksbildung gehörte. Aber wenn die Preußiſche Nationalverſammlung dieſe Erklärung des Miniſteriums hinnahm, ſo war es um das Lebensprincip der deutſchen Nationalverſammlung, um die Souverainität der Nation geſchehen. Es war dann der Grundſatz feſtgeſtellt, daß keiner ihrer Beſchlüſſe gültig ſei ohne die Zuſtimmung der vierunddreißig deutſchen Regierungen. Es war damit das Princip der Vereinbarung von Berlin nach Frankfurt verpflanzt und dem deutſchen Parlamente einokulirt.

Die Linke der Berliner Nationalverſammlung machte einen Verſuch zur Rettung der bedrohten Souverainität der deutſchen Nation. Er ſcheiterte an der Verblendung und Eiferſucht der Einen, und an der doktrinären Gewiſſenhaftigkeit der Andern. Der Abgeordnete Johann Jacoby ſtellte den Antrag: „Die Preußiſche konſtituirende Verſammlung kann den von der deutſchen Nationalverſammlung gefaßten Beſchluß nicht billigen, durch welchen

ein unverantwortlicher, an die Beschlüsse der Nationalversammlung nicht gebundener Reichsverweser etnannt wird. Sie erklärt aber zugleich, daß die deutsche Nationalversammlung vollkommen befugt war, jenen Beschluß zu fassen, ohne vorher die Zustimmung der einzelnen deutschen Regierungen einzuholen, und daß es daher der Preußischen Regierung nicht zustand, Vorbehalte irgend einer Art zu machen."

Die Erklärung des Ministeriums hatte das Princip bestritten und die einzelne Konsequenz zugegeben. Der Jacobysche Antrag erkannte umgekehrt das Princip an, während er, mit mehr demokratischer Gewissenhaftigkeit als parlamentarischer Klugheit, gegen die Konsequenz einen Tadel aussprach. Der Antrag war keineswegs revolutionair. Er enthielt nur den theoretischen Protest einer Ansicht neben der praktischen Anerkennung der gesetzlichen Kraft und Rechtmäßigkeit des Frankfurter Beschlusses. Auf dieser Anerkennung lag das Hauptgewicht. Die theoretische Mißbilligung sollte zugleich das Beispiel geben, daß Alle, denen die deutsche Einheit ernstlich am Herzen liege, selbst dann, wenn sie die Beschlüsse nicht billigen mochten, sich dennoch der deutschen Nationalversammlung unterordnen müßten. Auch der Vorbehalt der Regierung würde nicht reaktionair gewesen sein, sofern nur die für die Gesetze

und Beſchlüſſe der deutſchen Nationalverſammlung geforderte Zuſtimmung der Einzelſtaaten nicht an den Willen der Einzelregierungen, ſondern an die Majorität eines gleichmäßig zuſammengeſetzten Staatenhauſes geknüpft wurde. Aber eben hierüber gab die Erklärung des Miniſteriums keinerlei Andeutung. Sie ließ vielmehr auf das Gegentheil ſchließen.

Der Kampf begann den 11. Juli. Fünfundſiebzig Redner hatten ſich für und wider den Antrag einſchreiben laſſen. Berlin ſelbſt war in großer Aufregung. In allen Clubs und Vereinen wurde die Erklärung der Regierung und der Jacoby'ſche Antrag debattirt. Daß man Unruhen befürchtete, ſchien aus der Verſtärkung der Garniſon hervorzugehen, welche bereits wieder auf 12000 Mann angewachſen war, und bald auf 15000 gebracht wurde. Die Verwerfung des Antrags und ſomit die Erhaltung des Miniſteriums war indeſſen ſchon vor Beginn der zweitägigen Debatte geſichert. Berathungen der Rechten, des Centrums und des linken Centrums bewogen das letztere, auch den zweiten Theil des Jacoby'ſchen Antrags fallen zu laſſen. In der Debatte des 12. Juli bekämpfte beſonders ein Mitglied des linken Centrums, der Kaplan von Berg, zum erſten Male von der rechten Seite aus den Jacoby'ſchen Antrag, den er mit einer glänzenden, weniger tief gehenden als durch überraſchende

Schlagwendungen ausgezeichneten Redekraft sehr geschickt zu zersetzen verstand. Diese Geschicklichkeit bewies er hauptsächlich darin, daß er die demokratisch-republikanischen Spitzen, welche in der von Jacoby beantragten Erklärung gefunden werden konnten, scharf hervorhob, und sie als wirksame Schreckmittel unter die Fraktionen der Versammlung schleuderte. Die Schreckensworte: Anarchie, Bürgerkrieg und fremde Unterjochung, die man als Folgen der Annahme des Antrages hervorhob, verfehlten ihre Wirkung ebensowenig, als der Hinweis auf die Gefahren für Preußens Macht und Größe, welche man von einer Erklärung im Sinne der Linken befürchtete. Selbst die deutschen Patrioten lebten damals des Glaubens, daß nur in dem Umgehen der „delikaten Principienfragen" Heil und Rettung zu finden sei. Sie mußten erst später durch die Erfahrung belehrt werden, daß das Schicksal jeder Halbheit auch dieser deutschen Halbheit nicht erspart werden sollte, welche aus Furcht zu sterben sich dem Selbstmord in die Arme stürzte.

Die Redner der Linken ihrerseits, Jacoby und Waldeck an der Spitze, räumten den demokratischen Grundsatz ein, welcher in dem ersten Theile des Antrags lag. Sie erklärten die Ernennung eines unverantwortlichen, an die Ausübung der Beschlüsse des Parlaments nicht gebundenen Reichsverwesers

für unvereinbar mit der Demokratie, und die Hinzufügung eines neuen Souverains zu den vorhandenen vierunddreißig für unzweckmäßig, seine Stellung ohne Land und Leute zu, oder vielmehr über den letzteren, für unhaltbar, falls dieselben nicht thatsächlich ihre Macht gegen ihn freiwillig aufgeben sollten. Sie sagten voraus, daß ähnliche Verwahrungen der deutschen Fürsten nothwendig den Keim neuer Zwietracht aussäen müßten, — eine Saat, die später wuchernd aufgegangen ist. Eine Theilung des Antrags ward verweigert, und bei der namentlichen Abstimmung fiel derselbe mit 53 Stimmen gegen 262. Achtundvierzig Mitglieder hatten die Abstimmung geweigert. Ein Antrag von Bloem, welcher die Befugniß der deutschen Nationalversammlung zu ihrem Beschlusse anerkannte, ohne sich auf eine Kritik des letztern einzulassen, ward ebenfalls mit großer Majorität verworfen. Der ausgetretene Minister hatte für ein von ihm im linken Centrum vorgeschlagenes Amendement, welches das Recht der deutschen, so wie der Preußischen Nationalversammlung zu wahren beabsichtigte, nicht einmal die Zustimmung seiner Partei erlangen können. Das Ministerium Hansemann-Auerswald war gerettet, aber die Sache Deutschlands und der deutschen Einheit war verloren. Das inhaltschwere königliche Wort: „Preußen geht fortan in Deutsch-

land auf", war mit dieſem Beſchluſſe feierlich zurückgenommen. Es war zurückgenommen nicht von dem Könige, der es ausgeſprochen, ſondern von dem verantwortlichen Miniſterium und der Majorität der Preußiſchen Volksvertreter. Mit dieſem Beſchluſſe war der Würfel geworfen über das Schickſal des deutſchen konſtituirenden Parlaments. Herabgedrückt von der Höhe entſcheidender Beſchlußmacht in Sachen Deutſchlands auf den Standpunkt einer vereinbarenden Verſammlung, mußte es über kurz oder lang das Schickſal aller ſolcher Verſammlungen theilen.

Die Folgen zeigten ſich bald. Die Hannoverſche Regierung trat in die Fußtapfen der Preußiſchen und König Ernſt Auguſt erließ einen Proteſt gegen den Beſchluß des deutſchen Parlaments, mit welchem verglichen die Preußiſche Erklärung noch als beſcheidene Mäßigung gelten konnte.

In der That war das alte Syſtem durch jenen Frankfurter Beſchluß in das Herz getroffen worden. Er war ſo bequem geweſen für die Souverainitätsgelüſten der deutſchen Dynaſtieen der alte Zuſtand jener Staatenbundverfaſſung mit einem Bundestage, der ſich inkompetent erklärt gegenüber jeglicher Willkür jedes einzelnen ſouverainen deutſchen Fürſten. Hannover hatte davon die glänzendſten Erfahrungen gemacht, und es war ſeinem Könige deshalb nicht

zu verdenken, daß er im Rückblick auf dieſe Erfahrungen jede Unterordnung ſeiner Souverainität „unter die Oberhoheit irgend eines andern deutſchen Fürſten“ energiſch verweigerte. Der Standpunkt, welchen die deutſchen Souveraine gegenüber der neu zu begründenden deutſchen Einheit einnahmen, war genau derſelbe, von welchem aus Preußens König im Jahre 1847 ſeinen Vereinigten Landſtänden erklärt hatte: daß er ihnen zwar wichtige Rechte einräume, ohne jedoch von den bisherigen Rechten der abſoluten Krone irgend eins aufzugeben. Geben ohne Aufgeben iſt aber die Quadratur des Cirkels. Einem ſpätern, und, ſo hoffen wir, glücklicheren Geſchlechte wird es kaum glaublich ſcheinen, daß man im Jahre 1848 die ſtaatliche Einheit eines einigen Deutſchlands ohne einen Organismus darſtellen wollte, in welchem die Theile eben nur dienende Glieder, und nur in dieſer Unterordnung ſelbſtändig ſind; daß man den einfachen Satz leugnete, nach welchem die Hand nur Hand iſt als Theil des Arms, der Arm nur Arm als Theil des ganzen Körpers, und daß die alte drittehalbtauſendjährige Fabel des Menenius Agrippa für Deutſchland umſonſt erzählt war.

Kapitel V.

Die Peukersche Huldigungsforderung und die Preußische Armee.

Wie nur Leidenschaft die Revolution erzeugt, so kann auch nur Leidenschaft die Reaktion gebären. Denn Reaktion ist ihrem innersten Wesen nach nichts anderes als Contrerevolution, die eben so wenig wie eine Revolution von einzelnen Intriguanten gemacht wird. Denn diese vermögen ihre Pläne eben nur dadurch auszuführen, daß sie die reaktionären Elemente, welche im Volke selbst vorhanden sind, zu einem festen Kerne sammeln und mit demselben für ihre Zwecke operiren.

Die Opposition gegen die letzten Beschlüsse des deutschen Parlaments war der Boden, aus welchem das reaktionaire Preußenthum sich zu energischer Leidenschaft aufnährte.

In Preußen gab es allerdings schon unmittelbar nach jenen entscheidenden Märztagen eine solche Leidenschaft der Reaktion. Der Sitz und Heerd ihrer Energie war vorzugsweise in dem Preußischen Heere. Ihre Thatkraft wurzelte in dem trotzigen

Selbſtbewußtſein der jungen Großmacht, in den ſtolzen Erinnerungen ihrer kühnaufſtrebenden Vergangenheit, in den populären Sympathien, die ſich ſtützten auf eine kriegeriſche Macht, welche der Degen Friedrichs des Großen zu welthiſtoriſchem Ruhme erhoben, und welche die Kämpfe der Freiheitskriege glänzend bewährt hatten. Das erſte Aufflammen dieſer Leidenſchaft, welches in der Militairreſidenz Potsdam kurz nach dem 18. und 19. März verzweifelte Gedanken gebrütet hatte, wich zurück vor jenem Gedanken, deſſen ſymboliſcher Ausdruck der deutſche Umritt *) war, vor dem Gedanken: das Verlorne zu opfern für die Preußiſche Hegemonie und für den nationalen Triumph, das neue Preußen auferſtehen zu ſehen an der Spitze Deutſchlands. Als es aber anders kam, als das große Opfer des preußiſchen Aufgehens von Deutſchland um dieſen Preis vergeblich geboten, als „ein Fremder", wie ſich die altpreußiſche Entrüſtung in den Vereinen für König und Vaterland ausdrückte, an die Spitze Deutſchlands gewählt wurde, als Preußen ſo ſich ungefragt, ohne Zuſtimmung, unterordnen und gehorchen, ſein eigenes Heer, ſeine eigene Vertretung, ſeine Stelle unter den Großmächten aufgeben ſollte, ohne einen Balſam auf die Wunde,

*) S. Zweites Buch S. 130 ff.

die dadurch dem preußiſchen Nationalgefühle geſchlagen wurde: da zeigte ſich die Kraft dieſes von den Hohenzollern geſchaffenen Preußiſchen Staats- und Volksbewußtſeins. Da zeigte ſich, daß neben der deutſchen Begeiſterung noch gleichzeitig eine Preußiſche möglich war, eine ſelbſtloſe Begeiſterung, eine opferfähige Leidenſchaft, bereit für ihre Sache zu leben und zu ſterben. Unter der populären Loſung dieſes, von dem verletzten militairiſchen Ehrgefühl getragenen Preußiſchen Nationalgefühls ſammelte ſich der entrüſtete Monarchismus, der beleidigte Hochmuth der büreaukratiſchen Bildung, die Angſt um die Verödung der Preußiſchen Hauptſtadt, die Abneigung gegen Oeſtreich, und mit ihnen alle niedrigen Motive, die nicht in eignem Namen aufzutreten wagten. Da wurden die Proteſte und Schmähungen laut gegen die deutſche Nationalverſammlung in den Vereinen. Da zuckte in Berlin und Potsdam der Gedanke an einen kühnen „Gegengriff“: „Mag das Rheinland auch abfallen, wenn wir die Preußiſche Fahne aufpflanzen! Preußen war nicht am ſchwächſten, als es am kleinſten war. Es kann mit dem Schwerte wieder erobern, was es einſt mit dem Schwerte gewonnen!“ Preußens Rettung vor dem Untergange in Deutſchland ward die Parole auch desjenigen Theils der Preußiſchen Nationalverſammlung, der ſich ſeit dem Siege über den Jacobyſchen

Antrag mehr und mehr zum Träger des spezifischen Preußenthums aufwarf.

Die wahre Meinung dieses spezifischen Preußenthums fand ihren kräftigsten Ausdruck durch die Stimme eines Soldaten. Am 23. Juli warf der Oberst von Griesheim, die Seele des preußischen Kriegsministeriums, im Namen der Preußischen Armee dem deutschen Parlamente und seiner neugeschaffenen Centralgewalt den Handschuh hin. *) Was bisher nur als dunkles Gerücht verlautete, was selbst die Denkschrift des Preußenvereins noch vorsichtig maskirte, ward hier mit aristokratisch militairischer Rücksichtslosigkeit herausgesagt. König Friedrich Wilhelm IV. hatte das Wort gesprochen: Preußen müsse fortan in Deutschland aufgehen. Herr v. Griesheim nannte dies Wort eine „Uebereilung", und forderte statt dessen die Hegemonie Preußens über Deutschland, „des Preußens, das auch in der deutschen Einheit Preußen bleiben wolle." König Friedrich Wilhelm IV. hatte selbst die Einheit eines

*) Die deutsche Centralgewalt und die Preußische Armee. Berlin 1848. Verlag der Deckerschen Geheimen Oberhofbuchdruckerei. Von dieser Schrift ward eine Gratisauflage für die Armee veranstaltet und unter die Truppenkorps vertheilt. „Es sei (hieß es in einem Berichtigungsartikel) den Soldaten wohl zu gönnen, einmal so von sich reden zu hören."

deutſchen Heerweſens gefordert. Der Wortführer des Preußiſchen Heeres ſtellte dafür die Forderung des Aufgehens der deutſchen Reichsarmee in die preußiſche. Friedrich Wilhelm IV. hatte das deutſche Banner auf den Zinnen ſeines Schloſſes aufgepflanzt und ſeinem Heere die deutſche Kokarde verliehen. Der Sprecher der Preußiſchen Armee nannte dieſe Verleihung eine derſelben „wider ihren Willen aufgezwungene Ehre", und legte im Namen dieſer Armee entſchiedenen Proteſt ein gegen jede organiſche Einordnung derſelben in ein deutſches Reichsheer. „Lieber als auch nur die Nummern ſeiner Regimenter giebt die Preußiſche Armee die deutſche Einheit auf."

Das hieß deutlich geſprochen, aber es war noch nicht Alles. Das ſpezifiſche Preußenthum in der Perſon des Vertreters der Armee ging noch weiter. Es erklärte den ganzen Verſuch der Conſtituirung eines deutſchen Reichs durch das zu Frankfurt verſammelte Parlament der deutſchen Nation für den heilloſen Aberwitz „einer kraftloſen Macht, die nur davon lebe, daß die lebendigen Kräfte Deutſchlands ſich noch nicht losgemacht hätten von den Feſſeln des Zaubertranks, den ihnen die Revolution beigebracht." „Das alte Preußen wird ſich erheben wie ein Mann, wenn ſein König ruft, nicht aber wenn ein Reichsverweſer ruft, der nicht ſein König iſt. Und wenn das neue Preußen, durchwühlt und entmannt,

dem Beiſpiele nicht folgt, ſo wird es das zu ſeinem Schaden thun; denn das alte Preußen kann auch zum zweiten und zum dritten Mal wieder erobern, was es ſchon ein und zweimal als Siegesbeute erhalten." Der leidenſchaftliche Haß gegen die Idee eines organiſch einigen Deutſchlands proklamirte es im Triumph, daß der Geiſt des altpreußiſchen Heeres noch lebe, daß alle bewährten Krieger Preußens nur an Preußen und Preußens Größe, nicht aber an das „Frankfurter Deutſchland" denken, daß die Preußiſchen Offiziere wohl bereit ſeien, „jeden Augenblick ihr Leben für den Orden pour le merite in die Schanze zu ſchlagen, aber weit davon entfernt, in ſolchen Augenblicken an ein einiges deutſches Vaterland zu denken." Zum Schluſſe endlich ward hingewieſen auf die einzige deutſche Einheit, an welche die militariſch preußiſche Partei glaube: auf die Verbindung Preußens „mit den norddeutſchen Ländern von Hannover, Heſſen, Mecklenburg und Braunſchweig, die mit uns Arm an Arm geſtanden haben, gleichviel ob der gemeinſchaftliche Feind jenſeits oder dieſſeits des Rheins zu Hauſe war. Denn wir glauben und halten feſt an einem einigen Norddeutſchland, in welchem die Schwächern ſich anlehnen können an den Stärkern, ohne daß dieſer muthwillig ſie vertilgen will." So früh ſchon lebte der Gedanke des einigen preußiſchen Nord-

Deutſchlands, dem die deutſche Revolution und ihre Frucht, die Einheit Deutſchlands, erliegen ſollte!

Wohl ſchwerlich ſeit den Zeiten der Prätorianer des kaiſerlichen Roms war es vorgekommen, daß ein Heer als ſolches ſein Schwert in die Wagſchale politiſcher Debatte des eignen Landes zu werfen, daß es die Befehle und Anordnungen ſeines Königs zu kritiſiren, den Beſchlüſſen des Parlaments einer Nation ſein entſchiedenes: Nein! entgegenzuſetzen, und einer von dieſem Parlamente erwählten Reichsgewalt die Anerkennung zu verweigern wagte. Hier war es geſchehen. Die Preußiſche Armee hatte in ihrem Sprecher ſich als rathende, warnende und drohende politiſche Macht hingeſtellt. Sie durfte es, denn ſie ſelber war damals allein „das alte Preußen".

Der Entwurf der Beſtimmungen über die deutſche Centralgewalt, gegen welche dieſer Angriff zunächſt gerichtet war, hatte Männer wie Dahlmann, Beſeler und Mittermaier zu ſeinen Urhebern. Er gründete ſich auf ein Gutachten von Radowitz, und das Miniſterium hatte erklärt, es finde in dieſem Entwurfe die Beſtimmungen wieder, die Preußen zum Heile Deutſchlands ſelbſt gefordert.

Das Miniſterium konnte dieſen Schritt eines Mannes nicht überſehen, der bisher in ſeiner Mitte als Vertreter des Kriegsminiſters gewaltet hatte.

Man enthob ihn dieſer Stellung, ohne weiter gegen ihn einzuſchreiten. Auch der Oeſtreichiſche Geſandte Herr von Trautmannsdorf legte Beſchwerde bei der Regierung ein, wegen der Angriffe auf Oeſtreich und ſein Heerweſen, welche die Griesheimſche Schrift enthalte. Aber die Preußiſche Nationalverſammlung hatte durch dies rückhaltloſe Hervortreten der Macht, welche mit dem in Preußen geſtürzten Syſtem in allen Faſern und Nerven ihres Organismus verwachſen war, ein Memento mori erhalten, das ſie, wie ſich bald zeigen wird, nicht unberückſichtigt laſſen konnte.

Derſelbe Tag, an welchem vor zweiundvierzig Jahren der letzte deutſche Kaiſer die Krone des Reichs deutſcher Nation niederlegte, weil die Einheit zerriſſen und das Reich für ein leeres Wort erklärt worden war, derſelbe Tag war dazu auserſehen worden, im ganzen Vaterlande ein lebendiges Zeichen der neuverbundenen Einheit, der auferſtandenen waffenkräftigen Reichsgewalt zu bringen. Wie auf den Rheinbund des 12. Juli 1806 die Kronentſagung des 6. Auguſt folgte, ſo ſollte der neue in der Paulskirche zu Frankfurt geſchloſſene Bund auch äußerlich beſiegelt und beſtätigt werden. Die Waffen und Fahnen, die dem Geſetze folgen und dem geſammten Vaterlande dienen ſollten, ſie ſollten dem Vollzieher dieſes Geſetzes auch huldigen und ſich

ſchmücken mit den Farben der wiedererſtandenen deutſchen Nation.

In dieſem Sinne hatte (16. Juli) der neuernannte Reichskriegsminiſter, General Peucker, ſeine Aufforderung erlaſſen *). Vielleicht war die Form ein Mißgriff. Aber es war keine Zeit an Formen zu mäkeln, wo ſo viel auf dem Spiele ſtand. Zumal für Preußen nicht, dem, wenn es ſich ehrlich an Frankfurt anſchloß, auf die Dauer die Führerſchaft Deutſchlands nicht entgehen konnte. Die hier von den Truppen der deutſchen Bundesſtaaten verlangte Ehrenhuldigung für den Verwalter des deutſchen Reichs war unverfänglich ihrem Weſen nach. Aber der Geiſt, den wir ſo eben geſchildert, bemächtigte ſich ihrer als Handhabe der Parteileidenſchaft. Die preußiſche Militairpartei ſah in einem ſolchen Akte nichts weniger als die „unbedingte Unterwerfung unter eine höhere Gewalt,

---

*) Dieſe Aufforderung lautete: „Da der Erzherzog-Reichsverweſer in der proviſoriſchen Centralgewalt auch die Oberleitung der geſammten deutſchen bewaffneten Macht übernommen hat, ſo findet ſich das Reichs-Kriegsminiſterium verpflichtet, zu veranlaſſen, daß von dieſem Akte die geſammten deutſchen Bundestruppen durch feierliche Verkündigung des an das deutſche Volk erlaſſenen Aufrufs Kenntniß erlange, und gleichzeitig ihnen Gelegenheit gegeben werde, dem Reichsverweſer ihre öffentliche Huldigung darzubringen.“ Als Ausdruck dieſer Huldigung ward „ein dreimaliges Lebehoch“ bezeichnet.

welche neben oder gar über ihrem Könige die preußiſche Armee nicht anerkenne". Sie „beſchwor König und Regierung, einen Akt nicht vorzunehmen, durch den das Heer an ſich ſelbſt, an ſeiner Regierung, an ſeinem Könige irre werden würde", vielmehr „dieſen Frankfurtern" zu zeigen, daß für Preußen ihr ganzes Gebahren nichts mehr und nichts weiter bedeute, als ein Schattenſpiel an der Wand.

Der Ausweg dieſen leidenſchaftlichen Forderungen gegenüber ſchien indeſſen unſchwer zu finden. In Berlin war ein Kongreß verſammelt von ſiebenundſechzig konſtitutionellen Vereinen preußiſcher Städte. Dieſer Kongreß erklärte in einem Manifeſte, daß nach ſeiner Ueberzeung „die geforderte Huldigung nicht anders zu verſtehen ſei, als daß die Truppen nach den Grundgeſetzen der Bundesverfaſſung ſich verpflichten, falls ſie zum Bundeskontingent beordert würden, ſich dem Oberbefehl des Reichsverweſers zu unterwerfen". Thatſächlich war dies bereits durch Wrangels Ernennung zum Reichsfeldherrn geſchehen. Eine einfache Erklärung des Königs, welcher das Loſungswort von dem Aufgehen Preußens in Deutſchland ſelbſt auf die Fahne der Revolution geſchrieben hatte, die Erklärung: daß eine ſolche Ehrenhuldigung des von ihm anerkannten Reichsoberhauptes keine Untreue gegen ihn ſelber

einschließe, wäre genügend gewesen, alle Bedenken niederzuschlagen. Statt dessen erließ Friedrich Wilhelm IV. (29. Juni) einen Armeebefehl, welcher dem Heere die Anerkennung der Wahl des deutschen Reichsverwesers anzeigte und die Erwartung aussprach, „daß Preußens Krieger überall wo sie für die deutsche Sache einzutreten und, nach ihres Königs Befehl, dem Reichsverweser sich unterzuordnen hätten, den Ruhm Preußischer Tapferkeit und Disziplin siegreich bewähren würden". Dieser Armeebefehl ward vom Kriegsminister den Generalkommando's mit dem Bemerken zugefertigt: nach der Lage der Umstände erscheine es angemessen, daß diese Bekanntmachung nicht am 6. August, und daß noch weniger an diesem Tage oder bei der Bekanntmachung überhaupt eine Parade stattfinde *). In dem Schlusse dieses Armeebefehls lag die gesammte Politik des Ministeriums in der Sache der deutschen Einheit zu Tage. Preußen erklärte, daß es der von ihm anerkannten Reichsgewalt gehorsamen wolle, wann und wie es ihm beliebe. Das Prinzip der Vereinbarung ward auf der Spitze des Degens der Centralgewalt und ihrem Parlamente überreicht. Die Vereinbarung aber leitet nach seinem

*) Deutsche Chronik für das Jahr 1848 (Berlin bei A. W. Hayn 1849) S. 75.

Willen der, welcher die Macht hat. Preußen stellte mit dieser Erklärung seinen Willen thatsächlich an die Spitze Deutschlands.

So bot denn dieser zu einem allgemeinen deutschen Feste bestimmte Tag in Deutschland das trübe Schauspiel hier eines lässigen, unwillig zugestandenen Gehorsams, dort des offen ausgesprochenen Widerstrebens. Der erste Befehl der neugeschaffenen Reichsgewalt, gegeben in der freudigen Zuversicht auf Einheit und Einigkeit, hatte nur Trennung und Zwiespalt auf's Neue wach gerufen. Was half es, daß hier und da die Regierungen der kleinern Staaten, wie Braunschweig, Hessen-Kassel, Oldenburg u. a. m., dem Befehle Gehorsam leisteten, daß die Bürgerwehren in Berlin und fast überall in Deutschland dem neuen Reichsverweser mit jubelndem Lebehochrufe huldigten! Das Preußische Heer blieb stumm, und sein Schweigen war verhängnißvoll und unheilverkündend für das einige Deutschland.

Von diesem Augenblicke an bot Deutschland das Bild eines Reichs dar, in welchem die Uneinigkeit statt der Einigkeit, die Schwäche statt der Macht völlig organisirt war; eines Reichs, welches die Mängel des alten römischen Reichs deutscher Nation in erhöhtem Maaße in sich schloß; in welchem nicht nur Fürsten mit einem Kaiser, oder Fürsten unter sich haderten und stritten, sondern zu derselben Zeit

auch Ständeverſammlungen mit dem Reichsparlament, Ständeverſammlungen mit Ständeverſammlungen, Aſſociationen mit Aſſociationen, Volksverſammlungen und Klubbs mit ihres gleichen in den verſchiedenen Ländern. Die Reichscentralgewalt, ein Centrum ohne Kreis; der Reichsverweſer, ein Herrſcher ohne Land, ein Souverain, der bald genug erfahren ſollte, daß die Souverainität untheilbar iſt.

Welche Stellung aber die Partei des alten Preußens zu dem neuen Frankfurter Deutſchland von jetzt an einnahm, das konnte man aus einer „Anſprache an das Volk“ erſehen, welche der Preußenverein zu Berlin (23. Juli) mit Bezug auf jene Aufforderung des deutſchen Reichskriegsminiſters erließ. In dieſer Anſprache erklärte der „Preußenverein für konſtitutionelles Königthum“ alle diejenigen, welche das Aufgehen Preußens in Deutſchland forderten, „für Feinde des Vaterlandes!“ Höher konnte die Verwirrung der Begriffe ſchwerlich ſteigen. Die preußiſchen Royaliſten erklärten dadurch, ohne es zu wiſſen und jedenfalls ohne es zu wollen, den König von Preußen für einen Feind des preußiſchen Vaterlandes. Denn Friedrich Wilhelm IV. hatte jene Worte ausgeſprochen. Er war es geweſen, der am 25. März öffentlich vor aller Welt verkündet hatte: „ich ſtelle mich und mein Volk unter das altehrwürdige Banner des deutſchen Reichs.

Preußen geht fortan in Deutschland auf.“ Aber vier Monate später unterzeichnete derselbe Graf von Arnim-Boitzenburg, welcher als Minister seinen Namen gesetzt hatte unter diesen rettungverheißenden Zuruf an das Preußische Volk und die deutsche Nation, am 30. Juli zu Templin die Erklärung preußischer Feinde Deutschlands: daß die Frankfurter Centralgewalt eine ungesetzliche, und der von Deutschlands Parlament ernannte Verweser des deutschen Reichs für Preußen rechtlich und gesetzlich nicht vorhanden sei *). Den König, der sich selbst aus eigener Macht an die Spitze Deutschlands stellte, hatte das Preußische Junkerthum freudig begrüßt. Dem Erwählten der Deutschen Nation versagte es trotzig die Anerkennung. So ward von der aristokratischen Reaktion das Grab gegraben für die kaum geborne Einheit der deutschen Nation.

---

*) S. Nationalzeitung vom Jahre 1848.

Kapitel VI.

Die Ariſtokratie und das Junkerparlament.

Nur zu bald ſollte es ſich zeigen, daß nicht der Geiſt hochherziger patriotiſcher Aufopferung, ſondern vielmehr nur die ſinnbethörte Furcht vor den dräuenden Schreckniſſen einer, in ihrer Kraft überſchätzten, Revolution die Vertreter der bevorrechteten Stände in Preußen beſeelt hatte, als ſie in den drei denkwürdigen Tagen des letzten Vereinigten Landtags „die gewagteſten Vorlagen und Geſetze auf Koſten ihrer Privilegien im Taumel der Feigheit beſtätigten“.

Die Aufhetzereien des Landvolks in den Provinzen; die Wühlereien der reaktionären Preſſe gegen die Preußiſche Nationalverſammlung und das revolutionäre Miniſterium; die reaktionären Maueranſchläge, Flugblätter und Plakate der Hauptſtadt, in welchen die erwählten Vertreter der Nation nicht viel beſſer als ein Haufe von Vagabunden behandelt wurden; die Vereine für König und Vaterland; die Kundgebungen der reaktionären Preußenvereine

und der Vereine für Aufrechthaltung der adligen Privilegien in den östlichen Provinzen; die Besprechungen adliger Gutsbesitzer aus Sachsen, Schlesien, Brandenburg und Pommern, welche zu Magdeburg (14. Juli), Halle, Stettin und an andern Orten gehalten wurden: dies Alles fand seine Methode und seinen organisirten Ausdruck in dem sogenannten Junkerparlamente, welches in Berlin unter dem Vorsitze des Herrn von Bülow-Cummerow am 24. Juli zusammentrat, und den Kampf gegen die neue Gesetzgebung und ihre Reformen, den Kampf gegen das „revolutionaire Ministerium" begann, welches den „wohlerworbenen Vorrechten" einer bisher privilegirten Kaste allerdings, wie sich der Minister Hansemann ausdruckte, tief „ins Fleisch zu schneiden" drohte. Hier zeigte es sich deutlich, daß die Uebergangspolitik des ersten Ministeriums der Preußischen Revolution, welche gemeint hatte, durch Berufung des Vereinigten Landtags, als des einzigen gesetzlichen Organs, die Revolution legalisiren zu können, ein Irrthum gewesen war. Freilich hatten sowohl die Magnaten der Herrenkurie als die Ritter der Dreiständekurie fast einstimmig das allgemeine Wahlrecht und mit ihm die Aufhebung aller ihrer Privilegien sanctionirt. Aber es war dies nicht ein Akt gleich dem jener französischen Aristokratie, welche in der Nacht des 4. August in

edlem Wetteifer hochherziger Begeiſterung alle ihre Vorrechte der neuen Freiheit zum Opfer darbrachte. Betäubt und beſinnungslos von dem Donnergrollen der Revolution, in bebender Furcht vor dem hereinbrechenden Gerichte, hatte die preußiſche Ariſtokratie alle ihre althergebrachten Rechte von ſich geworfen, wie man fliehend reiche Beute von ſich wirft, um das Leben zu erretten. Die Niederlage war eben ſo ſchmählich als vollſtändig, und die ſinnbethörende Furcht, von welcher ſie begleitet war, nahm dem jähen Sturz der vor wenig Wochen noch ſo ſtolzen Körperſchaft jede Spur tragiſcher Würde. Selbſt der Hiſtoriker der Reaktion ſah ſich genöthigt dieſer Kataſtrophe einer feigen Selbſtvernichtung den Stempel der Ehrloſigkeit aufzudrücken *). Die Betäubung dieſes erſten paniſchen Schreckens hielt an, ſo lange die Bewegung im Fortſchreiten war. Sie wich erſt allmälig, als gewiſſe Zeichen verkündeten, daß ein Umſchlag der Dinge keine Unmöglichkeit ſei, und als die erſten Angriffe gegen ihre materiellen Intereſſen von dem Miniſterium der That erfolgten.

Die Aufhebung der Kreisberechtigung, Steuern auszuſchreiben, deren Verwendung vorzüglich den Rittergutsbeſitzern zu Gute kam, hatte den Schrecken und Zorn der letzteren erregt. Der Geſetzentwurf

*) Vgl. Zweites Buch S. 195. Signat. temporis S. 46.

über unentgeltliche Aufhebung gewiſſer Laſten und Gefälle und die von der Regierung der National-verſammlung übergebene Denkſchrift über Aufhebung der Hülfsdienſtgelder und anderer Leiſtungen der Bauern ſteigerte die Empörung. Eine Grundſteuer, welche in Ausſicht ſtand, drohte ein neuer Schlag zu werden für die alten Privilegien und Begünſti-gungen. So lange die Regierung im alten Syſteme die mittelalterlichen Vorrechte, die Steuerungleich-heiten und die Standesvorzüge beſchützte, waren die Ritter ihre beſten Freunde geweſen. Jetzt aber, wo eine Regierung mit dem Volke zu gehen und ſich gegen den Vortheil der Privilegirten zu wenden begann, kehrte ſich die Sache um, und die Stützen des Throns und Staats zeigten nicht übel Luſt, ihre Kraft gegen die Regierung zu wenden, deren Thun ſie als anarchiſch und revolutionair, als fre-velhaften Eingriff in die geheiligten Rechte des Eigenthums bezeichneten. Freilich war es der Ariſtokratie nicht zu verdenken, daß ſie auch ihrer-ſeits von dem neuen Rechte der Aſſociation Gebrauch machte, und den Kampf für ihre Vorrechte gegen das Princip der Gleichberechtigung verſuchte. Mehr vielleicht dem Miniſterium, wenn es von den einzel-nen oben geſchilderten reaktionairen Bewegungen, von den in Pommern, Preußen, Schleſien gehaltenen Kreistagen und Verſammlungen des Adels ſo wenig

Notiz nahm, daß der Ministerpräsident von Auerswald auf eine deshalb in der Nationalversammlung gestellte Interpellation (1. Sept.) zur Antwort geben mußte, daß ihm von solchen Dingen nichts bekannt sei. Aber schwerlich konnte ihm unbekannt sein, daß der Hauptführer eines reaktionairen „Vereins für König und Vaterland" schon in der Mitte des Juli eine Aufforderung an das Ministerium veröffentlicht hatte, die Nationalversammlung in Berlin aufzulösen, und die etwa widerstrebenden Mitglieder „schlimmsten Falls niederschießen zu lassen". *)

Die Taktik der aristokratischen Reaktion in dem Kampfe um ihre Privilegien bot ein eigenthümliches Schauspiel. Derselbe „Rechtsboden", von welchem aus im Jahre 1847 die damalige liberale Opposition den Kampf um eine reichsständische Verfassung geführt hatte, lieferte jetzt der reaktionairen Opposition ihre Schutzwaffen zur Vertheidigung der bedrohten Vorrechte. Nicht als die gebieterische Forderung der Zeit, als das unerläßliche Resultat politischer Entwickelung hatte jene liberale Opposition des Jahres 1847 die reichsständische Verfassung für Preußen gefordert. Sie hatte die unveräußerlichen Rechte eines mündigen Volks abgeleitet von den

*) Fr. v. Florencourt in einer zu Halle erscheinenden Wochenschrift.

Verſprechungen und Verordnungen eines abſoluten Herrſchers. Auf dieſem Boden aber war Friedrich Wilhelm IV. in ſeinem Rechte, wenn er jene Mahnungen unter Berufung auf die abſolute Vollgewalt der Krone zurückwies. Und die Herrenkurie ſtand in dieſer Anſicht auf Seiten ihres allerhöchſten Herrn, der ſich durch keine Verordnungen und Geſetze ſeines Vorgängers gebunden erklärte. Jetzt aber nahmen dieſelben „Herren“ ihre Zuflucht zu dem früher verleugneten Rechtsboden, und bewieſen die Unverletzlichkeit ihrer Privilegien aus den Verordnungen und Geſetzen des vom Könige ſelber aufgegebenen abſoluten Königthums. Sie hielten den Angriffen des revolutionairen Miniſteriums auf ihre althergebrachten, vom Roſt der Jahrhunderte verſchönten Vorrechte den Meduſenſchild des Preußiſchen Landrechts entgegen, „deſſen Gültigkeit, wie ſich der Graf Arnim-Boitzenburg ausdrückte, noch Niemand in Zweifel zu ziehen gewagt“. Mit den Paragraphen dieſes Landrechts in der Hand, brachen ſie den Stab über alle zerſtörenden Richtungen des Miniſteriums, d. h. über die unentgeltliche Aufhebung der eigentlichen Feudallaſten und über die billige Ablöſung anderer Gerechtſame. Sie vergaßen nur das Eine, daß die unabänderliche Gültigkeit dieſes ſelben Landrechts bereits in den Jahren der Stein-Hardenbergſchen Periode (1807—1813) weſentlich zu ihren

Ungunsten verletzt, daß selbst unter dem absolut-monarchischen System sehr wesentliche althergebrachte Rechte, wie die Leibeigenschaft mit allen aus ihr fließenden Rechten, Diensten und Abgaben, das Recht, Abgaben für die Berechtigung zum Gewerbebetrieb zu erheben, die Cantonfreiheit u. a. dergl. ohne alle Entschädigung aufgehoben worden waren. Der Staat habe das Recht und die Pflicht, so lautete damals die Sprache der Preußischen Regierung *), Vortheile ohne Entschädigung aufzuheben, welche die Gutsherren aus Verhältnissen gezogen, „die dem Kulturgrade aller Staatsbürger nicht mehr angemessen und daher gemeinschädlich sind".

Die aristokratisch-reaktionaire Opposition wollte den Staat des bestehenden Rechts. Das Ziel der Revolution war der Staat der Gerechtigkeit. Das war der Unterschied.

Das Junkerparlament trat unter dem Namen einer „Generalversammlung des Vereins zur Wahrung der materiellen Interessen aller Klassen des preußischen Volks" am 19. August zu Berlin im Mielentz'schen Saale zusammen. Unter seinen Mitgliedern sah man die ehemaligen Minister Graf Arnim-Boitzenburg und von Bodelschwingh, die Herren von Kleist-Reetzow, von Scharnweber,

*) Rescript vom 5. März 1809.

Präſident von Gerlach und die als ultraroyaliſtiſche Feudaliſten bekannten Grafen von Bismark-Schönhauſen und von Breßler. Hauptzweck dieſer Vereinigung war einerſeits die Erhöhung der Grundſteuern, anderntheils die Aufhebung der Feudallaſten zu hintertreiben. Die erbitterte Stimmung gegen die Regierung machte ſich Luft in den heftigſten Reden. Man ſprach von revolutionairer Antaſtung wohlerworbener Rechte in den leidenſchaftlichſten Ausdrücken, welche, in demokratiſchen Vereinen vorgebracht, leicht zu einer Unterſuchung geführt haben würden. Die entſchiedenſten Mitglieder, wie der Präſident von Gerlach, erklärten ſich ſelbſt gegen die von Bülow-Cummerow vorgeſchlagene Aufgebung einzelner Vorrechte, wie der Patrimonialgerichtsbarkeit und der Patrimonialrechte. Denn dieſe Rechte ſeien vielmehr Pflichten, von deren Erfüllung man Niemanden entbinden könne. Man müſſe, hieß es, die defenſive Stellung in der Bewegung der Gegenwart aufgeben; einem Edelmanne gezieme es, Front zu machen und die Offenſive zu ergreifen. Nur ſo würden Siege erfochten. Man ſolle es ſich endlich auch einmal etwas koſten laſſen und dem Proletariate entgegenkommen, dann werde man es zu einer Macht bringen *). Eine Adreſſe an den König ward

*) Nationalzeitung vom 20. Auguſt 1848.

genehmigt, welche Graf Arnim-Boitzenburg entwor-fen hatte. Ein Ausschuß ward erwählt, um die ferneren Schritte der revolutionairen Regierung zu überwachen. Auch bei dem Handel und der Indu-strie sollte das Vertrauen zu dem Ministerium, an dessen Spitze ein Handels- und Fabrikherr stand, untergraben werden. Der Ausschuß berief dazu eine Versammlung von Fabrikanten und Kaufleuten aus Preußen und ganz Norddeutschland nach Berlin. Der Versuch, eine Deputation unmittelbar an den König zu senden, scheiterte, da die Annahme einer solchen in einem konstitutionellen Staate damals doch noch allzu bedenklich schien. Die öffentliche Meinung aber unterschätzte offenbar die Kraft einer solchen Liga der Aristokratie, wenn sie dieselbe für unschädlich und ohnmächtig hielt. Denn in dieser Verbindung konzentrirten sich von da an die Um-triebe gegen die Revolution und ihre Schöpfun-gen, die Nationalversammlung und das Ministerium der That, das verhaßte „Krämerministerium". Das letztere namentlich kam immer mehr ins Gedränge, und während es in der Nationalversammlung und einem Theil der Presse als reaktionair angegriffen wurde, sah es sich hier von der reaktionairen Aristo-kratie nahezu des Jakobinismus beschuldigt *). Die

*) Die Signatura temporis, welche später dem Minister

letztere erkannte in dem Vertreter der industriellen Bourgeoisie, in dem Führer der altliberalen Opposition ihren gefährlichsten Feind, und beschloß ihn zu stürzen. Es handelte sich nur um eine passende Veranlassung, welche das Mittel dazu liefern könnte, und auch diese hatte sich, wie wir bald sehen werden, bereits gefunden.

Die Ereignisse in Europa trugen dazu bei, den Muth der reaktionairen Aristokratie neu zu beleben. In England die Chartistenbewegung durch die verbündete Aristokratie und Bourgeoisie unterdrückt; Neapel durch König Ferdinands Bomben und Schweizer zur Ordnung gebracht; in Paris der Grund zu einem neuen Absolutismus gelegt; die Lombardei auf Metternich'sche Weise beruhigt; Franz von Modena wieder eingesetzt, und Wien, die Mutter der deutschen revolutionairen Bewegung, von den siegreichen Feldhauptleuten Radetzky und Win-

Hansemann seine „zweideutige Anerkennung der Revolution" vorhielt, lobt ihn sogar ironisch wegen der „Vorbereitung einer Reihe von Gesetzen, mit welchen er sich rühmte, in das Fleisch der Reaktion, d. h. in wohlerworbene Privatrechte, eingeschnitten zu haben. „Diese Wunden waren (heißt es daselbst S. 58) keine tödtliche, nicht einmal niederwerfende, sondern nur munter und allenfalls wüthend machende, so daß nun endlich der Stand der Gutsbesitzer that, was er auf dem Vereinigten Landtage zu thun die Pflicht gehabt hätte, nämlich die Augen auf." **Signat. temporis S. 57—58.**

dischgrätz bei festlichen Bankets mit dem Gerichte von Mailand bedroht — sollte sich da die in ihren theuersten Interessen bedrohte preußische Aristokratie noch länger das Ministerium des kommunistischen Wollhändlers gefallen lassen, der an den wohlerworbenen, altehrwürdigen Besitz der Steuerbefreiung, des Jagdrechts, der Renten und Zehnten aller Art die frevelnde Hand zu legen wagte?

Kapitel VII.

Der Hof in Sanssouci und die Nationalversammlung.

Der König war und blieb unterdessen fortwährend in Potsdam, den Einwirkungen des Ministeriums entzogen, den Einflüssen der reaktionairen Camarilla, des unzufriedenen Adels und der altpreußischen Partei überlassen. Das Ministerium, fast erdrückt von der Last der Geschäfte und Verwicklungen, in täglichen, bis tief in die Nacht dauernden, oft zehnstündigen Conferenzen seine Kraft erschöpfend, sah die Schwierigkeit seiner Arbeiten verdoppelt durch jene fortdauernde Entfernung des Königs, welche den Geschäftsgang unglaublich erschwerte und verwickelte. Plakate forderten die Rückkehr des Königs in seine Hauptstadt, und die aufgeregte Bevölkerung ließ sich auf die Ermahnung des Bürgerwehrkommandanten selbst die Sperrung der Portale des Schlosses zu Berlin durch eiserne Gitter ruhig gefallen, obschon man sich seit unvordenklichen Zeiten gewöhnt hatte, die Durchgänge des Schlosses als offne Straße zu benutzen. Allein es verlautete: der

König habe geschworen, nicht eher nach Berlin zurückzukehren, bis das Schloß eiserne Thore habe, und bis ein Garderegiment nach Berlin zurückgekehrt sei. Von der so lebhaft geforderten Auflösung des Gardekorps war schon lange nicht mehr die Rede.

Um diese Zeit war es, wo das Ministerium den Versuch machte, die Nationalversammlung mit dem Hofe in Berührung und dadurch eine gegenseitige Annäherung zwischen den Vertretern der Nation und der Krone zu Stande zu bringen. Auf den Wunsch des Ministeriums erfolgte eine Einladung der Nationalversammlung zum 30. Juli an den Hof nach Potsdam. Der Ausfall dieses Potsdamer Festes war bezeichnend für das Verhältniß des Ministeriums zum Hofe, und karakteristisch für die Stellung, welche die Hofpartei den neuen Dingen gegenüber einnehmen zu müssen glaubte *). Der Vereinigte Landtag war in einem ähnlichen Falle bei Hofe mit höchstem Glanze und auszeichnender Aufmerksamkeit aufgenommen worden. Aber sein Verhältniß zur Krone war wesentlich verschieden von der Stellung, in welcher die gegenwärtige

*) Wir entnehmen die folgende Darstellung größtentheils der ausführlichen Schilderung eines Augenzeugen, des Abgeordneten von Unruh in seinen Skizzen zu Preußens neuester Geschichte, S. 57 ff.

Nationalverſammlung ſich der Krone gegenüber befand. Der Landtag war eine weſentlich ariſtokratiſche, berathende Kammer. Eine oktroyirte konſtitutionelle Verfaſſung, welche die Geſetze und Verſprechungen von 1815 und 1820 erfüllte, hätte ihn vollkommen befriedigt. Die Nationalverſammlung dagegen war die Geburt einer Revolution. Sie ſollte einen Vertrag ſchließen zwiſchen Krone und Volk. Sie war der Bevollmächtigte der Nation gegenüber der Krone. Eine Verſammlung mit viel größeren Rechten ausgeſtattet, aus vorwiegend demokratiſchen Elementen zuſammengeſetzt, ſollte jetzt in Maſſe am Hofe erſcheinen.

Der Verſuch war in vieler Rückſicht bedenklich. Zunächſt lief man Gefahr, daß ein Theil der Oppoſition ſich ausſchloß. Allein dieſe Gefahr ward beſeitigt. Die Verſammlung erſchien faſt vollzählig, ſelbſt die äußerſte Linke, auch die meiſten Polen. Es war jetzt Sache des Hofes, da er ſich einmal zu dieſem Schritte entſchloſſen, ſchon aus Rückſichten der Klugheit für eine, wenn auch nicht glänzende, ſo doch jedenfalls für eine gewinnende Aufnahme zu ſorgen, und das Gegentheil ſorgfältig zu vermeiden. Denn der Schritt konnte keinen andern Zweck haben, als zu gewinnen, anzunähern, nicht abzuſtoßen und zu verletzen. Die Ausführung zeigte indeß, daß ſich das Miniſterium bei dieſer Vorausſetzung

getäuscht hatte. Sie war von der Art, daß man den Widerwillen, mit welchem die Hofpartei sich der Absicht des Königs und seiner Minister bequemt hatte, selbst in den kleinsten Zügen bemerkte.

Ein Extrazug der Eisenbahn führte die Nationalversammlung von Berlin zu dem königlichen Hoflager nach Potsdam. Am Wildpark verließ man die Eisenbahn. Hier stand eine Reihe von Wagen bereit, voran der bekannte Zeltwagen, welcher zu jedem Zuge nach und von der Eisenbahn fährt; dann zwei Hofequipagen, deren sich Hofbeamte in Geschäften zu bedienen pflegen; endlich eine Reihe, zum Theil schlechter gemietheter Privatfuhrwerke, zum Theil Droschken und selbst sogenannte Charlottenburger Wagen, und auch diese nicht in ausreichender Anzahl. Die Vertreter des Preußischen Volks mußten zum Theil bei dem Kutscher ihren Platz nehmen. Der Gartendirektor Lenné führte den Zug, es fehlte ihm aber an einigen Dienern, welche die Gäste zurecht wiesen. Man machte eine Spazierfahrt von fast zwei Stunden durch die Gärten in der glühenden Hitze der Julimittagssonne. In dem entsetzlichen Staube, welcher sich erhob, wurden die Demokraten zu Hoffiguren aus der Zeit Ludwig XIV. eingepudert. Von Hofe nahm Niemand an diesem eigenthümlichen Vergnügen Theil.

Endlich langte der Zug mit den bis zur Un-

kenntlichkeit bestäubten Deputirten wieder am neuen Palais an, während man bereits den Wagen des Königs von der andern Seite herankommen sah. Die zahlreich im Vestibül stehenden Lakaien schienen keine Neigung zu haben, den eingeladenen Gästen ihres Königs beim Wegschaffen des Staubes behülflich zu sein, und Niemand hielt es für nöthig, Befehle dazu zu geben. So mußten denn die Abgeordneten in Gegenwart des Publikums einer dem andern zur Noth den Staub abklopfen, um nur vor dem Könige nicht schmutzig zu erscheinen. Dem Könige und der Königin wurden jetzt der Präsident, der Vicepräsident und eine Anzahl Abgeordneter (doch keiner von der äußersten Linken) vorgestellt. Mit diesen unterhielten sich Beide freundlich und wohlwollend länger als eine Stunde. Der König war sich also des Zwecks dieser Vorstellung wohl bewußt, und behandelte demgemäß seine Gäste, die Vertreter der preußischen Nation. Die anwesenden Prinzen des Königlichen Hauses, unter welchen der Prinz von Preußen vermißt wurde, schienen abzuwarten, ob die Abgeordneten sich ihnen vorstellen lassen würden. Die meisten der letzteren kannten diesen Gebrauch nicht; andere nahmen Anstand, sich voranzustellen, sich abzusondern. Bei dem Empfange des Vereinigten Landtags hatten die Prinzen kein Bedenken getragen, die eingeladenen Abgeordneten

ohne Weiteres anzureden, oder die Veranlaſſung zur Vorſtellung Einzelner gegeben. Daſſelbe mußte auch hier geſchehen, wenn man eine Annäherung beabſichtigte, wenn man zeigen wollte, daß in Preußen der Hof zum Volke gehöre, daß kein Groll gegen die Verſammlung vorhanden ſei. War doch ohnehin die Hofetikette in Preußen nie ſtrenge geweſen, und war doch hier am wenigſten der Ort, das Ceremoniell von oben herab ängſtlich zu beachten. Zumal einer Verſammlung gegenüber, die einem bis dahin abſolut-monarchiſchen Staate angehörig, in ihrer überwiegenden Mehrzahl ſo leicht durch einige gute Worte und ein freundliches Geſicht zu gewinnen geweſen wäre! Die andern zum Hofe gehörigen Perſonen hielten ſich den Abgeordneten völlig fern und fremd, und dieſe hatten keine Veranlaſſung, dem Hofperſonal gegenüber die Initiative einer Annäherung zu ergreifen."

Die Thür der Seitengallerie wurde geöffnet; der Hofmarſchall forderte zur Collation auf. Man hatte auf der Eiſenbahn und bei der Spazierfahrt vier Stunden lang Staub, Hitze und Durſt gelitten; die Aufforderung war alſo willkommen. Aber Niemand vom Hofe, kaum ein Kammerherr, folgte in den Speiſeſaal. Der König blieb im großen Muſchelſaale, von den Miniſtern und vielen Abgeordneten umgeben. Hier fand eine für die

Miniſter ſehr peinliche Erörterung Statt über einen Straßentumult, der in Berlin wegen der Preußiſchen und Deutſchen Fahnen vorgefallen war.

Als der König den Saal verließ, fuhren die Abgeordneten wieder unter Führung des Gartendirektors durch den Park von Sansſouci nach den Fontainen, welche mit bengaliſchem Feuer erleuchtet werden ſollten. Es hatten ſich ſehr viele Zuſchauer eingefunden; man beſtieg die Terraſſen, und Herr Lenné beeilte ſich, ſo viel als thunlich, den Abgeordneten mitzutheilen, daß man durch das Schloß von Sansſouci gehen ſolle, wo man auf der andern Seite, an der großen Rampe, die Wagen finden würde. Es erſchienen aber nur wenige. Einige Abgeordnete fanden ſpäter einzelne Wagen an der Bildergallerie, andere mietheten Droſchken, zum Theil dieſelben, welche von Herrn Lenné angenommen bei mangelnder Aufſicht es vorzogen, zweimal Bezahlung zu empfangen. Die Abfahrt des Eiſenbahnzuges rückte heran; mehre Abgeordnete mußten zu Fuße in großer Eile ſich nach dem entfernten Bahnhofe begeben, um den Zug nicht zu verſäumen.

So ſcheiterte die gute Abſicht der Miniſter, auf welche der König ſelbſt allem Anſcheine nach wohlmeinend eingegangen war, in der Ausführung an

dem böſen Willen und Benehmen der Kamarilla und des Hofperſonals. Das Benehmen des letzteren — ſetzt der Erzähler, deſſen Schilderung wir hier gefolgt ſind, hinzu — machte bei vielen Deputirten den Eindruck, als ob man die Vertreter des Volks als ein zur Zeit noch nothwendiges Uebel anſehe, das zu beſeitigen indeß gegründete Hoffnung vorhanden ſei. Selbſt Abgeordnete, welche Mitglieder des Vereinigten Landtags geweſen waren, fühlten ſich tief verletzt, und geſtanden zu, daß der alte Landtag in einem ganz andern Geiſte empfangen worden ſei.“ Bei den demokratiſch geſinnten Mitgliedern war die Erbitterung noch mehr geſteigert. Alle aber empfanden die gewordene Aufnahme als eine Verletzung der den Vertretern einer großen Nation ſchuldigen Achtung, und es bemächtigte ſich fortan der Gemüther mehr und mehr ein dunkles Gefühl, daß man auf einen Kampf mit einer Partei gefaßt ſein müſſe, welche weder die Revolution jemals anerkennen, noch ihre Frucht, die Nationalverſammlung, länger ertragen werde, als die Noth der äußern Umſtände ſie dazu zwinge. Dem Miniſterium Hanſemann-Auerswald endlich war bei dieſer Gelegenheit eine ähnliche moraliſche Niederlage von der Hofpartei bereitet worden, wie Camphauſen ſie ſieben Wochen früher bei der Rückkehr des Prinzen von Preußen durch die Machinationen derſelben Partei erlitten

hatte *). Wer Augen hatte zu ſehen, der konnte am 30. Juli zu Potsdam wahrnehmen, daß die Nationalverſammlung ſich dort auf einem unterhöhlten Boden bewegte.

---

*) Vgl. Preuß. Revolution. Zweites Buch S. 294—297.

Kapitel VIII.

Die Nationalverſammlung und das Miniſterium Hanſemann-Auerswald.

Das Miniſterium Hanſemann-Auerswald war kein Miniſterium der Reaktion, wohl aber ein Miniſterium der geſetzlichen Reſtauration.

Die geſetzliche Reſtauration iſt der Verſuch, bei beginnender Ebbe nach der Revolutionsfluth an das Beſtehende anzuknüpfen und das Neue in einem der Vergangenheit ähnlichen Geiſte zu geſtalten. Eine ſolche Reſtauration hat ihr Recht ſo gut, wie jede Minorität. Aber es iſt damit allerdings die Gefahr verbunden, daß ſie auf ihrem Wege derjenigen Richtung in die Hände arbeitet, welche dem durch die Revolution neu gewonnenen geſetzlichen Boden überhaupt die Anerkennung verweigert. Dieſe Richtung iſt die Reaktion, welche ihr Werkzeug, die Reſtauration, wegwirft und zerbricht, ſobald ſie ſich gehörig reſtaurirt d. h. gekräftigt fühlt, um dem ihr feindlichen Principe der Revolution die offne Gewalt entgegenzuſetzen, und mit Hülfe der Gewalt die Grundlagen des neuen Rechts zu vernichten.

Die Majorität der Nationalversammlung fürchtete dies Schicksal für das Ministerium der Restauration. Der besonnene Theil derselben suchte ihm daher im Laufe seines Bestehens bei allen vorkommenden Fragen fortwährend die Majorität zu sichern, welche zu erhalten es selbst nicht hinlänglich Sorge trug. Es war dies eine um so schwierigere Aufgabe, als die Kammer durch den häufigen Eintritt von Stellvertretern vielfache Veränderungen ihrer Parteigestaltung erlitt. Auch für die ganze Haltung der Nationalversammlung erwuchs aus diesem fehlerhaften Institute der mit den Abgeordneten zu gleicher Zeit ursprünglich gewählten Stellvertreter ein entschiedener Nachtheil, welchen sie selbst nicht verschuldet hatte.

Das Ministerium Camphausen hatte kurz vor seinem Abgange die Errichtung einer neuen Polizei nach englischem Vorbilde, der sogenannten Schutzmannschaften oder Constabler beschlossen *). Das Ministerium Hansemann-Auerswald schritt jetzt zur Ausführung dieser Maßregel, deren Nothwendigkeit allerdings gegenüber dem drohenden Uebermuthe eines fortwährend von allen Seiten in Aufregung gehaltenen Pöbels einleuchtend schien. Aber eben so einleuchtend erschien auch die Sicherung einer solchen

*) S. Preuß. Revolution. Zweites Buch S. 308.

Maßregel durch ein Gesetz, welches ihr den Grund und Boden der Achtung im Volke, und das Volk zugleich vor Polizeiwillkür im alten Style sicherte. Man forderte für Berlin — denn für die übrigen Theile der Monarchie ward die Einrichtung aufgegeben — zweitausend solcher Ordnungswächter, wobei der Minister Kühlwetter sich die merkwürdige Aeußerung entfahren ließ: daß ein Staat um so mehr Polizei haben müsse, je freier derselbe sei! Der Finanzminister Hansemann unterstützte die Forderung des neuen Instituts durch die Behauptung, daß dasselbe wesentlich dazu beitragen werde, das gesunkene Vertrauen herzustellen und die darniederliegende Handelsthätigkeit neu zu beleben. Er übersah, daß das Vertrauen nur aus dem innern Leben des ganzen Staatskörpers hervorgeht, und daß eben deshalb eine Herstellung desselben durch Polizeigewalt eine Unmöglichkeit ist. Die Frage war indessen nicht sowohl darüber, ob überall eine neue Organisation der thatsächlich aufgelösten alten Polizei der Hauptstadt nothwendig, sondern vielmehr: ob es räthlich sei, dieselbe auf eine bloße Verfügung des Ministeriums hin ins Werk zu richten. Ein Antrag der Abgeordneten Rodbertus und Schultze (Delitzsch) forderte die Vorlage eines Gesetzes, und die Linke schloß sich dem Antrage an. Ein großer Theil der Centren theilte dieselbe Ansicht, welche die Vorlage

eines Gesetzes forderte, um die Befugnisse der neuen Polizeigewalt festzustellen, und jede Willkür, welche an den alten Polizeistaat erinnerte, zu vermeiden. Man sollte nicht mehr vom Volke Gehorsam gegen die Macht der Polizei, sondern nur gegen das Gesetz verlangen. Auch die großen Kosten, welche die Errichtung dieses neuen Polizeiinstituts dem Staate auferlegte, schienen den Weg gesetzlicher Einrichtung desselben unter Zustimmung der Nationalversammlung zu fordern. Hier würde sich gezeigt haben, ob und in wie weit man für die Herstellung und Erhaltung der Ruhe von Seiten der letzteren etwas thun wolle. Es war ein Fehler des Ministeriums, nicht darauf einzugehen. Für das Gesetz hätte sich eine bedeutende Majorität herausgestellt. Jetzt stimmte ein großer Theil der Centren lediglich deshalb für das Ministerium und gegen den Antrag, welcher mit 203 gegen 153 Stimmen verworfen wurde, weil man eine neue Ministerkrisis vermeiden und dem Verdachte ehrgeiziger Bestrebungen theils ausweichen, theils entgegentreten wollte. Wer gehörig in den Parteien orientirt war, wußte, daß der Boden unter dem Ministerium wankte, weil das Ministerium sich selbst fortwährend isolirte, und keinen genügenden Einfluß auf die Parteien übte *).

*) v. Unruh, Skizzen S. 48—49.

Die üblen Folgen zeigten sich bald. Diese durch bloße Ministerialverfügung im alten Style eingerichteten Schutzmannschaften entbehrten des gesetzlichen Bodens und darum des Ansehens bei dem Volke. Berlin war seit vielen Wochen ruhig gewesen. Erst das Auftreten der Schutzmannschaften rief wieder neue Aufregung hervor. Zwar hatte der Minister des Innern ausdrücklich erklärt, daß die neuen Konstabler in Bezug auf ihr Einschreiten und den Waffengebrauch nicht die Befugnisse der alten Gensdarmen hätten. Dennoch erschienen dieselben stets mit Säbeln, zuweilen selbst mit Schießgewehren bewaffnet auf den Straßen. Ihr Einschreiten geschah sehr häufig weder am rechten Orte, noch in der rechten Weise, und trotz ihrer Anzahl zeigten sie sich unfähig, die Fenster des Ministerpräsidenten-Hotels gegen die Zertrümmerung durch einen Straßenauflauf zu schützen. Ihr Erscheinen trug überall dazu bei, an sich unbedeutende Straßenkrawalle zu verschlimmern *). Die öffentliche Meinung wurde für das neue Institut, das in seiner Thätigkeit gleich anfangs mit großer Brutalität auftrat, wenig gewonnen durch den Umstand, daß die verhaßtesten alten Polizeikommissarien zu ihrer Befehligung verwendet, und die Mannschaft vorzugsweise aus

*) Brockhaus, die Gegenwart, Heft XXII, S. 590.

Unteroffizieren und Soldaten der in Berlin garnisonirenden Regimenter genommen wurde. Zu Anfang August erklärte das Bürgerwehrkommando dem Konstablerobersten Kaiser, daß es sich nicht mehr dazu hergeben werde, seinen Requisitionen Folge zu leisten, und die Linden allabendlich von den dort sich sammelnden Volkshaufen zu säubern. Nur wenn für Eigenthum oder Personen dadurch Gefährdung drohen sollte, was bis jetzt in keiner Weise der Fall gewesen sei, werde die Bürgerwehr einschreiten. Später trat an die Spitze der Konstabler sogar ein Mitglied des reaktionären Preußenvereins, welcher in einer Bekanntmachung die Gensdarmerie des neuen Preußens als „die warnende Stimme des Gesetzes" proklamirte. Zu gleicher Zeit wurden mehr und mehr die Werkzeuge der alten, mit Recht verhaßten Polizeiwillkür wieder in Thätigkeit gesetzt. So leitete unter andern die bald zu erwähnenden Haussuchungen gegen den Handwerkerverein ein Mann, welcher früher die Ausweisung der badischen Deputirten aus Berlin vollzogen und an der Spitze der geheimen Polizei in Berlin gestanden hatte. Man war eben auf dem besten Wege, die alte Polizeiwillkür neu zu kräftigen.

Die Nationalversammlung hatte sich bereits mannigfache Fehler zu Schulden kommen lassen. Sie hatte z. B. in ein und derselben Sache, wie

bei Gelegenheit der Ernennung einer Commiſſion zur Unterſuchung der blutigen Ereigniſſe in der Provinz Poſen, Beſchlüſſe gefaßt, von denen der zweite den erſten aufhob. Nachdem hier mit 195 gegen 170 Stimmen beſchloſſen worden war, daß der Commiſſion in der Ausführung ihrer Aufträge völlig freie Hand gelaſſen werden ſolle, wurde dieſer ſelbe Beſchluß, nachdem ein Theil der ſiegreichen Majorität das Haus verlaſſen hatte, durch Annahme eines Antrags, welcher jene Freiheit weſentlich beſchränkte, in derſelben Sitzung wieder umgeſtoßen. Handlungen dieſer Art, verbunden mit vielfach ungehörigen Interpellationen und mit manchen, zum Theil maßlos heftigen, Angriffen gegen das Miniſterium, namentlich gegen den Miniſter Kühlwetter, den eifrigen Vertheidiger der Konſtabler, beeinträchtigten allerdings die Würde und das Anſehen der Verſammlung. Dazu kam noch ein anderer Umſtand. Es ſetzte die guten Deutſchen, welche bisher die Schulmeiſter und Kritiker der ganzen politiſchen Welt geweſen waren, in Verzweiflung, daß ſie wirklich dieſelbe Schule durchmachen, daß ſie der Welt dieſelben Schwächen und Fehler in ihren politiſchen und parlamentariſchen Anfängen zeigen ſollten, welche ſie bisher bei andern, in der Schule politiſchen Lebens viel gereifteren Völkern als adminiſtrirte Unterthanen in ihren zenſirten Zeitungen

ſo ſelbſtgefällig und mitleidig belächelt und getadelt hatten.

Wir haben in dem vorhergehenden Buche bereits unſer Urtheil über die erſte Haltung der Nationalverſammlung ausgeſprochen *). Ihre Fehler waren die Fehler ihrer Jugend, die Fehler jeden Anfanges überhaupt. Ihre Vorzüge, die Beweiſe guten Willens zur Unterſtützung eines Miniſteriums, das nicht einmal im ſtrengen Sinne des Worts ein Kammerminiſterium heißen konnte, gereichten ihr zu um ſo größerer Ehre. Die einzelnen Maßloſigkeiten perſönlicher Angriffe fielen ohnehin nicht der Parteidisziplin zur Laſt, welche ſich nur auf die Abſtimmungen, aber keineswegs auf die Perſonen der Redner und ihre Reden erſtrecken konnte. Mit einem Sprunge aus dem abſoluten Polizeiſtaate und ſeinem Rede- und Preßzwange in das offene Meer des konſtitutionellen Lebens geworfen, war ein ausgebildeter parlamentariſcher Takt, ein beſtimmtes Maßhalten, eine Wahl der Redner gar nicht zu erwarten. Auch überſtieg die Heftigkeit perſönlicher Angriffe gegen die Miniſter keineswegs dasjenige, was in derſelben Art bei den politiſchen Verſammlungen anderer Nationen vorkommt, welche die lange Gewohnheit parlamentariſchen Lebens beſitzen. Der

*) S. Preuß. Revolution. Zweites Buch S. 268 ff.

Unterſchied lag, wie der Verfaſſer der Skizzen zur neueſten Geſchichte des Preußiſchen Staats, der letzte Präſident der Preußiſchen Nationalverſammlung, ſich ausdrückt, nur darin, daß in jenen Ländern Publikum und Miniſter an ſolche Angriffe gewöhnt ſind, und daß die Miniſter, von der Stärke ihrer Partei unterrichtet und mit ihr in fortwährender Verbindung, ſich um parlamentariſche Grobheiten wenig kümmern, während man in Berlin aus alter Gewohnheit bei jeder ſolchen Gelegenheit am liebſten ſogleich die Polizei herbeigerufen oder eine Injurienklage angeſtellt hätte. Wenn irgend eine, ſo hatte dieſe erſte, aus Urwahlen nach einem demokratiſchen Wahlgeſetz hervorgegangene Preußiſche Nationalverſammlung das Recht zu fordern, daß man das Urtheil über ſie nicht nach einzelnen Ungeſchicklichkeiten und Rohheiten, ſondern nach ihren Abſtimmungen und Maßregeln und nach der in ihrer Majorität vorherrſchenden Geſinnung bemeſſe.

Zuerſt die Geſinnung. Sie war und blieb bei der überwiegenden Majorität, ſelbſt bei dem Kerne der Linken, welchen der ehrenfeſte, karakterſtarke und thatkräftige Waldeck repräſentirte, entſchieden und aufrichtig für die wahrhaft konſtitutionelle Monarchie. Die Abſtimmungen aber bewieſen ſämmtlich, daß dieſe Majorität der Nationalverſammlung ihre Aufgabe erkannte, dem Miniſterium keine unnützen Verlegenheiten

zu bereiten, sondern dasselbe vielmehr so lange als möglich zu stützen. Die drohende Haltung der militairischen und bureaukratischen Partei, die Umtriebe der Aristokratie, die Pläne der Kamarilla waren kein Geheimniß mehr. Ein Ministerium, in welchem ein Auerswald, bei liberalen Antezedentien aus der früheren Zeit, durch die Beliebtheit seiner Persönlichkeit bei dem Monarchen das vermittelnde Prinzip bildete, ein Hansemann wenigstens den bürgerlich-finanziellen Gleichheitsgedanken gegen die Reaktion der Aristokratie und ihre Privilegien darstellte, und ein Gierke die makelloseste Redlichkeit einer durch und durch ehrlichen, aufrichtig konstitutionellen Gesinnung repräsentirte, ein solches Ministerium durfte allerdings, auch wenn es in vielen Stücken, und namentlich in seinem Verhalten gegen Potsdam, nicht der Erwartung durchgreifender Energie entsprach, nicht ohne Noth aufgegeben werden. Nach dieser Ansicht handelte die Nationalversammlung, als sie gleich anfangs das Ministerium in der Adreßfrage und in der deutschen Frage stützte. Sie blieb dieser Ansicht treu, als sie die Angelegenheit der Errichtung und Aufrechthaltung einer neuen nichts weniger als populairen Polizei, ohne eine gesetzliche Beschränkung, im Sinne des Ministeriums entschied. Sie bereitete dem Ministerium keine Schwierigkeit in der Schleswig-Holsteinschen Angelegenheit und in der Waffen-

ſtillſtandsfrage. Sie entſchied über die Richtung der Oſtbahn, in einer Frage, welche für das Miniſterium, wegen der ſchon begonnenen Arbeiten, ſehr verfänglicher Natur war, zu Gunſten deſſelben. Die miniſteriellen Geſetzvorſchläge über die Erhöhung der Rübenſteuer, über die Zwangsanleihe, über die Umgeſtaltung der Domainen- und Forſtenverwaltung wurden theils angenommen, theils in den Centralabtheilungen günſtig begutachtet. Auch für das Tumultgeſetz, welches aus ſpezieller Veranlaſſung eines rohen Angriffs auf die Fenſter des Hotels des Miniſterpräſidenten plötzlich eingebracht wurde, nahm die Nationalverſammlung (24. Auguſt) mit großer Majorität die Dringlichkeit an, und empfahl der Centralabtheilung die ſchleunigſte Berathung. Am augenfälligſten endlich zeigte ſich der gute Wille der Verſammlung für das Miniſterium, und die Abweſenheit eines gefährlich revolutionairen Karakters in der Majorität bei der Berathung des Bürgerwehrgeſetzes. Die Majorität verwarf alle Anträge und Amendements der Linken, und die Abſtimmungen fielen ſämmtlich zu Gunſten des Miniſteriums aus, obſchon gegen manche Beſtimmungen dieſes Geſetzes, durch welches, wie die Linke behauptete, die demokratiſche Inſtitution der verheißenen Volksbewaffnung zu einer Verſtärkung der Polizei zuſammenſchrumpfte, ſich in den Klubbs und Vereinen, in der

Presse und in der Bürgerwehr selbst die allgemeine Stimme erhob, und obgleich freisinnige, weiter gehende Vorschläge der Regierung ohne Zweifel auch die Zustimmung der Majorität gefunden haben würden *). Die Nationalversammlung opferte hier in der That ihre Popularität der Regierung auf. Sie scheute sich sogar nicht, auch hier, wie bei der Posener Angelegenheit, einen bereits gefaßten Beschluß zu Gunsten des Ministeriums durch einen zweiten aufzuheben. Am 29. August war ein Beschluß gefaßt worden, nach welchem alle Offiziere der Bürgerwehr ohne Ausnahme aus direkter Wahl derselben hervorgehen sollten. Als aber das Ministerium es unbillig und gefährlich fand, daß der Regierung aller Einfluß auf die Führung einer so ungeheuren, bewaffneten Landesmacht entzogen werde, nahm die Versammlung zwei Tage später mit der großen Majorität von 226 gegen 136 Stimmen einen Antrag an, zufolge dessen der Krone das Recht verliehen wurde, die Obersten der Bürgerwehr aus je drei vorgeschlagenen Kandidaten zu ernennen, obschon die Krone selbst am 19. März durch das Versprechen einer Bürgerwehr mit völlig freier Wahl der Führer auf ein solches Recht verzichtet hatte. Das Verhältniß der Parteien in der Nationalversammlung

*) S. Unruh, a. a. O. S. 61.

war selbst damals, wo sich das Ministerium Hansemann=Auerswald bereits an der Schwelle seines Austritts befand, noch von der Art, daß die Linke, verbunden mit der äußersten Linken, von 400 Stimmen nie mehr als 150 zählen konnte. Das linke Centrum, seiner Gesinnung nach ehrlich konstitutionell, sicherte, verbunden mit der Rechten und dem rechten Centrum, einem Ministerium, welches sich auf dasselbe stützte, immer den Sieg.

Aber gerade dies Verhältniß war derjenigen Partei ein Dorn im Auge, welche den Sturz auch dieses Ministeriums durch die Nationalversammlung um jeden Preis herbeiführen mußte, wenn sie ihre Pläne gegen die letztere und gegen die Märzrevolution ins Werk gesetzt sehen wollte.

Dazu arbeiteten dieser Partei gerade ihre Todfeinde trefflich in die Hände. Zwar das Heer, die Aristokratie, die überall noch vollkommen konservirte Bureaukratie, sie waren bereite und starke Waffen in energischer Hand. Aber noch wagte man nicht, diese Waffen zu brauchen. Denn noch stand die öffentliche Meinung im Bunde mit der Märzrevolution, und noch überschätzte die Reaktion selbst die Kraft und Verbreitung der gefürchteten ultrademokratischen Partei, deren letztes Ziel die Republik, und die bereit schien, bei einer offenen reaktionairen Schilderhebung dem konstitutionellen Königthum ein ge=

fährliches va banque! zu bieten. Es war der Verblendung dieſer letztern vorbehalten, hier die öffentliche Meinung in ihren Sympathien für die Revolution zu erſchüttern, und dort jene Furcht vor der treibenden Kraft der demokratiſchen Bewegung durch ihr eigenes unbeſonnenes und unkluges Hervortreten als eine grundloſe erkennen zu laſſen. Es bewährte ſich auch hier das alte Wort: wen die Götter verderben wollen, dem nehmen ſie zuvor den rechten Verſtand.

Kapitel IX.

Die demokratiſche Partei und die Volksbewegung in der Hauptſtadt.

Wir haben die unruhig gährende Bewegung, welche ſich der Berliner Bevölkerung ſeit den Märztagen bemächtigt hatte, in ihren verſchiedenartigen Formen und Aeußerungen unter dem Miniſterium Camphauſen geſchildert *). Dieſe Bewegung und ihre Ausartungen waren die naturgemäße Folge des Zuſtandes, in welchem das Volk durch das geſtürzte Syſtem der neuen Freiheit überliefert worden war.

Ueberall, wo in einem Staatsleben die von dem gereiften und gebildeten Theile des Volks angeſtrebte Freiheit lange und hartnäckig verſagt und verhindert wird, da wächſt im Stillen eine Maſſe heran, welche, der römiſchen Plebs unter den Kaiſern vergleichbar, ohne politiſche Bedeutung und darum ohne Selbſtgefühl, in einem Falle, wo ihr die erſtere plötzlich durch irgend einen Zufall zu Theil wird, ſich nur

*) Vgl. Preuß. Revolution. Zweites Buch S. 199—236.

allzugeneigt beweiſt, dieſelbe zu überſchätzen und zu mißbrauchen. In Preußen beſaß vor dem 18. März eine gewiſſe politiſche Bedeutung außer den privilegirten Ständen nur wer Sold vom Staate empfing als Diener der abſoluten Herrſchergewalt in den ſtehenden Heeren der Bureaukratie und des Militairs. Dieſe waren die Nenner, alle übrigen nur zählende Nullen ohne politiſche Bedeutung, lediglich auf ihre Privatthätigkeit beſchränkt und darum ohne Sinn für das Gemeinwohl. Die Revolution hatte dem erſten Anſcheine nach jenes Verhältniß mit einem Schlage umgeändert, ja, ſo zu ſagen, auf den Kopf geſtellt. Das Volk, ſo hieß es, und nicht bloß ſchmeichelnde Demagogen redrten anfangs alſo, das Volk allein, und insbeſondere das Volk der Hauptſtadt habe die Revolution gemacht. Das Volk, das politiſch unberechtigte, habe die Herrſchaft der gefürchteten Bajonette zerbrochen, und das abſolute Herrſcherthum zur Anerkennung der Revolution gezwungen. Die Allmacht des Volks war plötzlich ein Dogma geworden. Der Muth wuchs raſch zum Uebermuth unter der Pflege einer leichtſinnigen Demagogie, deren Karakter Agitation war ohne vernünftiges Ziel, Ehrgeiz ohne Intelligenz, Gewaltſamkeit ohne Heroismus, ohne Karaktere und ohne Syſtem. Es bewährte ſich auch an dieſer Berliner Demagogie das Wort des britiſchen Hiſtorikers: daß

in jedem Zeitalter die ſchlechteſten Probeſtücke der Menſchennatur unter den Demagogen zu finden ſind. Der Mangel einer energiſchen Regierungshand, welche in den erſten Monaten der Revolution die dahin ſchleifenden Zügel der öffentlichen Ordnung, im Intereſſe der zu ſichernden neuen Freiheit, mit einem kräftigen Rucke ergriffen hätte, vermehrten das Unheil. Die energieloſe, ſchwankende Haltung des Miniſteriums Camphauſen ſteigerte bei der niedern Bevölkerung und bei der Straßendemagogie der Hauptſtadt die Selbſtüberſchätzung ihrer Kraft und Bedeutung bis zur Frechheit. Ueberhaupt aber konnte es nicht fehlen, daß auch in dieſem Bereiche die Fäulniß, welche das alte Staatsweſen ergriffen hatte, in ihrer widerwärtigſten Geſtalt zu Tage trat. Aber ſie beſtärkte den hiſtoriſchen Betrachter nur in dem Glauben an die Nothwendigkeit eines fortgeſetzten Kampfes gegen ein Syſtem und gegen Zuſtände, welche dieſen Schaden hatten zeitigen können. That doch Hanſemann zwei Jahre ſpäter ſelbſt das Geſtändniß: es ſei der Fluch des untergegangenen verderblichen Syſtems, daß es den Karakter des Volks verdorben habe, und daß die politiſche Bildung nun erſt durch die bitterſten Erfahrungen gewonnen werden müſſe *).

*) Hanſemann, die Preußiſche und Deutſche Verfaſſung (Berlin 1850) S. 88.

Nach der Lehre der neuen Demagogie war an die Stelle des gestürzten Aberglaubens an die absolute Monarchie von Gottes Gnaden der Glaube an ein anderes Wesen getreten, welcher sich nicht minder als ein Aberglaube bewährte: der Glaube an das allein tugendhafte, tapfere, einsichtsvolle, aller Freiheit würdige und darum souveraine Volk. Wer zum Volke gehöre, war schwerer zu sagen, als wer nicht dazu gehöre. König, Adel, Beamte, das Heer wie es war, die Bourgeoisie, d. h. die besitzende Klasse und jede Aristokratie der Bildung, der Kenntnisse und Wissenschaft schienen nach der neuen Lehre der Volksredner so ziemlich davon ausgeschlossen. Sah man genauer zu, so ergab sich das sehr überraschende Resultat, daß dies souveraine Volk der neuen Demagogen ohngefähr auf dasjenige Volk hinauslief, an welches ein Jahr zuvor das absolute Königthum durch den Mund Friedrich Wilhelm IV. in jener berühmten Thronrede des weißen Saales, gegenüber den vernünftigen Kundgebungen eines politischen Volkswillens durch ständische Versammlungen und Corporationen, durch die Presse und durch Adressen, durch die Forderungen der Intelligenz und Bildung des Jahrhunderts, appellirt hatte: auf die nothleidenden Proletarier *). In ähnlicher Weise hatte

*) Die betreffenden Worte jener Thronrede lauteten: „Darum

ſpäter der deutſche Umritt des Königs den Demagogen das Vorbild für ihre Straßendemonſtrationen gegeben.

Indeſſen war nach jener letzten traurigen Kundgebung des ſouverainen Volkswillens in dem berüchtigten Zeughauseinbruche eine merkliche Ebbe der Maſſenbewegung eingetreten. Das Miniſterium der That fand auch in dieſer Hinſicht geebneteren Boden, als ſein Vorgänger. Nicht einmal eine nennens-

---

hören Sie es, edle Herren und getreue Stände, und möge es das ganze Land durch Sie erfahren: Von allen Unwürdigkeiten, denen ich und mein Regiment ſeit ſieben Jahren ausgeſetzt geweſen, appellire ich an mein Volk. Von allen ſchnöden Erfahrungen, die mir vielleicht noch vorbehalten ſind, appellire ich im Voraus an mein Volk. — — Wiſſen Sie aber, meine Herren, ich leſe die Geſinnungen des Volks nicht in den grünen Pforten und im Jubelruf des Feſtes, noch weniger im Lob oder Tadel der Preſſe, oder gar in den bedenklichen, zuweilen verbrecheriſchen Forderungen gewiſſer Adreſſen, wie ſie wohl an Thron und Stände gelangen. Ich habe ſie aber mit meinen Augen geleſen in dem rührenden Dank der Menſchen: für kaum verheißene, kaum begonnene Wohlthaten, hier wo Landſtriche unter Waſſer ſtanden, dort wo Menſchen kaum vom Hunger genaſen. — Da iſt Wahrheit, — und in meinen Worten iſt Wahrheit, wenn ich ſage: das Volk iſt ein herrliches Volk, — und Sie werden mich verſtehen, wenn ich Sie in dieſer großen Stunde auf das eindringlichſte auffordere: zeigen Sie ſich dieſes Volkes werth!“ — Freilich hieß es in derſelben Thronrede auch: daß der König, allein ſeinem Gewiſſen folgend, ſich auch darüber beruhigen werde, „wenn ihm auch der Dank ſeines Volks nimmer zu Theil werden ſollte“.

werthe Demonstration fand seitdem Statt, und die Feier des 6. August durch Studenten und Klubbs, bei der man anfangs die Absicht gehabt hatte, den deutschen Umritt des Königs parodirend zu wiederholen, ging in bester Ordnung vor sich. Die Hauptstadt war bereits nach und nach wieder mit starken militärischen Streitkräften versehen worden, völlig ausreichend, um im Verein mit einer überwiegend konservativ gesinnten, für Ruhe und Ordnung fast allzu eifrigen Bürgerwehr jeden Versuch selbst einer bewaffneten und planmäßig organisirten Emeute niederzuhalten. Von einer solchen aber zeigte sich im Verlaufe der ganzen Zeit bis zur Auflösung der Nationalversammlung nirgends eine Spur. Eine starke Polizeimannschaft war ohnehin von der Nationalversammlung zugestanden. Man begegnete fast auf jedem Schritte durch die Straßen der Hauptstadt einem „Schutzmann". Zwar war die neu errichtete Polizei, weil jeder gesetzlichen Grundlage entbehrend, ohne Würde und Ansehen bei dem Volke, und ihr Verhalten bei an sich unbedeutenden Vorkommnissen oft herausfordernd und erbitternd. Dennoch stellte sich die Thatsache heraus, daß außer einem einzigen, bald näher zu erwähnenden Krawalle, während der ganzen Dauer des Ministeriums Hansemann-Auerswald keine der Rede werthen Unruhen in der Hauptstadt vorfielen. Die vorkommenden

Unordnungen beſchränkten ſich auf vereinzelte Raufereien wegen der preußiſchen und deutſchen Farben, in welchen die Gegenſätze zwiſchen dem reaktionairen Altpreußenthum und der deutſchen Partei auch in dieſen niedern Regionen, herausgefordert und herausfordernd, zu Tage traten; auf Händel mit den neuen Konſtablern, „den Schmetterlingen des neuen Völkerfrühlings“, wie der Volkswitz dieſelben getauft hatte, und auf einzelne Reibungen zwiſchen Soldaten und Bürgerwehrmännern. Daneben ſchimpfte man über die Vergitterung der Schloßportale durch eiſerne Thore, verſpottete das neue, allerdings in manchen Punkten wenig volksthümliche Bürgerwehrgeſetz, und regte ſich auf an ſtets erneuten Gerüchten von einer drohenden Reaktion, welche, wie allgemein die Sage ging, an einem gewiſſen Tage mit einem großen Hauptſchlage loszubrechen, die Bürgerwehr aufzulöſen, die Klubbs und Vereine zu ſchließen, und die Nationalverſammlung mit Waffengewalt zu ſprengen beabſichtige. Wer in jenen Tagen in Berlin lebte, konnte Tag und Stunde ſolcher Unternehmung bezeichnen und allerlei äußere Anzeichen zur Bewährung ſolcher Gerüchte anführen hören. Man lachte damals vielfach über den Glauben an die Möglichkeit ſolcher Dinge. Und doch war der Volksinſtinkt in ſeiner Furcht vor der Reaktion nur dem Vogel zu vergleichen, der den Blick der Schlange

fühlt, von dem gebannt er dem Feinde in den aufgesperrten Rachen läuft. Die Erfahrung hat später bewiesen, daß eine Partei, die an solche Dinge schon damals nicht nur dachte, sondern auch ihre Ausführung langsam aber sicher vorbereitete, keineswegs nur im Reiche der Träume vorhanden war.

Zur Abwechselung kreuzten sich mit jenen Gerüchten andere von mehr reaktionairer Erfindung, berechnet auf Vermehrung des Schreckens bei der besitzenden Klasse, und auf die dadurch zunehmende Entfernung der Wohlhabenden und Reichen aus der Hauptstadt, deren Stimmung man auf alle Weise gegen die Revolution, als Ursache aller gegenwärtigen materiellen Uebel, zu bearbeiten suchte. Bald hieß es: Höllenmaschinen, gefüllte Handgranaten und Pläne zu einer allgemeinen Plünderung Berlins unter Mord und Brand, und Schreckensthaten aller Art, seien aufgefunden. Einmal wollte man wissen, daß in dem Lokale des Handwerkervereins nicht weniger als zwanzig Tonnen Pulver zu ähnlichen Zwecken bereit lägen. Die Bürgerwehr ward aufgeboten. Die Polizei untersuchte mitten in der Nacht das Haus vom Keller bis zum Dache in der gewaltthätigsten Weise, und fand — etwa hundert Patronen, welche von dem gelieferten Schießbedarf des Handwerkerbataillons übrig geblieben waren. Dennoch vermehrten dergleichen Gerüchte und Vor

gänge die Angſt und Beſorgniß der einen, während ſie die Erbitterung der andern gegen die Reaktion und ihre Polizeiübergriffe ſteigerten. Dazu nahm ein ſchmähliches Denunziantenweſen reißend überhand. Was vor Monaten in den Tagen höchſter Erregung geſprochen oder gethan worden war, ward jetzt hervorgeſucht, und trat als Majeſtätsbeleidigung oder Verſuch zur Erregung von Unzufriedenheit vor die Schranken des Gerichts, welches nach den Beſtimmungen der alten Geſetze, die für ganz andere Zuſtände gegeben waren, ohne Schwurgericht und Volksgeſchworne zu richten hatte *). Die Staatsanwälte Temme und Kirchmann wurden als zu nachſichtig ihrer Stellen entſetzt, während man ſie zugleich durch eine Verſetzung zu andern Stellen aus der Nationalverſammlung, wo ſie zur Linken gehörten, zu entfernen ſuchte.

Um dieſelbe Zeit trat in Berlin der in Frankfurt geſcheiterte Verſuch einer Centraliſation ſämmtlicher demokratiſcher Vereine hervor. Während die Abgeordneten von 67 konſtitutionellen Klubbs ihrerſeits einen konſtitutionellen Kongreß in der Preußiſchen Hauptſtadt abhielten, erließ das in Berlin niedergeſetzte demokratiſche Centralkomitée ſein „Manifeſt“ an das preußiſche und deutſche Volk.

---

*) S. National-Zeitung 1848, No. 135.

Dies Manifeſt ſtellte die „demokratiſche Republik“ als die „einzige für das deutſche Volk haltbare Verfaſſung“ an die Spitze. Die demokratiſche Republik ward als die Verfaſſung bezeichnet, „in welcher die Geſammtheit die Verantwortlichkeit übernehme für die Freiheit und Wohlfahrt des Einzelnen“. Die ſozialiſtiſche Färbung lag offen zu Tage. Der in Berlin niedergeſetzte Centralausſchuß ſollte die demokratiſch-republikaniſche Partei einigen und verſtärken, und eine Verbindung aller ihrer Glieder ins Leben rufen. Drei Zeitungen wurden als Organe des Ausſchuſſes bezeichnet.

Die Regierung, ſei es aus Klugheit oder aus ſchwankender Furcht, legte dem Unternehmen kein Hinderniß in den Weg. Sie gewährte dieſer Partei vielmehr ſtillſchweigend die geforderte Freiheit eines theoretiſchen Wirkens. In dieſem merkwürdigen Frühlinge und Sommer des Jahres 1848 hatte faſt kein Menſch mehr den richtigen Maßſtab weder für die Dinge noch für ſich ſelbſt behalten. Am wenigſten die ſehr kleine republikaniſche Partei, welche in Berlin und Preußen ihre Rechnung zu finden meinte. Die Sache nahm daher den naturnothwendigen Verlauf. Die gänzliche Unvorbereitung und Unreife der Menſchen und Zuſtände Norddeutſchlands für die Gedanken und Pläne einer kleinen Anzahl ſchwärmeriſcher Idealiſten, welche gleichſam einen

Thurm ohne Benutzung der Stufen zu ersteigen unternahmen *), die Verlassenheit einzelner begabter und edler Führer, wie Julius Fröbel, unter dem Trosse von kopflosen, kurzsichtigen und gedankenbaren Nachbetern, unter traurigem Gesindel aller Art, dem auch bezahlte Verräther und Spione nicht fehlten; die innere und äußere Schwäche, Zerrissenheit und Zerfahrniß der ganzen Partei trat bei der Fehlgeburt dieses demokratischen Kongresses als handgreifliche Niederlage der Partei zu Tage. Ihre eigenen Organe gaben diese Niederlage und die Täuschung ihrer Erwartungen zu. Daneben hatten aber diese offenbaren Versuche, republikanisch-sozialistische Theorien zur Geltung zu bringen, die öffentliche Meinung alamirt, die schwachen und schwankenden Freunde der neuen Ordnung der Dinge den Begünstigern einer „starken Regierung" zugewendet, und so für die Pläne der Reaktion das Feld bedeutend geebnet. Die moralische Niederlage der Ultrademo-

*) Ein demokratisch-republikanischer Redner rief einmal unter stürmischem Beifallsjubel den um ihn in Villa Colonna Versammelten die erhabenen Worte zu: „Seid kühn wie die Griechen, welche die Schiffe hinter sich verbrannten, um muthig in das freie Meer hinauszusteuern". In der That es giebt kein treffenderes Schlagwort für den Wahnwitz dieser demokratisch-republikanischen Bestrebungen in einer Zeit und einem Volke, das so eben erst die Schwelle öffentlichen Lebens betreten hatte.

kraten erhöhte den Muth aller Gegner der März-revolution. Jene unzeitigen Beſtrebungen waren, wenn auch kein Verbrechen gegen den beſtehenden Staat, doch um ſo gewiſſer ein Fehler, welcher zum Verbrechen wurde gegen die Sache der Freiheit. Die Reaktion verſtand es, dieſen Fehler zu benutzen.

Kapitel X.

Der 21. August und das Gesetz gegen die Volksversammlungen.

Wir haben bereits gesehen, daß Berlin im Ganzen während des Ministeriums Hansemann-Auerswald sich ruhig verhielt. Die einzige erhebliche Ausnahme bildete ein Exceß aufgeregter Volksmassen am 21. August gegen das Hotel des Ministerpräsidenten. Dieser Vorgang, welcher wegen der begleitenden Umstände und wegen seiner unmittelbaren Folgen nähere Betrachtung verdient, hing so zusammen.

In Charlottenburg hatte sich eine Anzahl Einwohner zur Gründung eines demokratischen Klubbs vereinigt. An dem Tage, wo derselbe zusammentreten sollte (20. August), drangen Haufen von Männern verschiedener Klassen in die Wohnungen der ersteren, unter denen sich auch der Schriftsteller Bruno Bauer befand, rissen sie unter starken Mißhandlungen auf die Straße, wo andere Genossen die brutalsten Gewaltthätigkeiten fortsetzten. Nur mit Mühe gelang es der Bürgerwehr das Leben der

Angegriffenen zu retten. Dieſe Vorfälle verurſachten in Berlin, wo man ſie allgemein reaktionairer Veranſtaltung zuſchrieb, große Aufregung und allgemeine Entrüſtung. Der Charlottenburger Magiſtrat beklagte die ſtattgefundenen Vergehen, ſchrieb ſie aber auf Rechnung eines irregeleiteten Enthuſiasmus für den König und das königliche Haus. Das Berliner Polizeipräſidium dagegen ſprach ſich in einer Bekanntmachung (22. Auguſt) energiſch gegen die begangenen Frevel aus, meldete die Verhaftung von ſechszehn Theilnehmern, und Niederſetzung einer Commiſſion zur Unterſuchung der verübten Gewaltthätigkeiten. In Berlin wurde eine Deputation an den Miniſter des Innern geſendet, welche ſtrenge Beſtrafung forderte. Plakate ſprachen eine Art Verrufserklärung über die Nachbarſtadt aus, während ſie zugleich empörende Einzelheiten der von den dortigen Royaliſten begangenen Gewaltthaten mittheilten. Eine Volksverſammlung ward berufen. Die Redner derſelben ſchilderten die Charlottenburger Vorfälle. Das Verfahren der Schutzmänner, die überhand nehmenden politiſchen Denunziationen und Verurtheilungen der Volkspartei, die Nachſicht der Behörden gegen reaktionaire Wühlereien wurden gleichfalls heftig beſprochen *). Man zog ſodann vor

*) S. Berliner Voſſiſche Zeitung vom 23. Auguſt.

das Haus des Miniſters Kühlwetter, um deſſen Abdankung zu verlangen, und beſchloß, als man den Miniſter nicht zu Hauſe fand, ſich zum Juſtizminiſter und zum Miniſterpräſidenten zu begeben. Der Erſtere trat dem Volkshaufen ruhig entgegen, und erwiederte auf das Geſchrei: das ſouveraine Volk verlange die Freilaſſung der politiſchen Gefangenen! „er kenne kein anderes ſouveraines Volk, als dasjenige, welches durch die Abgeordneten in der Nationalverſammlung ſeine Stimme abgebe“. Dies würdige Entgegentreten verfehlte ſeine Wirkung nicht. Der Volkshaufe zog, ohne irgend einen Unfug anzurichten, weiter zu dem Hotel des Miniſterpräſidenten, wo er, die Rückkehr einer an denſelben abgeſchickten Deputation erwartend, ſich ruhig verhielt. Plötzlich erſchienen auf der Rampe des Hotels einige zwanzig Schutzmänner. Schon das Erſcheinen der verhaßten neuen Polizei erregte heftigen Unwillen, der ſich alsbald durch Geſchrei und Steinwürfe kund gab. Als aber jetzt die Schutzmänner auf das Volk einhieben, erhob ſich ein erbitterter Kampf, begleitet von einem Akte wilder Zerſtörung. Man riß die Rampen des Hotels auf, zerbrach die Laternenpfähle und die eiſernen Stangen an den Geländern, und zerſchmetterte Thüren und Fenſter des Hotels des Miniſterpräſidenten. Die im Salon des Miniſters anweſende Geſellſchaft vom diplomatiſchen Corps

und vielen Deputirten verließ eiligst das Haus und flüchtete durch die Gärten. Endlich erschien ein Bataillon Bürgerwehr, zerstreute energisch die tumultuirende Masse, säuberte die anliegenden Straßen, und nahm ein Paar von dem erbitterten Volke aufgeworfene Barrikaden mit dem Bajonette. Dieser ganze Exceß war nicht vorbereitet. Er ward ganz eigentlich durch das Erscheinen und brutale Einschreiten der Schutzmänner hervorgerufen. Das Verhalten des Volks bei den Demonstrationen gegen die Minister Kühlwetter und Märker lieferte dafür den augenscheinlichsten Beweis.

Dennoch wurde der beklagenswerthe Vorfall von der Reaktion auf das beste ausgebeutet. Zunächst als Beweis gegen die Tüchtigkeit der Bürgerwehr zur Verhinderung solcher Scenen. Man vergaß dabei, daß die vortrefflich organisirte Polizei mit ihren zahlreichen Mitteln nicht die geringsten Vorkehrungen getroffen, daß sie das Hotel ihres eigenen Ministers völlig schutzlos gelassen hatte. Das Geschrei der Reaktion, daß eine solche Zerstörung trotz des Instituts der Bürgerwehr möglich gewesen, war unermeßlich. Die Bürgerwehr Berlins, die, wie wir im nächsten Buche sehen werden, während der ganzen Zeit ihres Bestehens durch ihre hingebende Thätigkeit sich den gerechtesten Anspruch auf ehrende Anerkennung erworben hat, wurde, wie überall so

auch hier, von der Reaktion zum Sündenbock gemacht. Die Schreier schienen dabei völlig vergessen zu haben, daß selbst in der gesegneten Zeit der alten Ruhe und Ordnung, im April des Jahres 1847, zwei Tage lang alle nicht mit Militair besetzten Bäcker- und Fleischerladen der Hauptstadt demolirt, ja ausgeplündert worden waren. Ebenso wurden im März des Jahres 1849, nachdem die rettende That bereits die alte Ruhe und Ordnung zurückgeführt hatte, dennoch mitten im Belagerungszustande in zwei Straßen die Wachthäuser der Schutzmänner vom Volke demolirt.

Nächst der Herabsetzung der Bürgerwehr in der öffentlichen Meinung war der zweite Vortheil, welchen man aus diesem Exceß zu ziehen wußte, noch augenfälliger. Schon am nächsten Tage trat das Ministerium mit einem Gesetzentwurfe gegen unerlaubte Volksversammlungen hervor, und forderte für dieses Gelegenheits- und Ausnahme-Gesetz augenblickliche Berathung unter dem frischen Eindrucke jenes isolirten Ereignisses. Die Versammlung zeigte sich besonnener. Sie beschloß mit großer Majorität, die Berathung auf einige Tage auszusetzen. Das Gesetz beruhte wesentlich auf den Vorbauungsmitteln des alten Polizeistaats. Es gab der Polizei wieder das Recht, unter gewissen Verhältnissen, noch ehe irgend eine Gesetzüber-

tretung Statt fand, Volksverſammlungen zu verbieten. Es ertheilte jedem Polizeiagenten unter dem Titel eines zuſtändigen Beamten, die Befugniß, nach eigenem Gutdünken und Ermeſſen gegen Volksverſammlungen einzuſchreiten. Die gemäßigteſten Mitglieder der Nationalverſammlung ſahen in dem Entwurfe eine gefährliche Beſchränkung der Errungenſchaften der Märzrevolution, und eine geringe Gewähr für die öffentliche Ruhe und Ordnung, ſo lange nicht die Gründe der Unzufriedenheit und des Mißvergnügens ſelbſt beſeitigt würden. Die Preſſe endlich ſprach es offen aus: ſo lange die politiſchen Unterſuchungen ſich täglich vermehrten, ſo lange die dabei in Anwendung kommenden alten Strafgeſetze für Zuſtände Geltung behielten, für welche ſie ſo wenig mehr paßten, wie die Hexenproceßgeſetze für die Kultur des 19. Jahrhunderts, ſo lange Geſchwornengerichte, die Gewähr der Freiheit, fehlten, ſo lange würden alle Aufruhrgeſetze unzureichend ſein, Ordnung, Ruhe und Sicherheit herzuſtellen.

Dennoch ward von der Nationalverſammlung auch bei dieſer Gelegenheit dem Miniſterium keine Niederlage bereitet. Die Dringlichkeit ward mit großer Stimmenmehrheit angenommen, und der Centralabtheilung (24. Auguſt) die ſchleunigſte Berathung des Geſetzes anempfohlen.

Kapitel XI.

Das Miniſterium und die Kamarilla.

Die Preußiſchen Zuſtände boten unter dem Miniſterium Hanſemann=Auerswald, wie unter ſeinem Vorgänger, fort und fort das Bild eines ſchneidenden Widerſpruches. Hier eine, Verfaſſung= und Geſetze gebende, Gewalt auf einer durchaus demokratiſch=revolutionairen Grundlage; dort eine ſtabile unveränderte Executive, ausgeſtattet mit den alten Strafgeſetzen und Gerichten, mit dem ganzen Verwaltungsrüſtzeug des Abſolutismus, geſtärkt durch ein neues, auf dem Verwaltungswege begründetes Polizeiinſtitut. Ein Schutz der perſönlichen Freiheit des Staatsbürgers gegen die wachſenden Uebergriffe der Polizei erſchien als unabweisbare Nothwendigkeit. Die Nationalverſammlung beſchloß mit großer Majorität (214 gegen 159 Stimmen) auf Waldecks Antrag die Berathung einer Habeas=Corpus=Akte. Die Commiſſion beſtand überwiegend aus Mitgliedern der miniſteriellen Rechten. Das Geſetz ward beſchloſſen. Aber weder für dieſen Beſchluß, noch für einen

zweiten, der die Aufhebung der Todesstrafe mit großer Stimmenmehrheit *), den Justizminister Märker an der Spitze, durchsetzte, wußte das Ministerium die königliche Sanktion zu verschaffen. Und während die Vertreter der Nation für den Schutz der persönlichen Freiheit durch jenen ersten Beschluß Sorge trugen, wurde dieselbe unter ihren Augen täglich aufs Neue von der Polizeiwillkür verletzt.

In Potsdam wuchs unterdessen von Tage zu Tage der Groll gegen die Nationalversammlung, deren Verfassungskommission sogar Anstalt machte, den König von Preußen in einen König der Preußen zu verwandeln, und das altehrwürdige „von Gottes Gnaden" aus dem königlichen Titel auszutilgen. Daß man dort, wenn man es je gewesen, jetzt wenigstens nicht mehr Willens sei, eine von dieser Versammlung berathene Verfassung hinzunehmen, war keinem Tieferblickenden ein Geheimniß. Selbst das Ministerium Hansemann-Auerswald, so gefügig es sich auch bewiesen hatte, erfreute sich in Potsdam keineswegs weder eines ungemischten Beifalls, noch irgend eines intimen Vertrauens. Zwar hatte es bisher bereitwillig den Schirm abgegeben, hinter welchem

*) Für Abschaffung der Todesstrafe 294 gegen 37. Für Abschaffung derselben bei den Verbrechen des Hochverraths 318 gegen 28 Stimmen. Für Beibehaltung derselben in Kriegszeiten 165 gegen 160 Stimmen.

von Potsdam aus die Politik im reaktionairen Sinne gemacht wurde. Namentlich waren die auswärtigen Angelegenheiten, welche damals den innern an Wichtigkeit faſt voranſtanden, ſchon lange nicht ſowohl aus dem Hotel der Wilhelmsſtraße von Berlin, als vielmehr aus einem der Schlöſſer von Potsdam geleitet worden. Zwar hatte Hanſemann mit den Schreckmitteln der „Anarchie“ und der Kabinetsfragen faſt immer glücklich die Majorität dem Miniſterium geſichert. Er hatte ſich nicht geſcheut, gegenüber einer Verſammlung, die berufen war nach freier Ueberzeugung, den Bedürfniſſen des Volks gemäß, nicht nach dem Wunſche eines Miniſteriums, die Verfaſſung des Landes hinzuſtellen, die Intereſſen der Krone überall in den Vordergrund zu rücken. Selbſt die äußerſte Reaktionspartei mußte ihm ſpäter nachrühmen, daß er die Rechte und Intereſſen der Krone in keinem weſentlichen Punkte antaſten laſſen *). Wie viel Dank überdies die Krone dem Finanzminiſter ſchuldete, werden vielleicht erſt ſpätere Zeiten vollkommen aufklären. Er ſelbſt rühmte ſich ſpäter: daß er den folgenden Finanzminiſtern die Mittel hinterlaſſen habe, durch welche der Staat in den Stand geſetzt worden ſei, ſeine militairiſche Macht zur Stärkung nach

*) Signatura temporis S. 57, S. 59.

Innen und Außen im vollen Maße zu entwickeln (die Preußiſche und Deutſche Verfaſſung, S. 104). Den Geburtsadel haſſend, den Geldadel verehrend, gleichgültig gegen den Geiſtesadel, von den Grundſätzen und der Handhabung des Konſtitutionalismus im Sinne Louis Philipps durchdrungen, vor allem die „Ruhe und Ordnung“ liebend, wie ſie merkantiliſche Unternehmungen bedürfen, in ſeiner beſondern Auffaſſung der deutſchen Verhältniſſe, mehr Preuße als Deutſcher, und bei dem Einfluſſe, den der belgiſche Geſandte Rothomb auf ihn übte, Friedenspolitiker um jeden Preis — haßte Hanſemann alle Ideen der Märzrevolution von demokratiſcher Färbung. Vor allen die, welche die Gleichberechtigung der Bürger, die wahrhafte Einheit Deutſchlands und eine kräftige oder gar kriegeriſche Politik nach Außen forderten. Dazu war er nicht unempfindlich für intime Beweiſe höchſter perſönlicher Huld und gnädigen Vertrauens, wie ſie die Erkenntniß hervorgerufen hatte, in einem Manne, den man bisher als Gegner betrachtet, einen treuen Freund zu ſehen.

Aber dennoch blieben zweierlei Mißſtände, welche ihn unfähig machten, das vollſtändig zu ſein oder zu werden, was man in Potsdam von einem „Miniſterium der That“ verlangte. Einmal ſeine demokratiſchen Steuerreformen, die den grundbeſitzenden Adel mit immer ſteigender Erbitterung erfüllten,

während zugleich seine Pläne zur Veränderung des Beamtenwesens ihm den Haß der gesammten niedern Bureaukratie über den Hals zogen. Noch bedeutender war der zweite Uebelstand. Hansemann, der zwar sein Ministerium als ein Ministerium der That proklamirt hatte, war doch damals wenigstens noch nicht geneigt, ein Ministerium der „rettenden That" in dem später historisch gewordenen Sinne dieses Worts daraus zu machen. Als dies zu Tage trat, ließ man ihn fallen. Und zwar in eine Grube, die er sich selbst gegraben hatte, als er die Grundsteuerreformen vorlegte, ohne sich durch kräftiges Anfassen der Kommunalgesetzgebung das Terrain gesichert zu haben.

Wenn Hansemann die Volkspartei — bis zu einem gewissen Punkte — im Einverständnisse mit Potsdam getäuscht hatte, so wurde er in den weiteren Plänen der reaktionairen Kamarilla selbst wieder von der letzteren getäuscht.

Die Kamarilla bestand zur Zeit des Hansemann-Auerswald'schen Ministeriums aus denselben Personen, welche schon vor der Märzrevolution dazu gehört hatten. Diese Leute hatten zum Theil selbst in den Stürmen der Märztage treu auf ihrem Posten ausgeharrt. Noch während der Tage vom 18. bis 22. März hatten sich Mitglieder der Thile-Gerlach'schen Partei heimlich im Berliner Schlosse

aufgehalten, die dem Miniſterium Arnim-Boitzenburg ſein Auftreten erſchwerten, indem mit ihnen jedesmal vor- oder nachberathen ward, was zwiſchen dem Könige und den Miniſtern verhandelt wurde. Auf das energiſche Dringen Arnims und Schwerins verließen dieſe Leute erſt am 22. März das Schloß, nachdem ihr noch am 21. gegebener Rath: zu fliehen und ſich außerhalb Berlins an die Spitze des Heeres zu ſtellen, an den Vorſtellungen Schwerins und Arnims geſcheitert war. Camphauſen, dem Unſtern der Preußiſchen Märzrevolution, war es vorbehalten, die Kamarilla dem Könige und dieſen der Kamarilla wiederzugeben. Sein Gedanke war es, der unter dem konſtitutionellen Vorwande: den König den Parteien zu entziehen, ihn nach Potsdam führte. Seit dieſer Zeit geſchah kein Akt der innern und äußern Politik, bei dem nicht die ſpäter ſogenannte Gerlach'ſche Partei im geheimſten Rathe thätig geweſen wäre. Hanſemann war bei aller Klugheit nicht klug genug, das hier getriebene Werk zu durchſchauen. Ihm war auch wohl die Bezeichnung unbekannt, mit welcher man in gewiſſen Kreiſen das Miniſterium der That in die vier Kategorien von Leuten comme il faut, ehrlichen Bourgeois, Schelmen und Halbſchelmen gruppirte. Die Kamarilla ihrerſeits drängte unausgeſetzt zur Verletzung der Achtung, zu Feindſeligkeiten, ſelbſt zu Gewalt-

maßregeln gegen die Nationalverſammlung. Die eigentliche Reaktionspartei ſchied ſich in zwei Fraktionen. Vor der Märzrevolution die erbittertſten Gegner, ſtanden ſich beide auch nach derſelben noch eine Zeitlang feindſelig gegenüber, weil jede von ihnen die Schuld des Geſchehenen der anderen beimaß. Die eine kann man als die pietiſtiſch-ariſtokratiſche, die andere als die ariſtokratiſch-rationaliſtiſche — im Sinne der erſtern gottloſe — bezeichnen. Auf Seiten der erſteren ſtand der König mit der Gerlach-Thile'ſchen Partei; auf Seiten der letzteren, ſich gruppirend um den Prinzen von Preußen, die Manteuffel und der größere Theil des Grundadels. Die Feindſchaft beider Parteien hatte früher beſonders zur Zeit der Einrichtung der Conſiſtorien ihre Höhe erreicht. Das Unglück des Jahres 1848 vereinigte beide Fraktionen, und nicht bloß äußerlich wegen eines gemeinſamen Feindes. Auch innerlich erfolgte eine Bekehrung der ariſtokratiſch gottloſen Partei. Viele ihrer Mitglieder wurden ſeitdem „fromm", und nahmen den kirchlichen Aberglauben auf unter die Mittel der Herrſchaft über das Volk.

Keiner von beiden Parteien konnte Hanſemann genehm ſein, ſo bald er nicht mehr als Werkzeug der Reaktion ſich brauchen ließ. Für die excluſivchriſtliche Adelspartei war ſeine religiöſe Indifferenz,

für die andere die politiſche Ketzerei ſeiner Steuerreformen, für beide ſeine bürgerliche Formloſigkeit Gegenſtand des Widerwillens und des Haſſes. Als man einſah, daß das Miniſterium nicht weiter zu gebrauchen ſei, mußte man verſuchen, ſich ſeiner zu entledigen.

Und es gelang.

Kapitel XII.

Der Sturz des Miniſteriums Hanſemann-Auerswald.

Am 4. Auguſt war die Kunde nach Berlin gelangt, daß Tags zuvor in Schweidnitz blutige Auftritte Statt gefunden. Unverantwortliche Verachtung der dem Geſetze ſchuldigen Rückſicht von Seiten des Militairs hatte das blutige Unheil angerichtet. Das ergab der Bericht des Oberpräſidenten der Provinz Schleſien, welchen der Miniſter des Innern in der Nationalverſammlung mittheilte. Ein Verbot des Kommandanten der Feſtung, die Bürgerwehr durch Hornſignale zuſammenzurufen, hatte Erbitterung im Volke hervorgebracht, welche ſich durch eine Katzenmuſik entlud. Steinwürfe zertrümmerten die Fenſter im Hauſe des Feſtungskommandanten. Die Bürgerwehr erſchien auf das Zeichen des Alarms. Eine Kompagnie Linieninfanterie hatte indeß den Platz vor der Wohnung geſäubert, und die letztere bereits geſichert, als eine zweite Compagnie auf dem Platze erſchien, und 102 Schüſſe abfeuerte, durch welche vierzehn Männer der Bürgerwehr, welche ſich auf

das mit Glocken gegebene Alarmzeichen zur Herstellung der Ordnung eingefunden hatte, todt oder schwer verwundet niedergestreckt wurden.

Die erste vorläufige Mittheilung dieses Vorfalls durch den Ministerpräsidenten war begleitet von dem Zusatze: von Seiten der Behörde sei geschehen, was das Gesetz verordne. Er enthalte sich aller weitern Aeußerungen, die Gesetze würden ihren Lauf haben.

Die Nationalversammlung nahm diese Mittheilung mit tiefem Schweigen auf. Der erste Schritt des gesetzlichen Laufs war, daß der kommandirende Oberst, Rolla du Rosay, mit vollem Gehalt zur Disposition gestellt wurde. Die Nationalversammlung beschloß (8. August) auf den Antrag des Abgeordneten Stein mit 201 gegen 165 Stimmen die Ernennung einer eigenen Kommission, welche berechtigt sein sollte, an Ort und Stelle selbst den Thatbestand aufzunehmen und die Ursachen der blutigen Ereignisse zu ermitteln. Noch am Abende zuvor hatten sich Mitglieder der Centren gegen eine solche Maßregel ausgesprochen. Sie setzten voraus, daß in einem so eclatanten Falle die Regierung selbst alle möglichen Aufklärungen geben und energisch einschreiten werde, aber, wie später der wackere Unruh gestand: „man täuschte sich leider!“ *)

*) S. v. Unruh a. a. O. S. 54.

Veranlassung zum Feuern sollte ein auf das Militair gerichteter Schuß gewesen sein. Allein der Bericht des Oberpräsidenten selbst ergab, daß dieser Schuß, von welchem ein Füselier verwundet worden, nach dem Gutachten des Arztes von dem losgehenden Gewehr eines Neben- oder Hintermannes herrühren mußte*). Es war dies um so erklärlicher, als die feuernde Kompagnie, nachdem sie bereits vorher in einer Nebengasse, ungesehn von den auf dem Platze Anwesenden, ihre Gewehre geladen, mit gespanntem Hahn zur Attaque vorgegangen war. Keine der Warnungen, welche selbst das alte strenge Gesetz über das Einschreiten des Militairs vorschrieb, war vorausgegangen. Nicht öffentlich, wie dasselbe Gesetz befahl, vor der versammelten Menge, waren die Gewehre geladen worden. So berichteten amtliche Angaben. Nur der Kommandant war darauf aus Schweidnitz entfernt. Der Offizier, welcher den Befehl zum Feuern gegeben, war nicht einmal suspendirt worden; die Compagnie in Schweidnitz verblieben. In England würde ein Offizier, der in gleicher Weise das Gesetz überschritten, dem Strange verfallen sein.

---

*) Dennoch behaupteten noch im Jahre 1849 reaktionaire Darstellungen, wie die „Deutsche Chronik für das Jahr 1848" (Berlin, Heim 1849) S. 77: „es sei auf die Soldaten geschossen worden".

Das natürliche Rechtsgefühl der Nationalverſammlung ward empört durch das ſchlaffe Benehmen der Behörden und durch die matten Erklärungen der Miniſter. Eine Petition der Stadt Schweidnitz hatte Genugthuung verlangt für das ſchreiende Unrecht. Die Ernennung der Commiſſion ging durch. Ebenſo mit großer Majorität der Stein'ſche Antrag: „Der Kriegsminiſter möge in einem Erlaſſe an die Armee ſich dahin ausſprechen, daß die Offiziere allen reaktionairen Beſtrebungen fern bleiben, Conflikte jeder Art mit dem Civil vermeiden und durch Annäherung an die Bürger zeigen möchten, daß ſie mit Aufrichtigkeit und Hingebung an der Verwirklichung eines conſtitutionellen Rechtszuſtandes mitwirken wollen.“

Auch auf den Miniſtern ſchien die Wucht der Thatſachen ſchwer zu laſten. Sie wagten keine parlamentariſche Bekämpfung des Antrags. Nur der Kriegsminiſter bemerkte: „Erlaſſe und Inſtruktionen ſeien weniger geeignet, ein richtiges Verfahren herbeizuführen, als wenn von Oben herab und von denen es zuſtändig eingeſchritten werde.“ Die Miniſter ſchwiegen auch, als das Schulze'ſche Zuſatzamendement geſtellt wurde, welches denjenigen Offizieren, mit deren politiſcher Ueberzeugung ein Verhalten, wie es der obige Beſchluß fordere, nicht vereinbar ſei, „zur Ehrenpflicht machte, aus der Armee auszu-

ſcheiden". Mit 180 gegen 179 Stimmen ward dieſer Zuſatz zum Beſchluß erhoben. Hanſemann, ſonſt ſtets mit Kabinetsfragen bei der Hand — aus dieſer machte er keine. Selbſt der Kriegsminiſter verblieb ſtumm, und „die zahlreichen Verehrer des General Roth von Schreckenſtein empfanden es noch ein Jahr ſpäter mit Schmerz, daß auch er bei einem ſolchen Attentate gegen ſeine Waffenbrüder geſchwiegen hatte" *).

Offenbar hatte ſich die Verſammlung mit dem letzten Theile des Beſchluſſes übereilt. Der ſehr unparlamentariſche Proteſt von einer Anzahl Mitglieder der Rechten und des Centrums gegen denſelben, welcher das Anſehen und die Geltung eines Majoritätsbeſchluſſes und damit das Lebensprincip der Verſammlung antaſtete, konnte doch dafür als eine Warnung gelten **). Auch ward von vielen Seiten, ſelbſt von den Antragſtellern, erklärt, daß man eine wörtliche Ausführung des Beſchluſſes nicht verlange, daß man vielmehr dem Kriegsminiſter in der Faſſung ſeines Armeebefehls freie Hand laſſen wolle. Hatten doch einige Wochen vorher die Mi-

*) Deutſche Chronik des Jahres 1848, S. 80.

**) Unter den 134 Proteſtirenden befanden ſich etwa zwei Drittheil Beamte, unter ihnen die Abgeordneten Baumſtark, Sydow, Jonas, Jungbluth, Bompbſand u. a.

niſter der Finanzen und des Innern ſich genöthigt geſehen, an das ſtehende Heer der Verwaltungsbeamten durch die Regierungspräſidenten eine ganz ähnliche Verwarnung ergehen zu laſſen, in welcher die ſofortige Entlaſſung von Beamten, namentlich von Landräthen, welche reaktionairen Tendenzen Vorſchub leiſten ſollten, angedroht wurde. Die überall hervortretende feindſelige Haltung des Militairs, beſonders der Offiziere, der eigentlichen Berufsſoldaten, deren Stellung in einem wahrhaft konſtitutionellen Staat ein Staatsamt iſt, machte es dringend nothwendig, Schritte zu thun, um den thatſächlich beſtehenden ſchroffen Gegenſatz zwiſchen Heer und Volk auszugleichen. Nur zu einem ſolchen Schritte wollte die Nationalverſammlung den Miniſter durch ihren Beſchluß auffordern. Das war der Sinn des Antrags. Ueber die unpaſſende Formulirung deſſelben hinwegzukommen, wäre für das Miniſterium leicht geweſen, „wenn es den Willen dazu, und neben dem Willen freie Hand gehabt hätte“ *). Denn ſelbſt jetzt noch beabſichtigte die Majorität der Nationalverſammlung keineswegs den Sturz des Miniſteriums über dieſe Frage. Auch das Miniſterium ſchien an einen ſolchen nicht zu denken. Es hätte ſonſt ſchon an dieſem Tage abtreten müſſen.

*) Unruh, a. a. O. S. 57.

Der Gedanke lag nahe, daß es auf eine Bestimmung seines Handelns von außenher wartete.

Sie blieb nicht aus. Doch vergingen darüber beinahe vier Wochen. Im Laufe derselben war man in Potsdam zu der Ueberzeugung gekommen: „der Mohr habe seine Dienste gethan, und könne gehen.“

Der vierte September kam heran. In Berlin verhehlte sich Niemand, daß bei dieser Frage die Preußische Revolution an einem Wendepunkte angelangt sei. Das Verhältniß des „Militairs“ zum „Civil“, das sich so eben zur Kabinetsfrage gestaltete, war zugleich der Punkt, an welchen sich die Entscheidung über die deutsche Centralgewalt so wie die Entscheidung über die nächste Entwicklung Preußens zu knüpfen schien. Preußen, das sich einst mit Recht des volksthümlichsten Heerwesens in Europa rühmen durfte, hatte dennoch — kein Einsichtiger konnte es leugnen — innerhalb desselben einen durchaus unvolksthümlichen Militairgeist aufgepflegt. Dreiunddreißig Jahre bewußter Reaktion gegen den freien Gedanken Scharnhorst's hatten in der überwiegenden Mehrzahl der Offizierkorps jenen aristokratisch-absolutistischen Geist groß genährt, der sich und die Armee als den Wächter und das letzte Bollwerk des absoluten Königthums betrachtete. Jener preußische General (von Tietzen-Henning), welcher noch im Jahre 1847 seinen Offizieren zurief:

„Unſer Stand, meine Herren, iſt eine Abnormität!“ ſprach unbewußt ein großes Wort gelaſſen aus. In der That, ſchon vor der Revolution war der Geiſt dieſes Standes, den der Freiherr von Vincke auf dem erſten Vereinigten Landtage daran erinnern mußte, daß er „kein Stand ſei, ſondern ein Beruf“ — zu einer Abnormität geworden im Gegenſatze zu dem Geiſte des freien Bürgerthums, der, getragen von der Bildung des Jahrhunderts, die Flügel zu regen begonnen hatte. Er wurde es vollſtändig in dem Preußen des Jahres 1848. Das Manifeſt des Oberſten von Griesheim hatte gezeigt, daß das Heer, d. h. das Offizierkorps des preußiſchen Heeres, in der deutſchen Frage eine entſchieden feindliche Stellung gegen Frankfurt und die dort angeſtrebte deutſche Einheit genommen hatte. Wie die Mehrzahl der preußiſchen, namentlich der höheren Offiziere, über die von dem Miniſterium der That anerkannte und geprieſene Märzrevolution dachte, war weder in Preußen noch in Deutſchland ein Geheimniß. Daß ſie die Folgen derſelben: Nationalverſammlung, konſtitutionelle Verfaſſung auf breiteſter Grundlage, Rechtsgleichheit aller Staatsbürger, zu allen Teufeln wünſchten, und eine Zurückführung der Dinge auf den alten Zuſtand, wo möglich auf den Zuſtand vor dem Jahre 1840, heiß erſehnten, konnte ſchwerlich Jemand in Abrede ſtellen. Hatte

doch der Kriegsminiſter das Vorhandenſein reaktionairer Geſinnungen im Heere ſelbſt zugegeben. Sie lagen freilich handgreiflich genug zu Tage. War doch die Armee laut vor aller Welt die einzige noch aufrechtſtehende Säule genannt worden, an welcher ſich der Bau der Zukunft aufrichten werde, wie ſie auch jetzt den letzten Reſt der Ordnung trage. Der Kriegsmann, der alſo geſprochen, ſaß unter den Räthen der Krone. Auch konnte man ohne Wunderglauben nicht verlangen, daß ein Stand, den jenes alte Syſtem überall als den erſten im Staate hin- und vorangeſtellt, den es in aller Weiſe bevorzugt, und dem es dieſe Bevorzugung auf jede Art durch Ehre und Vortheil anſchaulich gemacht, ein Stand, in welchem trotz der demokratiſchen Heerverfaſſung die Privilegien der Ariſtokratie durch die mannigfachſten Abſonderungen und Begünſtigungen gehegt und gepflegt worden waren — daß dieſer Stand mit günſtigen Augen eine Wandlung der Dinge anſehen ſollte, welche über kurz oder lang ſeine bisherige Stellung weſentlich zu verändern, ihn ſolcher genoſſenen Bevorzugung vielfach zu berauben drohte. Der Preußiſche Offizier hatte ſich bisher grundſätzlich und inſtruktionsmäßig nicht um Politik bekümmert. Seine politiſche Anſicht, die, welche ihm zu hegen und auszuſprechen der abſolutiſtiſche Militairgeiſt allein geſtattete, war die ſeines Königs und

Kriegsherrn, deſſen „Rock“ er trug. Dieſer König hatte feierlich vor aller Welt erklärt: keine Macht der Erde ſolle ihn je bewegen es zu dulden, daß ſich ein Stück Papier, eine Conſtitution, eindränge zwiſchen den von Gott verordneten Herrſcher und ſein Preußenvolk. Daran hielt der Preußiſche Offizier alten, ächten Schlages. Dies, in voller Freiheit, auf der Höhe ungeſchwächter Vollgewalt geſprochene Wort ſeines Königs ſchnellte in ſeinem Bewußtſein alle ſpätern Verheißungen und Zugeſtändniſſe als „abgedrungen“ in die Luft. Der Preußiſche Offizier ward royaliſtiſcher als ſein König, weil er ſich freier und das Schwert der That an ſeiner Seite fühlte. Er blieb dem alten Königthume getreu, als ſein König von demſelben abfiel oder abzufallen ſchien. Kein Preußiſcher Offizier dieſer alten, ächten Art konnte, keiner wird den Rückzugsbefehl vom 19. März verſchmerzen bis zum letzten Athemzuge.

So war es, und — ſo mußte es ſein. Daß der Preußiſche Offizier im Ganzen hätte anders geſinnt ſein ſollen, ſtreitet wider die menſchliche Natur.

Dennoch war eine Verſöhnung zwiſchen ihm und der neuen Wendung der Dinge möglich, wenn auch nur eine allmälige. Zunächſt und vor Allem: der Preußiſche Offizier, ſo ſehr er auch die Revolution und ihre Folgen verwünſchen mochte, — an eine offene

Auflehnung wider dieſelbe, gegen den Willen ſeines Königs, dachte er nicht. Auch waren nicht alle Glieder dieſes Standes dem neuen Geiſte verſchloſſen. Gar manche der jüngeren Offiziere, unter ihnen die beſten Köpfe und edelſten Charaktere, huldigten offen, eine noch größere Anzahl insgeheim, der neuen Wendung der Dinge. Bei vielen andern war das eigene Intereſſe ein ſtarker Antrieb zum Verbleiben in der alten Stellung, ſelbſt wenn durch einen Erlaß des Kriegsminiſters der Forderung der Volksvertreter Folge geleiſtet wurde. Hatte doch ſelbſt jener Rückzug des 19. März aus Berlin, den die Garden als eine ſchwere Kränkung empfanden, nicht die anfangs geglaubten Folgen gehabt. Wohl nur wenige hatten „ihren Degen zerbrochen“, und den Dienſt verlaſſen, der ſie in ſolchen Schimpf gebracht. Nicht anders würde ſich die Sache auch jetzt geſtaltet haben. Die Disziplin war nicht untergraben worden durch die Worte, welche am 20. März der königliche Kriegsherr zu den Offizieren in Potsdam geſprochen hatte. Sie würde auch unverſehrt geblieben ſein, wenn das Miniſterium auf den Beſchluß der Nationalverſammlung eingegangen wäre.

Dazu aber ſchien nicht die geringſte Ausſicht. Vielmehr hüllte ſich das Miniſterium vier Wochen lang in den Schleier eines unverbrüchlichen Schweigens. Schon war eine Interpellation des Abge-

ordneten Stein über die Ausführung des Beschlusses vom 9. August angemeldet, und noch immer ward keine Vermittelung versucht. Selbst die vorzugsweise ministerielle Partei der Nationalversammlung war nicht unterrichtet, welche Erklärung das Ministerium zu geben, welche Schritte es zu thun beabsichtige. So ward die wichtigste und gefährlichste aller bisherigen Fragen vor die Versammlung gebracht, ohne Vorbereitung, ohne Sondirung der Parteien, vor eine Versammlung, die nur zuviel Grund erhalten hatte, gegen das Ministerium mißtrauisch auf ihrer Hut zu sein. Gerüchte, Warnungen vor einem drohenden Staatsstreiche vermehrten die gewitterschwüle Stimmung. Daß ein solcher Staatsstreich in Potsdam bereits beschlossen war, kam später zu Tage. Es handelte sich nur um die Zeit und die Männer der Ausführung. Daß man am Hofe entschlossen war, diesen „Eingriff der Nationalversammlung in die Executive nicht zu dulden", war ebenso ausgemacht, als daß man daselbst die Zeit ungeduldig herbeisehnte, wo man den Camphausen'schen „Schild" wegwerfen und statt seiner das Schwert zum Schutze des Königthums von Gottes Gnaden ziehen könne. Denn mehr und mehr gewann dort der Wahlspruch des kühnen Reiterführers Geltung: „die allerbeste Deckung sei der Hieb".

Der vierte September war gekommen. In athemloſer Spannung harrte die Nationalverſammlung der Entſcheidung des Miniſteriums entgegen. Da erhob ſich der Miniſterpräſident und erklärte: daß das Miniſterium den von der Nationalverſammlung geforderten Erlaß für verderblich halte, und daher den Beſchluß derſelben vom 9. Auguſt nicht vollziehen werde. Der Kriegsminiſter werde auch ohne denſelben thun, was Gewiſſen und Ehre fordere.

Dieſe Erklärung, welche ſelbſt eine annähernde Erfüllung ablehnte, und doch den Rücktritt des Miniſteriums mit keiner Silbe erwähnte, war eine offenbare Verletzung des konſtitutionellen Prinzips. Der Bruch lag offen zu Tage. Erſtaunen und Empörung über die vernommene Erklärung malten ſich faſt auf allen Geſichtern. Der Stein'ſche Antrag: „daß es die dringendſte Pflicht des Miniſteriums ſei, die Beſchlüſſe der Nationalverſammlung vom 9. Auguſt zur Ausführung zu bringen", ward mit großer Majorität *) bei namentlicher Abſtimmung zur ſofortigen Discuſſion angenommen.

Dennoch gelang es der gemäßigten Partei, eine Vertagung der Discuſſion zu bewirken. Die Annahme des Antrags war in der Aufregung der Verſammlung gegen das Verhalten des Miniſteriums

*) 198 gegen 147 Stimmen.

nicht zu bezweifeln. Der Sturz des Miniſteriums war davon die nothwendige Folge. Gerade dieſen aber wollte man noch immer vermeiden. Man wollte den Miniſtern Zeit laſſen, die Sache vielleicht durch den Rücktritt des Kriegsminiſters in's Geleis zu bringen. Darum beantragte Unruh die Vertagung bis zum 7. September. Sie ward mit geringer Majorität*) angenommen. Aber ſtürmiſcher Beifallsruf begrüßte die Worte Waldeck's, des tapfern Führers der Linken, als er mit der vollen Kraft ſeiner tönenden Stimme den Ausruf in die Verſammlung ſchleuderte: „Keine Minute können wir länger mit Ehren in dieſer Verſammlung ſitzen, wenn unſer Beſchluß nicht zur Ausführung gelangt!“

Ganz Berlin gerieth in Aufregung, als die Weigerung des Miniſteriums bekannt wurde. Die Nationalzeitung verkündigte dieſelbe am Anfange ihres Blattes mit dem Zuſatze: „Es ſei das höchſte Intereſſe des Volks, ſeinen Vertretern in dieſem kritiſchen Augenblicke mit aller Kraft zur Seite zu ſtehen.“ Jedermann empfand, daß es ſich um Sein oder Nichtſein der Verſammlung handle. Schon zwei Beſchlüſſe derſelben, das Geſetz über die Abſchaffung

*) 184 gegen 169 Stimmen.

der Todesstrafe und das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit, seien noch immer unvollzogen. Jetzt sei bei einem dritten die entschiedene Weigerung erfolgt. Wenn diese Weigerung durchdringe, so sei das Ansehen der Nationalversammlung vernichtet, ja selbst das konstitutionelle Prinzip Preis gegeben." „Das Ministerium erwäge" — so mahnten die besonnenen Organe des ehrlichen Konstitutionalismus in der Presse — „das Ministerium erwäge, von welchen Gefahren das Land mehr als je bedroht ist. Es erwäge die Schamlosigkeit, mit welcher die Reaktion aller Orten ihr Haupt erhebt. Es bedenke die Gefahr, welche die Erniedrigung der Nationalversammlung — das Ziel, auf welches die Reaktion mit allen Kräften und Listen hinarbeitet — hervorrufen würde. Es knüpfe nicht an das Ausscheiden eines seiner Mitglieder den eigenen Rücktritt. Es erkläre sich bereit, den Beschluß der Nationalversammlung dem Geiste nach zu vollziehen. Das ist eine That der Selbstverleugnung, des Patriotismus, ein Verdienst um das Vaterland. Beharrt es aber bei seinem Entschlusse, so ist es an der Versammlung, ihre Pflicht zu thun. Kein Ministerium, auch das beste nicht, ist es werth, daß man ihm die heiligsten Rechte der Nation opfere. Die Nation erwartet von ihren Vertretern, daß sie ihre Schuldigkeit thun." *)

*) National-Zeitung No. 153.

Und die Vertreter der Nation thaten ihre Schuldigkeit.

Die Parteien traten zur Berathung zusammen und setzten sich durch Deputationen mit einander in Verbindung. Noch immer gab man sich der Hoffnung hin, das Ministerium dem Lande erhalten zu können. Vermittelungsanträge von dem linken Centrum, ja selbst von der Rechten, wurden deshalb vorbereitet. Nur die Linke blieb fest bei dem Entschlusse, aus der Versammlung auszuscheiden, wenn dieselbe den Stein'schen Antrag verwerfe. Die gesammte Bürgerwehr der Hauptstadt beschloß mit großer Majorität, sich der Nationalversammlung zur Aufrechterhaltung ihrer Beschlüsse zur Verfügung zu stellen *). Die Entscheidung war bereits am Abende des 6. gesichert. Es war ausgemacht, daß eine imposante Majorität den Beschluß der Nationalversammlung aufrecht erhalten würde **). Nur das

---

*) Die Adresse lautete: „Die Bürgerwehr Berlins sieht in dem ausgesprochenen Willen der Majorität der Nationalversammlung den Willen des Preußischen Volks, und wird demgemäß einen Beschluß dieser Majorität mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht zu erhalten wissen."

**) Dennoch entblödete sich später die Reaktion nicht, den Ausfall der Abstimmung vom 7. September auf Rechnung der Furcht der Versammlung vor dem Zorne des Volks zu schreiben, obschon bereits am 4. dies Resultat mit mathematischer Sicherheit feststand. (Vgl. Unruh S. 63.)

Miniſterium, welches in ſeiner Iſolirtheit verharrte, ſchien ſich offenbar noch immer dem Glauben an die Möglichkeit eines Sieges hinzugeben, der nicht einmal in Potsdam gehofft, oder auch nur gewünſcht wurde. Obgleich aber das Reſultat bereits feſtſtand, harrte doch Alles mit geſpannter Erwartung dem 7. September entgegen, an welchem Tage die Entſcheidung der Vertreter des preußiſchen Volks über die wichtigſte Frage ſeit dem Zuſammentritt der Nationalverſammlung feierlich ausgeſprochen werden ſollte.

Die heiße Sommerſonne brannte nieder auf die Straßen und Plätze der Hauptſtadt. Aber ihre glühenden Strahlen brachten die Maſſe des Volks nicht zum Weichen, welche während des neunſtündigen parlamentariſchen Kampfs die Umgebung der Singakademie bis zu den Corridoren und Treppen des Hauſes füllte, und mit geſpannter Aufmerkſamkeit dem Reſultate der verſchiedenen Abſtimmungen lauſchte. Nirgends zeigten dieſe Volksgruppen einen finſtern, Gefahr drohenden Charakter. Ueberall bemerkte man eine ruhige, ſelbſt würdige Haltung. Sogar einige neue, auf die Regierung bezügliche Pamphlete und Karikaturen, welche hier und da feilgeboten wurden, erregten wenig oder gar keine Theilnahme, und nur bei Einzelnen Spott und Gelächter. Dennoch hatte die ſtets Arges witternde

Polizei, in der Furcht vor Gewaltthätigkeiten des Volks gegen die Verſammlung, am Morgen des Tages vier Bataillone Bürgerwehr im nahen Schloſſe konſignirt, um auf den erſten Wink zum Schutze der Nationalverſammlung anzurücken. Sämmtliche Adjutanten der Bürgerwehr befanden ſich im Centralbureau verſammelt. Auch hier zeigte ſich, wie ſchlecht die Regierung von der wirklichen Lage der Dinge unterrichtet war, daß ſie einen Ausgang möglich oder gar für wahrſcheinlich halten konnte, von deſſen Gegentheil jedes Mitglied der Verſammlung ſchon am Vorabende die volle Gewißheit hatte.

Der Kampf begann. Die Eröffnungsrede des Miniſterpräſidenten, welche ſtarres Feſthalten an der abgegebenen Erklärung des Kabinets ausſprach, entſchied ihn vor ſeinem Beginnen. Zu einem Vergleiche wäre die Verſammlung bereit geweſen. Sie bewies es wenige Wochen ſpäter ſelbſt gegenüber einem Miniſterium Eichmann. Zu einem Akte der Selbſtvernichtung mochte ſelbſt das Centrum nicht die Hand bieten. Dreihundertundzwanzig gegen 38 Stimmen verwarfen den Unruh'ſchen Abänderungsvorſchlag. Eine große Majorität beſeitigte das Amendement der Rechten. Der Stein'ſche Antrag ward mit 219 gegen 143 Stimmen angenommen.

Es war die fünfzigſte Sitzung der Preußiſchen Nationalverſammlung, in Haltung, Ernſt und Würde

der Verhandlung mit keiner der früheren vergleichbar. Das Bewußtsein eines großen historischen Moments erfüllte alle Gemüther. Das Ergebniß rief allgemeinen Jubel hervor. Man fühlte, daß der Beschluß der Versammlung den entscheidenden Streich geführt habe gegen das System des alten Polizei- und Militairstaats; daß die Vertreter der Nation den Muth gehabt, den ersten „offiziellen Schritt zur Reaktion", wie der Führer des Centrums in seiner Rede jene Weigerung der Minister bezeichnete, würdig zurückzuweisen. „Die Nationalversammlung", also sprach der Führer des Centrums, „strebt dahin, das ganze Volk in ein Heer zu verwandeln, das Heer aber, das bestehende, zu einem Theile des Volks zu machen. Das Heer kann eine Contrerevolution vielleicht zu Stande bringen helfen, aber seine endliche Niederlage würde dennoch unzweifelhaft sein!"

Ein lauter Jubelruf des versammelten Volks begrüßte die Kunde von dem ersten Siege der mit dem Centrum verbundenen Linken. Doch benahmen sich auch jetzt die Massen würdig und gehalten. Kein Zeichen der Verhöhnung begleitete die aus dem Hause sich entfernenden Mitglieder der Versammlung, welche gegen den Antrag gestimmt hatten. Auch die Minister entfernten sich, ohne einen Laut der Ungunst zu erfahren. Dagegen erneute sich der Jubel des Volks, als die Mitglieder der Linken das

Haus verließen. Man geleitete Einzelne derselben im Triumph zu ihrer Wohnung.

Am folgenden Tage begaben sich die Minister nach Charlottenburg, ihre Entlassung einzureichen.

Man war in Potsdam von vornherein entschlossen gewesen, jenen „Eingriff der Nationalversammlung in die Executive" nicht zu dulden. Das hieße die Versammlung zum Convent machen, und sich obenein das Heer unwiederbringlich entfremden. Noch ward ein letzter Versuch unternommen, das Ministerium zum Werkzeuge einer „rettenden That" gegen die Nationalversammlung zu machen. „Jetzt", hieß es, „sei die Gelegenheit da, sich einen Namen zu machen in der Geschichte durch die Rettung des Königthums gegen verderbliche Anmaßung einer Versammlung, welche mit ihren letzten Beschlüssen die Bahn zum Convent zu betreten gewagt. Nur seine Schwäche und Nachgiebigkeit habe in Frankreichs erster Revolution das monarchische Princip gestürzt, und eine Revolution zum Siege gebracht, welche ein energisches Auftreten noch im Ballhause von Versailles zu ersticken vermocht haben würde. Nur diese eine That gethan, das weitere würde ein anderes Ministerium auszuführen wissen, wenn das gegenwärtige sich dadurch in seinem Gewissen beschwert erachte."

Das Ministerium Hansemann-Auerswald stand

auf der haarscharfen Schneide der Entscheidung. Sein Gründer war nicht der Mann, der vor einem solchen Gewaltmittel zur Durchführung seiner Ansicht zurückschrecken mochte. Aber die übrigen? Männer wie Gierke und Märker, würden *sie* die Hand zu solcher Vergewaltigung geboten haben? Und noch schien die Anwendung eines solchen Mittels nicht an der Zeit. Noch schien die Lage der Dinge solchem Beginnen nicht zu verbürgen, was in der Politik selbst ein Verbrechen zur Großthat stempeln mag, *den Erfolg*.

Noch stand man unter dem Eindrucke großer Triebkraft der ersten Preußischen Revolution. Noch war die Furcht vor der Macht und Verbreitung der Ultrademokratie nicht als eine falsche erkannt. Zu dem allen kam noch ein anderes. Die Nationalversammlung hatte so eben eine wichtige Entscheidung abgegeben. Sie hatte das Ministerium mit einer imposanten Majorität gestürzt, nachdem sie bis zum letzten Augenblicke vergeblich alles aufgeboten, dasselbe zu halten. Es war kein Zweifel, daß sie in dieser Entscheidung die überwiegende Majorität des Landes auf ihrer Seite haben werde. Aber wichtiger als dies alles war der folgende Umstand. Im Verlaufe dieses letzten parlamentarischen Kampfes hatten Redner *aller* Fraktionen sich in dem Bekenntnisse vereinigt: *Die Nationalversamm-*

lung ist als eine konstituirende Versamm-lung durch die Krone unauflösbar.

Welches auch die Gedanken und Worte gewesen sein mögen, die am 8. September von den Wänden des Schlosses zu Charlottenburg vernommen wurden — das Ministerium bestand auf seinem Rücktritt. Es hätte diesen Entschluß schon nach der Sitzung des 4. September mit größerer Ehre fassen mögen, statt sich am 7. auf einen Kampf einzulassen, in welchem es, der Nationalversammlung gegenüber, den Anblick eines Feldherrn gewährte, „der sich ohne Truppen schlägt" *). Aber wie dem auch sein mag, es beharrte am 8. September bei seinem Entschlusse. Das Ministerium der That wies im entscheidenden Augenblicke — vielleicht nicht ohne spätere Reue seines Begründers **) — den ihm winkenden Ruhmes-

*) Unruh S. 62.

**) Daß mit der obigen Darstellung das Richtige getroffen ist, bezeugt die so eben erschienene Schrift, in welcher Hansemann sein politisches Wirken darlegt: „Das Preußische und deutsche Verfassungswerk mit Rücksicht auf mein politisches Wirken, von David Hansemann, Berlin 1850." Die Gründe, welche dort für den Rücktritt des Ministeriums Hansemann-Auerswald angeführt werden (S. 118—122), laufen auf folgende Punkte hinaus: 1) Wenn das Ministerium im Amte blieb, „so mußte es zu gewaltsamer Auflösung der Nationalversammlung bereit sein". 2) Dazu war noch nicht eine so imposante Militairmacht in der Umgegend Berlins versammelt, als nöthig gewesen wäre, um ohne großes Blutvergießen die

kranz einer „rettenden That“ zurück, um ihn für entſchloſſenere Stirnen zu bewahren.

---

gewaltſame Auflöſung der Bürgerwehr und Nationalverſammlung vollziehen zu können. 3) „In keinem Falle würden ſämmtliche Mitglieder des Miniſteriums zu einer Mitwirkung für ſo ernſte Maaßregeln bereit geweſen ſein, und es hätte deshalb eine Modifikation des Miniſteriums eintreten müſſen, bei welcher ich im Amte geblieben wäre.“ 4) „Es war aber dies Miniſterium und ganz beſonders meine Perſon der höchſt einflußreichen Partei der Neuen Preuß. Zeitung und der, durch das bisherige Grundſteuerweſen privilegirten, großen Grundbeſitzer in hohem Maaße verhaßt, in dem Grade, daß die Vermuthung: daß Mitglieder dieſer Partei ſogar die Herbeiführung des den Fall des Miniſteriums bezweckenden Votums über den Stein'ſchen Antrag befördert haben, wohl nicht ohne Grund ſein dürfte.“ 5) Es blieb alſo dem gleichzeitig von Volk, Adel, Nationalverſammlung und Hofkamarilla verlaſſenen Miniſterium unter ſolchen Umſtänden nichts anderes übrig, als durch ſeinen Austritt für die ſpätern kräftigen Maßregeln der Reaktion „Zeit zu gewinnen, welche damals von unſchätzbarem Werthe war“. Hanſemann's Troſt war ſpäter „die Ueberzeugung“, daß er durch ſein Verhalten im September dazu beigetragen, das erſtrebte Ziel der Reaktion ohne Blutvergießen zu erreichen, und als dieſes Ziel bezeichnet er ſelbſt „die Herrſchaft der Militairmacht in Berlin“ (a. a. O. S. 122).

Digitized by Google

Viertes Buch.

Das Ende des Anfangs.

„Das muß zum Erſten Alles geſchehen, aber es iſt noch nicht das Ende da.“

J. Chriſtus. Ev. Matth. Cp. 24, V. 6.

Digitized by Google

Kapitel I.

Die Lage der Dinge.

Mit dem letzten Beschlusse der Nationalversammlung war die Preußische Revolution bei einem Wendepunkte angelangt.

Die Entscheidung war unvermeidlich geworden; denn man hatte den Grenzstein erreicht, welcher die alte von der neuen Welt, den monarchischen Absolutismus von der Souveränität der Nation, die konstitutionelle Heuchelei trennte von der Freiheit und Selbstbestimmung des Volks durch den Ausspruch seiner Vertreter.

Durch diesen Beschluß der Preußischen Nationalversammlung war das Pflaster der Vereinbarung abgerissen, mit welchem der zum Regiment gelangte vormärzliche Altliberalismus die frischklaffende Wunde der Revolution überklebt hatte. Man sah jetzt deutlich, daß es statt Heilung zu bewirken, nur ein böses Geschwür gezeitigt hatte, und die Majorität der Nationalversammlung war entschlossen, lieber die trügerisch verharschte Wunde neu zu öffnen, als

den gesammten Körper dem kalten Brande der Reaktion Preis zu geben.

Der Kampf der Entscheidung, an dessen Schwelle man sich in Preußen wie in ganz Deutschland befand, war der Kampf zwischen Vereinbarung und freier Konstituirung. Die alte und die neue Zeit standen sich auf dem Boden dieser Principien gerüstet gegenüber. Es war ein Kampf auf Leben und Tod, ein friedlicher Ausgang nach den Erfahrungen der Geschichte undenkbar, wenn schon ersehnt und gehofft von dem Geiste der Menschlichkeit des Jahrhunderts.

Für Deutschland als Gesammtheit war derselbe — so schien es, — von Anfang herein entschieden. Die Souveränität der deutschen Nation, ihr selbsteignes Recht auf freie Umgestaltung ihres Staatslebens, war feierlich proklamirt, die deutsche Nationalversammlung als eine konstituirende, zur endgültigen Beschließung einer Verfassung für Deutschland allein berechtigte, von dem alten Bundestage vor seinem Tode, so wie von allen deutschen Regierungen nicht nur thatsächlich, sondern auch ausdrücklich und in aller Form anerkannt worden. *) Das unheil-

*) Wem darüber noch irgend ein Zweifel sein sollte, der lese die erschöpfende Beweisführung in der Schrift Ludwig Simon's von Trier: „Ein Wort des Rechts" für alle Reichsverfassungskämpfer an die deutschen Geschwornen. Frankfurt am Main 1849, S. 1 — 25.

volle Princip der Vereinbarung hatte bisher die deutsche Sache in der Paulskirche nicht befleckt. Mit fünfhundertsiebenundsiebzig gegen 31 Stimmen hatte das deutsche Parlament bei Beschließung des Gesetzes über eine provisorische Centralgewalt den Antrag des Preußischen Abgeordneten von Vincke verworfen, welcher durch den Vorbehalt des Einverständnisses mit den Regierungen die Camphausen-Hansemannsche Vereinbarungstheorie in die Paulskirche einzuschwärzen versuchte.

Jede Halbheit trägt in sich den Keim des Todes. Das Princip der Vereinbarung war eine Halbheit, nach der mildesten Auslegung. Nach einer schärferen war es das Princip der Lüge und Gleisnerei, der Deckmantel für die Hoffnungen und Absichten des im März besiegten Absolutismus, der „Schild", hinter welchem dieser seine Anstalten treffen konnte, um Hansemanns offenherziges Wort wahr zu machen: „wenn man sich nicht vereinbaren kann, so wird sich zeigen wer der stärkere ist." *)

Die Vereinbarungstheorie war vielmehr das Princip des unauflösbaren Zwistes, der unentwirrbaren Verwirrung. Ihre Aufgabe war die Quadratur des Cirkels. „Wenn zwei Leute zusammengekommen sind, um sich zu vereinbaren, und es gelingt ihnen nicht,

*) Die Preuß. Revol. Buch II. S. 275.

ſo geht ein jeder nach Hauſe und die Sache bleibt eben beim Alten", erklärte eben ſo richtig als ehrlich das Organ der Reaktion, die neue Preußiſche Zeitung bei der Beſprechung des im September eingetretenen Conflikts zwiſchen Regierung und Nationalverſammlung. Die Majorität der Nationalverſammlung begriff endlich, daß ein entſcheidender Schritt geſchehen müſſe, um dies Princip der Heuchelei und Verwirrung zu durchbrechen. Sie erklärte ſich durch ihren Beſchluß in der Militairfrage thatſächlich als eine konſtituirende Verſammlung. Die Regierung hatte bisher den oft und in allen Kundgebungen der Oppoſition ſtehend gebrauchten Namen niemals anzufechten gewagt. Jetzt galt es, ob ſie Einſpruch thun werde gegen ſeine thatſächliche Erfüllung. Die Preußiſche Regierung hatte ihren Verfaſſungslandtag, den ſie gegen den Willen des Fünfzigerausſchuſſes, gegen den Rath der Bundesverſammlung und der Vertrauensmänner, ſo wie der Preſſe und aller andern Organe der öffentlichen Meinung einberufen hatte, die „Preußiſche Nationalverſammlung" genannt. Sie hatte mit dieſem ſtolzen Namen einerſeits dem Preußiſchen Partikularismus ihre Huldigung dargebracht, während ſie andererſeits, ihrer antideutſchen Politik gemäß, die preußiſche Nation als gleichberechtigt der deutſchen

gegenüber ſtellte. Eine Nation iſt eine Einheit, welche in ihrer Selbſtgenügſamkeit, in ihrer politiſchen Autarkie, wie der Vater der Politik Ariſtoteles ſagen würde, jede andere Nation von ſich ausſchließt. Eine Preußiſche Nation, als ſolche anerkannt, ſchloß eine deutſche Nation aus, machte ein einheitliches Deutſchland unmöglich.

Aber die Preußiſche Regierung hatte vergeſſen, daß jede zweideutige Politik auch zugleich eine zweiſchneidige iſt. Während ſie die eine Schneide ihrer preußiſchen „Nationalverſammlung“ in wohlbewußter Abſicht gegen den deutſchen Gedanken und ſeine Verwirklichung durch die deutſche Nationalverſammlung richtete, ſuchte ſie vergebens die andere, für ſie bedrohliche, durch den Zuſatztitel „zur Vereinbarung der Verfaſſung“ abzuſtumpfen. Wenn ſich die Preußiſche „Nation“ das Vereinbarungsprincip gefallen ließ, — ſo etwa mochte der Hintergedanke der Erfinder dieſes Zuſatzes lauten — warum ſollte die deutſche Nation etwas voraus haben? Und wenn der Erfinder und nachdrückliche Vertheidiger des Vereinbarungsprincips ein Jahr ſpäter ſich ſelbſt rühmend eingeſtehen mochte: daß die Preußiſche Regierung eben durch das Vereinbarungsprincip der Krone das Recht gewahrt habe, die aus demokratiſchen Urwahlen berufene Preußiſche Nationalverſammlung aufzulöſen und den Weg der Octroyi-

rung zu beſchreiten, *) warum ſollte dieſes ſelbe „Recht“ nicht allen deutſchen Kronen gegen die deutſche Nationalverſammlung zuſtehen? Nur freilich, daß man im Frühlinge des Jahres 1848 nicht laut zu denken wagte, was man im Jahre 1849 offen zu thun ſich nicht ſcheute. Der deutſche Bundestag ſelbſt hatte die konſtituirende Macht der deutſchen Nationalverſammlung anerkannt. Er hatte die weſentliche Verſchiedenheit einer „konſtituirenden Verſammlung“, von einer gewöhnlichen konſtitutionellen „Volksvertretung“ klar hervorgehoben. Er hatte es als die weſentliche Eigenthümlichkeit der erſteren bezeichnet, daß es die Aufgabe der konſtituirenden deutſchen Nationalverſammlung ſei: das Werk der deutſchen Verfaſſung zwiſchen dem Volke und ſeinen Regierungen endgültig zu Stande zu bringen. **) War hier von Vereinbarung zu reden, ſo waren Volk und Regierungen die Parteien, die deutſche Nationalverſammlung der Schiedsrichter, von deſſen Spruche keine geſetzliche und rechtliche Berufung ſtatt fand. Dies allein war der Sinn der von Heinrich von Gagern feierlich proklamirten „Souveränität der deutſchen Nation“. Gab es aber eine

*) David Hanſemann: Das Preußiſche und Deutſche Verfaſſungswerk mit Rückſicht auf mein politiſches Wirken. S. 94.

**) Die Belege dafür findet man in der angezogenen Schrift von Ludwig Simon. S. 16 — 18 und a. a. O.

Preußiſche Nation und eine Preußiſche Nationalverſammlung, ſo konnte ihr die gleiche Stellung der Krone gegenüber, als Vermittler, als Schiedsrichter zwiſchen ihr und dem Volke nicht vorenthalten werden. Der Verfaſſungskampf ward dadurch zu einem parlamentariſchen Kampfe, in welchem beide Theile berechtigt waren, alle ehrlichen Mittel für ihrer Sache Vortheil in Bewegung zu ſetzen mit alleiniger Ausnahme der Gewalt.

Thatſächlich war dies die Lage der Dinge in Preußen vom Anfange der Nationalverſammlung an. Sie war es auch geſetzlich. Die Möglichkeit einer Auflöſung der Nationalverſammlung durch die Krone war in dem Geſetze vom 8. April mit keiner Silbe vorausgewahrt. Kein Miniſter, kein Mitglied der Rechten in der Nationalverſammlung hatte bisher auch nur die leiſeſte Andeutung einer ſolchen Möglichkeit gewagt. Die Unauflösbarkeit der Nationalverſammlung durch die Krone war ein Glaubensſatz der öffentlichen Meinung. In der Verſammlung ſelbſt ward er nur beiläufig ein Paar mal, und zwar von Mitgliedern der rechten Seite, und zwar als etwas, das ſich von ſelbſt verſtehe, ausgeſprochen. Die Regierungspartei in der Nationalverſammlung benutzte ihn, um dadurch der Verſammlung die Pflicht der Mäßigung einzuſchärfen. „Unſere Pflicht“, ſprach der Abgeordnete Reichensſperger von der

Rechten in der Sitzung vom 7. September — „unſere Pflicht iſt es, wohl zuzuſehen, daß unſere Gewalt nicht die andern Staatsgewalten abſorbire und das Lebensprincip der konſtitutionellen Monarchie dadurch erſchüttert werde. Dieſe Pflicht wird eine dreifach heilige für uns, wenn wir bedenken, daß wir gerade eine konſtituirende Verſammlung ſind und keine legislative — und daß uns gegenüber die königliche Prärogative der Auflöſung der Kammer der Berufung an das Volk nicht verſucht werden kann!“ „Wir haben keine konſtituirten Kammern, wir ſind eine konſtituirende Nationalverſammlung!“ rief ein anderes Mitglied der Rechten, der Abgeordnete Baumſtark, an demſelben Tage. Man hatte ſich im Kraftgefühl der jungen Revolution das Wort der Vereinbarung gefallen laſſen. Man ſah darin eine Schonung für das Gefühl des überwundenen Gegners, und war großmüthig genug, ihm dieſen Troſt des bedeutungsloſen Namens zu gönnen. Die wenigen, welche ſeine Argliſt durchſchauten, blieben in der Minderheit. Es ſchien ja auch die Annahme zu widerſinnig, daß eine Vereinbarung gemeint ſein könne, bei der es dem einen Theile erlaubt ſein ſollte, den andern nach Hauſe zu ſchicken, wenn er ſich ſeinem Willen nicht fügen wolle! Der geſunde Menſchenverſtand des Volkes, welcher ſich

dagegen sträubte, eine solche Voraussetzung als die Herzensmeinung der von der Revolution emporgetragenen und an die Spitze der Regierung gestellten Vereinbarungsmänner Camphausen und Hansemann anzunehmen, bedachte nicht, daß die krummen Schleichwege einer freiheitsfeindlichen Dynastenpolitik weit ab liegen von der großen Heerstraße des gesunden Menschenverstandes. *)

Der Stein-Schulzesche Antrag und die ihm folgenden Beschlüsse der Nationalversammlung hatten die Sache zur Entscheidung gebracht. Die Vereinbarungspolitik, zu lange mit Nachsicht behandelt von den Vertretern des Preußischen Volks, hatte das konstituirende Lebensprincip der Nationalversammlung bis zu einem Punkte gebogen, wo es gegen diese Politik zurückschnellen mußte, wenn es nicht selbst zerbrechen wollte. Die Entscheidung in Berlin war unvermeidlich, sie entschied zugleich über das fernere Schicksal der Preußischen wie der Deutschen Revolution.

Besonders wichtig trat dabei der Umstand hervor, daß in Preußen grade der Punkt den Anstoß

*) Der Fürst Solms, Marschall des ersten Vereins-Landtags, hat die Vereinbarungstheorie am schlagendsten durch den Ausspruch karakterisirt: „Wer es in der Hand hat, die Maschine still stehen zu machen, wird auch die Richtung bestimmen können, in welcher sie sich zu bewegen hat.“ Vgl. v. Unruh. a. a. O. S. 67.

gegeben hatte, auf welchem als auf ſeinem Schwerpunkte das ganze alte Syſtem beruhte, gleichſam die Hauptpoſition, deren Gewinn den ganzen Kampf früher oder ſpäter entſcheiden mußte. Die Frage der Form war auf die Spitze gelangt: müſſen die Miniſter die Beſchlüſſe der konſtituirenden Nationalverſammlung vollziehen? Und die Sache war die entſcheidende: ſollen die Miniſter die letzte Stütze des Alten, den letzten Anker der Reaktion ausreißen; ſollen die Offiziere nicht mehr alleinige Diener des Königs ſondern Executivbeamte der Nation ſein, die unter dem Miniſterium ſtehen? Die ganze Oppoſition hatte ihre Ehre feierlich verpfändet, die Entſcheidung darüber durchzuſetzen, und wenn in der Nationalverſammlung beſiegt, die Berufung an die Nation einzulegen.

So war die Lage der Dinge in Preußen, ſo war ſie zu derſelben Zeit in ganz Deutſchland. Es handelte ſich nicht um den Sturz eines einzelnen Miniſteriums; es handelte ſich um eine Revolution des ganzen deutſchen Staatslebens, um eine Revolution, deren Gelingen allein Deutſchland eine zweite und dritte erſparen, ihm die Bahn einer gewaltig und ungehemmt fortſchreitenden Reform eröffnen, und der Nation eine glorreiche Zukunft unter den Nationen Europa's eröffnen konnte.

In Frankfurt hatte der Waffenſtillſtand von

Malmö den Kampf zum Ausbruche gereift. Nachdem der Johannesjubel verklungen, alle Vereinigungsversuche gescheitert, die Einzelstaaten den Ungehorsam gegen die Centralgewalt ungescheut unter den Augen des Reichsministeriums ausgesponnen, und thatsächlich vor ganz Deutschland ausgeführt und gerechtfertigt hatten, war am 5. September der Tag gekommen, an welchem die Nationalversammlung sich endlich aus dem vertrauenden Zaudern und Zagen aufraffte zu dem Beschlusse: alle zur Ausführung des Waffenstillstandes ergriffenen Maßregeln zu sistiren. Die Nationalversammlung faßte jenen Beschluß, weil sie einsah, daß Schweigen ihr eigenes Todesurtheil, und zugleich das Signal zur Wiederaufrichtung des alten Bundes sein mußte. „Unterwerfen wir uns jetzt bei der ersten Prüfung", so lautete Dahlmanns prophetischer Ausruf, „dann werden Sie Ihr einst so stolzes Haupt nie wieder erheben! Denken Sie an diese meine Worte: Nie!" Es gab auch hier nur eine Alternative: entweder Preußen mußte biegen, oder die Centralgewalt brechen, Deuschland eine Vertretung haben oder keine.

Und auch im übrigen Deutschland drängte Alles hin auf dieselbe Entscheidung der großen Principienfrage. In Wien ein Ministerium, welches dieselbe Souveränität des Reichstags, durch deren Proklamation es einst an das Ruder geführt war, zu

brechen versuchte. In Sachsen allgemeine Agitation aller Parteien für einen konstituirenden Landtag. In Würtemberg das Ministerium des März durch die Kamarilla in seiner Existenz bedroht, überall aber in Deutschland die Spannung der Gemüther Angesichts der in Berlin und Frankfurt drohenden Krisis auf die That gestellt und bereit zum Schutze der Freiheit gegen die drohende Reaktion.

„Ich sehe keine Reaction!“ hatte der ehrliche Eisenmann im Frühlinge zu Frankfurt ausgerufen. Jetzt „sah er eine große gewaltige Reaction!“ Selbst die konservativen Mittelklassen begannen irre zu werden in ihrem gemüthlichen Vertrauen. Das Organ dieser Klassen und ihres monarchischen Konstitutionalismus, die Kölnische Zeitung, welche früher gleichfalls keine Reaktion gesehen, that im September das Geständniß, „daß Preußen am Abgrunde des Staatsstreichs und der Contrerevolution stehe.“

Noch war Deutschlands Schicksal in den Händen seines Parlaments und seiner Centralgewalt, wenn sie den Muth hatten, in Berlin der Reaktion des Absolutismus entgegenzutreten mit ihrer moralischen Macht. Die Preußische Nationalversammlung war der letzte Rettungsanker der Freiheit bei dem dräuenden Sturme der Preußischen Reaktion, deren letztes Ziel kein anderes sein konnte, als der Sturz

auch des deutschen Parlaments, nachdem sie zuvor mit seiner Hülfe jenen Anker ausgerissen hatte.

Die Schaffung der Centralgewalt war eine Nothwendigkeit gewesen. Denn die Nationalversammlung fühlte die Unmöglichkeit, ferner ihre Beschlüsse in die Luft zu dekretiren. Die Schaffung der Centralgewalt ohne Betheiligung der Regierungen aus alleiniger Kraft der Souveränität der Nation war der letzte Sieg gewesen, den die Freiheit in Frankfurt gewonnen. Aber er wurde theuer bezahlt. Von dem Gedanken, die Macht der revolutionären Volkskraft aufzubieten, hatte man sich schon lange entwöhnt. Macht aber mußte man haben, und man begann sie zu suchen wo sie war, bei den Regierungen der Einzelstaaten, vor allen dringend und demüthig bei Preußen. Die Centralgewalt, auf das Bündniß mit den Regierungen angewiesen, bildete um so schneller ihren eigenen Charakter zur Uebereinstimmung mit den Regierungen. Die Majorität des Parlaments, im Bewußtsein, daß man den einmal eingeschlagenen Weg nicht ohne Gefahr mehr verlassen dürfe, ward die Stütze der Centralgewalt. Der 18. September gab den letzten Ausschlag. An diesem Tage empfing die Einheit der Regierungen von Frankfurt und Berlin die Bluttaufe. Sie wurde zur Einheit der deutschen Reaktion, die nun endlich in Berlin und Wien von allen er-

ſchreckten Augen geſehen wurde, die ſie in Frankfurt nicht hatten ſehen wollen.

Jetzt machte das Gewicht der Wirklichkeit, der realen Staatsgrundlage ſich geltend. Der Unterſchied zwiſchen dem Reichstage des wirklichen Preußiſchen Staates, und der Verſammlung des zukünftigen deutſchen Reichs, — an den die Verfechter der Preußiſchen Hegemonie ſo oft vergeblich erinnert hatten, trat in ſeinen Folgen offen zu Tage. In Frankfurt folgte die Verſammlung, die auf ihrem Iſolirſtuhle in der Paulskirche mit dem lebendigen Strome des Lebens im Volke außer Zuſammenhang gekommen war, dem konſervativen Zuge der Centralgewalt, in der ſie die einzige Garantie ihrer Macht erblickte. In Berlin dagegen trat der Landtag kühner auf gegen die wachſende Reaktion der Krone, weil er ein Land hinter ſich hatte, und weil für die Miniſter, die er an das Ruder bringen ſollte, ein Staat, ein Schatz und ein Heer da waren, um ſeine Beſchlüſſe zu vollziehen. Die Partei der Freiheit in der Preußiſchen Nationalverſammlung verſtärkte ſich, weil nicht nur moraliſche Siege und Beifallsbezeugungen, ſondern wirkliche Macht und Herrſchaft ihr als Kampfpreis winkten.

Zu gleicher Zeit trat in der Stellung der Parteien der Preußiſchen Nationalverſammlung zum deutſchen Parlamente eine vollkommene Veränderung ein.

Die Linke, welche früher auch in ihrer äußersten Fraktion Unterwerfung Preußens unter die Frankfurter Beschlüsse forderte, erklärte jetzt laut, daß in Frankfurt ein neuer Bundestag entstehe, daß man Karlsbader und Wiener Beschlüsse dort bereite und vorbereite, und daß es hohe Zeit, die Allmacht einer Versammlung zu beschränken, welche schon lange nicht mehr der Ausdruck des Willens der deutschen Nation sei. Ganz im Gegensatze zu diesen Ansichten erschien die rechte Seite der Preußischen Nationalversammlung, welche früher der Ausdruck des spezifischen Preußenthums gewesen war, plötzlich als begeisterte Vertheidigerin der deutschen Einheit und ihrer Vertretung in Frankfurt. „Deutschland über Alles! Das heilige große Vaterland! Die mächtige und erleuchtete Versammlung zu Frankfurt!“ das waren Ausdrücke, die seit den Septembertagen von den Lippen derjenigen gehört wurden, welche früher nicht den Namen des einigen Deutschlands ohne Hohnlächeln aussprechen konnten. „Die sekundäre Preußische Versammlung“, rief ein Mitglied der specifisch Preußischen Rechten aus, „müsse sich ohne Vorbehalt und Kasuistik der großen deutschen Versammlung unterwerfen. Diese hohe und erleuchtete Versammlung allein habe das Recht Deutschland Gesetze zu geben und den Bau der deutschen Einheit auszuführen. Die vierunddreißig

Baumeiſter, die Dentſchland ſonſt noch habe, ſeien höchſtens im Stande, ein Bedlam, einen Babyloniſchen Thurm zu errichten!“ Prophetiſche Worte, die nur zu bald in Erfüllung gehen ſollten.

Auch die öffentliche Meinung wandte ſich. Die Idee deutſcher Einheit ward unpopulär gemacht durch das Bündniß der Centralgewalt mit den Regierungen. Der Kampf um die Freiheit trat voran, und immer mehr wandten ſich die Herzen ſeinen Vorkämpfern und ihren Kampfplätzen zu. Das Frankfurter Parlament wurde unpopulär durch ſeine Uebereinſtimmung mit der Centralgewalt, die bald nur noch den Namen der Centralpolizei führte. Die Preußiſche Nationalverſammlung ward populär und gewann immer mehr die Sympathie von ganz Deutſchland, je entſchiedener ſie den Kampf gegen die Regierung und die Reaktion führte. Der alte Groll Süddeutſchlands gegen Preußen und das Preußenthum, der durch den gleichzeitigen Zuſammentritt des Preußiſchen mit dem deutſchen Parlamente und durch die überwiegend konſervative Haltung des erſteren neue Nahrung erhalten hatte, verſtummte vor der Thatſache, daß beide Verſammlungen jetzt die Rollen gewechſelt hatten, und Preußens Reichstag jetzt an der Spitze der Freiheitsbewegung ſtand.

Solches war die Lage der Dinge, als die Preußiſche Reaktion mit dem dritten Miniſterium

der Revolution den Arm hob zum Todesſtreiche gegen die Preußiſche Nationalverſammlung, das Kind der Revolution. Das Frankfurter Parlament war dazu auserſehen, das Schwert zu dieſem Werke zu ſchärfen — ſich ſelber zum Verderben. Die Tragödie der „feindlichen Brüder“ begann.

Kapitel II.

Das Interim und das Beckerathſche Programm.

Der Plan der Reaktion, das Miniſterium Auerswald-Hanſemann in ſeiner Geſammtheit zum gewaltſamen Einſchreiten gegen die Nationalverſammlung zu bewegen, war an der mangelnden Entſchloſſenheit der Einen, an der konſtitutionellen Gewiſſenhaftigkeit der Andern geſcheitert.

Das Miniſterium forderte am Tage nach jener Conferenz zu Charlottenburg (8. Septbr.) aufs Neue ſeine Entlaſſung. Die Nationalverſammlung habe mit dem Beſchluſſe vom 7. September ihre Befugniſſe überſchritten und das Beſtehen der konſtitutionellen Monarchie durch einen Eingriff in die Verwaltung gefährdet. Zugleich aber ſei die Verletzung des von dem Miniſterium vertheidigten Princips auch ein Mißtrauensvotum gegen die Perſonen der Miniſter, und mache deren Rücktritt zu einer Nothwendigkeit.

Soweit war der Entſchluß zum Rücktritt durchaus konſtitutionell begründet. Aber durch einen

darauffolgenden letzten Schritt verließ das Miniſterium die Bahn konſtitutioneller Geſetzlichkeit. Eine von dem bisherigen Miniſterpräſidenten gegengezeichnete Kabinetsordre, welche die erbetene Entlaſſung gewährte, verkündete (10. September) der Nationalverſammlung: „der König ſei mit der Anſicht des abtretenden Miniſteriums vollkommen einverſtanden. Es werde allerdings durch die Beſchlüſſe der Nationalverſammlung ein Princip verletzt, ohne deſſen Aufrechthaltung die konſtitutionelle Monarchie nicht beſtehen könne.“

Dieſe Erklärung zog die Perſon des Monarchen in den Conflikt. Sie ſtellte die Krone in offenen Widerſpruch gegen die Nationalverſammlung. Sie enthielt zugleich eine Drohung gegen die letztere, indem ſie die Ausführung des Beſchluſſes vom 7. Septbr. verſagte, und die Wiederaufnahme des Kampfs durch ein neues Miniſterium in Ausſicht ſtellte. Denn König Friedrich Wilhelm IV., indem er ſich dergeſtalt für die Anſicht erklärte, welche ſo eben den Sturz des Miniſteriums herbeigeführt hatte, konnte zu ſeinen neuen Rathgebern unmöglich andere als ſolche Männer wählen, welche in die Fußſtapfen der alten zu treten bereit waren. Die Erklärung der abtretenden Miniſter enthielt den Rath: die Perſonen, nicht das Syſtem zu wechſeln. Die Männer, welche die Revolution an die Wiege der jungen Freiheit geſtellt

hatte, verriethen dieſelbe an den Scheinkonſtitutionalismus des eben erſt geſtürzten franzöſiſchen Jeſuitenkönigs. Sie wieſen der Contrerevolution den Weg, welchen ſie zu gehen hatte. Und der Begründer des Miniſteriums der That dürfte ſich ſpäter mit Recht berühmen, vor ſeinem Rücktritte die Karten gemiſcht und die Trümpfe zurecht gelegt zu haben, mit denen die Reaktion ihr Spiel gewinnen ſollte. Nicht den Grundſatz wahrhaft konſtitutioneller Freiheit hatte das gefallene Miniſterium vertheidigt, ſondern die Fortdauer der alten militärſtaatlichen Politik, die Ausnahmeſtellung des Heeres als eines Staates im Staate. Verleugnet hatte es dagegen das durch die Revolution zur Geltung gekommene Princip, auf dem die Nationalverſammlung wurzelte: das Aufgehen der privilegirten Stände in die gleichberechtigte Nation, das Aufgehen der Sonder- und Kaſtenintereſſen in das allgemeine Volksintereſſe, das Aufgehen endlich der achtunddreißig deutſchen Bundesſtaaten in einen einigen großen Bundesſtaat.

Am 11. Septbr. zeigte der bisherige Miniſterpräſident von Auerswald der Nationalverſammlung an, daß Herr von Beckerath zur Bildung eines neuen Miniſteriums nach Potsdam berufen ſei.

Dieſe Berufung hatte einen doppelten Zweck. Zunächſt wollte man Zeit gewinnen, um während derſelben für den beabſichtigten Staatsſtreich die

nöthigen militäriſchen Streitkräfte in der Nähe von Berlin zu ſammeln. Sodann war aber dieſe Berufung eine Finte, welche die Aufmerkſamkeit des Gegners von dem eigentlichen Streiche ablenken ſollte.

Ueber die zu Potsdam gefaßten Entſchlüſſe liefen während dieſer Zeit die mannigfaltigſten Gerüchte. Nach den Einen hieß es, der König werde ſein Veto gegen den Beſchluß der Nationalverſammlung einlegen. Das Organ der Kamarilla ſprach es offen aus: *) „Mit der Ausführung des Beſchluſſes der Nationalverſammlung ſei die Republik principiell in Preußen eingeführt, und wenn die Krone jetzt ſtutze, ſo ſei dieſelbe auf eine Rückzugslinie gedrängt, die wahrſcheinlich nur in England aufhören werde.“ Andere Gerüchte ſprachen von einer Abdankung des Königs. Der bekannte Demagoge Held wurde bezeichnet als von einer Partei angeſtiftet, dieſer Idee im Volke Boden zu gewinnen. Seine Aeußerungen in Reden und Plakaten beſtätigten dieſe Vermuthung. **) Das Pamphlet eines preußiſchen Offiziers wies entſchieden auf eine militäriſch reaktionäre Partei hin, welche zur Durchführung

*) Neue Preußiſche Zeitung vom 9. September.

**) Vergl. National-Zeitung vom 18. September, Beilage zu Nr. 166.

ihrer contrerevolutionären Pläne die Abdankung des Königs erstrebe. *) Und während man hier und da von einem Ministerium Waldeck Kunde haben wollte, meldeten reaktionäre Provinzialblätter wie die Stettiner Zeitung aus „zuverlässiger" Quelle: „daß alle Vorkehrungen getroffen seien, um jeden Augenblick das Bombardement von Berlin zu beginnen."

Allgemein war man darüber einverstanden, daß in Potsdam ein fester Entschluß noch nicht gefaßt sei, und daß der schwankende Charakter des Königs die Ergreifung eines solchen verhindere. Und doch beruhte diese Ansicht auf einem theilweisen Irrthume. Friedrich Wilhelm IV. hat mit Unrecht den Vorwurf erlitten,

---

*) Ein Preußischer Offizier, de la Chevallerie, Lieutenant des 20. Infanterie-Regiments, sagte in diesem Pamphlete unter andern: „Die Reaktion haßt das Volk und den König. Ja, Bürger, die Ihr noch im Soldatenrocke steckt, Euere reaktionären Offiziere hassen den König. Ich selber, der ich noch vor wenig Wochen in ihren Reihen stand, weiß es, daß man ihn haßt. Bei unserm Truppencorps in Schleswig-Holstein habe ich's hundertfach vernommen, wie die reaktionären Offiziere den volksthümlichen Beweggrund unserer Sendung dahin offen verläugneten, und die Abdankung, ja den Tod des Königs als das einzige Mittel zu dem alten Zopf zu kommen herbeiwünschten. Die Reaktion will die Abdankung des Königs, und wenige Wochen vielleicht genügen, um die Triebfedern einer hochverrätherischen Contrerevolution ans Tageslicht zu bringen." (Lithograph. Corresp. Berlin 20. Septbr. Brem. Zeit. vom 22. Septbr. 1848. Nr. 260.)

kein festes Ziel in der Seele zu tragen. Die Geschichte hat es gelehrt, daß dieses Ziel, sobald er sich von der Erschütterung der Märztage erholt und Camphausen seine Entfernung nach Potsdam zugegeben hatte, unwandelbar in ihm feststand. Unter dem Einflusse seiner dortigen Umgebung waren die Gedanken der Hingabe an die neuen Ideen bald verschwunden. Nicht mehr Preußens Aufgehen in Deutschland, sondern Deutschlands Aufgehen in Preußen, und vor allem: Herstellung des alten vormärzlichen Königthums ward von da an das Ziel. Der Schein der schwankenden Ungewißheit wurde nur dadurch erzeugt, daß der König für alle Schritte zur Erreichung seines Zieles die volle Sicherheit des Erfolgs sich und anderen zur Bedingung machte. Das Cunctatorische in der Hamletsnatur Friedrich Wilhelm IV. behauptete sich auch hier als maßgebend für alle seine Schritte. Dazu kam sein religiöser Glaube, der ihn die Demüthigung der Märztage als ein göttliches Verhängniß ansehen, und die nächsten Folgen der Revolution, im Vertrauen auf die baldige Widerkehr der Gnade seines Gottes „mit Langmuth," wie er selber es einmal ausdrückte, ertragen ließ. Als er in seinem Gemüthe zu empfinden glaubte, daß die Zeit der Buße vorüber, und die Stunde der erneuten Gnade gekommen sei, wandte er alle Klugheit und allen Witz eines reichbegabten Geistes dazu an,

dieſer Gnade durch Bekämpfung der Revolution, welche Gott wie alles Böſe, aus höheren Zwecken zugelaſſen zu haben ſchien, nur um ſo würdiger zu werden. Wir werden ſpäter ſehen, welches der Zeitpunkt und die Ereigniſſe waren, die ſeinen Entſchluß zur That reiften.

Am 17. September traf Beckerath in Potsdam ein. Zwei Tage darauf zeigte der frühere Miniſterpräſident der Nationalverſammlung ſchriftlich an: „daß die eingeleiteten Verhandlungen wegen Bildung eines neuen Miniſteriums noch nicht zum Schluſſe gelangt ſeien", und forderte eine Vertagung des Hauſes, welche bis zum 21. September erfolgte. Zugleich aber verbreitete ſich (19. Septbr.) die Nachricht, daß bereits, während noch mit Beckerath unterhandelt wurde, ein anderes Miniſterium: Pfuel, Eichmann, Bonin, ernannt ſei. So unglaublich es erſchien, es war die Wahrheit. Beckerath ſelbſt war getäuſcht worden. Er hatte noch an demſelben Tage die beſtimmteſte Hoffnung erhalten, ſein in Potsdam eingereichtes Programm angenommen zu ſehen, an welchem bereits hinter ſeinem Rücken alle Einleitungen zur Bildung eines neuen Kabinets getroffen waren. Man erfuhr ſpäter, daß Beckeraths Miniſterium beſonders durch die von ihm geſtellte Forderung einer vollſtändigen Unterordnung Preußens unter die deutſche Centralgewalt geſcheitert ſei. In

der mündlichen Verhandlung schienen die Gründe, welche der angehende Ministerpräsident für seine Forderung entwickelte, den König zu überzeugen, und als beim Abschiede der letztere mit großer Freundlichkeit begehrte, daß der Minister sein Programm schriftlich einreichen möge, schien das Ziel erreicht zu sein. Denn gegen die Annahme des Beschlusses der Nationalversammlung vom 7. September, gegen Auflösung der Garde, Aufhebung der Kadettenhäuser, Annahme des Verfassungsentwurfs, wie er aus der Centralabtheilung hervorgehe, und gegen die Rückkehr des Hofes nach Berlin war nichts erinnert worden. Beckerath kam nach Berlin zurück, und begann (17. und 18. September) die Vorbereitungen zur Bildung seines Ministeriums durch Verhandlungen mit den Parteien der Nationalversammlung. Man hatte sich bereits über die Besetzung der Hauptministerien geeinigt, als statt einer Antwort auf das am Morgen des 18. schriftlich eingereichte Programm, von Potsdam die Nachricht anlangte, daß General Pfuel ein Ministerium gebildet habe. Beckerath und Mevissen reisten am selbigen Tage nach Frankfurt zurück. Die Hoffnung auf ein liberales Ministerium, im Sinne der Kammermajorität, war gescheitert, und bald war die vorübergehende Erscheinung Beckeraths in dem Drange der folgenden Ereignisse vergessen.

Dennoch muß die hiſtoriſche Betrachtung noch einen Augenblick bei ihr verweilen, weil ſie zeigte, was ſelbſt die Mitglieder der alten vormärzlichen Landtagsoppoſition für nothwendig hielten, um Preußen und Deutſchland vor den Schreckniſſen einer neuen Revolution wie vor den Drangſalen einer herandrohenden Gegenrevolution zu retten, und ohne Gewalt und Uſurpation die nothwendigen Reformen durchzuſetzen. Beckeraths Programm war dazu ein letzter Verſuch. Es war zugleich ein letzter Verſuch, das vor dem 18. März Verſäumte nachzuholen, und Preußen dadurch für immer an die Spitze der Geſchichte Deutſchlands zu ſtellen.

Von den verſchiedenen Parteien waren die widerſprechendſten Gerüchte über das Beckerathſche Programm in Umlauf geſetzt worden. Die Nationalzeitung machte denſelben jedoch bald ein Ende, indem ſie ſeinen Inhalt (23. Septbr.) ausführlich mittheilte. Es war der folgende: Beckerath forderte als Baſis eines Miniſteriums, das die Krone vertreten ſollte, Erſtens: die Annahme des Verfaſſungsentwurfs der Commiſſion, alſo Wahl der erſten Kammer ohne Cenſus durch die Vertreter der Gemeinden; ſuspenſives Veto, und Gewährung der Garantieen, welche der Entwurf in Ausſicht ſtellte. Zweitens: Reorganiſation des Heeres durch und mit Herabſetzung der Dienſtzeit für die Infanterie

auf ein, für die Reiterei auf zwei Jahre, Auflösung der Garden und Kadettenhäuser, Aufhebung des besondern Militärgerichtsstandes und Dienstbeförderung nach der Fähigkeit des Soldaten, ohne daß ein besonderer Dienstkursus verlangt werde. Drittens: Ausführung des Beschlusses der Nationalversammlung durch einen Erlaß an die Armee — in demselben Sinne, wie ihn wenige Tage später das Ministerium Pfuel wirklich veröffentlichte. Viertens: Abschaffung der Orden und Titel. Den fünften und letzten Punkt bildete die Forderung, daß Preußen die Souveränität der deutschen Nationalversammlung in allen Angelegenheiten der deutschen Einheit unbedingt anerkenne, und indem es von seiner eigenen Souveränität dasjenige zum Opfer bringe, was die Einheit Deutschlands als Opfer verlange, das königliche Patent vom 18. März, das einen starken und festen deutschen Bundesstaat verheiße, zu einer Wahrheit mache.

„Mit diesem Programme, so schloß die Nationalzeitung, wäre Preußen frei gewesen. Es ist nicht angenommen worden, und über die Folgen wird die Geschichte richten.“

Sie hat gerichtet.

Kapitel III.

Der „Oberbefehlshaber in den Marken“ und sein Armeebefehl.

Wie schlecht der Fabrikherr von Crefeld bei der Aufstellung seines Programms von den in Potsdam herrschenden Stimmungen und Absichten unterrichtet war, konnte schon der einzige Umstand zeigen, daß er über einen gleichzeitig dort geschehenen Schritt, welcher selbst die Möglichkeit einer Befreundung mit den Beckerathschen Forderungen ausschloß, sich in vollkommener Unwissenheit befand.

Dieser Schritt war die Ernennung des General Wrangel zum „Oberbefehlshaber in den Marken“. Sie war erfolgt (15. Septbr.), noch ehe Beckerath in Potsdam angekommen war. An dem Tage, an welchem derselbe Berlin verließ, brachten die öffentlichen Blätter den aus Potsdam vom 17. Septbr. datirten Armeebefehl des neuen Majordomus, dessen in Preußen bisher unerhörte Stellung das Andenken an die Würde und Macht der alten Hausmeier der fränkischen Könige erneuerte. Kein in konstitutioneller Form von einem verant=

wortlichen Minister kontrasignirter Erlaß hatte jene auffallende Ernennung gemeldet. *) Wrangel war sein eigner Verkünder. Die Sprache seines Armeebefehls war die eines mit absoluter Gewalt bekleideten Militärdiktators, der aus eigner Macht Lohn und Strafe verhieß. „Meine Aufgabe ist", also lauteten die Worte des Manifestes, „die öffentliche Ruhe in diesen Landen, da, wo sie gestört wird, wieder herzustellen, wenn die Kräfte der guten Bürger dazu nicht ausreichen. — Es ist ihr eigner Heerd, den sie und ich beschützen sollen." Er wolle zunächst diesen guten Bürgern zur Aufrechthaltung der Ordnung gegen die zur Ungesetzlichkeit verführenden Elemente eine moralische Stütze sein." Eine Warnung an die Soldaten, sich vor fremden Einflüsterungen zu hüten, schloß mit den durchaus im Charakter eines unumschränkten Militärdiktators gehaltenen Worten: Als Beweis, in welchem Grade ich nicht nur für Euer Wohl als Soldat, sondern auch für Euer häusliches Wohl zu sorgen bereit bin, bestimme ich hiermit, daß die durch Einziehung von Reserven auf die Kriegsstärke gesetzten Infanteriebataillone auf 900 Mann vermindert werden, und

*) Erst später erfuhr man, daß allerdings ein verantwortlicher Minister, der General v. Schreckenstein, die Königliche Kabinetsordre vom 13. September gegengezeichnet habe.

binnen kurzem hoffe ich eine abermalige Verminderung derselben bis auf 800 Mann eintreten lassen zu können." *)

Die Sprache dieses Armeebefehls war deutlich; die Absicht der Ernennung selbst unzweifelhaft, die Folgen unabsehbar. Die Presse, welche die Majorität der Nationalversammlung in ihrer letzten Gestaltung vertrat, sprach es mit dürren Worten aus: „ein solcher Schritt, wenn er nicht zurückgethan werde, müsse die Auflösung der Nationalversammlung zur Folge haben. An dieser sei es, ihre Pflicht zu thun. Sie dürfe es nicht dulden, daß ein General an der Spitze eines Armeekorps sich an ihre Stelle setze und sich als die moralische Stütze der guten und gesetzlichen Elemente des Volkes proklamire, daß ein General mit dem Degen in der Faust nach seiner Willkür die Stimme des Volks ersticke oder belebe."

Also lautete das Manifest der Nationalzeitung, mit dem sie das Erscheinen des Armeebefehls begleitete. Noch entschiedener war die Sprache der Organe der Linken. Sie forderten geradezu auf, der

---

*) Diese letztere Stelle des Armeebefehls, in welcher sich der „Oberbefehlshaber in den Marken" in der That an die Stelle des Königs als obersten Kriegsherrn setzte, bezeichnete selbst die im Jahre 1849 erschienene reaktionäre „deutsche Chronik des Jahres 1848 (Berlin bei Hayn) S. 98, als „sonderbar!" —

Gewalt, welche die Maske des Liberalismus abgeworfen habe, wenn es sein müsse, die Gewalt entgegenzusetzen. Plakate der Vereine ermahnten dagegen, gesetzliche Haltung zu bewahren. Keine einzige Stimme der Presse wagte es, den Armeebefehl und die Ernennung Wrangels gut zu heißen. Nur das Organ der Kamarilla, die Neue Preußische Zeitung, begrüßte beide „als die erste That der Regierung seit dem März." Natürlich! Von Verfassung, Volksrechten und Bürgerwehr, von Freiheit und Vaterland war in dem Manifeste des Militärdiktators nicht die Rede, sondern nur von Herstellung der Ruhe, der „ersten Bürgerpflicht" in dem alten Preußen.

Die Aufregung war außerordentlich. Die städtischen Behörden wandten sich durch Deputationen an das Ministerium. Die demokratischen Klubbs waren Feuer und Flamme. Selbst der bescheiden konstitutionelle Klubb ward von der allgemeinen Aufregung ergriffen. Er forderte durch ein Plakat sofortige Veröffentlichung der Instruktionen, welche das Ministerium dem Oberbefehlshaber in den Marken ertheilt habe, und erklärte jedes Einschreiten des Militärs ohne vorhergegangenes Verlangen des Kommando's der Bürgerwehr für eine Verletzung der gesetzlichen Freiheit.

In der That nahm sich auch die Berliner Bür-

gerwehr der bedrohten Freiheit wacker an. Der Kommandeur derſelben verlangte von Wrangel (21. Septbr.) eine Erklärung ſeines Armeebefehls. Die Bürgerwehr ſei in demſelben nicht erwähnt, und eben ſo wenig ſei angedeutet, daß die militäriſche Macht nur dann einſchreiten werde, wenn ſie die dazu geſetzlich nothwendige Aufforderung durch das Kommando der Bürgerwehr oder die Kommunalbehörde erhalte. Wrangel verweigerte jede Auskunft. „Jetzt, da bereits in der Nationalverſammlung über ſeinen Armeebefehl debattirt und entſchieden ſei, fühle er ſich zu einer ſolchen Beantwortung der an ihn gerichteten Fragen außer Stande.“ Er verwieß das Bürgerwehrkommando auf die Erklärung, welche der Kriegsminiſter in der Nationalverſammlung abgegeben habe, indem er hinzufügte, „daß er ſich ſtets im Geſetz bewegen werde“. Das Kommando der Bürgerwehr beruhigte ſich indeſſen dabei nicht, ſondern machte öffentlich bekannt, daß es die nöthigen Schritte gethan habe, um dieſe Angelegenheit weiter zu verfolgen. Auch die ſtädtiſchen Behörden wandten ſich durch eine Deputation an den Miniſterpräſidenten, und baten ihn, die Bevölkerung durch eine Erklärung über den Wrangelſchen Armeebefehl zu beruhigen.

Zu gleicher Zeit ſchritt die Nationalverſammlung ein. Der Abgeordnete Kirchmann interpellirte das

Miniſterium am 22. September über die Ernennung Wrangels und über das Manifeſt des Oberbefehlshabers in den Marken. Zugleich forderte er Auskunft über die maſſenhafte Anhäufung von Truppen vor den Thoren der Hauptſtadt. Der neue Kriegsminiſter Pfuel erwiederte: Die Ernennung Wrangels ſei eine rein militäriſch adminiſtrative Maßregel und in konſtitutioneller Form vollzogen; beſondere Inſtruktionen demſelben aber nicht ertheilt. Der Grund der Truppenzuſammenziehung ſei einfach; man müſſe und wolle bei der in Deutſchland herrſchenden Gährung für alle Fälle Truppen in Bereitſchaft haben. Berlin als Knotenpunkt vieler Eiſenbahnen ſei dazu der paſſendſte Ort, um dieſelbe in nöthigen Fällen nach allen Seiten hin verſenden zu können. Den Armeebefehl endlich verſtehe er nur als eine Ermahnung zur Aufrechthaltung der Ordnung und Disciplin. Uebrigens müſſe man die Worte eines alten Soldaten nicht auf die Goldwage der Geſetzlichkeit legen. Was ihn ſelbſt betreffe, ſo werde er feſthalten an dem Grundſatze: daß das Militär die Inſtanz ſei, die erſt nach der Bürgerwehr komme!“

Lauter Beifall des Hauſes begrüßte dieſe loyale Erklärung des Kriegsminiſters, welche allerdings, wenn auch in mildeſter Form, den diktatoriſchen Erlaß des Oberbefehlshabers der Marken in die geſetzlichen Schranken zurückwieß. Zwar verlangte

die Linke eine deutlichere Erklärung. Allein der Antrag ihres Führers Waldeck auf einfache Zurücknahme des Armeebefehls ward mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Versammlung war in versöhnlicher Stimmung. Sie wollte sich an dem Gewährten genügen lassen.

Und doch war es dem tiefer Blickenden offenbar, daß Pfuel bei Abgabe seiner Erklärung entweder die Nationalversammlung täuschte, oder selbst in einer argen Täuschung befangen war. Wrangels Ernennung stand mit nichten vereinzelt da. Sie bildete nur ein Glied in der Kette des reaktionären Planes, welcher in Potsdam zur Niederwerfung der Freiheit ersonnen war. Man wußte, daß dort für alle Provinzen des Reichs ähnliche Maßregeln wie für die Marken beschlossen waren, deren Ausführung, wie es hieß, nur der Abrath des neuen Ministerpräsidenten verhindert hatte. Schon hatte der General Graf Brandenburg, ein natürlicher Oheim des Königs, welcher das Kommando über die Truppen in der Provinz Schlesien führte, am 21. September eine Bekanntmachung erlassen, welche mit dem Wrangelschen Manifeste vollkommen übereinstimmte, ja den eigentlichen Sinn des letztern noch rückhaltloser aussprach. Namentlich in den Worten: „daß ihm als kommandirender General in der Provinz“ — eine Bezeichnung von

ſehr unzweideutiger Zweideutigkeit — „in Vereinbarung mit dem Königlichen Oberpräſidium die Pflicht obliege, im äußerſten Falle ſelbſt unter alleiniger Verantwortlichkeit die Ruhe und Ordnung überall herzuſtellen", ſtreckte ſich die Löwenklaue der Militärdiktatur handgreiflich hervor. Und was es mit den „geſetzlichen Mitteln", welche der Erlaß erwähnte, auf ſich habe, war jedem einleuchtend, der da wußte, daß es für einen Preußiſchen General von dem Schlage des Grafen Brandenburg nur ein höchſtes Geſetz gab, den Befehl ſeines Königs, und keine höheren geſetzlichen Mittel, als Kugeln und Bajonette.

Was alſo auch der neue Miniſterpräſident erklären mochte, die Thatſache blieb feſt: das politiſche Glaubensbekenntniß, welches die Richtſchnur ſeiner Erklärungen bildete, war himmelweit verſchieden von demjenigen, als deſſen Ausdruck die Manifeſte Wrangels und Brandenburgs hervorgetreten waren. Der Glaube an eine gewaltſame Entſcheidung der Dinge ward immer feſter in den Gemüthern der Menſchen. Immer neue Regimenter wurden nach Berlin und Potsdam herangezogen. Man hörte, daß Offiziere Abſchied von einander genommen auf Leben und Tod. Die Reaktion war klüger als die Revolution. Sie hatte begriffen, daß Berlin allein der Heerd der Bewegung, die eigentliche Stütze der

neuen Freiheit sei, und ließ sich nicht täuschen durch die Bravaden der Klubbs über den Geist der Provinzen und ihre thatkräftige Begeisterung für die Freiheit. Eine solche war fast allein in Berlin vorhanden und zu fürchten. Der König musterte am 23. September einzelne Regimenter, und vertheilte Orden an Offiziere und Soldaten, die sich im dänischen Kriege ausgezeichnet. Ein Tagsbefehl Wrangels vom 24. Septbr. hieß die Truppen um Berlin sich für den nächsten Tag, mit Lebensmitteln auf 24 Stunden versehen, marschfertig halten. *) Es war der Tag, an welchem das Ministerium sich entscheiden sollte, ob es den Beschluß der Nationalversammlung ausführen wolle oder nicht. Das neue freie Preußen lebte und tagte in der Hauptstadt, das alte Preußen aber stand mit Kanonen und brennenden Lunten zum Angriff bereit vor ihren Thoren.

---

*) S. Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung (in Nr. 174 der Nationalzeitung vom 27. Septbr. 1848).

Kapitel IV.

Das Miniſterium Pfuel und die National-Verſammlung.

1. Das erſte Auftreten des Miniſteriums.

Das Miniſterium Pfuel-Eichmann war ernannt. Ein „Miniſterium der bewaffneten Reaktion“ nannten es die Einen, der „halben Maßregel“ die Andern. Beide mit gleichem Rechte.

Beſtehend aus lauter Beamten des alten abſolutiſtiſchen Regiments, ohne allen Boden in der Nationalverſammlung, vorausſichtlich ohne alle Majorität und alſo ohne Einfluß, gebildet gegen allen Brauch konſtitutioneller Entwicklung, nach welchem bei dem Sturze eines Miniſteriums naturgemäß das neue aus dem Schooße der ſiegenden Partei hervorgeht, gegen die Erwartung der überwiegenden Majorität der Nationalverſammlung und des Landes, ſchien ſich dies neue Kabinet ſchon durch die in ihm enthaltenen Namen anzukündigen als ein Miniſterium der Ariſtokratie und Büreaukratie und des Widerſtandes beider gegen die Früchte der Märzrevolution. Die Seele des neuen Miniſteriums war der Miniſter

Eichmann, welcher gegenüber dem Miniſterpräſi-denten und Kriegsminiſter General Pfuel die Stellung Hanſemanns zu Auerswald einnahm. Auf ihm be-ruhte die eigentliche Hoffnung der reaktionären Potsdamer Hofpartei, wie ſich gegen ihn vor allen der Widerwille ſelbſt von conſervativen Mitgliedern der Nationalverſammlung richtete. Seit 1840 war er bekannt als eifriger Förderer religiös-pietiſtiſcher Richtungen, als Mitglied der Miſſions-, Tractätchen- und Judenbekehrungsvereine, ſowie durch ſeine genaue Verbindung mit der einflußreichen Partei, welche die Eichhorn, von Gerlach, von Thiele, von der Gröben, Hengſtenberg, Leo u. a. m. zu ihren Häup-tern zählte. Er hatte früher unter Kamptz, Rochow und Tſchoppe — Namen, an welche ſich die herbſten Erinnerungen aller Vaterlandsfreunde knüpften, in der berüchtigten Mainzer Demagogeninquiſition ge-wirkt, und ruſſiſche Orden hatten Zeugniß ſeiner Wohlgefälligkeit vor dem Czaren gegeben. Kein Wunder alſo, wenn der bisherige Oberpräſident der Rheinprovinz, der intime Vertraute der im März geſtürzten Miniſter Bodelſchwingh und Eichhorn, recht eigentlich als der Fahnenträger des reaktionä-ren Beamtenthums in dem neuen Miniſterium ange-ſehen wurde. Nicht viel feiner war der Ruhm des neuen Miniſters der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Dönhoff. Als ehemaliger Bundestagsge-

ſandter hatte er zu denjenigen Mitgliedern dieſes mit dem Fluche Deutſchlands beladenen Inſtituts gehört, welche in Folge der Beſchlüſſe des Vorparlaments aus dem Bundestage ausſchieden, ehe dieſer ſelbſt ſich in ſein Grab legte.

Zum Miniſter der Finanzen war von Bonin, der Oberpräſident der Provinz Sachſen ernannt, ein Ariſtokrat von alter Familie, und ſtrengbureaukratiſchem Weſen. Auf dem Vereinigten Landtage hatte er der rechten Seite angehört, und ſich keinen parlamentariſchen Ruf erworben. Während der Märztage hatte er ſich in ſeiner Provinz gewandt und energiſch benommen. Trotzdem hegte man dort kein Vertrauen zu ſeiner politiſchen Geſinnung, und als er ſeinen Namen auf die Kandidatenliſte für Frankfurt ſetzen ließ, wurden ihm unter hundertſechsundzwanzig Wahlmännerſtimmen nur fünfe zu Theil. Dennoch hatte er ſich eine politiſche Zukunft offen zu erhalten beſtrebt. In den Wahlmännerverſammlungen, welche er fleißig beſuchte, hatte er kein Bedenken getragen, politiſche Anſichten an den Tag zu legen, welche in dem Munde eines Königlichen Oberpräſidenten unerhört klangen. Er hatte ſich zwar für zwei Kammern, aber zugleich für indirekte Wahlen ohne Cenſus, gegen Einführung eines Standesunterſchiedes in der erſten Kammer, gegen Ernennung einer Anzahl ihrer Mitglieder durch die Krone

und endlich sogar für suspensives Veto erklärt — fast lauter Ansichten, welche kaum ein Jahr später von der Reaktion als die verderblichen Ausgeburten wühlerischer Demokraten betrachtet und verfolgt wurden. Den Ministerpräsidenten und Kriegsminister werden wir weiterhin zu schildern Gelegenheit haben. An dieser Stelle genügt es zu sagen, daß der sonst geachtete Name des greisen Generals seit seiner Thätigkeit in der blutigen Dämpfung der nationalen Bewegungen im Großherzogthum Posen wenigstens kein populärer mehr war. Selbst die ihm günstiger gestimmten hegten doch die Besorgniß, daß er sich auch für Pläne, welche seinen eignen Ansichten fern lagen, als Werkzeug gebrauchen lassen möchte.

Mit einem solchen, obenein unvollständigen Ministerium, zu welchem sich später noch ein Justizminister gesellte, dessen gänzliche Unbekanntheit durch den Spott der Bühne — „wer ist Kisker?" fragte ein beliebter Komiker des Königstädtischen Theaters — zum Sprichworte wurde, wagte man in Potsdam der Nationalversammlung entgegenzutreten in einem Zeitpunkte, wo dieselbe so eben mit großer Majorität unter Zustimmung der ungeheuren Mehrheit selbst des Bürgerthums, ein Ministerium gestürzt hatte, in welchem die Ideen des Konstitutionalismus bei weitem stärker vertreten gewesen waren! Selbst gemäßigte Mitglieder der Nationalversammlung ver-

hehlten es ſich nicht, daß mit einem ſolchen Schritte der Anfang des Endes beginnen, daß mit ihm der Entſchluß zum Aufgeben des konſtitutionellen Princips von dem Hofe gefaßt ſein mußte, und daß es ſich fortan nur noch darum handle, durch die geöffnete Pforte des Scheinkonſtitutionalismus mit guter Manier die Rückkehr zu dem Weſen des alten vormärzlichen Abſolutismus zu unternehmen.

Die Beſtürzung, der Unwille, die Erbitterung waren allgemein. Noch war das neue Miniſterium nicht in der Nationalverſammlung erſchienen, als ſchon in den Parteiverſammlungen der Majorität der Gedanke laut wurde, demſelben ſofort mit einem Mißtrauensvotum entgegenzutreten. Es ſei offenbar, daß die Krone den Bruch wolle. Wäre es ihr ein Ernſt, ſich mit der Verſammlung zu vereinbaren, ſo würde ſie zu ihren Unterhändlern, — denn dies ſei die Stellung der Miniſter einer konſtituirenden Verſammlung gegenüber — Männer gewählt haben, welche das Vertrauen beider vereinbarenden Theile beſäßen. Wer in ſolchem Falle abſichtlich das Entgegengeſetzte thue und der andern Partei einen Bevollmächtigten ſende, dem ſie ſeiner Vergangenheit wegen zu mißtrauen gezwungen ſei, der müſſe offenbar den Verdacht erregen, als ob er den Vergleich nicht zu Stande bringen *wolle*, ſondern nur Gelegenheit ſuche, die Schuld des ihm erwünſchten

Bruches von sich ab und auf den andern zu wälzen. Besser also sei es, nicht unnütz Zeit mit erfolglosem Verhandeln zu verlieren, und dem Unvermeidlichen fest ins Auge zu blicken.

Diese Ansicht erschien nur allzuwohl begründet, der daran geknüpfte Entschluß nur zu sehr durch die Umstände gerechtfertigt. Daß es zum Bruche kommen mußte, daß die Krone „den Anfang zum Aufgeben des konstitutionellen Prinzips mit der Ernennung dieses Ministeriums gemacht habe", *) mußte selbst der Mann zugeben, der jenen Entschluß, welcher vielleicht den folgenden Dingen eine andere Gestalt gegeben hätte, mit dem ganzen Gewichte seines Einflusses bekämpfte. Dieser Mann war der Abgeordnete Hans Victor von Unruh, bald der letzte Präsident der ersten Preußischen Nationalversammlung, ein Mann, dessen Namen die Geschichte zu den ersten Zeugen Preußischen Bürgermuthes zählen wird. Unruh war einer von denjenigen Mitgliedern der Nationalversammlung, welche bei allen Parteien die entschiedenste Achtung genossen. Ein Charakter voll Energie und Thatkraft, mit Besonnenheit und Klugheit gepaart, von rastloser Thätigkeit und doch ohne persönlichen Ehrgeiz, ein Anhänger des Monarchismus aber voll warmer Liebe für die Frei-

*) Siehe Unruh Skizzen zu Preußens neuester Geschichte. S. 73.

heit seines Volks und darum ein Vertheidiger des ehrlichen Konstitutionalismus gegen die Heuchelei der Scheinkonstitutionellen, aus alter soldatischer Adelsfamilie, aber in seinem innersten Wesen einem freien gleichberechtigten Bürgerthume huldigend, kein Idealist, aber der Begeisterung fähig und ihres Ausdrucks mächtig, von hellem Blicke in die Lage der Gegenwart, und mit dem Volke vertraut, aber eben darum ohne Selbsttäuschung über die vorhandene Kraft des Freiheitsmuthes und der ausharrenden Energie in einem eben erst aus langer Unmündigkeit wie durch ein Wunder befreiten Volke, — so war Unruh ganz der Mann, dessen Stimme in dem gegenwärtigen Zeitpunkte Gehör finden mochte. „Noch habe die feindliche Partei nicht den Muth, offen zu brechen; sie suche dazu nur eine Gelegenheit, welche sie als die angegriffene erscheinen lasse, weil sie wohl wisse, daß bei einer solchen Stellung der Dinge derjenige in Nachtheil komme, welcher zuerst angreife. Noch habe die Versammlung wenig Positives geleistet, aber viele wichtige Gesetze seien vorbereitet. Der Verfassungsentwurf sei im Begriff, von den Abtheilungen an das Plenum zu gelangen. Die Versammlung müsse suchen durch Berathung von Gesetzen der Freiheit zu nützen und dadurch mehr Boden im Volke zu gewinnen. Ruhige Besonnenheit sei jetzt vor allem nöthig. Durch Kritik der Maßregeln,

nicht der Personen des neuen Ministeriums müsse die Versammlung diesen Boden befestigen, und sich nicht dem Vorwurfe aussetzen, daß bei dem Bestreben Ministerien zu stürzen nur der Ehrgeiz nach Ministerstellen vorwalte.

Diese Ansicht gewann die Oberhand. Ein Beweis, wie sehr es der Nationalversammlung darum zu thun war, das Werk der Umgestaltung Preußens auf friedlichem Wege zu Stande zu bringen, und zugleich ein großartiger Akt selbstverläugnender Mäßigung, selten in einer so großen von so vielen Leidenschaften bewegten Versammlung, gegenüber der drohenden Gefahr. Zwar mochte bei vielen der frische Eindruck der Frankfurter Septemberemeute (18. September) auf solche Mäßigung hinwirken, wie er sicherlich den Muth und die Hoffnungen der Preußischen Reaktion verstärkt hatte. Dennoch aber lehrte die Folge, daß der Kampf der Entscheidung, unvermeidlich wie er war, im gegenwärtigen Augenblicke von der Nationalversammlung in Berlin mit weit mehr Aussicht auf Erfolg unternommen werden konnte, wenn sie den ihr am 22. September hingeworfenen Fehdehandschuh aufgenommen hätte.

Sie that es nicht. Sie versuchte noch einmal den Weg der Verständigung, so wenig ihr auch die gesendeten Wegweiser Vertrauen einflößten. Am 22. September erschien das neue Ministerium in der

Nationalverſammlung. Sein Programm lautete friedlich. Das Miniſterium ſei „feſt entſchloſſen, auf dem betretenen konſtitutionellen Wege zu verharren, die erworbenen Freiheiten zu bewahren, alle reaktionären Beſtrebungen zurückzuweiſen, und in allen Zweigen des öffentlichen Dienſtes, im Civil wie im Militär“ — ein bedeutungsvoller Zuſatz im Munde eines Preußiſchen Generals — „für Befolgung der konſtitutionellen Grundſätze Sorge zu tragen. Die Rechte und Freiheiten des Volks werde man heilig halten, wie die Rechte und Würde der Krone.“ Das Programm empfahl Beſchleunigung des Verfaſſungswerks, geſtand aber auch zu, daß die Kreis- und Bezirksordnung, dieſer Grundſtein der Verfaſſung, durch die Schuld der früheren Miniſterien immer noch fehle, und verſprach dieſes Verſäumniß durch ſchleunige Vorlage jenes dringend nothwendigen Geſetzes wieder gut zu machen. Das Verſprechen war ſo gut, daß es verdient hätte, gehalten zu werden.

Dies Programm war beſſer, als man es erwartet hatte. Die Verſammlung beſchloß die ſchleunige Veröffentlichung durch den Druck, um die beunruhigenden Gerüchte zu beſchwichtigen, welche darüber in der Hauptſtadt umliefen. Man hatte dort bereits eine viel ſchärfere Erklärung des neuen Miniſteriums verbreitet. Das war nicht ganz ohne Grund

geſchehen. Wohl unterrichtete Mitglieder der Nationalverſammlung hatten in Erfahrung gebracht, daß in Potsdam ein viel ſtärker lautendes Programm verfaßt geweſen, und daß die Stelle, in welcher die Verſammlung zurecht gewieſen und bedroht wurde, auf Pfuels Zureden erſt Abends zuvor geſtrichen ſei. Mitglieder des Junkerparlaments hatten bereits am 18. September ein ſehr kräftiges Programm, und für den Fall eines Konflikts mit der Nationalverſammlung deren Auflöſung und die Oktroyirung einer Verfaſſung durch die Krone verkündet.

Unter dem günſtigen Eindrucke des Pfuelſchen Programms nahm, wie wir im vorigen Kapitel geſehen haben, die Kirchmannſche Interpellation über Wrangels Ernennung und Armeebefehl gleichfalls einen friedlichen Verlauf. Die Verſammlung begnügte ſich mit der Erklärung des Miniſterpräſidenten, daß Wrangel unter ſeinem Befehl ſtehe. Sie ließ ſich die ausweichende Antwort des Kriegsminiſters über den Wrangelſchen Armeebefehl gefallen. Sie verwarf in ihrer Freude über den unerwarteten Liberalismus des gefürchteten Miniſteriums den Waldeckſchen Antrag auf Zurücknahme des drohenden Manifeſts. Sie beſchloß endlich in derſelben Sitzung auf Antrag der Abgeordneten von Berg und Bloem mit 238 gegen 77 Stimmen eine ſtarke Erklärung gegen die Frankfurter Septemberemeute, und forderte

die Regierung auf, die Centralgewalt kräftig zu unterstützen. Der Ministerpräsident erwiederte, daß er bereits die gesammte Preußische Militärmacht am Rheine der Centralgewalt zur Verfügung gestellt habe, ja daß schon vor seiner Verfügung der Kommandant des achten Armeekorps einen ähnlichen Schritt gethan habe. Was wollte man mehr?

Und so hoffnungsblau schien der Himmel über der Nationalversammlung geworden, daß man bei einem Haare in dieser Sitzung das Wichtigste vergessen hätte: das neue Ministerium zu fragen, wie es sich in der Angelegenheit zu verhalten gedenke, welche den alten Ministern ihre Stellen gekostet, und den neuen die ihrigen gegeben hatte, nämlich zu dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 7. September! Als der Abgeordnete Pax das Ministerium darüber befragen wollte, stellte die Rechte (Baumstark) den Antrag auf Schluß der Sitzung, und erhob einen wilden Lärm, als der Präsident die Interpellation vorher zu verlesen sich anschickte. Besonders war es Herr Hansemann, der sich gegen die Linke und ihr Bestreben, „die Versammlung in einem fort mit Interpellationen zu regaliren", in so beleidigender Weise äußerte, daß er zur Ordnung gerufen werden mußte. Die Frage ward indeß gestellt. Obgleich aber jedermann erwarten mußte, daß das neue Ministerium gerade über diese Lebens-

frage schon vor seinem Eintritte Beschluß gefaßt habe, erbat sich doch der Ministerpräsident zur Beantwortung derselben drei Tage Bedenkzeit, welche ihm die Versammlung bereitwillig gewährte. Es war offenbar: die Krone hatte den Bruch mit der Nationalversammlung als sicher erwartet, auch ohne daß der Beschluß der Nationalversammlung über den Steinschen Antrag zur Sprache komme. Sie hatte eben deshalb den Ministerpräsidenten mit keiner Instruktion versehen.

Das drohende Ungewitter schien verzogen. Die Nationalversammlung athmete auf. Nur die vereinzelte Wetterwolke des Steinschen Antrages stand noch am politischen Himmel. Die Majorität wünschte offenbar die Beseitigung auch dieses Konflikts. Aber dennoch schien es selbst der gemäßigten Partei des Centrums der Würde der Nationalversammlung ungemäß, darüber mit dem Ministerium eine Verhandlung anzuknüpfen. Es sei Pflicht des letzteren, die Annäherung zu suchen; dann wolle man gern auf halbem Wege entgegen kommen.

Der Führer des Centrums, welcher den ersten Zusammenstoß verhindert hatte, übernahm auch hier die Rolle des Vermittlers. Diesmal auf eigene Hand. Er verfaßte noch in derselben Nacht einen Erlaß des neuen Kriegsministers an die Korpskommandanten zur Veröffentlichung an die Offiziere, in

welchem er dem Inhalte eine Form zu geben ſuchte, welcher die Nationalverſammlung befriedigen konnte, ohne die Ehre der Armee zu verletzen. Dieſer Entwurf wurde dem Kriegsminiſterium mitgetheilt. Man bezweifelte dort, ob ein ſolcher Erlaß, der allerdings der Armee in keiner Art zu nahe trete, auch der Verſammlung genügen werde, und ließ fallen, daß man eine Ausgleichung in dieſer Sache überhaupt nicht mehr für möglich gehalten habe: ein ſchlagender Beweis dafür, daß man in Potsdam bei der Ernennung des neuen Miniſteriums mit Sicherheit auf den Ausbruch des Konflikts gleich in der erſten Sitzung der Nationalverſammlung gerechnet hatte.

Unruh verſicherte das Gegentheil. Nehme man dieſen Entwurf an, ſo verbürge er, obſchon er über ſeinen Schritt mit Niemandem geſprochen habe, eine ſtarke Majorität, vielleicht die Einſtimmigkeit der Nationalverſammlung.

Ein Miniſterrath wurde noch an demſelben Tage (23. September) berufen, und der Entwurf angenommen. Kuriere trugen ihn ſchon am Morgen des folgenden Tages als Erlaß des Kriegsminiſters an die kommandirenden Generale der Provinzen.

Der 25. September kam heran. Ganz Berlin ſah dem Tage der Entſcheidung in fieberhafter Spannung entgegen. Eine Deputation des Magiſtrats

und der Stadtverordneten erschien bei dem Minister-präsidenten (24. Septbr.). Pfuel versprach ihre Wünsche dem Könige vorzulegen, und wenn es Noth thue, der Deputation selbst eine Audienz zu verschaffen. Er erklärte, daß sein Ministerium gesonnen sei, mit der Nationalversammlung zu gehen. Er selber habe in seinem hohen Alter sein schweres Amt nur aus Liebe zum Vaterlande übernommen, und werde es sofort niederlegen, wenn man ihm anmuthete, den konstitutionellen Weg zu verlassen. Auch über den Wrangelschen Armeebefehl gab er die beruhigende Versicherung: daß an ein Einschreiten des Militärs, ohne die gesetzlich nothwendige Aufforderung des Magistrats oder der Bürgerwehr, nicht zu denken sei.

Unruh's Wort traf ein. In der Sitzung vom 25. September verlas der Kriegsminister den Entwurf, — dessen Entstehung allen ein Geheimniß war. Lauter Beifall von allen Seiten des Hauses begrüßte denselben. Und als selbst die Mitglieder, welche jenen Antrag gestellt, sich vollkommen befriedigt erklärten, und der Abgeordnete Stein auf Schluß der Debatte antrug, ward ihm selbst von der Rechten ein ehrender Beifall zu Theil. Die ganze Versammlung erhob sich von ihren Sitzen, der Schluß der Debatte ward einstimmig angenommen. Es war ein seltenes und darum herzerhebendes Schauspiel.

Die Bevölkerung, welche das Haus in düsterer Erwartung umstanden hatte, zerstreute sich, als sie die Entscheidung erfahren hatten, und wogte freudig durch die Straßen. Die Konstablermassen, welche der Polizeipräsident ungesetzlicherweise um und in das Haus postirt hatte, waren schon beim Beginne der Sitzung auf den Befehl des Präsidenten der Nationalversammlung entfernt worden. Der gefürchtete Tag verlief ruhig, obschon es für den Fall einer abweisenden Antwort des Ministeriums an Vorbereitungen zum Kampfe nicht gefehlt hatte. Und so sehr Geheimniß war die plötzliche Wandlung des Entschlusses, welchen Pfuels Einfluß zu Potsdam bewirkt hatte, daß am Abende vor der Erklärung des Ministerpräsidenten in der Nationalversammlung selbst der Polizeipräsident von Berlin noch ganz bestimmt auf eine Weigerung der Krone, den Beschluß der Nationalversammlung zu vollziehen, und in Folge dessen auf einen allgemeinen bewaffneten Aufstand der Hauptstadt gefaßt war. *) Viele Familien hatten aus Furcht vor dem unvermeidlich scheinenden Ausbruche des Bürgerkriegs die Stadt verlassen. Um so allgemeiner war die Freude über den friedlichen Ausgang.

Die Freude der Nationalversammlung, der Jubel

---

*) Den Beweis dafür weiter unten.

des Volks über diesen Ausgang waren begründet. Die Sache des Rechts, das Prinzip der Demokratie hatten einen unblutigen, aber entschiedenen Sieg davon getragen. Das abgetretene Ministerium Hansemann=Auerswald hatte noch nach seinem Sturze eine Niederlage erlitten. Es hatte die Demüthigung erfahren müssen, daß ein Akt, den die Vorkämpfer der alten Opposition, die Minister, welche die Märzrevolution anerkannt, erst vor vierzehn Tagen für unvereinbar mit dem konstitutionellen Prinzip durch ihren eignen und durch den Mund der Krone erklärt hatten, jetzt von den Dienern des im März gestürzten Ministeriums Bodelschwingh=Eichhorn für wohl vereinbar mit der konstitutionellen Monarchie erklärt und vollzogen wurde. Schmählicher, so schien es, war nie ein Ministerium enttäuscht und gedemüthigt worden. Herr Hansemann, der noch am 22. September eine Lobrede am Grabe seines „Ministeriums der That“ Angesichts der Erben desselben gehalten und darin seine freudige Hoffnung ausgesprochen hatte, das neue Ministerium überall auf dem Wege des alten zu sehen — er sah sich jetzt in dieser Hoffnung betrogen, und auch von Potsdam verlassen. Die Demüthigung schien vollständig. Ein aristokratisch=büreaukratisches Ministerium erklärte für konstitutionell und heilsam, was der Minister des Liberalismus als „den Untergang von Preußens Stern“

bezeichnet hatte. *) Und die Krone, welche noch vor vierzehn Tagen die Ansicht des alten Ministeriums als die ihrige erklärt hatte, fügte sich jetzt stillschweigend dem Willen der Volksvertretung und der Einsicht des neuen Ministeriums! Was konnte den getäuschten Mann trösten bei solchem Schicksale, wenn nicht ein Gedanke, zu dem er seine guten Gründe haben mochte; der Gedanke, den man in den Zügen seines lächelnden Gesichts lauern sah: daß „aufgeschoben nicht aufgehoben sei".

2. Stellung des Ministeriums zur Krone und Nationalversammlung nach der Ausführung des Stein'schen Antrags.

Vor der Hand schien indessen der erste und schwerste Schritt zur Lösung des Conflikts zwischen Krone und Volksvertretung geschehen. Der Armeeerlaß des Ministerpräsidenten, welcher „alle antikonstitutionellen Bestrebungen als unverträglich mit der Stellung eines Preußischen Offiziers", und das Heer als den Schutz der freien Entwicklung Preußens bezeichnete, hatte die Weigerung des abgetretenen Mi-

*) Der Abgeordnete Stein: „Ich freue mich aussprechen zu können, daß das Ministerium die Beschlüsse der hohen Versammlung in dem Sinne ausgeführt hat, daß sie für erledigt gelten können, und freue mich, daß das Ministerium diese Beschlüsse für konstitutionell hält, welche das abgetretene Ministerium für unkonstitutionell erklärte." (Lauter Beifall auf der Rechten.)

niſteriums feierlich zurückgenommen, und der Nationalverſammlung durch Anerkennung des von ihr aufgeſtellten Grundſatzes die den Vertretern eines freien Volks gebührende Achtung erwieſen. Er hatte zugleich die ungeſchickte und verfaſſungswidrige Hineinziehung des Königs in den Streit der Miniſter und der Volksvertretung beſeitigt, und die perſönliche Anſicht des Herrſchers in wahrhaft konſtitutioneller Weiſe als dem Willen der konſtituirenden Volksvertretung und der Einſicht ſeiner Räthe ſich unterordnend hingeſtellt.

Pfuels guter und ohne Zweifel ehrlich gemeinter Rath hatte dieſe Nachgiebigkeit herbeigeführt. Die Umſtände hatten das ihrige gethan, dieſen Rath zu verſtärken. Die Stimmung der Hauptſtadt hatte ſich entſchieden für die Nationalverſammlung ausgeſprochen. Die geſammte Bürgerwehr der Hauptſtadt, alle Klubbs, Vereine und Volksverſammlungen hatten in einmüthiger Begeiſterung erklärt, „dem erſten demokratiſchen Principe, der Achtung vor dem Willen des geſammten Preußiſchen Volks, ſei mit allen Kräften Geltung zu verſchaffen.“ *) Selbſt Magiſtrat und Stadtverordneten hatten ſich in gleicher Weiſe ausgeſprochen. Nie war ſeit den Märztagen

*) Man ſehe die Plakate des Bürgerwehrkommandos ꝛc. in den Berliner Zeitungen vom 25. September 1848.

Berlin einiger, nie begeiſterter geweſen, für die Sache der Freiheit einzuſtehen. „Die Nationalverſammlung, die Vertreterin der Volksrechte, iſt dem Schutze des Berliner Volks, alſo auch dem unſrigen anvertraut. Gegen jeden Verſuch ſie einzuſchüchtern oder zu zerſprengen, er komme von welcher Seite er wolle, rechne ich auf Ihren Beiſtand!“ hatte Rimpler ſeiner Bürgerwehr zugerufen. Und lauter Jubel hatte dieſe Aufforderung begrüßt. Die Beſorgniß vor dem Ernſte dieſer Stimmung, welche im ganzen Lande und ſelbſt in Stettin, der Hauptſtadt der „Preußiſchen Vendée“, allgemeinen Widerhall fand, verfehlte ihre Wirkung nicht auf das Gemüth des Königs. Sie ließ den Ausgang eines Kampfes mehr als zweifelhaft, die Folge einer Niederlage unberechenbar erſcheinen. Dazu kam die friſche Kunde von dem republikaniſchen Aufſtande in Baden (21. Septbr.), die bedrohliche Lage der Dinge in Oeſterreich und Ungarn, ja ſelbſt die Haltung des Frankfurter Parlaments, das (23. Septbr.) die Abſcheuanſprache an die Nation über die Schilderhebung des 18. September verworfen hatte. Alle dieſe Erwägungen waren mehr als hinreichend, einen Charakter zur Nachgiebigkeit zu ſtimmen, der es nicht liebte, aus der Neſſel Gefahr die Blume Sicherheit zu pflücken. Daß es dennoch eine Partei gab, welcher die „Caudiniſchen Gabeln“ durch die

ihrer Ansicht nach das Ministerium zu gehen ermächtigt war, als eine Schmach empfand, und um jeden Preis einen gewaltsamen Zusammenstoß auch selbst an diesem Tage herbeizuführen strebte, bewiesen die Versuche, das Volk zum Bau von Barrikaden aufzuhetzen, hinter denen von der Bürgerwehr — ein Mitglied des Treubundes, der Graf Bresler, gefangen genommen wurde. *) Der Oberbefehlshaber der Bürgerwehr hatte in seiner Ansprache an die Bevölkerung Berlins nicht vergebens gewarnt, daß es eine Partei gebe, welche „nichts sehnlicher herbeizuführen wünsche, als eine Gelegenheit zum Einschreiten der Militärgewalt, um dadurch Preußen aufs Neue dem alten Absolutismus in die Arme zu werfen."

Es war außer allem Zweifel, daß man in Potsdam bei der Abweisung Beckeraths einen ganz andern Operationsplan im Auge gehabt hatte, als derjenige war, zu welchem sich ein Mann wie Pfuel verstehen wollte. Nicht nur der Wrangelsche, sondern auch Brandenburgs Armeebefehl vom 21. Septbr. waren ohne Vorwissen des neuen Ministerpräsidenten erlassen. Wenigstens erklärte derselbe auch bei dem

---

*) Man sehe über diesen „unangenehmen Vorfall", wie ihn der Polizeipräsident in einem amtlichen Schreiben bezeichnete, Kapitel VI. und VII.

letzteren noch am 25. September in der Nationalversammlung, daß ihm derselbe gänzlich unbekannt, und daß er daher die an ihn von der Linken gerichtete Interpellation erst in acht Tagen beantworten könne. Die Versammlung ergab sich darin. Sie war in versöhnlicher Stimmung, zumal da der Justizminister auf eine Anfrage der Linken gemeldet hatte, daß die langhinausgezauderte Bestätigung des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit endlich gewährt und dessen Bekanntmachung in den nächsten Tagen zu erwarten sei. „Wir haben eine Verhandlung gehabt, über die der Genius des Vaterlandes versöhnend geschwebt hat!“ Mit diesen Worten beantragte der Vicepräsident der Versammlung den von allen Seiten gewünschten Schluß der Sitzung des 25. September. Man wollte nicht durch andere Berathungen, — es lag das Bürgerwehrgesetz vor — den Eindruck trüben. Die Sitzung ward geschlossen. Auch die Abtheilungen feierten den Tag des Friedens und der Versöhnung. Ihre Berathungen sollten heute aus demselben Grunde ausgesetzt sein. Der Genius Preußens und der Hohenzollern schien wirklich versöhnend über der Versammlung zu schweben. Es war das letzte mal.

Zwar das Manifest des General Brandenburg störte den Frieden noch nicht, obschon Pfuel (2. Octbr.) einen Schritt für gerechtfertigt erklärte, für den im

konſtitutionellen England ein General aus dem Dienſte entlaſſen worden wäre. *) Die Verſammlung wollte den Frieden nicht ſtören ohne die dringendſte Noth. Während kommandirende Generale auf eigene Fauſt in Armeebefehlen und Manifeſten die „ſchlechten Bürger“ mit Militärdiktatur bedrohten, oder wegen eines unbedeutenden Krawalls eigenmächtig über große Städte wie Köln den Belagerungszuſtand verhängten und alle Freiheiten und Rechte des Volks ſuspendirten, verwarf die Kammer einen Antrag, welcher vorſchlug, den Kommandeur der Bürgerwehr zu ermächtigen, im Falle die Verfaſſung bedroht werde, gleichfalls ſelbſtſtändig einzuſchreiten. Selbſt die offenbare Geſetzwidrigkeit der in Köln angewandten Suspendirung aller Grundrechte, der ganzen Preſſe und des Vereinsrechts durch die Willkür eines Generals ward durch motivirte Tagesordnung vertuſcht. Die Centren unter Unruhs Vorgang gaben auch hier den Ausſchlag. Und dennoch hatte der Heißſporn der Verſammlung, der kleine ſcharfzüngige D'Eſter prophetiſch ausgerufen: „Proklamiren Sie hier die Tagesordnung, ſo proklamiren Sie die Militärherrſchaft, ſo geben Sie jedem

*) Vgl. die Kritik dieſer Bekanntmachung des General Brandenburg, welche ſelbſt die Geſetze des alten abſolutiſtiſchen Preußens verletzte, bei v. Unruh Skizzen S. 76 — 77.

General das Recht, auf einen Krawall hin Vereinsrecht und Preßfreiheit aufzuheben und die Nationalverſammlung aus einander zu jagen!“ Die Rechte lachte laut. Der heißblutige Rheinländer fuhr auf. „Sie lachen, wo es ſich um Zerſtörung der Grundrechte des Volks handelt? Es wird eine Zeit kommen, wo ſie nicht lachen werden!“ Sie kam nur allzubald.

Zunächſt freilich ſah es nicht darnach aus. Das Miniſterium ſchien vom beſten Willen beſeelt. Pfuel und Bonin wurden in Potsdam von der Hofpartei laut als Abtrünnige geſcholten, in denen man ſich bitter getäuſcht habe. Hatte doch der Finanzminiſter (29. Septbr.) in der Nationalverſammlung ausgeſprochen: „daß ihm das Geſetz vom 6. April“, der Grundſtein des neuen Preußens, „heilig ſei“. Hatte er doch unter lautem Beifall aller Seiten des Hauſes ausgerufen: „Wir ſind kein Miniſterium der Reaktion, wie man uns ſchilt. Wir werden mit aller Entſchiedenheit die Rechte des Volks ſchirmen, und wo dieſe angegriffen werden ſollten, da wo das Recht des Volks gefährdet wird, da werden wir es mit aller Kraft zu ſchützen wiſſen!“ Ja auch an direkten Conzeſſionen ließen es die dankbaren Miniſter nicht fehlen. Der Finanzminiſter erklärte (25. Septbr.) unter allgemeinem Beifall: daß er die ſchnelle Löſung der bäuerlichen Laſten und der Grundſteuerfrage,

für dringend nothwendig erachte; und selbst der Minister des Innern zeigte an: das Ablösungsgesetz sei fertig und solle nächstens vorgelegt werden. Die Nationalversammlung beschloß (30. Septbr.) alle Prozesse wegen streitiger Grund- und Gewerbelasten zu sistiren. Die Reaktion sah sich, so schien es, von ihrem eignen Ministerium verlassen!

Von da ab änderte sich die Taktik der Reaktion und Kamarilla. Sie konnten das bureaukratisch-militärische Ministerium, das sie selber der Nationalversammlung aufgedrungen hatten, unmöglich schon jetzt und deßhalb fallen lassen, weil es eben konstitutionell gehandelt hatte. Man beschloß also das Ministerium auf anderem Wege zu benutzen und abzunutzen.

Der Operationsplan, welchen man hierbei befolgte, war dieser: direkte Zugeständnisse im größten Umfange, und indirekte Herbeiführung des gewaltsamen Konflikts.

Mit den ersteren wollte man die Meinung der Mittelklassen gewinnen für den letztern. Man wollte sagen können: Seht! mit solcher Nachgiebigkeit sind wir der Nationalversammlung entgegengekommen, solche Opfer hat die Langmuth der Krone gebracht, und dennoch keine „Ruhe und Ordnung!“ Friedrich Wilhelm IV. selbst verrieth, ohne es zu wissen, diesen geheimsten Gedanken der Reaktion, als er in seiner Kabinetsordre an die Stadtverordneten von

Berlin (18. October), wenige Tage vor dem entscheidenden Schlage gegen die Nationalversammlung sich rühmte, daß er „in aller Langmuth den Ausdruck jeder Gesinnung habe zu Stande kommen lassen", um sein Volk zu prüfen, ob es reif und vorbereitet für die „wahre Freiheit", und ob die Zeit gekommen sei, den Sinn für dieselbe, durch die nöthige „Anregung" zu entfalten. *)

Der erste Schritt zur Ausführung jenes Planes war, daß man das Ministerium weder ganz noch theilweise zu einem Kammerministerium umschuf. Das Ministerium blieb; es blieb, obschon es auch bei der Krone fortwährend auf Hindernisse stieß. Es blieb, obschon es in der Nationalversammlung, mit welcher es die Verfassung und die wichtigsten Gesetze berathen sollte, ohne Majorität und darum ohne Einfluß

*) „Mit wahrer Freude habe ich an meinem Geburtstage den Ausdruck treuer Gesinnung von den Vertretern meiner lieben Vaterstadt entgegen genommen. — Ja! Ich will, wie Ich es immer als Meine schönste und heiligste Aufgabe erkannt habe, Mein getreues Volk zur wahren Freiheit führen. Darum habe ich seine Vertreter berufen; darum in aller Langmuth den Ausdruck jeder Gesinnung zu Stande kommen lassen, und Ich habe — erkannt, daß der Sinn für Ordnung und Gesetzlichkeit, wie für wahrhaft deutsche Sitten und Einrichtungen bei dem größten und besten Theile Meines Volks noch nicht erloschen ist, sondern nur der Anregung bedarf, um sich zum Segen aller zu entfalten. So wollen Sie denn fernerhin im festen Vertrauen zu Mir stehen, und sich nicht beirren lassen." (Sanssouci 18. Octbr. 1848.)

war. Es verharrte auf ſeinem Poſten, obgleich es eingeklemmt zwiſchen Kammer und Kamarilla die Linke immer mehr wachſen, das linke Centrum ſich immer entſchiedener vom Centrum trennen und ſo den Riß in der Mitte der Verſammlung ſich täglich klaffender erweitern, die Möglichkeit der Bildung einer konſtitutionell-monarchiſchen Majorität immer mehr ſchwinden ſah. So ging es wie es bei ſolcher Lage der Dinge gehen konnte. Die Krone, das Miniſterium, ſelbſt die einzelnen Miniſter, die Nationalverſammlung endlich und ihre einzelnen Fraktionen, — jeder ging ſeinen eignen Weg. Das gemeinſchaftliche Band, der verbindende Kitt eines Kammerminiſteriums fehlte. Daraus konnte nichts Gutes kommen. *) Die Majorität, welche ein Kammerminiſterium für ſich hätte ſchaffen ſollen, bildete ſich jetzt von ſelbſt, ohne Einfluß eines ſolchen. Sie mußte eine antiminiſterielle ſein. Das Gegentheil wäre geradezu ein Wunder geweſen.

---

*) Vgl. Unruh a. a. O. S. 77 — 79.

Kapitel V.

Beschlüsse und Haltung der Nationalversammlung unter dem Ministerium Pfuel-Eichmann.

Schon der 28. September brachte den ersten Konflikt. Mit einer ungeheuren Majorität hatte die Nationalversammlung fast zwei Monate früher (9. August) die Abschaffung der Todesstrafe beschlossen. Nur 37 Abgeordnete hatten gegen diesen Beschluß gestimmt. Jetzt zeigte der Justizminister an: der König habe die Bestätigung des Gesetzes geweigert. Man müsse erst die allgemeine Justizreform und zugleich die Beschlüsse des Frankfurter Parlaments abwarten. Daß in Frankfurt die Aufhebung der Todesstrafe für politische Verbrechen bereits beschlossen war, schien dem Justizminister wie der Versammlung unbekannt zu sein.

Die Souveränitätsfrage erneuerte sich also auch hier, und das Ministerium hatte wieder nicht den Muth, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Es war und blieb der alte Kampf des Princips der konstitutionellen Volksvertretung mit der absoluten Willkür, welche jedes Gesetz in Frage stellen konnte, und

jedes in Frage zu ſtellen gewillt war, welches eine der Stützen des alten Abſolutismus zu brechen drohte. Es kam nur darauf an, ob ſie ſich ſtark genug dazu fühlte, dem Triebe der Selbſterhaltung die Kraft der That zu geben. Dazu ſchien indeß die Zeit jetzt noch nicht gekommen. Man fand daher in Potsdam einen Ausweg. Am 13. Oktober brachte eine königliche Botſchaft einen neuen Geſetzentwurf, welcher zwar die Todesſtrafe im Allgemeinen abſchaffte, aber für Kriegs- und Belagerungszuſtände die alten „beſtehenden Geſetze" in Kraft erhielt. Dieſer Zuſatz war bedeutſam. Er zeigte, daß man an die rettenden Thaten des November dachte, und die Anführung der „beſtehenden Geſetze" deutete an, wie man deren Ausführung ſich vorſtellen mochte. Durch dieſen Schritt wollte man das Geſetz der Nationalverſammlung noch einmal zur Discuſſion bringen oder ſich demſelben wenn möglich ganz entziehen. Der Entwurf wurde an die Centralcommiſſion zur Begutachtung überwieſen. Die Nationalverſammlung zeigte ſich auch hier nachgebend. Sie beſtand nicht auf der Ausführung ihres erſten Beſchluſſes.

Eine Sitte alter Zeiten hieß den zum Tode Verurtheilten vor der Vollſtreckung des Urtheils noch die letzten Wünſche gewähren. In dieſer Lage befand ſich die Preußiſche Nationalverſammlung unter dem

Miniſterium Pfuel-Eichmann. Sie war bereits in Potsdam heimlich zum Tode verurtheilt. Darum gewährte man ihr mit großer Liberalität noch allerhand letzte Wünſche. Man ließ ſie ungehindert die radikalſten Beſchlüſſe faſſen, ohne daß das Miniſterium, auch wenn es gegen dieſelben ſtimmte, aus irgend einem derſelben eine Kabinetsfrage gemacht hätte. Der Liberalismus dieſes neuen Miniſteriums ſchien oft geradezu unbegreiflich. Sein erſter Akt war die Misbilligung Wrangels geweſen. Sein zweiter Akt war die Publikation der Habeaskorpusacte. Sein dritter der Erlaß an die Armee; ſein vierter die Aufhebung des Belagerungszuſtandes von Cöln (4. Oktober). Die Nationalverſammlung ſollte unter dieſem Miniſterium zu ihren entſchiedenſten Beſchlüſſen kommen. In der erſten Woche des Oktober ward das Jagdrecht auf fremden Grund und Boden mit 271 gegen 70 Stimmen unentgeltlich aufgehoben (7. Oktober). Selbſt Männer wie die früheren Juſtizminiſter Märcker und Bornemann ſtimmten für dieſe Art der Aufhebung. Die Minorität der 70, welche in dieſem Beſchluſſe einen freventlichen Ausſchritt der Revolution erblickte, beſtand aus denſelben Männern, welche ſpäter mit dem Miniſterium Brandenburg den Saal der Nationalverſammlung verließen. Indeſſen erfolgte die königliche Beſtätigung auch für

dieſes Geſetz erſt am 31. Oktober. Die Umwandlung der Kadettenhäuſer in Realgymnaſien ward vom Miniſterium bewilligt (12. Oktober). Die drakoniſchen Paragraphen des alten Landrechts über politiſche Vergehen wurden auf den faſt einſtimmigen Antrag der Nationalverſammlung aufgehoben. Aber eine allgemeine politiſche Amneſtie ward verſagt, und was für Poſen in dieſer Art gewährt wurde (9. Oktober), befriedigte ſelbſt das Centrum nicht, und rief herbe Angriffe gegen das „Miniſterium der halben Maßregeln" in der Nationalverſammlung hervor (12. Oktober). Dagegen geſchahen bei der Berathung über die Verfaſſung die ſchärfſten Schnitte in das Fleiſch des alten Abſolutismus. Mit großer Majorität (217 gegen 134 Stimmen) vernichtete man (12. Oktober) das „von Gottes Gnaden" in dem Titel des Königs von Preußen, und beſchloß man am 30. Oktober die Abſchaffung des Adels!

Die Freude der Hoffnungsvollen war groß nach den erſten Schritten des Miniſteriums. Da ſehe man, hieß es, daß ein Toryminiſterium, wenn es im Gefühle der Nothwendigkeit handle, leichter vorwärts zu gehen vermöge, als ein Whigminiſterium, weil dann ſeine eigene Partei nicht zu widerſtreben wage. Wenn ein Kabinet, in welchem ausſchließlich nur Hof, Büreaukratie und Adel vertreten ſei, ſo

entschieden auf dem Wege der Reform vorschreite, so sei der Erfolg gesichert. Nur Wenige gab es, die dem Frieden nicht trauten und das Schwert des Staatsstreichs trotz aller scheinbaren Nachgiebigkeit fortwährend über der Nationalversammlung schweben sahen. Auch sie hatten nicht erwartet, daß die Regierung mit dieser Leichtigkeit in Worten, Dekreten und Gesetzen nachgeben würde. Sie merkten bald, und allmälig viele andere mit ihnen, daß diese geschmeidige Nachgiebigkeit nur die Aufmerksamkeit ablenken sollte von dem Gewaltstreiche, mit welchem man alles wieder zu gewinnen beabsichtigte.

In dem eigenen Schooße der Nationalversammlung lauerte der Verrath. Ein großer Theil der Rechten hatte den Operationsplan der Reaktion zu dem ihrigen gemacht, und manövrirte in seinem Sinne. Die äußerste Rechte verfuhr im Sinne eines Pessimismus, welcher mit seinem „je toller, je besser" die Versammlung bei einem Theile des Volkes in Mißachtung bringen und den König mehr und mehr zu der gewaltsamen Entscheidung hindrängen sollte. Der Beweis solcher schweren Beschuldigung trat in den folgenden Thatsachen klar vor Augen. Zuerst bei der Berathung des Jagdgesetzes, wo der größte Theil der Rechten mit der Linken verbunden gegen alle Entschädigung in besondern Fällen stimmte, nachdem die Versammlung nicht überall hatte Ent-

ſchädigung gewähren wollen. Wie hier die äußerſte Rechte mit der entſchiedenen Linken ſich zum Siege über die gemäßigten Vorſchläge*) der Centren verband, ſo verwarf ſie mit ihr vereint den Vorſchlag des linken Centrums, welcher die verfängliche Frage über das „von Gottes Gnaden“ bis nach vollendeter Berathung über die ganze Verfaſſung hinaus zu ſchieben beantragte. Das Centrum ſtaunte über dieſe unerwartete Verwerfung ſeines wohl gemeinten Vorſchlags. Dieſe braven Männer vermochten „damals“ weder dem Miniſterium noch der Rechten die Abſicht zuzutrauen, welche dieſer Abſtimmung zum Grunde lag**). Die Rechte aber kannte die Anſicht Friedrich Wilhelms IV. Sie wußte, daß mit dieſer Abſtimmung ſich zwiſchen ihm und der Nationalverſammlung eine Kluft aufriß, welche nur durch eine Gegenrevolution auszufüllen war. Kein Mittel war ſo geſchickt darauf berechnet, den König unwiderruflich zu einer ſolchen hinzudrängen, wie dieſer Beſchluß, welcher ſeinem chriſtlich romantiſchen

*) Dieſe Vorſchläge wollten für das Jagdrecht, welches auf Kauf oder einem läſtigen Vertrage beruhte, Entſchädigung gewähren, die Jagdbezirke des Geſetzentwurfs aufrecht erhalten, und in demſelben den Gemeinden die Befugniß beigelegt wiſſen, über die Art und Weiſe der Benutzung oder Verpachtung durch Mehrheitsbeſchluß zu entſcheiden.

**) S. Unruh a. a. O. u. 82. S. 83, vergl. mit S. 88 und S. 112.

Sinne die Nationalverſammlung vollkommen in dem Lichte einer von Gott abgefallenen Rotte Korah erſcheinen ließ; wobei er nur freilich wieder überſah, daß es die Getreuſten ſeiner Getreuen geweſen waren, die jenen von ihm verabſcheuten Beſchluß hatten zu Stande bringen helfen!

Denſelben Sinn hatten die zahlreichen Interpellationen und dringenden Anträge, mit denen die Rechte nicht weniger als die Linke den gemäßigten Mitgliedern zur Laſt zu fallen fortfuhr und die Berathung und den Aufbau neuer geſetzlicher Ordnungen hinaus zu rücken ſuchte. Man wollte dadurch die Verſammlung im Lande herabſetzen, indem man ihre Thätigkeit als ungenügend erſcheinen ließ. Zu gleicher Zeit aber ſchürte man überall in den durch das ganze Land verbreiteten Preußenvereinen, in den conſervativ-abſolutiſtiſchen Tagesblättern, Treubünden u. ſ. w. das Geſchrei nach ſchleuniger Beendigung des Verfaſſungswerks, und berief ſich auf die zahlreichen Petitionen, welche deshalb eingingen. Indem man ſo die Berathung der Verfaſſung in den Vordergrund ſtellte, beabſichtigte man von Seiten der Rechten dadurch der gefährlichen geſetzgeberiſchen Thätigkeit der Verſammlung einen Hemmſchuh anzulegen. In dieſem Sinne unterſtützte die rechte Seite den Antrag der Centren (25. Oktober), vier Tage der Woche ausſchließlich

für die Berathung der Verfassung zu verwenden. Bisher hatte man seit dem 21. September nur zwei Tage wöchentlich für diese Berathung festgesetzt. Jetzt stimmte auch die Linke für eine Vermehrung. Auf den Antrag des Abg. Arntz wurden drei Wochensitzungen für die Verfassung, drei den übrigen Gesetzvorlagen, und mindestens zwei Abendsitzungen den dringenden Anträgen und Interpellationen bestimmt. Da außerdem noch in den Abtheilungen, in den Fachkommissionen und Centralabtheilungen gearbeitet werden mußte, so stiegen die Anstrengungen, welche die Nationalversammlung zu machen hatte, oft ins Unglaubliche. Aber der Linken wie den Centren war es redlicher Ernst, zum Ziele zu kommen. Sie wollten lieber ihre Thätigkeit verdoppeln, als den Vorwurf auf sich laden, neben der Verfassung die Berathung der Gesetze und die Controle der Verwaltung zu vernachlässigen *). Die Linke durchschaute den Plan der Rechten, die darauf ausging, die Thätigkeit der Versammlung allein auf die Verfassung zu richten, um dadurch das Zustandekommen von Gesetzen, wie die über Aufhebung des Jagdrechts, über die projektirte

*) Vgl. Unruh a. a. O., S. 88. „Der Hochverrath der Camarilla" S. 89—90. Vgl. auch die Rede Waldecks in den stenographischen Berichten über die Sitzung vom 25. Oktob.

Einkommensteuer, die Aufhebung der bäuerlichen Lasten, die Abschaffung der Grund- und Klassensteuerbefreiungen und dergleichen zu verhindern. Die Linke ihrerseits wußte, daß ohne solche Gesetze, welche die Hemmnisse einer neuen Verfassung wegräumen, die alten Zustände dieselben, die Verfassung ein „Stück Papier" blieb. Sie wußte, daß organische Gesetze, wie die über die Gemeinde-, Kreis- und Bezirksordnung, Wehr- und Steuerverfassung, Geschwornengerichte, Unterrichtswesen, Preßfreiheit ꝛc. auch der freiesten Verfassung erst die lebendige Seele und mit ihr die Lebensfähigkeit verliehen.*) Eben darum aber bestand die Linke grade auf dieser Thätigkeit der Versammlung. Waldecks Rede wies in ruhiger Klarheit überzeugend nach, daß man keinen Neubau vornehmen könne, ohne den alten Schutt hinwegzuräumen. Er sprach gegen jede Vermehrung der Verfassungssitzungen. Aber auch hier überwog das vermittelnde Element in der Versammlung. Die Vermehrung ward angenommen.

Den 10. Oktober begann die Berathung über die Aufhebung der Feudallasten, oder wie der Gesetzentwurf es nannte, über unentgeltliche Aufhebung gewisser Lasten und Gefälle. Eine wahre

---

*) Vergl. die Preuß. Revolut. S. 357—358. Unruh a. a. O. S. 87.

Fluth von erweiternden oder beschränkenden Anträgen, oft vierzig zu einzelnen Paragraphen, überströmte den Entwurf. Das linke Centrum forderte durch einen seiner begabtesten Redner, den tüchtigen Bucher, die Nationalversammlung auf, weiter zu gehen als der Commissionsantrag. Noch stehe man auf dem Rechtsboden der Revolution, noch sei das Wohl des Volks, das auf diese Befreiung ein Recht habe, das einzige Gesetz dieser Versammlung. Sei die Verfassung erst da, deren Paragraph 33 alles Eigenthum feierlich verbürge, dann sei es zu spät, dann sei nur Ablösung, nicht mehr Aufhebung möglich. Darum dringe die Reaktion eben auf Beschleunigung des Verfassungswerks. Darum spreche sie dieser Versammlung jedes gesetzgeberische Recht ab, und wolle sie beschränken auf die alleinige Vereinbarung der Verfassung. Der Zwiespalt steigerte sich. Das linke Centrum wollte zurückgehen auf die Grundsätze der Gesetzgebung von 1811, und alle späteren Gesetze aufheben. Die Linke unter Waldeck ging noch weiter. Sie verlangte völlig unentgeltliche Aufhebung aller feudalen Lasten, einen vollständigen 4ten August von 1789. Das Centrum (Duncker) suchte vergebens zu vermitteln. Die Rechte dagegen wollte nur die den Besitzern selbst lästigen Gerechtsame, Polizei und Gerichtsbarkeit, unentgeltlich aufgehoben, alle andern aber abgelöst wissen.

Die Sache war schwierig. Kein Besonnener konnte sich verhehlen, daß die Nationalversammlung in Preußen schon zu viel Terrain vom Boden der Revolution verloren hatte, um mit einem Streiche den gordischen Knoten dieser Frage zu zerhauen. Aber gerade jetzt war dies von dem österreichischen Reichstage geschehen, dessen Beschluß alle Feudalrechte über Bord geworfen hatte. Dadurch wuchs besonders in Schlesien die Aufregung immer drohender heran, wo die Bevölkerung alle Feudallasten, Robott und Laudemien zu leisten weigerte, viele Gutsherren flüchteten, und Truppen gegen die Bauernaufstände entsendet werden mußten. Das Gesetz welches der Nationalversammlung vorgelegt worden war, hatte keine Seite befriedigt. Buchers Amendement, welches alle Besitzveränderungsabgaben (Laudemien), die nicht auf Vertrag beruhten, aufhob, ward angenommen. Es sollte dem kühnen Manne seiner Zeit vergolten werden! Jetzt griff die Rechte zu ihrer oben erwähnten pessimistischen Taktik. Zwei ihrer Mitglieder stellten einen Antrag, der an Radikalismus den eben angenommenen noch weit überbot. Der letztere hatte nur die Verjährungen getroffen, wirklichen Vertrag aber geachtet. Das Amendement der Rechten verletzte aber auch das auf Vertrag beruhende Besitzrecht. Es verlangte Herabsetzung aller Laudemien auf zwei Prozent,

und ſtrich alſo, da dieſe in vielen Gegenden ſich auf zehn Prozent beliefen, ganz willkürlich vier Fünftel einer Abgabe auch da, wo dieſelbe auf Vertrag beruhte! Faſt die ganze konſervative Rechte ſtimmte dafür. Der Antrag ward angenommen.

Es war natürlich, daß jede Vorausberechnung der Abſtimmungen bei ſolcher Demoraliſation innerhalb der Parteien ſelbſt aufhören mußte, in Folge deren ſich bei der Berathung dieſes Geſetzes ſelbſt die Rechte oft mehremal in ein und derſelben Sitzung ſpaltete. Jede Verſtändigung derſelben mit dem Centrum ward dadurch unmöglich. Die Urquelle dieſes Uebels aber lag wieder in der Stellung des Miniſteriums zu der Verſammlung, das, unfähig eine Majorität zu bilden, ſich von der Verſammlung hin- und herſchleifen ließ, ſtatt die Hand am Steuer zu halten*). Gegen Ende des Oktober war indeſſen die Berathung des Geſetzes ſchon über die Hälfte vollendet. Die Verſammlung hatte ſich bei derſelben im Ganzen noch immer weniger radical gezeigt, als bei dem Jagdgeſetze, und nicht ſelten die juriſtiſche Anſicht über die politiſche und ſtaatswirthſchaftliche geſetzt. Das vorgelegte Geſetz über die Preß- und Redefreiheit zeigte deutlich, wie tief trotz allen liberalen Scheins das Miniſterium mit dem

*) Vgl. Unruh a. a. O. S. 84—86.

alten Polizeiſtaate verwachſen ſei. Es war faſt völlig derſelbe Entwurf, welchen Bodelſchwingh und Savigny neun Monate früher den vereinigten Ausſchüſſen des alten Landtags vorgelegt hatten. Die Commiſſion verwarf ihn daher, obſchon ſie größtentheils aus Mitgliedern der Rechten beſtand, und forderte dagegen die unbedingte Aufhebung der betreffenden Paragraphen des alten Landrechts *).

Auch das Bürgerwehrgeſetz, das mit der geringen Majorität von vier Stimmen **) angenommen wurde, zeigte, wie konſervativ im Ganzen noch die Verſammlung war. Es erhielt ſchon am 17. die königliche Sanction, welche dem zugleich beſchloſſenen Jagdgeſetze noch immer verſagt blieb. Schon wenige Tage nach der Annahme ſah man ſich indeß genöthigt, mehrere Zuſatzbeſtimmungen zu erlaſſen, um nur die gröbſten Fehler eines Geſetzes zu beſeitigen, das die Bürgerwehr als ein unſelbſtändiges Polizeiinſtitut hinſtellte, die Volksbewaffnung in eine Bewaffnung der wohlhabenden Bürger umwandelte, indem es die Verpflichtung des Staats,

---

*) Allg. Landrecht §. 151—155. Tit. 20. Th. II.

**) Nur mit vier Stimmen ward der (Berg-Bloemſche) Antrag: daß das Geſetz nur proviſoriſch bis zu einem Geſetze über vollſtändige Volkswehr gelten ſollte, bei namentlicher Abſtimmung verworfen! Gegen das Geſetz liefen Proteſte aus allen Theilen des Landes ein. —

für die Bewaffnung zu ſorgen, aufhob, und ſo das Volk in zwei neue Parteien theilte.

Auf die Bürgerwehr aber war es ganz beſonders von der Reaction abgeſehen, denn ſie war die einzige materielle Stütze der friedlichen Revolution, der ſprechende und handgreifliche Beweis, daß es einen 18. März in Preußen gegeben habe. Die folgenden Abſchnitte dieſer Darſtellung werden zeigen, wie man dabei zu Werke ging.

Kapitel VI.

Die Bürgerwehr der Preußischen Hauptstadt.

Die Berliner Bürgerwehr war die einzige materielle Macht, auf welche sich die Preußische National-Versammlung stützen konnte.

„Als ein wesentlich politisches Institut, berufen zum Schutze der verfassungsmäßigen Freiheit", hatte der Commandeur derselben sie in seiner Bekanntmachung vom 28. Juni bezeichnet. Sie selber hatte erklärt *), „in dem Willen der Majorität der Nationalversammlung den ausgesprochenen Willen des Preußischen Volks zu erblicken" und gelobt, jeden Beschluß der Nationalversammlung mit allen Kräften aufrecht zu halten.

Sie hatte am 25. September durch ihren Commandeur dies Gelöbniß erneuert. „Die Bürgerwehr Berlins", also lauteten die Worte der öffentlichen Bekanntmachung, „eingedenk ihres hohen Berufs,

*) S. Preuß. Revolution Buch III. S. 468.

die politiſchen Freiheiten nach allen Seiten zu ſchützen, wird mit Aufbietung aller ihrer Kräfte dem erſten demokratiſchen Princip: Achtung vor der Majorität, vor dem Willen des geſammten Preußiſchen Volks, wie er ſich durch die Beſchlüſſe ſeiner Vertreter kund giebt, huldigen und Geltung verſchaffen.“ Die Bürgerwehr Berlins hatte mit dieſer Erklärung drei Dinge anerkannt: die Demokratie, die Souveränität des Preußiſchen Volks und die Unantaſtbarkeit der konſtituirenden Nationalverſammlung. Die Reaction, da es ihr nicht möglich geweſen war, die aus den vorzugsweiſe konſervativen Elementen der Berliner Bevölkerung zuſammengeſetzte Bürgerwehr für ſich zu gewinnen, mußte fortan darauf denken, dies Inſtitut für immer zu vernichten.

Leider entſprachen dem guten Willen der Bürgerwehr, die Freiheit gegen die Angriffe der Reaction zu ſchützen, weder ihre Kräfte noch deren Organiſation. Um dies zu erweiſen, müſſen wir auf die Geſchichte dieſes Inſtituts zurückgehen, welche unſere Darſtellung bisher nur beiläufig berühren konnte. Es wird ſich aus derſelben ergeben, daß die Berliner Bürgerwehr, den Verleumdungen und Schmähungen der Reaction zum Trotz, ein ehrenvolles Andenken in der Geſchichte der Preußiſchen Revolution verdient.

Der Sieg des Volks hatte dem Volke die

Waffen errungen, die es, von richtigem Instinkte geleitet, zum Schutze der Freiheit gleich nach dem Siege forderte. Nachdem man die im ersten Taumel der Angst zugesagte allgemeine Volksbewaffnung in eine Bürgerbewaffnung verwandelt, und dadurch den wuchernden Samen einer unheilvollen Scheidung des bewaffneten und unbewaffneten Theils der Bevölkerung ausgestreut hatte, war es die Aufgabe der Reaction, die Befestigung des auch so noch gefährlichen neuen Instituts auf alle mögliche Weise zu verhindern, dasselbe durch polizeiliche Verwendung lästig und zugleich gehässig zu machen, und auf die eine oder die andere Weise seine Wurzeln zu untergraben und seinen Zerfall herbeizuführen. Schon am 20. April sah sich der Staatsanwalt des Kriminalgerichts genöthigt, den Commandeur der Bürgerwehr von Aschoff, „zu einer größeren Behutsamkeit und Vorsicht bei Verhaftungen wegen aufregender Aeußerungen aufzufordern, weil er schon oft genöthigt gewesen, Verhaftete sofort wieder zu entlassen, da das ihnen zur Last gelegte Vergehen die Verhaftung nicht genügend rechtfertigte.“*)

*) „Es bedarf wohl kaum der Erwähnung“, hieß es in jenem Erlasse, „wie nothwendig eine solche größere Behutsamkeit ist, um der Bürgerwehr den Charakter eines durchaus gesetzlich verfahrenden Organs und das darauf ruhende Vertrauen aller Klassen der Bevölkerung zu bewahren.“

Drei volle Monate vergingen, ohne daß die Regierung sich um die Organisation der Bürgerwehr bekümmerte. Völlig sich selbst überlassen, ohne alle und jede gesetzliche und disciplinarische Bestimmung, blieb dieselbe nur durch den guten Willen und die Energie Einzelner vor chaotischer Verwirrung und gänzlichem Zerfall bewahrt. Es wäre ein Leichtes gewesen, die Stimmung der damals vortrefflich gesinnten Bürgerschaft zu benutzen, um dem Institute Kern und Halt zu geben durch ein provisorisches Gesetz, welches mit einigen Abänderungen dem Belgischen Nationalgardengesetz entnommen werden konnte. Aber weder der erste Befehlshaber der Bürgerwehr, der Polizeipräsident Minutoli, noch der Magistrat Berlins thaten dazu irgend einen Schritt. Eine am 30. Mai von den Offizieren freiwillig gewählte Commission, welche die Entwerfung eines Bürgerwehrstatuts sich zur Aufgabe stellte, ward durch den Austritt vieler ihrer Mitglieder gesprengt. Indessen suchten sich die einzelnen nach Stadtbezirken gebildeten Compagnien, so gut es ging, zu helfen, indem sie Disciplinarstatute entwarfen und Wehrgerichte einführten.

Erst am 16. Juni, nachdem auf Betrieb des neuerwählten Commandeurs der Bürgerwehr, Major Rimpler, jene Commission ihre Arbeiten wieder aufgenommen hatte, trat die Regierung aus ihrer Un-

thätigkeit heraus, indem der Minister des Innern, von Auerswald, sich mit dem Commando der Bürgerwehr und dem Magistrate der Hauptstadt durch den Oberstlieutenant von Griesheim zur Förderung einer Reorganisation der Bürgerwehr in Verbindung setzte. Aber auch jetzt wurde die Vollendung eines provisorischen Statuts, statt beschleunigt zu werden, vielmehr verzögert. Die dazu nothwendige und von den Vertretern des Ministeriums in wenigen Tagen versprochene Mittheilung des ministeriellen Bürgerwehrgesetzentwurfs erfolgte nicht. Erst als am 6. Juli eine königliche Botschaft diesen Entwurf an die Nationalversammlung brachte, sah sich die Commission in den Stand gesetzt, ihre Arbeiten wieder aufzunehmen, und zwei Entwürfe den Compagnien zur Begutachtung vorzulegen.

Noch saumseliger zeigte sich der Magistrat der Hauptstadt. Vierzehn Wochen waren vergangen, und noch hatte derselbe zur Förderung der wichtigsten Angelegenheit keinen Schritt gethan. Eine Aufforderung der Stadtverordneten (29. Juni) lieh der allgemeinen Entrüstung über diese Säumniß den Ausdruck. „Es sei", so hieß es in derselben, „ein in der Geschichte unerhörtes Ereigniß, daß man eine bewaffnete Macht mit so ausgedehnter Befugniß Monate lang ohne Gesetz bestehen, ja daß man eine solche bewaffnete Macht ihre eigenen

Statuten bestimmen lasse, während sie eben als solche nur eine berathende, keine beschließende Stimme haben dürfe.“ Zugleich forderten die Stadtverordneten den Magistrat auf: „die natürliche Unterordnung der Bürgerwehr unter die Communalbehörden in allen nicht strategischen Gegenständen rasch und energisch geltend zu machen.“

Die Verwirrung stieg auf das Höchste. Der Ministerialentwurf machte die Bürgerwehr zu einem vorwiegend polizeilichen Institut. Die Stadtverordneten forderten Unterordnung derselben unter die Gemeindebehörden. Die Entwürfe endlich der Bürgerwehrkommission forderten volle Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Bürgerwehr und eigene unabhängige Verwaltung. Bei diesem Widerstreite der Ansichten ward die Frage an die Vertrauensmänner der Compagnien gestellt: ob überhaupt vor dem Erscheinen des neuen, von der Nationalversammlung erwarteten Bürgerwehrgesetzes noch ein provisorisches Statut berathen werden solle? Die überwiegende Majorität beantwortete diese Frage mit Nein!

So ward die Verwirrung beibehalten und die innere Auflösung befördert. Nur die Begeisterung der Einzelnen für die Sache, der Gedanke der übernommenen Verpflichtung und das Bewußtsein einer hohen politischen Bedeutung konnten fortan als die

Mittel dienen, die dienstthuende Schaar noch leidlich zusammen zu halten. Tüchtige Männer unter den selbsterwählten Führern ließen es sich angelegen sein, diese Hebel zu benutzen. Es war dies um so nothwendiger, als ihnen sonst keins von all den zahlreichen Mitteln zu Gebote stand, welche in dem wohleingerichteten Organismus eines soldatischen Heerwesens die fehlende Idee ersetzen.

Nur allmälig und mit großer Mühe gelang es, die einzelnen in Hast gebildeten Schaaren, die fliegenden Corps der Studenten und Künstler, der Handwerkervereine und der jungen Kaufleute, welche alle für sich eine Art von Unabhängigkeit beanspruchten, dem General-Commando der Bürgerwehr unterzuordnen. Ein berittenes Corps, etwa 160 Pferde stark, versah nothdürftig den entfernten Patrouillen- und Ordonnanzdienst, oder ward zur Begleitung von Munitionstransporten und Einholung von Truppenabtheilungen verwendet. Die Bildung einer Bürgerwehrartillerie, schon bei dem Zusammentritte der Bürgerwehr dringend gefordert, wurde durch das Widerstreben desselben Magistrats, der Anfangs selbst dazu ermuntert hatte, vereitelt. Vergebens stellte der letzte Commandeur der Bürgerwehr, der wackere Major Rimpler vor (4. u. 24. Juli), daß ohne Artillerie die Volksbewaffnung keine Wahrheit werden könne. Die Reaction wußte alle

dieſe und ähnliche Schritte erfolglos zu machen. Und ſelbſt als die geſetzliche Bewilligung erfolgte, gelangte dieſe für die Sache der Freiheit ſo wichtige Maßregel doch nicht zur Ausführung. Die ganze Bewaffnung der Bürgerwehr, von Anfang an ordnungslos geleitet, war und blieb unvollſtändig. Viele Compagnien beſaßen kaum fünfzig Gewehre. Das ſchadete dem Dienſte und der Ausbildung, zog die Entlaſſung vieler Bürger nach ſich, welche ſich bereitwillig zum Eintritte gemeldet hatten, und vergrößerte ſo für die Uebrigbleibenden die Laſt des Dienſtes. Ohnehin verließen die Anfangs durch Miniſterialbefehl zum Eintritt aufgeforderten zahlreichen Beamten, Subalternen und Polizeibedienſteten zum großen Theile ſehr bald die Reihen der Bürgerwehr. Den ſchwerſten Schlag aber erhielt die Ausbildung derſelben durch die vom Miniſterium Camphauſen am Schluſſe ſeiner Laufbahn verfügte Einberufung der Berliner Landwehr (15. Juni), deren verderbliche Folgen wir bereits früher erwähnt haben*). Dennoch betrug auch nach derſelben die Stärke der Bürgerwehr noch immer 22,600 Mann. Aber dieſe Stärke, welche die Zeitungen noch um vier bis fünftauſend Mann ſteigerten, ſtand eben nur auf dem Papier. In der Wirklichkeit erreichte

*) S. Preuß. Revol. Buch II. S. 308.

der dienstthätige Bestand noch nicht achttausend (7800) Mann. Kaum bei einem Drittheil von denen, welche in den Tagen des März mit Begeisterung die Waffen zum Schutze der jungen Freiheit empfingen, hatte diese Begeisterung, bei dem gänzlichen Mangel an aller gesetzlichen Organisation, auch nur die ersten Monate überdauert. Die Mehrzahl der Reichen und Begüterten, der Beamten und Angestellten hatten sich allmälig der Last des beschwerlichen Dienstes entzogen, der jetzt mit verdoppelter Wucht auf den Schultern der Treugebliebenen drückte. Es waren aber vorzugsweise die ärmeren Bürger und kleinen Handwerker, welche ausharrten oder mit Aufopferungen aller Art, nicht selten mit Gefahr ihres Lebens die Ordnung aufrecht erhielten und der von allen Seiten bedrohten Freiheit eine Stütze gewährten. Tag und Nacht durch unnütze oder verrätherische Allarmirungen und falsche Polizeiberichte umhergehetzt, vom Pöbel verhöhnt, dem unbewaffneten Volke ein Gegenstand des Hasses, ohne Verdienst und Brod im eigenen Hause, in Straßenkravallen verwundet,*) von der hereinbrechenden Cholera decimirt, oft auf den Posten und Wachthäusern von dieser Pest ergriffen, welche von einem

*) Allein im Laufe des Monats August wurden über 300 Mann verwundet.

einzigen Bataillon (dem sechsten) in kurzer Zeit über hundert Mann hinraffte, schlecht gekleidet, meist noch schlechter genährt, hielten diese wackern Männer aus in all solcher Noth mit einem Muthe und einer Energie, wie ihn nur das Bewußtsein einer großen und edlen Sache zu verleihen vermag.

Unglaublich waren die Schwierigkeiten, mit denen die Führer zu kämpfen hatten. Zum Theil selbst ohne ausreichende Dienstkenntniß, ohne militairisches Material, jedes gesetzlichen Anhalts entbehrend, ohne Disciplinarmittel, bei vielfachem Wechsel durch Neuwahlen und durch zahllose andere Mißstände an durchgreifenden Maßregeln gehindert, war der gute Wille der Mannschaften ihre einzige Stütze. Die Hauptleute vor allen waren die Seele der Bürgerwehr. Die im März erwählten unter ihnen hielten sich meist während der ganzen Zeit bis zur gewaltsamen Auflösung, und das Vertrauen und der Gehorsam, welche den Tüchtigen bewiesen wurden, entsprachen dem Geiste eines bisher vorzugsweise kriegerischen Staates. Allein der Mangel einer durchgreifenden Organisation konnte dadurch nicht ersetzt werden. Diese aber war es eben, welche die Regierung aus allen Kräften zu hindern suchte. „Um Himmelswillen nur nicht noch Gesetze für die Bürgerwehr!“ war die Antwort, welche ein hoher Staatsbeamter am Tage des Zeughauseinbruchs einem Offizier der

Bürgerwehr gab, als dieſer die unter der Bürgerwehr herrſchende Unordnung und Verwirrung der vernachläſſigten Organiſation derſelben zuſchrieb. Dieſe Antwort war der getreue Ausdruck der Geſinnung, mit welcher Regierung und Kamarilla, Büreaukratie und Polizei das neue Inſtitut betrachteten.

Dennoch war damals die Bürgerwehr die einzige Macht, welche die öffentliche Ordnung ſtützte, und ſie hatte ein Bewußtſein ihrer Macht und Bedeutung. Die Behörden ſelber nahmen nur bittend ihre Dienſtleiſtungen in Anſpruch, und die Anfragen der höchſten Militairbefehlshaber floſſen über von einer dem Preußiſchen Militairſtolze ſonſt ſo fremden Höflichkeit und unmaßgeblichen Beſcheidenheit. Die Bürgerwehr gewährte oder verſagte ſelbſt die nachgeſuchte Erlaubniß zum Einrücken von Truppen nach ihrem Ermeſſen.*)

---

*) Hier einige Beiſpiele: 1) Der General der Infanterie, Aſter, bat (21. März) um eine ſichernde Inſchrift für ſein Haus Potsdamerſtraße Nr. 19, weil er in demſelben ſämmtliche Feſtungspläne ꝛc. zu verwahren genöthigt ſei, und gab als ſolche ſchützende Inſchrift an: „Plankammer der Generalinſpection ſämmtlicher Landesfeſtungen. National-Eigenthum.“ — 2) Der General v. Ditfurt zeigte (den 2. April) die Ankunft von hundert Kadetten an, und bat das Bürgerwehr-Commando, „gefälligſt Sorge zu tragen, daß ihrem Marſche durch die Stadt kein Hinderniß in den Weg gelegt werde.“ 3) Derſelbe

Erſt der wohlbenutzte Zeughauseinbruch hatte der Reaction Mittel gegeben, die moraliſche wie die materielle Macht der Bürgerwehr zu brechen. Die Einberufung der Landwehr war dazu der erfolgreichſte Schritt. Aus ihr folgten die Parteiungen zwiſchen den Trägern des Landwehrkreuzes und des Doppeladlers, von denen jenes als das Symbol des alten vormärzlichen Preußenthums aufgepflanzt wurde, während dieſer die neue deutſche Geſinnung bezeichnete. Die Errichtung der Schutzmannſchaften war der zweite Schritt. Er entzog der Bürgerwehr 1500 ihrer eifrigſten und kräftigſten Wehrmänner. Die Verwendung der Bürgerwehr zum gemeinſamen

---

meldete am 3. April, „der König wünſche, daß die Schloß- und andere Wachen baldmöglichſt gemeinſam von Militair und Bürgerwehr beſetzt würden, und erbat ſich darüber, „ob dies ſchon jetzt zuläſſig ſei“, die Anſicht des Commandeurs der Bürgerwehr. — Die Antwort lautete: „nach dem einſtimmigen Ausſpruche der Bezirkshauptleute“ abſchläglich. 4) Der Generalmajor v. Thümen bat ganz ergebenſt um gefällige Mittheilung, ob Maßregeln zur Abſtellung von Störungen der Ruhe vor der Artillerie- und Ingenieurſchule getroffen und von welchem Reſultate dieſelben begleitet geweſen ſeien, um darnach zu ermeſſen, wie weit die Commandantur bei ähnlichen Ereigniſſen und Angriffen auf Königl. Gebäude zum Anwenden militairiſcher Sicherheitsmaßregeln veranlaßt ſein möchte.“ Der Commandeur der Bürgerwehr, Rimpler, erwiederte, daß die Ruhe ohne weiteren Nachtheil für Perſonen und Eigenthum durch Einſchreiten der Bürgerwehr hergeſtellt ſei (2. Auguſt).

Polizeidienste mit diesem verhaßten neuen Institute trug den Haß des Volks auch auf die Bürgerwehr über, welche sich erfolglos gegen solche Herabwürdigung sträubte, und vergebens geltend zu machen suchte, daß sie ihrer Bestimmung gemäß nur zum Schutze gegen offenen Angriff auf Personen und Eigenthum verwendet werden dürfe.

Die Verbindung mit der neuen Polizeimannschaft demoralisirte aber auch die Bürgerwehr noch in anderer Art. Wörtliche und thätliche Beleidigungen, welche der Bürgerwehrmann im Dienste erlitt, betrachteten die Richter als einer Privatperson zugefügt, während der Polizeimann in gleichem Falle als Diener des Staats angesehen und vertreten wurde. Dabei steigerten sich die Anforderungen an die Kräfte der Bürgerwehr von Tage zu Tage. Man forderte von ihr außer den zahlreichen Wachtposten, außer der Besetzung der Königlichen Schlösser, Ministerhotels, Magazine u. s. w. an unruhigen Tagen auch noch das Gleiche für die Kunstsammlungen, Theater, Garderoben, Kassengebäude, Waffenläden, so daß von den 7800 Mann des Gesammtbestandes, der im Sommer auch noch durch die herrschende Cholera beträchtliche Verluste erlitt, meist nur geringe Kräfte zur Verwendung in Masse übrig blieben. Dennoch standen bei der Paradedemonstration zu Ehren des Reichsverwesers über zehntausend

Mann unter Waffen, obschon es vor und während derselben an Demonstrationen der spezifisch-preußischen Partei nicht fehlte. Dieser Tag bewies, daß die Bürger Berlins in deutscher Gesinnung die Regierung weit übertrafen.*) In dem parlamentarischen Kampfe gegen den reactionären Geist der Officiercorps im Heere stand die Berliner Bürgerwehr treu zur Nationalversammlung.

Seit dieser Zeit begannen die Excesse der Soldaten gegen die Bürgerwehr einen immer feindseligeren Character anzunehmen. Zwar betheuerte der General Wrangel bei der Militärparade vom 20. September: „Die Soldaten seien die Brüder der Bürger, und zwischen Brüdern müsse Verträglichkeit herrschen." Aber er setzte zugleich hinzu, die Soldaten haben scharf geschliffene Schwerter an der Seite und die Kugeln im Lauf!" — Eigenschaften, welche leider dem andern Theile der Brüder fehlten. Dennoch konnte selbst Wrangel nicht umhin, der „verehrlichen Berliner Bürgerwehr das Zeugniß zu geben, „daß sie sich in ihrem schweren Berufe vielfach bewährt habe." **)

---

*) Vgl. David Hansemann: „das Preußische und Deutsche Verfassungswerk." S. 113. „Zahlreicher und glänzender als jemals erschien die Bürgerwehr bei dieser Veranlassung!"

**) Schreiben des Oberbefehlshabers in den Marken an den Kommandeur der Berliner Bürgerwehr vom 23. Sept. 1848.

Zugleich wetteiferten jetzt Regierung uud Polizei in dem Beſtreben, die Bürgerwehr durch die grundloſeſten Alarmirungen, und durch fortwährende Maſſenaufgebote gegen ganz unbedeutende Ruheſtörungen zur Verzweiflung, und nebenbei mit dem unbewaffneten Theile des Volks in blutigen Konflikt zu bringen. Die ſchriftlichen Requiſitionen nahmen kein Ende. Berichte von Polizeiſpionen, welche in der, ſpäter bei dem Waldeckſchen Prozeſſe ſo glänzend enthüllten Weiſe, beliebige Nachrichten von Verſchwörungen und bevorſtehenden Schilderhebungen mit detaillirten Kampfplänen zu berichten wußten, dienten dazu, die ermattete Bürgerwehr beſtändig in Athem zu erhalten. An dem Tage, wo ſich das Miniſterium Pfuel über die Beſchlüſſe der Nationalverſammlung vom 9. Auguſt und 7. September erklären ſollte (25. September), ward die geſammte Bürgerwehr aufgeboten. „Die demokratiſche Partei, hieß es in der Requiſition, habe für dieſen Tag alle Vorbereitungen zu einem großen Kampfe getroffen und einen vollſtändigen Schlachtplan entworfen. Dreißigtauſend Mann ſtänden zu dieſem Kampfe gerüſtet. So ſei dem Polizeipräſidium aus zuverläſſiger Quelle berichtet!“ Patrouillen, welche das Bürgerwehrkommando zu den von dem Polizeipräſidenten bezeichneten Stadttheilen, Straßen und Plätzen entſendete, fanden dort „nichts, was über den

gewöhnlichen Verkehr hinausging." Die Ruhe blieb auch vor dem Verſammlungshauſe der Preußiſchen Volksvertretung ungeſtört, obſchon die Wichtigkeit des Tages dort große Maſſen von Zuſchauern aller Stände und Klaſſen zuſammengeführt hatte. An einigen Orten, wo unbekannte Individuen Volkshaufen zur Befreiung von politiſchen Gefangenen aufforderten, zerſtreuten ſich die Maſſen auf das vernünftige Zureden anderer Volksredner ohne Gewalt zu verüben oder zu erleiden. Nur ein Theil blieb zurück, und verſuchte, von der Bürgerwehr angegriffen, Widerſtand, indem er an der Ecke der Poſt- und Königsſtraße eine Barrikade errichtete. Sie ward von einer Abtheilung Bürgerwehr genommen, und hinter derſelben fand und verhaftete man — ein bekanntes Mitglied des Junkerparlaments und des reaktionairen Treubundes, den Grafen Bresler. *)

Der Inſtinkt des Volks, die vox populi, irrt ſich ſelten oder nie im Ganzen, ſo oft er ſich auch in der einzelnen Anwendung vergreift. So ahnte er

---

*) Derſelbe war zugleich Mitglied des Junkerparlaments (S. Pr. Revol. III., S. 400.) und gehörte zu den wandernden Mitgliedern des Vereins für König und Vaterland, welche bemüht waren, aller Orten ſogenannte patriotiſche und Krieger-Vereine im Sinne und Dienſte der Reaktion ins Leben zu rufen. (S. die Zeitſchrift „Publiciſt" vom 29. Oct. 1848).

auch hier, daß ein bewußtes verrätherisches Spiel mit der Bürgerwehr gegen das Volk getrieben werde. „Man will uns gegeneinander hetzen, um dann das Militär gegen uns herbeirufen und die alte Knechtschaft wieder einführen zu können!“ Diese Worte, welche nur allzusehr das Richtige trafen, konnte man überall in der Bevölkerung der Hauptstadt vernehmen. Das tüchtigste aller Korps der Berliner Wehrmänner, der Verein der Maschinenbauer, sprach diese Ansicht in den Octoberunruhen durch ein Plakat offen aus, und beschwor Volk und Bürgerwehr, solche Anschläge der Freiheitsfeinde zu Schanden zu machen. Die Zeit, in welcher wir schreiben, verstattet nicht, durch Anführung der Quellen unserer Darstellung den vollständigen Beweis ihrer Glaubwürdigkeit zu führen. Aber dennoch bleibt es durch die unverwerflichsten Zeugnisse festgestellt, daß vom 5. bis zum 26. October alle einzelnen Unruhen in Berlin, soweit sie nicht von der Reaktion angestiftet waren, keinen politisch-revolutionären Charakter trugen. Erst die Nachricht von dem Bombardement und dem Falle Wiens verlieh der Volksbewegung Berlins diesen Charakter.

Ein kindischer Aufzug, die sogenannte Eselsdemonstration *), so unbedeutend, daß ein Dutzend

*) Man führte den von der Nationalversammlung debat-

Polizeimänner ihn hätten auseinander jagen können, eine Aeußerung des Volkswitzes, wie sie in England bei ähnlichen Veranlassungen gang und gäbe sind, mußte der Polizeibehörde dazu dienen, ganze Bataillone Bürgerwehr gegen eine Anzahl Gassenbuben und Neugierige aufzubieten, und da dieselben einige Minuten zu spät kamen, um das lächerliche Autodafé zu hindern, erließ der Minister des Innern durch den Polizeipräsidenten eine beleidigende und ihrem Inhalte nach ungesetzliche Rüge gegen das Bürgerwehrkommando! Die abgesendeten Bürgerwehrmänner hatten sich geschämt, daß sie ihre Bajonette gegen einen kindischen Auflauf richten sollten. Der Unwille über diese Polizeihetzjagden war allgemein. Selbst in der sogenannten „gemischten Kommission", welche seit dem 28. Mai die provisorische Behörde der Bürgerwehr bildete, wurden energische Stimmen laut gegen das Unwesen, welches die Polizei durch das massenhafte Aufbieten der Bürgerwehr bei so harmlosen und ungefährlichen Anlässen zu treiben sich erlaube. Man wies in dieser aus sehr konservativen Elementen bestehenden Kommis-

---

tirten sehr unbeliebten Bürgerwehrgesetzentwurf auf einem Esel durch die Straßen, und verbrannte ihn zuletzt auf einem öffentlichen Platze.

ſion *) darauf hin, daß ſolche, in konſtitutionellen Ländern ganz gewöhnlichen Volksdemonſtrationen vielmehr als heilſame Ableiter des Volksunwillens zu betrachten ſeien, daß ſich in dem vorliegenden Falle die Menge durchaus ruhig und friedlich verhalten habe, und daß der verübte Unfug nicht einmal als eine Beleidigung des Geſetzes gelten könne, da der verſpottete Geſetzentwurf noch keine geſetzliche Kraft gehabt habe.

Dennoch dauerte das alte Unweſen fort. Während des ganzen Octobermonats erfolgten täglich, auf beliebige Gerüchte hin, die ausgedehnteſten Requiſitionen, welche das Einſchreiten der Bürgerwehr gegen befürchtete Demonſtrationen und Emeuten forderten. Weder Tag noch Nacht wurden der Bürgerwehr Ruhe und Raſt vergönnt. Man hetzte die vom täglichen Dienſt erſchöpften Mannſchaften in dem kalten und feuchten Herbſtwetter, während in der Stadt die tödtliche Seuche wüthete, nach allen Richtungen hin und her, man gab die bereitgehaltenen Abtheilungen, Kompagnien und Bataillone jeder

*) Sie beſtand aus dem Kommandanten von Berlin, dem Bürgermeiſter, Polizeipräſidenten, Kommandeur der Bürgerwehr, einigen Mitgliedern der Kommunalbehörden, und aus einer, zu jeder Sitzung neubefehligten Deputation der Bürgerwehr. Den Vorſitz führte ein Deputirter des Miniſteriums des Innern.

Unbill des Wetters Preis, indem man ihnen bei nöthigen Aufstellungen stundenlang bereitzuhaltender Abtheilungen jeden bedeckten Raum zum Schutze gegen dasselbe verweigerte. Selbst als der König an seinem Geburtstage den Gottesdienst im Dome besuchte, verlangte die Polizei die Aufstellung eines Bataillons Bürgerwehr in der Nähe, während das zahlreich versammelte Volk, das noch immer voll vertrauenden Glaubens an dem Verkündiger der Märzverheißungen hing, den König, der seine Hauptstadt noch fortwährend mied, mit dem aufrichtigsten Jubel begrüßte.

Endlich hatte eine dieser Requisitionen den gewünschten Erfolg. Am 16. October kam es zwischen Bürgerwehr und Arbeitern zu Konflikten, welche mit Blutvergießen endeten. Auf einen blind abgefeuerten Schuß, dergleichen bei fast allen früheren und späteren Zusammenstößen dieser Art eine Rolle spielen, gaben mehrere Schützen eines Bataillons Bürgerwehr ohne Kommando Feuer, und verfolgten in blinder Wuth, ohne auf die zurückrufenden Signale zu achten, die nach allen Seiten hin auseinander fliehenden unbewaffneten Arbeiter mit Schüssen und Bajonetten. Der Generalmarsch ward geschlagen. Aber auch die erbitterten Arbeiter verstärkten sich durch starke Zuzüge. Der ganze Stadttheil am Köpnickerfelde gerieth in Aufregung. Starke Abthei-

lungen Bürgerwehr wurden zurückgeworfen und zersprengt. Barrikaden wurden errichtet und durch Bajonettangriffe genommen. Die Sache drohte sehr ernsthaft zu werden. Die Arbeiter stürmten einzelne Wachthäuser, und versahen sich aus ihnen und aus Privathäusern mit Waffen und Munition. Von beiden Seiten fielen zahlreiche Opfer. Zum Glücke unterließ es der besonnene Kommandeur der Bürgerwehr, mit der Masse der am Schlosse versammelten Bataillone in die beunruhigten Stadttheile einzurücken. Er hoffte, daß die aufgeregte Volksmasse sich um so eher abkühlen werde, da kein politischer Grund, sondern nur jenes unzeitige Feuern der Bürgerwehr die Veranlassung zu diesem unglücklichen Kampfe gegeben hatte, der aber leicht bei heftiger Fortsetzung einen politischen Charakter annehmen konnte. Patrouillen des Studenten- und Künstlerkorps an die Barrikaden der aufständischen Stadttheile entsendet, brachten durch gütliches Zureden meist Ruhe zu wege. Nur in der Roststraße, wo sich hinter der Barrikade einige sehr elegant gekleidete Herren befanden und die Arbeiter durch Branntweinspenden angefeuert wurden, blieben alle Vorstellungen fruchtlos. Selbst die volksbeliebtesten Mitglieder der Nationalversammlung, Waldeck und Berends, vermochten nichts auszurichten. „Die Bürgerwehr sei mit dem Militär gegen das Volk

verbündet; man werde die Barrikade gegen beide vertheidigen.“ Aehnliche Scenen fanden in der Jakobsstraße statt, wo eine Barrikade zweimal genommen werden mußte, da sich die ersten Bataillone der Bürgerwehr, von einem panischen Schrecken ergriffen, zerstreuten.

An diesem Tage bewährte der Kommandeur der Bürgerwehr eine Umsicht und Kaltblütigkeit, welcher selbst von erfahrenen Militärs die vollste Anerkennung gezollt wurde. Die Lage der Dinge war höchst gefährlich. Die bedrohlichsten Nachrichten kamen in das Hauptquartier zum Königsschlosse. Drei Bataillone seien zersprengt, ihr Führer Major Vogel gefallen. Viele Abtheilungen der Bürgerwehr seien zum Volke übergegangen, das sich durch immer neue Zuzüge verstärkte. Barrikaden über Barrikaden entstanden. Trupps mit Fackeln trugen die Leichen der gefallenen Arbeiter durch die Straßen, und riefen zur Rache auf. Ein Angriff auf das Schloß schien bevorzustehen. Der Sicherheitsausschuß forderte jetzt das Heranziehen einiger Bataillone Linientruppen zum Schutze des Schlosses. Als Rimpler diesen Beschluß den auf den Schloßhöfen versammelten Bataillonen der Bürgerwehr mittheilte, stürmte alles auf ihn ein, die Zurücknahme dieses Befehls zu bewirken. Sie seien zu jeder Aufopferung bereit, nur das Militär dürfe nicht wieder

in den Kampf geführt werden. Ein Offizier der Bürgerwehr nahm den Ueberbringer des bereits an die Linienbataillone abgesendeten Marschbefehls gefangen, und entriß ihm denselben. So ward ein neuer 18. März verhütet. Inzwischen langten beruhigende Nachrichten an, und um Mitternacht war Alles zu Ende. Hundertfünfzig Bürgerwehrmänner wurden an diesem Abende verwundet, einige getödtet. Auch aus dem Volke waren zahlreiche Opfer gefallen. Magistrat und Ministerium erkannten an, daß nur durch die Zurücknahme jenes Militärbefehls das Vertrauen des Volks zu den Anordnungen der Behörden aufrecht erhalten und größeres Unglück verhütet worden sei.

Die Bürgerwehr beklagte tief das geschehene Unheil. Zahlreicher als bei dem Begräbnisse ihrer eignen Gefallnen, folgten ihre Deputationen am 20. October dem Leichenzuge der gefallenen Arbeiter, denen der Magistrat freies Begräbniß gewährte. Die allgemeine Stimme gab der Bürgerwehr die Schuld des blutigen Konflikts, der aus geringfügigstem Anlasse entstanden war. Das Korps der Maschinenbauer hatte sich durch keine Aufforderungen zur Theilnahme an dem Kampfe bewegen lassen. Sie hatten vielmehr vereint mit dem Handwerkerkorps zur Beschwichtigung des kämpfenden Volks gewirkt und zum festen Zusammenhalten mit der

Bürgerwehr gegen den gemeinsamen Feind ermahnt. Bei allen Klassen des Volks aber verstärkte sich seit jenem Unglückstage der Glaube, die Reaktion beabsichtige Arbeiter und Bürgerwehr gegeneinander zu bringen. Die Arbeiter verhielten sich daher ruhig, obschon die Polizei unaufhörlich die Bürgerwehr gegen angebliche Demonstrationen aufbot. Auch die Waffen- und Munitionstransporte aus dem Zeughause hatten seit dem Sommer unter dem Schutze der Bürgerwehr ihren ungestörten Fortgang gehabt. Erst am 26. October ward selbst in den Reihen der Bürgerwehr die Besorgniß laut, daß diese Transporte wohl gegen die Hauptstadt bestimmt sein möchten. Dennoch geleitete man getreulich auch diese Entsendungen aus der Stadt. Als aber eine Kabinetsordre der Bürgerwehr den Dank des Königs für die am 16. October bewährte Tapferkeit aussprach, lehnte der demokratische Theil der Bürgerwehr diesen Dank ab. Es erschien ihnen als eine Beleidigung der Freiheit, für vergossenes Bürgerblut Belobigung zu empfangen.

Die weitere Geschichte der Berliner Bürgerwehr trifft mit dem Ausgange der Berliner Nationalversammlung zusammen, an dessen Schwelle unsere Darstellung sich befindet. Ehe wir sie dort wieder aufnehmen und zu ihrem Ende führen, wird es zweckmäßig sein, den Einblick zu eröffnen in die

Thätigkeit derjenigen Macht, welche die einzige reale Stütze der werdenden Freiheit von Anfang an in ihren Wurzeln zu untergraben ſuchte.

Kapitel VII.

Die Reaktion der Polizei gegen die Bürgerwehr.

Der Lebenspunkt des Bürgerwehrinstituts und zugleich der stärkste Hort der jungen Freiheit war die gesetzliche Bestimmung, welche ihr allein die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung übertrug, und ihr zu diesem Zwecke das alte stehende Heer gewissermassen unterordnete.

Diese wichtige Bestimmung war in dem Gesetze vom 6. April ausgesprochen. Dies Gesetz gebot, daß die militärische Macht nur einschreiten dürfe, wenn die Bürgerwehr selbst sich nicht für hinreichend halte, den Schutz der Hauptstadt zu sichern. In solchem Falle waren dem Kommandeur der Bürgerwehr und den Kommunalbehörden das Recht und die Pflicht verliehen, die Hülfe des Militärs zu fordern. Da aber eine andere Bekanntmachung der Regierung (29. März) ausgesprochen hatte, daß eine solche militärische Hülfeleistung nur auf ausdrückliche Anforderung der städtischen Behörden oder des Bürgerwehr-

kommando's erfolgen würde, *) so trafen Stadtbehörden und Bürgerwehrkommando (21. Juni) ein Uebereinkommen. Der Kommandeur der Bürgerwehr sollte die rechtzeitige Berufung der militärischen Hülfe in vorkommenden Fällen zu fordern berechtigt, zugleich aber verpflichtet sein, den von den städtischen Behörden gebildeten Sicherheitsausschuß **) von einem solchen Schritte unter Darlegung der Gründe sofort in Kenntniß zu setzen. Man meldete diesen Beschluß dem Kommandanten von Berlin, indem man ihm zugleich anzeigte (27. Juni), daß der Sicherheitsausschuß als Vertreter der städtischen Behörden auch allein das Recht in Anspruch nehmen werde, die Mitwirkung des Militärs in dringenden Fällen zu fordern.

Diese Gesetzbestimmung ward von der Bürgerwehr als das Palladium ihrer politischen Würde und der bürgerlichen Freiheit betrachtet und gegen alle heimlich versuchten Angriffe eifrig gewahrt. Sie hatte Ursache, auf ihrer Hut zu sein, da die städti-

---

*) S. Preuß. Rev. Buch II. S. 148 — 149.

**) Dieser vom Magistrat und Stadtverordneten niedergesetzte Ausschuß bestand aus neun Männern: Bürgermeister Naunyn, Stadtrath Gärtner, Syndikus Hedemann, Stadtverordneter Vorsteher Seidel und den fünf Stadtverordneten Funk, Lewald, Prince-Smith, Schäffer und Walther.

schen Behörden, besonders der Magistrat, mit dem charakterschwachen Naunyn an seiner Spitze, schon bald nach der Märzrevolution von Zeit zu Zeit Versuche machten, durch Liebedienerei gegen die Reaktion sich für kommende Zeiten Verzeihung ihres revolutionären Enthusiasmus in den Märztagen zu sichern. Seit der tüchtige Rimpler den Oberbefehl der Bürgerwehr übernommen hatte (15. Juni), war in ihm der Mann gefunden, der die unter ihren früheren Führern fast planmäßig demoralisirte Bürgerwehr wieder aufzurichten, und ihre Stellung und Rechte mit bisher ungewohnter Energie zu vertreten, den Muth und die Kraft wie den Patriotismus besaß. Als der Sicherheitsausschuß sich erlaubte, hinter dem Rücken des Bürgerwehrkommandos und gegen die erst an demselben Tage zwischen beiden ausdrücklich geschlossene Uebereinkunft, nach welcher jede Mitwirkung des Militärs von dem Antrage des Bürgerwehrkommandos abhängig gemacht wurde, den Militärkommandanten von Berlin, General v. Aschoff, zu ersuchen: vom 22. Juni an gewisse Plätze und Gegenden, unter ihnen namentlich das Schloß durch Kompagnien der Landwehr besetzt zu halten, forderte Rimpler, über diese Perfidie mit Recht entrüstet, die sofortige Zurücknahme jener Requisition. Wenn man dieselbe weigere, drohte er: unter öffentlicher Darlegung der Gründe seine Stelle niederzulegen. Die Bürger-

wehr sei vollkommen kräftig genug, die Ruhe der Stadt zu wahren. Sie sei zudem vom besten Geiste beseelt, ihre Bereitwilligkeit und Schnelligkeit im Vollziehen seiner Anordnungen und Befehle verdiene höchstes Lob, die Bewachung des Schlosses vor allem sei ihr vom Könige selbst übergeben. Einen Posten von so hoher politischer Bedeutung aufgeben, berechtige die Ansicht derer, welche darin einen neuen Versuch erblickten, „Berlin der Reaktion in die Hände zu liefern!“ *)

Während so die Bürgerwehr an dem Magistrate einen mehr und mehr zweideutigen Alliirten hatte, sah sich der bedrängte Befehlshaber derselben genöthigt, jeden Augenblick gegen die Uebergriffe Front zu machen, mit welchen die Polizei die Stellung und die Rechte der Bürgerwehr zu beeinträchtigen versuchte. Vor allen war es das Gesetz, welches die Militärmacht in der Stadt dem Bürgerwehr-

*) Dieses Dokument ist natürlich nicht veröffentlicht worden. Die Ausdrücke, welche im Texte gebraucht worden sind, kann der Verfasser dieser Darstellung verbürgen. Sie lauteten im Originale zum Theil noch stärker. Auch bei andern Gelegenheiten trat Rimpler mit gleicher Entschiedenheit auf. Als zu Ende Juni die städtischen Behörden erklärt hatten, daß die Bürgerwehr Berlins von nun an als geschlossen zu betrachten sei, bedeutete der Kommandeur derselben den Magistrat (26 Juni), daß er darüber nicht zu bestimmen, sondern die Beschlüsse der einzig in dieser Angelegenheit kompetenten Behörde, der Nationalversammlung, abzuwarten habe.

kommando unterordnete, gegen welches die Angriffe der Reaktion sich unaufhörlich richteten. In der Spannung der Dinge, welche das Auftreten des Ministeriums Pfuel begleitete, schien sich dazu eine neue Gelegenheit zu bieten. Wrangels Ernennung zum Oberbefehlshaber in den Marken, und sein am 17. September erlassener Armeebefehl waren offenbar zunächst gegen das Gesetz vom 6. April gerichtet. Wir haben gesehen, daß man in Potsdam auf einen Bruch mit der Nationalversammlung gefaßt, und auf einen gewaltsamen Zusammenstoß vorbereitet war. Die Polizei that das Ihrige, denselben herbeizuführen. Sie besetzte nicht nur das Schauspielhaus eigenmächtig mit Konstablerhaufen, sondern der Polizeipräsident von Bardeleben wagte sogar, das Kommando der Bürgerwehr als eine ihm untergebene Behörde zu behandeln, und mit offenbarer Nichtbeachtung des Gesetzes vom 6. April ein selbstständiges Einschreiten des Militärs im alten vormärzlichen Stile anzudeuten, wenn das Bürgerwehrkommando sich diesen Uebergriff der Polizei nicht gefallen lassen wollte. *) Das Bürgerwehrkommando meldete

*) Dieses Schreiben ist zu bezeichnend, um es nicht vollständig mitzutheilen. „Da Morgen (schrieb der Polizeipräsident an das Kommando der Bürgerwehr am 24. September) ernste Unruhen zu erwarten stehen, und die Bürgerwehr die Behörde ist, welche, wenn die Polizeikräfte nicht ausreichen, die Ruhe und Sicherheit in der Stadt aufrecht zu erhalten ver-

dieſen Akt der Ungeſetzlichkeit ſofort dem Miniſterpräſidenten. Pfuel war ein gerechter Mann. Er belehrte den Polizeimann, daß die Zeit der Polizeiallmacht vorbei ſei, und daß er einem Verfaſſungsſtaate diene. Er befahl ihm: „ſich mit dem Kommandeur der Bürgerwehr zu verſtändigen, und niemals das Vertrauen zu verläugnen, welches er ſelber in die Bürgerwehr Berlins ſetze, und was die Requiſition militäriſcher Beihülfe betreffe, bei dem verfaſſungsmäßigen Wege, auf welchem er in ſeiner Erklärung vom 22. Septbr. in der Nationalverſammlung hingewieſen habe, zu beharren!“

---

pflichtet iſt, ſo ſehe ich mich genöthigt, eine beſtimmte und ſchriftliche Erklärung darüber zu erbitten, in wie weit die B. W. jener Verpflichtung im vorliegenden Falle nachzukommen im Stande iſt. Dieſe Erklärung iſt nothwendig, damit ſie den etwa vorzubereitenden militäriſchen Maßregeln“ (welche die Polizei geſetzlich nichts angingen) „als ſichrer und unzweifelhafter Anhalt dienen könne. Ein ꝛc. Kommando der B.-W. wolle ſich daher darüber ausſprechen, ob es die Garantie dafür übernehmen könne: daß die B.-Wehr einen über einen großen Theil der Stadt verbreiteten bewaffneten Aufſtand zu unterdrücken im Stande ſei. Im Betracht der Dringlichkeit der Sache erſuche ich ꝛc. mich ſpäteſtens bis Morgen Vormittag 9 Uhr mit Antwort zu verſehen, und werde ich, falls die Antwort bis zur gedachten Stunde nicht eingeht, dies ſo anſehen müſſen, als wenn wohldaſſelbe die bezeichnende Garantie zu übernehmen nicht vermöge. Berlin 24. Septbr. 1848. Der Pol.-Präſ. von Bardeleben.“

So der Präsident des Ministeriums. Anders aber dachte sein Kollege, der Minister des Innern. Zwar hatte Herr Eichmann in der Nationalversammlung erklärt (26. Septbr.): „daß die Staatsbehörde niemals in den Beschluß eingreifen werde, welchen die Versammlung über ihre persönliche Sicherheit gefaßt habe.“ Statt aber sein Wort zu halten, ging sein ganzes Bestreben darauf, das Gesetz und die Zusage des Ministerpräsidenten zu umgehen, und die Bürgerwehr unmittelbar unter den Polizeipräsidenten zu stellen. Die Veranlassung bot ihm eine Aeußerung des Volkshumors, die bereits erwähnte Eselsdemonstration.*) Der Minister des Innern sandte durch den Polizeipräsidenten ein Schreiben (8. Octbr.) an das Bürgerwehrkommando, in welchem er das Verhalten der Bürgerwehr heftig tadelte, derselben vorwarf, daß sie die Ruhe der Stadt entweder nicht erhalten könne oder nicht wolle, und daran die Drohung knüpfte, daß er andere Maßregeln ergreifen werde. Der Kommandeur der Bürgerwehr erwiederte dem Polizeipräsidenten, daß er schon darum, weil das Bürgerwehrkommando der Polizei nicht untergeordnet sei, auf die durch ihn vermittelten Eröffnungen des Ministers nicht antworten könne und werde, und wandte sich mit einer Beschwerde

*) S. Kapitel VI. Seite 571.

über die erneuten Uebergriffe der Polizei an das Gesammtministerium. Bis jetzt habe die Staatsregierung sich dagegen verwahrt, daß es ihr geheimer Wunsch sei, aus der Bürgerwehr eine Polizeimannschaft zu machen. Er hoffe, daß sie es auch ferner thun, und den Minister des Innern wie den Polizeipräsidenten in ihre Schranken zurückweisen werde.

Die Absicht bei jenem Schritte Eichmanns lag allerdings zu Tage. Er hatte verlangt, das Bürgerwehrkommando solle „Bürgschaft dafür geben", daß ähnliche Demonstrationen und Störungen der Ruhe, wie die am 25. Septbr. und 8. October künftig nicht mehr vorkommen würden. Das war eine Unmöglichkeit, auch wenn nicht, wie am 25. September, die Störungen der Ruhe von der Reaktion selbst ausgingen, wo der Graf Bresler hinter einer Barrikade gefunden und verhaftet wurde. Selbst die ganze alte Militär- und Polizeimacht Berlins zur Zeit der ungeschwächten Krone hatte im April 1847 nicht verhindern können, daß die öffentliche Ordnung drei Tage lang durch die gröbsten Volksexcesse gegen Personen und Eigenthum gestört wurde, wie sie in solcher Größe nach dem März des Jahres 1848 niemals vorgekommen waren. Wenn also das Bürgerwehrkommando die geforderte Bürgschaft leistete, so war die Gelegenheit

gegeben, bei dem erſten beſten Auflaufe, den die Bürgerwehr nicht verhindert hatte, wenn ſie ihn auch zerſtreute, das läſtige Geſetz vom 6. April zu durchbrechen.

Die Antwort des Geſammtminiſteriums (17. October) lautete vermittelnd. Der Polizeipräſident ward entſchuldigt, die Bürgerwehr unter den Miniſter des Innern geſtellt, der Streit vertagt.

Er ward erneuert durch die Vorgänge des 30. October. Es iſt von hiſtoriſchem Intereſſe, dieſen Streit in ſeinen Einzelnheiten zu verfolgen, weil daraus unwiderſprechlich hervorgeht, daß die Reaktion zu der offenen Gewalt, mit welcher ſie Bürgerwehr und Nationalverſammlung niederwarf, auch noch das Bitterſte fügte, was einem Volke geboten werden kann: den Schein des Rechts und Geſetzes in der offenbaren Verletzung beider.

Bevor wir dieſen Streit und ſeinen Ausgang erzählen, müſſen wir indeſſen eine Bemerkung einſchalten, welche auf den eigentlichen Grund deſſelben das rechte Licht zu werfen geeignet iſt. Die Einigung der Bürgerwehr und Polizei war an und für ſich unmöglich, weil beide Theile unter Ruhe und Ordnung etwas anderes verſtanden. Die Polizei und das Miniſterium des Innern, Herr von Bardeleben und Herr Eichmann, beide Anhänger des geſtürzten büreaukratiſchen Polizeigewaltſyſtems, ver-

ſtanden darunter jenen Zuſtand, wie er vor dem März in der Hauptſtadt Preußens herrſchte, wo jede, auch die unſchuldigſte Lebensäußerung des Volks auf Straßen und Plätzen verboten war, und wo das Raſſeln der Equipagen und der Trommeln die einzigen lauten Lebenszeichen der Hauptſtadt bildeten. Es war dieſe todte, mit der Polizeiſcheere zugeſchnittene Reglementsmäßigkeit, welche alles Leben eingeſchnürt hielt, deren herzbeklemmenden Eindruck ſelbſt der alte Göthe beſeufzte, wenn er einmal gegen ſeinen Eckermann klagte, daß die deutſche Polizei ſchon den Kindern jede Freude und Luſt verderbe. Sie war der rechte Ausdruck des Abſolutismus, der ſich in ihr ſelbſt genoß, wie er ſich an den ſeelenloſen Paraden der ſteifen Soldatenmaſchinerie beſpiegelte. Dieſe reglementsmäßige Ruhe und Ordnung, von der ein Engländer keine Vorſtellung hat, war es, welche die Regierungs- und Polizeimänner des neuen Preußens aufrecht erhalten wiſſen wollten, und in deren Störung ſelbſt durch ungefährliche Demonſtrationen und Auslaſſungen des Volkshumors ſie eine Gefährdung des Staats und vor allem eine Beeinträchtigung ihrer Würde erblickten. Sie handelten nicht in ſchlimmer Abſicht, denn ſie wußten es nicht anders. Der Fehler war nur, daß man eben den neuen Moſt in die alten Schläuche füllte, daß Männer des alten Bevormun-

dungsregiments, die ihr Leben lang das Volk nur als eine gefährliche, durch Polizei und Militär in den Schranken blinder Unterwürfigkeit und ſtummer Ordnung zu haltenden Maſſe zu behandeln gewohnt geweſen waren, jetzt an die Spitze eines Staates und eines Volkes geſtellt wurden, deren Leben ſich plötzlich in freier Bewegung zu entfalten begonnen hatte. Sie fanden, daß der lange Gegängelte hier und da ſtolperte, daß er nicht den Gang regelrechter Dreſſur zeigte, und hätten ihm darum am liebſten das Gehen verboten. Da dies nicht wohl anging, hätten ſie ihm wenigſtens gern das alte Gängelband wieder angelegt. Selbſt die Bürgerwehr, die ſchon von Anfang an einen oft übertriebenen Polizeieifer zeigte, war ihnen noch nicht polizeieifrig genug. Sie ſchufen daher in ihren Schutzmännern neue polizeiliche Kinderwärter für das große Kind, Volk genannt. Es geſchah was geſchehen mußte. Die Kinderwärter vermehrten die Ungezogenheit. Die Bürgerwehr ſelbſt wurde ſtutzig. Sie ſträubte ſich gegen ihre Umwandlung in ein Polizeiinſtitut. Sie ſah, daß das ſtete „Einſchreiten“ immer nur die Sache ärger machte, daß die Schutzmänner, die nur die alte vormärzliche „Ruhe und Ordnung“ im Auge hatten, überall, wo ſie erſchienen, wirklich Unordnungen hervorriefen. Das Volk endlich, durch das ſtete Einſchreiten mehr und mehr erbittert, gab unbe-

sonnenen Aufwieglern und falschen Demagogen um so leichteres Spiel. Die Umlagerung der Hauptstadt mit starken Heeres- und Geschützmassen, die Ernennung eines Militärdiktators, dessen Armeebefehl dem einfachen Verstande über die Absichten dieser Ernennung gar keinen Zweifel ließ, steigerten die allgemeine Erregung zu fieberhafter Reizbarkeit. Die fortgesetzten Versuche der Polizei, die in ihrer Organisation absichtlich vernachlässigte ja an derselben verhinderte Bürgerwehr als unzulänglich zur Aufrechthaltung der Ordnung darzustellen, um ihre Rolle dem Militär übertragen zu können, kamen dazu. Das konnte kein gutes Ende nehmen. Wo Verständigung bei entgegengesetzten Prinzipien unmöglich ist, kann nur die Gewalt entscheiden. Das Recht des Stärkeren tritt ein, wo die andere Partei offen oder insgeheim, das Recht der andern für Unrecht hält. Das war hier der Fall. Eine neue Revolution war unvermeidlich. Von ihrem Ausgange hing es ab, welchen Namen sie führen sollte. Revolution oder Contrerevolution, rettende That im Sinne der Märztage, oder rettende That im Sinne des Absolutismus, — das war die Frage.

Der aufmerksame Leser dieser Geschichte wird aus ihr die Ueberzeugung gewonnen haben, daß man am Hofe zu Potsdam wußte, was man wollte. Seit dem 7. September war dieses Was? bestimmt

und ausgesprochen. Nur das Wann? war unbestimmt geblieben, weil das Ministerium der That seine Handreichung zur „rettenden That“ versagt hatte. Warten ist die Kunst der Höflinge und Diplomaten, Nous verrons! das Zauberwort der Machthaber. Die Reaktion schrieb auf ihre Fahne die Devise jenes schottischen Duglas: „Ich wart auf meine Zeit.“

Und sie wartete nicht vergebens. Als Wien gefallen war, da war die Zeit gekommen. Die Vorgänge des 30. October gaben Veranlassung, die Angriffe der Polizei gegen die Bürgerwehr zu erneuern. Es galt den Schein des Rechts zu wahren, den noch bei allen Kriegen jede Partei der Gewalt vorauffschickte. Die Polizei sollte die Brücke der gesetzlichen Revolution schlagen, auf welcher der Militärdespotismus in die Stadt einziehen konnte.

Der Minister des Innern, welcher schon früher aus der Mücke der sogenannten Eselsdemonstration einen Elephanten gemacht, und in diesem lächerlichen und ungefährlichen Gebahren eines von Gassenbuben unterstützten geringen Volkshaufens einen Beweis gesehen hatte, „daß die Nationalversammlung und die Staatsregierung“, wie er sich ausdrückte, „unter dem terroristischen Einflusse einer revolutionären anarchischen Partei stehe“ — *) that jetzt nach den

*) Nichts ist so geeignet, eine Vorstellung von der oben

Vorfällen des 31. October den letzten Schritt. In einem Schreiben an das Bürgerwehrkommando (1. November), in welchem er daſſelbe mit Vorwürfen überhäufte, und die Ruheſtörungen des vergangenen

---

geſchilderten Stimmung des alten bureaukratiſchen Bewußtſeins zu geben, als die Art, in welcher der Miniſter des Innern, Herr Eichmann, dieſe Exceſſe (vom 25. Septbr. und 5. October) beurtheilte. Er nannte die Eſeldemonſtration die empörendſte Verhöhnung eines der wichtigſten Geſetze, ja der Staatsregierung ſelbſt, einen Skandal, der jedenfalls, wenn er nicht verhindert werden konnte, energiſche Ahndung durch die Bajonnette der Bürgerwehr hätte finden müſſen! „Der Eindruck, welchen ſolche Vorfälle machen, hieß es in dem Schreiben, das er durch den Polizeipräſidenten an das Bürgerwehrkomando ſchickte, kann kein anderer ſein, als der, daß der Glaube an das Vorhandenſein einer pflichtgetreuen, kräftigen öffentlichen Macht und Autorität in Berlin, der Hauptſtadt Preußens, der größten Stadt Deutſchlands, immer mehr ſchwindet, und dagegen die Ueberzeugung immer mehr Raum gewinnt, daß die Nationalverſammlung und die Staatsregierung unter dem terroriſtiſchen Einfluſſe einer revolutionären anarchiſchen Partei ſtehen!“ Man hätte denken ſollen, es wäre von einem Angriff auf die Nationalverſammlung oder doch mindeſtens von einem bewaffneten Widerſtande gegen die Polizei die Rede geweſen! während es ſich von Vorfällen handelte, deren erſteren ſelbſt der Polizeipräſident in dem Schreiben, mit welchem er den Erlaß des Miniſters an das Bürgerwehrkommando überſchickte, nur einen „unangenehmen Auftritt“ (er war der, bei welchem der Graf Bresler gefangen wurde!) nur ſchlechtweg eine „Scene“ und eine „Demonſtration“ nannte, von welcher er zugab, daß die anrückende Bürgerwehr, als ſie ſah, gegen welche Kinderei ſie agiren ſollte, ſich ihres Auftrags ſchämte, und hier und da ſogar die Reihen verließ!!

Tages mit den brennendſten Farben ſchilderte, kündigte er demſelben, und zugleich der Stadt durch ein gedrucktes Plakat an, daß er von jetzt an, ſobald die Bürgerwehr ihrer Aufgabe wieder nicht rechtzeitig und vollſtändig genüge, ſofort durch die Polizeibehörden Militär herbeifordern und daſſelbe einſchreiten laſſen werde. Das Bürgerwehrkommando erwiederte hierauf (2. Novbr.): „erſt der heutige Beſchluß der Nationalverſammlung gebe der Bürgerwehr das Recht und die Pflicht, auch vorbeugend den Schutz der Nationalverſammlung zu übernehmen, während ihr dies nach einem früheren Beſchluſſe derſelben, welcher jeden bewaffneten Schutz ablehnte, nicht zugeſtanden habe; und ſie gedenke dieſe Pflicht im ausgedehnteſten Umfange zu erfüllen. Dagegen ſei die Drohung des Miniſters, Militär zu requiriren, eine Verletzung des Geſetzes, das alle bisherigen Miniſterien zu halten gelobt hätten, zumal wenn das Recht zu ſolcher Requiſition auch dem Polizeipräſidenten, oder ſonſt andern als den ſtädtiſchen Behörden und dem Bürgerwehrkommando ertheilt werden ſolle.“ Zugleich erließ Rimpler ein Plakat, in welchem er die von ihm eingelegte Verwahrung gegen die ungeſetzliche Bekanntmachung des Miniſters der Berliner Bevölkerung anzeigte. Der Miniſter gerieth in den heftigſten Zorn. Er drohte in ſeiner Antwort auf alte bureaukratiſche Manier, den

Bürgerwehrkommandanten für sein Unterfangen zur Strafe zu ziehen. Er behauptete mit ruhiger Stirn, daß die Verwahrung desselben, welche sich auf die klarsten gesetzlichen Bestimmungen stützte, jeder gesetzlichen Begründung ermangle. Er berief sich auf das Bürgerwehrgesetz, ohne jedoch einen Paragraphen desselben anzuführen, der die alte gesetzliche Bestimmung geändert hätte. Dabei aber erklärte er zugleich, daß er sich bei der Requisition des Militärs stets an die in dem Ministerialerlasse vom 31. Octbr. gegen den Magistrat ausgesprochenen Grundsätze halten werde.

In dieser Berufung und in diesem Ministerialerlasse lag aber gerade die Falle verborgen.

In demselben war nämlich an die Stelle der städtischen Behörden, denen gesetzlich neben dem Bürgerwehrkommando allein die Herbeiziehung militärischer Hülfe „für den äußersten Nothfall“ zustand, der unschuldig erscheinende Ausdruck Civilbehörden eingeschwärzt worden. Jener Erlaß war ein gelegentlicher; dadurch war die Zahl der Behörden, die zur Requisition des Militärs gesetzlich allein berechtigt waren, ganz plötzlich um eine dritte vermehrt worden. Und diese dritte Behörde, war eben die, welche die Reaktion haben wollte, und der sie diese Befugniß in die Hände zu spielen schon so viele vergebliche

Versuche und Anstrengungen gemacht hatte *) — die Polizei.

Das Bürgerwehrkommando that jetzt den letzten Schritt. Es wandte sich an die Nationalversammlung (6. November). Es legte ihr den begangenen Gesetzbruch vor, und wies nach: „daß durch diese Maßregel des Ministers im Betreff dessen, was man früher Störung der gesetzlichen Ordnung nannte, zumal da der alte Polizeikodex noch nicht aufgehoben, die Hauptstadt wieder in das Gebiet

---

*) Schon am 29. März geschah dazu der erste Schritt mit demselben Kunstgriffe. An diesem Tage erließen der Gouverneur von Berlin von Ditfurt, und der Bürgerwehrkommandeur und Polizeipräsident Minutoli eine „Bekanntmachung", an deren Schlusse es hieß: „Es versteht sich von selbst, daß die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung lediglich der Bürgerwehr überlassen bleibt, und die mögliche Hülfeleistung des Militärs nur für den äußersten Nothfall und auch dann nur auf ausdrückliche Aufforderung der städtischen und Civilbehörde erfolgen wird." Aber die Berliner Bevölkerung war auf ihrer Hut. Man merkte den Kunstgriff, und die Stimmung äußerte sich so allgemein drohend, daß schon am nächsten Tage eine neue, diesmal im Auftrage des Staatsministeriums erlassene Bekanntmachung von denselben beiden Herren, unter demselben 29. März datirt, an die Straßenecken Berlins geheftet wurde, in welcher, bei übrigens ganz gleichem Inhalte, die „Civil"-Behörden" ausgelassen waren. Man sieht, Herr Eichmann hatte sich mit seiner neuen Erfindung der „Civilbehörden" nicht in Kosten gesetzt. (Vgl. über diese Dinge: Personen und Zustände Berlins I. S. 22—25. Berl. Voss. Zeit. vom 3. Novbr. 1848. Preuß. Revol. Buch II. S. 148.)

des alten Polizeistaats versetzt werde." Die Sache sei entscheidend für die politische Entwicklung Preußens. Die Nationalversammlung möge daher den Streit durch ein Gesetz schleunig entscheiden, da Gefahr im Verzuge liege. Zugleich forderte das Bürgerwehrkommando die städtischen Behörden auf, sich dieser Petition anzuschließen.

Die hereinbrechende Contrerevolution begrub diese letzte Berufung an Gesetz und Recht in dem Todeskampfe der ersten Preußischen Nationalversammlung. —

Wem aber nach dieser Darstellung noch irgend ein Zweifel darüber geblieben sein sollte, daß schon unter dem zweiten Ministerium der Revolution eine mächtige Hofpartei die Contrerevolution und den Sturz der Nationalversammlung vorbereitete, den mag die folgende Thatsache eines Bessern belehren.

Es war gegen das Ende des August. Die Minister hatten in Folge eines Straßenkrawalls ein strenges Tumultgesetz eingebracht, und wohnten den Verhandlungen bei, welche darüber in der Centralkommission gepflogen wurden. Die Debatten waren sehr stürmisch. Es zeigte sich, daß die Minister bei Abfassung ihres Gesetzentwurfs nicht einmal gewußt hatten, daß bereits ein Gesetz über die Berechtigung der Bürgerwehr zum Gebrauch der Waffen existire. *)

*) Der Minister Kühlwetter bestritt es so lange, bis ihm

Bei dieſer Debatte wandte ſich plötzlich der Miniſterpräſident von Auerswald zu dem neben ihm ſitzenden Abgeordneten Bucher, und ſprach leiſe zu ihm: „Stürzen Sie uns nicht! Sie wiſſen nicht was hinter uns ſteht!“ — „Und was ſteht denn hinter Ihnen? erwiederte der Angeredete. „Großes Unglück für Sie und das Land?“

Er hatte nur zu wahr geſprochen.

---

die gedruckte Geſetzſammlung vorgehalten wurde! worauf er erwiederte: „ich muß geſtehen, daß mir dieſe Verordnung entgangen iſt.“

Kapitel VIII.

Der Geburtstag des Königs und seine Folgen.

Der König war noch immer in Potsdam, fern von seiner Hauptstadt, umgeben von den Anhängern des alten Absolutismus, den geschworenen Feinden der Märzrevolution, der Volksfreiheit und der Nationalversammlung.

Um Berlin lagerte inzwischen ein schlagfertiges Heer, der Kern des Preußischen Kriegsvolks. Fünfundvierzig Batterien mit 360 Feuerschlünden waren nach und nach in die Nähe der Hauptstadt herangezogen, jede Batterie mit 242 Schüssen, jeder Fußsoldat mit 60 scharfen Patronen versehen. Kavallerieabtheilungen, auf allen Dörfern mit dem Fußvolke zusammengelagert, unterhielten die Verbindung mit allen Kantonirungen. Das war um die Zeit, als der spätere Justizminister der rettenden That in der Preußischen Nationalversammlung ausrief (16. Octbr.): „Der König ist eine souveräne Macht, das Volk ist eine souveräne Macht. Die Einigung kann nicht schwer sein, sie wird ohne Zweifel erfolgen!“ Die

Einigung des Wolfs mit dem Lamme, das er verschlingt!

Der 15. October kam heran. Es war der Geburtstag Friedrich Wilhelms IV., der erste, welchen er in dem neuen Preußen des 18. März feiern sollte als konstitutioneller König. Er war in der übelsten Stimmung. Die Volksvertretung, nach welcher ein strafbares „Gelüsten" zu tragen er seine edlen Herren und getreuen Stände in jener glänzenden Thronrede des verwichenen Jahres feierlich verwarnt hatte, sie tagte jetzt, von ihm selber berufen, in den Mauern seiner Hauptstadt. Das „konstitutionelle Verhältniß", welches, wie er sich vermessen hatte, keiner Macht der Erde jemals gelingen sollte in Preußen einzuführen, er selber hatte es eingeführt. Er selber hatte an die Stelle „der alten heiligen Treue" das beschriebene Blatt Papier einer Konstitution gesetzt, er, welcher das feierliche Gelöbniß gethan: „Nimmermehr werde ich zugeben, daß sich zwischen unsern Herrn Gott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt als eine zweite Vorsehung eindränge, uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte heilige Treue zu ersetzen!"

Und jetzt sollte dieser selbe Herrscher die Abgeordneten der Volksvertreter empfangen, welche kamen,

ihm zu seinem Geburtstage Glück zu wünschen, nachdem sie ihm nur drei Tage zuvor die kostbarste Perle des „von Gottes Gnaden" aus seiner Krone gebrochen!

Die Volksversammlungen und Vereine hatten sich gegen jede Feier erklärt, der Vorstand der Nationalversammlung die Beglückwünschung nur für den Fall beschlossen, wenn der König nach Berlin oder Charlottenburg komme.

Er kam nach Berlin. Nicht in bürgerlicher Tracht, wie man gehofft, sondern im Glanze militärischen Gepränges, umringt von einem kriegerischen Gefolge von Generalen. Er besuchte den Dom, und empfing den Freudenruf des versammelten Volks. Aber er vermied das Königsschloß, vor dessen Erinnerungen ihn ein Grauen anwandeln mochte, und fuhr nach dem Lustschlosse Bellevüe, um dort die Glückwünsche der Behörden und Würdenträger zu empfangen. Ihre Karossen rollten vorüber an dem Platze „unter den Zelten", wo eine Volksversammlung zu derselben Stunde das neue Bürgerwehrgesetz und die Wechselfälle der Wiener Revolution berieth. Die Wagen der Courmacher mußten Schritt fahren, um die Redner nicht zu stören. So langten sie im nahen Schlosse an.

König Friedrich Wilhelm IV. war in übler Stimmung. Der Beschluß der Nationalversammlung vom

12. October hatte ſeine Wirkung gethan. Der König glaubte jetzt das Aeußerſte erduldet, und den Zorn ſeines Gottes geſühnt zu haben. Die Reden ſeiner Umgebung hatten ihn darin beſtärkt. Sie zeigten hin auf das vom alten ächten Geiſte der heiligen Treue beſeelte herrliche Kriegsheer, deſſen Kern kampfbereit vor den Thoren der rebelliſchen Hauptſtadt ſtand. Sie wieſen hin auf die nahe Entſcheidung, welche in dem revolutionären Wien der Sache des Abſolutismus geſichert ſei; auf die Folgen des Frankfurter Aufſtandes, die Gott ſichtbar zum Nachtheil und Verderben der Umſturzpartei in Deutſchland gewendet; auf Rußlands mächtige Hülfe für den Fall eines Kampfes gegen die immer frecher ihr Haupt erhebende Neuerung. Der König war jetzt entſchloſſen. Nur der Fall von Wien ſollte noch abgewartet werden, um ganz ſicher zu gehen, und die Gewißheit gewonnen ſein, auf den Beiſtand des Frankfurter Parlaments zur Niederwerfung der Preußiſchen Nationalverſammlung — dieſes deutſchen Parlaments, wo eine ſtarke Partei ſchon längere Zeit vor Begierde brannte, die mächtige Nebenbuhlerin zu vernichten. Aber ſo ſehr Friedrich Wilhelm IV. die Sicherheit liebte, ſo wenig war die Vorſicht ſtets die Begleiterin ſeines leicht erregten Geiſtes. Noch ſchien es ihm nicht Zeit zu handeln. Aber er wollte ſich wenigſtens die Genugthuung nicht

verſagen, zu ſprechen und zu drohen. Dieſe Stimmung war natürlich in einem Geiſte wie der ſeine, dem das Gefühl der erlittenen Demüthigung immer aufs Neue den bittern Unmuth wach rief, und der dieſen Unmuth im Zorne gegen andere entladen mußte, wenn er ihn nicht gegen ſich ſelbſt kehren wollte. Welcher König aber hätte das letztere in ähnlichem Falle gethan?

In dieſer Stimmung empfing er die Deputationen des 15. October.

Die Anſprachen der Nationalverſammlung und der Bürgerwehr an den König waren mit dem Miniſterpräſidenten berathen und verabredet. Nicht minder auch, wie es der konſtitutionelle Brauch forderte, die Antworten des Königs. Aber zum Erſchrecken des greiſen Pfuel und der meiſten Anweſenden verließ der König, deſſen Natur überhaupt wenig geartet war für die konſtitutionellen Scheinformen, die feſtgeſtellten Antworten, um in „improviſirter Rede“ *) ſeinem Herzen Luft zu machen. Nie ſeit den Tagen des weißen Saales im Jahre 1847 hatte man ihn wieder ſo ſtolzen Hauptes und ſo vollbewußt ſeiner Herrſchermacht geſehen, als in dieſer Stunde. Nachdem der Präſident Grabow ſeine Anrede beendet hatte, erwiederte der König,

*) Worte des Staatsanzeigers vom 16. October.

und seine Stimme scholl weithin durch die Prunkhallen des Schlosses: Vergessen Sie nicht meine Herren, daß wir etwas vor andern voraus haben: eine Macht, die man dort nicht mehr zu kennen scheint, eine angestammte Obrigkeit! ja, eine angestammte Obrigkeit von Gottes Gnaden! Danken Sie Gott, daß Sie noch eine Obrigkeit von Gottes Gnaden haben!" Der Präsident der Nationalversammlung heftete den Blick zur Erde. „Halten Sie den Kopf oben!" rief ihm der König zu. „Ich habe noch einen starken Arm!" Die ehrfurchtsvolle, aber zugleich männliche Anrede des Kommandeurs der Bürgerwehr*) schien den König noch mehr aufzureizen, während ihn der Anblick der „bewaffneten Bürger" an jene Stunde des 19. März erinnern mochte, wo er von zwei Bürgern

---

*) Die Rede desselben lautete: „Zum Erstenmale werden Ew. Majestät an diesem Freudentage durch mich von den bewaffneten Bürgern Berlins begrüßt. Gehoben durch die errungene Freiheit ist der größte Stolz der Berliner Bürgerwehr, die Feststellung der zugesagten Verfassung zu schirmen, die gesetzliche Ordnung zu wahren. Majestät, dieser gesunde Sinn unserer Mitbürger ist die sicherste Garantie für die Rechte eines Jeden, für die Rechte Ew. Majestät. Das beste Geschenk, das ich Ew. Majestät an diesem Tage zu bringen glaube, ist die Bürgschaft dieser Gesinnungen der Bürgerwehr Berlins." —

geführt die Einsetzungsworte der Bürgerwehr aus=sprach *). Er richtete seine Gestalt zu ihrer ganzen Höhe auf, und zurückgeworfenen Hauptes, die Arme fest ineinander geschlungen rief er mit drohend er=hobener Stimme: „Vergessen Sie's nicht, meine Herren, **daß Ich es bin,** der Ihnen die Waffen in die Hände gegeben hat!“

Es war eine peinliche Scene. Ihr Schrecken ging durch die ganze Versammlung. Selbst die Eingeweihteren mochten glauben, daß hier Zeit und Stunde nicht gewahrt sei. Ein General aus des Königs Umgebung trat zu einem der Abgeordneten heran, und fragte verstörten Angesichts: „das wird wohl wieder einen schlimmen Eindruck machen?“ „Ja, das weiß Gott,“ erwiederte der wackere Mann. „Es scheint als wolle man mit einem Schlage wie=der einstürzen, was wir mit so viel redlicher Mühe aufgebaut.“ In düsterer Stimmung entfernten sich die Deputationen. Man hörte Reden fallen, daß auch hier nichts gelernt und nichts vergessen sei. In der Hauptstadt sah man keine erleuchteten Fenster, außer denen der Kasernen. Das Volk duldete diese Zeichen der Freude nicht, wo der Royalismus sie versuchte. Von diesem Tage an hoffte Niemand mehr auf friedliche Lösung der Dinge.

---

*) S. Preuß. Revol. II. Buch. S. 141—142.

Die am 15. erzeugte Stimmung trug ihre Früchte. Sie widerhallte im Volke, sie grollte fort in dem düsteren Ausdrucke der Nationalversammlung des folgenden Tages. Zwar der Präsident beobachtete Schweigen über den gestrigen Empfang. Aber von der Linken erscholl bei der Debatte über die Verfassung, als ein Abgeordneter die Möglichkeit eines Konflikts der Krone mit der Nationalversammlung leugnete, der zornige Ruf: „Der Konflikt ist schon eingetreten. Die Krone hat gestern die Vertreter des Volks ins Angesicht geschlagen!“ Der Präsident Grabow verhängte den Ordnungsruf über den Sprecher. „Ich muß anerkennen“, sprach er, „daß die Bemerkung, welche der Abgeordnete Schramm als faktische Berichtigung hier machte, nicht als solche gerechtfertigt war!“ Die Thatsache wagte der loyale Mann selbst nicht zu leugnen. Vergebens brachte der Staatsanzeiger einen Bericht über die Vorgänge des 15., der von jenen Zornreden nichts enthielt, sondern nur im Allgemeinen von der Huld und Freundlichkeit überfloß, mit welcher der König die Deputationen empfangen. Die Offenheit des Königs strafte diese Verhüllungen Lügen. Seine schriftliche Antwort auf die Glückwunschadresse der Stadtverordneten Berlins wiederholte die wahre Meinung seines Herzens. Sie

ſprach deutlich aus, daß er mit ſeiner „Langmuth“ am Ende ſei. *)

Und die Nationalverſammlung? Sie berieth am 16., ob die Verfaſſung „vereinbart“ oder „beſchloſſen“ werden ſolle. Man hätte denken mögen, die Verſammlung werde unter dem Eindrucke der geſtrigen Stimmung das entſchiedene Wort wählen. Sie that es nicht. Der Abgeordnete von Berg entſchied die Frage. Es ſei ein Wortſtreit, auf den nichts ankomme. „Die Krone wird die Verfaſſung umſtürzen können, wenn ſie die Macht dazu hat. Wir werden unſre Beſchlüſſe aufrecht erhalten, wenn wir die Macht dazu haben!“ Der mildere Ausdruck ward mit großer Majorität beſchloſſen. Nur 43 Mitglieder ſtimmten dagegen. Das war die Antwort der Nationalverſammlung auf die Sprache der Krone am 15. October. Sie zeugte von Mäßigung und Klugheit.

Dennoch hielten von dieſem Tage an ſelbſt die gemäßigten Mitglieder der Nationalverſammlung den Bruch zwiſchen Krone und Volksvertretung für unheilbar. „Wenn ſogar ein Miniſterium Eichmann-Bonin fortwährend auf Hinderniſſe in Potsdam ſtoße“, ſchrieb um dieſe Zeit der Führer des Centrums von Unruh an einen hohen Provinzialbeamten, „ſo

*) Vgl. Kapitel IV. Seite 539.

müsse man die Bildung eines wirklich konstitutionellen Ministeriums auf einer breiten Kammermajorität für ganz unmöglich halten." Hatte doch der greise Pfuel, als man ihm in Potsdam auf seine Beschwerde über die Vorgänge des 15. erwiederte: „das sei eine befremdliche Sprache in dem Munde eines alten Preußischen Generals!" daran erinnern müssen, daß er in diesem Augenblicke nicht General, sondern konstitutioneller Minister sei.

Die Berathung des Staatsgrundgesetzes schritt indessen rüstig fort. Der Artikel über das Staatsgebiet ward nach mehrtägiger Debatte erledigt. Mit geringer Majorität setzte hier die Linke, zu der sich die Centren immer mehr hinüberschoben, die Bestimmung durch (26. Octbr.), welche den Bewohnern des Großherzogthums Posen, die in den Wiener Verträgen gewährleisteten besondern Rechte wahrte und darüber ein organisches Gesetz verhieß. Das Frankfurter Parlament, das in diesem Beschlusse eine Auflehnung gegen den ihrigen fand, der die vom General Pfuel gezogene Demarkationslinie sanktionirt und so das Preußische Polen in zwei Theile, einen deutschen und einen selbstständig polnischen getheilt hatte, vernichtete diesen Beschluß durch eins ihrer papiernen Dekrete. Allein was man gegen die Preußische Volksvertretung gewagt hatte, wagte man wenige Wochen später in

Frankfurt nicht gleicher Weiſe gegen die Preußiſche Krone. Das deutſche Parlament proteſtirte nicht, als der König Friedrich Wilhelm IV. in ſeiner octroyirten Verfaſſung vom 5. Dezbr. den Beſchluß der unterdeß vernichteten Preußiſchen Volksvertretung zu dem ſeinigen machte! *) Es war das alte: „Wenn zwei daſſelbe thun, ſo iſt es nicht daſſelbe", was man auch hierbei in Frankfurt befolgte.

Die Gleichheit aller Preußen vor dem Geſetze ward einſtimmig angenommen. Ebenſo die Aufhebung aller Standesunterſchiede und Standesvorrechte. Zweihundert gegen hundertdreiundfünfzig Stimmen erhoben die „Abſchaffung des Adels" zum Beſchluß. Eine noch viel größere Majorität verbot (209 gegen 115) zwar nicht die adlichen Titel und Prädikate ſelbſt, wohl aber ihren Gebrauch in öffentlichen Urkunden. Man vernichtete das wichtigſte Gewinnungsmittel des Abſolutismus, die in Preußen wahrhaft zahloſen Orden und Ordensbänder, ſammt all ihren chi=

*) Der Artikel I. Titel 1. der octroyirten Verfaſſung lautete: „Die Landestheile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das Preußiſche Staatsgebiet." Und doch lautete der Beſchluß des Frankfurter Parlaments: daß kein außerdeutſcher Landestheil in innerem Staatsverbande mit einem deutſchen Staate ſtehen, ſondern nur durch Perſonalunion mit einem ſolchen verbunden ſein ſollte!

neſiſchen Klaſſen, Stufen und Abtheilungen, dieſe „Kinderſpielzeuge, mit denen man", nach Napoleons vortrefflichem Ausdrucke *), „die Menſchen gängeln muß", und verbot alle in gleicher Abſicht erfundenen und ins Lächerliche ausgeführten Titel, welche mit keinem Amte zuſammenhingen. Nur für die kriegeriſchen Orden ſollte eine Ausnahme gewahrt, aber durch ein Geſetz geregelt **), Nationalbelohnungen nur durch ein Geſetz ertheilt werden.

Gegen den lächerlichen und unſittlichen Byzantinismus des Titel- und Ordensweſens hatte ſich ſchon ſeit längerer Zeit der öffentliche Spott gewendet, zumal da auch hier der Abſolutismus nicht wie ſein großes Vorbild Napoleon ein kluges Maaß gehalten, ſondern nach der Weiſe kleiner Geiſter das Thun und die Mittel des großen Despoten auf eine lächerliche Weiſe übertrieben hatte. In dem Be-

---

*) „C'est par des hochets, que l'on mène les hommes!" Worte Napoleons in ſeinem Staatsrathe 1802 zur Empfehlung der Orden. „Ich würde das nicht gern öffentlich ſagen, ſetzte der große Menſchenverächter hinzu, aber in meinem Staatsrath darf ich es ſagen." S. Schloſſer Geſchichte des XVIII. Jahrhunderts VI., S. 477 — 478.

**) Es war ein alter Kriegsmann, ein Ritter des eiſernen Kreuzes, des allein von Preußen geachteten Ordens aus den Jahren 1813 — 15, welcher dieſen Antrag ſtellte. Ueber die beiden letztern Beſtimmungen geſetzlich zu beſchließen, ward die Nationalverſammlung durch ihre Auflöſung verhindert.

ſchluſſe gegen den Adel aber entlud ſich ein lang=genährter, tiefer und bitterer Groll gegen eine Kaſte, die ohne lebendigen Zuſammenhang mit dem Volke wie in England, aber voll Anſprüche kraft des beſ=ſeren Bluts auf Bevorzugung jeder Art, in ihren Reihen ins Ungemeſſene fortwuchernd, den ganzen Hochmuth einer geſchloſſenen Blutkaſte auf alle ihre Abkömmlinge, auch die ärmſten und unbedeutendſten übertrug; gegen eine Kaſte, die in dem alten Preußen bisher auch geſetzlich vom Volke geſchieden war, geſchieden in einer Weiſe, die nicht ſelten der Vernunft und der Bildung des Jahrhunderts gleichmäßig Hohn ſprach. Es gab in Preußen geſetzlich noch immer beſondern Strafen für ſpeziell adlige Verbrechen, Eheverbote für Männer adlichen Standes mit Frauen des ge=meinen Bürger= und Bauernſtandes, härtere Strafen für Beleidigungen gegen Perſonen höheren Standes, und ritterſchaftliche Autonomie. Noch konnte ſogar geſetzlich der Adelſtand wegen gro=ber Verbrechen richterlich **aberkannt**, der „Adliche“ wegen entehrender Verbrechen zum Bürgerlichen degradirt werden! Schon durch dieſe einzige Beſtimmung des „Preußiſchen Landrechts“ ſtand der preußiſche Bürgerſtand dem Adelſtande als eine Strafklaſſe gegenüber! Ge=gen dieſe Schmach empörte ſich das Bewußtſein des freien Menſchen wie des freien Staatsbürgers. Man

wollte nicht mehr einen Stand von beſſerem Blute, eine Kaſte von beſſerer Ehre, als die Ehre und das Blut des freien unbeſcholtenen Bürgers, geſetzlich aufrecht erhalten wiſſen. Der Preußiſche Purpur des „von Gottes Gnaden" ſei gefallen, der preußiſche Adel müſſe nach. Denn auch er ſei entweder von Gottes Gnaden oder — nichts.

Alſo die Einen. Die Andern dagegen, die Gemäßigten, hielten die Faſſung: „der Adel iſt abgeſchafft" für einen politiſchen Fehler. Man müſſe die Sitten beachten, die man durch Geſetze nicht abſchaffen, das Vorurtheil ſchonen, das man durch Beſchlüſſe nicht ändern könne. Das kleine Wörtchen „von" wollten auch ſolche Adlige nicht miſſen, nicht in amtlichen Schriften ſich entzogen ſehen, die ſonſt keinerlei Standesvorurtheile beanſpruchten. Zwei Mitglieder der äußerſten Linken, unter ihnen ſogar der ſtählerne Jacoby, trugen mit dem Centrum vereint darauf an, ſich nur auf die Abſchaffung des Adels als eines „beſondern Standes" zu beſchränken, alles Uebrige aber, und beſonders die drei Buchſtaben, unangetaſtet zu laſſen. „Welche Faſſung wir auch dem Geſetze geben, das Volk wird uns verſtehen, es wird wiſſen, daß wir vollkommne Gleichheit aller Bürger wollen. Nicht durch Paragraphen wird der Adel abgeſchafft, ſondern durch den Geiſt der Zeit!" Alſo befürwortete Jacoby die mil-

dere Faſſung. Umſonſt! Zu tief hatte ſich der Groll in den Herzen gegen die Blutkaſte feſtgeſetzt. Der Schlag fiel.

Bei der Abſtimmung über Adel und Orden (29. und 30. October) war die königliche und die Loge der Diplomaten ſtark gefüllt mit den Gliedern der höchſten Ariſtokratie. Man beobachtete geſpannt ihre Mienen, um aus ihnen herauszuleſen, welche Stimmung jetzt in Potsdam vorwalte, ob man dort noch an friedliche Ausgleichung denke, oder ob man entſchloſſen ſei, das Schwert in die Wagſchaale der parlamentariſchen Verhandlung zu werfen. Alle Anzeichen ſprachen für das Letzere. Auf allen jenen Geſichtern ſah der Präſident der Nationalverſammlung, als er jene Beſchlüſſe verkündete, nur einen Ausdruck. Es war der einer unverhohlenen höhniſchen Freude. Von dieſem Augenblicke an war ihm die nächſte Zukunft nicht mehr zweifelhaft. *)

*) Unruh a. a. O. S. 89

Kapitel IX.

Der Ausgang des Miniſteriums der halben Maßregel.

„Was du thun willſt, das thue bald!“ ward jetzt mehr und mehr der Wahlſpruch in Potsdam. Die um Berlin angehäuften Truppenmaſſen, von rauher Jahreszeit und naſſer Witterung leidend, murrten nicht minder, als die von Einquartirungslaſt gedrückten Bewohner der Umgegend. Die Garden ſehnten das Ende dieſer Zuſtände und den Einzug in Berlin herbei. Einzelne Vorfälle im Militär, wenn auch von den demokratiſchen Zeitungen ſehr übertrieben als Soldatenaufſtände zu Gunſten der Freiheit bezeichnet, konnten doch als Zeichen gelten, daß die alte Disziplin im Heere zu wanken drohe. Der langſame Weg, die Nationalverſammlung dadurch zu verderben, daß man ſie ohne Führung, ja faſt ohne Zuſammenhang mit der Regierung immer weiter gehn, in gewiſſe Parteien immer weiter zerfallen und durch ihre eignen Fehler die Nothwendigkeit einer Auflöſung herbeiführen und vor dem Lande rechtfertigen ließ — dieſer langſame und

ſichere Weg mußte aufgegeben werden. Denn es war anders gekommmen wie man gedacht. Gar viele Beſchlüſſe der Verſammlung hatten bei der überwiegenden Maſſe der Bevölkerung großen Anklang und Beifall gefunden. Es war zu fürchten, daß dies mit noch mehrern geſchehe, und daß es dann nur um ſo ſchwerer ſein werde, dergleichen Beſchlüſſe ſpäter zu vernichten und mit einer oktroyirten Verfaſſung das Land zu befriedigen. Die Folge lehrte, daß dieſe Berechnung richtig war. Wir werden ſpäter ſehen, daß die Krone, als ſie nach dem Staatsſtreiche mit einer ſolchen Verfaſſung (5. Dezember) hervortrat, nicht zu ihrem Entwurfe vom Mai zurückzugreifen wagte, und daß die Beſchlüſſe und Arbeiten der Nationalverſammlung, welche bereits in gewiſſem Sinne Eigenthum der Nation geworden waren, die Regierung zwangen, an denſelben bis zu einer gewiſſen Grenze fürs Erſte feſtzuhalten; zum großen Mißfallen der Ariſtokratie.

Dieſe drang auch jetzt darauf, die Verſammlung ihrer Beſchlüſſe halber ohne Weiteres aufzulöſen. Das aber ſchien den Rathgebern der Krone doch allzu gefährlich. Sie wählten daher eine andere Veranlaſſung, welche größere Sicherheit des Erfolgs verſprach. Es kam Alles darauf an, die Verſammlung als unfrei durch die in Berlin herrſchende Aufregung darzuſtellen. War dies erreicht,

dann mußte gefordert werden, daß sie ihren Sitz nach irgend einer andern Stadt verlegte. Gefordert und befohlen, — nicht vorgeschlagen zur Berathung. Denn es war vorauszusehen, daß der Befehl zurückgewiesen werden würde. Das Gegentheil wäre Selbstmord gewesen, weil sich damit die Nationalversammlung thatsächlich unter die Regierung gestellt hätte.

Ein Umstand vor allen erleichterte der Reaktion das Spiel. Die Nationalversammlung hatte verabsäumt ein Gesetz zu beschließen, das ihre Unauflöslichkeit in klaren Worten sicher stellte. Dieser Fehler, begangen im allzugroßen Selbstvertrauen, war verhängnißvoll. Sie hatte ein Gesetz über die persönliche Unverletzlichkeit der Abgeordneten (16. Juni) mit Einstimmigkeit beschlossen. Ein Amendement zu demselben lautete:

> Auch die Versammlung als solche ist unverletzlich, und jeder gewaltsame Angriff gegen dieselbe als Hochverrath zu bestrafen."

In diesem Satze lag das Schicksal der Preußischen Nationalversammlung. Aber es dünkte ihr unwürdig, eine Besorgniß zu zeigen, für welche damals keine Spur eines Grundes da zu sein schien. Es waren noch viele andere Verbesserungsanträge zu jenem Gesetze gemacht worden. Ein Redner der Rechten, Riedel aus Berlin, rief aus: „über dergleichen Sicherstellung nach

oben oder nach unten hin lange berathen, heiße Zeit an unwichtige Dinge verschwenden, gewähre einen traurigen Anblick für diese große, durch das Vertrauen des Volks berufene Versammlung." In der That schien es, als könnte nur der finsterste Argwohn am 16. Juni an die Möglichkeit eines 10. November denken. Keiner wollte dem andern nachstehen an Vertrauen und Selbstvertrauen. Man ließ das Amendement mit allen übrigen ohne Debatte fallen. Ein Gesetz, welches der erste Beschluß der Nationalversammlung sein, ihr unzerbrechlicher Schild gegen jeden Gewaltstrich werden mußte, ward im leichtsinnigen Vertrauen beseitigt! Wohl mancher Mann mochte später, als die Bajonette der Soldaten die Vertreter der Nation von ihren Sitzen trieben, beim Hinblick auf den 16. Juni der Worte Wallensteins gedenken, mit welchem er sein übergroßes Vertrauen auf Octavio beklagt. —

Immer deutlicher wurden die Anzeichen, daß die Katastrophe herandrohe. Es hieß, der Ministerpräsident habe am 21. October seine Entlassung erbeten. An diesem Tage hatte die Nationalversammlung den Antrag der Rechten verworfen, das Ministerium aufzufordern, besser als es bisher geschehen, für die Ruhe und Ordnung in der Nähe des Sitzungssaales der Versammlung zu sorgen. Dieser Beschluß war ein politischer Fehler, der sich schwer genug rächen

ſollte. Am 26. Oktober legte der Präſident der Nationalverſammlung ſein Amt nieder. Die Veranlaſſung zu dieſem Schritte war unbedeutend. Aber keine Vorſtellungen konnten ihn bewegen, ſeinen Entſchluß aufzugeben. Er wußte, was in Potsdam gebrütet ward, und verließ die Verſammlung, indem er auf vier Wochen Urlaub nahm. Er fühlte ſich nicht gewillt, mit der Reaktion zu gehen, und nicht muthig genug, um im Augenblicke der Gefahr gegen den Abſolutismus Partei zu ergreifen. Die Rechte, welcher er angehörte, verlor mit ſeinem Abtreten vom Präſidentenſtuhle noch mehr das frühere Uebergewicht. Der tüchtige Unruh ward zu ſeinem Nachfolger erwählt. In ihm war der Mann gefunden, der, wenn er auch den Untergang nicht aufhalten konnte, ihn doch wenigſtens zu einem ehrenvollen machen ſollte.

Am 27. Oktober erbat ſich der Miniſterpräſident aufs Neue ſeine Entlaſſung. Doch verſtand er ſich dazu, noch einige Tage vorläufig im Amte zu bleiben. Gerüchte, daß des Königs Oheim, der Graf Brandenburg, zur Bildung eines neuen Kabinets berufen ſei, waren ſchon acht Tage früher in den Zeitungen aufgetaucht.

Bis zum Ende des Monat Oktober hatte ſelbſt von der rechten Seite der Nationalverſammlung Niemand zu behaupten gewagt, daß die Freiheit ihrer Berathungen und Beſchlüſſe durch die Berliner Be-

völkerung beeinträchtigt worden sei. Als der Abgeordnete Meusebach das Ministerium aufforderte (21. Oktober), kräftiger seine Pflicht zu thun gegen Excesse, „welche die öffentliche Ordnung störten und die Würde der Versammlung verletzten", gestand er doch zu, daß die Haltung der Menge nicht bedrohlich gewesen, daß in ihren Demonstrationen sich vielmehr nur der Volkshumor symbolisch kund gegeben habe. Aber auch der Volkshumor müsse seine Gränzen finden. Das war richtig. Um so unverantwortlicher aber war es, daß das Ministerium seine Pflicht nicht erfüllte. Ihm allein fiel es zur Last, wenn die Ruhe und Würde der Versammlung durch das unanständige und beleidigende Betragen tumultuirender Haufen auf dem öffentlichen Platze vor dem Versammlungshause gestört wurde. Der Minister Eichmann selbst hatte am 21. Oktober in der Nationalversammlung erklärt: „Es sei die Pflicht der Regierung, auf den Plätzen und Straßen der Stadt Ordnung zu erhalten, und sie werde diese Pflicht erfüllen." Dieselbe Erklärung hatte er schon am 26. September abgegeben, und kein Mund in der Versammlung hatte diesen Erklärungen widersprochen. Wohl aber hatte die Rechte das Ministerium laut an die Erfüllung dieser Pflicht gemahnt, und ihm für den Fall, daß es derselben nicht nachkomme, offen die Freundschaft

aufgekündigt. *) Und dennoch wagte man später der Nationalversammlung zur Last zu legen, was das Ministerium, wie alle seine Vorgänger, verabsäumt hatte.

Das Verhalten der Volksmassen, welche sich häufig vor dem Sitzungshause der Nationalversammlung einfanden, war nicht selten verhöhnend und beleidigend gegen einzelne Mitglieder gewesen. Aber kein wirklicher Angriff, keine persönliche Verletzung war vorgekommen. Die Scenen vor dem Schauspielhause in Berlin, in dessen Räumen die Versammlung tagte, waren nach dem Zeugnisse des letzten Präsidenten der Nationalversammlung nur „ein schwacher Abdruck" von dem, was noch in neuerer Zeit, selbst in England, dem vielgerühmten Lande der Gesetzlichkeit, vorgekommen war, ohne daß man dort, wo unbeliebte Mitglieder des Parlaments sogar mit Koth beworfen und persönlich gemißhandelt worden waren, Ausnahmegesetze erlassen hätte. Von einer Unfreiheit der Versammlung in ihren Beschlüssen aber konnte vollends gar keine Rede sein. Mochten sich auch einzelne Schwachherzige durch ihre Furcht, andere durch Streben nach Popularität in ihren Abstimmungen leiten lassen. Die Behauptung der Reaktion, daß die erste Preußische Nationalver-

*) Stenograph. Bericht über die Sitzung vom 21. Oktober.

ſammlung in unfreiem Zuſtande auch nur ein einzigesmal berathen oder beſchloſſen habe, war eine offenbare Unwahrheit. Bei allen wichtigen Berathungen, wie bei dem Steinſchen Antrage *), waren die Stimmen, und nicht nur die Majorität, ſondern ſelbſt deren Stärke ſchon immer im Voraus berechnet. Und ſo richtig hatten ſich dieſe Berechnungen erwieſen, daß an den Abſtimmungstagen ſelbſt, wo eine aufgeregte Menſchenmaſſe das Haus umſtand, kaum ein Unterſchied von wenigen Stimmen die vorausgeſehene Zahl derſelben änderte. So war es am 7. September; ſo am 18. Oktober, wo der Beſchluß der Nationalverſammlung die Anträge einer ſogenannten Sturmpetition der Arbeiter mit großer Majorität verwarf, obſchon große Volksmaſſen vor dem Hauſe wogten. Auch dieſe, obenein verwerfende Abſtimmung hatte man ſchon am Tage vorher in den Parteiverſammlungen voraus berechnet. Die Stellung der Centren, welche bei ziemlich gleicher Stärke der beiden Seiten des Hauſes faſt immer den Ausſchlag gaben, machte ſolche Vorausberechnung möglich. Der Muth ihrer Mitglieder verſicherte ihre Erfüllung, auch da wo die Centren, wie am 18. Oktober, mit der Rechten gegen die Linke ſtimmten. Der gleiche Fall trat ein in der Sitzung

*) S. Drittes Buch S. 468.

vom 31. Oktober, welche der Reaktion den speziellen Vorwand zu ihrem Staatsstreiche liefern sollte. Wenn irgend jemals, so war es an diesem Tage, daß die Preußische Nationalversammlung die Freiheit ihrer Berathungen und Beschlüsse überzeugend und siegreich bewährte.

Es galt den Versuch, die in Wien bedrohte Freiheit zu retten. Fast alle Parteien des Hauses stimmten in diesem Versuche überein. Die Linke, das linke Centrum, ja selbst das Centrum stellten dahin zielende Anträge. Sie unterschieden sich nur durch ihr Verhältniß zur deutschen Centralgewalt. Der Antrag der Linken, von Waldeck eingebracht, forderte von der Preußischen Regierung direkte Intervention mit allen Mitteln und Kräften des Staats zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiheit.

Die Anträge der beiden Centren, von Dunker und Rodbertus gestellt, wollten das moralische Ansehen der deutschen Centralgewalt retten. Sie forderten, der letztere nur in entschiednerer Weise, daß die Regierung die Centralgewalt bewege, durch schleunige und energische Schritte, die in Oesterreich bedrohte deutsche Volksfreiheit und den gefährdeten Reichstag zu schützen.

Berlin war in der heftigsten Aufregung. Es war eine Aufregung, deren Leidenschaften aufgewühlt

waren durch die unerträgliche Schwüle der Atmosphäre einer belagerten Stadt, durch die fiebernde Spannung, mit der ein jeder das zum Streiche gezückte Schwert einer rachedürstenden Reaktion beständig vor den Augen flimmern sah. Die Theilnahme an dem Schicksale Wiens im Volke war außerordentlich. Auch war sie nur allzu natürlich. Man erblickte in ihr die Abspiegelung der eignen nächsten Zukunft. Denn Niemand zweifelte, daß man in Potsdam zur That schreiten werde, sobald Wien niedergeworfen sei. Begeisterte Volksredner, unter ihnen vor allen Arnold Ruge, der Redacteur der demokratischen Zeitung „Reform", thaten das Ihrige, um die Stimmung der Bevölkerung zur Theilnahme für das bedrohte Wien zu entflammen. In einer der größten Volksversammlungen, welche Berlin noch je gesehen (29. Oktober), ward eine Petition an die Nationalversammlung im Sinne des Waldeckschen Antrags beschlossen; zugleich ein Aufruf zur Hülfe an die deutsche Nation. Zwei der heftigsten Redner wurden verhaftet. Doch verhielt das Volk sich ruhig, obschon der Polizeipräsident wegen angeblich bevorstehender Befreiungsversuche wiederum Bürgerwehr aufbot. Sie fand in den als Sammelpunkten des Aufstandes bezeichneten Lokalen keine Spur einer Vorbereitung zu einem solchen. So kam der 31. Oktober heran. Der demokratische

Bürgerwehrverein hatte schriftlich angezeigt, daß er an diesem Tage in feierlichem Aufzuge der Nationalversammlung eine Petition für Wien überreichen werde. Der Polizeipräsident forderte und bewirkte, weil Massen der Arbeiter sich dem Zuge anschließen würden, die Besetzung des Schauspielhauses und des Gensdarmenmarktes durch Bürgerwehrbataillone. Der Präsident der Nationalversammlung empfing am Morgen außerhalb des Hauses die Monsterpetition, und zeigte an, daß in der Abendsitzung die Entscheidung über dieselbe fallen werde, worauf sich der Zug in Ordnung entfernte. Regengüsse zerstreuten am Nachmittage die Volksmassen, welche sich erst Abends wieder sammelten, und von Demagogen der niedrigsten Art, unter denen die groteske Gestalt des berüchtigten Karbe hervorragte, zu allerhand Excessen aufgeregt wurden. Fackeln wurden geschwungen, Drohungen gegen die Volksverräther ausgestoßen. Doch kam es zu keinem Konflikte mit der Bürgerwehr, welche die Eingänge des Hauses bewachte. Auch waren die Volkshaufen sämmtlich unbewaffnet. Aber ihr Toben und Rufen drang doch laut genug in den Saal, um den Präsidenten der Nationalversammlung zu veranlassen, mehrere Mitglieder der Linken zur Beruhigung der aufgeregten Massen aufzufordern, deren Bemühungen jedoch nicht den gehofften Erfolg hatten.

Unter solchen Umständen berieth die Nationalversammlung über die drei oben erwähnten Anträge. Gegen die gewöhnliche Regel beschloß man zuerst über den Waldeckschen Antrag abzustimmen. Trotz der feurigen Reden Waldecks und der Linken, trotz aller Petitionen und Demonstrationen des Volks ward dieser Antrag verworfen. Nur die Linke erhob sich dafür mit 113 Stimmen. Die Rechte und die Centren, 229 Stimmen stark, verwarfen ihn. Auch nicht ein Mann war zur Linken übergegangen. Das Resultat ganz dasselbe, wie man es am Tage zuvor genau berechnet hatte. *) Die Annalen parlamentarischer Geschichte enthalten kein Beispiel einer festeren Haltung der Parteien einer großen Versammlung, um welche im Augenblicke des Beschlusses die Leidenschaft einer erhitzten Volksmasse ihre brandenden Wellen schlug.

Man schritt jetzt zur Abstimmung über die Anträge der Centren. Mit einer Majorität von 262 gegen 51 Stimmen ward der Antrag des linken Centrums angenommen. Er lautete wörtlich:

„Sr. Majestät Regierung aufzufordern: bei der Centralgewalt schleunige und energische Schritte zu thun, damit die in den deutschen Ländern Oesterreichs gefährdete Volksfrei-

*) v. Unruh a. a. O. S. 100 — 101.

heit und die bedrohte Existenz des Reichstags in Wahrheit und mit Erfolg in Schutz genommen und der Friede hergestellt werde."

Für diesen Antrag stimmten die früheren Minister Bornemann, Gierke, Milde und Rodbertus. Aber eine allgemeine Bewegung entstand, als sich ein Mann erhob und stillschweigend bekannte, daß die Freiheit des deutschen Volks gefährdet und schleunige Rettung dringend Noth sei. Dieser Mann war der greise General Pfuel, der Präsident des Preußischen Ministeriums!

So war die Haltung, so der Beschluß der Preußischen Nationalversammlung am 31. Oktober.

Die Bürgerwehr, in hinreichender Anzahl herbeigezogen, war unterdessen gegen die lärmenden Massen eingeschritten. Sie hatte gleich nach acht Uhr unter Trommelschlag die Jäger- und Charlottenstraße gesäubert und die Eingänge des Schauspielhauses frei gemacht. Auch die Freitreppe, von welcher herab Redner das Volk aufzureizen suchten, ward gesäubert. Gegen das Ende der Sitzung näherten sich im langen Zuge von der Charlottenstraße her die Maschienenarbeiter, eine weiße Friedensfahne voran. Sie waren unbewaffnet erschienen, um ihrem Versprechen getreu jeden blutigen Zusammenstoß zwischen Volk und Bürgerwehr zu ver-

hindern. In diesem Augenblicke fiel ein Pistolenschuß. Ein Individuum, das durch seine Kleidung als den höheren Ständen angehörig sich bezeichnete, hatte ihn vom Perron des deutschen Thurms abgefeuert. Der Zweck ward erreicht. Alles glaubte, die Bürgerwehr habe geschossen. Man schrie nach Waffen, und versuchte nahegelegene Waffenläden zu erbrechen. In dem entstehenden Getümmel wurde der Fahnenträger der Maschienenarbeiter verwundet, ein Mann getödtet. Die empörten Maschienenarbeiter stürzten sich auf das gegen sie vorgeschobene Bürgerwehrbataillon, und drängten es, indem sie Einzelnen die Gewehre entrissen, gegen die Freitreppe des Schauspielhauses zurück. Dann sammelten sie sich und zogen ab unter Verwünschungen und Rachedrohungen. Mit ihnen verlief sich der größte Theil der Volksmassen. Die Abgeordneten hatten bereits vor den letzten Scenen vollständig das Haus verlassen, die Maschienenarbeiter hatten Spalier gebildet. Mehrere Mitglieder waren mit Worten bedroht, keiner gefährdet oder verletzt worden.

Die Wichtigkeit, welche den geschilderten Auftritten dieses Tages von der Reaktion beigelegt, die Art und Weise, in welcher sie übertrieben und ausgebeutet worden sind, macht es dem Historiker zur Pflicht, noch einen Augenblick bei dieser Scene zu verweilen, und sie auf das Maaß der Wirklichkeit

zurückzuführen. Nichts Geringeres, als ein gewaltsamer Aufstand, vorbereitet von den Klubbs und Vereinen, geschürt und genährt von Mitgliedern der Nationalversammlung, beabsichtigend die Versammlung durch den Schrecken zur Annahme des Waldeckschen Antrags zu zwingen, die Minister gefangen zu nehmen, die Mitglieder der Rechten zu ermorden, das Schauspielhaus in Brand zu stecken und vielleicht unter Mord und Brand und Plünderung die Fahne einer neuen Revolution im Sinne der „rothen Republik" zu entfalten, — nichts Geringeres war es, was die Reaktion in den Vorgängen dieses Tages zu sehen vorgab. Hören wir dagegen die handschriftliche Darstellung eines Augenzeugen, der bei der Beschwichtigung der unruhigen Auftritte dieses Tages eine der wichtigsten Rollen spielte, und dessen unparteiisches Zeugniß schwerlich von irgend einer Seite bestritten werden dürfte, wenn es die Umstände erlaubten ihn zu nennen. Am Schlusse derselben heißt es wörtlich: „Zu einer Zeit, wo alle Leidenschaften aufgeregt waren, wo täglich große Volksversammlungen stattfanden, und die Klubbs so organisirt waren, daß sie leicht zu einer bestimmten Stunde auf einem Platz wie der Gensdarmenmarkt dreißigtausend Mann zusammenbringen konnten, mit ganz andern Dingen in den Händen als Fackeln, Stricken und rothen Fahnen — zu einer

ſolchen Zeit iſt von alle dem, was dieſem Tumulte als Abſicht vorgeworfen wurde, Nichts zur Ausführung gekommen. Keinem Abgeordneten iſt ein Haar gekrümmt worden, keiner der Neugierigen oder Tumultuanten trug Waffen. — Endlich iſt viel vom Vernageln der Thüren des Schauſpielhauſes geſprochen worden. Das Wahre an der Sache iſt, daß vor der Ankunft der Bürgerwehr in die Schlüſſellöcher einiger Thüren, welche zu den Verſenkungen führen, und hinter denen kein Mann der Beſatzung des Schauſpielhauſes ſtand, Beſenreiſer und kleine Holzſtäbchen geſteckt worden waren. Auch in die Thür, welche zum Portier führte, fand man einen Holzkeil getrieben, deſſen ſpätere Wegſchaffung einige Minuten aufhielt.“ Derſelbe Berichterſtatter fügt hinzu: „die eigentlichen Tumultuanten waren meiſt Vagabunden und beſtrafte Verbrecher, und auch ſie vergingen ſich nur in Worten, nicht in Thaten.“

An dieſes Zeugniß reihen wir das zweite des Präſidenten der Nationalverſammlung. Er hatte die bei dem Volke bekannteſten und einflußreichſten Mitglieder der äußerſten Linken noch vor dem Beginne der Sitzung aufgefordert, ihren Einfluß bei dem Volke geltend zu machen, um daſſelbe zu ruhiger Haltung zu bewegen, da ſonſt Proteſte gegen die Abſtimmungen erhoben werden könnten. Die Abgeordneten gingen bereitwillig auf ſein Erſuchen ein.

Aber ihre Bemühungen zeigten sich sowohl vor dem Beginn als nach dem Beschlusse der Sitzung vergeblich. Sie berichteten, daß die Tumultuanten sie wenig beachteten, daß dieselben unter dem Einflusse ihnen ganz unbekannter Personen stehen müßten. Wenn man diesen Umstand mit der am 17. Oktober erfolgten Verhaftung und späteren Verurtheilung eines Mitgliedes des sogenannten Junkerparlaments zusammenhält, so scheint wirklich die Vermuthung nicht ungegründet, daß einzelne zur reaktionären Partei gehörige Personen die Bewegung gefördert haben. *) Diese Vermuthung ward verstärkt durch den Umstand, daß selbst Erkennungskarten des demokratischen Klubbs von den Tumultuirenden nicht beachtet, und die Träger derselben so gut wie andere am freien Ausgange verhindert worden waren. Die Geschichte wird es als eine Thatsache anzusehen haben, daß an diesem Tage die allgemeine Aufregung der Gemüther in einem Interesse benutzt und zur Förderung eines Planes ausgebeutet wurde, welcher, lange vorher berathen und beschlossen, nur

*) von Unruh a. a. O. S. 102. Vgl. Nat. Zeit. 1848. Nr. 216. Daß die Scenen des 31. Oktober von der Reaktion angestiftet worden, hörte der Verf. dieser Darstellung selbst von solchen Personen zugeben, welche mit den späteren Schritten der Regierung ganz einverstanden waren.

des rechten Augenblicks zu seiner Ausführung gewartet hatte.

Dieser Augenblick schien jetzt gekommen. Der Minister des Innern, welcher den Vorgängern des 31. Oktober gegenüber seiner Pflicht, „die gesetzliche Ordnung der Stadt aufrecht zu erhalten", in keiner Weise zu genügen auch nur den Versuch gemacht hatte, *) erließ jetzt eine drohende Bekanntmachung gegen die Bürgerwehr, welche an jenem Tage allein ihre Schuldigkeit gethan hatte. **) Der Ministerpräsident zeigte der Nationalversammlung an (1. Nov.), daß er seine Entlassung eingereicht habe. An demselben Tage schon meldete der General Graf Brandenburg dem Präsidenten der Nationalversammlung, daß die Entlassung des Ministeriums angenommen, und er selbst mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt sei.

Pfuels Austritt war der sicherste Beweis, daß der Entschluß in Potsdam gefaßt sei, die gesetzliche Bahn zu verlassen. Der alte wackere Schwimmer war es müde geworden, noch länger gegen den Strom zu schwimmen. Ein offener Charakter, von redlichem Herzen und wohlwollender Gesinnung, brutaler Gewaltherrschaft abgeneigt, war er schon

---

*) Unruh a. a. O. S. 103 — 105.

**) S. Kap. VII. dieses Buchs.

am Vorabende der Revolution des 18. März als Gouverneur von Berlin der absolutistisch-militärisch-pietistischen Partei ein Dorn im Auge gewesen, und von ihr im Augenblicke des Losbruchs beseitigt worden. An die Spitze des Ministeriums gestellt, war es vor allen seine Persönlichkeit, das Vertrauen auf seine Redlichkeit gewesen, welche den gewaltsamen Konflikt verhindert und die Nationalversammlung fast mit dem ihr fremden Ministerium ausgesöhnt hatte. Die Nationalversammlung zollte ihm durch den Mund der äußersten Linken die Anerkennung, daß er sich durch den Versuch einer letzten Vermittlung zwischen Volk und Reaktion den Dank des Vaterlandes verdient und seinen Austritt durch einen hochherzigen Beschluß bezeichnet habe, der ihm zur ewigen Ehre gereichen werde. Zugleich beschloß die Versammlung auf den Antrag des Abgeordneten Philipps, im Betracht der Ernennung des General Brandenburg zum Ministerpräsidenten und der mit militärischer Intervention drohenden Bekanntmachung des Ministers Eichmann, über die Lage des Landes zu berathen und zur Sicherung derselben einen Beschluß zu fassen.

Sie erklärte damit: daß das Vaterland in Gefahr sei.

Kapitel X.

Der letzte Sühneversuch.

Und das Vaterland war in Gefahr.

„Die ernste und bedrohliche Lage, in welcher das Vaterland sich befindet", also sprach der Abgeordnete Johann Jacoby in der Sitzung der Nationalversammlung vom 2. November, „ist das traurige Erbtheil dreier Ministerien, die entweder nicht die Fähigkeit hatten, oder denen es an Muth gebrach, einer verderblichen Faction, den Bestrebungen einer unheilvollen Camarilla entgegenzutreten." Es war die Wahrheit. Die Nationalversammlung begriff, daß der entscheidende Augenblick gekommen sei, daß es sich um Sein oder Nichtsein handle. Die Krone hatte durch die Ernennung Brandenburgs, eines eifrigsten Vertheidigers des alten absoluten Regiments, dem Lande den Fehdehandschuh hingeworfen. Aber auch jetzt noch wählte sie von zwei Anträgen den milderen. Sie verwarf den Antrag Jacoby's, eine Kommission niederzusetzen, welche der Versammlung die in der bedrohlichen Lage des Vater-

landes zu ergreifenden Mittel vorschlagen sollte, und beschloß mit Einstimmigkeit, einen letzten Sühneversuch zu machen. Durch eine Adresse wollte man von dem übel berathenen an den besser zu berathenden König appelliren. Nur die vier Minister und drei Mitglieder der Rechten blieben sitzen, als die Versammlung sich einstimmig für diesen Beschluß erhob. Die Adresse, von 25 Mitgliedern aller Parteien entworfen und einstimmig angenommen, ward durch den fast ebenso einstimmigen Beschluß der Nationalversammlung genehmigt. Sie lautete:

Majestät!

In Folge der Benachrichtigung, daß der Graf Brandenburg mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt ist, hat die Nationalversammlung in ihrer heutigen Sitzung den Beschluß gefaßt, aus ihrer Mitte eine Deputation an Ew. Majestät zu entsenden, um Sie davon in Kenntniß zu setzen, daß dieser Schritt Eurer Majestät die größten Besorgnisse im Volke erregt und unabsehbares Unglück über das Land zu bringen droht. Schon seit Wochen haben unheilvolle Gerüchte Euer Majestät treues Volk über die Absichten der Reaktion erschreckt, und die Ernennung des jetzt abgetretenen Ministeriums hatte diese Gerüchte nicht zu schwächen vermocht. Eine Regierung unter den Auspizien des Grafen

Brandenburg, welche wiederum ohne Aussicht ist, eine Majorität in der Versammlung und Vertrauen im Lande zu gewinnen, würde die Aufregung unzweifelhaft zum Ausbruche steigern und unendlich traurige, an das Schicksal eines Nachbarstaates erinnernde Folgen für Euer Majestät Hauptstadt und Land nach sich ziehen.

Ew. Majestät sind von Ihren bisherigen Räthen über den Zustand des Landes nicht wohl unterrichtet worden, wenn man Ihnen diese Gefahr für Thron und Land verschwiegen hat. Wir legen daher die eben so ehrfurchtsvolle als dringende Bitte an Ew. Majestät Herz, ein Herz, das stets für die Wohlfahrt des Landes geschlagen hat, dem Lande durch ein volksthümliches Ministerium eine neue Bürgschaft dafür zu geben, daß Ew. Majestät Ansichten und die Wünsche des Volks im Einklang stehen."

Eine Deputation von 21 Mitgliedern wurde aus allen Fraktionen der Versammlung vom Präsidenten ernannt. Sie begab sich mit diesem vollständigen Mißtrauensvotum gegen das beabsichtigte Ministerium Brandenburg nach dem Hoflager zu Potsdam. Ein Beschluß, die Versammlung bis zur Rückkehr der Deputation in Permanenz zu erklären,

ward dadurch verhindert, daß die Rechte den Saal verließ und die Versammlung beschlußunfähig machte.

In Potsdam ward die Deputation anfangs nicht vorgelassen. Der Flügeladjutant des Königs weigerte sich sogar, sie auch nur zu melden. Eben so vergeblich versuchte der Präsident der Nationalversammlung, der sich unter den Mitgliedern der Deputation befand, eine Audienz als Privatmann zu erhalten. Die Kamarilla hielt das Ohr des Königs verschlossen. Endlich ward die Deputation vorgelassen. Eine telegraphische Botschaft der Minister, welche es vorgezogen hatten, in Berlin zu bleiben, hatte erklärt, daß dem Empfange der Deputation nichts im Wege stehe. Der Auftritt, welcher jetzt folgte, war finster und unglückbedeutend. Er zeigte, daß an Vermittelung nicht mehr zu denken, daß der Untergang der Nationalversammlung beschlossen sei.

Der König empfing schweigend die Deputation. Schweigend ließ er sich die einzelnen Deputirten vorstellen. Ein Kopfnicken war die Antwort auf die Anfrage des Präsidenten: ob es ihm genehm sei, die Adresse anzuhören? Ein mehrmaliges Achselzucken begleitete einzelne Stellen der vom Präsidenten vorgetragenen Bitte der Vertreter des Volks. Als von der Besorgniß des Landes die Rede war, wandte sich der König völlig ab, und kehrte dem Leser den Rücken zu. Als derselbe geendet hatte, empfing der König

das Blatt, knitterte es in der Hand zusammen, und wandte sich mit einer stummen Verneigung, um davon zu gehen. Der Präsident und die Deputirten standen in sprachloser Bestürzung. Jeder mochte fühlen, daß hier der Nationalversammlung die tödtlichste Demüthigung bereitet werde, daß ein letztes Wort der Bitte und Beschwörung zu dem Herrscher gesprochen werden müsse. Schon war der Präsident der Nationalversammlung im Begriffe, die Bitte um ferneres Gehör an den König zu richten. Während er noch zögerte, trat einer der Abgeordneten, Johann Jacoby von Königsberg, vor, und sprach mit ruhiger aber fester Stimme: „Wir sind nicht allein gesendet, um Ew. Majestät diese Adresse zu überbringen, sondern auch, um Ihnen im Namen der Nationalversammlung Aufklärung zu geben, über die Lage des Landes. Wollen Ew. Majestät uns dazu Gehör geben?“ „Nein!“ rief der König in heftigem Tone, indem er der Thüre zuging. „Es ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!“ Diese Worte des kühnen Sprechers begleiteten den König, als er den Saal verließ. Heftig getadelt von den Einen, laut gepriesen von den Andern vermehrten sie den Zwiespalt, steigerten sie die Erbitterung der Parteien.

Die Deputation war ohne Antwort entlassen. Durch einen Adjutanten auf der Schwelle des Vor-

zimmers war nachträglich der Beſcheid ertheilt worden, daß eine Antwort nicht ertheilt werden könne. Die von Berlin durch den Präſidenten Unruh ſchleunig nach Potsdam entbotenen Miniſter, auf deren Abweſenheit man die Verweigerung jeder Antwort gründete, erſchienen nicht. Sie meldeten, daß ein Befehl des Königs ſie auf den nächſten Tag zu ſich berufen habe.

Die Nacht war angebrochen. Da entſchloſſen ſich drei Männer der Deputation, die Abgeordneten Gierke, Kühlwetter und Mätzke, ſich noch einmal an den König zu wenden. Sie verhandelten lange mit dem Grafen Brandenburg ohne Erfolg. Schon im Begriffe, wieder abzureiſen, erhielten ſie die Nachricht, daß ihnen die Audienz bewilligt ſei. Es war nach der Abendtafel und der König in mittheilſamerer Stimmung. Die drei Abgeordneten, von dem Ernſte der Lage tief erſchüttert, baten inſtändig, die Deputation nicht ohne alle Antwort zu entlaſſen, und wäre es auch nur die, daß der König ohne Anweſenheit der verantwortlichen Miniſter keine Antwort geben könne. Aber auch dies verweigerte der König. Er ſei konſtitutioneller als die Bittenden ſelber. Auch eine ſolche Antwort ſei eine Antwort, und er dürfe und wolle ſie nicht geben ohne Gegenwart oder Beirath eines Miniſters. Er blickte die ſprachloſen Deputirten mit überlegenem Lächeln an,

und das Gefühl des nahen Triumphes ließ ihn alle Vorsicht vergessen. „Ich habe mich einmal, rief er aus, auf dies verd— konstitutionelle Schein= und Schaukelsystem eingelassen, und so will ich denn auch vor der Hand noch dabei bleiben. Sie, meine Herren, sind fünf Monate alt, — für Ihre Verhältnisse ist das schon ein ganz hübsches Alter. Aber meine Dynastie ist vier Jahrhunderte alt, und eben so alt ist auch die ständische Gliederung. Und so wahr Gott lebt", setzte er mit erhöhter Stimme hinzu, indem er feierlich die Hand emporhob — „meine Herren, Sie sollen sie wieder haben!"

Diese Antwort, weil in einer Privataudienz ertheilt, ward von den Hörern geheim gehalten. Sie mochten besorgen, durch öffentliche Mittheilung derselben den Funken in das offene Pulverfaß zu werfen. Bei der damaligen Stimmung der Gemüther war diese Befürchtung offenbar gerechtfertigt. Vielleicht der ganze folgende Gang der Revolution war geknüpft an ihre Verschwiegenheit. Der Präsident der Nationalversammlung berichtete am folgenden Tage auch über diese Audienz. „Der König", hieß es in diesem Berichte, „habe sich fest entschlossen erklärt, das konstitutionelle Princip aufrecht zu erhalten und zwar bis in die kleinsten Details."

Wie dies gemeint sei, verkündete alsbald (3. November) eine königliche Antworthotschaft. Schon

die Anfangsworte waren bezeichnend. Sie lauteten: „Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen!“

„Fest entschlossen den von Uns in Uebereinstimmung mit den Wünschen Unseres getreuen Volks betretenen konstitutionellen Weg unverrückt zu verfolgen, haben Wir den Generallieutenant Grafen von Brandenburg mit der Bildung eines neuen Ministeriums beaufragt, weil Wir nach seinen Uns bekannten Gesinnungen überzeugt sind, daß er der festen Begründung und gedeihlichen Entwicklung der konstitutionellen Freiheiten mit Freudigkeit seine Kräfte widmen und sich bemühen wird, die ihm von Uns gestellte Aufgabe in entsprechender Weise zu lösen. Wenn ihm dies gelingt, so wird das neue Ministerium, wie Wir hoffen, sich Ansprüche auf das Vertrauen des Landes zu erwerben wissen. Einem andern Ministerium, als einem solchen, von dem Wir dies erwarten können, werden Wir — davon dürfen die Vertreter unseres getreuen Volks sich überzeugt halten, — niemals die Leitung der Regierung anvertrauen. Wir können Uns daher weder durch die, in der Adresse vom gestrigen Tage ohne nähere Begründung angedeuteten Gerüchte, die in keiner Handlung Unserer Regierung Bestätigung finden, noch durch die ausgesprochenen

Beſorgniſſe bewogen finden, den in Folge Unſerer wohlerwogenen Entſchließung dem Grafen von Brandenburg ertheilten Auftrag zurückzunehmen."

Die Hoffnung, ſich auch fernerhin ſtets im Einklange mit den Wünſchen des Volks zu befinden, bildeten den Schluß dieſer Antwortbotſchaft.

Selbſt dem blödeſten Auge mußte es nach dieſer Antwort klar werden, daß zwiſchen der Nationalverſammlung und der Krone keine Vereinbarung mehr möglich ſei.

„Es iſt mein feſter Entſchluß, meine beſtimmte Ueberzeugung, mich nur mit ſolchen Räthen zu umgeben, welche der Volksvertretung verantwortlich, das volle Vertrauen derſelben genießen. Um ſo mehr liegt es mir ob, auch hierüber die Stimme der geſetzlichen Organe entſcheiden zu laſſen, welche zunächſt noch auf dem Vereinigten Landtage, ſodann aber auch durch die neuzubildende Volksvertretung unverkennbar zu vernehmen ſein wird."

Alſo hatte Friedrich Wilhelm ſieben Monate zuvor (28. März) die Abgeſandten der rheiniſchen Städte beſchieden, welche ihm ihr Mißtrauen gegen die damaligen Miniſter ausgedrückt hatten. Es war eine Antwort, wie ſie einem konſtitutionellen Herrſcher geziemte, klar, einfach, unzweifelhaft. Aber derſelbe Herrſcher ließ ſieben Monate ſpäter, als die

„Stimme des gesetzlichen Organs“ sich einhellig gegen die Wahl seiner Räthe erhob, als die Vertretung des Volks ihm einmüthig erklärte, daß diese Räthe das Vertrauen des Landes nicht besäßen und ihre Wahl ein Landesunglück sei, durch seinen verantwortlichen Minister die Vertreter des Volks bescheiden: Er kenne die Gesinnungen seiner Räthe, sie besäßen sein Vertrauen, und das sei genug. Der Richterspruch der Geschichte kennt nur eine Rechtfertigung dieses Widerspruchs. Sie steht verzeichnet in dem Buche des Staatsmanns von Florenz, dessen Lehren Preußens großer Friedrich einst zu widerlegen würdigte. „Ein kluger Fürst“, also lehrt Nicolo Macchiavelli in seinem Fürsten, soll sein Wort nicht halten, wenn ihm das nachtheilig sein könnte, und wenn die Gelegenheit, die ihn veranlaßte es zu geben, nicht mehr besteht.“

Aber dieser Maßstab der Moral ist nicht ausreichend, um an ihm allein die Widersprüche von Gelöbniß und Ausführung auf dem Gebiete politischer Umwälzungen zu messen. Es ist beispiellos in der Geschichte und widerstreitend menschlicher Natur, daß ein absoluter Herrscher, großgenährt in jahrhundertalten Traditionen uneingeschränkter, gottverordneter Vollgewalt des Herrscherthums, jemals freiwillig dieser Vollgewalt entsagt hat. Und doch war es nichts Geringeres als eine solche Selbstver-

läugnung, deren übermenſchliches Opfer der Preußiſche Liberalismus des Jahres 1848 von Preußens Herrſcher verlangte oder erhoffte. Kein Fürſt aber war weniger geartet ſolch ein Verlangen zu erfüllen, ſolche Hoffnung zu berechtigen, als Friedrich Wilhelm IV. Der Widerwille gegen das konſtitutionelle Syſtem, welchen er von jeher kund gegeben, war nur zu tief begründet. Auf allen Thronen Europa's konnte ſchwerlich ein Fürſt gefunden werden, deſſen ganze Art und Natur mehr jener konſtitutionellen Forderung widerſtrebte, nach welcher die Perſon des Regenten gleichgültig, und nichts darauf ankommen ſoll, ob ein Mann oder ein Weib, ein Greis, ein Kind, oder ſelbſt ein Blödſinniger die Spitze des Staatsgebäudes bildet. Dieſe Selbſterniedrigung einem Manne zumuthen, der den höchſten Werth gerade auf die Perſönlichkeit zu legen gewohnt und nach ſeiner Anſicht auch berechtigt war, hieß ihn in den Stand der Nothwehr verſetzen. Nothwehr aber rechtfertigt Selbſthülfe jeder Art. Die liberalen Märzminiſter mochten immerhin die Revolution anerkennen als die Macht, „welche das beſtehende Recht des Landes auf eine Konſtitution zur Geltung gebracht habe.“ In den Augen des Abſolutismus blieb darum doch die Revolution um nichts weniger ein Verbrechen, ein Frevel gegen das heilige Recht des hiſtoriſchen Machtbeſitzes. Und als er ſie be-

ſiegt hatte, ſprach er es auch aus, was er von ihr gedacht. Zuvor aber galt es dieſen Sieg zu erringen.

Es iſt ein vielfach gemißbrauchter, aber darum doch in dem gegenwärtigen Welt und Rechtszuſtande ſchwer zu beſtreitender Grundſatz, ſagt Macaulay, der Geſchichtſchreiber der Engliſchen Revolution, „daß wenn zwiſchen zwei Mächten eine zweifelhafte Frage ſich erhebt und ſie ſich nicht verſtändigen können, nur die Berufung auf die Gewalt übrig bleibt, und die Meinung des Stärkeren durchdringen muß.“ Das war die Lage der Dinge zwiſchen der Preußiſchen Krone und der Nationalverſammlung. David Hanſemann war ein Prophet geweſen. Der Augenblick war jetzt gekommen, wo es nach dem klügſten Worte dieſes Staatsmannes ſich zeigen mußte: welcher von beiden Theilen der ſtärkere ſei.

Kapitel XI.

„Brandenburg in der Nationalverſammlung."

Die Entſcheidung ließ nicht lange auf ſich warten. Wien war gefallen. Die Kunde davon war ſchon am Tage der Audienz in Potsdam angelangt. Sie kräftigte die dort gefaßten Entſchlüſſe, auf dieſelbe Art „im eignen Hauſe Ordnung zu machen." Wie der 13. März in Wien dem 18. März in Berlin voraufgegangen war, ſo ſollte jetzt dem 10. November in Berlin das brennende Wien des 31. Oktober voraufleuchten. Vergebens bemühten ſich die Präſidenten der Nationalverſammlung, von Unruh und Bornemann, zum König zu dringen, und ihn im Intereſſe der konſtitutionellen Monarchie zur Rücknahme der Berufung des General Brandenburg in das Kabinet zu bewegen. Sie wurden nicht vorgelaſſen. Der König habe keine Zeit ſie anzuhören, lautete der Beſcheid. Er hatte in der That andere Dinge zu thun, als ſich auf ein Parlamentiren einzulaſſen mit einer Macht, deren Untergang beſchloſſen war. Vom Grafen Brandenburg ſelbſt

war nicht zu erwarten, daß er freiwillig zurücktreten und dadurch den Konflikt lösen werde. Er beantwortete ein solches, im guten Glauben an seinen Konstitutionalismus vom Präsidenten der Nationalversammlung an ihn gestelltes Ansinnen im Geiste eines alten Soldaten, dessen erste und oberste Pflicht gebietet, die Befehle seines Herrn auszuführen. Dem alten Preußischen General war die Feinheit politisch konstitutioneller Grundsätze so unverständlich, wie die deutsche Philosophie einem Mandarinen des himmlischen Reichs. Sein politisches Glaubensbekenntniß war das altpreußische Wort, welches Gehorsam verlangte ohne zu „raisonniren" über den Befehl. Als ihn bei einer spätern Verhandlung der Präsident der Nationalversammlung darauf aufmerksam machte, daß das Haus der Volksvertreter einen Vorschlag zur Vertagung erst prüfen werde, ehe es ihn annehme, antwortete der neue konstitutionelle Minister ganz treuherzig: „die Vertagungsmaßregel sei eine königliche Botschaft und daher über allen Zweifel erhaben." *) Dazu war er als außerehelicher Sohn König Friedrich Wilhelm II. dem königlichen Hause durch die Bande des Bluts verbunden und seinem königlichen Neffen unbedingt ergeben. Ohne hervorragende Geistesga-

*) Unruh a. a. O. S. 116.

ben irgend welcher Art, von redlichem Charakter und treuherzigem Weſen, war er ganz der Mann, wie man ihn brauchte. Uebrigens war er nur ein vorgeſchobener Poſten. Die Seele des neuen Miniſteriums war der Freiherr von Manteuffel.

Die nächſten Tage nach dem 2. November vergingen auf beiden Seiten in ſchwankender Ungewißheit. Weder die Nationalverſammlung, obſchon ſie das Vereinbarungsprinzip aufgegeben ſah, ſchien ſich zu dem Muth der Revolution, noch die Krone, welche die Contrerevolution angekündigt hatte, ſich zu dem Entſchluſſe der Ausführung erheben zu können. Jede Partei hielt es räthlicher, die andere zum Angriffe zu provoziren, denn jede von beiden fürchtete, daß ſich die öffentliche Meinung gegen den Angreifer erklären würde. Die Nationalverſammlung verwarf den erneuten Antrag der Linken auf Niederſetzung einer Kommiſſion, welche die Mittel berathen ſollte, dem gefahrvoll ſchwankenden Zuſtande ein Ende zu machen. Sie ſah darin den Anfang einer neuen Revolution. Die gemäßigte Partei der Centren pflog insgeheim unfruchtbare Verhandlungen mit Vertrauten des Hofes zur Ausgleichung des Zwieſpaltes. *) Die rechte Seite wählte das gewiſſere

*) S. Unruh a. a. O. S. 113 — 116. Nat.-Zeit. vom 8. November 1848.

Theil. Sie konspirirte gegen die Nationalversammlung mit demselben, bis jetzt nur noch in partibus infidelium ernannten Ministerium, gegen welches sie so eben erst ein energisches Mißtrauensvotum abgegeben hatte. Ein Mitglied dieser Seite, welches die Adresse vom 2. November mit nach Potsdam überbracht hatte, ließ sich sogar bereit finden, bald darauf in dasselbe Ministerium einzutreten! Es war der Abgeordnete Rintelen, später Minister der Gerechtigkeit in dem Ministerium Brandenburg, von welchem die Geschichte diese Handlung erröthend zu berichten hat. Der Verrath tagte mit im Schooße der Nationalversammlung. Er wagte sich sogar an ihr Haupt, um es insgeheim für seine Zwecke zu gewinnen. Am 5. November vertraute ein Mitglied der Rechten dem Präsidenten der Nationalversammlung, daß die rechte Seite mit dem noch nicht einmal ernannten Ministerium bereits in Unterhandlung getreten sei. Von einer sofortigen Auflösung habe sie zwar abgerathen; aber eine Verlegung von Berlin nach Brandenburg sei nothwendig, ebenso ein Vertagung. Für beide Maßregeln werde die rechte Seite stimmen. Weigere sich die Majorität darauf einzugehen, so werde das Ministerium zur Auflösung schreiten. Man hoffe, daß der Präsident und seine Partei es dahin nicht kommen lassen, sondern lieber mit der Rechten und dem Ministerium gemeine Sache

machen werde. Der Plan lag offen. Eine Berathung der Vertagung sollte nicht gestattet werden, weil man gewiß war, die Versammlung werde sie verwerfen. Die Vertagung sollte als Befehl verkündet und der Versuch gemacht werden, durch Intrigue und Unterhandlung eine beschlußfähige Anzahl Abgeordneter nach Brandenburg zu bringen. Mißlang auch dies, so war wenigstens ein Hauptzweck erreicht. Die Versammlung war gespalten, die drohende Kraft ihrer Einstimmigkeit, deren Stärke man noch am 2. November erprobt hatte, gebrochen. „Zertheile und herrsche!“ lautete nicht umsonst das Wort der alten Weltdespoten.

Unruh wieß den Versucher von sich. Er erklärte, daß er, und mit ihm seine Partei und die weit überwiegende Majorität der Nationalversammlung, auf ihren Plätzen und auf dem Rechte des Volks beharren werde. Aber weiter reichte sein Muth jetzt noch nicht. Wie jene Antwort des Königs vom 2. November, so konnte der hier aufgedeckte Verrath einer Partei der Nationalversammlung, sofort verkündet, den glimmenden Funken der Revolution zu heller Flamme aufblasen. Jedenfalls mußte nach solcher Entdeckung die Nationalversammlung aus ihrer vertheidigenden Stellung heraus und zum Angriffe schreiten. Aber die Verantwortlichkeit erschien zu ungeheuer, abwarten sicherer und erfolgversprechender.

Unruh ſchwieg. Die Verſammlung berieth weiter über Petitionsberichte und Laſtengeſetze. Erſt in dem Augenblicke, als die Ernennung des Miniſteriums Brandenburg bekannt gemacht wurde (8. Novbr.), brachte man ein Geſetz ein zum Schutze der Nationalverſammlung. Es war eine Deckung nach dem Streiche.

In Potsdam war endlich die Partei der Entſchiedenen durchgedrungen. Ihre rückſichtsloſe Energie hatte den letzten Widerſtand der Zaghaftigkeit beſiegt. Längeres Zaudern ſei gefährlich, könne verderblich werden. Der Arm erlahme, der zu lange die Waffe, ohne den Streich zu führen, geſchwungen halte. Jetzt oder nie ſei der Augenblick gekommen, die Macht der Krone wieder herzuſtellen. Ein Miniſterium ſei gefunden, bereit zu ſolchem Zwecke jeder Gefahr die Stirn zu bieten. Das Heer ſei ſchlagfertig und noch zuverläſſig. Ein ernſtlicher Widerſtand vielleicht möglich, aber der Sieg gewiß und der Ausgang nur um ſo entſcheidender. Das Recht der Krone zur Auflöſung der Nationalverſammlung möge zweifelhaft ſein, aber das Gegentheil durch kein Geſetz beſtimmt, durch kein ausdrückliches Gelöbniß verbürgt. Man dürfe nicht abwarten, daß die Verſammlung das bereits eingebrachte Geſetz zu ihrem Schutze beſchließe und dadurch ihre Kraft verſtärke. Der Weg, der zur Auflöſung führe, müſſe

ſchleunig beſchritten, ein längeres Berathen verhindert werden. Die Verſammlung ſelbſt ſei zerſpalten, die rechte Seite zum Abfalle bereit; ihr Beiſpiel werde andere nach ſich ziehen. Gelinge es nicht, die Verſammlung allmälig zu zerbröckeln, ſo werde es doch leichter ſein, die getheilte zu zerbrechen. Einem Aufſtande in den Provinzen laſſe ſich durch Einberufung der Landwehren begegnen. Aber auch hier ſei wenig zu fürchten. Der Sinn der Provinzen ſei monarchiſch treu, der Kern der Bevölkerung als Linie und Landwehr durch den Fahneneid gebunden, an militäriſchen Gehorſam gewöhnt. Berlin allein ſei der Heerd der Empörung. Hier den Brand gedämpft, ſei nirgends Gefahr zu fürchten. Die Städte, die Magiſtrate, die Mittelklaſſen möchten ſich immerhin für die Nationalverſammlung erklären. Man wiſſe ja, was dergleichen in Deutſchland bedeute. Die Begeiſterung werde von kurzem Athem ſein, ſobald ſich zeige, daß die Krone auf ihrem Entſchluſſe beharre, mit der Verſammlung ein Ende zu machen. Zudem müſſe die Nationalverſammlung zuletzt zu offner Empörung ſchreiten. Ein ſolcher Beſchluß aber werde ihr Verderben und das Signal zum offenen Abfalle ſein, um ſo mehr, da man des Beiſtandes der Frankfurter Nationalverſammlung und der Centralgewalt ſicher ſei. Beide würden ei-

nen ſolchen Beſchluß der ihnen verhaßten Berliner Verſammlung verwerfen, und dadurch ſeine Kraft brechen. Nur erſt eine That gethan, und die Verſammlung faktiſch aufgelöſt, das andere werde ſich finden. Die Macht der vollendeten Thatſachen ſei unwiderſtehlich.

So etwa mochten die Klügeren und Umſichtigeren ſprechen im Rathe zu Potsdam. Die Partei der Kreuzfahrer gegen die Märzrevolution raiſonnirte gar nicht. Ihr Wahlſpruch lautete: „Drauf! und nieder mit den Rebellen!“ Rebellen aber waren für ſie alle, welche dem von Gott verordneten väterlichen Regimente des unumſchränkten Königs widerſtrebten. Der König war entſchloſſen. Seine letzte Entſcheidung gab er mit einem Witzworte. Es lautete: Brandenburg in der Nationalverſammlung und die Nationalverſammlung in Brandenburg!

Nur drei Männer hatte man gefunden, welche bereit waren mit dem General Brandenburg das Miniſterium des Staatsſtreichs, oder wie man es ſpäter nannte, der rettenden That ins Leben zu rufen. Es waren der Freiherr von Manteuffel, der das Miniſterium des Innern, der Freiherr von Ladenberg, welcher das Porteſeuille des Kultus und Unterrichts, und der General von Strotha, der das Kriegsminiſterium übernahm. Alle übrigen Miniſterien, unter ihnen ſelbſt das Miniſterium der

Justiz, *) blieben in den Händen provisorischer Verweser ohne konstitutionelle Verantwortlichkeit. Die drei ernannten waren sämmtlich Männer des alten vormärzlichen Absolutismus. Der Freiherr von Manteuffel, bekannt als Wortführer der äußersten Rechten des Vereinigten Landtags vom Jahre 1847, Verfasser und Vertheidiger des berüchtigten Bescholtenheitsgesetzes, strenger Büreaukrat, ein Mann von zäher Festigkeit, beschränkten Blicks, aber von selbstvertrauender auf Ueberzeugung gegründeter Entschlossenheit, voll tödtlichen Hasses gegen die Märzrevolution und alle ihre Folgen, ein Royalist von altpreußischem Schrot und Korn, und dabei dem König persönlich von Jugend an unbedingt ergeben. Ladenberg, gewandt in Geschäften, umsichtig und klug, und darum auch nach Eichhorns Sturze in seiner Wirksamkeit als Direktor des Unterrichtsministeriums verbleibend, vielleicht der ausgezeichnetste unter Preußens höheren Büreaukraten, selbstständig bei dem Anscheine großer Fügsamkeit. Der Kriegsminister endlich, ein gebildeter Militair, tapfer, energisch, besonnen, aber als Aristokrat von reinstem

*) Erst später fand sich ein Mann für dieses Ministerium. Es war der Abgeordnete von Rintelen, derselbe, welcher die Mißtrauensadresse gegen ein Ministerium Brandenburg mit votirt und überbracht hatte!

Waſſer bekannt und in ſeinem Konſtitutionalismus dem Grafen Brandenburg zu vergleichen. Dieſes war das Miniſterium, welches am 9. November der Nationalverſammlung gegenübertrat, entſchloſſen mit ihr und der Revolution ein Ende zu machen.

Die Verſammlung ward eröffnet. Die königliche Botſchaft ward vom Schriftführer verleſen. Sie verkündete die Verlegung der Verſammlung von Berlin nach Brandenburg zum Schutz ihrer Berathungen gegen anarchiſche Auftritte, und Vertagung derſelben bis zum 27. November. Zum Schluſſe hieß es: „Wir fordern daher die Verſammlung auf (eine zweideutige Umſchreibung des Befehls), ihre Berathung nach geſchehener Verleſung unſerer gegenwärtigen Botſchaft ſofort abzubrechen.“

Noch herrſchte tiefes Schweigen in der Verſammlung, als plötzlich der Graf Brandenburg ſich erhob und zu reden begann. Ein Sturm des Unwillens übertönte ſeine Worte. Der Miniſterpräſident eines konſtitutionellen Staats hatte vergeſſen, daß in der Verſammlung der Vertreter der Nation Niemand das Wort ergreifen durfte, ohne die nachgeſuchte Erlaubniß ihres Präſidenten. Der Präſident mußte ihn daran erinnern. Verſtummend ſetzte ſich der alte Kriegsmann nieder. Als aber der Präſident jetzt die Frage an die Verſammlung richtete: ob ſie beſchließen wolle, daß die Sitzung abgebrochen werde,

erhob ſich der Miniſterpräſident aufs Neue, und bat ums Wort. Es ward ihm ertheilt, und jetzt erklärte er mit laut erhobener Stimme: Die Botſchaft des Königs befehle den ſofortigen Schluß der Berathung. Jede Fortſetzung derſelben ſei ungeſetzlich. Er proteſtire dagegen im Namen der Krone! „Die verleſene Botſchaft", entgegnete der Präſident der Verſammlung, und ſeine kräftige Stimme tönte laut durch den Saal, „die ſo eben verleſene Botſchaft iſt ein miniſterieller Akt; und Niemand kann zweifeln, daß die Vertreter eines Volks von ſechzehn Millionen das Recht haben, einen miniſteriellen Akt zu beurtheilen!"

Stürmiſcher Beifall der Verſammlung und der dicht gedrängten Tribüne begrüßte dieſe männlichen Worte. Er hallte wieder durch ganz Preußen und Deutſchland. Es galt jetzt, zu zeigen, ob bei dem unzweifelhaften Rechte auch dasjenige ſei, ohne welches noch allezeit das Recht nichtig war — die Macht, das Recht zu wahren und zu behaupten.

Kapitel XII.

Die letzten Tage der ersten Preußischen Nationalversammlung.

1. Die Beschlüsse des neunten November.

Die Nationalversammlung hatte manchen Tadel ihres frühern Verhaltens erfahren. Durch ihre Haltung in der Stunde der Gefahr sollte sie sich, wenn nicht groß, doch würdig eines bessern Schicksals bewähren.

Der erste Schlag von Seiten der Gewalt war gefallen. Den zweiten zu führen, erhob sich der Verrath. Die Minister hatten nach jener tumultuarischen Scene den Saal verlassen. Ihnen folgten achtundsiebzig Abgeordnete, fast die ganze rechte Seite der Versammlung, zumeist Beamtete der Regierung. Dieselben Männer, welche noch eben erst gegen das neue Ministerium Brandenburg als gegen ein Landesunglück ihre Stimme abgegeben hatten, stellten sich jetzt, uneingedenk ihrer Pflichten als Vertreter des Landes, unter den Befehl dieses selben Ministeriums. Das Prinzip der Vereinbarung und des Konstitutionalismus zu

gleicher Zeit aufgebend, verließen ſie feig ihren Poſten und mit ihm die Nationalverſammlung in der Stunde der äußerſten Gefahr. Es war eine That, bei der das Wort des edelſten deutſchen Dichters Anwendung fand:

— „Solch eine Flucht und Felonie
Iſt ohne Beiſpiel in der Welt Geſchichten!“

Doch mochte Brandenburg mit beſſerer Zuverſicht als Wallenſtein dem Schweden Wrangel erwiedern: „Sie ſind auf jegliche Bedingung mein!“

Noch aber hatte der Verrath ſein Ziel nicht erreicht. Noch gab es eine Preußiſche Nationalverſammlung. Zweihundert zweiundachtzig Männer, weit über die beſchlußfähige Anzahl, waren auf ihrem Poſten geblieben. Mit einer Mehrheit von 252 gegen 30 Stimmen beſchloß die Verſammlung, ihre Berathungen fortzuſetzen. Die Antwort auf das Attentat der Miniſter waren drei Beſchlüſſe, faſt ohne Debatte von der Verſammlung angenommen. Sie lauteten:

„Die Nationalverſammlung findet keinen Grund ihren Sitz von Berlin zu verlegen oder ihre Berathungen zu vertagen;

Sie kann der Krone weder zu dem einen noch zu dem andern Schritte das Recht zugeſtehen;

Sie erklärt, daß ſie die verantwortlichen Beamten, welche der Krone zu der letzten Botſchaft gerathen, nicht für fähig erachtet, der Regierung

des Landes vorzustehen, und daß sich dieselben einer schweren Pflichtverletzung gegen die Krone, das Land und die Versammlung schuldig gemacht haben."

Keine Stimme erhob sich gegen die Dringlichkeit dieser Anträge, welche Mitglieder von allen Parteien zu stellen sich verbunden hatten. Der Abgeordnete Gierke, einst Minister, ein treu monarchischer Mann, der sonst selten das Wort ergriffen, begründete jetzt in kurzer Rede diese Anträge. Die geforderte Vertagung und Verlegung, sprach er, sei unbegründet und unzweckmäßig, die Forderung als Befehl ein Frevel gegen das Recht, ein Akt absolutistischer Willkür, die Minister, als verantwortliche, strafbar. Die Abstimmung erfolgte. Der Präsident verkündete, daß die Beschlüsse fast einstimmig angenommen seien. Es war ein ergreifender Augenblick, als ein Abgeordneter der Linken in die Worte ausbrach: „In einem Momente wie der jetzige giebt es keine Parteien mehr in diesem Hause." Auf den Antrag desselben Abgeordneten erhob sich die ganze Versammlung von ihren Sitzen, und sprach unter begeistertem Beifallsrufen der Tribünen ihrem Präsidenten die Anerkennung aus: daß er sich um das Wohl des Vaterlandes verdient gemacht habe. Die Bewegung war allgemein, Thränen standen in manchen Männeraugen. Der Präsident erhob sich

zur Erwiederung. Im Innerſten bewegt ſprach er mit feſter Stimme: „Meine Herren, ich habe nichts als meine Pflicht gethan.“ Nach dem Schluſſe der Sitzung meldete der Präſident dem Grafen Brandenburg die von der Nationalverſammlung gefaßten Beſchlüſſe. Der Miniſterpräſident, vergeſſend, daß die königliche Botſchaft die Verſammlung nur vertagt habe, richtete ſeine Erwiederung ſtatt an den Präſidenten der Nationalverſammlung, „an den Regierungsrath“ von Unruh. Um den Hohn zu vollenden, erklärte er in derſelben: „die Beſchlüſſe ſeien ungeſetzlich und darum null und nichtig, die Abgeordneten, welche daran Theil genommen, ſchuldig eines Vergehens wider die Verfaſſung, weil ſie dem Befehle ſeiner Majeſtät den ſchuldigen Gehorſam verweigert.“ Dieſe Antwort war entſcheidend. Zum erſten Male war in ihr der leitende Gedanke der Reaktion in unverhüllter Nacktheit hervorgetreten. Nach ihm lautete der erſte und einzige Paragraph der Preußiſchen Verfaſſung, zu welcher ſich das Miniſterium Brandenburg bekannte: Der König befiehlt und das Volk gehorcht. Der Nationalverſammlung blieb keine Wahl mehr übrig. Sie mußte den gebotenen Kampf um Sein und Nichtſein annehmen, und ſie nahm ihn an. Es handelte ſich nur darum, wie er zu führen ſei.

Der Umschlag der Stimmung, welchen die letzten Schritte der Krone im Lande und in der Hauptstadt hervorgerufen hatten, war außerordentlich. Der Pöbel vom 31. Oktober erschien plötzlich zum Volk geworden. Die Krawalle verstummten vor dem Staatsstreiche. An dem Attentate der Regierung kam das Volk zum erneuten Bewußtsein und Willen der eignen Gesetzlichkeit. In großen geschichtlichen Momenten wird die Masse der Menschen immer nur dann lebhaft ergriffen, wenn sich die Bedeutung des Augenblicks in einen einfachen Satz zusammenfaßt. Das war hier der Fall. Freiheit oder Absolutismus, eine Verfassung als Recht der Nation von ihren Vertretern berathen, oder als Geschenk der Gnade des Herrschers, Gewaltregiment oder Gesetzesherrschaft, das war die Frage. Eine neue Revolution schien unvermeidlich. Der Staatsstreich war die gereifte Frucht des Vereinbarungsprincips. Eine neue Revolution — mochte sie immerhin den Monarchismus schonen — mußte dies Princip zerbrechen. Das Volk schien dazu geneigt und entschlossen, wenn man den Moment rasch und kräftig benutzte. Nicht so die Nationalversammlung.

Wenn zwei Gegner einander Aug in Auge stehen mit gleichen Kräften und gleicher Unbestimmtheit des möglichen Ausgangs, so wird allemal derjenige den Sieg davon tragen, der zum Aeußersten ent-

ſchloſſen den Augenblick ergreift. Die Reaktion war in dieſer Stimmung. Die Nationalverſammlung nicht. Ein Wort von ihr am 9. November hätte die Bevölkerung Berlins zu den Waffen gerufen, die Flamme des Bürgerkriegs in den Provinzen entzündet und vielleicht über Blut und Leichen eine durchgreifende Entſcheidung für Preußen und Deutſchland herbeigeführt. Noch war der Geiſt der Märztage ſtark und lebendig in den Gemüthern von Millionen, noch ſchwankte der Muth der Beherzteſten unter den Führern der Reaktion. Eine Erhebung des Volks in Waffen war nicht geeignet, ihren Muth zu ſtärken, während ſie die Zuverſicht der Vorkämpfer der Freiheit erhöhen mußte.

Die Nationalverſammlung ſchrack zurück vor der Schwere ſolcher Verantwortung. Keine große, keine überwältigende Perſönlichkeit war vorhanden, welche die Verſammlung hingeriſſen hätte, Alles einzuſetzen, um Alles zu gewinnen. Sie ſah ein, daß der geſetzliche Widerſtand ungenügend, daß eine Revolution nöthig ſein werde, die Gewalt zu überwinden und den wieder erſtandenen Abſolutismus zu vernichten; aber ſie ſchrack zurück vor dem „Jetzt“ einer Revolution, deren Sieg mehr als zweifelhaft, deren Folgen, ſelbſt im Falle des Sieges, weit über ihr eignes Maaß hinauszuſchreiten drohten. Ihr Präſident wies die zahlreichen Deputationen ab, welche am 9.

und in der Nacht und am Morgen des 10. November der Verſammlung den Schutz ihrer Arme anboten. „So lange die Preſſe, (ſprach er und die Nationalverſammlung ſtimmte ihm bei) ſo lange das Vereins- und Verſammlungsrecht nicht von Neuem geknebelt ſei, habe das Land die Mittel in den Händen, ohne Blutvergießen die Sache der Freiheit zum Siege zu führen. Wenn die große Mehrheit des Landes gegen den Staatsſtreich Proteſt erhebe, ſo müſſe das Miniſterium fallen.“

Das Land in der ungeheuren Majorität ſeiner Bewohner, in den Deputationen aller ſeiner großen Städte, ihrer Magiſtrate und Behörden proteſtirte in tauſenden von Adreſſen, und das Miniſterium — fiel nicht, wohl aber die Nationalverſammlung. Es war natürlich. Der Beſchluß der Nationalverſammlung hieß das Volk warten mit ſeiner Erhebung bis es „geknebelt“ ſein werde. Dieſes Syſtem der Vertheidigung des Rechts gegen die Gewalt nannte man paſſiven Widerſtand. Es konnte kein beſſerer Name erfunden werden für einen Widerſtand, deſſen Waffe geſchmiedet war aus des Satirikers hölzernem Eiſen, ein Schwert ohne Klinge, dem der Griff fehlte. Später, nachdem die Entſcheidung bereits gefallen war, ſprach Friedrich Wilhelm IV. das Wort: „meine Feinde haben ſich ſtets feig bewieſen.“

Der Irrthum der Nationalverſammlung war handgreiflich. Ihr Entſchluß ſetzte bei dem Preußiſchen Volke einen Muth und eine politiſche Reife voraus, zehnfach höher und ſchwieriger, als der Muth und die Reife für eine gewaltſamere Erhebung gegen die Gewalt. Was in England möglich war, in einem Volke, das in der Schule von Jahrhunderten für den Muth der Geſetzlichkeit erzogen, eine beſtehende Verfaſſung mit dem demantnen Anker freier Inſtitutionen für ſich hat, in einem Lande, deſſen Regierung in allen drei Königreichen nicht ſo viel ſtehende Truppen zählt, als am 9. November Berlin umlagerten: das war unmöglich in einem Lande und Volke, welches wie das Preußiſche in militäriſchem Gehorſam großgezogen, durch langen Abſolutismus entnervt, ohne Verfaſſung, ohne den Schild feſtgegründeter geſetzlicher Freiheit, einem büreaukratiſch wohlorganiſirten Abſolutismus und ſeinem ungebrochenen Militärſyſteme gegenüber ſtehend, eben nur die erſten Athemzüge freien politiſchen Lebens gethan hatte. Es war vorauszuſehen, daß jeder Tag, im paſſiven Widerſtande verloren, ein Gewinn ſein mußte für die Reaktion; daß das Land auf dieſem Wege bald ermatten und nicht bis zu deſſen äußerſter Gränze folgen werde. Die Nationalverſammlung konnte ſich dies nicht verhehlen. Unruh ſelbſt legte ſpäter das Geſtändniß ab, daß er

dieſen Ausgang vorausgeſehn. Wenn das Urtheil des Hiſtorikers nach reiflicher Erwägung zugeben muß, daß der Ausgang bei einem gewaltſamen Widerſtande zweifelhaft war, ſo wird eine andere Behauptung um ſo ſchwerer beſtritten werden können, die Behauptung: daß der von der Nationalverſammlung eingeſchlagene Weg derjenige war, welcher den gefahrloſen Sieg unzweifelhaft ſicher ſtellte — für die Reaktion.

2. Der 10. November.

Ein Theil der Abgeordneten hatte die Nacht vom 9. auf den 10. November im Sitzungsſaale zugebracht. Noch in der Nacht wurde die Verſammlung durch den Präſidenten wieder zuſammenberufen. Es waren Nachrichten eingegangen, daß die Kataſtrophe mit raſchen Schritten herannahe. Sie ſollte die Nationalverſammlung auf ihrem Platze finden.

Aber auch die Bürgerwehr Berlins war entſchloſſen, auf ihrem Platze zu verharren. Wenn gleich die Nationalverſammlung ihr und dem geſammten Volke der Hauptſtadt den Kampf für ſie und für das Recht und die Freiheit der Nation verbot, ſo ſollten Volk und Bürgerwehr wenigſtens in der Stunde der Entſcheidung beweiſen, daß ihnen der Wille nicht gefehlt, ihr Leben für die Vertreter der Nation zu opfern. Volk und Bürgerwehr ſollten

durch ihre Haltung am 10. November den Beweis vor der Geschichte führen, daß die physische Gewalt eines blindgehorchenden Soldatenthums an diesem Tage bei dem Angriffe gegen Recht, Gesetz und Freiheit als alleiniger Verbündeter auf Seiten des Angreifers stand.

Die Bürgerwehr hatte in den letzten Tagen übermäßige Anstrengungen ertragen. Fast täglich mußten, neben dem übrigen Dienste, vier bis fünf Bataillone bereit sein, um während der langen Sitzungen das Schauspielhaus umstellt zu halten. Und doch herrschte seit dem Kravalle des 31. October die größte Ruhe in Berlin. Die sonst so belebte Stadt erschien Abends gegen 10 Uhr wie ausgestorben. Soldaten der Besatzung, welche sich sonst häufig in den Straßen zeigten, bemerkte man keine mehr. Sie wurden in dem Zeughause, in den Kasernen und dem Lazarethe am Brandenburger Thore, welche sämmtlich auf mehrere Tage verproviantirt waren, konsignirt gehalten. Zum 9. hatte die Polizei eine bewaffnete Emeute, Gefangennahme der Minister und der Mitglieder der Rechten verkündigt. Vierzehn Bataillone Bürgerwehr nebst der Schützengilde waren im Laufe des Tages alarmirt und mobil gemacht worden. Die Verlesung der königlichen Botschaft erfolgte an diesem Tage. Das Volk blieb ruhig.

Jetzt versuchte das Ministerium, den Arm der Bürgerwehr gegen die Nationalversammlung zu richten.

Am Nachmittage des 9. ward der Oberbefehlshaber der Bürgerwehr zum Minister des Innern beschieden. Er erschien dort mit zwei Offizieren seines Stabes. Der Minister, von Manteuffel, verlangte indeß den Kommandeur allein zu sprechen. In einem anstoßenden Gemache fand derselbe das ganze übrige Ministerium, den Ministerpräsidenten an der Spitze versammelt. Von allen Seiten drang man auf ihn ein, eine Erklärung abzugeben, „ob er im Stande sei, mit den Kräften der Bürgerwehr den ungesetzlichen Schritten der Nationalversammlung entgegenzutreten, und die Befehle der Regierung auszuführen, welche, wie der Kriegsminister von Strotha bemerkte, das volle Recht besitze, die Nationalversammlung zu vertagen, oder aufzulösen.“ Der wackere Rimpler erwiederte, selbst wenn er fähig wäre, einen solchen Befehl zu geben, so glaube er doch nicht, daß ein Mann der Bürgerwehr sich dazu verstehen werde, gegen die Nationalversammlung aufzutreten. Alle Versuche, ihn unter Betheuerungen, daß die bestehenden Rechte und Freiheiten der Nation in keiner Art angegriffen oder verletzt werden sollten, zu einer andern Erklärung zu bewegen, blieben fruchtlos. Er bestand darauf, daß er höchstens die Sache zur Entscheidung

den Befehlshabern der Bürgerwehr vorlegen könne. Zugleich erbat er eine schriftliche Requisition, bei welcher gesetzlich der Magistrat zugezogen werden mußte. Der Bürgermeister Naunyn fand indessen hier einen Ausweg. Da er diese Requisition weder zu stellen noch auch abzuschlagen den Muth hatte, lehnte er die an ihn von der Polizei gestellte Aufforderung unter dem Vorwande ab: der Magistrat könne in so kurzer Zeit nicht mehr zusammenberufen werden! Die Unterredung mit dem Befehlshaber der Bürgerwehr, oder vielmehr das Verhör desselben durch das Ministerium, war inzwischen ohne vorhergegangene Anzeige von einer dem Obersten unbekannten Person zu Protokoll gebracht, die Unterschrift desselben gefordert und geleistet worden. Abends um 10 Uhr erfolgte die schriftliche Requisition durch den Polizeipräsidenten. Die Bürgerwehr selbst sollte das Forttagen der Nationalversammlung gewaltsam verhindern. Erkläre sie sich dazu bis Morgens 6 Uhr des folgenden Tages nicht bereit, so werde das Militär einrücken. Die Antwort der Bürgerwehr lautete: Die Verlegung und Vertagung der Nationalversammlung sei ein Angriff auf die durch Gesetz und Königswort gewährleisteten Rechte und Freiheiten der Nation. Für diese, nicht gegen sie aufzutreten sei die Pflicht der Bürgerwehr. Außerdem verletze diese Requisition das

Bürgerwehrgesetz, da sie ohne Genehmigung der städtischen Behörde geschehe. Den Schluß bildete ein feierlicher Protest gegen jede gesetzwidrige Verwendung militärischer Kräfte wider die Versammlungs- und Berathungsfreiheit der Vertreter der Nation. *) Noch kräftiger lautete die Sprache des Volks. Eine Adresse der Arbeiter fast aller Gewerke der Hauptstadt erklärte: Die Arbeiter Berlins seien bereit und gerüstet, die Nationalversammlung, wenn sie es wolle, gegen jeden Angriff zu schützen. **) Das waren keine leeren Worte. Zahlreiche Deputationen der verschiedenen Arbeitervereine hatten sich zu gleicher Zeit auf dem Centralbüreau des Bürgerwehrkommando's eingefunden, und ihre Arme der Bürgerwehr zur Verfügung gestellt. Sie wurden hier wie dort dringend ermahnt, sich ruhig zu verhalten. Die Nationalversammlung war entschlossen, kein Bürgerblut zu vergießen. Der Magistrat von

---

*) National-Zeitung Nr. 219 vom 11. November 1848.

**) „Vertreter des Volks! Die Arbeiter Berlins sagen Euch Dank für die Pflichttreue, mit der Ihr die Anmaßungen treuloser Rathgeber der Krone zurückgewiesen habt. Sie sind bereit und gerüstet, Eurem Rathe Folge zu leisten, wenn man es wagen sollte, die Rechte des Volks in seinen Vertretern zu verletzen. Sie bieten Euch ihren Arm und ihr Herzblut gegen jeden Feind, der Hochverrath üben wollte gegen Euch und gegen die Freiheiten des Volks." (S. Stenograph. Bericht über die Sitzung der Pr. Nat. vom 10. Novbr.)

Berlin hatte sie in seiner Herzensangst beschworen, alle gewaltsamen Schritte zu meiden. Er werde noch heute in einer Adresse den König angehen, durch Zurücknahme der Verlegungs- und Vertagungsbotschaft die nächste Ursache des Konflikts zu entfernen.

Das Volk gehorsamte seinen Vertretern. Die Sieger, welche später den passiven Widerstand und die Feigheit des Volks verhöhnten, fühlten sich am 10. November und noch in den folgenden Tagen von weit andern Gefühlen bewegt. Es ging mancher Mann unter den Heeresmassen, welche am Morgen des 10. November gegen die Hauptstadt des Vaterlandes wie gegen eine feindliche Stadt anrückten, einen schweren Gang. Nur diejenigen freuten sich vielleicht der Aussicht auf Befriedigung ihres Rachedurstes gegen das verachtete Volk, das am 18. März ihren Hochmuth zu Schanden gemacht, welche im Voraus hatten Proklamationen drucken lassen: „daß es wegen der beim Einmarsche der Truppen statt gefundenen bedauerlichen Konflikte nothwendig geworden sei, die Stadt Berlin in ihrem zweimeiligen Umkreis in Belagerungszustand zu erklären und die Bürgerwehr aufzulösen.“ Ein Setzer der Regierungsdruckerei verrieth das schmachvolle Geheimniß.

Seit fünf Uhr Morgens war die Nationalver-

ſammlung eröffnet. Der Präſident verlas die Schreiben der Bürgerwehr und die Adreſſen der Arbeiter. Er erklärte ſich für die Vermeidung jedes blutigen Konflikts. Möge die Gewalt ihr Aeußerſtes thun. Das Volk werde richten.

Die Verſammlung ſtimmte ihrem Präſidenten bei. Ihr letzter Beſchluß war eine Proklamation an das Volk, ein Proteſt gegen den gewaltſamen Hochverrath, verübt von den Räthen der Krone gegen die Vertretung der Nation. „In dem ſchweren Augenblicke", hieß es am Schluſſe derſelben, „wo die geſetzliche Vertretung des Volks durch Bajonette auseinander geſprengt wird, rufen wir Euch zu: haltet feſt an den errungenen Freiheiten, wie wir mit allen unſern Kräften und mit unſerm Leben dafür einſtehen. Aber verlaßt auch keinen Augenblick den Boden des Geſetzes. Die entſchloſſene Haltung eines für die Freiheit reifen Volks wird der Freiheit den Sieg ſichern."

Sämmtliche Mitglieder erhoben ſich von ihren Sitzen zum Zeichen der Einſtimmung. Der Druck der Proklamation ward beſchloſſen. Als der Sturm der Begeiſterung ſich gelegt hatte, ſchritt die Verſammlung zur Tagesordnung. Auf derſelben ſtand — das Geſetz über Erleichterung der Laſten des Volks. Die Geſchichte liebt es zuweilen, die Ereigniſſe ſelbſt zu Epigramme in ihrem Lapidarſtyle

zu formen. Während bereits der Marſchſchritt der anrückenden Gewalthaufen zu Roß und zu Fuß, vermiſcht mit dem Raſſeln der Geſchütze, dröhnend in den Saal herüberſcholl, beriethen die Abgeordneten des Volks die Geſetzvorſchläge, welche ſeine Laſten erleichtern ſollten. Die aber, welche bisher dieſer Laſten Vortheil genoſſen, führten in dieſem Augenblicke die Kinder dieſer Mühſeligen und Beladenen heran als Feinde gegen die Vertreter der Menſchenrechte ihrer Väter.

Tauſende von Zuſchauern bedeckten ſeit den frühen Morgenſtunden den Platz vor dem Schauſpielhauſe. Der Kommandeur und die Unterbefehlshaber der Bürgerwehr hatten nach gepflogener Berathung mit den Führern der fliegenden Korps den Beſchluß gefaßt, dem Willen der Nationalverſammmlung gehorſam, jeden gewaltſamen Zuſammenſtoß zu vermeiden. Aufforderungen an die Bevölkerung waren in gleichem Geiſte erlaſſen. Die Bürgerwehr ſtand in ihren Revieren verſammelt. Ausreichende Maßregeln; jeden Verſuch einer Unordung, einer Herausforderung und Berechtigung der Gewalt zu verhüten, waren getroffen. Auch nicht der kleinſte Anſchein des Rechts ſollte der Reaktion zur Ausführung ihrer Plane gelaſſen oder gegeben werden. Um drei Uhr ſollte der Einmarſch der Truppen ſtatt finden. Der Proteſt der Bürgerwehr war zurückgewieſen

worden. Der Kommandeur derſelben fragte die vier zum Schutze der Nationalverſammlung ſeit dem Morgen wie gewöhnlich um das Schauſpielhaus poſtirten Bataillone, ob ſie abgelöſt zu werden wünſchten. Sie verweigerten es durch lauten Ruf.

Mehr und mehr hatte ſich der Gensdarmenmarkt mit Zuſchauern aus allen Ständen und Klaſſen gefüllt. Plötzlich ſtrömte ein großer Theil derſelben durch die Charlottenſtraße den Linden zu, und bald ſah man über die Maſſen weg Bajonette blitzen und Reiterhelme ſchimmern. Eine Infanteriekolonne ſtellte ſich der Bürgerwehr gegenüber auf; ihr Kommandeur hielt bei dem franzöſiſchen Thurme. Zwiſchen den Reihen der einander gegenüberſtehenden Bewaffneten bewegten ſich große Maſſen anſtändig gekleideter Leute, ſelbſt viele Frauen. Niemand ſchien auch nur an die Möglichkeit zu denken, daß ein geringer Zufall, ein zufällig ſich entladendes Gewehr, die blutigſten Gräuelſcenen herauf beſchwören könnte. Die matte Herbſtſonne funkelte fahlen Scheins auf den blitzenden Bajonetten der Gewehre. Auf die Frage des Bürgerwehrmajor von Herford, weshalb das Militär ſich hier aufſtelle, erwiederte der Befehlshaber deſſelben: „Wahrſcheinlich zur Reſerve der ehrenwerthen Bürgerwehr, doch könne nur der kommandirende General darüber genauere Auskunft geben.“

Endlich erſchien Wrangel. Mit nachläſſiger Ruhe, einen kleinen Blumenſtrauß in der Hand haltend, ritt er durch die ſchweigende Volksmaſſe, welche dagegen den Kommandeur der Bürgerwehr, der ſich ihm mit ſeinem Stabe näherte, mit lautdonnernden Lebehochrufen begrüßte. Eine peinliche Scene folgte. Sie verdient als charakteriſtiſch ihren Platz in dieſer Darſtellung. Der Kommandeur der Bürgerwehr nahm zuerſt das Wort. In ſehr höflicher Anrede fragte er den Oberbefehlshaber in den Marken, weshalb die Truppen hier aufgeſtellt ſeien? Es entſpann ſich folgende merkwürdige Verhandlung. *)

„Meine Truppen wünſchen in ihre Quartiere zu rücken. Sie haben weite Märſche gemacht, und möchten gern ihre Angehörigen wieder ſehen. Die Väter wollen zu ihren Kindern, die Söhne zu ihren Eltern. Sie kommen in der friedlichſten Abſicht. Hindern Sie ſie nicht daran!“ —

„Ich wüßte nicht, daß die Bürgerwehr dem Marſche der Truppen irgendwie hinderlich wäre. Sie hat ſich nur wie gewöhnlich hier um das Schauſpielhaus aufgeſtellt, um die Nationalverſammlung zu ſchützen.“

---

*) Die folgende Darſtellung iſt aus einer handſchriftlichen Aufzeichnung entnommen, welche als die beſte Quelle angeſehen werden muß.

„Die schütze ich auch, und werde sie schützen, und sollte ich acht Tage und acht Nächte hier stehen bleiben. Meine Truppen sind gewohnt, Strapatzen zu ertragen und werden bivouakiren.“

Ein dumpfer Zornruf der Massen unterbrach das Ende dieser höhnenden Antwort. Erst als durch vielfaches Winken der Bürgerwehroffiziere die Aufregung wieder beschwichtigt war, fuhr der General fort:

„Gewiß sind wir in der friedlichsten Absicht hier. Wir wollen nur Ruhe und Ordnung. Wir wollen, daß das Gesetz aufrecht erhalten werde. Das wollen Sie auch und ich reiche Ihnen deshalb meine Hand. Wir wollen in Eintracht mit einander gehen.“ — Mit diesen Worten bot der General dem Bürgerwehrbefehlshaber seine Hand, welcher erwiederte:

„Ich ergreife diese Hand mit Freuden, und versichere, daß von Seiten der Bürgerwehr die Eintracht nicht gestört werden wird.“

Der General wendete sich jetzt mit ähnlich beruhigenden Reden an die Menge, wobei er jedoch mit den Worten schloß: „Meine Truppen aber werden hier stehen bleiben!“

„Aber diese Aufstellung“ — nahm hier der Kommandeur der Bürgerwehr das Wort, „muß denn doch ein Ende nehmen. Und ich erlaube mir zu fragen: wann dies geschehen wird?“

„Sobald die Nationalverſammlung auseinandergegangen iſt.“

Ein lautes Ah! der Umſtehenden folgte dieſer Erklärung. Sie ward dem Präſidenten der Nationalverſammlung überbracht, und von ihm mit dem ſchriftlichen Beſcheide beantwortet: „daß die Nationalverſammlung neben der Bürgerwehr keines andern Schutzes bedürfe.“ Die Dämmerung war eingebrochen; Wrangel wurde unruhig. Mit der Hand das ihm gereichte Schreiben des Präſidenten ablehnend, rief er laut:

„Ich kenne hier keinen Präſidenten der Nationalverſammlung! Ich kenne auch keine Nationalverſammlung! Sie iſt vertagt und nach Brandenburg verlegt!“ Man reichte ihm ein Blatt. Es war die ſchriftliche Anfrage des Befehlshabers der Bürgerwehr: ob der General es zu hindern gedenke, daß die Nationalverſammlung ihr Verſammlungshaus verlaſſe und am nächſten Morgen ihre Berathungen in demſelben fortſetze. Ein Adjutant las das Schreiben vor. Der General erwiederte:

„Hinaus kann jeder, wieder herein kömmt keiner. Sobald der letzte heraus iſt, laſſe ich das Haus zuſchließen. Das ſagen Sie dem Kommandeur der Bürgerwehr!“

Der Präſident der Nationalverſammlung erhob ſich: „Die Gewalt iſt konſtatirt. Im Namen der Nationalverſammlung, welche derſelben weicht, pro-

teſtire ich feierlich gegen die ihr angethane militäriſche Gewalt. Ich vertage die Sitzung bis zum kommenden Morgen!“

Die Schützengilde bildete Spalier. Als der Präſident an der Spitze der Nationalverſammlung aus dem Sitzungshauſe trat, präſentirte die Bürgerwehr. Der Präſident nahm den Arm des Bürgerwehrbefehlshabers, und die Abgeordneten verließen Paarweiſe Arm, in Arm, ſchweigend das Haus, gefolgt von dem Volke, deſſen tauſendſtimmiger Hochruf weithin ſcholl durch die einbrechende Nacht. Die Bataillone der Bürgerwehr rückten dem Zuge nach, die Hüte auf den Bajonetten. Der Befehlshaber in den Marken war mit ſeinen Truppen auf dem weiten Platze allein.

Hier ſchließen wir dieſen erſten Akt in dem Drama der Preußiſchen Revolution. Wir ſtehen am Ende des Anfangs, wenn gleich nicht am vollſtändigen. Der weitern Darſtellung wird es vorbehalten ſein, im nächſten Buche zu ſchildern: wie der geſetzliche Hochverrath den geſetzlichen Widerſtand mit wenigen Fußtritten ſcheulos niederwarf; wie die Bürgerwehr aufgelöſt wurde, weil ſie Geſetz und Pflicht zu brechen ſich geweigert; wie endlich, ohne daß eine Hand ſich erhoben hatte gegen die offenbare Gewalt, welche

die Rechte der Nation Stück für Stück zerbrach, die Hauptstadt des Landes in Belagerungszustand erklärt, Kriegsgerichte eingesetzt, die Preßfreiheit und das Vereinsrecht aufgehoben, und das eben erst verkündete Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit ungescheut übertreten wurde. Sie wird erzählen müssen, wie die Nationalversammlung durch Bajonette aus ihrem letzten Zufluchtsorte vertrieben, von den Dienern der Gewalt umhergehetzt, in ihrer letzten Noth der Regierung das Recht der Steuererhebung durch einstimmigen Beschluß absprach, und wie sie dann, von der Feigheit des Bürger- und Philisterthums im entscheidenden Augenblicke verlassen, von der Schwesterhand der deutschen Nationalversammlung, statt der rettenden Hülfe gegen den gemeinsamen Feind der Freiheit, den letzten Todesstreich empfing. Und auch das wird, außer diesem Wirrsale von Muth und Zaghaftigkeit, von Schrecken und Festigkeit, von Arglist und Verrath, Bürgermuth und Schwäche, Erhabenheit und Niedertracht der Gesinnung, unsere Darstellung zu schildern haben, wie inmitten des noch nicht entschiedenen Ausgangs von Seiten der Gewalt heilige Gelöbnisse gethan wurden, die Rechte und Freiheiten des Volks in keinerlei Weise anzutasten oder zu verkümmern, und wie diese Gelöbnisse — gehalten wurden.

C35415

Mögen freie Völker der Gegenwart, möge ein glücklicheres Geschlecht unserer eignen Zukunft nicht allzu hart den Stab brechen über das preußische Volk des Jahres 1848 und über diesen ersten schmählichen Ausgang seiner Erhebung. Mögen sie bedenken, daß es nicht nur unsere Schwächen, daß es auch die menschlichen Tugenden unseres Charakters: unsere Ehrlichkeit und unser Vertrauen, und die immer auf Versöhnung hoffende, von der Milch der frommen Denkart großgesäugte Güte des deutschen, schon so oft betrogenen und verrathenen Herzens gewesen sind, welche dieses Ausgangs Schmach herbeigeführt. Wohl scheint es beschlossen im Geschick der Menschheit, daß erst nach langer harter Wanderung durch die weite Wüste der Tyrannei dies deutsche Volk das Kanaan der Freiheit erreichen soll. Aber ein Gewinn ist errungen. Das deutsche Volk hat einmal von der im raschen Anlauf glücklich erklommenen Höhe herab sein Ziel am fernen Horizonte leuchten sehen, und dieser Blick hat ihm gezeigt, daß seine Wüste Gränzen hat. Diese Erinnerung wird in seinem Herzen leben und es frisch erhalten für die Zukunft, welche trotz aller Niederlagen der Freiheit, unter deren Schwere Millionen Herzen trauern, dennoch unwiederrufbar nach dem Jahre 1848 nicht mehr den Fürsten, sondern den Völkern Deutschlands und Europa's gehört.

Digitized by Google

8904466818 4

b8904466818 4a

Date Due

DE 30'88			
MO 30 '89			
AP 29'91			
AP 19'72			
FE 9'72			
FE 18 '75			
MR - 3'78			
W.000123			

Demco 38-297

Digitized by Google

Digitized by Google

A000444481864